

Der erstinstanzliche Prozessalltag an Untergerichten im Dritten Reich und in der Nachkriegszeit ist bisher nur Gegenstand weniger Untersuchungen.

Kerstin Strohmaier lenkt den Fokus mittels der Auswertung eines im Staatsarchiv Sigmaringen verwahrten Bestands der R-Akten auf den Prozessalltag an dem im Zentrum Oberschwabens gelegenen Landgericht Ravensburg anhand des Zerrüttungstatbestandes des § 55 Ehegesetz 1938 bzw. § 48 Ehegesetz 1946.

Der Einfluss der nationalsozialistischen Ideologie auf die Rechtsprechung des Landgerichts Ravensburg wird ebenso ausgeleuchtet wie die Verhältnisse nach Kriegsende und die Frage nach der Entnazifizierung nationalsozialistischen Rechts.

Eine Betrachtung des Aktenbestandes zum Zerrüttungstatbestand im Zeitraum von 1938 bis 1950 ermöglicht zugleich eine vergleichende Betrachtung der Rechtsprechung und des Prozessalltags während der Zeit des Nationalsozialismus und in den Nachkriegsjahren.

Dabei werden auch die an den untersuchten Scheidungsverfahren beteiligten Ehegatten und deren persönliche und wirtschaftliche Verhältnisse berücksichtigt.

Zugleich gibt die Autorin einen Überblick über die an diesen Verfahren mitwirkenden Juristen. Der Schwerpunkt liegt auf der politischen Haltung dieser Richter und Rechtsanwälte, dem Einfluss dieser Haltung auf das berufliche Fortkommen und die Argumentation in den Scheidungsverfahren sowie auf dem Entnazifizierungsverfahren und den dort gefundenen Ergebnissen.

ISBN: 978-3-96374-036-7



Rechtskultur Wissenschaft

Kerstin Strohmaier: Der erstinstanzliche Prozessalltag in der Zeit von 1938 bis 1950

Rechtskultur Wissenschaft

Kerstin Strohmaier

Der erstinstanzliche Prozessalltag in der Zeit von 1938 bis 1950

anhand der Ehescheidungsakten
des Landgerichts Ravensburg zu
§ 55 EheG 1938 und § 48 EheG 1946

Rechtskultur Wissenschaft

Der erstinstanzliche Prozessalltag an Untergerichten im Dritten Reich und in der Nachkriegszeit ist bisher nur Gegenstand weniger Untersuchungen.

Kerstin Strohmaier lenkt den Fokus mittels der Auswertung eines im Staatsarchiv Sigmaringen verwahrten Bestands der R-Akten auf den Prozessalltag an dem im Zentrum Oberschwabens gelegenen Landgericht Ravensburg anhand des Zerrüttungstatbestandes des § 55 Ehegesetz 1938 bzw. § 48 Ehegesetz 1946.

Der Einfluss der nationalsozialistischen Ideologie auf die Rechtsprechung des Landgerichts Ravensburg wird ebenso ausgeleuchtet wie die Verhältnisse nach Kriegsende und die Frage nach der Entnazifizierung nationalsozialistischen Rechts.

Eine Betrachtung des Aktenbestandes zum Zerrüttungstatbestand im Zeitraum von 1938 bis 1950 ermöglicht zugleich eine vergleichende Betrachtung der Rechtsprechung und des Prozessalltags während der Zeit des Nationalsozialismus und in den Nachkriegsjahren.

Dabei werden auch die an den untersuchten Scheidungsverfahren beteiligten Ehegatten und deren persönliche und wirtschaftliche Verhältnisse berücksichtigt.

Zugleich gibt die Autorin einen Überblick über die an diesen Verfahren mitwirkenden Juristen. Der Schwerpunkt liegt auf der politischen Haltung dieser Richter und Rechtsanwälte, dem Einfluss dieser Haltung auf das berufliche Fortkommen und die Argumentation in den Scheidungsverfahren sowie auf dem Entnazifizierungsverfahren und den dort gefundenen Ergebnissen.

ISBN: 978-3-96374-036-7



Rechtskultur Wissenschaft

Kerstin Strohmaier: Der erstinstanzliche Prozessalltag in der Zeit von 1938 bis 1950

Rechtskultur Wissenschaft

Kerstin Strohmaier

Der erstinstanzliche Prozessalltag in der Zeit von 1938 bis 1950

anhand der Ehescheidungsakten
des Landgerichts Ravensburg zu
§ 55 EheG 1938 und § 48 EheG 1946

Rechtskultur Wissenschaft

Rechtskultur Wissenschaft

Band 22

Herausgegeben von
Martin Löhnig (Regensburg) und Ignacio Czeguhn (Berlin)

Kerstin Strohmaier

Der erstinstanzliche Prozessalltag in der Zeit von
1938 bis 1950 anhand der Ehescheidungsakten des
Landgerichts Ravensburg zu
§ 55 EheG 1938 und § 48 EheG 1946

©2018 Edition Rechtskultur

Edition Rechtskultur im Förderverein Europäische Rechtskultur e.V., Regensburg
www.edition-rechtskultur.de

Satz und Gestaltung: Eva Lackner, Simon Naczinsky, Regensburg

ISBN: 978-3-96374-036-7

Angaben zum Titelbild: abgeänderte Form des Werkes aus folgender

Quelle: <https://de.wikipedia.org/wiki/Ravensburg#/media/File:Ravensburg-Landgericht1-Bubo.JPG>; Urheber: Bubo; CC-BY-SA-2.5,2.0,1.0

VORWORT

Die Arbeit ist in den Jahren 2008 bis 2017 entstanden und wurde im Wintersemester 2017/2018 von der Fakultät für Rechtswissenschaft der Universität Regensburg als Dissertation angenommen. Die Archivbestände wurden in den Jahren 2008/2009 eingesehen.

In erster Linie gilt mein Dank Herrn Professor Dr. Martin Löhnig, der die Arbeit betreut und umfassend gefördert hat. Herrn Professor Dr. Hans-Jürgen Becker danke ich für die Übernahme und Erstellung des Zweitgutachtens.

Dem Hauptstaatsarchiv Stuttgart, dem Staatsarchiv Sigmaringen, dem Landgericht Ravensburg, dem Kreisarchiv Ravensburg sowie dem Stadtarchiv Ravensburg spreche ich meinen Dank für die Zurverfügungstellung des Archivmaterials aus.

Ein ganz besonderes und herzliches Dankeschön geht an meine Eltern und an David.

Konstanz, im November 2018

Kerstin Strohmaier

INHALTSÜBERSICHT

| | |
|-------------------|----------|
| <u>EINLEITUNG</u> | <u>1</u> |
|-------------------|----------|

| | |
|--------------------------------|----------|
| <u>ERSTER TEIL: GRUNDLAGEN</u> | <u>7</u> |
|--------------------------------|----------|

| | |
|---|----|
| 1. Entstehungsgeschichte und Hintergründe des Ehegesetzes von 1938 | 7 |
| 2. Der Zerrüttungstatbestand des § 55 EheG 1938 | 9 |
| 3. Die amtliche Begründung zum Ehegesetz von 1938 | 9 |
| 4. Das Ehe- und Familienbild im Nationalsozialismus – insbesondere im Vergleich zum Ehe- und Familienbild der Weimarer Republik | 12 |
| 5. Der Zerrüttungstatbestand des § 55 EheG 1938 in der Rechtsprechung des Reichsgerichts | 15 |
| 6. Die Situation in der Nachkriegszeit – der Zerrüttungstatbestand des § 48 EheG 1946 und der mit (Rechts-) Unsicherheit konfrontierte Rechtsanwender | 19 |
| 7. Juristen im Dritten Reich – Gleichschaltung und Einflussnahme | 26 |
| 8. Die Stadt Ravensburg, das Landgericht Ravensburg und sein Gerichtsbezirk | 44 |
| 9. Zusammenfassung | 53 |

| | |
|--|-----------|
| <u>ZWEITER TEIL: DIE SCHEIDUNGSURTEILE DES LANDGERICHTS RAVENSBURG</u> | <u>55</u> |
|--|-----------|

| | |
|--|----|
| 1. Beschreibung des Aktenbestands | 55 |
| 2. Verteilung der Akten auf die einzelnen Jahre | 55 |
| 3. Der Umfang der Entscheidungsgründe | 58 |
| 4. Die Verfahrensdauer | 62 |
| 5. Klage auch auf andere Scheidungsgründe als den Zerrüttungstatbestand gestützt | 66 |
| 6. Widerklage seitens der beklagten Partei | 68 |
| 7. Verfahren, in denen bereits in früheren Zeiten eine in der ersten oder zweiten Instanz erfolglose Scheidungsklage erhoben worden war | 70 |
| 8. Zweites Scheidungsverfahren zwischen den Parteien nach erneuter Heirat | 70 |
| 9. Verfahren, in denen eine frühere Ehescheidungsklage zurückgenommen worden war | 71 |
| 10. Eine früher vor einem anderen Gericht erhobene Scheidungsklage war aufgrund der Kriegsverhältnisse nicht zur Durchführung gekommen / nunmehr erneute Klage vor dem Landgericht Ravensburg | 73 |
| 11. Eine früher beim Landgericht Ravensburg erhobene Ehescheidungsklage war aufgrund der Kriegsverhältnisse nicht mehr zur Durchführung gekommen / nunmehr Wiederaufnahme vor dem Landgericht Ravensburg | 74 |
| 12. Verfahren, bei denen die Klageerhebung bereits vor dem Zusammenbruch erfolgt war, ein Urteil aber erst in der Nachkriegszeit gesprochen wurde | 75 |
| 13. Verfahren, in denen mit der Ehescheidungsklage bewusst bis Kriegsende abgewartet worden war | 75 |

| | |
|---|-----|
| 14. Die Rechtsprechung des Landgerichts Ravensburg zu dem Erfordernis der dreijährigen Heimtrennung nach § 55 Abs. 1 EheG 1938 und § 48 Abs. 1 EheG 1946 | 76 |
| 15. Bevölkerungspolitische Argumente in den untersuchten Urteilen des Landgerichts Ravensburg zu § 55 EheG 1938 – insbesondere im Rahmen des von der beklagten Partei nach § 55 Abs. 2 EheG 1938 erhobenen Widerspruchs | 80 |
| 16. Die Position des Landgerichts Ravensburg zu der Frage nach der Beachtlichkeit des Widerspruchs nach § 48 Abs. 2 EheG 1946 | 119 |
| 17. Gemeinsamkeiten und Unterschiede im Parteivortrag und in den Entscheidungsgründen im Rahmen der Argumentation zu § 55 EheG 1938 bzw. § 48 EheG 1946 | 147 |
| 18. Der durch das Ehegesetz von 1946 neu eingefügte Klageabweisungsgrund des § 48 Abs. 3 EheG | 152 |
| 19. Der unbestimmte Rechtsbegriff des „Wesens der Ehe“ in § 55 EheG 1938 und § 48 EheG 1946 | 155 |
| 20. Die Prägung der Verfahren durch die nationalsozialistische Ideologie im Zeitraum bis Frühjahr 1945 | 158 |
| 21. Nationalsozialistische geprägte Argumente in den nach Kriegsende eingeleiteten Verfahren | 168 |
| 22. Der Stellenwert von Religion und Glauben im Parteivortrag und in der Rechtsprechung des Landgerichts Ravensburg | 171 |
| 23. Der Einfluss der Kriegsverhältnisse auf die vor dem Landgericht Ravensburg auf dem Prüfstand stehenden Ehen | 173 |
| 24. Die Urteile des Landgerichts Ravensburg auf dem Prüfstand – Entscheidungen der Berufungsinstanz | 179 |
| 25. Rechtsprechungs- und Literaturzitate in den Scheidungsurteilen des Landgerichts Ravensburg | 190 |
| 26. Zusammenfassung | 210 |

DRITTER TEIL: DIE AN DEN SCHEIDUNGSVERFAHREN BETEILIGTEN EHEGATTEN 213

| | |
|--|-----|
| 1. Alter der Parteien | 213 |
| 2. Altersunterschied zwischen den Parteien | 216 |
| 3. Armensache / Einstwillige Kostenbefreiung | 218 |
| 4. Konfession | 219 |
| 5. Wohnort | 222 |
| 6. Beruf | 223 |
| 7. Staatsangehörigkeit | 228 |
| 8. Dauer der Ehe | 230 |
| 9. Anzahl der ehelichen Kinder | 235 |
| 10. Frühere Ehen und daraus hervorgegangene Kinder | 237 |
| 11. Person des Klägers / Berufungsklägers (Ehemann oder Ehefrau) | 238 |
| 12. Zusammenfassung | 239 |

| | |
|---|------------|
| <u>VIERTER TEIL: DIE AN DEN UNTERSUCHTEN VERFAHREN BETEILIGTEN RICHTER UND RECHTSANWÄLTE SOWIE DER EINFLUSS IHRER POLITISCHEN HALTUNG AUF ARGUMENTATION UND ENTSCHEIDUNGSFINDUNG UND ERGEBNISSE IM ENTNAZIFIZIERUNGSPROZESS</u> | <u>241</u> |
| 1. Die an den Scheidungsverfahren beteiligten Richter | 241 |
| 2. Die an den untersuchten Scheidungsverfahren beteiligten Rechtsanwälte | 283 |
| 3. Die nationalsozialistische Ideologie als Argumentationsgrundlage in den Entscheidungsgründen und im Parteivortrag im Zeitraum bis Mai 1945 | 309 |
| 4. Zusammenfassung | 312 |
| <u>FÜNFTER TEIL: ZUSAMMENFASSENDE BETRACHTUNG</u> | <u>315</u> |
| 1. Die Rechtsprechung des Landgerichts Ravensburg | 315 |
| 2. Der Parteivortrag | 316 |
| 3. Der Einfluss der Kriegsverhältnisse | 316 |
| 4. Die an den Scheidungsverfahren beteiligten Ehegatten | 317 |
| 5. Die an den Scheidungsverfahren beteiligten Juristen | 318 |
| <u>LITERATURVERZEICHNIS</u> | <u>319</u> |
| <u>AKTENLISTE</u> | <u>327</u> |

INHALT

| | |
|--|----------|
| <u>EINLEITUNG</u> | <u>1</u> |
| <u>ERSTER TEIL: GRUNDLAGEN</u> | <u>7</u> |
| 1. Entstehungsgeschichte und Hintergründe des Ehegesetzes von 1938 | 7 |
| 2. Der Zerrüttungstatbestand des § 55 EheG 1938 | 9 |
| 3. Die amtliche Begründung zum Ehegesetz von 1938 | 9 |
| 4. Das Ehe- und Familienbild im Nationalsozialismus – insbesondere im Vergleich zum Ehe- und Familienbild der Weimarer Republik | 12 |
| a. Das Ehe- und Familienbild der Weimarer Republik | 12 |
| b. Das Ehe- und Familienbild des Nationalsozialismus | 13 |
| c. Das geänderte Ehe- und Familienbild: Eine Herausforderung für den Rechtsanwender | 14 |
| 5. Der Zerrüttungstatbestand des § 55 EheG 1938 in der Rechtsprechung des Reichsgerichts | 15 |
| a. Zur Bedeutung von § 55 EheG 1938 | 15 |
| b. Die beiden Voraussetzungen des § 55 Abs. 1 EheG 1938 | 15 |
| aa. Die dreijährige Aufhebung der häuslichen Gemeinschaft | 16 |
| bb. Die tiefgreifende und unheilbare Zerrüttung des ehelichen Verhältnisses | 16 |
| c. Die Rechtsprechung des Reichsgerichts zu § 55 Abs. 2 EheG 1938 | 17 |
| 6. Die Situation in der Nachkriegszeit – der Zerrüttungstatbestand des § 48 EheG 1946 und der mit (Rechts-) Unsicherheit konfrontierte Rechtsanwender | 19 |
| a. Die Situation in den ersten Monaten nach Kriegsende – fehlende Rechtsgrundlagen zum Ehescheidungsrecht | 19 |
| b. Der Zerrüttungstatbestand des § 48 EheG 1946 | 20 |
| c. Problemstellung: „Entnazifizierung“ nationalsozialistischen Rechts | 21 |
| d. Die höchstrichterliche Rechtsprechung zu § 48 Abs. 2 EheG 1946 in den Nachkriegsjahren | 22 |
| aa. Die Frage nach der Beachtlichkeit des Widerspruchs nach § 48 Abs. 2 EheG 1946 – eine der heftig umstrittensten Fragen der Nachkriegszeit | 22 |
| bb. Position der vom Oberlandesgericht Hamburg begründeten Rechtsprechungslinie | 22 |
| cc. Vom Oberlandesgericht Freiburg begründete Gegenposition | 24 |
| dd. Untergeordnete Ansätze | 26 |
| ee. Ausblick: Die Rechtsprechungslinie des Bundesgerichtshofs | 26 |
| 7. Juristen im Dritten Reich – Gleichschaltung und Einflussnahme | 26 |
| a. Einführung | 26 |
| b. Auswirkungen und Einflussnahme auf die Richterschaft | 27 |
| aa. Der Richter in der Weimarer Republik | 27 |
| [1]. Position des Richters | 27 |
| [a]. Sachliche Unabhängigkeit | 27 |
| [b]. Persönliche Unabhängigkeit | 27 |

| | |
|---|----|
| [c]. Rechts-, bzw. Gesetzespositivismus | 27 |
| [d]. Richterliche Selbstverwaltung | 28 |
| [2]. Berufsständige Organisationen | 28 |
| [a]. Der Deutsche Richterbund | 28 |
| [b]. Der Republikanische Richterbund | 28 |
| bb. Der Richter im Nationalsozialismus | 29 |
| [1]. Herkunft | 29 |
| [2]. Ausbildung | 29 |
| [3]. Personalpolitik | 29 |
| [4]. Richtereid | 30 |
| [5]. Deutscher Gruß | 30 |
| [6]. Hitlers Haltung zur Justiz | 31 |
| [7]. Wandel des Richterleitbilds | 31 |
| [8]. Volksempfinden | 32 |
| [9]. Leitsätze | 33 |
| [10]. Hitler oberster Gerichtsherr | 33 |
| [11]. „Verreichlichung der Justiz“ | 34 |
| [12]. Geplante Justizreform | 34 |
| [13]. Beeinflussung des Richters durch Literatur und Presse | 34 |
| [a]. Rechtswissenschaftliche Literatur | 34 |
| [b]. Nichtjuristische Presse | 35 |
| [14]. Berufsorganisationen | 35 |
| [15]. Akademie für deutsches Recht | 36 |
| [16]. Faktische Beseitigung der persönlichen Unabhängigkeit des Richters | 37 |
| [a]. Das Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums vom | 37 |
| [b]. Der Reichstagsbeschluss vom 26.04.1942 | 37 |
| [17]. Faktische Beseitigung der sachlichen Unabhängigkeit des Richters | 38 |
| [a]. Gerichtsüberwachung durch das Reichsjustizministerium | 38 |
| [b]. Vor- und Nachschau | 38 |
| [c]. Richterbriefe | 38 |
| [d]. Eingriffe in schwebende Gerichtsverfahren / Wegfall des gesetzlichen Richters | 40 |
| [e]. Umänderung der Gerichtsverfassung | 40 |
| [f]. Bildung von Sondergerichten / Volksgerichtshof / Stellung der Staatsanwaltschaft | 40 |
| c. Rechtsanwälte im Dritten Reich | 41 |
| aa. Zugangsbeschränkungen zur Anwaltschaft | 41 |
| bb. Gleichschaltung der anwaltlichen Standesorganisationen | 42 |
| cc. Wahrnehmung jüdischer Interessen | 43 |
| dd. Rechtsanwaltsbriefe | 43 |
| d. Juristinnen im Dritten Reich | 43 |

| | |
|---|----|
| 8. Die Stadt Ravensburg, das Landgericht Ravensburg und sein Gerichtsbezirk | 44 |
| a. Der Landgerichtsbezirk Ravensburg | 44 |
| b. Religion und Glaube im Landgerichtsbezirk Ravensburg | 44 |
| c. Die Bevölkerung Südwürttembergs nach Berufsgruppen | 45 |
| aa. Die männlichen Personen nach der Stellung im Beruf | 45 |
| bb. Die weiblichen Personen nach der Stellung im Beruf | 46 |
| d. Die NSDAP in Ravensburg | 46 |
| e. Die Stadt Ravensburg im Zweiten Weltkrieg | 46 |
| f. Ausländer und Zuwanderungsströme in Ravensburg und Umgebung während des Dritten Reichs und in der Nachkriegszeit | 48 |
| g. Die von Sorgen und Nöten geprägte Situation in den Nachkriegsjahren | 50 |
| h. Die Wiedereröffnung des Landgerichts Ravensburg am 05.11.1945 | 50 |
| 9. Zusammenfassung | 53 |

ZWEITER TEIL: DIE SCHEIDUNGSRURTEILE DES LANDGERICHTS RAVENSBURG 55

| | |
|--|----|
| 1. Beschreibung des Aktenbestands | 55 |
| 2. Verteilung der Akten auf die einzelnen Jahre | 55 |
| 3. Der Umfang der Entscheidungsgründe | 58 |
| a. Umfang der Entscheidungsgründe in den Jahren 1938 – 1945 | 59 |
| b. Umfang der Entscheidungsgründe in den Jahren nach Kriegsende | 61 |
| 4. Die Verfahrensdauer | 62 |
| a. Vor dem Zusammenbruch erhobene Scheidungsklagen | 63 |
| b. Nach dem Zusammenbruch erhobene Scheidungsklagen | 65 |
| 5. Klage auch auf andere Scheidungsgründe als den Zerrüttungstatbestand gestützt | 66 |
| a. Übersicht für die Zeit bis einschließlich 1945 | 67 |
| b. Übersicht für die Zeit zwischen 1946 und 1950 | 68 |
| 6. Widerklage seitens der beklagten Partei | 68 |
| a. Übersicht für die Zeit bis einschließlich 1945 | 68 |
| b. Übersicht für die Zeit von 1946 bis 1950 | 69 |
| 7. Verfahren, in denen bereits in früheren Zeiten eine in der ersten oder zweiten Instanz erfolglose Scheidungsklage erhoben worden war | 70 |
| a. In den Jahren bis einschließlich 1945 | 70 |
| b. In den Jahren zwischen 1946 und 1950 | 70 |
| 8. Zweites Scheidungsverfahren zwischen den Parteien nach erneuter Heirat | 70 |
| 9. Verfahren, in denen eine frühere Ehescheidungsklage zurückgenommen worden war | 71 |
| 10. Eine früher vor einem anderen Gericht erhobene Scheidungsklage war aufgrund der Kriegsverhältnisse nicht zur Durchführung gekommen / nunmehr erneute Klage vor dem Landgericht Ravensburg | 73 |
| 11. Eine früher beim Landgericht Ravensburg erhobene Ehescheidungsklage war aufgrund der Kriegsverhältnisse nicht mehr zur Durchführung gekommen / nunmehr Wiederaufnahme vor dem Landgericht Ravensburg | 74 |

| | |
|---|-----|
| 12. Verfahren, bei denen die Klageerhebung bereits vor dem Zusammenbruch erfolgt war, ein Urteil aber erst in der Nachkriegszeit gesprochen wurde | 75 |
| 13. Verfahren, in denen mit der Ehescheidungsklage bewusst bis Kriegsende abgewartet worden war | 75 |
| 14. Die Rechtsprechung des Landgerichts Ravensburg zu dem Erfordernis der dreijährigen Heimtrennung nach § 55 Abs. 1 EheG 1938 und § 48 Abs. 1 EheG 1946 | 76 |
| a. Häufigkeit der genaueren Prüfung der dreijährigen Aufhebung der häuslichen Gemeinschaft | 76 |
| b. Fallgruppen für die Zeit nach dem Zusammenbruch | 77 |
| aa. Trennung beruhte zunächst auf dem Einzug des Ehemanns zur Wehrmacht | 77 |
| bb. Trennung aus anderen Umständen zunächst kriegsbedingt | 77 |
| cc. Kriegsbedingte Umstände als Auslöser für die von den Parteien ohnehin gewollte Trennung | 78 |
| dd. Die Parteien hatten nie in häuslicher Gemeinschaft zusammen gelebt | 78 |
| ee. Trennung aufgrund fehlender Rückkehr aus der Kriegsgefangenschaft zu der Ehefrau | 79 |
| ff. Trennung aus beruflichen Gründen | 79 |
| gg. Einzelfälle, in denen die Prüfung auch zu einem anderen Ergebnis hätte kommen können | 79 |
| 15. Bevölkerungspolitische Argumente in den untersuchten Urteilen des Landgerichts Ravensburg zu § 55 EheG 1938 – insbesondere im Rahmen des von der beklagten Partei nach § 55 Abs. 2 EheG 1938 erhobenen Widerspruchs | 80 |
| a. Das Urteil im Verfahren R 10 / 1938 vom 22.09.1938 | 81 |
| b. Das Urteil im Verfahren R 86 / 1938 vom 20.10.1938 | 82 |
| aa. Darstellung des Urteils | 82 |
| bb. Kritik des Urteils im „Schwarzen Korps“ | 84 |
| c. Das Urteil im Verfahren R 102 / 1938 vom 10.11.1938 | 87 |
| d. Das Urteil im Verfahren R 77 / 1938 vom 01.12.1938 | 87 |
| e. Das Urteil im Verfahren R 104 / 1938 vom 29.12.1938 | 88 |
| f. Das Urteil im Verfahren R 123 / 1938 vom 20.07.1939 | 89 |
| g. Das Urteil im Verfahren R 129 / 1939 vom 07.05.1940 | 90 |
| h. Das Urteil im Verfahren R 03 / 1940 vom 07.11.1940 | 93 |
| i. Das Urteil im Verfahren R 118 / 1940 vom 21.01.1941 | 94 |
| j. Das Urteil im Verfahren R 106 / 1943 vom 05.08.1943 | 97 |
| k. Das Urteil im Verfahren R 123 / 1942 vom 04.11.1943 | 99 |
| l. Das Urteil im Verfahren R 67 / 1944 vom 27.07.1944 | 118 |
| 16. Die Position des Landgerichts Ravensburg zu der Frage nach der Beachtlichkeit des Widerspruchs nach § 48 Abs. 2 EheG 1946 | 119 |
| a. Position der I. Zivilkammer | 119 |
| aa. Das Urteil im Verfahren R 337 / 1947 vom 30.04.1948 | 119 |

| | |
|---|-----|
| bb. Das Urteil im Verfahren R 452 / 1947 vom 05.11.1948 | 122 |
| cc. Das Urteil im Verfahren R 306 / 1948 vom 12.01.1949 | 123 |
| dd. Das Urteil im Verfahren R 227 / 1948 vom 25.03.1949 | 126 |
| ee. Das Urteil im Verfahren R 393 / 1948 vom 10.11.1949 | 129 |
| ff. Das Urteil im Verfahren R 464 / 1949 vom 15.12.1949 | 131 |
| gg. Die weiteren Urteile der I. Zivilkammer des Landgerichts Ravensburg zu § 48 Abs. 2 EheG 1946 | 132 |
| b. Die Position der II. Zivilkammer | 138 |
| aa. Das Urteil im Verfahren R 508 / 1948 vom 15.09.1949 | 138 |
| bb. Das Urteil im Verfahren R 05 / 1950 vom 15.10.1950 | 142 |
| cc. Das Urteil im Verfahren R 172 / 1949 vom 22.05.1950 | 144 |
| dd. Das Urteil im Verfahren R 230 / 1950 vom 13.02.1951 | 145 |
| 17. Gemeinsamkeiten und Unterschiede im Parteivortrag und in den Entscheidungsgründen im Rahmen der Argumentation zu § 55 EheG 1938 bzw. § 48 EheG 1946 | 147 |
| 18. Der durch das Ehegesetz von 1946 neu eingefügte Klageabweisungsgrund des § 48 Abs. 3 EheG | 152 |
| 19. Der unbestimmte Rechtsbegriff des „Wesens der Ehe“ in § 55 EheG 1938 und § 48 EheG 1946 | 155 |
| 20. Die Prägung der Verfahren durch die nationalsozialistische Ideologie im Zeitraum bis Frühjahr 1945 | 158 |
| a. Ausdrückliche Erwähnung der Position der Parteien gegenüber dem Nationalsozialismus | 158 |
| b. Fortpflanzung / Nachkommenschaft | 159 |
| c. Der Altersunterschied zwischen den Ehegatten | 161 |
| aa. Der Einfluss des großen Altersunterschiedes vor dem Zusammenbruch (Ehefrau älter als Ehemann) | 161 |
| bb. Der Einfluss des großen Altersunterschiedes nach dem Zusammenbruch (Ehefrau älter als Ehemann) | 163 |
| cc. Vergleichende Betrachtung (Verfahren aus der Nachkriegszeit) | 164 |
| dd. Der Einfluss des großen Altersunterschiedes vor dem Zusammenbruch (Ehemann älter als Ehefrau) | 165 |
| d. Ein Ehepartner jüdischer Abstammung | 165 |
| e. Sonstiges | 168 |
| 21. Nationalsozialistische geprägte Argumente in den nach Kriegsende eingeleite- ten Verfahren | 168 |
| 22. Der Stellenwert von Religion und Glauben im Parteivortrag und in der Rechtsprechung des Landgerichts Ravensburg | 171 |
| 23. Der Einfluss der Kriegsverhältnisse auf die vor dem Landgericht Ravensburg auf dem Prüfstand stehenden Ehen | 173 |
| a. Ehemann bei der Wehrmacht oder in Kriegsgefangenschaft | 173 |

| | |
|---|-----|
| b. Ehemann bereits bei der Eheschließung bei der Wehrmacht, bzw. zeitnahe Einberufung | 174 |
| c. Trennung der Parteien bedingt durch die Kriegsverhältnisse und der Verhältnisse in den Jahren vor Kriegsbeginn, nicht aber durch Einberufung des Ehemanns zur Wehrmacht / Kriegsgefangenschaft | 174 |
| d. Ehepaare haben gar nie eine häusliche Gemeinschaft begründet | 176 |
| e. Keine Rückkehr des Ehemanns zu seiner Ehefrau / Familie nach der Entlassung aus der Wehrmacht, bzw. der Kriegsgefangenschaft | 177 |
| f. Beklagter Ehegatte zum Zeitpunkt des Scheidungsverfahrens mit unbekanntem Aufenthalt abwesend | 177 |
| g. Erneute Eheschließung (sog. Doppelehe) | 177 |
| 24. Die Urteile des Landgerichts Ravensburg auf dem Prüfstand – Entscheidungen der Berufungsinstanz | 179 |
| a. Rechtsmittel gegen die bis zum Zusammenbruch ergangenen Entscheidungen des Landgerichts Ravensburg | 181 |
| aa. Berufung im Verfahren R 86 / 1938 | 181 |
| bb. Berufung im Verfahren R 118 / 1940 | 183 |
| cc. Berufung im Verfahren R 67 / 1944 | 185 |
| b. Berufungsverfahren gegen die Urteile des Landgerichts Ravensburg in der Nachkriegszeit | 187 |
| aa. Berufung im Verfahren R 402 / 1947 | 187 |
| bb. Berufungen in den Verfahren R 464 / 1949 und R 05 / 1950 | 189 |
| 25. Rechtsprechungs- und Literaturzitate in den Scheidungsurteilen des Landgerichts Ravensburg | 190 |
| a. Zitate von Literatur- und / oder Rechtsprechung in den zwischen 1938 und 1945 ergangenen Urteilen | 191 |
| aa. Das Urteil im Verfahren R 86 / 1938 | 191 |
| bb. Das Berufungsurteil im Verfahren R 118 / 1940 | 192 |
| cc. Das Urteil im Verfahren R 73 / 1941 | 192 |
| dd. Das Urteil im Verfahren R 04 / 1942 | 193 |
| ee. Das Urteil im Verfahren R 123 / 1942 | 194 |
| b. Zitate aus der Literatur und / oder Rechtsprechung in den nach dem Zusammenbruch ergangenen Scheidungsurteilen | 194 |
| aa. Das Urteil im Verfahren R 11 / 1947 | 194 |
| bb. Das Urteil im Verfahren R 144 / 1944 | 195 |
| cc. Die Urteile in den Verfahren R 188 / 1947, R 233 / 1948, R 205 / 1950 sowie R 473 / 1948 | 197 |
| dd. Das Urteil im Verfahren R 393 / 1947 | 197 |
| ee. Das Urteil im Verfahren R 197 / 1948 | 198 |
| ff. Das Urteil im Verfahren R 306 / 1948 | 199 |
| gg. Das Urteil im Verfahren R 227 / 1948 | 202 |

| | |
|--|-----|
| hh. Das Urteil im Verfahren R 393 / 1948 | 203 |
| ii. Das Urteil im Verfahren R 129 / 1949 | 204 |
| jj. Das Urteil im Verfahren R 248 / 1949 | 206 |
| kk. Das Urteil im Verfahren R 464 / 1949 | 207 |
| ll. Das Urteil im Verfahren R 05 / 1950 | 208 |
| mm. Das Urteil im Verfahren R 175 / 1950 | 209 |
| 26. Zusammenfassung | 210 |

DRITTER TEIL: DIE AN DEN SCHEIDUNGSVERFAHREN BETEILIGTEN

EHEGATTEN

213

| | |
|--|-----|
| 1. Alter der Parteien | 213 |
| a. Durchschnittliches Alter der Ehegatten vor dem Zusammenbruch (Gerundet auf ganze Jahre) | 213 |
| b. Durchschnittliches Alter der Ehegatten nach dem Zusammenbruch (Gerundet auf ganze Jahre) | 213 |
| c. Alter der Ehegatten in Jahren im Gesamtzeitraum 1938 bis 1945 | 214 |
| d. Alter in Jahren nach dem Zusammenbruch (Ehemann) | 215 |
| e. Alter in Jahren nach dem Zusammenbruch (Ehefrau) | 215 |
| 2. Altersunterschied zwischen den Parteien | 216 |
| a. In der Zeit bis Kriegsende | 216 |
| b. In den Jahren 1946 bis 1950 | 217 |
| 3. Armensache / Einstwillige Kostenbefreiung | 218 |
| a. In der Zeit bis Kriegsende | 218 |
| b. In den Jahren 1946 bis 1950 | 218 |
| 4. Konfession | 219 |
| a. In der Zeit bis Kriegsende | 219 |
| b. In den Jahren 1946 – 1950 | 220 |
| 5. Wohnort | 222 |
| a. In der Zeit bis Kriegsende | 222 |
| b. In den Jahren von 1946 – 1950 | 223 |
| 6. Beruf | 223 |
| a. Der Beruf Ehemanns in der Zeit bis Kriegsende | 224 |
| b. Der Beruf des Ehemannes in den Jahren 1946 – 1950 | 224 |
| c. Der Beruf der Ehefrau in der Zeit bis Kriegsende | 226 |
| d. Der Beruf der Ehefrau in den Jahren 1946 bis 1950 | 227 |
| 7. Staatsangehörigkeit | 228 |
| 8. Dauer der Ehe | 230 |
| a. Jahr der Eheschließung - In der Zeit bis Kriegsende | 231 |
| b. Jahr der Eheschließung - In den Jahren von 1946 bis 1950 | 232 |
| c. Ehedauer – in der Zeit bis Kriegsende | 233 |
| d. Ehedauer – in den Jahren 1946 – 1950 | 234 |
| 9. Anzahl der ehelichen Kinder | 235 |

| | |
|---|------------|
| a. In der Zeit bis Kriegsende | 235 |
| b. In den Jahren 1946 – 1950 | 236 |
| 10. Frühere Ehen und daraus hervorgegangene Kinder | 237 |
| a. In der Zeit bis Kriegsende | 237 |
| b. In den Jahren 1946 – 1950 | 237 |
| 11. Person des Klägers / Berufungsklägers (Ehemann oder Ehefrau) | 238 |
| a. In der Zeit bis Kriegsende | 238 |
| b. In den Jahren 1946 – 1950 | 238 |
| 12. Zusammenfassung | 239 |
| <u>VIERTER TEIL: DIE AN DEN UNTERSUCHTEN VERFAHREN BETEILIGTEN</u> | |
| <u>RICHTER UND RECHTSANWÄLTE SOWIE DER EINFLUSS IHRER POLITISCHEN</u> | |
| <u>HALTUNG AUF ARGUMENTATION UND ENTSCHEIDUNGSFINDUNG UND</u> | |
| <u>ERGEBNISSE IM ENTNAZIFIZIERUNGSPROZESS</u> | 241 |
| 1. Die an den Scheidungsverfahren beteiligten Richter | 241 |
| a. Die an den untersuchten Scheidungsverfahren beteiligten Richter im Zeitraum bis Mai 1945 | 241 |
| aa. Häufigkeit der Beteiligung an der Entscheidungsfindung | 242 |
| bb. Lebensläufe von im Zeitraum bis Mai 1945 tätigen Richtern | 246 |
| [1]. Landgerichtspräsident Theodor Wid (Amtszeit am Landgericht Ravensburg vom 01.06.1935 bis 28.02.1943) | 247 |
| [2]. Landgerichtsrat Helmut Ada (Dienst am Landgericht Ravensburg Oktober 1927 bis zum Ende des Zweiten Weltkriegs) | 250 |
| [3]. Landgerichtsrat (später: Oberamtsrichter) Adolf Fis Amtszeit am Landgericht Ravensburg von April 1937 bis 1947 | 252 |
| [4]. Landgerichtsrat Friedrich Kra (Amtszeit am Landgericht Ravensburg 1927 bis 1934 als Hilfsrichter; vom 31.10.1936 bis 31.07.1942 Landgerichtsrat in Ravensburg; ab 01.08.1942 Landgerichtsdirektor in Ravensburg) | 254 |
| [5]. Landgerichtsrat Eugen Scha Amtszeit am Landgericht Ravensburg 1920 bis zum Zusammenbruch | 257 |
| [6]. Gerichtsassessor Rudolf Hae (Amtszeit am Landgericht Ravensburg nicht bekannt) | 259 |
| b. Die an den untersuchten Scheidungsverfahren beteiligten Richter im Zeitraum ab November 1945 | 261 |
| aa. Häufigkeit der Beteiligung an der Entscheidungsfindung | 261 |
| bb. Mitgliedschaften der Richter in politischen Parteien vor 1933 und im Dritten Reich | 262 |
| cc. Mitgliedschaften in Organisationen und Gliederungen während des Dritten Reichs | 264 |
| dd. Ergebnisse des Entnazifizierungsprozesses | 265 |
| ee. Lebensläufe von im Zeitraum ab November 1945 tätigen Richtern | 269 |
| [1]. Landgerichtspräsident Dr. Oskar Schm (Amtszeit am Landgericht | |

| | |
|--|-----|
| Ravensburg 05.11.1945 bis 30.09.1949) | 269 |
| [2]. Landgerichtspräsident Hermann Ben (Amtszeit am Landgericht Ravensburg 01.10.1949 bis 31.07.1960) | 272 |
| [3]. Landgerichtsdirektor (vormals Landgerichtsrat und Amtsgerichtsrat) Dr. Alfred Jer (Amtszeit am Landgericht Ravensburg 26.08.1946 bis 30.11.1963) | 275 |
| [4]. Amtsgerichtsdirektor Dr. Carl Hol (Amtszeit am Landgericht Ravensburg 05.11.1945 bis 30.09.1949) | 277 |
| [5]. Landgerichtsrat Franz Dre (Amtszeit am Landgericht Ravensburg ab 01.05.1947 bis unbekannt) | 278 |
| [6]. Landgerichtsrat (vormals Gerichtsassessor) Dr. Rudolf Fad (Amtszeit am Landgericht Ravensburg 01.03.1948 bis März 1962) | 280 |
| [7]. Landgerichtsrat Dr. Otto Koc (Dauer der Amtszeit am Landgericht Ravensburg nicht bekannt) | 281 |
| [8]. Landgerichtsrat Dr. Hans Ulrich Freiherr von Rue (Amtszeit am Landgericht Ravensburg nicht bekannt) | 282 |
| 2. Die an den untersuchten Scheidungsverfahren beteiligten Rechtsanwälte | 283 |
| a. Häufigkeit der Bevollmächtigung / erste Beteiligung nach der Wiedereröffnung des Landgerichts Ravensburg im November 1945 | 283 |
| b. Mitgliedschaften der Rechtsanwälte in der Partei, deren Gliederungen und ihrer Organisationen | 287 |
| c. Besonderes politisches Engagement im Dritten Reich und Bekleidung von Ämtern im Dritten Reich | 288 |
| aa. Rechtsanwalt Walter Bär aus Ravensburg | 289 |
| bb. Rechtsanwalt Carl Die aus Ravensburg | 289 |
| cc. Rechtsanwalt Dr. Franz Dre aus Ravensburg | 290 |
| dd. Rechtsanwalt Erich Muf aus Ravensburg | 290 |
| ee. Rechtsanwalt Georg Pra aus Ravensburg | 291 |
| ff. Rechtsanwalt Hans Her aus Friedrichshafen | 291 |
| gg. Rechtsanwalt Erwin Schac aus Biberach | 291 |
| hh. Rechtsanwalt Alfred Schn aus Biberach | 292 |
| ii. Rechtsanwalt Eugen Mus aus Riedlingen | 292 |
| jj. Rechtsanwalt Josef Nei aus Laupheim | 292 |
| kk. Rechtsanwalt Erwin Sti aus Laupheim | 293 |
| d. Rechtsanwälte, die bei der Stellensuche aufgrund ihrer politischen Einstellung Probleme hatten oder bei ihrer Berufsausübung mit dem Regime in Konflikt kamen | 293 |
| aa. Rechtsanwalt Hermann Ben aus Ravensburg | 293 |
| bb. Rechtsanwalt Dr. Ferdinand Doe | 293 |
| cc. Rechtsanwalt Dr. Grz aus Ravensburg | 294 |
| dd. Rechtsanwalt Dr. Walter Küb aus Ravensburg | 295 |
| ee. Rechtsanwalt Dr. Herbert Kuhl aus Ravensburg | 295 |

| | |
|--|------------|
| ff. Rechtsanwalt Erich Muf aus Ravensburg | 296 |
| gg. Rechtsanwalt Liberat Saut aus Ravensburg | 297 |
| hh. Rechtsanwalt Martin Egg aus Ravensburg-Weingarten | 297 |
| ii. Rechtsanwalt Josef Abr aus Friedrichshafen | 297 |
| jj. Rechtsanwalt Josef Fli aus Biberach | 298 |
| kk. Rechtsanwalt Josef Hyn aus Biberach / Tett nang | 299 |
| ll. Rechtsanwalt Dr. Kurt Sei aus Biberach | 300 |
| mm. Rechtsanwalt Josef Nei aus Laupheim | 301 |
| nn. Rechtsanwalt Andreas Wet aus Wangen | 301 |
| oo. Rechtsanwalt Dr. Hermann Schil aus Saulgau | 301 |
| pp. Rechtsanwalt Dr. Hermann Str aus Leutkirch | 302 |
| qq. Rechtsanwalt Karl Web aus Waldsee | 303 |
| e. Politische Mitgliedschaften und Aktivitäten der Rechtsanwälte vor der Machtergreifung im Jahre 1933 und in den Nachkriegsjahren | 303 |
| f. Ergebnisse im Entnazifizierungsverfahren | 305 |
| aa. Ergebnisse in der ersten Phase des Entnazifizierungsprozesses | 305 |
| [1]. Zulassung als Rechtsanwalt ohne Anordnung von Sühnemaßnahmen | 306 |
| [2]. Zulassung als Rechtsanwalt unter Anordnung von Sühnemaßnahmen | 306 |
| [3]. Versagung der Zulassung als Rechtsanwalt | 307 |
| bb. Spätere Ergebnisse im Entnazifizierungsprozess | 307 |
| g. Sonstige Erkenntnisse über das Schicksal von Rechtsanwälten in der Nachkriegszeit | 309 |
| 3. Die nationalsozialistische Ideologie als Argumentationsgrundlage in den Entscheidungsgründen und im Parteivortrag im Zeitraum bis Mai 1945 | 309 |
| a. Richter im Zeitraum bis Mai 1945 – Anzahl von Verfahren mit nationalsozialistisch und insbesondere bevölkerungspolitisch geprägten Entscheidungsgründen | 309 |
| b. Rechtsanwälte im Zeitraum bis Mai 1945 – Anzahl von Verfahren mit nationalsozialistisch und insbesondere bevölkerungspolitisch geprägtem Vortrag | 311 |
| c. Die nationalsozialistische Ideologie im Parteivortrag und in den Entscheidungsgründen im Zeitraum ab November 1945 | 312 |
| aa. Richter | 312 |
| bb. Rechtsanwälte | 312 |
| cc. Ergebnis | 312 |
| 4. Zusammenfassung | 312 |
| FÜNFTER TEIL: ZUSAMMENFASSENDE BETRACHTUNG | 315 |
| 1. Die Rechtsprechung des Landgerichts Ravensburg | 315 |
| 2. Der Parteivortrag | 316 |
| 3. Der Einfluss der Kriegsverhältnisse | 316 |
| 4. Die an den Scheidungsverfahren beteiligten Ehegatten | 317 |

| | |
|--|------------|
| 5. Die an den Scheidungsverfahren beteiligten Juristen | 318 |
| <u>LITERATURVERZEICHNIS</u> | <u>319</u> |
| <u>AKTENLISTE</u> | <u>327</u> |

EINLEITUNG

Gegenstand dieser Dissertation ist die Darstellung des erstinstanzlichen Prozessalltags in der Zeit von 1938 bis 1950 (Jahr der Klageerhebung) anhand der Ehescheidungsakten des Landgerichts Ravensburg.

Die Stadt Ravensburg liegt im Zentrum des bis dato katholisch geprägten Oberschwabens. Der Gerichtsbezirk des dort heute noch ansässigen Landgerichts zeichnet sich damals wie meist bis in die Gegenwart noch durch eine vorwiegend kleinstädtische bis ländliche Struktur aus.

Weitab von den politischen Zentren der Macht gelegen, hatten die Stadt Ravensburg und das dort ansässige Landgericht und dessen Rechtsprechung keine Bedeutung für die gesamtdeutsche Bevölkerung.

Aufgrund des mangelnden Fokus der Öffentlichkeit auf fernab von den politisch zentralen Orten gelegenen Untergerichte liegen bisher kaum Arbeiten vor, die die Frage des Prozessalltags an einem erstinstanzlichen Untergericht im Dritten Reich und in den unmittelbar auf die Kapitulation Deutschlands im Jahre 1945 folgenden Jahren näher untersuchen. Meist bilden Institutionen, die für das gesamte Dritte Reich Bedeutung erlangt haben, wie beispielsweise der Volksgerichtshof oder das Reichsgericht, den Gegenstand der bereits vorliegenden Arbeiten. Eine Schließung dieser Lücke ist nicht zuletzt deshalb interessant, weil der Gerichtsalltag an einem erstinstanzlichen Prozessgericht den Alltag der breiten Masse der Bevölkerung betraf und nur eine Auswertung von erstinstanzlichen Akten die Gewähr für eine repräsentative Analyse der Rechtswirklichkeit gibt, da nicht jedes Verfahren über den gesamten Instanzenzug geführt wurde.

Der nationalsozialistische Gesetzgeber hat – abgesehen von den Rassegesetzen – nur wenige Gesetze verabschiedet; vielmehr beschränkte man sich im Dritten Reich größtenteils auf die Interpretation von Normen im nationalsozialistischen Sinne unter Beibehaltung des Wortlauts oder nur marginaler Änderung des Wortlauts. Das Familienrecht und speziell das Eherecht gehörte zu den wenigen Rechtsgebieten, das von den Nationalsozialisten mit einer eigenen Gesetzgebung grundlegend neugestaltet wurde; insbesondere das Ehescheidungsrecht wurde von den Nationalsozialisten bewusst instrumentalisiert, um die Vorstellungen von Ehe und Familie im Sinne der nationalsozialistischen Ideologie umzusetzen.

Zu den bedeutsamsten Neuerungen des Ehegesetzes von 1938 zählte die Einführung des bereits in der Weimarer Republik diskutierten Zerrüttungstatbestandes nach dem Vorbild anderer europäischer Länder¹. Diese Neuerung im Scheidungsrecht war keineswegs der Ausdruck liberaler Tendenzen, sie diente vielmehr als zielgerichtetes Instrument der Umsetzung ideologischer und bevölkerungspolitischer Ziele – zerrüttete Ehen stellten nach der Auffassung des Nationalsozialismus wertlose Ehen dar, da aus ihnen keine Nachkommen hervorgehen konnten.

¹ Weiterführendes hierzu im ersten Teil der Arbeit.

Dieser Umstand begründet die gezielte Einschränkung der vorliegenden wissenschaftlichen Auseinandersetzung auf das Ehescheidungsrecht und speziell auf diesen neu eingeführten Zerrüttungstatbestand.

Die Entscheidungen von Obergerichten zum Zerrüttungstatbestand und die zeitgenössische Fachliteratur sind in zahlreichen Arbeiten zur Familienrechtsgeschichte des 20. Jahrhunderts ausgewertet worden.

Die Dissertation von Dieter Niksch setzt zum Beispiel eingehend mit der Umsetzung der ideologisch geprägten Norm des Zerrüttungstatbestandes durch zentralere Gerichte wie dem Reichsgericht auseinander².

In diesem Punkt unterscheidet sich die vorliegende Untersuchung in dem sie sich bewusst auf die Ebene eines erstinstanzlichen Prozessgerichts begibt³.

Bisherige wissenschaftliche Untersuchungen sind zu dem Ergebnis gekommen, dass die überwiegende Anzahl der Zivilrechtsstreitigkeiten ohne ideologischen Einfluss durchgeführt wurden⁴.

Ergänzend soll hier der Einfluss der nationalsozialistischen Ideologie auf die Rechtsprechung des Landgerichts Ravensburg in Ehe Streitigkeiten untersucht werden:

War dieses Untergericht überhaupt von der nationalsozialistischen Ideologie betroffen? Stand es der nationalsozialistischen Ideologie offen gegenüber oder arbeitete es zunächst weiter wie in der Weimarer Republik? Wurde die nationalsozialistische Bevölkerungspolitik vom Landgericht Ravensburg ebenso wie vom Reichsgericht uneingeschränkt umgesetzt? Kam das Volk im Rahmen des Gerichtsalltags an einem Untergericht mit dem Nationalsozialismus und dessen Ideologie in Berührung?

Diese Arbeit zieht mit der bedingungslosen Kapitulation Deutschlands am 08.05.1945 keinen Schlussstrich. Im Gegensatz zu den oben genannten Arbeiten wird der untersuchte Zeitraum auf die ersten Nachkriegsjahre ausgedehnt⁵.

Zum einen ermöglicht dies einen Vergleich der Rechtsprechung und des Scheidungsalltags in Ravensburg für die Zeit vor und nach dem Zusammenbruch und zum ande-

² Dieter Niksch, Die sittliche Rechtfertigung des Widerspruchs gegen die Scheidung der zerrütteten Ehe in den Jahren 1938 bis 1994, Dissertation, Köln 1990.

³ Die Dissertation von Franz Birndorfer, Der erstinstanzliche Prozessalltag von 1938 bis 1949 anhand der Ehescheidungsakten des Landgerichts Amberg zu § 55 EheG 1938 und § 48 EheG 1946, Regensburg 2013, begibt sich ebenfalls auf die Ebene eines Untergerichts.

⁴ Vgl. hierzu insbesondere Rainer Schröder, „...aber im Zivilrecht sind die Richter standhaft geblieben!“, d. Urteile d. OLG Celle aus d. Dritten Reich, 1. Auflage, Baden-Baden 1988; Christof Schiller, Das Oberlandesgericht Karlsruhe im Dritten Reich, Dissertation, Heidelberg 1995/1996; zu einer höheren Anzahl von Verfahren, die ideologisch geprägt waren kommt Maria Mammeri-Latzel in: Justizpraxis in Ehesachen im Dritten Reich: Eine Untersuchung von Prozessakten des Landgerichts Berlin unter besonderer Berücksichtigung der Ideologie des Nationalsozialismus, Dissertation, Berlin 2002.

⁵ Die Arbeit beschränkt sich zugleich nicht auf eine Auswertung der Nachkriegsrechtsprechung wie beispielsweise die Dissertation von Meike Hetzke, Die höchstrichterliche Rechtsprechung von 1948-1961 zum Scheidungsgrund des § 48 EheG 1946 wegen unheilbarer Zerrüttung: Eine Analyse der Rechtsprechung des Obersten Gerichtshof für die Britische Zone und des Bundesgerichtshofs und die Änderung des § 48 EheG 1946 durch das Familienrechtsänderungsgesetz von 1961, Frankfurt am Main 2000.

ren kann mit der Arbeit aufgezeigt werden, wie ein Untergericht mit der von Besatzung, Wohnungsnot, Ernährungsknappheit, Arbeitsplatzmangel, Flüchtlingsströmen und nicht zuletzt auch Rechtsunsicherheit – insbesondere zur der in den Nachkriegsjahren höchst umstrittenen Frage nach der Beachtlichkeit des Widerspruchs des beklagten Ehegatten im Rahmen der Zerrüttungsscheidung⁶ –geprägten Lage in den ersten Nachkriegsjahren umgegangen ist und wie sich die Rechtsprechung des Landgerichts Ravensburg in den Nachkriegsjahren entwickelte.

Die wissenschaftliche Untersuchung ermöglicht ein im Staatsarchiv Sigmaringen verwahrter Bestand der R-Akten des Landgerichts Ravensburg⁷.

Dieser beinahe vollständige Aktenbestand wurde im Hinblick auf Verfahren untersucht, in denen die Zerrüttungsscheidung zumindest auch Gegenstand der Ehescheidungsklage war. Da es sich um rund 10,00 % der Verfahren des Bestandes handelte, konnten die Zerrüttungsscheidungen vollständig betrachtet werden.

Bei dem untersuchten Aktenbestand handelt es sich um einen sog. „ausgedünnten“ Bestand, d. h. der archivierte Bestand umfasst nur die Scheidungsurteile und evtl. Berufungsurteile, bzw. Revisionsentscheidungen. Das schriftliche Vorbringen der Parteien (Klagschrift, Klagerwiderng, weitere Schriftsätze), Beweisbeschlüsse sowie Protokolle der mündlichen Verhandlung befinden sich nicht bei den Akten.

Die Aufbewahrung eines solchen ausgedünnten Bestandes entspricht der üblichen Form der Archivierung.

Konsequenz dieser Archivierungspraxis ist, dass der Tatbestand des jeweiligen Urteils die einzige Erkenntnisquelle hinsichtlich des Vortrags der Parteien ist. Nicht auszuschließen ist, dass das Gericht den Parteivortrag bereits „gefiltert“ hat und aus seiner Sicht unerhebliches Vorbringen im Tatbestand nicht schilderte; ebenso ist zu berücksichtigen, dass der Tatbestand eines Urteils regelmäßig nur den zeitlich unmittelbar an das Urteil angrenzenden Parteivortrag wiedergibt. Daher ist aus den Scheidungsurteilen grundsätzlich nicht ersichtlich, ob eine Partei im Laufe des Verfahrens eine ursprünglich vorgebrachte Argumentation fallen ließ oder abänderte.

Die Arbeit bleibt nicht bei der bloßen Aktenanalyse der Scheidungsurteile und einer genauen Betrachtung der an den Scheidungsverfahren beteiligten Ehegatten stehen. Sie wirft darüber hinaus einen eingehenden Blick auf die an den untersuchten Scheidungsverfahren beteiligten Richter und Rechtsanwälte.

Informationen zu den an den untersuchten Scheidungsverfahren beteiligten Richtern des Landgerichts Ravensburg konnten aus den – wenn auch nicht durchgängig – vorhandenen Personalakten beim Landgericht Ravensburg und beim Hauptstaatsarchiv in Stuttgart gewonnen werden. Ebenso dienten die hauptsächlich beim Staatsarchiv in Sigmaringen verwahren Akten aus dem Entnazifizierungsverfahren (meist Spruchkammerakten) als Erkenntnisquelle.

⁶ Vgl. insoweit die Ausführungen im ersten Teil dieser Arbeit.

⁷ Die dieser Arbeit zugrundeliegenden Archivbestände wurden in den Jahren 2008/2009 ausgewertet. Die genannten Signaturen entsprechen den zu diesem Zeitpunkt maßgeblichen Signaturen.

Vor 1945 wurden die Personalakten der im Landgerichtsbezirk Ravensburg tätigen Rechtsanwälte beim Oberlandesgericht in Stuttgart geführt. Bei einem Bombenangriff auf Stuttgart in der Nacht vom 12. auf den 13. September 1944 wurden das Justizgebäude in der Urbanstraße und der Prinzenbau am Schillerplatz weitgehend zerstört. Dabei gingen die Akten und sonstiges Archivmaterial des Oberlandesgerichts Stuttgart und damit auch die Personalakten der Rechtsanwälte verloren. Die für den Landgerichtsbezirk Ravensburg zuständige Rechtsanwaltskammer Tübingen wurde erst Ende der 40er Jahre des 20. Jahrhunderts und damit nicht unmittelbar nach dem Zusammenbruch gegründet, sodass auch deren Personalakten keine für diese Untersuchung interessanten Informationen geben konnten.

Die zu den an den Scheidungsverfahren beteiligten Rechtsanwälten gegebenen Informationen beruhen daher vorwiegend auf Akten aus dem Entnazifizierungsverfahren, die fast ausschließlich beim Staatsarchiv in Sigmaringen verwahrt werden und auf vereinzelt beim Justizministerium in Stuttgart geführten Personalakten, die beim Hauptstaatsarchiv in Stuttgart archiviert sind.

Teilweise konnten aus den Beständen des Stadtarchiv Ravensburg und des Kreisarchivs Ravensburg (beispielsweise aus Listen der in Ravensburg wohnhaften Mitglieder der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei (kurz: NSDAP)) Erkenntnisse zu den an den Scheidungsverfahren beteiligten Juristen gewonnen werden. Diese Quellen gaben auch Informationen zur Situation in der Stadt Ravensburg und am Landgericht Ravensburg im untersuchten Zeitraum.

Die vorliegende Untersuchung soll anhand dieses Quellenmaterials folgende Fragen beantworten:

Bezüglich der Zeit des Dritten Reiches:

- Inwieweit fügte sich das Landgericht Ravensburg in das nationalsozialistische Regime ein?
- Schloss sich das Landgericht Ravensburg mit seiner Rechtsprechung der obergerichtlichen Rechtsprechung, insbesondere der des Reichsgerichts, an?
- Welchen Einfluss hatten die Kriegsverhältnisse auf die Ehescheidungsklagen?
- Beeinflussten ideologisch geprägte Argumente oder eine besondere Stellung innerhalb der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei (kurz: NSDAP), ihrer Organisationen, Verbände und Gliederungen den Ausgang des Prozesses?
- Wie sah der Alltag am Landgericht Ravensburg während des Dritten Reichs aus? Wer war in diesem Zeitraum an den untersuchten Ehescheidungsklagen beteiligt?

Bezüglich der Nachkriegszeit:

- Welche Auswirkungen hatten der Zusammenbruch und die typischen Erscheinungen der Nachkriegszeit auf das Landgericht Ravensburg? Hatten diese Einfluss auf den Alltag am Landgericht Ravensburg?

- Wer war in diesem Zeitraum an den untersuchten Ehescheidungsklagen beteiligt?
- Wie gestaltete sich die Rechtsprechung am Landgericht Ravensburg? Können Unterschiede zur Rechtsprechung im Dritten Reich festgestellt werden?
- Wurde die Fortgeltung des Zerrüttungstatbestandes hinterfragt? Wurden Abwägungsprozesse durchlaufen?
- Erfolgte eine Abgrenzungsdebatte zur zivilrechtlich relevanten Gesetzgebung und Rechtsprechung aus der NS-Zeit? Lassen sich Entwicklungslinien im Umgang mit der nationalsozialistisch geprägten Norm des Zerrüttungstatbestandes feststellen?
- Konnte bei den Ehescheidungsklagen weiterhin ein Einfluss der Kriegsverhältnisse verzeichnet werden?
- Wurde in der Nachkriegszeit von den Beteiligten oder vom Landgericht Ravensburg noch ideologisch geprägt argumentiert? Wirkte sich eine besondere Stellung eines Beteiligten im Regime auf das Prozessergebnis aus?

Bezüglich der an den untersuchten Ehescheidungsklagen betroffenen Juristen:

- Sind Auffälligkeiten in der politischen Haltung der Juristen vor der Machtübernahme durch die Nationalsozialisten, während des Dritten Reichs und in den Nachkriegsjahren zu verzeichnen?
- Hatte die politische Haltung der Juristen Konsequenzen für den beruflichen Werdegang der Juristen? Hatten diese Juristen aufgrund ihrer regimetreuen oder ihrer abwehrenden Haltung gegenüber dem Nationalsozialismus während des Dritten Reichs Vor- oder Nachteile in ihrem beruflichen Fortkommen?
- Welche Konsequenzen ergaben sich aus dieser politischen Haltung in der Nachkriegszeit, vor allem im Entnazifizierungsverfahren? War es allen beteiligten Richtern und Rechtsanwälten nach 1945 möglich, ihre berufliche Tätigkeit im selben Umfang und in derselben Position wie vor 1945 fortzuführen? Wurden im Entnazifizierungsprozess Berufsverbote oder Sanktionen verhängt?

Die Arbeit ist in fünf Teile gegliedert:

Im ersten Teil der Arbeit werden allgemeine Informationen gegeben, die zum Verständnis der Arbeit erforderlich sind. Dieser Teil zeigt die Hintergründe und die Entstehungsgeschichte des Ehegesetzes von 1938 auf, er gibt Informationen zur obergerichtlichen Rechtsprechung zum Zerrüttungstatbestand im Dritten Reich sowie zur Rechtslage nach dem Zusammenbruch, insbesondere zur umstrittenen Frage nach der Beachtlichkeit des Widerspruchs des beklagten Ehegatten im Rahmen der Zerrüttungsscheidung und zur Einflussnahme – und Gleichschaltungsversuchen auf Juristen im Dritten Reich.

Weiter befasst sich der erste Teil der Arbeit mit der Stadt Ravensburg und dem Landgerichtsbezirk Ravensburg.

Anschließend erfolgt im zweiten und im dritten Teil der Arbeit die Auswertung der im Staatsarchiv Sigmaringen verwahrten Ehescheidungsakten mit Bezug zur Zerrüttungsscheidung.

Gegenstand des zweiten Teils der Arbeit sind die Scheidungsurteile des Landgerichts Ravensburg. Neben statistischen Erhebungen wie beispielsweise zum Umfang der Entscheidungsgründe, zur Verfahrensdauer oder zur Anzahl der klagabweisenden Urteile erfolgt in diesem zweiten Teil der Arbeit eine Darstellung der Scheidungsurteile des Landgerichts Ravensburg, insbesondere der Urteile mit ideologisch geprägtem Hintergrund und zu der aus der Nachkriegszeit stammenden Urteile hinsichtlich der umstrittenen Frage nach der Beachtlichkeit des Widerspruchs des beklagten Ehegatten im Rahmen der Zerrüttungsscheidung.

Die an den Scheidungsverfahren beteiligten Ehegatten bilden den Gegenstand der Untersuchung im dritten Teil der Arbeit; in einem statistischem Teil befasst sich die Arbeit zum Beispiel mit deren Alter, Religion und Herkunft.

Der vierte Teil der Arbeit gibt einen Überblick über die an den untersuchten Scheidungsverfahren beteiligten Juristen – deren Namen mit den ersten drei bis fünf Buchstaben des Nachnamens (auch in Zitaten) abgekürzt wiedergegeben werden – und deren Hintergründe. Deren politische Haltung vor 1933, während des Dritten Reichs und in der Nachkriegszeit sowie deren Einfluss auf den beruflichen Werdegang werden dargestellt. Überprüft wird in diesem Teil der Arbeit auch, ob und wie sich die Hintergründe der Juristen auf ihr Verhalten im untersuchten Zeitraum ausgewirkt haben. Das Entnazifizierungsverfahren und dessen Ergebnisse bilden einen weiteren Schwerpunkt dieses vierten Teils der Arbeit.

Der fünfte Teil der Arbeit enthält eine Zusammenfassung der Untersuchungsergebnisse und eine wertende Stellungnahme.

ERSTER TEIL: GRUNDLAGEN

1. Entstehungsgeschichte und Hintergründe des Ehegesetzes von 1938

Das am 06.07.1938 verabschiedete Gesetz zur Vereinheitlichung des Rechts der Eheschließung und der Ehescheidung im Lande Österreich und im übrigen Reichsgebiet⁸; das so genannte Ehegesetz (kurz: EheG), welches am 01.08.1938 im alten Reichsgebiet und in Österreich und am 01.01.1939 im Sudetenland in Kraft getreten war, löste die Eherechtsprechung nach dem bis dahin geltenden Familienrecht des Bürgerlichen Gesetzbuches ab und war die gesetzliche Grundlage für die Eherechtsprechung nach nationalsozialistischem Gedankengut, welches zuvor nur durch vereinzelte neu verabschiedete Gesetze in das Familienrecht Einzug gefunden hatte⁹.

Das bis zum Inkrafttreten des Ehegesetzes von 1938 maßgebliche vom Verschuldensprinzip dominierte Scheidungsrecht des am 01.01.1900 in Kraft getretenen Bürgerlichen Gesetzbuches (kurz: BGB) war von den konservativen Strömungen des 19. Jahrhunderts beeinflusst gewesen und bot lediglich Scheidungsgründe wegen grober Verfehlungen und Geisteskrankheiten und erwies sich somit als scheidungsfeindlich. Bereits in der Weimarer Republik wurde daher über die Einführung einer Zerrüttungsscheidung diskutiert, die eine Scheidung ohne Verschulden eines Ehepartners ermöglichen sollte¹⁰. Die Diskussion war durch eine Forderung der linksliberalen Fraktionen angestoßen worden, die bei den Nationalsozialisten zunächst auf Ablehnung gestoßen war¹¹. Diese ablehnende Haltung bezog sich weniger auf das Ziel als auf die Argumentation seitens der linksliberalen Fraktion, da diese auf das Individuum abzielte, während für die Nationalsozialisten die nationalsozialistischen Ziele der Ehe im Vordergrund standen – eine Ehe, die ihre bevölkerungspolitischen Zwecke nicht mehr erfüllte war scheidungswürdig, unabhängig vom zur Zerrüttung führenden Verschulden¹².

Die verschuldensunabhängige Scheidung ist folglich keine Erfindung der Nationalsozialisten, zumal andere europäische Länder die Scheidung ohne Verschulden bereits vor der Machtergreifung durch die Nationalsozialisten eingeführt hatten¹³.

Ein früherer Vorstoß hin zu einer scheidungsfreundlicheren Reform des Ehescheidungsrechts scheiterte im Jahre 1921 am Einfluss des katholischen Zentrums als Re-

⁸ Das Ehegesetz ist abgedruckt in RGBl. I, S. 807.

⁹ Wie beispielsweise im Jahre 1935 durch das sog. Blutschutzgesetz (Gesetz zum Schutz des deutschen Blutes und der deutschen Ehre), abgedruckt in RGBl. I, S. 1146 oder das sog. Ehegesundheitsgesetz (Gesetz zum Schutze der Erbgesundheit des deutschen Volkes), abgedruckt in RGBl. I, S. 1146.

¹⁰ Humphrey, Weimarer Reformdiskussion, S. 281.

¹¹ Humphrey, Weimarer Reformdiskussion, S. 294.

¹² Roquette, DR 1943, 107 (109); Gruchmann, ZNR 1989, S. 63 (64).

¹³ Zu diesen Ländern gehörten: Schweiz, Schweizer Zivilgesetzbuch vom 10.12.1907; Schweden, Gesetz über die Ehescheidung vom 12.11.1915; Norwegen, Gesetz über die Eingehung und die Auflösung der Ehe vom 31.05.1918; Tschechoslowakei, Gesetz betreffend Abänderung der Bestimmungen des bürgerlichen Rechts über die Förmlichkeiten des Ehevertrags, die Ehetrennung und die Ehehindernisse vom 22.05.1919.

gierungskoalitionspartei. Der letzte erfolglose Reformversuch der Weimarer Republik stammte aus dem Jahr 1929¹⁴.

Der nationalsozialistische Gesetzgeber nahm die Reformbestrebungen durch den Familienrechtsausschuss der Akademie für Deutsches Recht¹⁵ bereits im Jahr der Machtergreifung 1933 unter Rückgriff auf die Vorarbeiten der Weimarer Republik wieder auf; in den ersten Jahren nach 1933 wurde aber über die Einführung und die Ausgestaltung des Zerrüttungstatbestandes zunächst nur diskutiert¹⁶, wobei keine Einigung hinsichtlich der Voraussetzungen einer Zerrüttungsscheidung (insbesondere der Trennungsfrist) erzielt werden konnte und deren grundsätzliche Erforderlichkeit kritisch hinterfragt wurde¹⁷.

Trotz der vorhandenen Unstimmigkeiten¹⁸ wurde mit der Verabschiedung des Ehegesetzes von 1938 letztlich doch die Zerrüttungsscheidung eingeführt, da mit dem Anschluss Österreichs an das Deutsche Reich im Jahre 1938 Handlungsbedarf¹⁹ entstanden war: Im Zuge des Anschlusses von Österreich galten im neuen Deutschen Reich zwei unterschiedliche Ehescheidungsgesetze, da das österreichische Scheidungsrecht noch auf den Vorschriften des Allgemeinen Bürgerlichen Gesetzbuches aus dem Jahre 1811 beruhte, welches für einzelne religiöse Gruppen verschiedene Eheschließungs- und Ehescheidungsmöglichkeiten vorsah²⁰. So war es bis dahin in Österreich nicht möglich, eine Ehe zu scheiden, bei der mindestens ein Ehegatte der katholischen Konfession angehörte. Möglich war zwar nach § 103 ABGB die Aufhebung der ehelichen Lebensgemeinschaft (sog. Scheidung von Tisch und Bett), welche jedoch nichts an der Unlösbarkeit der Ehe nach § 111 ABGB änderte. In den Jahren von 1919 bis 1934 war es möglich nach entsprechender Bewilligung seitens der Verwaltungsbehörde eine Dispense einzugehen; diese waren aber als Doppelhehen nichtig, nachdem der Verwaltungsgerichtshof die Verwaltungsakte für gesetzeswidrig erklärt hatte²¹. Diese Missstände drohten „das öffentliche Leben zu vergiften“²².

¹⁴ Das Ende der Reformbestrebungen war besiegelt, als sich die Abgeordneten der Zentrumsparlei am 05.11.1929 im Rechtsausschuss weigerten, an den Beratungen weiter teilzunehmen, vgl. Giesen, Familienrecht, Rn. 74, Wolf, FamRZ 1988, 1217 (1219) und Bosch, FamRZ 1991, 1370 ff.

¹⁵ Die Akademie für Deutsches Recht war die wissenschaftliche Zentralstelle für die Arbeit an der Umgestaltung und Fortbildung des deutschen Rechts im Sinne der nationalsozialistischen Weltanschauung und zugleich Instrument der rechtswissenschaftlichen Gleichschaltung der Gesellschaft während der Zeit des Nationalsozialismus. Die Akademie für Deutsches Recht wurde am 26.06.1933 in München gegründet und am 02.10.1933 vom Reichsjustizkommissar Hans Frank auf dem Deutschen Juristentag des Nationalsozialistischen Rechtswahrerbundes in Leipzig proklamiert. Durch Reichsgesetz vom 11.07.1934 wurde sie zu einer öffentlichen Körperschaft des Reichs mit dem Sitz in München.

¹⁶ Humphrey, Weimarer Reformdiskussion, S. 283.

¹⁷ Weiterführend hierzu: Humphrey, Weimarer Reformdiskussion, S. 284 und S. 286; Gruchmann, ZNR 1989, 63 (65).

¹⁸ Weiterführend zu den eingegangenen Kompromissen: Humphrey, Weimarer Reformdiskussion, S. 289.

¹⁹ Niksch, Sittliche Rechtfertigung des Widerspruchs, S. 177.

²⁰ Vgl. hierzu die Amtliche Begründung zum Ehegesetz von 1938, abgedruckt in DJ 1938, 1102 ff. und Gutjahr, DR 1938, 311.

²¹ Niksch, Sittliche Rechtfertigung des Widerspruchs, S. 177; Gruchmann, ZNR 1989, S. 63 (69).

²² So die amtliche Begründung zum Ehegesetz von 1938, abgedruckt in DJ 1938, 1102 ff. (1102).

Das Ehegesetz von 1938 diente der Beseitigung dieser Missstände und der Vereinheitlichung des Eheschließungs- und Ehescheidungsrecht in Österreich und im übrigen Reichsgebiet und bedeutete den ersten Schritt zur Schaffung eines einheitlichen groß-deutschen Ehe- und Familienrechts.

2. Der Zerrüttungstatbestand des § 55 EheG 1938

Der Zerrüttungstatbestand des § 55 EheG 1938 war in seinem Grundgedanken der neuartigste und deshalb auch interessanteste und in Wissenschaft und Rechtsprechung umstrittenste Paragraph des Ehegesetzes von 1938 gewesen²³.

Der Absatz 1 des § 55 EheG 1938 enthielt einen - auch ohne die Weiterungen des Abs. 2 - denkbaren Tatbestand, nämlich die Scheidung wegen bloßer objektiver tiefgreifenden unheilbarer Zerrüttung des ehelichen Verhältnisses, bei der die Wiederherstellung einer dem Wesen der Ehe entsprechenden Lebensgemeinschaft nicht zu erwarten war und zugleich mit mindestens drei Jahren dauernder Aufhebung der häuslichen Gemeinschaft.

Der Abs. 2 des § 55 EheG 1938 legte zum einen fest, in welchen Fällen der Beklagte dem Scheidungsbegehren des anderen Ehegatten widersprechen konnte und zum anderen in welchen Fällen der (an sich zulässige) Widerspruch nicht zu beachten war.

Hier der Wortlaut des § 55 EheG 1938:

„§ 55 EheG 1938

A u f l ö s u n g d e r h ä u s l i c h e n G e m e i n s c h a f t

(1) Ist die häusliche Gemeinschaft der Ehegatten seit drei Jahren aufgeho-ben und infolge einer tief greifenden unheilbaren Zerrüttung des ehelichen Verhältnisses die Wiederherstellung einer dem Wesen der Ehe entsprechen-den Lebensgemeinschaft nicht zu erwarten, so kann jeder Ehegatte die Schei-dung begehren.

(2) Hat der Ehegatte, der die Scheidung begehrt, die Zerrüttung ganz oder überwiegend verschuldet, so kann der andere der Scheidung widersprechen. Der Widerspruch ist nicht zu beachten, wenn die Aufrechterhaltung der Ehe bei richtiger Würdigung des Wesens der Ehe und des gesamten Verhaltens beider Ehegatten sittlich nicht gerechtfertigt ist.“

3. Die amtliche Begründung zum Ehegesetz von 1938

Die zum Ehegesetz 1938 erschienene amtliche Begründung²⁴ gab dem Rechtsanwender Auskunft zu den Grundlagen des neuen Ehescheidungsrechts und zeigte die Motive des nationalsozialistischen Gesetzgebers für die Einführung des Zerrüttungstatbestandes auf.

²³ Vgl. hierzu die Kommentierung bei von Scanzoni, Ehegesetz, 1943, § 55 Rn.1, Spott, DR 1939, 24, Möß-mer, ZAKDR 1939, 292 sowie Schumann, ZAKDR, 1943, 67.

²⁴ Die amtliche Begründung zum Ehegesetz ist abgedruckt in DJ 1938, 1102 ff. Die Ausführungen zum Ehescheidungsrecht finden sich ab S. 1107.

Demnach ergaben sich die Grundlagen, von denen das neue Recht auszugehen hatte, eindeutig aus der nationalsozialistischen Auffassung vom Wesen der Ehe:

„Ehe und Familie sind die Grundlagen des völkischen Gemeinschaftslebens, von deren Kraft und Gesundheit Wert und Bestand der Volksgemeinschaft abhängen. Sie bergen in sich die Kräfte, deren Entfaltung und Wirkung die Ewigkeit des völkischen Lebens sichert. Dadurch, daß die Ehe durch die gegenseitige Treuepflicht der natürlichen Verbindung der Geschlechter Stetigkeit verleiht, wird sie zum Hort des Kinderreichtums und zur unersetzlichen Voraussetzung einer gesunden und geordneten Erziehung der Nachkommenschaft. Gleichzeitig vermittelt sie als die kleinste Zelle völkischen Lebens den Ehegatten das Erleben der Gemeinschaft. Sie fordert von jedem Ehegatten Rücksicht und Verständnis für den anderen und die Bekämpfung eigenmächtiger Regungen, die das Glück der Ehe gefährden. Vor allem aber entspringt aus einer glücklich geführten Ehe für beide Ehegatten eine Stärkung und Belebung aller Kräfte, deren sie für ein rechtes Wirken innerhalb der Volksgemeinschaft bedürfen. Diese erzieherischen und belebenden Kräfte können auch die Ehe, der der Kindersegen versagt blieb, noch für die Volksgemeinschaft wertvoll erscheinen lassen.“²⁵

Für den nationalsozialistischen Staat lag der tiefste Sinn der Ehe außerhalb der Individualinteressen; im Vordergrund stand die Bedeutung der Ehe für den Bestand und die Gesundheit des deutschen Volkes. Hieraus ergibt sich die Unvereinbarkeit der nationalsozialistischen Betrachtung der Ehe sowohl mit der liberalistischen Auffassung, die in der Ehe eine vertragsartige Zweckverbindung zur Verwirklichung individueller Interessen sah als auch mit der konfessionellen Betrachtung, die auf jenseitigen Vorstellungen und religiösen Bindungen beruhte. Vielmehr konnte das Ziel des neuen Ehescheidungsrechts nur sein, es zu ermöglichen, dass eine Ehe, die für die Volksgemeinschaft wertlos geworden war, die auch für die Ehegatten, die sich ihrer sittlichen Pflichten bewusst waren, nicht mehr zu einem rechten Gemeinschaftsleben führen konnte, auf einem ehrlichen Weg lösbar wurde.²⁶

Von einer radikalen Einführung des Zerrüttungsgedankens als einzigen Scheidungsgrund wurde abgesehen, da ein solches Scheidungsrecht die einverständliche Scheidung fast schrankenlos ermöglicht hätte und beim nationalsozialistischen Gesetzgeber Zweifel bestanden, ob die Ehegatten vom Zerrüttungstatbestand im nationalsozialistischen Sinne Gebrauch machen würden:

„Die schwierigste Frage ist jedoch die, auf welchem Wege dieses Ziel [gemeint war die Lösung von für die Volksgemeinschaft wertlosen Ehen auf ehrlichen Wegen] am besten erreichbar ist, ob man an dem geltenden Grundsatz, die Ehescheidungsgründe kasuistisch aufzuzählen, festhalten und bei der Ausgestaltung der einzelnen Gründe der neuen Anschauung Rechnung

²⁵ So die amtliche Begründung zum Ehegesetz, DJ 1938, 1102 ff. (1107).

²⁶ Amtliche Begründung zum Ehegesetz, DJ 1938, 1102 ff. (1107).

*tragen oder von einer Kasuistik ganz abgesehen und generell jede Ehe für lösbar erklären soll, die ohne Rücksicht auf die Frage eines etwaigen Verschuldens der Ehegatten so zerrüttet ist, dass sie für die Volksgemeinschaft keinen Wert mehr besitzt. Die letztgenannte, von beachtlichen Stellen empfohlene Regelung würde annehmbar sein, wenn die große Mehrzahl der Volksgenossen von der nationalsozialistischen Weltanschauung schon so tief durchdrungen wäre, wie dies nach einer erst fünfjährigen nationalsozialistischen Erziehungsarbeit noch nicht erwartet werden kann.*²⁷

Vielmehr hatte sich der nationalsozialistische Gesetzgeber bewusst für einen Um- und Ausbau der bisherigen Scheidungsgründe entschieden²⁸.

Mit dem Zerrüttungstatbestand des § 55 EheG 1938 sollte dem Umstand Rechnung getragen werden, dass es Fälle gab, ohne dass einer der einzeln aufgeführten – ggf. verschuldensabhängigen – Scheidungsgründe in Betracht kam, in denen die Ehegatten sich aber innerlich so vollständig auseinandergelebt hatten, dass mit einer Wiederherstellung der ehelichen Lebensgemeinschaft dauernd nicht mehr gerechnet werden konnte. In vielen dieser Fälle lebten die Ehegatten dauerhaft getrennt voneinander, die Ehefrau bezog Unterhalt von ihrem Ehemann und weigerte sich die eheliche Lebensgemeinschaft wiederherzustellen, ohne dass der Ehemann die Möglichkeit hatte, sich von dieser Ehe zu lösen.

Gleichzeitig sah der nationalsozialistische Gesetzgeber die Notwendigkeit einer Einschränkung dieser Vorschrift als gegeben an, damit nicht ein Ehegatte durch schwere Eheverfehlungen die Zerrüttung herbeiführen und nach dreijähriger Heimtrennung von dem anderen Ehegatten die Scheidung begehren konnte.

Wäre die möglich gewesen, hätte der Ehemann durch eine Art Verstoßung der Ehefrau das Ziel der Vereinigung mit einer jüngeren und reizvolleren Frau erreichen können. Deshalb wurde dem beklagten Ehegatten nach § 55 Abs. 2 S.1 EheG 1938 die Möglichkeit eingeräumt, dem Scheidungsbegehren zu widersprechen, sofern der klagende Ehegatte die Zerrüttung ganz oder überwiegend verschuldet hatte.

Aber auch dieser Satz bedurfte einer Einschränkung durch § 55 Abs. 2 S. 2 EheG, wonach ein Widerspruch nicht zu beachten war, wenn die Aufrechterhaltung der Ehe bei richtiger Würdigung des Wesens der Ehe und des gesamten Verhaltens beider Ehegatten sittlich nicht gerechtfertigt war. Diese Einschränkung wurde damit begründet, dass Fälle denkbar waren, in denen der Ehegatte seinen Fehltritt bereute und wieder ein rechtes Eheleben beginnen wollte, der andere Ehegatte aber auf seinem Trennungswillen beharrte ohne auf eine Scheidung einzugehen²⁹.

²⁷ Amtliche Begründung zum Ehegesetz, DJ 1938, 1102 ff. (1107 f.).

²⁸ Amtliche Begründung zum Ehegesetz, DJ 1938, 1102 ff. (1108).

²⁹ Amtliche Begründung zum Ehegesetz, DJ 1938, 1102 ff. (1109).

4. Das Ehe- und Familienbild im Nationalsozialismus – insbesondere im Vergleich zum Ehe- und Familienbild der Weimarer Republik

a. Das Ehe- und Familienbild der Weimarer Republik

Die Reform des Ehescheidungsrechts diente der Durchsetzung der Bevölkerungspolitik des Nationalsozialismus. Um diese Bevölkerungspolitik und damit auch die ideologischen Hintergründe von § 55 EheG 1938 einordnen zu können, muss ein Blick auf das Familienbild im Dritten Reich – insbesondere auch im Vergleich zum Familienbild der Weimarer Republik – geworfen werden.

Für den Richter in der Weimarer Republik galt das Familienrecht des Bürgerlichen Gesetzbuches aus dem Jahre 1900.

Zusammen mit dem Personenstandsgesetz von 1875³⁰ hatte das BGB von 1900 zumindest aus juristischer Sicht die Fremdbestimmung der Kirche im Eheschließungs- und Ehescheidungsrecht beendet.

Das BGB von 1900 sah – im Gegensatz zum kanonischen Recht – zwar eine grundsätzliche Scheidungsmöglichkeit vor³¹, kann aber aufgrund der relativ strengen Scheidungsmöglichkeiten dennoch als scheidungsfeindlich eingestuft werden. Vom Grundsatz der Unauflösbarkeit der Ehe ausgehend, eröffnete sich für einen Ehegatten die Möglichkeit einer Scheidung nur, wenn er selbst keine Schuld am Scheitern der Ehe hatte oder wegen Geisteskrankheiten³². Das BGB von 1900 ebnete den Ehegatten daher insbesondere nicht den Weg zu einer einverständlichen Scheidung.

Der Begriff der Ehe wurde im BGB von 1900, welches die Einstufung der Ehe als Ausprägung des Individualismus mit sich brachte³³, selbst nicht definiert, galt aber als nunmehr privatrechtliches Institut als „ein durch die Eheschließung begründetes Rechtsverhältnis zwischen zwei Personen verschiedenen Geschlechts“³⁴.

Das Bürgerliche Gesetzbuch sah im Wesen der Ehe die Würde der Ehe als Institution und die individuelle Freiheit³⁵.

Die Weimarer Reichsverfassung 11.08.1919³⁶ selbst normierte Rechte und Pflichten im Bereich von Ehe und Familie.

³⁰ Durch das Personenstandsgesetz wurde der alleinigen kirchlichen Trauung die bürgerlich-rechtliche Gültigkeit aberkannt, sodass die Eheschließung zwingend vor einem Standesbeamten zu erfolgen hatte.

³¹ Saar, in: Salje (Hrsg.), Recht und Unrecht, S.80.

³² Schäfer, Entstehung der Vorschriften des BGB über das persönliche Eherecht, S. 145 ff. Weiterführend zur Entwicklung der Frage der Lösbarkeit der Ehe, insbesondere auch im Hinblick auf das kanonische Recht: Endemann, Familienrecht, S. 226 ff.; Mikat, FamRZ 1962, 81 ff., FamRZ 1962, 273 ff. und FamRZ 1962, 497 ff. sowie FamRZ 1963, 65 ff.; Wolf, JZ 1973, 647 ff.

³³ Diese Neuerung nicht nur auf Zuspruch, vgl. hierzu die Ausführungen bei Schäfer, Entstehung der Vorschriften über das persönliche Eherecht, S. 68.

³⁴ Schäfer, Entstehung der Vorschriften des BGB über das persönliche Eherecht, S. 34.

³⁵ Niksch, Sittliche Rechtfertigung des Widerspruchs, S. 28.

³⁶ RGBL., S. 1383 ff.

Art. 119 der Weimarer Reichsverfassung (kurz: WRV) stellte die Ehe unter den besonderen Schutz der Verfassung und definierte die Reinerhaltung, Gesundheit und soziale Förderung der Familie als Aufgabe des Staates:

„Die Ehe steht als Grundlage des Familienlebens und der Erhaltung und Vermehrung der Nation unter dem besonderen Schutz der Verfassung. Sie beruht auf der Gleichberechtigung der beiden Geschlechter.

Die Reinerhaltung, Gesundheit und soziale Förderung der Familie ist Aufgabe des Staats und der Gemeinden. Kinderreiche Familien haben Anspruch auf ausgleichende Fürsorge.

Die Mutterschaft hat Anspruch auf den Schutz und die Fürsorge des Staates.“

Art. 120 WRV erklärte die Erziehung des Nachwuchses zur leiblichen, seelischen und gesellschaftlichen Tüchtigkeit als oberste Pflicht und natürliches Recht der Eltern, über deren Betätigung die staatliche Gemeinschaft wacht.

In der Weimarer Zeit existierten damit bereits Vorschriften, die ein Eingreifen des Staates in die Sphäre des Einzelnen vorsahen. Die Erhaltung und Vermehrung der Nation sowie die Überwachung der Erziehung des Nachwuchses seitens der Eltern sah die Weimarer Reichsverfassung als Staatsziele vor und zeigte durch diese Vorschriften dem Liberalismus selbst Schranken auf.

b. Das Ehe- und Familienbild des Nationalsozialismus

Die Hauptkritik am bestehenden Eherecht im Deutschen Reich bestand für die Nationalsozialisten darin, dass statt des Gemeinwohls die Interessen des Einzelnen im Vordergrund standen³⁷.

Durch die Reform des Eheschließungs- und Ehescheidungsrechts sollte die nationalsozialistische Auffassung vom Wesen der Ehe in das Familienrecht Einzug halten.

Die Nationalsozialisten sahen in der Ehe „die kleinste Zelle völkischen Lebens“ als Grundpfeiler der Gemeinschaft und als „dauernde Lebensgemeinschaft zweier rassegleicher, erbgesunder Personen verschiedenen Geschlechts zum Zweck der Wahrung und Förderung des Gemeinwohls durch einträchtige Zusammenarbeit und zum Zwecke der Erzeugung rassegleicher, erbgesunder Kinder und ihrer Erziehung zu tüchtigen Volksgenossen“

Mit dem Ehegesetz aus dem Jahre 1938 wurde die Institution der Ehe im Sinne des Nationalsozialismus neu definiert. Es handelte sich um eine Ehe im nationalsozialistischen Sinn, wenn sich die Ehegatten nicht mehr als Individuen begriffen, sondern als kleinsten Teil der Volksgemeinschaft³⁸.

³⁷ Niksch, Sittliche Rechtfertigung des Widerspruchs, S. 27; Heinrich Lange, Nationalsozialismus und bürgerliches Recht, in: Frank, Handbuch, S. 935.

³⁸ Amtliche Begründung zum Ehegesetz, DJ 1938, 1102 ff. (1107).

Die amtliche Begründung bezeichnete die Ehe als „Hort des Kinderreichtums und zur unersetzlichen Voraussetzung einer gesunden und geordneten Erziehung der Nachkommenschaft.“³⁹

Adolf Hitler schrieb in seinem Buch „Mein Kampf“, dass die Ehe „dem einen größeren Ziele, der Vermehrung und Erhaltung der Art und Rasse dienen [müsse]. Nur das ist ihr Sinn und ihre Aufgabe.“⁴⁰

Mit der Ehe sollten eine reine Rasse und ein gesundes Volk geschaffen werden⁴¹.

Das Verständnis der Ehe hatte sich nach der Machtergreifung durch die Nationalsozialisten hin zu einer völkischen Ehe entwickelt⁴²; entscheidend waren nur die Interessen der Volksgemeinschaft und der Allgemeinheit, hinter die die Interessen des Einzelnen zurückzutreten hatten⁴³. Alleiniger Gesichtspunkt war der bevölkerungspolitische Wert einer Ehe⁴⁴.

Ehen, bei denen die Ehegatten getrennt lebten, waren keine Keimzellen völkischen Lebens und somit für die Allgemeinheit wertlos. Solche Ehen sollten gelöst werden können⁴⁵.

Bei einer kritischen Hinterfragung ist hier ein Widerspruch erkennbar. Wie ist es miteinander vereinbar, dass die Gemeinschaft selbst unauflösbar sein sollte, die (bevölkerungspolitisch wertvolle) Ehe als deren Fundament hingegen schon?

c. Das geänderte Ehe- und Familienbild: Eine Herausforderung für den Rechtswender

Mit der Machtergreifung durch die Nationalsozialisten wurde auch das Ehe- und Familienbild gegenüber der Weimarer Zeit einem grundlegenden Wandel unterzogen.

Der zur Entscheidung berufene Familienrichter im Dritten Reich hatte bei seiner Entscheidungsfindung nun alleine dem bevölkerungspolitischen Wert einer Ehe und damit dem Wert derselben für die Allgemeinheit Bedeutung zuzumessen. Die in der Weimarer Republik maßgebenden individuellen Interessen der Ehegatten waren als belanglos einzustufen.

Die Untersuchung der Scheidungsurteile des Landgerichts Ravensburg wird zeigen, ob sich die dort tätigen Richter während des Dritten Reichs im Sinne des Nationalsozialismus dem geänderten Ehe- und Familienbild anschlossen und auch ob die beteiligten Ehegatten und deren Bevollmächtigten ihre Argumentation auf dieses geänderte Bild stützten.

³⁹ So die amtliche Begründung zum Ehegesetz, DJ 1938, 1102 ff. (1107).

⁴⁰ Hitler, Mein Kampf, S. 275 f.

⁴¹ Mikat, FamRZ 1963, 65 (68); Gruchmann, ZNR 1989, 63.

⁴² Auert, Eherecht, S. XVII.

⁴³ Auert, Eherecht, S. XVII; Humphrey, Weimarer Reformdiskussion, S. 281.

⁴⁴ Auert, Eherecht, S. XVII.

⁴⁵ von Scanzoni, Ehegesetz, 1939, S. 81.

5. Der Zerrüttungstatbestand des § 55 EheG 1938 in der Rechtsprechung des Reichsgerichts

a. Zur Bedeutung von § 55 EheG 1938

Die Bedeutung, die § 55 EheG 1938 in Wissenschaft und Praxis hatte, zeigte sich auch in der Vielzahl der Entscheidungen des Reichsgerichts, die zum Zerrüttungstatbestand erging.

Das Reichsgericht stellte seine Rechtsprechung ganz in den Dienst des nationalsozialistischen Machthabers und richtete diese nach dessen Weltanschauung und dessen bevölkerungspolitischen Zielsetzung aus. Religiöse Aspekte und die individuellen vertraglichen Beziehungen zwischen den Ehegatten mussten hinter diese Belange der Allgemeinheit zurücktreten.

Nach der wohl wichtigsten Entscheidung des Reichsgerichts⁴⁶ lässt der Zerrüttungstatbestand als Grundanschauung des Gesetzgebers erkennen, dass der nationalsozialistische Staat zwar darauf bedacht ist, eine vollwertige Ehe zu schützen, dass ihm aber nicht daran gelegen sein kann, eine Ehe durch Zwang aufrechtzuerhalten, die ihren inneren Wert endgültig verloren hat. Mit den völkischen Belangen, die in erster Linie zu berücksichtigen sind, würde es nicht im Einklang stehen, wenn eine Ehe, die aufgehört hat, eine Lebensgemeinschaft der Gatten zu sein, und auch für die Zukunft keine dem Ehezweck entsprechende Entwicklung erwarten lässt, diese also zu einer ausgehöhlten und zwecklosen Rechtsbindung geworden ist, nur aus Rechtsgründen als hohle Form fortbestehen soll. Eine Ehe dieser Art zu scheiden, sei sittlich gerechtfertigt, ja sogar grundsätzlich geboten, weil sie für die Volksgemeinschaft keinen Zweck hat, in der Regel sogar eine Belastung für sie bedeute⁴⁷.

Der Zerrüttungstatbestand des § 55 EheG 1938 ist nach der Struktur Regel (§ 55 Abs. 1 EheG 1938) – Ausnahme (§ 55 Abs. 2 S.1 EheG) – Gegenausnahme (§ 55 Abs. 2 S. 2 EheG) aufgebaut.

b. Die beiden Voraussetzungen des § 55 Abs. 1 EheG 1938

§ 55 Abs.1 EheG 1938 stellte zwei selbständige Tatbestandsmerkmale auf. Zunächst musste die häusliche Gemeinschaft der Ehegatten seit drei Jahren aufgehoben sein und weiter durfte infolge einer tiefgreifenden unheilbaren Zerrüttung des ehelichen Verhältnisses die Wiederherstellung einer dem Wesen der Ehe entsprechenden Lebensgemeinschaft nicht zu erwarten sein.⁴⁸

Diese beiden Voraussetzungen des ersten Absatzes des Zerrüttungstatbestandes, welche nicht ohne weiteres miteinander gleichzusetzen, sondern vom Gericht getrennt voneinander festzustellen waren, mussten spätestens am Schluss der letzten mündlichen Tatsachenverhandlung vorliegen⁴⁹.

⁴⁶ Entscheidung des Reichsgerichts vom 17.04.1939, veröffentlicht in RGZ 160, 144 (147).

⁴⁷ Vgl. auch von Scanzoni, DR 1940, 753 (756 f.).

⁴⁸ Der Zerrüttungsbegriff ist auch im Tatbestand des § 49 EheG 1938 (Andere Eheverfehlungen) enthalten.

⁴⁹ Entscheidung des Reichsgerichts vom 27.04.1939, veröffentlicht in RGZ 160, 246 (248).

aa. Die dreijährige Aufhebung der häuslichen Gemeinschaft

Die Rechtsprechung des Reichsgerichts zum ersten Tatbestandsmerkmal des ersten Absatz von § 55 EheG 1938, der dreijährigen Aufhebung der häuslichen Gemeinschaft, war in tatsächlicher Hinsicht geprägt von kriegsbedingten Umständen, wie zum Beispiel der fehlenden Begründung einer häuslichen Gemeinschaft aufgrund Einziehung des Ehemanns zur Wehrmacht.

Unter Aufhebung der häuslichen Gemeinschaft verstand man einen tatsächlichen Zustand, bei dem die persönliche Berührung der Ehegatten weitgehend ausgeschaltet war⁵⁰, wobei dem Umstand, wer die Gemeinschaft aufgehoben hatte, keine Bedeutung zukam⁵¹.

Die Aufhebung der häuslichen Gemeinschaft im Sinne des § 55 EheG 1938 war zu verneinen, wenn zwar eine vollkommene äußere Trennung vorlag, die eheliche Gemeinschaft ansonsten in vollem Umfange aufrecht erhalten wurde, weil die Trennung allein auf äußeren Umständen beruhte, wie beispielsweise Abwesenheit bei der Wehrmacht, in Kriegsgefangenschaft oder auf einer längeren Reise. Eine nur vorübergehende Trennung, die nicht auf die Entfremdung der Eheleute zurückzuführen war, genügte nicht⁵².

Von einer Aufhebung der häuslichen Gemeinschaft war dann auszugehen, wenn zu dem rein äußerlichen Umstand der räumlichen Trennung noch ein innerer Tatbestand hinzutrat, nämlich die Absicht der Ehegatten nicht mehr zusammenleben zu wollen. Aus dem Verhalten der Ehegatten musste äußerlich erkennbar werden, dass ihre anfangs nach dem gewöhnlichen Lauf der Dinge zu erwartende Wiedervereinigung von einem Teil oder von beiden Teilen nicht mehr beabsichtigt wurde⁵³.

Eine Aufhebung konnte auch vorliegen, wenn eine häusliche Gemeinschaft nie bestanden hatte⁵⁴ oder wenn die Ehegatten weiterhin in der ehelichen Wohnung zusammenlebten – dies jedoch nur, wenn keine gemeinsame Haushaltsführung mehr stattfand⁵⁵.

bb. Die tiefgreifende und unheilbare Zerrüttung des ehelichen Verhältnisses

Bei der Entscheidung über das zweite Tatbestandsmerkmal des ersten Absatzes des Zerrüttungstatbestandes, der tiefgreifenden unheilbaren Zerrüttung des ehelichen Verhältnisses, war nur auf den tatsächlichen Zustand, nicht aber auf die Beweggründe und deren sittlichen Gehalt abzustellen⁵⁶, ohne dass eine schuldhafte Ursache für die Zerrüttung erkennbar sein musste⁵⁷. Eine Scheidung der Ehe hatte zu unterbleiben, wenn nicht zwei-

⁵⁰ von Scanzoni, DR 1940, S. 753 (757).

⁵¹ Lauterbach, in: Palandt, Bürgerliches Gesetzbuch, 3. Auflage 1940, § 55 EheG 1938 Rn. 3.

⁵² Entscheidung des Reichsgerichts vom 27.04.1939, veröffentlicht in RGZ 160, 246 (249).

⁵³ Entscheidung des Reichsgerichts vom 01.08.1940, veröffentlicht in RGZ 164, 332 (334). Entscheidungen des Reichsgerichts vom 28.07.1943, dargestellt in DR 1943, S. 1107, Ziffer 11 und vom 24.11.1943, dargestellt in DR 1944, S. 122, Ziffer 10.

⁵⁴ Entscheidung des Reichsgerichts vom 04.05.1939, veröffentlicht in RGZ 160, 189; Entscheidung des Reichsgerichts vom 24.11.1943, dargestellt in DR 1944, S. 122 f., Ziffer 11.

⁵⁵ Entscheidung des Reichsgerichts vom 12.01.1939, veröffentlicht in RGZ 159, 115 (119).

⁵⁶ Vgl. auch von Scanzoni, DR 1940, 753 (758.).

⁵⁷ Lauterbach, in: Palandt, Bürgerliches Gesetzbuch, 3. Auflage 1940, § 55 EheG 1938 Rn. 3.

felsfrei feststand, ob nicht doch die Wiederherstellung der Lebensgemeinschaft erwartet werden konnte⁵⁸.

Für die Zerrüttung genügte es, wenn nur ein Ehegatte sich von dem anderen endgültig abgewendet hatte⁵⁹. Die einseitige Bereitwilligkeit des beklagten Ehegatten zur Wiederaufnahme änderte hieran nichts⁶⁰.

Die Aussichtslosigkeit der Wiederherstellung konnte selbst bei freundschaftlichem Briefwechsel, Besuchen und gelegentlichem Geschlechtsverkehr gegeben sein⁶¹.

c. Die Rechtsprechung des Reichsgerichts zu § 55 Abs. 2 EheG 1938

Der beklagte Ehegatte konnte der Scheidung nach § 55 Abs. S. 1 EheG widersprechen, wenn der Kläger die Zerrüttung ganz oder überwiegend verschuldet hatte. Dieser Widerspruch war nicht als ausschließlich prozessualer Rechtsbehelf einzuordnen, sondern enthielt auch ein sachlich-rechtliches Gestaltungsrecht⁶². Die Widerspruchserhebung konnte auch konkludent durch Antrag auf Klagabweisung erfolgen⁶³.

Er sollte verhindern, dass der an der Zerrüttung schuldige Ehegatte die Ehe einseitig aufkündigen konnte⁶⁴. Die Verursachung der Zerrüttung hatte das Gericht unter Berücksichtigung des Gesamtverlaufs⁶⁵ – auch unter Einbeziehung von bereits verziehenen Verfehlungen – zu prüfen⁶⁶.

Im Rahmen der Prüfung der Beachtlichkeit des Widerspruchs nach § 55 Abs. 2 S.2 EheG hatten die Gerichte nicht nur das Verhalten der Ehegatten zu betrachten, sondern mussten auch überordnete Gesichtspunkte in ihre Entscheidungsfindung mit einbeziehen, wie die unbestimmten Rechtsbegriffe „Wesen der Ehe“ und „sittliche Rechtfertigung“ zeigen. Diese normativen Rechtsbegriffe boten für die Gerichte das Einfallstor, um ihre Rechtsprechung in den Dienst der nationalsozialistischen Ideologie und den bevölkerungspolitischen Zielen des Nationalsozialismus zu stellen. Das Reichsgericht griff mit seiner Rechtsprechung zu § 55 Abs. 2 S. 2 EheG 1938 diese Möglichkeit sogar soweit auf, dass es aktiv Bevölkerungspolitik im nationalsozialistischen Sinne betrieb⁶⁷.

⁵⁸ So von Scanzoni, DR 1940, S. 753 (757) unter Hinweis auf die Entscheidung des Reichsgerichts vom 05.05.1939 zum unter dem Aktenzeichen IV 265/38 geführten Verfahren.

⁵⁹ Entscheidung des Reichsgerichts vom 03.04.1939, veröffentlicht in RGZ 160, 95 (102).

⁶⁰ Entscheidung des Reichsgerichts vom 13.02.1939, veröffentlicht in RGZ 159, 305 (306/307); sowie Entscheidung des Reichsgerichts vom 06.11.1939, veröffentlicht in RGZ 162, 88 (91).

⁶¹ Entscheidung des Reichsgerichts vom 22.05.1939, veröffentlicht in RGZ 160, 280 (284).

⁶² Entscheidung des Reichsgerichts vom 01.08.1940, veröffentlicht in DR 1940, 1626.

⁶³ Volkmar/Antoni/Ficker, EheG 1938, Anmerkungen 3 und 5.

⁶⁴ Lauterbach, in: Palandt, Bürgerliches Gesetzbuch, 3. Auflage 1940, § 55 EheG 1938, Rn. 4; von Scanzoni, DR 1940, 753 (758).

⁶⁵ Entscheidung des Reichsgerichts vom 13.02.1939, veröffentlicht in RGZ 159, 305 (308); von Scanzoni, DR 1940, 753 (759).

⁶⁶ Entscheidung des Reichsgerichts vom 18.11.1939, veröffentlicht in RGZ 162, 47.

⁶⁷ Dies zeigt Dieter Niksch in seiner Dissertation, Die sittliche Rechtfertigung des Widerspruchs gegen die Scheidung der zerrüttenden Ehe in den Jahren 1938-1944, Köln 1990 auf.

Mit seinem Grundsatzurteil vom 17.04.1939 beseitigte das Reichsgericht die bis dahin bestehenden Meinungsverschiedenheiten und Abweichungen in der Rechtsprechung der Untergerichte⁶⁸ zu § 55 Abs. 2 S. 2 EheG 1938, in dem es folgende Grundlinien aufstellte:

1. *„Die sittliche Wertung einer Ehe darf nicht mehr von den Belangen der beteiligten Ehegatten ausgehen, sondern hat in den Vordergrund den Wert der Ehe für die völkischen Belange zu stellen.“*⁶⁹

2. *„Die Beachtung des Widerspruchs muss also, jedenfalls sobald allgemeine Belange für die Scheidung sprechen, eine Ausnahme bleiben und ist nur zulässig, wenn im Einzelfall besondere Gründe es sittlich rechtfertigen, den aus der Ehe herausstrebenden Teil trotz ihrer unheilbaren Zerrüttung an der durch die Ehe begründeten Pflichten festzuhalten.“*⁷⁰

Für die Allgemeinheit „wertlose“ Ehen sollten geschieden⁷¹ werden, wobei bevölkerungspolitische Aspekte und untergeordnet auch volkswirtschaftliche Belange als Maßstab für die Werthaltigkeit der Ehe galten. Eine Scheidung der Ehe war demnach geboten, wenn sie durch ihren Fortbestand der Erhaltung und Mehrung des Volkes oder dem Einsatz des einzelnen Volksgenossen für die Aufgaben des Gemeinschaftslebens hindernd im Wege stand⁷².

Versprach die zerrüttete Ehe keinen (weiteren) Nachwuchs und verhinderte dabei eine andere, nachwuchsversprechende Beziehung, wurde dem Widerspruch regelmäßig die Beachtung versagt. In diesem Zusammenhang spielten oft das Alter der Ehegatten oder der zwischen ihnen bestehende Altersunterschied eine ausschlaggebende Rolle. Bedeutete die Festhaltung des Klägers an einer zerrütteten Ehe zugleich eine nutzlose Verzehrerung von Kräften stand dies einer volkswirtschaftlich gebotenen Ausnutzung der Schaffenskraft des Klägers entgegen und führte ebenso zu einer Nichtbeachtung des Widerspruchs.

Dem Widerspruch der beklagten Ehefrau wurde ausnahmsweise nur dann die Beachtlichkeit zugesprochen, wenn der klagende Ehegatte aufgrund seines fortgeschrittenen Alters keine bevölkerungspolitisch wertvolle Beziehung mehr eingehen konnte oder die Ehefrau als Mutter einer größeren Zahl von Kindern ihre besten Jahre als Hausfrau und Mutter „geopfert“ oder durch die Ehe und der Geburt der Kinder gesundheitliche Einbußen erlitten hatte. Die Gefährdung von Unterhaltsansprüchen, der Verlust des Erbrechts und der Anwartschaft auf die Witwenpension wurden vom Reichsgericht ebenso wie die Schmach der „geschiedenen Frau“ grundsätzlich nicht als Gründe für die Beach-

⁶⁸ Vgl. hierzu von Scanzoni, DR 1940, 753 (759).

⁶⁹ Entscheidung des Reichsgerichts vom 17.04.1939, veröffentlicht in RGZ 160, 144 (146).

⁷⁰ Entscheidung des Reichsgerichts vom 17.04.1939, veröffentlicht in RGZ 160, 144 (147).

⁷¹ Weiterführend hierzu Gordon, Wesen der Ehe, S. 207 ff.

⁷² Mößmer, ZAKDR 1939, 292 (293 f).

tung des Widerspruchs anerkannt⁷³. Der Widerspruch eines jüdischen Ehegatten aus einer Mischehe war stets unbeachtlich⁷⁴.

6. Die Situation in der Nachkriegszeit – der Zerrüttungstatbestand des § 48 EheG 1946 und der mit (Rechts-) Unsicherheit konfrontierte Rechtsanwender

a. Die Situation in den ersten Monaten nach Kriegsende – fehlende Rechtsgrundlagen zum Ehescheidungsrecht

Am 08.05.1945 markierte die bedingungslose Kapitulation Deutschlands das Ende des Zweiten Weltkrieges. Deutschland befand sich in einer äußerst desolaten Lage, nachdem der Zweite Weltkrieg in den vollständigen Zusammenbruch des deutschen Staates und der Auflösung aller Ordnung gemündet war. Nicht nur wirtschaftliche Probleme, die Wohnsituation und die Ernährungslage stellten Deutschland vor Herausforderungen, auch das Recht in Deutschland war von Grund auf erschüttert worden.

Seit der Machtübernahme durch die Nationalsozialisten im Jahre 1933 hatten diese Gesetze und Verordnungen erlassen, die von der Ideologie und den Zielen des Nationalsozialismus geprägt waren oder zumindest eine Auslegung im Sinne der nationalsozialistischen Ideologie erlaubten. Gesetzgebung und Rechtsprechung waren keinen rechtsstaatlichen Grundsätzen mehr gefolgt.

Ein Großteil der zwischen 1933 und 1945 vom nationalsozialistischen Gesetzgeber erlassenen Rechtsnormen mit eindeutig nationalsozialistischem Hintergrund und / oder völkisch oder rassistisch geprägten Tatbestandsmerkmalen wurde nach Kriegsende vom Alliierten Kontrollrat durch Kontrollratsgesetze aufgehoben.

Der Alliierte Kontrollrat hob aber nicht sämtliche in der Zeit zwischen der Machtergreifung und dem Kriegsende durch die Nationalsozialisten erlassenen Rechtsnormen auf. So blieben neben Normen ohne Wertungsgehalt auch Normen in Kraft, deren Erlass zumindest auch der Verwirklichung nationalsozialistischer Ziele gedient hatte und / oder die durch ihre Auslegung bewusst zur Erreichung dieser Ziele eingesetzt worden waren.

Zu diesen Normen zählte auch der Zerrüttungstatbestand des § 55 EheG 1938 mit seinen wertungsausfüllungsbedürftigen Begriffen „Wesen der Ehe“ und „sittliche Rechtfertigung“ der Aufrechterhaltung der Ehe. Diese Tatbestandsmerkmale waren dadurch gekennzeichnet, dass der Gesetzgeber nur die Richtung vorgab und dem Richter hinsichtlich der Umsetzung in seiner Rechtsprechung freie Hand ließ⁷⁵.

⁷³ Zu den Gründen für die Nichtbeachtlichkeit bzw. Beachtung eines Widerspruchs des beklagten Ehegatten: Gordon, Wesen der Ehe, S. 209 ff. und von Scanzoni, DR 1940, 753 (759 ff.)

⁷⁴ Landgericht Hamburg in einer Entscheidung vom 29.11.1938, veröffentlicht in JW 1939, 489.

⁷⁵ Frantz, DR 1941, S. 1028 (1029). Martin Löhnig stellt in Die Justiz als Gesetzgeber: Zur Anwendung nationalsozialistischen Rechts in der Nachkriegszeit, Regenstauf 2010, S. 18 fest, dass das Reichsgericht im Falle des Zerrüttungstatbestandes über die Verwirklichung der Wertungen des Gesetzgebers hinaus mit seiner Rechtsprechung dem Grundsatz der Bindung des Richters an einem später geäußerten, abweichenden „Führerwillen“ folgte.

Im Dritten Reich hatte das Reichsgericht dem Rechtsanwender eine klare Richtschnur vorgegeben. In den ersten Monaten und Jahren nach der Kapitulation Deutschlands sah sich der Rechtsanwender nunmehr mit einer völlig anderen Situation konfrontiert, da zunächst nicht erkennbar war, welche Grundsätze das Scheidungsrecht nunmehr beherrschen sollten – Anhaltspunkte für gesetzgeberische Wertvorstellungen fehlten gänzlich. Neue Werte und Vorstellungen hatten sich noch nicht herausgebildet und manifestiert.

Den meisten Juristen muss klar gewesen sein, dass die im Dritten Reich geltenden Maßstäbe der Vergangenheit angehörten und die unbestimmten Rechtsbegriffe auf andere Weise auszufüllen waren⁷⁶. Diesbezügliche Gewissheit schuf Art. III Ziffer 4 des Gesetzes Nr. 1 der alliierten Militärregierung mit dem Verbot der Auslegung von Gesetzen nach nationalsozialistischen Vorstellungen.

In den ersten Monaten nach dem Zusammenbruch fehlte es – sofern die Gerichte überhaupt ihre Tätigkeit wieder aufgenommen hatten – bereits an einer gesetzlichen Grundlage, die an die Stelle des Ehegesetz von 1938 trat.

Erst mit Datum vom 20.02.1946 wurde als Gesetz Nr. 16 des Kontrollrats (kurz: KRG 16) das Ehegesetz von 1946 erlassen, welches am 01.03.1946 in Kraft trat. Sein Geltungsbereich erstreckte sich auf alle vier Besatzungszonen und Berlin⁷⁷. Es schuf bei den Beteiligten aber auch keine abschließende Klarheit, da es ohne amtliche Begründung erschienen war.

Die schwierigen Verhältnisse in der Nachkriegszeit hatten keinen Raum für eine grundlegende Reform des Ehegesetzes gelassen. Das Ehegesetz von 1946 basierte daher auf dem Ehegesetz von 1938.

b. Der Zerrüttungstatbestand des § 48 EheG 1946

Die gesetzliche Grundlage der Zerrüttungsscheidung bildete fortan § 48 EheG 1946:

„§ 48 EheG 1946

Auflösung der häuslichen Gemeinschaft

(1) Ist die häusliche Gemeinschaft der Ehegatten seit drei Jahren aufgehoben und infolge einer tief greifenden unheilbaren Zerrüttung des ehelichen Verhältnisses die Wiederherstellung einer dem Wesen der Ehe entsprechenden Lebensgemeinschaft nicht zu erwarten, so kann jeder Ehegatte die Scheidung begehren.

(2) Hat der Ehegatte, der die Scheidung begehrt, die Zerrüttung ganz oder überwiegend verschuldet, so kann der andere der Scheidung widersprechen. Der Widerspruch ist nicht zu beachten, wenn die Aufrechterhal-

⁷⁶ Rüthers, Unbegrenzte Auslegung, bezeichnet diesen Vorgang – die unterschiedliche Auslegung von Normen mit gleichem Wortlaut – auf S. 417 als einen methodisch geschehen fesselnden Vorgang.

⁷⁷ Nehlert, JR 1947, 69 ff. (69).

tung der Ehe bei richtiger Würdigung des Wesens der Ehe und des gesamten Verhaltens beider Ehegatten sittlich nicht gerechtfertigt ist.

(3) Dem Scheidungsbegehren ist nicht stattzugeben, wenn das wohlverstandene Interesse eines oder mehrerer minderjähriger Kinder, die aus der Ehe hervorgegangen sind, die Aufrechterhaltung der Ehe erfordert.“

Der ursprünglich in § 55 EheG 1938 normierte Zerrüttungstatbestand war 1946 vom Alliierten Kontrollrat nur um einen Absatz 3 erweitert worden.

Dieser Absatz 3 regelte die Aufrechterhaltung der Ehe im wohlverstandenen Interesse gemeinsamer und minderjähriger Kinder und hatte rein deklaratorischen Charakter, da bereits in der Zeit zwischen 1938 bis 1945 die Interessen der gemeinsamen minderjährigen Kinder im Rahmen der Entscheidung zum vom beklagten Ehegatten erhobenen Widerspruch nach § 55 Abs. 2 EheG 1938 berücksichtigt worden waren⁷⁸.

Ansonsten entsprach § 48 EheG 1946 in seinen beiden ersten Absätzen dem Wortlaut des § 55 EheG 1938.

c. Problemstellung: „Entnazifizierung“ nationalsozialistischen Rechts

Die Beteiligten sahen sich somit mit einer Vorschrift konfrontiert, die zwar nicht ausschließlich ein Produkt des nationalsozialistischen Gesetzgebers war, jedoch in ihrem Wortlaut von diesem verabschiedet worden und zwischen 1938 und 1945 bewusst instrumentalisiert worden war, um vom Nationalsozialismus angestrebte Ziele – insbesondere in bevölkerungspolitischen Hinsicht – verwirklichen zu können.

Dieser Umstand stellte den Rechtsanwender vor eine große Herausforderung: Einerseits war zwar eine gesetzliche Grundlage vorhanden, andererseits fehlten die Leitlinien, wie mit diesen gesetzlichen Grundlagen umgegangen werden sollte.

Er stand nun vor der Aufgabe, § 55 (Abs. 2) EheG 1938 bzw. § 48 (Abs. 2) EheG 1946 im Lichte einer neuen Weltanschauung zu „entnazifizieren“.

Nach dem ersten Schritt, nämlich der Distanzierung zur Rechtsprechung der Vergangenheit, stellte sich aber die in der damaligen Zeit zentrale Frage, deren Beantwortung erforderlich war, um den nächsten Schritt gehen zu können: Welche Vorstellungen und Werte sind dem Vortrag, bzw. der Entscheidung nunmehr zugrunde zu legen, damit der Vortrag vor Gericht zum Erfolg führte, bzw. die getroffene Entscheidung einer Überprüfung durch höhere Instanzen stand hielt?

⁷⁸ So führte z.B. bereits das Reichsgericht in der in RGZ 160, 41 veröffentlichten Entscheidung vom 23.03.1939 aus, dass bei einer Prüfung der Beachtlichkeit des Widerspruchs nach § 55 Abs. 2 EheG 1938 vor allem auch den Belangen der Kinder ausschlagende Bedeutung zukomme, wenn sie noch in erziehungs- und unterhaltsbedürftigem Alter stehen. Ebenso stellte das Reichsgericht in der unter RGZ 162, 124 veröffentlichten Entscheidung vom 25.11.1939 fest, dass gerade vom völkischen Standpunkt aus das Wohl der Kinder im Vordergrund zu stehen habe und die persönlichen Belange der Ehegatten dahinter zurücktreten müssen.

Die Arbeit wird aufzeigen, wie das Landgericht Ravensburg, die Prozessbeteiligten und deren Bevollmächtigte mit dieser von Unsicherheit geprägten Situation umgegangen sind.

d. Die höchstrichterliche Rechtsprechung zu § 48 Abs. 2 EheG 1946 in den Nachkriegsjahren

aa. Die Frage nach der Beachtlichkeit des Widerspruchs nach § 48 Abs. 2 EheG 1946 – eine der heftig umstrittensten Fragen der Nachkriegszeit

Die ersten Entscheidungen von Oberlandesgerichten – in den ersten Jahren nach dem Zusammenbruch noch alleinige Träger der höchstrichterlichen Rechtsprechung – zu § 48 Abs. 2 EheG 1946 wurden im Jahre 1946 veröffentlicht. Die obergerichtliche Rechtsprechung zu § 48 EheG Abs. 2 1946 erwies sich aber als nicht einheitlich und gab dem Rechtsanwender keine mit der Rechtsprechung des Reichsgerichts zu § 55 Abs. 2 EheG 1938 vergleichbare richtungsweisende Leitlinie.

Einigkeit herrschte bei den Obergerichten insoweit, dass im Rahmen des § 48 Abs.2 EheG 1946 andere Maßstäbe anzulegen waren als im Dritten Reich zu § 55 Abs. 2 EheG 1938. Die Gesamtauffassung des Nationalsozialismus über Ehe, Volk und Staat oder die Rechtsprechung des Reichsgerichts, die Ausdruck dieser Gesamtauffassung war, durften keine Rolle mehr spielen⁷⁹.

Zu den heftig umstrittensten Fragen in Rechtsprechung und Literatur in der Nachkriegszeit entwickelte sich hingegen die Diskussion, wann ein nach § 48 Abs. 2 EheG 1946 erhobener Widerspruch auch als beachtlich einzustufen war. Es bildeten sich zwei Rechtsprechungslinien heraus, neben die eine weitere Meinung einzelner Stimmen in der Literatur trat.

bb. Position der vom Oberlandesgericht Hamburg begründeten Rechtsprechungslinie

Eine Rechtsprechungslinie ging im Gegensatz zum Reichsgericht von einer grundsätzlichen Beachtlichkeit des Widerspruchs des beklagten Ehegattens aus. Diese richtungsweisende Rechtsprechung wurde erstmals vom Oberlandesgericht Hamburg in seinem Urteil vom 15.02.1946⁸⁰ begründet. Dieses Urteil ist zugleich die erste Entscheidung eines Oberlandesgerichts aus den Nachkriegsjahren zu § 48 Abs. 2 EheG 1946.

In den folgenden Monaten schlossen sich die Oberlandesgerichte in Stuttgart⁸¹, Frankfurt am Main⁸² und Celle⁸³ dieser Rechtsprechung des Oberlandesgerichtes Hamburg an.

⁷⁹ Stellvertretend: OLG Stuttgart, Urteil vom 29.05.1946, SJZ 46, 93; OGH für die britische Besatzungszone, Urteil vom 31.05.1948, NJW 1947/48, 472 (473).

⁸⁰ Dieses Urteil wurde unter SJZ 1946, 93 veröffentlicht.

⁸¹ OLG Stuttgart, Urteil vom 29.05.1946, SJZ 1946, 93.

⁸² OLG Frankfurt am Main, Urteil vom 09.09.1946, SJZ 1946, 225.

⁸³ OLG Celle, Urteil vom 12.09.1946, DRZ 1946, 191.

Der Präsident des Oberlandesgerichts Stuttgart, Dr. Steidle, sprach daher 1946 bereits von einer „gefestigten Rechtsprechung der Nachkriegszeit“⁸⁴.

Bis im Frühjahr 1947 waren weitere Oberlandesgerichte⁸⁵ aus allen vier Besatzungszonen hinzugekommen.

Laut Oberlandesgericht Hamburg lässt eine systematische Prüfung anhand des Gesetzesaufbaus nur den Schluss zu, dass der vom beklagten Ehegatten erhobene Widerspruch zu beachten sei.

Bereits die zum Ehegesetz von 1938 erschienene amtliche Begründung habe sich auf den Verstoßungsgedanken berufen und aufgezeigt, dass der schuldige Ehegatte nicht über den unschuldigen Ehegatten triumphieren dürfe. Es fehle jeglicher Anhaltspunkt für die Annahme, dass es dem Willen des Gesetzgebers entsprach, dass die Bestimmung des Abs. 2 des § 55 EheG 1938 bzw. 48 EheG 1946 dem genannten Zwecke nur unter besonderen, nur ausnahmsweise gegebenen Umständen dienen sollte⁸⁶.

Die Auffassung des Reichsgerichts⁸⁷, dass in den Fällen des § 55 Abs. 2 EheG 1938 grundsätzlich die Aufrechterhaltung unheilbar zerrütteter und innerlich ausgehöhlter Ehen bei langjähriger Aufhebung der häuslichen Gemeinschaft in aller Regel dem Volkswohl widerstreitet und sittlich nicht gerechtfertigt sei, sei in sachlicher Hinsicht nicht überzeugend. Eine solche Ehe sei nicht notwendig eine jeder sittlichen Berechtigung entbehrende und schädliche Erscheinung. Auch eine inhaltslos gewordene Form lege Zeugnis ab von der Stärke der in dem Ehegelübde liegenden Bindung und kann in diesem Sinn noch einen sittlichen Wert besitzen. Durch die Verflechtung dieses Punktes seitens des Reichsgerichts mit bevölkerungspolitischen Belangen sei in die Erörterung ein Element eingeführt worden, welches dem sittlichen Wesen der Ehe fremd sei. Bevölkerungspolitische Ziele seien von Erwägungen der Zweckmäßigkeit diktiert und daher nicht wesensgleich mit den Normen der Sittlichkeit und decken sich inhaltlich nicht notwendig mit ihnen⁸⁸.

Der Glaube an die Gerechtigkeit der geltenden Rechtsordnung, die Überzeugung von der Unantastbarkeit der Familie und der Unverbrüchlichkeit des ehelichen Treuegelübdes, das Vertrauen, dass die Gerichte dem ehetreuen Gatten gegenüber leichtfertigen Wünschen des anderen ihren Schutz gewähren werden, das seien sittliche Werte erster Ordnung, die durch die Verneinung der Beachtlichkeit des Widerspruchs gefährdet werden würden und denen im Regelfall keine zugunsten der Scheidung der Ehe streitenden Umstände von gleichem oder überwiegendem sittlichen Gewicht gegenüberstünden⁸⁹.

⁸⁴ Steidle, SJZ 1946, 226.

⁸⁵ So OLG München, (amerikanische Besatzungszone), Urteil vom 26.11.1946, SJZ 1947, 89; OLG Braunschweig (britische Besatzungszone), Urteil vom 10.12.1946, MDR 1947, 152; OLG Tübingen (französische Besatzungszone), Urteil vom 13.03.1947, DRZ 1947, 194 und OLG Gera (sowjetische Besatzungszone), Regierungsblatt Thüringen, 47 II, 188.

⁸⁶ OLG Hamburg, Urteil vom 15.02.1946, SJZ 1946, 93 (94).

⁸⁷ RG, Urteil vom 20.10.1943, DR 1944, 294.

⁸⁸ OLG Hamburg, Urteil vom 15.02.1946, SJZ 1946, 93 (94), zustimmend: Steidle, SJZ 1946, 117 (118).

⁸⁹ OLG Hamburg, Urteil vom 15.02.1946, SJZ 1946, 93 (94); zustimmend: OLG Tübingen, Urteil vom

Die entscheidenden Kriterien waren somit nicht allein aus der konkreten Ehe heraus zu suchen. Vielmehr spielten auch Erwägungen allgemeiner Art, wie zum Beispiel die Unantastbarkeit der Familie, die Unauflösbarkeit des ehelichen Treuegelübdes und die Schutzbedürftigkeit des ehetreuen Gatten eine entscheidungserhebliche Rolle. Im Gegensatz zum Dritten Reich wurzelten diese allgemeinen Erwägungen aber nicht in der Bevölkerungspolitik, sondern waren moralischer Art.

Eine Ehe war nach dieser Rechtsprechungslinie nur dann trotz des Widerspruchs des beklagten Ehegatten zu scheiden, wenn im Einzelfall besondere Tatsachen vorlagen, welche die Scheidung der Ehe sittlich gerechtfertigt erschienen ließen, etwa Fälle, in denen der widersprechende Ehegatte aus Beweggründen handelte, die dem Wesen der Ehe fremd waren und welche daher die Inanspruchnahme des staatlichen Eheschutzes nicht rechtfertigten, oder in denen die Aufrechterhaltung der Ehe dem die Scheidung begehrenden Ehegatten Opfer von solcher Schwere auferlegen würde, denen gegenüber bei gerechter Abwägung Erwägungen allgemeiner Art und die Belange des Scheidungsgegners zurücktreten mussten⁹⁰.

Diese Rechtsprechungslinie war somit durch eine Scheidungsfeindlichkeit gekennzeichnet, die dem Zerrüttungstatbestand größtenteils seine praktische Bedeutung nahm.

cc. Vom Oberlandesgericht Freiburg begründete Gegenposition

Neben die vom Oberlandesgericht Hamburg begründete Rechtsprechung zur grundsätzlichen Beachtlichkeit des Widerspruchs des beklagten Ehegatten trat eine weitere zuerst vom Oberlandesgericht Freiburg mit Urteil vom 13.03.1947⁹¹ vertretene Rechtsprechung. Dieser Rechtsprechungslinie schloss sich später der Oberste Gerichtshof für die britische Besatzungszone (kurz: OGH)⁹² und weitere Oberlandesgerichte⁹³ an.

Das Oberlandesgericht Freiburg folgte in seiner Grundsatzentscheidung vom 13.03.1947 nicht einfach der von den Oberlandesgerichten bisher eingeschlagenen Rechtsprechungslinie, sondern schlug den Weg einer „Abwägungslösung“ ein.

Zunächst stellte das OLG Freiburg fest, dass das OLG Hamburg und die anderen Oberlandesgerichte das Regel-Ausnahme-Prinzip des Reichsgerichts zurecht abgelehnt hätten, weichte dann aber von der vom OLG Hamburg begründeten scheidungsfeindlichen Rechtsprechungslinie mit grundlegenden rechtlichen Ausführungen zu § 48 EheG 1946 ab:

„Nach der gesetzestechnischen Gestaltung des § 48 EheG enthält Abs. 2 Satz 1 eine vom beklagten Teil vorzubringende Ausnahme von dem Grundsatz des Abs. 1, während Abs. 2 Satz 2 wieder eine vom Kläger geltend zu

13.03.1947, DRZ 1947, 194.

⁹⁰ OLG Hamburg, Urteil vom 15.02.1946, SJZ 1946, 93 (94).

⁹¹ OLG Freiburg, Urteil vom 13.03.1947, nicht vollständig abgedruckt in DRZ 1947, 339.

⁹² OGH für die britische Besatzungszone Köln, Urteil vom 31.05.1948 (Az.: ZS 12/48), NJW 1947/48, 472 und Urteil vom 31.05.1948 (Az.: ZS 10/48), DRZ 1948, 439 und Urteil vom 21.10.1949, DRZ 1949, 568.

⁹³ OLG Hamm, Urteil vom 28.07.1947, MDR 1948, 19; KG Berlin, Urteil vom 09.11.1948, JR 1949, 116.

machende Erwiderung enthält, die die Ausnahme ausschließt. Ob der Widerspruch nicht zu beachten ist, ist danach lediglich nach den Grundsätzen des § 48 Abs. 2 Satz 2 EheG zu beurteilen. Dabei besteht nach Auffassung des Senats kein Anlaß, in das gegenteilige Extrem zu verfallen und die Beachtung des Widerspruchs als Regel hinzustellen. Das würde der Vorschrift, die eine der Kernpunkte der Reform des Eherechts war, ihre praktische Bedeutung zum größten Teil nehmen, da die Fälle des Abs. 2 zweifellos die Regel bilden. Die – abgesehen von dem Zusatz des Abs. 3 – unveränderte Übernahme der Vorschrift durch den Kontrollrat spricht gegen die Annahme eines grundsätzlichen Bedeutungswandels im Sinne einer praktischen Beschränkung der Scheidungsmöglichkeit nur auf die seltenen Fälle beiderseits nicht verschuldeter Zerrüttung. Der neue Abs. 3 nötigt nicht zu einer anderen Beurteilung, da in den Fällen des Abs. 2 auch nach bisherigem Recht die Berücksichtigung der Interessen minderjähriger Kinder im Vordergrund stehen mußte. Es ist danach nicht ausgeschlossen, auch bei einer durch Treubruch des Klägers zerrütteten Ehe bei der Abwägung der sittlichen Forderung nach Erhaltung der Ehe und Schutz der ehelichen Treue gegenüber dem sittlich bedenklichen Zustand einer tatsächlich zerstörten, nur noch der Form nach weitergeführten Ehe aus besonderen Gründen des Einzelfalles zur Scheidung zu kommen.“

Seine historische Auslegung des Zerrüttungstatbestandes stützte das OLG Freiburg auf den alliierten Gesetzgeber der Nachkriegszeit, der diesen unverändert aus dem Ehegesetz von 1938 übernommen hatte und nach Auffassung des OLG Freiburg somit auch seinen gesetzgeberischen Willen zu dessen Fortgeltung zum Ausdruck brachte.

Die praktische Umsetzung dieses gesetzgeberischen Willens konnte die vom OLG Hamburg eingeschlagene Rechtsprechungsrichtlinie des gegenüber der Rechtsprechung des Reichsgerichts umgekehrten Regel-Ausnahme-Prinzips nicht gewährleisten, da es den Zerrüttungstatbestand in seiner praktischen Bedeutung quasi aushebelte⁹⁴.

Der OGH gab dem Rechtsanwender später in seinem Urteil vom 31.05.1948⁹⁵ Anhaltspunkte dafür, welche Gesichtspunkte bei einer Abwägung im Rahmen des § 48 Abs. 2 EheG 1946 in die Waagschale zu werfen waren. Es kamen demnach Gesichtspunkte der verschiedensten Art, die überhaupt zum Wesen der Ehe und zum Verhalten von Ehegatten in Beziehung stehen können, wie etwa Zerrüttung und Schuld. Welche Umstände sonst noch zu beachten seien, könne laut OGH nicht allgemein gesagt werden. Auch sittlich farblosere Umstände wie Alter, Gesundheit, Vermögen und Einkommen konnten nach der Auffassung des OGH für die britische Besatzungszone von Bedeutung sein.

⁹⁴ Zu diesem Ergebnis kommt Löhnig, Justiz als Gesetzgeber, auf S. 93.

⁹⁵ OGH für die britische Besatzungszone Köln, Az.: ZS 12/48, NJW 1947/48, 472.

dd. Untergeordnete Ansätze

Nur einzelne untergeordnete Stimmen in der Literatur⁹⁶ sprachen sich für ein Festhalten an der Rechtsprechung des Reichsgerichts zur grundsätzlichen Unbeachtlichkeit des Widerspruchs des beklagten Ehegatten aus.

Die Untersuchung der Ehescheidungsakten des Landgerichts Ravensburg zum Tatbestand der Zerrüttungsscheidung wird aufzeigen, ob das Landgericht Ravensburg zu der umstrittenen Frage nach der Beachtlichkeit des Widerspruchs selbst argumentierte, ob es an den vom Reichsgericht aufgestellten Rechtsprechungsgrundsätzen festhielt oder ob es sich ausdrücklich von diesen distanzierte, ferner ob es einer der beiden Rechtsprechungslinien der Nachkriegszeit folgte.

ee. Ausblick: Die Rechtsprechungslinie des Bundesgerichtshofs

Den Kontroversen der Nachkriegsjahre ein Ende setzte die Entscheidung des Bundesgerichtshofs vom 22.01.1951⁹⁷, welche in Anlehnung an die Abwägungslösung des OGH und des Oberlandesgerichts Freiburg folgenden Grundsatz aufstellte⁹⁸:

„Die Scheidung einer durch alleiniges oder überwiegendes Verschulden des klagenden Ehegatten zerrüttenden Ehe trotz des Widerspruchs des anderen Ehegatten kann sittlich gerechtfertigt sein. Die Frage ist im Einzelfall auf Grund einer sorgfältigen Wertung des gesamten Verhaltens beider Ehegatten besonders unter dem Gesichtspunkt der ehelichen Treuepflicht und weiter aller im Hinblick auf das Wesen der Ehe bedeutungsvollen Umstände zu entscheiden.“

7. Juristen im Dritten Reich – Gleichschaltung und Einflussnahme

a. Einführung

Die Zeit des Nationalsozialismus war auch für die Juristen – wie für nahezu alle anderen Berufe quer durch alle Gesellschaftsschichten – geprägt durch ein immer stärkeres Eingreifen des Regimes und seiner Ideologie in die tägliche Berufsausübung durch das Streben nach Gleichschaltung und der Ausgrenzung bestimmter Bevölkerungsgruppen.

Den Arbeitsalltag des Juristen im Dritten Reich prägten neben der Gleichschaltung auch das Führerprinzip und die Gemeinschaftsideologie.

Um die Funktion und die Stellung des Richters in der Zeit von 1933 bis 1945 einordnen zu können, ist ein Blick auf das Richterleitbild im Dritten Reich – insbesondere auch in Abgrenzung zum Richterleitbild der Weimarer Republik – unabdingbar.

⁹⁶ So Haff, MDR 1947, 152 unter Berufung auf den Gesetzeswortlaut und die Gesetzesmotive sowie Beitzke, DRZ 1948, 199: An der Grundposition der bisherigen Rechtsprechung, dass die Scheidung zerrütteter Ehen grundsätzlich gerechtfertigt ist, müsse als der eigentlichen Errungenschaft des Ehegesetzes von 1938 festgehalten werden. Laut Beitzke könne der Umstand, dass man heute bei der Bewertung einzelner vom Reichsgericht entschiedener Fälle anderer Ansicht sei, die Richtigkeit des Grundsatzes nicht beeinträchtigen, dass die Scheidung zerrütteter Ehen regelmäßig sittlich gerechtfertigt ist.

⁹⁷ Ohne Verfasser, JZ 1951, 175.

⁹⁸ Die Entscheidung wurde veröffentlicht unter BGHZ 1, 87.

Das Richterleitbild gibt dem Richter die Antwort auf die Frage, nach welchen Institutionen oder Autoritäten er sich bei seiner Entscheidungsfindung zu richten hat⁹⁹. Es stellt eine Verbindlichkeit und Abhängigkeit dar, die dem Richter innerhalb der gesetzlich festgelegten Unabhängigkeit von Politik, Partei und weiteren Einflussfaktoren doch Grenzen aufzeigt¹⁰⁰.

b. Auswirkungen und Einflussnahme auf die Richterschaft

aa. Der Richter in der Weimarer Republik

[1]. Position des Richters

In der Weimarer Zeit legten die Weimarer Reichsverfassung (kurz: WRV) und das Gerichtsverfassungsgesetz (kurz: GVG) die Position des Richters fest.

[a]. Sachliche Unabhängigkeit

Seit 1877 galt der Leitsatz der sachlichen Unabhängigkeit des Richters, welcher in Art. 102 WRV bzw. § 1 GVG normiert war: „Die Richter sind unabhängig und nur dem Gesetz unterworfen“.

[b]. Persönliche Unabhängigkeit

Hinzu kam die in Art. 104 WRV bzw. § 8 GVG gesetzlich verankerte persönliche Unabhängigkeit des Richters, welche erstmals die preußische Verfassung von 1850 garantiert hatte, wonach ein auf Lebenszeit ernannter Richter nur durch gerichtliches Urteil versetzt, entlassen oder pensioniert werden konnte¹⁰¹.

[c]. Rechts-, bzw. Gesetzespositivismus

Dem Richter in der Weimarer Republik diente der seit dem 19. Jahrhundert vorherrschende Rechts- bzw. Gesetzespositivismus als Richtschnur. Kurz zusammengefasst lässt sich Gesetzespositivismus wie folgt beschreiben:

Recht ist nur das, was der Staat bzw. der Inhaber der Staatsmacht, mithin der Gesetzgeber kraft seines Willensbeschlusses als Recht setzt; er selbst ist dabei an kein ihm vorgegebenes übergeordnetes, in selber bindendes Recht gebunden¹⁰².

Hiervon abgeleitet wurde der Begriff des Gesetzespositivismus, der in Art 102 GVG festgelegten Bindung des Richters ausschließlich an das Gesetz.

Nach diesem Leitbild des Richters in der Weimarer Republik stand dem Richter kein materielles Prüfungsrecht zu. Dieser Umstand war nicht unumstritten und löste bald eine Diskussion über ein richterliches Prüfungsrecht hinsichtlich der Verfassungsmäßigkeit von Gesetzen aus¹⁰³.

⁹⁹ Hempel, Richterleitbilder, S. 11 f.

¹⁰⁰ Hattenhauer, in: Dreier/Sellert (Hrsg.), Recht und Justiz, S. 9 ff.

¹⁰¹ Weinkauff, in: Weinkauff/Wagner, Deutsche Justiz, S. 19 (22).

¹⁰² Weinkauff, in: Weinkauff/Wagner, Deutsche Justiz, S. 19 (28).

¹⁰³ Müller-Meiningen, DJZ 1925, Sp. 1532 ff. (1533); der Verfasser war zum Zeitpunkt der Abfassung des Beitrags Oberlandesgerichtsrat in München.

Es wurde die Forderung nach Relativierung und Moralisierung des Gesetzes durch Begriffe wie „Recht, Sittlichkeit oder Treu und Glauben“ laut¹⁰⁴.

Selbst das Reichsgericht¹⁰⁵ wich im Jahre 1923 vom „Gesetzesgehorsam“ ab, sodass gegen Ende der Republik nicht mehr von einem geschlossenen Richterleitbild gesprochen werden konnte¹⁰⁶. Diese von Unsicherheit geprägten Umstände begünstigten das Eindringen der nationalsozialistischen Ideologie in die Justiz.

[d]. Richterliche Selbstverwaltung

Weiter existierte die richterliche Selbstverwaltung, wonach die richterlichen Organe die Befugnis besaßen, jährlich im Voraus die Geschäftsverteilung auf die einzelnen Kammern des Gerichts und die Zuteilung der Richter zu diesen Kammern zu regeln¹⁰⁷.

[2]. Berufsständige Organisationen

Die deutsche Richterschaft war in zwei Berufsorganisationen organisiert, wobei die Richter zu einem Beitritt nicht verpflichtet waren.

[a]. Der Deutsche Richterbund

Zum einen existierte der 1909 gegründete Deutsche Richterbund (kurz: DRB) als traditioneller Zusammenschluss der seit Beginn des 20. Jahrhunderts bestehenden Richtervereine der Länder. Dem DRB, der Herausgeber der Zeitschrift „Deutsche Richterzeitung“ war, gehörten in etwa 80 % der Richter an¹⁰⁸.

[b]. Der Republikanische Richterbund

Zum anderen gab es seit 1922 den Republikanischen Richterbund (kurz: RR), welcher die Zeitschrift „Die Justiz“ herausgab und dem nur etwa 3 % der Richterschaft angehörten¹⁰⁹.

¹⁰⁴ Hans Hattenhauer, ZRG (Germ) 106 (1989), 46 ff.

¹⁰⁵ Urteil vom 28.11.1923 (RGZ 107, 78). Zu Beginn des Ersten Weltkrieges hatte das Reich durch Gesetz vom 04.08.1914 (RGBl., S. 347) die Reichsbank von der Verpflichtung befreit, Banknoten in Goldmünzen umzutauschen. Seitdem galt im Rechtsverkehr kraft Gesetzes der Grundsatz Mark = Mark und Inflationsmark = Goldmark. Die Gläubiger wurden verpflichtet, zur Tilgung von Goldmarkschulden wertlose Banknoten anzunehmen; die Schuldner wurden berechtigt, ihre Goldmarkschulden durch Inflationsmark wirksam zu tilgen. In seinem Urteil vom 28.11.1923 zuerkannte das Reichsgericht den Gläubigern unter Berufung auf § 242 BGB einen Anspruch auf Aufwertung ihrer in Inflationsmark getilgten Forderungen gegen die Schuldner.

¹⁰⁶ Hattenhauer, in: Dreier/Sellert (Hrsg.), Recht und Justiz, S. 9 (20).

¹⁰⁷ Wagner, in: Weinkauff/Wagner, Deutsche Justiz, S. 191 (216).

¹⁰⁸ Fieberg, Justiz und Nationalsozialismus, S.25.

¹⁰⁹ Fieberg, Justiz und Nationalsozialismus, S.25.

*bb. Der Richter im Nationalsozialismus**[1]. Herkunft*

Ein Großteil der im Dritten Reich tätigen Richter wurde in der Weimarer Republik ausgebildet. Zwar stammten die Studenten der Rechtswissenschaft zu Beginn des 20. Jahrhunderts aus allen Bevölkerungsschichten, knapp die Hälfte von ihnen kamen aber aus Beamtenhaushalten, ein weiterer Großteil aus dem gutsituierten Bürgertum wie etwa aus Haushalten von Handel- und Gewerbetreibenden. Nur wenige Jurastudenten stammten in dieser Zeit aus Angestellten- oder gar Arbeiterfamilien¹¹⁰.

[2]. Ausbildung

Die Ausbildung der Juristen im Dritten Reich setzte sich aus einem dreijährigen Studium der Rechtswissenschaften und einem dreijährigen Vorbereitungsdienst als Referendar zusammen. Kriegsteilnehmer konnten verkürzte Ausbildungszeiten für sich in Anspruch nehmen¹¹¹.

Die Nationalsozialisten nahmen bereits auf die sich in Ausbildung befindlichen Juristen entscheidend Einfluss.

So sah § 5 der Verordnung über die Befähigung zum Richteramt, zur Staatsanwaltschaft, zum Notariat und zur Rechtsanwaltschaft vom 01.01.1939 vor, dass neben der Fachausbildung auch „die ernsthafte Beschäftigung mit dem Nationalsozialismus und seinen weltanschaulichen Grundlagen, mit den Gedanken der Verbindung von Blut und Boden, von Rasse und Volkstum, mit dem deutschen Gesellschaftsleben und mit den großen Männern des deutschen Volkes“ zu den Lehrinhalten des Studiums gehören sollten¹¹².

Nach § 47 der o.g. Verordnung vom 04.01.1939 bestand die Verpflichtung der Referendare zur Teilnahme an einer Arbeitsgemeinschaft, deren Leiter nach einer Verfügung des preußischen Justizministers überzeugte Nationalsozialisten und tüchtige Juristen sein mussten. § 48 dieser Verordnung schrieb ein zweimonatiges Gemeinschaftslager für Referendare vor, zur Vereinigung „in einer vom soldatischem Geist getragenen Kameradschaft, die „in Formen lebt, in denen jungen Nationalsozialisten leben“¹¹³.

[3]. Personalpolitik

Die Partei war in der Zeit des Nationalsozialismus an allen Personalentscheidungen beteiligt.

Die Entscheidungskompetenz bezüglich der Richter und Staatsanwälte lag nach der Verreichlichung der Justiz beim nationalsozialistischen Reichsjustizministerium sowie

¹¹⁰ Fieberg, Justiz und Nationalsozialismus, S.10.

¹¹¹ Wagner, in: Weinkauff/Wagner, Deutsche Justiz, S. 191 (237).

¹¹² Fieberg, Justiz und Nationalsozialismus, S. 170 f.

¹¹³ Fieberg, Justiz und Nationalsozialismus, S. 170 f.; Wagner, in: Weinkauff/Wagner, Deutsche Justiz, S. 191 (238).

aufgrund eines Führererlasses beim Stellvertreter des Führers. Bei Konflikten entschied Hitler selbst.

Vor Ernennung eines Richters wurde durch die zuständige Justizbehörde zwingend eine Bewertung des NSDAP-Gauleiters über die politische Zuverlässigkeit des Bewerbers eingeholt. Nur wer die Gewähr dafür bot, jederzeit rückhaltlos für den nationalsozialistischen Staat einzutreten, konnte Richter werden¹¹⁴.

Ausschlaggebend für Beförderungen waren der Einsatz der Parteidienststellen und die dienstlichen Beurteilungen seitens des Gerichtspräsidenten¹¹⁵.

[4]. Richtereid

Das Gesetz über die Vereidigung der Beamten und Soldaten der Wehrmacht vom 20.08.1934¹¹⁶ bestimmte auch den Diensteid der Richter: „Ich schwöre: Ich werde dem Führer des Deutschen Reiches und Volkes Adolf Hitler treu und gehorsam sein, die Gesetze beachten und meine Amtspflichten gewissenhaft erfüllen, so wahr mir Gott helfe.“

Richter, die diesen Eid verweigerten, wurden aufgrund §§ 4, 57 des Deutschen Beamtengesetzes (kurz: DBG) entlassen.

[5]. Deutscher Gruß

Durch Erlass des Reichsinnenminister aus dem Jahre 1935¹¹⁷ wurde der Deutsche Gruß als Pflicht angeordnet, indem „fortan die Beamten, Behördenangestellten und –arbeiter den Deutschen Gruß im Dienst und innerhalb der dienstlichen Gebäude und Anlagen durch Erhebung des [...] rechten Armes und durch den gleichzeitigen deutlichen Ausspruch „Heil Hitler“ auszuführen hatten. Ebenso wurde von den Beamten, Behördenangestellten und –arbeiter erwartet, dass sie auch im außerdienstlichen Verkehr in gleicher Weise grüßten.“

Zur „Wahrung von Ordnung und Würde bei Abhaltung von Gerichtsverhandlungen“ wurde auch für Verhandlungen vor Gericht folgende Anordnung erlassen: „Alle im Sitzungssaal anwesenden Personen sind künftig zu veranlassen, beim Erscheinen des Gerichts zu Beginn der Sitzung von den Plätzen aufzustehen und das Gericht mit dem Deutschen Gruß durch Erheben des rechten Armes zu begrüßen. Das Gericht erwidert diesen Gruß, sobald alle mitwirkenden Richter an ihren Plätzen angelangt sind.“ Dieses Prozedere war auch am Ende der letzten Verhandlung durchzuführen¹¹⁸.

Bei einer Nichtbeachtung oder einer bewussten Ablehnung hatte der betreffende Richter Sanktionen, wie Rügen oder die Nichtbeachtung bei Beförderungen zu befürchten.

¹¹⁴ §§ 26 Abs. 1 Nr. 3, 171 Abs. 1 S. 1 DBG vom 26.01.1937 (RGBl. I, S. 39); weiterführend hierzu: Wagner, in: Weinkauff/Wagner, Deutsche Justiz, S. 191 (232 f.).

¹¹⁵ Fieberg, Justiz und Nationalsozialismus, S. 272 ff.

¹¹⁶ RGBl. I, S. 785.

¹¹⁷ Erlass des Reichs- und Preußischen Ministers des Innern vom 22.01.1935 – II SB 6850/17.12, abgedruckt in Fieberg, Justiz und Nationalsozialismus, S. 177.

¹¹⁸ Fieberg, Justiz und Nationalsozialismus, S. 174.

[6]. *Hitlers Haltung zur Justiz*

Bereits in seiner ersten Regierungserklärung vor dem Reichstag am 23.03.1933 trug Hitler wie folgt vor:

*„Unser Rechtswesen muß in erster Linie der Erhaltung der Volksgemeinschaft dienen. Der Unabsetzbarkeit der Richter auf der einen Seite muß die Elastizität der Urteilsfindung zum Zwecke der Erhaltung der Gesellschaft entsprechen. Nicht das Individuum kann Mittelpunkt der gesetzlichen Sorge sein, sondern das Volk. Der Boden der Existenz der Justiz kann kein anderer sein als der Boden der Existenz der Nation.“*¹¹⁹

Anlässlich seiner Rede vor dem ersten Deutschen Juristentag im Herbst 1933 in Leipzig führte Hitler aus: „Der totale Staat wird keinen Unterschied dulden zwischen Recht und Moral. Nur im Rahmen seiner gegenwärtigen Weltanschauung kann und muss die Justiz unabhängig sein.“¹²⁰

Weiter äußerte der Führer: „Heute erkläre er deshalb klar und eindeutig, daß für ihn jeder, der Jurist sei, entweder von Natur defekt, [...], verrückt [...] oder ein vollendeter Trottel [...] sein müsse oder es aber mit der Zeit werde.“¹²¹

Zur Richterauswahl äußerte sich Hitler: „Die Ausbildung der Rechtswahrer, die Richter werden wollten, müsse völlig umgestellt werden“, nur noch Leute, „die sich bereits selbst irgendwie im Leben beruflich bewährt und sich im Parteidienst mit seinen Anschauungen und mit den Problemen der Menschenführung eingehend befaßt hätten“ seien für den Richterdienst geeignet¹²².

Gegenüber Hans Frank äußerte der Führer „nur Verachtung für das Recht und das Richtertum“ und bezeichnete die Juristen als „unvorstellbare Leute“¹²³.

[7]. *Wandel des Richterleitbilds*

Mit der Machtergreifung durch die Nationalsozialisten unterzog sich auch das Richterleitbild einem grundlegenden Wandel. Die Richtschnur aller richterlichen Tätigkeit sollte fortan die nationalsozialistische Ideologie sein.

Nach und nach wurde der bis dahin bestehende demokratische Rechtsstaat beseitigt. Mit dem Gesetz zur „Behebung der Not von Volk und Reich“ dem sog. Ermächtigungsgesetz vom 24.03.1933¹²⁴, dessen Geltungsdauer mehrmals verlängert wurde und welches der Reichsregierung die Befugnis verlieh, selbst Gesetze zu beschließen – selbst auch mit von der Verfassung abweichendem Inhalt – wurde die Gewaltenteilung durch den Machthaber beseitigt.

¹¹⁹ Hattenhauer, ZRG (Germ) 106 (1989), 46 (54).

¹²⁰ Weinkauff, in: Weinkauff/Wagner, Deutsche Justiz, S. 19 (55).

¹²¹ Schorn, Richter im Dritten Reich, S. 12.

¹²² Weinkauff, in: Weinkauff/Wagner, Deutsche Justiz, S. 19 (51).

¹²³ Weinkauff, in: Weinkauff/Wagner, Deutsche Justiz, S. 19 (53).

¹²⁴ RGBl. I, S. 141.

Staatsräson war nunmehr die nationalsozialistische Ideologie mit ihrem Hass auf den freiheitlich-personalen Rechtsbegriff des liberalen Rechtsstaates¹²⁵.

Ihre Grundlage waren absurde Ansichten über Menschenrassen und ihre Wertigkeit, die Unausweichlichkeit ihres beständigen Kampfes gegeneinander, sowie Vorstellungen von Führertum und Gefolgschaftstreue, von Blut und Boden sowie Lebensraum¹²⁶.

Trotz dieses grundlegenden Wandels wurde § 1 GVG, welcher die Unabhängigkeit des Richters und seine Bindung an das Gesetz festlegte, im Dritten Reich weder geändert noch aufgehoben.

Dennoch war die Regelung des § 1 GVG nach der Machtergreifung neu zu interpretieren. Die Trennung von Staat und Recht gehörte der Vergangenheit an; vielmehr war im Führerstaat infolge der Identität der Regierung mit dem Gesetzgeber zugleich die Bindung an die leitenden Grundsätze der Staatsführung festgelegt¹²⁷.

Zugleich wurde der Sinngehalt von § 1 GVG grundlegend in die gegensätzliche Richtung gewandelt: Die richterliche Unabhängigkeit blieb als Einrichtung zwar bestehen, bildete aber als solche lediglich das Gefäß für einen neuen Inhalt, nämlich die nationalsozialistische Rechts- und Staatsauffassung¹²⁸.

Für die Richter bedeutete die Abkehr von der absoluten Bindung an das Gesetz einen Machtzuwachs und eine Möglichkeit zu mehr Flexibilität, da neben dem Gesetz nun auch weitere Werte zu beachten waren¹²⁹.

Einfallstore für diese Werte waren die Generalklauseln und unbestimmten Rechtsbegriffe, deren Auslegung und gezielte Handhabung sogar den Erlass neuer Gesetze entbehrlich machte¹³⁰. Ihre neue Bedeutung lag darin, dem Führerwillen und der nationalsozialistischen Ideologie ausschlaggebende Bedeutung bei der Entscheidungsfindung zu geben.

[8]. Volksempfinden

Grundlegende Richtschnur war in diesem Zusammenhang vorrangig das „gesunde Volksempfinden“, welches von Reichsrechtsführer Hans Frank wie folgt definiert wurde: „Alles, was dem Volke nützt, ist recht.“¹³¹. Der Präsident des Volksgerichtshofs Roland Freisler äußerte sich zum Begriff des Volksempfindens wie folgt: „Ob das Empfinden gesund ist, das muss anhand der Maßstäbe und Leitsätze geprüft werden, die der Führer selbst in wichtigen Lebensfragen des Volkes vielfach dem Volke gegeben hat.“¹³².

¹²⁵ Hattenhauer, in: Dreier/Sellert (Hrsg.), Recht und Justiz, S. 9 (24).

¹²⁶ Heinrich, DRiZ 1977, 2 ff. (3).

¹²⁷ Henkel, Unabhängigkeit des Richters, S. 29.

¹²⁸ Henkel, Unabhängigkeit des Richters, S. 8.

¹²⁹ Hattenhauer, in: Dreier/Sellert (Hrsg.), Recht und Justiz, S. 9 (24 f.).

¹³⁰ Schmitt, Drei Arten des rechtswissenschaftlichen Denkens, S. 58 ff.

¹³¹ Rückert, ZRG (Germ) 103 (1986), 199 (S. 220).

¹³² Schmitz-Berning, Vokabular des Nationalsozialismus, S. 271.

Durch das „Gesetz zur Änderung des Strafgesetzbuches“ vom 28.06.1935¹³³ wurde der Begriff des „gesunden Volksempfindens“ in die offizielle Gesetzessprache aufgenommen: Nach dessen § 2 wurde bestraft, wer eine Tat beging, die das Gesetz für strafbar erklärte oder die nach dem Grundgedanken eines Strafgesetzes und nach dem gesunden Volksempfinden Bestrafung verdiente.

[9]. *Leitsätze*

Neu eingeführt wurden die Leitsätze durch die nationalsozialistische Gesetzgebung. Diese Leitsätze, welche der Gesetzgeber den jeweiligen Einzelnormierungen voranstellte, waren konkrete Richtlinien, die in einer authentischen Weise den Plan und die Zielrichtung des Gesetzgebers mitteilten. Aus Ihnen ergaben sich die Voraussetzungen, unter denen eine praktische und theoretische Beschäftigung mit einem solchen Gesetz allein zu juristisch richtigen Ergebnissen kommen konnte. Unter Überwindung der für das positivistische Denken typischen Gegensätzlichkeit von bloßem Programm und positivem Recht gaben diese Leitsätze dem Richter eine neue Bindung und eine neue Freiheit¹³⁴.

Der Richter unterlag somit nicht mehr der absoluten Bindung an das Gesetz, sondern ausschließlich der Bindung an die herrschende Ideologie und den herrschenden politischen Willen. Ziel und Zweck der nationalsozialistischen Gesetzgebung war es, das Richtertum zur unmittelbaren Vollstreckung des als gesunden Volksempfinden aufgeputzten Führerwillens zu bringen¹³⁵.

[10]. *Hitler oberster Gerichtsherr*

Am 26.04.1942 erhielt Hitler unter ausdrücklicher Bestätigung seiner Eigenschaft als „oberster Gerichtsherr“ vom Großdeutschen Reichstag die ausdrückliche Ermächtigung, „alles zu tun, was zur Erringung des Sieges dient oder dazu beiträgt, [...] ohne an bestehenden Rechtsvorschriften gebunden zu sein.“¹³⁶

Entsprechend äußerte sich auch der Präsident des Volksgerichtshofs Roland Freisler: „Der Führer ist als oberster Gerichtsherr zugleich der höchste deutsche Richter, der deutsche Richter schlechthin. Richtertum, das nicht auf diesem Satze aufbaut, kann es im nationalsozialistischen Reich nicht geben.“¹³⁷

Der Führerwille, d.h. der persönliche Wille Hitlers wurde als Rechtsquelle für verbindlich angesehen¹³⁸.

¹³³ RGBL. I, S. 839.

¹³⁴ Schmitt, DJZ 1935, Sp. 919 (922 f.).

¹³⁵ Hattenhauer, in: Dreier/Sellert (Hrsg.), Recht und Justiz, S. 9 (28).

¹³⁶ Werle, Justiz-Strafrecht, S. 580.

¹³⁷ Wagner, in: Weinkauff/Wagner, Deutsche Justiz, S. 191 (205).

¹³⁸ Weinkauff, in: Weinkauff/Wagner, Deutsche Justiz, S. 19 (88 f.).

[11]. „Verreichlichung der Justiz“

Im Dritten Reich kam es zu einer „Verreichlichung der Justiz“ und einer zentralen Lenkung der Rechtspflege durch das Reichsjustizministerium.

Bereits in den unmittelbar auf die Machtergreifung folgenden Jahren wurde die Landesjustiz in die Hoheitsgewalt des Reiches übernommen. Am 22.10.1934 verschmolz das Preußische Justizministerium mit dem Reichsjustizministerium. Am 01.01.1935 folgten die übrigen 15 obersten Justizbehörden.

Kurze Zeit später, mit Wirkung zum 01.04.1935, wurden alle Landesgerichte Reichsbehörden und alles Landesrichter Reichsrichter. Im Reichsjustizministerium wurde eine Zentralstaatsanwaltschaft eingerichtet, der die Leitung der Staatsanwaltschaften oblag.

Als einheitliche Spitze oblag dem Reichsjustizministerium die Verwaltung aller ordentlichen Gerichte¹³⁹.

[12]. Geplante Justizreform

In den Kriegsjahren 1943 und 1944 wurden im Justizministerium Reformpläne zur Neuordnung der Justiz geschmiedet, welche allerdings nicht mehr zur Durchführung kamen. Zu diesen Reformplänen zählte auch ein Richtergesetz, welches zwar das Eingriffsrecht des Führers in die Rechtsprechung als selbstverständlich voraussetzte, andererseits aber die Justiz gegen Eingriffe sonstiger Stellen abschirmen wollte.

So schlug z.B. der Berliner Kammergerichtspräsident Dr. Block im Januar 1944 folgende grundlegenden Bestimmungen für ein Richtergesetz vor:

*„Der Richter ist in seinen Entscheidungen von Weisungen frei, nur an das Recht gebunden und nur dem Führer verantwortlich. Sein Spruch verkörpert den Willen des Führers. Der Richterspruch erfordert Achtung und Gehorsam. Wer einen Richterspruch leichtfertig oder in ungehöriger Form oder mit ungehörigen Mitteln angreift, vergeht sich am Staatswohl und wird zur Rechenschaft gezogen. Wegen einer nationalsozialistischen Grundsätzen oder den geltenden Gesetzen widersprechenden Entscheidung kann der Richter nur von dem Führer zur Verantwortung gezogen werden, nachdem er Gelegenheit gehabt hat, seine Entscheidung vor dem Führer zu rechtfertigen [...]“*¹⁴⁰

[13]. Beeinflussung des Richters durch Literatur und Presse

[a]. Rechtswissenschaftliche Literatur

Die juristischen Fachzeitschriften wurden ab 1933 rigoros gleichgeschaltet und politisch und weltanschaulich überwacht. Massiv und wiederholt erschienen in ihnen ausschließlich von NS-Gedanken und NS-Parolen geprägte Beiträge. Abweichende oder kritische Stimmen wurden nicht mehr veröffentlicht.

¹³⁹ Wagner, in: Weinkauff/Wagner, Deutsche Justiz, S. 191 (223 f.).

¹⁴⁰ Wagner, in: Weinkauff/Wagner, Deutsche Justiz, S. 191 (356).

Bei den Herausgebern und Schriftleitern handelte es sich in der Regel um linientreue Nationalsozialisten.

Am 01.03.1935 wurde das Amt für Rechtsschrifttum im Reichsrechtsamt der NSDAP errichtet. Diesem Amt oblag die parteiamtliche Buchprüfung der Rechtsliteratur hinsichtlich ihrer weltanschaulichen und politischen Unbedenklichkeit¹⁴¹.

Als führende Rechtszeitschriften, die nationalsozialistische Propaganda verbreiteten, waren bekannt:

Die Zeitschriften

- Deutsche Justiz (DJ) - als amtliches Organ des Justizministeriums,
- Deutsches Recht (DR) - als Organ des Bundes Nationalsozialistischer Deutscher Juristen, bzw. des Nationalsozialistischen Rechtswahrerbundes,
- Deutsche Juristenzeitung (DJZ) und
- Deutsche Richterzeitung (DRiZ).

[b]. Nichtjuristische Presse

Neben der unmittelbaren Beeinflussung durch die juristische Presse trat die für den Richter spürbare Einflussnahme seitens der nichtjuristischen Presse. Die Parteipresse kommentierte vor allem in den Parteiorganen „Stürmer“ und „Schwarzer Korps“ Richterentscheidungen aller Instanzen.

Dabei wurden Richter teils namentlich genannt und sogar Fotos von ihnen veröffentlicht. Die Kritik von Urteilssprüchen erfolgte in diffamierender Weise mit dem Ziel, Richter einzuschüchtern und sie für die Ziele des Nationalsozialismus gefügig zu machen¹⁴².

[14]. Berufsorganisationen

Bereits vor der Machtergreifung durch die Nationalsozialisten im Jahre 1933 gründete der damalige Rechtsberater der NSDAP und spätere Reichsrechtsführer Hans Frank den künftig von ihm geführten Bund Nationalsozialistischer Deutscher Juristen (kurz: BNSDJ).

Am 25.04.1933 wurde Hans Frank vom Reichspräsidenten von Hindenburg zum „Reichskommissar für die Gleichschaltung der Justiz und für die Erneuerung der Rechtsordnung“ ernannt. Ziel war es die berufsständischen Organisationen gleichzuschalten und in diesem Zusammenhang insbesondere den Deutschen Richterbund und den Republikanischen Richterbund einzugliedern bzw. aufzulösen.

Bereits am 25.05.1933 erklärte der DRB den korporativen Beitritt in den BNSDJ als eigenständige Organisation innerhalb des BNSDJ. Gut ein halbes Jahr später folgte am 31.12.1933 die Auflösung des DRB¹⁴³.

¹⁴¹ Weinkauff, in: Weinkauff/Wagner, Deutsche Justiz, S. 19 (111).

¹⁴² Schröder, Richter, S. 253.

¹⁴³ Weiterführend hierzu Weinkauff, in: Weinkauff/Wagner, Deutsche Justiz, S. 19 (102 ff.).

Der RR löste sich am 14.03.1933 selbst auf - ob er zu diesem Zeitpunkt bereits verboten worden war oder einem Verbot durch Selbstauflösung zuvor kam, lässt sich nicht mehr klären¹⁴⁴. In der Folgezeit wurden nahezu aller Mitglieder des RR aus ihren Ämtern entfernt oder zumindest versetzt¹⁴⁵.

Der BNSDJ war in einzelne Rechtswahrer¹⁴⁶gruppen und Untergruppen gegliedert, z.B. Reichsgruppen Richter und Staatsanwälte, Rechtsanwälte, Notare, Rechtspfleger, Hochschullehrer der Rechtswissenschaft.

Er veranstaltete 1933, 1936 und 1939 große Juristentage in Leipzig im Stil der Parteitage und Parteimärsche.

Im Jahr 1936 wurde der BNSDJ in Nationalsozialistischer Rechtswahrerbund (kurz: NSRB) umbenannt. Sein Zentralorgan war die Zeitschrift „Deutsches Recht“.

Zwar bestand für die Juristen keine Zwangsmitgliedschaft, es sollte allerdings seitens der Verantwortlichen auf einen Beitritt möglichst vieler Rechtswahrer hingewirkt werden. Der Höchststand der Mitgliederzahlen war 1939 mit gut 104.000 Mitgliedern erreicht¹⁴⁷. Die Mitgliedschaft im NSRB ging nicht zwingend mit einer Mitgliedschaft in der Partei einher: Ende 1944 war nur etwa die Hälfte der Mitglieder des NSRB auch Mitglieder der NSDAP¹⁴⁸.

[15]. Akademie für deutsches Recht

Die Akademie für deutsches Recht wurde am 26.06.1933 gegründet und erhielt im Jahr 1934 die Stellung einer öffentlichen Körperschaft des Reichs mit dem Sitz in München. Ihr Zweck wurde von ihrem ersten Leiter Hans Frank wie folgt zusammengefasst:

„Die gesamte Rechtswissenschaft mit zum Kampfe um das Recht des Reiches aufzurufen und zugleich damit eine neue Blüte der Rechtsforschung wie Rechtslehre an den deutschen Hochschulen zu fördern.“¹⁴⁹

Die Akademie veröffentlichte ihre Forschungsergebnisse vor allem in der Zeitschrift der Akademie für deutsches Recht, der Zeitschrift Deutsche Rechtswissenschaft und dem Jahrbuch der Akademie.

Hans Frank war nach einer Protestrede gegen die Juristenkritik und die Willkürherrschaft Hitlers gezwungen seine Ämter niederzulegen und wurde zugleich als Präsident der Akademie am 17.09.1942 entlassen.

¹⁴⁴ Schulz, Richterbund, S. 173; Schulz spricht sich dafür aus, dass der RR mit seiner Selbstauflösung dem Verbot zuvorkam.

¹⁴⁵ Schulz, Richterbund, S. 181.

¹⁴⁶ Rechtswahrer war das nationalsozialistische Ersatzwort für Jurist, vgl. insoweit Schmitz-Berning, Vokabular des Nationalsozialismus, S. 530.

¹⁴⁷ Sunnus, Rechtswahrerbund, S. 25.

¹⁴⁸ Sunnus, Rechtswahrerbund, S. 28.

¹⁴⁹ Hattenhauer, JuS 1986, 680.

Die Akademie wurde fortan dem Reichsjustizministerium und deren Leiter Otto Thierack unterstellt, welcher die Akademie stiefmütterlich behandelte und diese am 12.08.1944 sogar vorläufig stilllegte. Eine Wiederaufnahme unterblieb¹⁵⁰.

[16]. Faktische Beseitigung der persönlichen Unabhängigkeit des Richters

Nach der Machtergreifung durch die Nationalsozialisten wurde die persönliche Unabhängigkeit des Richters sukzessive beseitigt und zwar ohne dass hinsichtlich der in §§ 1 und 8 GVG festgelegten persönlichen und sachlichen Unabhängigkeit des Richters Änderungen vorzunehmen.

Deren wirksame Aushebelung erfolgte durch zahlreiche andere gezielte Maßnahmen:

[a]. Das Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums vom 07.04.1933

Das Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums vom 07.04.1933¹⁵¹ eröffnete den Verwaltungsbehörden die Möglichkeit, Richter ohne Gerichtsverfahren in ein anderes Amt oder in den Ruhestand zu versetzen, wenn sie den neuen Machthabern politisch nicht genehm (§ 4) oder nicht arischer Abstammung waren (§ 3) oder wenn es das dienstliche Bedürfnis erforderte (§ 5)¹⁵².

Weiter konnten Richter durch das Deutsche Beamtengesetz (kurz: DBG) vom 26.01.1937¹⁵³ durch Verwaltungsakt ohne die Möglichkeit einer gerichtlichen Nachprüfung in den Ruhestand versetzt werden, wenn

§ 71 DBG: Er nicht mehr die Gewähr dafür bot, jederzeit für den nationalsozialistischen Staat einzutreten.

Mit Rundschreiben vom 12.07.1938 gab die Reichskanzlei die Auffassung Hitlers zur Anwendung von § 71 DBG bekannt: „Wenn ein Beamter die nationalsozialistische Weltanschauung zwar nicht bewußt oder gewollt ablehnt, aber durch die von ihm getroffenen Entscheidungen oder durch seine dienstliche oder außerdienstliche Führung erkennen läßt, daß er der nationalsozialistischen Weltanschauung gefühls- und verstandsmäßig fremd gegenübersteht [sei] 71 DGB auch anzuwenden“.

§ 72 DBG: Er nicht deutschen oder artverwandten Blutes war

§ 75 DBG: Ihn der Vorgesetzte für dienstunfähig hielt¹⁵⁴.

[b]. Der Reichstagsbeschluss vom 26.04.1942

Der Reichstagsbeschluss vom 26.04.1942, welcher Hitler als obersten Gerichtsherrn bestätigte, ermächtigte den Führer auch, jeden Richter „mit allem ihm geeignet erscheinenden Mitteln zur Erfüllung seiner Pflichten anzuhalten und bei Verletzung dieser

¹⁵⁰ Hattenhauer, JuS 1986, 680.

¹⁵¹ RGBl. I, S. 175.

¹⁵² Fieberg, Justiz und Nationalsozialismus, S. 74 f.

¹⁵³ RGBl. I, S. 39.

¹⁵⁴ Wagner, in: Weinkauff/Wagner, Deutsche Justiz, S. 191 (216 f.).

Pflichten nach gewissenhafter Prüfung ohne Rücksicht auf sogenannte wohlerworbene Rechte mit der ihm gebührenden Sühne zu belangen, ihm im Besonderen ohne Einleitung vorgeschriebener Verfahren aus seinem Amte, aus seinem Rang und seiner Stellung zu entfernen.¹⁵⁵

[17]. Faktische Beseitigung der sachlichen Unabhängigkeit des Richters

Nicht nur die persönliche Unabhängigkeit des Richters wurde durch die Nationalsozialisten gezielt unterwandert, auch die sachliche Unabhängigkeit des Richters wurde im Dritten Reich in massivster Weise angegriffen.

Vor allem in den Jahren ab 1942 sollten Lenkungs- und Kontrollmaßnahmen die Vereinbarkeit der getroffenen richterlichen Entscheidungen mit der nationalsozialistischen Weltanschauung, dem gesunden Volksempfinden und dem Führerwillen gewährleisten.

Im Einzelnen wurden folgende Maßnahmen ergriffen:

[a]. Gerichtsüberwachung durch das Reichsjustizministerium

Vor allem auf dem Gebiet des Strafrechts sprach das Reichsjustizministerium noch vor Kriegsbeginn in Allgemein- und Rundverfügungen an die Oberlandesgerichtspräsidenten und die Generalstaatsanwälte Empfehlungen über eine bestimmte Handhabung der Gesetze oder die Strafzumessung aus¹⁵⁶.

Ende 1935 erfolgte die Einführung der „Lageberichte“ durch das Reichsjustizministerium unter der Leitung des Justizministers Otto Georg Thierack. Alle vier Monate hatten die Präsidenten der Oberlandesgerichte dem Justizminister besonders auffallende Geschehnisse und die Stimmung in der Bevölkerung und der Justizbeamtenschaft mitzuteilen¹⁵⁷.

[b]. Vor- und Nachschau

Die Vor- und Nachschau wurde 1942 durch Staatssekretär Curt Rothenberger eingeführt. Demnach mussten Richter in allen Verfahren, die nur irgendwie den politischen Bereich betreffen konnten, vor der Verhandlung in gemeinsamen Besprechungen mit ihren Dienstvorgesetzten in einer vertrauensvollen Aussprache darüber reden, welches Urteil sie voraussichtlich fällen würden (Vorschau) und nach Erlass des Urteils hatten sie sich in der gleichen Weise wegen des tatsächlich gefällten Urteils zu rechtfertigen (Nachschau)¹⁵⁸.

[c]. Richterbriefe

Mit den Richterbriefen wurde im Jahr 1942 durch Justizminister Otto Georg Thierack ein weiteres Instrument zur Lenkung der Rechtsprechung eingeführt. Der erste Richter-

¹⁵⁵ Staff, Justiz, S. 100.

¹⁵⁶ Staff, Justiz, S. 91 ff.

¹⁵⁷ Weinkauff, in: Weinkauff/Wagner, Deutsche Justiz, S. 19 (166).

¹⁵⁸ Werle, Justiz-Strafrecht, S. 20.

brief erschien unter dem Datum vom 01.10.1942 und somit nur wenige Wochen nach dem Amtsantritt Thieracks am 20.08.1942.

Auf der Konferenz der OLG-Präsidenten und Generalstaatsanwälte am 29.09.1942 soll Thierack im Zusammenhang mit den Richterbriefen ausgesprochen haben:

„Das ist eine glatte Richterlenkung, die ich mir erlaube durchzuführen und die ich auch verantworten zu können glaube.“¹⁵⁹

Im Einführungserlass vom 07.09.1942, welcher an die Präsidenten des Reichsgerichts, des Volksgerichtshofs, der Oberlandesgerichte und der Landgerichte sowie nachrichtlich auch an die Oberreichsanwälte beim Reichsgericht und beim Volksgerichtshof sowie die General- und Oberstaatsanwälte gerichtet war, führte Thierack aus:

„Ich will, kann und darf nicht den Richter, der zur rechtlichen Ordnung eines Vorgangs berufen ist, anweisen, wie er im Einzelfall zu entscheiden hat. Der Richter muß weisungsfrei bleiben, damit er seine Entscheidungen mit eigener innerer Verantwortung tragen kann. Ich kann ihm daher eine bestimmte Rechtsauffassung nicht befehlen, sondern ihn lediglich davon überzeugen, wie ein Richter der Volksgemeinschaft helfen muss [...]. Um dem Richter zu helfen, seine hohe Aufgabe im Leben unseres Volkes zu erfüllen, habe ich mich daher zur Herausgabe von „Richterbriefen“ entschlossen, die allen deutschen Richtern und Staatsanwälten zugehen sollen. Diese Richterbriefe werden Entscheidungen enthalten, die mir nach Ergebnis oder Begründung besonders hervorhebenswert erscheinen. An diesen Entscheidungen möchte ich aufzeigen, wie eine bessere Entscheidung hätte gefunden werden können und müssen; andererseits sollen gute, für die Volksgemeinschaft wesentliche Entscheidungen als beispielhaft hervorgehoben werden. [...] Sie sollen [...] eine Anschauung davon geben, wie sich die Justizführung nationalsozialistische Rechtsanwendung denkt, und auf diese Weise dem Richter die innere Sicherheit und Freiheit geben, die richtige Entscheidung zu finden. [...] Ich bin überzeugt, daß die Richterbriefe wesentlich zu einer einheitlichen Ausrichtung der Rechtsprechung im nationalsozialistischen Sinne beitragen werden.“¹⁶⁰

Die Richterbriefe befassten sich mit allen Rechtsgebieten, wobei eine schwerpunktmäßige Behandlung des Strafrechts beobachtet werden kann.

Sie erschienen in einer Auflage von 11.000 und wurden den Richtern und Staatsanwälten gegen Empfangsbescheinigung ausgehändigt; einige wurden vom Ministerium anderen obersten Reichs- und Parteidienststellen zu Kenntnisnahme übersandt¹⁶¹.

Insgesamt sind 21 Richterbriefe (der Richterbrief Nr. 21 datiert vom 01.12.1944)¹⁶² erschienen, von denen der Richterbrief Nr. 5 vom 01.02.1943 zu Ziffer 18 „Form und In-

¹⁵⁹ Boberach, Richterbriefe, S. XX.

¹⁶⁰ Fieberg, Justiz und Nationalsozialismus, S. 299.

¹⁶¹ Weiterführend zu den Richterbriefen auch Michelberger, Berichte aus der Justiz, S. 322 ff.

¹⁶² Grundlegend zu den Richterbriefen: Boberach, Richterbriefe, S. XI ff.

halt der Urteile“ sowie der Richterbrief Nr. 21 vom 01.12.1944 „Ehescheidungen im Totalen Krieg“ Themenkreise zum Gegenstand haben, die die hier untersuchten Scheidungsurteile betreffen.

[d]. Eingriffe in schwebende Gerichtsverfahren / Wegfall des gesetzlichen Richters

In Strafprozessen griff das Reichsjustizministerium durch Erlasse und Rundverfügungen auch in schwebende Verfahren ein. Der Verfassungssatz vom gesetzlichen Richter wurde in vielfacher Weise durchbrochen¹⁶³.

Auch standen sog. „Fühlungen“ zwischen Staatsanwaltschaft und Gericht auf der Tagesordnung, wie vor und während der Hauptverhandlung stattfindende Gespräche zwischen der Staatsanwaltschaft und dem Gericht bezeichnet wurden.

[e]. Umänderung der Gerichtsverfassung

Die Nationalsozialisten gestalteten die Gerichtsorganisation und die Gerichtsverfahren weniger durch Gesetze als durch Verordnungen - wie Vereinfachungs- und Kriegsmaßnahmenverordnungen – um¹⁶⁴.

Die Justiz im Dritten Reich hatte einen sukzessiven Abbau rechtsstaatlicher Verfahrensgrundsätze sowie die Aufhebung der Präsidialverfassung und der richterlichen Geschäftsverteilung zu beklagen.

Bis ins Jahr 1933 galt die gerichtliche Selbstverwaltung durch Geschäftsverteilung seitens des Gerichtspräsidiums (diesem gehörten alle Direktoren bzw. Senatspräsidenten des betreffenden Gerichts an). 1933 wurden die Präsidien bereits verkleinert¹⁶⁵, ehe ab 1935¹⁶⁶ die Geschäftsverteilung in bestimmten Bereichen nur noch beim Landgerichtspräsidenten lag, wie beispielsweise die Geschäftsverteilung beim Amtsgericht. Im November 1937¹⁶⁷ wurden die Präsidien schließlich ganz abgeschafft, fortan oblagen die Bildung der Rechtsprechungskörper und die Geschäftsverteilung der Justizverwaltung¹⁶⁸.

[f]. Bildung von Sondergerichten / Volksgerichtshof / Stellung der Staatsanwaltschaft

Kennzeichnend für die Justiz im Dritten Reich waren weiter die Einrichtung und die Ausdehnung von Sondergerichtsbarkeiten und des Volksgerichtshofs, wobei dies die Strafgerichtsbarkeit betraf.

Zwischen März 1933 und Ende des Jahres 1942 wurden insgesamt 74 stets bei den Landgerichten angesiedelte Sondergerichte gebildet. Kennzeichnend für die dort geführten Verfahren waren fehlende Rechtsmittel und kurze Ladungsfristen.

¹⁶³ Weinkauff, in: Weinkauff/Wagner, Deutsche Justiz, S. 19 (159 ff.); Wagner, in: Weinkauff/Wagner, Deutsche Justiz, S. 191 (206 f.).

¹⁶⁴ Wagner, in: Weinkauff/Wagner, Deutsche Justiz, S. 191 (193).

¹⁶⁵ Gesetz vom 04.07.1933, RGBl. I, S. 451.

¹⁶⁶ Verordnung vom 20.03.1935, RGBl. I, S. 403.

¹⁶⁷ Gesetz vom 24.11.1937, RGBl. I, S. 1286.

¹⁶⁸ Wagner, in: Weinkauff/Wagner, Deutsche Justiz, S. 191 (208).

Der Volksgerichtshof wurde im April 1934 mit dem „Gesetz zur Änderung von Vorschriften des Strafrechts und des Strafverfahrens“ errichtet und galt ab 1936 als ordentliches Gericht. Ihm oblag die Aburteilung von Hochverrats- und Landesverrattssachen. Jedem Senat gehörten fünf Richter an, von denen nur der Vorsitzende und ein weiterer Richter Berufsrichter sein mussten.

Der Staatsanwaltschaft kam eine stärkere Stellung zu.

Seit 1940 hatte die Staatsanwaltschaft die Wahl zwischen Amtsrichter, Strafkammer und Sondergericht – soweit nicht der Volksgerichtshof oder das Oberlandesgericht ausschließlich zuständig war¹⁶⁹. Auch konnte die Staatsanwaltschaft gegen Entscheidungen außerordentlichen Einspruch oder Nichtigkeitsbeschwerde einlegen.

Im Strafrecht wurde die Justiz teilweise durch die bewusste Kompetenzerweiterung der Polizei ausgeschaltet.

c. Rechtsanwälte im Dritten Reich

aa. Zugangsbeschränkungen zur Anwaltschaft

Am 01.04.1933, dem Tag des Boykotts gegen jüdische Geschäfte und Betriebe wurden auch jüdische Rechtsanwälte diskriminiert und terrorisiert.

Mit dem Gesetz über die Zulassung zur Anwaltschaft vom 07.04.1933¹⁷⁰ wurde kurze Zeit später die Möglichkeit geschaffen, „nichtarische Rechtsanwälte“ nicht mehr neu zuzulassen oder die bisherige Zulassung zurückzunehmen. Wer dennoch aufgrund von Ausnahmebestimmungen in seinem Amt blieb, hatte mit einer Einengung seines Tätigkeitsbereiches zu kämpfen. Neben Juden betraf das Gesetz vom 07.04.1933 auch Anwälte, die sich im kommunistischen Sinn betätigt hatten.

Eine weitere Verschärfung der Diskriminierungsmaßnahmen brachte die 5. Verordnung zum Reichsbürgergesetz vom 27.09.1938¹⁷¹ :

Juden wurde der Beruf des Rechtsanwalts ab 01.12.1938 versagt und die Funktion des sog. jüdischen Konsulenten geschaffen. Alle noch tätigen jüdischen Anwälte verloren ihre Zulassung zum 30.11.1938¹⁷².

Vor 1933 konnte jeder, der die Befähigung zum Richteramt besaß, innerhalb von ganz Deutschland bei einem bestimmten Gericht als Anwalt zugelassen werden. Über die Zulassung entschied die Landesjustizverwaltung nach Anhörung des Vorstandes der Anwaltskammer. Eine Versagung der Zulassung war auf gesetzlich normierte und schwerwiegende Ausnahmefälle begrenzt.

¹⁶⁹ Weinkauff, in: Weinkauff/Wagner, Deutsche Justiz, S. 19 (159 ff.); Wagner, in: Weinkauff/Wagner, Deutsche Justiz, S. 191 (207).

¹⁷⁰ RGBl. I, S. 188.

¹⁷¹ RGBl. I, S. 403.

¹⁷² König, Dienst am Recht S. 117 ff.; Steffens, DR 1942, 9 mit Hinweis auf die 5. Verordnung zum Reichsbürgergesetz vom 27.09.1938; Wagner, in: Weinkauff/Wagner, Deutsche Justiz, S. 191 (322 f.).

Durch Gesetz vom 13.12.1935¹⁷³ wurde der freie Zugang zur Anwaltschaft beseitigt. Ferner gestaltete das Gesetz die Kammerversfassung und die Ehrengerichtbarkeit nach nationalsozialistischen Grundsätzen um.

Am 21.02.1936 folgte die Neufassung der Rechtsanwaltsordnung¹⁷⁴.

Neben der Vorschaltung eines vom Reichsjustizministerium gesteuerten Probe- und Anwärterdienstes brachte die neue Rechtsanwaltsordnung von 1936 - im Gegensatz zu der Rechtsanwaltsordnung von 1878, die die Zulassungsvoraussetzungen gesetzlich regelte - vor allem die Zulassung nach freiem Ermessen des Reichsjustizministeriums unter Aufhebung des Anspruchs auf Zulassung. Das Ministerium konnte die Zahl der Anwälte so nach seinem Belieben drosseln und Bewerber, die ihm nicht nationalsozialistisch zuverlässig erschienen, von der Anwaltschaft ausschließen¹⁷⁵.

Nach § 119 Reichsrechtsanwaltsordnung (kurz: RRAO) hatte jeder Rechtsanwalt nach seiner Zulassung folgenden Eid zu schwören: „Ich schwöre, dem Führer des Deutschen Reiches und Volkes Adolf Hitler Treue zu halten und die Pflichten eines Deutschen Rechtsanwalts gewissenhaft zu erfüllen, so wahr mir Gott helfe.“

bb. Gleichschaltung der anwaltlichen Standesorganisationen

Bereits wenige Wochen nach der Machtergreifung ergriffen die Nationalsozialisten Ende März 1933 Maßnahmen zur Gleichschaltung der anwaltlichen Standesorganisationen. Die Berufsverbände sollten dem Führerprinzip unterworfen werden und die Anwaltskammervorstände mit Parteimitgliedern besetzt werden.

Die Gleichschaltung sollte durch die Auflösung des 1871 gegründeten Deutschen Anwaltsvereins (kurz: DAV) und der Liquidation der regionalen Anwaltsvereine erfolgen.

Auf dem Juristentag vom 30.09.1933 beschloss der DAV die Umbenennung in „Fachgruppe Rechtsanwälte im Bund Nationalsozialistischer Deutscher Juristen“. Am 27.12.1933 folgte die Auflösung des DAV zwecks Eingliederung in die Reichsfachgruppe Rechtsanwälte des BNSDJ¹⁷⁶.

Am 22.03.1933 schuf der nationalsozialistische Gesetzgeber mit der Verordnung des Reichspräsidenten über Maßnahmen auf dem Gebiete der Finanzen, der Wirtschaft und der Rechtspflege¹⁷⁷ die Reichs-Rechtsanwaltskammer (kurz: RRAK) als Spitze der Kammerorganisation.

Die örtlichen Kammern – bisher Organe der Selbstverwaltung mit einem gewählten Vorstand – verloren ihre Rechtspersönlichkeit. Ganz im Sinne der Zentralisierung und Gleichschaltung stellte die nach dem Führerprinzip organisierte Reichsrechtsanwaltskammer die einzige rechtsfähige Vertretung aller bei Gerichten des Deutschen Reichs

¹⁷³ RGBl. I, S. 1470.

¹⁷⁴ RGBl. I, S. 107.

¹⁷⁵ Ostler, Rechtsanwälte, S. 257 ff; Wagner, in: Weinkauff/Wagner, Deutsche Justiz, S. 191 (323 f.).

¹⁷⁶ Ostler, Rechtsanwälte, S. 229 ff.

¹⁷⁷ RGBl. I, S. 109 (119 ff.)

zugelassenen Rechtsanwälten dar. Ihr oblag neben sonstigen Aufgaben die Überwachung der Standespflichten der Rechtsanwälte¹⁷⁸.

cc. Wahrnehmung jüdischer Interessen

Durch Anordnungen des Stellvertreters des Führers vom 16.08.1934 und 08.10.1934 sowie des Reichsrechtsamts vom 08.11.1934 wurde denjenigen Rechtsanwälten, die Mitglied der NSDAP waren, untersagt, Juden gegenüber Parteigenossen zu vertreten. 1935 folgte die Erweiterung dieses Verbots auf Amtsträger des BNSDJ. Allen anderen Rechtsanwälten wurde größte Zurückhaltung bei der Vertretung von Juden empfohlen. Im Falle der Zuwiderhandlung drohte stets eine kräftige Polemisierung durch NS-Organen.

Ende 1938 / Anfang 1939 brachten Anordnungen des Stellvertreters des Führers bzw. des Reichsleiters des Reichsrechtsamts für jeden deutschen Volksgenossen, der der Partei, einer ihrer Gliederungen oder angeschlossenen Verbände angehörte, das – nur durch wenige Ausnahmetatbestände durchbrochene – Verbot der Wahrnehmung jüdischer Interessen¹⁷⁹.

dd. Rechtsanwaltsbriefe

Durch die Herausgabe von Rechtsanwaltsbriefen wollte das Reichsjustizministerium weiter Einfluss auf die Rechtsanwaltschaft gewinnen. Seit 1943 initiierte der Reichsminister der Justiz daher parallel zu den Richterbriefen deren Einführung. Die erste und einzige Nummer wurde am 01.10.1944 ausgegeben und beschränkte sich auf das Verhalten von Anwälten in Strafsachen¹⁸⁰.

Weder die Rechtsanwaltschaft noch die Richterschaft und die Staatsanwälte ließen dem Reichsjustizministerium die gewünschte Unterstützung bei der Erstellung der Rechtsanwaltsbriefe zukommen¹⁸¹.

d. Juristinnen im Dritten Reich

Juristinnen waren in ihrer Berufsausübung im nationalsozialistischen Staat einschneidenden Beschränkungen unterworfen. Hitler hatte ohne gesetzliche Grundlage entschieden, dass Frauen den Beruf eines Richters, Staatsanwalts oder Rechtsanwalts nicht mehr ausüben konnten. Erst in den Kriegsjahren kam es für größere Gerichte aufgrund des Personalnotstandes zu Lockerungen, wobei sich die Tätigkeit von Frauen bei Gericht auf die Gebiete der freiwilligen Gerichtsbarkeit beschränkte¹⁸².

¹⁷⁸ Wagner, in: Weinkauff/Wagner, Deutsche Justiz, S. 191 (325 f.)

¹⁷⁹ Steffens, DR 1942, 9 ff.

¹⁸⁰ Boberach, Richterbriefe, S. XXIV; Wagner, in: Weinkauff/Wagner, Deutsche Justiz, Deutsche Justiz, S. 191 (326.).

¹⁸¹ König, Dienst am Recht, S. 235 f.

¹⁸² Gruchmann, Justiz im Dritten Reich, S. 318 f.

8. Die Stadt Ravensburg, das Landgericht Ravensburg und sein Gerichtsbezirk

a. Der Landgerichtsbezirk Ravensburg

Der Landgerichtsbezirk Ravensburg, zu dem die (ehemaligen) Kreise Ravensburg, Tettang, Wangen, Biberach und Saulgau gehörten, zeichnete sich im untersuchten Zeitraum durch eine ländliche Struktur aus. Großstädte umfasste der Gerichtsbezirk nicht. Die Einwohnerzahl der sich im Bezirk befindlichen beiden Mittelstädte Ravensburg und Friedrichshafen lag nur knapp über 20.000 Einwohnern.

Die Zahl der im Landgerichtsbezirk Ravensburg lebenden Personen betrug im Jahr 1939 insgesamt 308.123 und wuchs bis ins Jahr 1946 auf 324.250 an¹⁸³.

Die im Zentrum von Oberschwaben im heutigen Bundesland Baden-Württemberg gelegene Stadt Ravensburg war in den Kriegsjahren mit der Nachbarstadt Weingarten zu einer Einheitsgemeinde zusammengeschlossen worden. Der Stadtteil Ravensburg zählte zu Kriegsbeginn 21.600 Einwohner und gegen Kriegsende im April 1945 23.500 Einwohner¹⁸⁴. Der Stadtteil Weingarten verzeichnete bei der Volkszählung vom 17.05.1939 10.381 Einwohner. Bei der späteren Volkszählung vom 13.09.1950 lebten 25.889 Personen in der zwischenzeitlich von Weingarten wieder getrennten Stadt Ravensburg.

Zu den weiteren größeren Städten im Landgerichtsbezirk zählten Friedrichshafen (25.041 / 20.501 Einwohner¹⁸⁵), Biberach (11.434 / 14.984 Einwohner) und Wangen im Allgäu (8.045 / 10.526 Einwohner).

b. Religion und Glaube im Landgerichtsbezirk Ravensburg

Die Region Oberschwaben und so auch der Landgerichtsbezirk Ravensburg waren bzw. sind damals wie heute überwiegend katholisch geprägt.

Die Wohnbevölkerung der Kreise Biberach, Ravensburg, Saulgau, Tettang und Wangen teilte sich im Jahr 1939 auf die unterschiedlichen Glaubensrichtungen wie folgt auf:

| Glaubensgemeinschaft | Anzahl in Prozent ¹ |
|------------------------------|--------------------------------|
| Römisch katholische Christen | 88,24 |
| Evangelische Christen | 10,48 |
| Übrige Christen | keine Angabe |
| Israeliten | 00,08 |
| Gottgläubige ² | 00,82 |
| Glaubenslose | 00,10 |

¹ Württemberg in Zahlen, Zeitschrift für Statistik und Landeskunde, Nr. 2 (1946), 44 ff.

² Wert legen die Nationalsozialisten auf die Feststellung, dass Kirchenferne nicht automatisch Ungläubigkeit bedeutete. Mit Erlass vom 26.11.1936 wurde daher für Personen, die aus einer anerkannten Religionsgemeinschaft ausgetreten waren, die amtliche Bezeichnung „gottgläubig“ eingeführt. Dies galt nicht für aus ihrer Gemeinde ausgetretene Juden. Gottgläubigkeit wurde von den Nationalsozialisten gerne im Rahmen ihrer

¹⁸³ Württemberg Hohenzollern in Zahlen, Zeitschrift für Statistik und Landeskunde, Nr. 3/4 (1947), 84.

¹⁸⁴ Eitel, Ravensburg, S. 284.

¹⁸⁵ In Klammern jeweils die Volkszählungsergebnisse vom 17.05.1939 und 13.09.1950.

Propagandaarbeit verwendet und lässt auf eine gewisse Nähe und Verbundenheit zum Nationalsozialismus erkennen. Zum Begriff der Gottgläubigkeit: Bedürftig, Drittes Reich, S. 197.

Die Übersicht zeigt, dass die Einwohner der zum Landgerichtsbezirk Ravensburg gehörenden Kreise in deutlicher Mehrheit ihre Konfessionszugehörigkeit auch nach der Machtübernahme durch die Nationalsozialisten beibehalten hatten.

Bei den Glaubenslosen ist aus den vorhandenen Quellen nicht ersichtlich, zu welchem Zeitpunkt der Austritt aus der Kirche erfolgte.

Für das Jahr 1946 ergeben sich folgende Zahlen, bei deren Betrachtung hauptsächlich eine leichte Verringerung bei den römisch katholischen Christen und zugleich ein entsprechender Anstieg bei den evangelischen Christen zu verzeichnen ist:

| Glaubensgemeinschaft | Anzahl in Prozent ³ |
|------------------------------|--------------------------------|
| Römisch katholische Christen | 84,02 |
| Evangelische Christen | 14,18 |
| Übrige Christen | 00,74 |
| Israeliten | 00,08 |
| Gottgläubige | 00,88 |
| Glaubenslose | 00,16 |

³ Württemberg in Zahlen, Zeitschrift für Statistik und Landeskunde, Nr. 2 (1946), 44 ff.

c. Die Bevölkerung Südwürttembergs nach Berufsgruppen

Nachfolgende Übersichten spiegeln die Aufteilung der Bevölkerung in Berufsgruppen im Jahre 1939 und 1946 im Gebiet Südwürttemberg wieder. Dieses umfasste neben den fünf zum Landgerichtsbezirk Ravensburg gehörenden Kreisen Ravensburg, Biberach, Saulgau, Tettnang und Wangen auch die Kreise Reutlingen, Rottweil, Calw, Tübingen, Balingen, Tuttlingen, Freudenstadt, Sigmaringen, Hechingen, Horb, Ehingen und Münsingen. Da sich in den Archiven keine gesonderte Aufstellung zu den zum Landgerichtsbezirk Ravensburg gehörenden Kreisen finden ließ, werden die Zahlen für das gesamte Gebiet Südwürttemberg herangezogen¹⁸⁶.

aa. Die männlichen Personen nach der Stellung im Beruf

| Berufsstellung | Anzahl in Prozent im Jahre 1939 | Anzahl in Prozent im Jahre 1946 |
|----------------|---------------------------------|---------------------------------|
| Selbständige | 28,20 | 40,00 |
| Angestellte | 08,90 | 10,30 |
| Beamte | 05,40 | 05,90 |
| Arbeiter | 49,50 | 34,50 |
| Mithelfende | 08,00 | 09,30 |
| Berufstätige | 100,00 | 100,00 |

¹⁸⁶ Württemberg in Zahlen, Zeitschrift für Statistik und Landeskunde, Nr. 2 (1946), 25 (27 f.).

bb. Die weiblichen Personen nach der Stellung im Beruf

| Berufsstellung | Anzahl in Prozent im Jahre 1939 | Anzahl in Prozent im Jahre 1946 |
|----------------|------------------------------------|------------------------------------|
| Selbständige | 07,90 | 16,20 |
| Angestellte | 08,40 | 11,10 |
| Beamte | 00,50 | 01,10 |
| Arbeiter | 33,50 | 23,10 |
| Mithelfende | 49,70 | 48,50 |
| Berufstätige | 100,00 | 100,00 ⁴ |

⁴ Die Zahlen aus dem Jahr 1946 umfassen nur Personen über 18 Jahre, während die Zahlen aus dem Jahr 1946 sämtliche Berufstätige, also auch diejenigen unter 18 Jahren umfassen.

Der Anteil der Personen mit akademischem Hintergrund wird in dieser Übersicht nicht gesondert ausgewiesen. Einen gewissen Anhaltspunkt kann die Berufsgruppe „Freie Berufe, Privatunterricht“ geben, die sowohl bei der weiblichen als auch bei der männlichen Bevölkerung mit einem Anteil von 2,30 % in die Berechnung mit einbezogen worden war¹⁸⁷.

d. Die NSDAP in Ravensburg

Kurze Zeit vor dem Einmarsch der Franzosen in Ravensburg am 28.04.1945 waren alle Unterlagen der Kreisleitung und der Ortsgruppen der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei verbrannt worden. Daher existiert für die Stadt Ravensburg keine offizielle Mitgliederkartei mehr. Als Informationsquelle dienen daher die Listen der Parteimitglieder, welche die Stadtverwaltung im Auftrag der Besatzungsmacht in den ersten Maitagen 1945 durch Vertrauensleute aus den einzelnen Stadtgebieten anfertigen ließ. Diese Methode der Erkennungsgewinnung kann keine Gewähr für eine richtige und abschließende Auflistung aller Parteimitglieder bieten. Diese Listen erfassen für den Zeitraum von 1926-1945 insgesamt 2024 Parteigenossen (kurz: PGs), sodass circa 10 % der Ravensburger Mitglieder der NSDAP gewesen wären. Der Kreisdurchschnitt Mitgliederstand / Einwohnerstand betrug für den Kreis Ravensburg 6 %.

Die ebenfalls im Landgerichtsbezirk Ravensburg gelegene Stadt Biberach mit nur etwa der Hälfte der Einwohner zählte rund 2000 PGs und war damit vergleichsweise stärker organisiert¹⁸⁸.

e. Die Stadt Ravensburg im Zweiten Weltkrieg

Der abseits von den Hauptverkehrsadern im oberschwäbischen Hinterland gelegenen Stadt Ravensburg kam im zweiten Weltkrieg nur insofern eine militärische Bedeutung zu, als das im Frühjahr 1939 eingemeindete Weingarten seit 1936 Garnisonsstadt war.

¹⁸⁷ Württemberg in Zahlen, Zeitschrift für Statistik und Landeskunde, Nr. 2 (1946), 25 (31).

¹⁸⁸ Strittmatter, NSDAP, in: Eitel (Hrsg.), Ravensburg im Dritten Reich, S. 57 (57 f.).

Ein stärkeres Gewicht erlangte Ravensburg während des zweiten Weltkrieges als Lazarettstadt¹⁸⁹.

Zumindest zu Beginn des Krieges und in den ersten Kriegsjahren war Ravensburg – insbesondere im Vergleich zu der sich im Landgerichtsbezirk befindlichen Stadt Friedrichshafen mit den dort ansässigen Rüstungsfabriken – kein kriegswichtiger Industriestandort.

Dies änderte sich nach den schweren Luftangriffen auf Friedrichshafen im März und April 1944, welche die dort ansässigen Rüstungsfabriken schwer beschädigt hatten. Um die Produktion kriegswichtigen Materials fortsetzen zu können, wurden Teile der Fabrikation der Firmen Maybach-Motorenwerke, Luftschiffbau Zeppelin und der Dornier Werke nach Ravensburg verlegt, was den Alliierten aber zum Glück der Stadt Ravensburg verborgen blieb¹⁹⁰.

So blieb Ravensburg von Luftangriffen und den damit meist einhergehenden verheerenden Zerstörungen im Zweiten Weltkrieg weitestgehend verschont und kam im Gegensatz zu vielen vergleichbaren deutschen Städten recht glimpflich davon. Der erste kaum Schaden anrichtende Luftangriff auf die Stadt Ravensburg erfolgte in der Nacht vom 16. auf den 17. August 1940. Ein zweiter Luftangriff vom 29.08.1942 verursachte zwar größere materielle Schäden als der Luftangriff vom August 1940, forderte aber ebenso keine Menschenleben. Knapp zwei Jahre später, am 24.07.1944, war Ravensburg das Ziel eines Angriffs von vermutlich englischen Tieffliegern mit zwei Todesopfern, drei Verletzten und geringem Sachschaden.

Die letzten Angriffe auf Ravensburg erfolgten kurz vor Kriegsende im April 1945: Am 09.04.1945 tötete ein amerikanischer Bombenangriff zwei Menschen und verursachte überschaubare Schäden materieller Art. Bei der Bombardierung der Argonenkaserne im Stadtteil Weingarten kamen am 17.04.1945 51 Menschen ums Leben. Weitere 24 Todesopfer forderte der letzte Luftangriff auf Ravensburg seitens amerikanischer Flugzeuge am 26.04.1945. Zwischen Februar 1943 und April 1945 ertönte insgesamt in 106 Fällen Fliegeralarm in Ravensburg¹⁹¹.

Schutz vor Luftangriffen in den letzten Kriegswochen bot der Stadt Ravensburg sicherlich der Umstand, dass sie ab 10.04.1945 unter dem Schutz des Internationales Komitees vom Roten Kreuz (kurz: IKRK) stand, nachdem in der Stadt ein Auslieferungslager für Liebesgabenpakete an alliierte Kriegsgefangene der Westmächte eingerichtet worden war¹⁹².

¹⁸⁹ Eitel, Ravensburg, S. 79 f., mit der Angabe auf S. 80, dass bis Kriegsende etwa 13.600 Schwer- und Leichtverletzte nach Ravensburg gekommen waren und auf S. 293, dass sich bei Kriegsende an die 2.000 Soldaten in den Lazaretten der Stadt befanden.

¹⁹⁰ Eitel, Ravensburg, S. 280 f.

¹⁹¹ Eitel, Ravensburg, S. 282 und S 288. f.

¹⁹² Eitel, Ravensburg, S. 282 und S 293 f.; sowie Walter, in: Eitel (Hrsg.), Ravensburg im Dritten Reich, S. 406 (407 f.).

Weitere kriegsbedingte Schäden konnten durch die kampflose Übergabe der Stadt Ravensburg durch Bürgermeister Rudolf Walzer an die Franzosen nach einer letzten hektischen Woche am Mittag des 28.04.1945 vermieden werden.¹⁹³

f. Ausländer und Zuwanderungsströme in Ravensburg und Umgebung während des Dritten Reichs und in der Nachkriegszeit

Bereits in den Kriegsjahren stieg die Anzahl von Ausländern im Landgerichtsbezirk. Einen großen Anteil bildeten Zwangsarbeiter und Kriegsgefangene. In Friedrichshafen beispielsweise, wo große Rüstungsbetriebe beheimatet waren, befanden sich zwischen 1939 und 1945 über 14.000 Ausländer im Arbeitseinsatz. Für die Stadt Ravensburg schwankte die Zahl der dort während der Kriegsjahre arbeitenden ausländischen Männer und Frauen zwischen 2.741 und über 3.600, von denen die meisten aus Russland stammten¹⁹⁴.

Auch Flüchtlinge waren während des Krieges nach Oberschwaben gekommen. Ab Ende des Jahres 1942 kamen verstärkt evakuierte Familien aus den zerbombten deutschen Großstädten nach Ravensburg, um sich zumindest vorübergehend dort niederzulassen¹⁹⁵. Aus dem Osten Deutschland und den angrenzenden Ländern stammten weitere Flüchtlinge. Verstärkt kamen diese Flüchtlinge in den letzten Monaten des Krieges im Frühjahr 1945 in den Landgerichtsbezirk, weil in Württemberg nur noch Oberschwaben als Aufnahmegebiet für Flüchtlinge verblieb, da die übrigen Kreise bereits Kampfgebiet waren¹⁹⁶. Dementsprechend gewannen die zum Landgerichtsbezirk Ravensburg gehörenden Kreise Wangen, Biberach, Saulgau und Ravensburg in den Kriegsjahren und in der Zeit bis zur Volkszählung 1946 gegenüber der Vorkriegszeit auffallend stark an Bevölkerung: Im Kreis Wangen stieg die Einwohnerzahl um 15,9 %, im Kreis Biberach um 10,1 %, im Kreis Ravensburg um 8,5 % und im Kreis Saulgau um 11,4 % - wobei jeweils eine besonders hohe Zunahme bei der weiblichen Bevölkerung zu verzeichnen war. Lediglich für den Kreis Tettnang war im Vergleich zur Vorkriegszeit ein Bevölkerungsrückgang zu verzeichnen gewesen, was hauptsächlich an der weitgehenden Zerstörung der Stadt Friedrichshafen, der größten Gemeinde im Kreis Tettnang, durch Luftangriffe lag¹⁹⁷.

Am 06.10.1945 lebten 2.066 Ausländer in Ravensburg; zwei Monate später, am 06.12.1945 waren es noch 1.986, wobei diejenigen nicht mitgezählt waren, die sich noch in Lagern befanden. Zusätzlich befanden sich noch circa 1.000 Militär- und Zivilpersonen der französischen Besatzungsmacht in der Stadt. Weitere 246 französische KZ-Häftlinge kamen Ende Mai 1945 nach Ravensburg, von denen ein Großteil bis auf 20 bereits im Oktober 1945 die Stadt wieder verlassen hatte. Noch größer als die Zahl der Ausländer war die Zahl der Deutschen und Deutschstämmigen, die damals in Ravensburg zumindest vorübergehend Unterkunft suchten, wie verwundete oder kranke deutsche

¹⁹³ Eitel, Ravensburg, S. 294 ff; sowie Walter, in: Eitel (Hrsg.), Ravensburg im Dritten Reich, S. 406 (408 f.).

¹⁹⁴ Eitel, Ravensburg, S. 285 f..

¹⁹⁵ Eitel, Ravensburg, S. 284.

¹⁹⁶ Eitel, Ravensburg, S. 293.

¹⁹⁷ Württemberg in Zahlen, Zeitschrift für Statistik und Landeskunde, Nr. 2 (1946), 20 f.

Soldaten in den Lazaretten, vor allem aus Friedrichshafen stammende ausgebombte Familien (deren Rücktransport begann im November 1945) und Vertriebene und Flüchtlinge aus den deutschen Ostgebieten. Am 20.10.1945 zählte der Kreis Ravensburg 7.980 deutsche Evakuierte, Vertriebene und Lazarettinsassen, 5.850 nichtdeutsche „Displaced Persons“ (englisch für eine Person, die nicht an diesem Ort beheimatet ist), wie Zivilpersonen bezeichnet wurden, die sich kriegsbedingt außerhalb ihres Heimatstaates aufhielten und ohne Hilfe nicht zurückkehren oder sich in einem anderen Land neu ansiedeln konnten¹⁹⁸.

Bei der Volkszählung am 26.01.1946 in Ravensburg wurden insgesamt 24.008 „Ortsanwesende“ gezählt, von denen 22.340 Deutsche waren. Bei 1.668 Personen und damit 6,95 % handelte es sich entweder um Personen der Besatzungsmacht oder um „Displaced Persons“¹⁹⁹. Hinzu kamen ca. 1700 Evakuierte und Heimatvertriebene sowie 300 bis 400 Kriegsversehrte in den Lazaretten. Zu keinem Zeitpunkt der Ravensburger Stadtgeschichte war der Anteil der Fremden mit 15,5 % der Bevölkerung so hoch wie im Januar 1946²⁰⁰.

Ende des Jahres 1947 lebten in Ravensburg noch 1.314 Ausländer (500 Franzosen – Soldaten und deren Familien –, 622 „Displaced Persons“ – 139 Polen, 482 Esten, Letten und Litauer, 1 Russe –, 164 Österreicher und einige Schweizer). Bis 1952 sank die Zahl der Ausländer auf 384²⁰¹.

Nach Kriegsende brachte der eingesetzte Flüchtlings- und Vertriebenenstrom zwar weiter Ausländer in den Landgerichtsbezirk Ravensburg, wobei unmittelbar nach Kriegsende die Zahl der Heimatvertriebenen und Flüchtlinge dort nicht wesentlich anstieg, da für die Französische Besatzungszone seit August 1946 eine Zuzugssperre bestand, wonach zum Beispiel in Ravensburg nur noch Kriegsheimkehrer, die ihren Wohnsitz in Ravensburg hatten und Kriegsversehrte, die hier bei ihren Verwandten unterkommen konnten, zuziehen durften. Ein Zuzug war auch dann für die Dauer des Arbeitsverhältnisses für diejenigen möglich, der ein festes Arbeitsverhältnis bei einem Arbeitgeber in der französisch besetzten Zone nachweisen konnte.

Erst im September 1947 lockerte die französische Besatzungsmacht ihre restriktive Haltung; etwas später im Frühjahr 1949 setzte ein breiter Zustrom von Heimatvertriebenen und Flüchtlingen in die Französische Besatzungszone ein. So betrug die Zahl der aus ihrer Heimat vertriebenen oder geflüchteten und schließlich nach Ravensburg gelangten Deutschen im Herbst 1950 2.034²⁰².

Der Neuanfang in der Fremde war für die allermeisten dieser Personen hart und deprimierend, da es sowohl an Wohnraum und Lebensmitteln als auch zum Teil an Arbeit

¹⁹⁸ Eitel, Ravensburg, S. 306.

¹⁹⁹ Eitel, Ravensburg, S. 319.

²⁰⁰ Eitel, Ravensburg, S. 307.

²⁰¹ Eitel, Ravensburg, S. 321.

²⁰² Eitel, Ravensburg, S. 320.

fehlte - diese schwierige Gesamtsituation war auch eine Belastungs- und Zerreißprobe für viele Ehen.

g. Die von Sorgen und Nöten geprägte Situation in den Nachkriegsjahren

Versorgungsprobleme prägten auch in der ersten Zeit nach Kriegsende im Landgerichtsbezirk Ravensburg den Alltag der Bevölkerung. So war in keiner der Besatzungszonen die Ernährungsknappheit so ausgeprägt wie in der französischen, zu der auch der Landgerichtsbezirk Ravensburg gehörte. Der zusätzlich herrschende Mangel an Brennstoffen sorgte für eine große Anzahl ungeheizter Wohnungen. Aber nicht nur Lebensmittel und Brennstoffe waren knapp, auch Wohnraum und Kleidung galten als Mangelware. Besonders im Winter verschärfte ein Mangel an Arbeitsplätzen die Situation der Nachkriegsbevölkerung. Die Demontage vieler Industriebetriebe, die weitgehende Zerstörung vieler Fabriken (vor allem in Friedrichshafen) und der starke Zustrom von Flüchtlingen und Vertriebenen seit 1949 waren die Hauptursachen der Arbeitslosigkeit. Die sehr geringe Arbeitslosenunterstützung reichte bei einer Familie keinesfalls zum Leben aus. Arbeitslosigkeit war neben Krankheit, Alter oder kriegsbedingter Invalidität die häufigste Ursache einer Verarmung. Die Gesamtzahl der Fürsorgeempfänger stieg mit der verstärkten Zuwanderung von Flüchtlingen im Jahre 1949 deutlich an. Das Leben der Menschen in der Nachkriegszeit stand zusätzlich unter dem Schatten der Sorge und Trauer um Gefallene, Kriegsgefangene, Vermisste und Verwundete. Hinzu kamen in den Nachkriegsmonaten die eingeschränkte Bewegungsfreiheit und die Beschränkung der Informations- und Mitteilungsmöglichkeiten per Post, Telefon, Rundfunk oder Zeitung²⁰³.

h. Die Wiedereröffnung des Landgerichts Ravensburg am 05.11.1945

Mitten in den schwierigen Nachkriegsmonaten nahm das Landgericht Ravensburg rund ein halbes Jahr nach dem Einmarsch französischer Truppen in Ravensburg am 05.11.1945 seine Tätigkeit wieder auf.

Die feierliche Eröffnung der deutschen Gerichte des Landgerichtsbezirks Ravensburg, zu der unter anderem auch der Landrat geladen war, ging mit der Beeidigung der zugelassenen Richter, Staatsanwälte, Rechtsanwälte und Notare einher. Diese erfolgte im Zivilkammersaal des Landgerichts²⁰⁴. Über die Frage, welche Angehörige der jeweiligen Berufsgruppen bei der Wiedereröffnung der Gerichte zugelassen werden konnten, hatten zuvor die Richter des Militärgerichts, der Bürgermeister der Stadt Ravensburg und der Landrat des Kreises Ravensburg Ben beratschlagt²⁰⁵.

In den Mitteilungen der Militärregierung für den Kreis Ravensburg²⁰⁶ Nr. 24 vom 31.10.1945 wurde in einem Artikel über die Wiedereröffnung der Ravensburger Gerichte berichtet:

²⁰³ Eitel, Ravensburg, S. 320 f. sowie S. 323 f.

²⁰⁴ KrARV – B.2.RV (AG.1) – 082.00 prov. Bü E 828.

²⁰⁵ Das Gericht der Militärregierung hatte seine Tätigkeit bereits am 07.07.1945 aufgenommen, vgl. KrARV – B.2.RV (AG.1) – 082.00 prov. Bü E 828.

²⁰⁶ Französischer Titel: Informations du Gouvernement Militaire du Kreis de Ravensbourg. Sie wurden in

„Stadt Ravensburg

Wiederaufnahme der deutschen Gerichtstätigkeit. Nach halbjährigen Stillstand sind die G e r i c h t e des Landgerichtsbezirks Ravensburg von der Militärregierung zur W i e d e r a u f n a h m e i h r e r T ä t i g k e i t ermächtigt worden. Am Montag, 5. November d. J., vorm. 10 ½ Uhr, findet am Landgerichtsgebäude am Marienplatz in Ravensburg die f e i e r l i c h e B e e i d i g u n g der von der Militärregierung zugelassenen Richter, Staatsanwälte, Notare und Rechtsanwälte statt, worauf der deutsche Gerichtsbetrieb nach Anordnung der württ. Landesjustizverwaltung sofort eröffnet wird. – Zum P r ä s i d e n t e n des Landgerichts ist der bisherige Senatspräsident am Oberlandesgericht Stuttgart, Dr. Oskar Schm [], ernannt worden. Mit der hervorragenden Persönlichkeit des neuen Landgerichtspräsidenten tritt ein alter Ravensburger das höchste Staatsamt im württembergischen Oberland an, der in glänzender Laufbahn über den Oberlandesgerichtsrat und Ministerialrat zum Senatspräsidenten aufstieg. V o r s t a n d d e s A m t s g e r i c h t s wurde der zum Amtsgerichtsdirektor beförderte bisherige Stellvertreter des Landgerichtspräsidenten, Landgerichtsrat S c h a []. Amtsgerichtsdirektor Dr. Hol [] tritt an das Landgericht über. Zum Landgerichtsdirektor wurde weiter ernannt der bisherige Landgerichtsrat in Stuttgart, Dr. Häring, ebenfalls ein alter Oberländer. Die Stelle des Oberstaatsanwalts ist noch nicht neu besetzt, der zum E r s t e n S t a a t s a n w a l t ernannte Landgerichtsrat G r a s s e l i i wird sie einstweilen wahrnehmen. Vorstände der Amtsgerichte Biberach und Tettnang sind die Oberamtsrichter

S c h m i d t und S t a r k, der Amtsgerichte Leutkirch, Saulgau, Waldsee und Wangen (Allgäu) die Amtsgerichtsräte B a r t h, Dr. K r u g, S a l e n b a u c h und K i e c h l e. Die Bevölkerung weiß der Militärregierung und Württ. Landesjustizverwaltung Dank und begrüßt mit großer Genugtuung die Wiederingangsetzung der Gerichte zu denen sie volles Vertrauen hat, daß sie in alter guter schwäbischer Richtertradition und ohne Ansehung der Person Recht sprechen werden.“

Bei der feierlichen Eröffnung des Landgerichts, der auch Geistliche beiwohnten, zeigte die französische Besatzungsmacht eine große Präsenz, wie diese Bilder²⁰⁷ dokumentierten:



Die Rechtsanwälte hatten nach Art. V des Gesetzes Nr. 2 der Militärregierung folgenden Eid zu leisten:

„Ich schwöre bei Gott dem Allmächtigen, dass ich die Gesetze jederzeit zu niemandes Vorteil und zu niemandes Nachteil, mit Gerechtigkeit und Billigkeit gegenüber jedermann, ohne Rücksicht auf Religion, Rasse, Abstammung oder politische Überzeugung, anwenden und handhaben werde; dass ich die deutschen Gesetze und alle Rechtsvorschriften der Militärregierung sowohl ihrem Wortlaute als auch ihrem Sinne nach befolgen werde; und dass ich stets mein Bestes tun werde, um die Gleichheit aller vor dem Gesetze zu wahren. So wahr mir Gott helfe.“

²⁰⁷ KrARV – B.2.RV (AG.1) – 082.00 prov. Bü E 828.

9. Zusammenfassung

Das Ehegesetz von 1938 war nicht alleine auf den nationalsozialistischen Gesetzgeber zurückzuführen, sondern beruht wesentlich auf Vorarbeiten aus der Weimarer Republik.

Ebenso wie das Ehegesetz im Ganzen kann der mit ihm neu eingeführte Zerrüttungstatbestand nicht als revolutionäre Gesetzesänderung der Nationalsozialisten bezeichnet werden. Andere europäische Länder hatten den Zerrüttungstatbestand zuvor bereits in ihr Familienrecht eingearbeitet und auch in Deutschland hatte es in der Weimarer Zeit entsprechende Vorstöße gegeben.

Der Zerrüttungstatbestand des § 55 EheG 1938 war rein von seinem Wortlaut her „weltanschauungsneutral“ formuliert. Erst die in § 55 Abs. 2 EheG 1938 enthaltenen unbestimmten Rechtsbegriffe „Wesen der Ehe“ und „sittliche Rechtfertigung“ bildeten das Einfallstor für die nationalsozialistische Ideologie und die Verwirklichung des neuen Ehe- und Familienbildes weg von den Individualinteressen hin zu den Interessen der Allgemeinheit. Das Reichsgericht stellte seine Rechtsprechung zu § 55 Abs. 2 EheG 1938 ganz in den Dienst der Machthaber und formte ihn zu einem Instrument, welches den bevölkerungspolitischen Interessen der Nationalsozialisten regelmäßig Geltung verschaffte; dem Widerspruch des beklagten Ehegatten blieb regelmäßig der Erfolg versagt.

Die Justiz im Dritten Reich war gekennzeichnet durch Gleichschaltung und Versuche der Einflussnahme durch Staat und Partei. Die Rechtsprechung war keinen rechtsstaatlichen Grundsätzen mehr gefolgt. Die richterliche Unabhängigkeit bestand faktisch nur noch auf dem Papier.

In der Nachkriegszeit fand die Zerrüttungsscheidung ihre gesetzliche Grundlage in § 48 EheG 1946, der in seinen ersten beiden Absätzen dem Wortlaut des § 55 EheG 1938 entsprach. Die Erweiterung um den dritten Absatz, welcher eine Aufrechterhaltung der Ehe im wohlverstandenen Interesse der Kinder gebot, hatte rein deklaratorischen Charakter.

Der Rechtsanwender stand somit in den ersten Monaten und Jahren nach dem Kriegsende vor der Herausforderung, den Zerrüttungstatbestand zu „entnazifizieren.“

Die Rechtsprechung zu der Frage nach der Beachtlichkeit des Widerspruchs nach § 48 Abs. 2 EheG 1946 war – insbesondere im Vergleich zur Rechtsprechung des Reichsgerichts zu § 55 Abs. 2 1938 Ehegesetz – höchst umstritten.

Es bildeten sich zwei Rechtsprechungslinien heraus: Das OLG Hamburg begründete die Ansicht, nach der jeder zulässig vom beklagten Ehegatten erhobene Widerspruch grundsätzlich zu beachten war, während das OLG Freiburg sich im Sinne einer Abwägungslösung für eine Bewertung aller Umstände des Einzelfalls aussprach.

Der oberschwäbische, ländlich und katholische geprägte Landgerichtsbezirk Ravensburg lag fernab von den politischen Zentren der Macht und den kriegswichtigen Hauptverkehrsadern. Zu der Bevölkerung zählten vorwiegend Arbeiter, weiter Selbständige und nur untergeordnet Angestellte, Beamte und Akademiker. Während des Krieges und

in der Nachkriegszeit drangen viele Ausländer in den Landgerichtsbezirk – zunächst Zwangsarbeiter und Kriegsgefangene, später auch Flüchtlinge.

Die zerstörerischen Folgen des Krieges hatten vor allem in der im Bezirk gelegenen Stadt Friedrichshafen mit ihren großen Rüstungsfabriken ihre Spuren hinterlassen. Die Stadt Ravensburg selbst war im Krieg Lazarettstadt und nur vereinzelt Ziel von Luftangriffen mit überschaubaren Schäden gewesen. Ende April 1945 war die Stadt Ravensburg kampflos an die Franzosen übergeben worden. Die ersten Monate und Jahre nach dem Kriegsende waren von der Besatzung durch die Franzosen und den weitverbreiteten Nachkriegssorgen und Nöten wie Lebensmittel- und Brennstoffknappheit sowie Wohnungs- und Arbeitsplatzmangel gekennzeichnet.

In diesen schwierigen Nachkriegszeiten nahm das Landgericht Ravensburg seinen Rechtsprechungsauftrag am 05.11.1945 wieder auf.

ZWEITER TEIL: DIE SCHEIDUNGURTEILE DES LANDGERICHTS RAVENSBURG

1. Beschreibung des Aktenbestands

Der im Staatsarchiv Sigmaringen verwahrte - nur vereinzelt fehlende Akten aufweisen-
de – und somit beinahe vollständige Bestand der R-Akten des Landgerichts Ravensburg
umfasst für die Jahre 1938 bis 1950 insgesamt 3047 Akten.

Der Großteil der archivierten R-Akten hatte Scheidungsbegehren aufgrund verschul-
densabhängiger Scheidungsgründe zum Gegenstand. Bei einem im Verhältnis geringen
Anteil handelte es sich um Ehelichkeitsanfechtungen und noch seltener um Ehenichtig-
keitsklagen.

Unter den 3047 Akten finden sich insgesamt 305 Verfahren, in denen das Scheidungs-
begehren eines der Ehegatten ausschließlich oder zusätzlich auf § 55 EheG 1938, bzw.
§ 48 EheG 1946 gestützt worden war.

Dies entspricht einem Anteil von rund 10,00 %, sodass sich das Landgericht Ravens-
burg in den Jahren von 1938 bis 1950 in gut jedem zehnten Verfahren mit der Frage zu
beschäftigen hatte, ob eine Scheidung der sich auf dem Prüfstand befindlichen Ehe auf-
grund des Zerrüttungstatbestands in Frage kam.

Bei vier Scheidungsverfahren, in denen die Ehescheidungsklage in den ersten Mo-
naten des Jahres 1938 erhoben worden war, hatte der klagende Ehegatte zunächst sein
Scheidungsbegehren noch auf einen Scheidungsgrund des § 1568 des Bürgerlichen Ge-
setzbuches gestützt. Nach Inkrafttreten des Ehegesetzes zog er § 55 EheG 1938 zur Be-
gründung seines Klagantrags heran.

Ebenso verhielt es sich in einem Verfahren aus dem Jahr 1937. Dieses wurde in die Un-
tersuchung mit einbezogen.

Somit bilden 306 R-Akten des Landgerichts Ravensburg die Grundlage der vorliegen-
den Untersuchung.

Sofern nicht anders genannt, war für Betrachtung das Jahr der Klageerhebung maß-
gebend.

2. Verteilung der Akten auf die einzelnen Jahre

Auf die einzelnen Jahre verteilen sich die Verfahren folgendermaßen:

| Jahr der Klageerhebung | Anzahl der Akten mit Scheidungsbegehren wegen unheilbarer Zerrüttung |
|------------------------|---|
| 1937 | 1 |
| 1938 | 22 |
| 1939 | 19 |
| 1940 | 11 |

| | |
|-----------|-----|
| 1941 | 18 |
| 1942 | 9 |
| 1943 | 24 |
| 1944 | 19 |
| 1945 | 2 |
| 1946 | 24 |
| 1947 | 32 |
| 1948 | 46 |
| 1949 | 41 |
| 1950 | 38 |
| Insgesamt | 306 |

In der Zeit bis zum Kriegsende im Jahr 1945 wurden insgesamt 125 Scheidungsklagen mit Bezug zur Zerrüttungsscheidung vor dem Landgericht Ravensburg erhoben.

In den Jahren zwischen 1946 und 1950 lag die Zahl mit 181 Scheidungsklagen deutlich höher.

Die überwiegende Anzahl der vor dem Zusammenbruch erhobenen Scheidungsklagen wurde noch vor der Besetzung Ravensburgs durch die Franzosen im April 1945 entschieden.

Lediglich in sieben Verfahren stammte die Klageschrift aus den Jahren 1943 bis 1945 und damit aus der Zeit vor dem Zusammenbruch, während das Scheidungsurteil erst in den Nachkriegsjahren erging.

Grundlage der Untersuchung sind somit 118 Urteile des Landgerichts Ravensburg aus der Zeit bis zur Kapitulation Deutschlands im Mai 1945 und 188 Urteile, die aus der Zeit nach der Wiedereröffnung der Gerichte nach Kriegsende stammten.

Bei der Verteilung der untersuchten Akten auf die einzelnen Jahre ergeben sich keine eklatanten Auffälligkeiten.

Lediglich im Jahre 1945 ist die Anzahl der erhobenen Scheidungsklagen mit Bezug zu § 55 EheG 1938 mit zwei Verfahren sehr gering. Schließlich hatte das Landgericht Ravensburg zwischen Mai 1945 und Anfang November 1945 seine Tätigkeit eingestellt und sich in den letzten Kriegsmonaten die Lage in Oberschwaben – wie im gesamten Land – so verschlechtert, dass eine Ehescheidungsklage nicht das primäre Augenmerk der betroffenen Ehegatten gewesen sein dürfte.

Im dem ersten auf das Kriegsende folgende Jahr, dem Jahr 1946 lässt sich im Vergleich zu den Kriegsjahren kein deutlicher Anstieg der eingereichten Scheidungsklagen mit Bezug zu § 48 EheG 1946 verzeichnen.

Die 24 eingeleiteten Verfahren entsprechen in etwa dem Niveau der Jahre 1943/1944.

Erst in den Jahren 1947 bis 1950 lässt sich ein Anstieg der Scheidungsbegehren mit Bezug zur Zerrüttungsscheidung verzeichnen.

Der Höhepunkt wurde im Jahre 1948 mit 46 eingeleiteten Scheidungsverfahren erreicht.

Betrachtet man die Anzahl der beim Landgericht Ravensburg geführten R-Akten zeigt sich ein deutlicheres Bild.

In den Jahren zwischen 1938 und 1944 wurden regelmäßig um die 200 neue R-Akten angelegt.

1945 waren es nur rund 50 neue Verfahren.

In den Jahren nach dem Zusammenbruch war am Landgericht Ravensburg ein erheblich höheres Geschäftsaufkommen bei den R-Verfahren zu verzeichnen: 1946 wurden gut 600 neue R-Verfahren eingeleitet.

In den folgenden Jahren kamen zumindest 500 neue Verfahren jährlich hinzu²⁰⁸.

Zum einen ist dieser Anstieg der R-Verfahren die Folge eines sich auch im Landgerichtgerichtsbezirk Ravensburg in den letzten Kriegsjahren gebildeten „Scheidungsstaus“. Zum anderen dienten die zahlreichen Scheidungsklagen in vielen Fällen der Beseitigung von Ehen, die unter dem Einfluss der Kriegsverhältnisse gescheitert waren oder in Friedenszeiten gar nicht erst geschlossen worden wären.

Viele scheidungswillige Ehepartner wollten mit ihrer Klage das Kriegsende und die Stabilisierung der Verhältnisse abwarten. Andere hatten sich während der Kriegsjahre – oft durch eine räumliche Trennung bedingt – auseinander gelebt und sich neuen Partnern zugewendet.

In einigen Fällen wäre eine Eheschließung ohne den Krieg niemals erfolgt.

Motiv für die Eheschließung war hier beispielsweise nur der mit ihr einhergehende Sonderurlaub des zur Wehrmacht eingezogenen Bräutigams.

Der Anstieg der insgesamt erhobenen Scheidungsklagen ging nicht mit einem ebenso deutlichen Anstieg der Scheidungen mit Bezug zur Zerrüttungsscheidung einher. Vielmehr war deren prozentualer Anteil an den R-Verfahren geringer als noch in der Zeit bis einschließlich 1945.

²⁰⁸ Ebenfalls einen erheblichen Anstieg der eingeleiteten Scheidungsverfahren im Jahre 1946 verzeichnete Martin Löhnig für das Landgericht Amberg in dem in ZRG (Germ) 125 (2008), 501 (520) abgedruckten Aufsatz „Scheidungsalltag an einem erstinstanzlichen Gericht vor und nach dem „Zusammenbruch“: Die Eheakten des Landgerichts Amberg aus den Jahren 1944-1946“ für Jahr 1946. Auch Marquardt verzeichnet in MDR 1947, 117 für das Jahr 1946 einen Anstieg der Ehescheidungsklagen um rund das Fünffache im Vergleich zum Jahr 1938 (1946: 3251; 1938: 681).

3. Der Umfang der Entscheidungsgründe

Im Erlass über die Vereinfachung der Rechtspflege vom 21.03.1942²⁰⁹ ordnete der Führer an, dass „gerichtliche Entscheidungen in bündiger Kürze mit Beschränkung auf das unbedingt notwendige abzufassen sind“.

Der Richterbrief Nr. 5 vom 01.02.1943 befasste sich unter Ziffer 18 ebenfalls mit der Form und dem Inhalt der Urteile:

Der Rechtswahrer sei ein Mittler zwischen Recht und Volk; ihm obliege die Aufgabe, das Recht dem Volk in seiner Sprache, d.h. in klarer und allgemein verständlicher Form näherzubringen und es ihm zu erklären.

Dies gebiete eine möglichst volkstümliche Gestaltung des Urteils, das entsprechend der Person und deren Bildungsgrad anzupassen sei, an die es sich richte.

Die Bedeutung des einzelnen Falles müsse sich in dem Umfang des Urteils widerspiegeln. Bei Zivilurteilen sei zum Beispiel im Krieg nicht erforderlich, „daß den Parteien nach einer besonders ausführlichen Schilderung des Tatbestandes, der ihnen bekannt ist, in einer viele Seiten umfassenden Begründung eingehend auseinandergesetzt wird, daß der Klaganspruch aus diesen oder jenen Rechtsgründen, [...] nicht begründet ist. Es genügt im allgemeinen, daß der die Entscheidung tragende Grund in den Vordergrund gestellt wird.“

Soweit im Einzelfall – für die Nachprüfung des Urteils durch die höhere Instanz – neben dem entscheidenden Klagegrund eine eingehende Prüfung verschiedener anderer rechtlicher Gesichtspunkte unerlässlich erscheine, könne diese, ohne in jedem Fall die Urteilsgründe übermäßig zu belasten, in einem zu den Akten zu nehmenden Gutachten der Richter niedergelegt werden.

Der Richterbrief Nr. 5 gibt unter Ziffer 18.5 beispielhaft die Ehescheidungsgründe eines Ehescheidungsurteils wieder:

*„Der Kläger verlangt Scheidung nach § 55 Ehegesetz, da die häusliche Gemeinschaft seit 3 Jahren aufgehoben sei. Die Beklagte beantragt Klageabweisung und für den Fall der Scheidung Alleinschuldigerklärung des Klägers. Sie macht geltend, daß die Voraussetzungen des § 55 Ehegesetz nicht gegeben seien. Dies ist auch in der Tat nicht der Fall, so daß die Klage ohne weiteres abzuweisen war.“*²¹⁰

Die Stellungnahme des Reichsministers der Justiz geht zu den einzelnen im Richterbrief geschilderten Urteilen nicht ein. Das genannte Urteil zum Ehescheidungsrecht dürfte jedoch an Knappheit kaum zu überbieten sein.

Im nachfolgenden Abschnitt soll der Umfang der Entscheidungsgründe näher untersucht werden.

²⁰⁹ RGBl. I, S. 139.

²¹⁰ Richterbrief Nr. 5 vom 01.02.1943, abgedruckt in Boberach, Richterbriefe, S. 68 ff. (70 f.). Vgl. hierzu auch den Richterbrief Nr. 15 vom 01.12.1943, welcher sich mit der volkstümlichen Abfassung von Anklagen und Urteilssprüchen befasst, abgedruckt in Boberach, Richterbriefe, S. 225 ff.

Dabei wurde nicht nur die optische Länge der Entscheidungsgründe betrachtet. Diese kann nur als Anhaltspunkt und nicht als alleiniges Kriterium herangezogen werden, da durch größere Abstände zwischen den einzelnen Zeilen oder bei den handgeschriebenen Urteilen unterschiedliche Handschriften zu einer fehlenden Vergleichsgrundlage führen. Auch konnten durch das Zitieren des Gesetzeswortlauts die Entscheidungsgründe optisch in die Länge gezogen werden.

Entscheidende Kriterien bei der Einordnung waren daher ob sich das Landgericht Ravensburg in seinen Entscheidungsgründen mit den Besonderheiten des einzelnen Falles und dem Vorbringen der Parteien auseinandersetzte und ob es sich an in den in tatsächlicher oder rechtlicher Hinsicht problematischen Stellen mit den aufgeworfenen Fragen und Problemen beschäftigte.

Sofern der klagende Ehegatte seine Scheidungsklage auf mehrere Scheidungsgründe stützte, wurden nur die Ausführungen des Landgerichts Ravensburg zum Tatbestand der Zerrüttungsscheidung in die Untersuchung einbezogen.

Bei der Einordnung wurden folgende Maßstäbe zugrunde gelegt:

- Sehr knapp: Bloße Nennung und Bejahung der Voraussetzungen des § 55 EheG 1938, bzw. § 48 EheG 1946 ohne bzw. mit nur sehr oberflächlicher Subsumtion; fehlende Auseinandersetzung mit den Umständen des Einzelfalls
- Knapp: In den Entscheidungsgründen setzte sich das Landgericht Ravensburg zumindest kurz mit den Umständen des Einzelfalls auseinander und subsumierte kurz die Gegebenheiten unter die jeweiligen Voraussetzung der Zerrüttungsscheidung
- Angemessen: Das Landgericht Ravensburg stellte eine auf die konkrete Ehe bezogene Einzelfallbetrachtung an und prüfte in angemessener Weise das Vorliegen der Voraussetzungen der Zerrüttungsscheidung
- Ausführlich: In diesen Fällen setzte sich das Landgericht Ravensburg eingehend mit den vorliegenden Gegebenheiten auseinander; Diskussion rechtlicher Probleme
- Sehr ausführlich: Deutlich überdurchschnittliche Einzelfallbetrachtung und / oder umfassende Darstellung rechtlicher Probleme

a. Umfang der Entscheidungsgründe in den Jahren 1938 – 1945

Hinsichtlich der 118 vor dem Zusammenbruch ergangenen Scheidungsurteile ergibt sich für den Umfang der jeweiligen Entscheidungsgründe folgendes Bild:

| Umfang der Entscheidungsgründe | Anzahl der Urteile |
|--------------------------------|--------------------|
| Sehr knapp | 30 |
| Knapp | 40 |
| Angemessen | 20 |
| Ausführlich | 8 |

| | |
|------------------------------|-----|
| Sehr ausführlich | 6 |
| | |
| Anzahl unleserlichen Urteile | 14 |
| Gesamt | 118 |

Bei den bis zum Kriegsende ergangenen Scheidungsurteilen nimmt das wörtliche Zitieren des Gesetzeswortlauts des § 55 EheG 1938 viel Platz in den Entscheidungsgründen ein.

Mit 15 sehr knappen Urteilen ist deren Anteil vor allem in den letzten Kriegsjahren von 1943 bis 1945 – und damit in der Zeit nach dem 21.03.1942 (Erlass über die Vereinfachung der Rechtspflege) und dem 01.02.1943 (Richterbrief Nr. 5) – sehr hoch. In diesem Zeitraum lässt sich neben einer Reduktion der Entscheidungsgründe auch eine deutliche Verkürzung des Tatbestands der Urteile des Landgerichts Ravensburg feststellen.

Als Beispiel für sehr knappe Entscheidungsgründen können die des Urteils vom 16.12.1943 im Verfahren R 194 / 1943²¹¹ angeführt werden. Der Kläger, ebenso wie seine Ehefrau knapp fünfzig Jahre alt, begehrte die Scheidung ausschließlich nach den Vorschriften der Zerrüttungsscheidung. Auch die Beklagten gab zu, dass die 1916 geschlossene Ehe, aus der vier gemeinsame Kinder hervorgegangen waren, völlig zerrüttet war. Seit Januar 1939 lebten die Parteien getrennt.

In wenigen Zeilen begründete das Landgericht Ravensburg sein der Klage des Ehemanns stattgebendes Urteil:

„Nach dem übereinstimmenden glaubhaften Vortrag beider Parteien ist ihre häusliche Gemeinschaft schon seit mehr wie 3 Jahren aufgehoben und das eheliche Verhältnis vollständig und unheilbar zerrüttet.

Die Ehe ist daher dem Antrag des Klägers gemäß auf Grund des § 55 I des EG. zu scheiden. Die Entscheidung über die Kosten beruht auf § 93a ZPO.“

Trotz des seitens der beklagten Ehefrau erhobenen Widerspruchs erging auch das Urteil vom 21.02.1945 im Verfahren R 140 / 1944 mit sehr knappen Entscheidungsgründen.

Während der 33jährige Kürschnermeister aus Ravensburg die Scheidung von seiner Ehefrau (29) begehrte, wollte diese an der 1941 geschlossenen Ehe festhalten. Die Beklagte war zum Zeitpunkt der Eheschließung mit dem einzigen Kind der Parteien schwanger gewesen.

Im Vorfeld hatte das Landgericht Ravensburg das Armenrechtsgesuch des Klägers vom 18.11.1944 abgelehnt, da damals die dreijährige Trennungsfrist noch nicht abgelaufen war. Im Rahmen dieses Beschlusses hatte es kurz festgestellt, dass der von der Beklagten erhobene Widerspruch zwar zulässig sei, seine Unbeachtlichkeit sich aber daraus

²¹¹ Die entsprechende Signatur des Staatsarchivs Sigmaringen ergibt sich jeweils aus der Aktenliste.

ergebe, dass es sittlich nicht gerechtfertigt sei, den Kläger als jungen Mann an einer sinnlos gewordenen Ehe festzuhalten.

In den Entscheidungsgründen des Urteils vom 21.02.1945 ging das Landgericht Ravensburg sodann gar nicht mehr auf die Beachtlichkeit des Widerspruchs der Beklagten ein, sondern nahm lediglich Bezug auf den Beschluss vom 18.11.1944, in dem es aber auch keine angemessene Begründung der Entscheidung gegeben hatte:

„Die Voraussetzungen des § 55 sind erfüllt. Der Widerspruch der Beklagten gegen die Scheidung ist nicht zu beachten. Die Zivilkammer hat dies schon im Beschluss vom 18.11.44 dargelegt. Die Ehe ist daher dem Antrag des Klägers gemäß auf Grund des § 55 des Eheges. zu scheiden.“

Nach dieser äußerst knapp gehaltenen Urteilsbegründung stellte das Gericht noch die Schuld des Klägers an der Scheidung nach § 61 Abs.2 EheG 1938 fest, da er sich ohne Gründe von der Beklagten losgesagt und nicht mehr um sie gekümmert habe.

Das ausführlichste Urteil zur Zerrüttungsscheidung im gesamten untersuchten Aktenbestand erging im Scheidungsverfahren eines ehemaligen NSDAP-Kreisleiters aus Saulgau R 123 / 1942 am 04.11.1943.

Sowohl der Tatbestand als auch die Entscheidungsgründe weisen eine überdurchschnittliche Länge und auch eine überdurchschnittliche Auseinandersetzung mit den Verhältnissen und der Ehe der Parteien auf²¹².

b. Umfang der Entscheidungsgründe in den Jahren nach Kriegsende

Bei den 188 nach dem Zusammenbruch ergangenen Scheidungsurteilen kann folgende Einordnung vorgenommen werden:

| Umfang der Entscheidungsgründe | Anzahl der Urteile |
|--------------------------------|--------------------|
| Sehr knapp | 26 |
| Knapp | 60 |
| Angemessen | 82 |
| Ausführlich | 14 |
| Sehr ausführlich | 6 |
| | |
| Anzahl unleserliche Urteile | - |
| Gesamt | 188 |

Nach Kriegsende ist hinsichtlich des Umfangs der Entscheidungsgründe kein deutlicher Wandel sichtbar:

Auch in den Nachkriegsjahren finden sich noch äußerst knappe Entscheidungsgründe. So im Verfahren R 107 / 1946 in dem ein 52-jähriger Ehemann Scheidungsklage gegen

²¹² Zweiter Teil, 15. k.

seine gleichaltrige Ehefrau erhoben hatte. Die kinderlose Ehe war nach eineinhalbjähriger Dauer im Sommer 1924 mit dem Weggang des Klägers in die Brüche gegangen. Die Beklagte war dem Scheidungsbegehren ihres Mannes nicht entgegengetreten.

Im Urteil vom 29.05.1946 begründete das Gericht seine der Klage stattgebende Entscheidung mit wenigen Worten:

„Die häusliche Gemeinschaft der Parteien ist seit mehr wie 20 Jahren aufgehoben. Das eheliche Verhältnis ist, wie offen zutage liegt, völlig und unheilbar zerrüttet. Die Ehe der Parteien ist daher dem Antrag des Klägers gemäss auf Grund des § 48 des Eheges. zu scheiden. Die Kostenentscheidung beruht auf § 93a ZPO.“

Das Landgericht Ravensburg entschied hier über einen klar gelagerten Fall, bei dem keiner der Ehegatten mehr an der Ehe festhielt.

Sehr knappe und knappe Entscheidungsgründe des Landgerichts Ravensburg finden sich in einer Vielzahl von vergleichbaren Verfahren, in denen die Scheidung der Ehe dem Willen beider Parteien entsprach oder eine Partei sich zum Klagebegehren ihres Ehepartners gar nicht äußerte, da sie mit unbekanntem Aufenthalt abwesend war. Ohne große Umschweife schied das Landgericht Ravensburg in solchen Konstellationen die Ehe und begnügte sich in seinen Entscheidungsgründen mit der kurzen Nennung und Bejahung der Voraussetzungen des § 48 Abs.1 EheG 1946.

Den meisten Raum nahm in diesem Zusammenhang regelmäßig die Prüfung des Erfordernisses der 3-jährigen Heimtrennung ein.

Diese Verfahren dienten meist der Beseitigung von Ehen, deren Eingehung oder Zerschlagen mit den Kriegsverhältnissen im Zusammenhang stand.

In den Nachkriegsjahren waren meist als Nachwirkung des Krieges in 50 von 181 Fällen Personen an den untersuchten Verfahren beteiligt, die eine andere als die deutsche Staatsangehörigkeit innehatten oder staatenlos waren.

In vielen dieser Fälle stellte sich für das Landgericht Ravensburg zunächst die Frage nach der Anwendbarkeit des deutschen Rechts und nach der örtlichen Zuständigkeit.

Bei der Durchsicht der Akten fällt auf, dass in solchen Fällen, in denen vorab eine solche Prüfung erforderlich war, diese ausführlich erfolgte, wohingegen die Ausführungen zum Tatbestand der Zerrüttungsscheidung in den Entscheidungsgründen verhältnismäßig knapp gehalten wurden.

Die Entscheidungsgründe fielen im gesamten untersuchten Zeitraum grundsätzlich immer dann umfangreicher aus, wenn der beklagte Ehegatten Widerspruch gegen das Scheidungsbegehren seines Ehepartners erhoben hatte.

4. Die Verfahrensdauer

Das Landgericht Ravensburg nannte im Tatbestand der Scheidungsurteile nur vereinzelt das Datum der Klageerhebung. So konnte in den meisten Fällen nicht die genaue Verfahrensdauer in Wochen und Monaten ermittelt werden.

Aufgrund des Aktenzeichens ist es aber möglich festzustellen, ob das Verfahren noch im Jahr der Klageerhebung oder erst später zur Erledigung kam; Unwägbarkeiten ergeben sich aber dadurch, dass Klagen, die in den letzten Monaten eines Jahres bei Gericht eingingen und über die innerhalb weniger Monate und damit zügig entschieden wurde, dennoch erst im folgenden Jahr abgeschlossen werden konnten, während bei Klagen aus den ersten Monaten eines Kalenderjahres eine viel längere Zeitspanne bis zur Entscheidung vergehen konnte und das Urteil dennoch aus demselben Jahr stammte.

a. Vor dem Zusammenbruch erhobene Scheidungsklagen

| Nach rechts: Jahr der Klageerhebung Nach unten: Jahr aus dem Urteil stammt | 1937 | 1938 | 1939 | 1940 | 1941 | 1942 | 1943 | 1944 | 1945 |
|---|------|------|------|------|------|------|------|------|------|
| 1937 | - | - | - | - | - | - | - | - | - |
| 1938 | - | 14 | - | - | - | - | - | - | - |
| 1939 | 1 | 8 | 14 | - | - | - | - | - | - |
| 1940 | - | - | 5 | 6 | - | - | - | - | - |
| 1941 | - | - | - | 4 | 13 | - | - | - | - |
| 1942 | - | - | - | 1 | 4 | 3 | - | - | - |
| 1943 | - | - | - | - | 1 | 6 | 17 | - | - |
| 1944 | - | - | - | - | - | - | 6 | 10 | - |
| 1945 | - | - | - | - | - | - | - | 4 | 1 |
| 1946 | - | - | - | - | - | - | - | 1 | 1 |
| 1947 | - | - | - | - | - | - | 1 | 3 | - |
| 1948 | - | - | - | - | - | - | - | 1 | - |
| Insgesamt | 1 | 22 | 19 | 11 | 18 | 9 | 24 | 19 | 2 |

Von den 125 vor den Zusammenbruch erhobenen Klagen wurden 78 noch im selben Jahr durch Urteil entscheiden. Dies entspricht einem Anteil von 62,4 %.

Weitere 30,4 % der Verfahren wurden in dem auf die Klageerhebung folgenden Jahr erledigt.

4 von 125 Verfahren kamen erst zwei Jahre nach Einleitung des Verfahrens zur Erledigung.

Vereinzel erging in bei in den letzten Kriegsjahren erhobenen Ehescheidungsklagen das Urteil des Landgericht Ravensburg erst nach drei Jahren (3 Fälle aus 1944) oder sogar erst nach vier Jahren (2 Fälle, je einer aus 1943 und 1944) und damit erst einige Zeit nach dem Zusammenbruch.

In drei der vor Kriegsende erhobenen und durch Urteil beendeten Scheidungsklagen findet sich im Tatbestand des Urteils das genaue Datum der Klageerhebung, sodass hier die exakte Verfahrensdauer bekannt ist.

| Aktenzeichen | Klageerhebung | Urteil (ggf. Zustellungs- Zeitpunkt) | Bemerkungen |
|--------------|---------------|---|---|
| R 100 / 1941 | 22.07.1941 | 23.10.1941 | Das Landgericht schied hier die Ehe zweier scheidungswilliger Ehegatten, die sich über eine Zeitungsannonce kennen gelernt hatten, mit der knappen Feststellung im Urteil, dass „Ehen, die durch die Zeitung zustande kommen, selten glücklich [sind]“. |
| R 123 / 1942 | 04.08.1942 | 04.11.1943 | Scheidungsklage des ehemaligen NSDAP-Kreisleiters von Saulgau ⁵ geprägt durch mehrere mündliche Verhandlungen und zahlreiche Schriftsätze der Prozessbevollmächtigten |
| R 07 / 1943 | 09.01.1943 | 05.07.1944 | Die Klage konnte der in Argentinien wohnhaften Beklagten nicht zugestellt werden, sodass eine öffentliche Zustellung der Klage erforderlich war |

⁵ Eine ausführliche Schilderung dieses Verfahrens erfolgt im Zweiten Teil, 15. k.

Die zügige Bearbeitung der Scheidungsklagen auch unter den widrigen Umständen des Krieges durch das Landgericht Ravensburg kam auch dadurch zum Ausdruck, dass über einer der 1945 erhobenen Scheidungsklagen, die auf § 55 EheG 1946 gestützt worden waren, noch vier Tage vor der kampflosen Übergabe der Stadt Ravensburg an die Franzosen am 28.04.1945 entschieden wurde.

Offenbar hatte § 1 der Verordnung vom 12.05.1943²¹³, die die Zurückstellung von bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten anordnete, deren Erledigung während des Krieges nicht dringlich²¹⁴ war, keinen Einfluss auf die Verfahrensbetreibung durch die Richter des Landgerichts Ravensburgs. Auch in den letzten Kriegsjahren wurde über die Mehrzahl der Scheidungsklagen noch im Jahr der Klageerhebung entschieden.

Bei den Scheidungsklagen aus den Jahren 1943 bis 1945 lassen sich keine Hinweise finden, dass das Landgericht Ravensburg sich bei der Betreibung der Verfahren von diesen Vorschriften hatte leiten lassen.

²¹³ RGBl. I, S. 290.

²¹⁴ Als nicht dringlich wurden Ehesachen eingestuft, an denen entweder kein bevölkerungspolitisches Interesse bestand (Richtlinien zu § 1 der Kriegsmaßnahmenverordnung vom 12. Mai 1943, datierend vom 28.09.1944, abgedruckt in: DJ 1944, S. 265, Ausgabe Nr. 17 vom 06.10.1944) oder bei denen es sich nicht um einfach zu entscheidende Scheidungssachen handelte (Richterbrief Nr. 21 vom 01.12.1944 in: Boberach, Richterbriefe, S. 376-395).

b. Nach dem Zusammenbruch erhobene Scheidungsklagen

| Nach rechts: Jahr der Klageerhebung Nach unten: Jahr aus dem Urteil stammt | 1946 | 1947 | 1948 | 1949 | 1950 |
|---|------|------|------|------|------|
| 1946 | 8 | - | - | - | - |
| 1947 | 10 | 13 | - | - | - |
| 1948 | 5 | 16 | 21 | - | - |
| 1949 | 1 | 3 | 19 | 17 | - |
| 1950 | - | - | 4 | 22 | 23 |
| 1951 | - | - | 2 | 1 | 12 |
| 1952 | - | - | - | 1 | 3 |
| 1953 | - | - | - | - | - |
| Insgesamt | 24 | 32 | 46 | 41 | 38 |

Mit 45,30 % der Verfahren wurde über deutlich weniger Scheidungsklagen noch im Jahr der Klageerhebung entschieden als in den Jahren von 1937 bis 1945.

In 79 von 181 Fällen und damit 43,65 % der Klagen folgte das Scheidungsurteil im auf die Klageerhebung folgenden Jahr.

In 16 Fällen kam das Verfahren erst zwei Jahre nach Einreichung der Scheidungsklage zur Erledigung.

Lediglich über vier Klagen entschied das Landgericht Ravensburg erst drei Jahre nach Erhebung der Ehescheidungsklage.

In 16 der 181 Fälle lässt sich aufgrund der Angaben im Tatbestand des Scheidungsurteils die genaue Zeitpanne ermitteln, welche zwischen der Einreichung der Klageschrift und dem Urteil des Landgerichts Ravensburg lag.

| Aktenzeichen | Datum der Klageschrift | Urteil (ggf. Zustellungs-Zeitpunkt) | Bemerkungen |
|--------------|------------------------|-------------------------------------|--|
| R 37 / 1946 | Januar 1946 | 29.07.1948 | Klage zunächst auf verschuldensabhängige Klagegründe gestützt; Beklagter mit unbekanntem Aufenthalt abwesend |
| R 293 / 1947 | 17.07.1947 | 20.09.1947 | Beide Ehegatten wollten geschieden sein |
| R 337 / 1947 | 19.08.1947 | 30.04.1948 | Beklagte erhob Widerspruch nach § 48 Abs. 2 EheG 1946 |
| R 393 / 1947 | 17.09.1947 | 19.02.1948 | Beklagte mit unbekanntem Aufenthalt abwesend |
| R 394 / 1947 | 17.09.1947 | 17.11.1947 | Einvernehmliche Scheidung |

| | | | |
|--------------|------------|------------|---|
| R 118 / 1948 | 16.03.1948 | 06.04.1951 | Klage auch auf § 43 EheG gestützt |
| R 207 / 1948 | 18.05.1948 | 27.12.1948 | Beklagte mit unbekanntem Aufenthalt abwesend |
| R 227 / 1948 | 02.06.1948 | 25.03.1949 | Beklagte erhob Widerspruch nach § 48 Abs. 2 EheG 1946 |
| R 291 / 1948 | 15.07.1948 | 21.10.1948 | Beklagte trat dem Scheidungsbegehren ihres Ehemannes nicht entgegen |
| R 375 / 1948 | 24.09.1948 | 14.04.1949 | Beklagte mit unbekanntem Aufenthalt abwesend |
| R 393 / 1948 | 24.09.1948 | 10.11.1949 | Beklagte erhob Widerspruch nach § 48 Abs. 2 EheG 1946 |
| R 415 / 1948 | 14.10.1948 | 29.01.1949 | Einvernehmliche Scheidung |
| R 442 / 1948 | 08.11.1948 | 14.06.1949 | Einvernehmliche Scheidung |
| R 471 / 1948 | 30.11.1948 | 21.04.1949 | Beklagter mit unbekanntem Aufenthalt abwesend |
| R 159 / 1949 | April 1949 | 17.11.1949 | Einvernehmliche Scheidung |
| R 390 / 1949 | 22.09.1949 | 12.11.1949 | Einvernehmliche Scheidung |

Hielten beide Ehegatten nicht mehr am der Ehe fest, konnte eine Scheidung recht zügig innerhalb weniger Wochen und Monate erfolgen. So lagen im Verfahren R 293 / 1947 zwischen Klageerhebung und Scheidungsurteil nur gut zwei Monate. Im Verfahren R 390 / 1949 wurde die unter dem Einfluss der Kriegsverhältnisse zerbrochene Ehe der Parteien sogar binnen gut sechs Wochen geschieden.

Unabhängig von der Kenntnis der genauen Verfahrensdauer in Wochen und Monaten in jedem Einzelfall lässt sich die Feststellung treffen, dass das Landgericht Ravensburg in den Jahren nach 1945 die Ehen schnell und unkompliziert schied, wenn es um die Beseitigung einer von den Kriegsverhältnissen gezeichneten Ehe ging, deren Scheidung dem Wunsch beider Ehegatten entsprach oder bei der einer der Ehegatten mit unbekanntem Aufenthalt abwesend war.

5. Klage auch auf andere Scheidungsgründe als den Zerrüttungstatbestand gestützt

In einigen Verfahren stützte der klagende Ehegatte sein Scheidungsbegehren neben dem Zerrüttungstatbestand auch auf andere Scheidungsgründe, meist auf einen der verschuldensabhängigen Scheidungsgründe des Ehebruchs oder anderer Eheverfehlungen nach §§ 47 und 49 EheG 1938, bzw. §§ 42 und 43 EheG 1946.

Zerrüttungsscheidung und Verschuldensscheidung hatten hinsichtlich des nachehelichen Unterhalts und des Sorgerechts für die gemeinsamen Kinder unterschiedliche Folgen:

Die in den §§ 66 bis 68 EheG 1938 bzw. §§ 58 bis 60 EheG 1946 geregelte Unterhaltspflicht bei Scheidung wegen Verschuldens ordnete für den schuldig erklärten Ehegatten eine weitergehende Unterhaltspflicht an, als bei einer Scheidung aus anderen Gründen –

wie auch der Zerrüttungsscheidung – nach § 69 EheG 1938 bzw. § 61 EheG 1946; es sei denn, das Scheidungsurteil enthielt zusätzlich einen Schuldspruch.

Die elterliche Sorge für die gemeinschaftlichen Kinder regelte § 81 Abs. 3 EheG 1938 bzw. § 74 Abs. 4 EheG 1946 dahingehend, dass dem allein oder überwiegend für schuldig erklärten Ehegatten die Sorge für die gemeinschaftlichen Kinder nur übertragen werden sollte, wenn dies aus besonderen Gründen dem Wohl des oder der Kinder diene.

Die Untersuchung soll aufzeigen, in wie vielen Fällen der klagende Ehegatte sein Scheidungsbegehren auch auf andere Normen stützte oder seine Klage zunächst (auch) auf andere Scheidungsgründe aufbaute und erst im Laufe des Scheidungsverfahrens seine Klage mit den § 55 EheG 1938 bzw. § 48 EheG 1946 begründete. Ebenfalls wurde untersucht, ob der beklagte Ehegatte Widerklage erhoben hatte und ggf. auf welche Normen diese gestützt wurde.

a. Übersicht für die Zeit bis einschließlich 1945

| Jahr der Klageerhebung | Klageerhebungen insgesamt | Zusätzlich auf den Scheidungsgrund des Ehebruchs oder anderer Eheverfehlungen gestützt | Andere Scheidungsgründe | Zunächst Klagebegehren auf andere Scheidungsgründe; dann Umstellung der Klage nur auf die Zerrüttungsscheidung |
|------------------------|---------------------------|--|-------------------------|--|
| 1937 | 1 | - | - | 1 |
| 1938 | 22 | 6 | - | 2 |
| 1939 | 19 | 2 | - | 2 |
| 1940 | 11 | 1 | 1 ⁶ | 1 |
| 1941 | 18 | - | - | 2 |
| 1942 | 9 | 4 | - | - |
| 1943 | 24 | 3 | - | 2 |
| 1944 | 19 | 2 | - | 4 |
| 1945 | 2 | - | - | - |
| Insgesamt | 125 | 18 | 1 | 14 |

⁶ Im Verfahren R 03 / 1940 stützte der klagende Ehemann seine Ehescheidungsklage zusätzlich zu § 55 EheG 1938 auf die Unfruchtbarkeit seiner Ehefrau nach § 53 EheG 1938.

Einer Klageänderung von einem verschuldensabhängigen Klagegrund hin zur Zerrüttungsscheidung lagen zwei Motive zugrunde:

Zum einen musste der klagende Ehegatte im Laufe des Scheidungsverfahrens – vor allem nach einer für ihn ungünstigen Beweisaufnahme – oftmals feststellen, dass keine Erfolgsaussichten für eine Verschuldensscheidung bestanden. Zum anderen war bei einigen Klagen bei einer längeren Verfahrensdauer zwischenzeitlich das Erfordernis der dreijährigen Heimtrennung erfüllt, so beispielsweise in drei noch vor dem Zusammenbruch erhobenen Klagen (R 144 / 1943, R 95 / 1944 und R 144 / 1944), über die erst in den Jahren 1947/1948 entschieden wurde.

b. Übersicht für die Zeit zwischen 1946 und 1950

| Jahr der Klageerhebung | Klageerhebungen Insgesamt | Zusätzlich auf den Scheidungsgrund des Ehebruchs oder anderer Eheverfehlungen gestützt | Andere Scheidungsgründe | Zunächst Klagebegehren auf andere Scheidungsgründe; dann Umstellung der Klage nur auf die Zerrüttungsscheidung |
|------------------------|---------------------------|--|-------------------------|--|
| 1946 | 24 | - | - | 3 |
| 1947 | 32 | 7 | - | 4 |
| 1948 | 46 | 7 | 1 ⁷ | 4 |
| 1949 | 41 | 4 | 1 ⁸ | - |
| 1950 | 38 | 5 | - | - |
| Ins-gesamt | 181 | 23 | 2 | 11 |

⁷ Der Kläger im Verfahren R 124 / 1948 hatte seine Klage zusätzlich auch auf den Scheidungsgrund des § 44 EheG 1946 (Auf geistiger Störung beruhendes Verhalten) gestützt.

⁸ Im Verfahren R 172 / 1949 stützte der klagende Ehemann seine Ehescheidungsklage primär auf §§ 42, 43 EheG 1946, hilfsweise auf § 34 EheG 1946 und erst dann hilfsweise auf § 48 EheG 1946. Das Landgericht Ravensburg schied die Ehe der Parteien aber nur aus § 48 EheG 1946.

Hinsichtlich der Beweggründe für eine Umstellung der Klage von Verschuldensscheidung auf Zerrüttungsscheidung ergeben sich im Vergleich zum Zeitraum bis 1945 keine Änderungen; so hatte z.B. auch im Verfahren R 89 / 1948 (früher: R 63 / 1944) die lange Verfahrensdauer von ca. vier Jahren dazu geführt, dass zwischenzeitlich die dreijährige Aufhebung der häuslichen Gemeinschaft gegeben war.

6. Widerklage seitens der beklagten Partei**a. Übersicht für die Zeit bis einschließlich 1945**

| Jahr der Klageerhebung | Verfahren insgesamt | Widerklage (=WK) zurückgenommen | WK auf Verschulden und § 55 EheG 1938 gestützt | WK auf Verschulden des anderen Ehegatten gestützt | WK auf § 55 EheG 1938 gestützt |
|------------------------|---------------------|---------------------------------|--|---|--------------------------------|
| 1937 | 1 | 1 | - | - | - |
| 1938 | 22 | - | 1 | 1 | 1 |
| 1939 | 19 | 1 | - | 4 | - |
| 1940 | 11 | - | 1 | 1 | - |
| 1941 | 18 | 1 | - | 3 | - |
| 1942 | 9 | - | 1 | 3 | - |
| 1943 | 24 | - | 2 | 5 | - |
| 1944 | 19 | - | - | - | 2 |
| 1945 | 2 | - | - | 1 | - |
| Insgesamt | 125 | 3 | 5 | 18 | 3 |

In 29 von 125 Fällen (was 23,20 % entspricht) hatte der beklagte Ehegatte Widerklage erhoben, In drei dieser Verfahren wurde die zunächst erhobene Widerklage im Laufe des Scheidungsverfahrens zurückgenommen.

Der Beweggrund für eine Widerklage lag bei den unterschiedlichen Konsequenzen in Bezug auf den nachehelichen Unterhalt und das Sorgerecht für ggf. vorhandene gemeinsame Kinder im Falle einer erfolgreichen Widerklage mit Schuldspruch.

Neben der Widerklage eröffnete auch ein erfolgreich gestellter Antrag auf Schuldigerklärung des Klägers nach § 61 Abs. 2 EheG 1938 im Rahmen der Klage aus § 55 EheG 1938 die Herbeiführung der unterhaltsrechtlichen Folgen einer Verschuldensscheidung. Dies erklärt den verhältnismäßig geringen Anteil der Widerklagen.

b. Übersicht für die Zeit von 1946 bis 1950

| Jahr der Klageerhebung | Verfahren insgesamt | Widerklage (=WK) zurückgenommen | WK auf Verschulden und § 48 EheG 1946 gestützt | WK auf Verschulden des anderen Ehegatten gestützt | WK auf § 48 EheG 1946 gestützt |
|------------------------|---------------------|---------------------------------|--|---|--------------------------------|
| 1946 | 24 | 2 | - | 2 | - |
| 1947 | 32 | - | 1 | - | 2 |
| 1948 | 46 | - | - | 3 | 6 |
| 1949 | 41 | - | - | - | 1 |
| 1950 | 38 | - | 1 | 1 | - |
| Insgesamt | 181 | 2 | 2 | 6 | 9 |

Mit 19 von 181 Fällen (10,50 %) lag der Anteil der Verfahren, in denen der Beklagte Widerklage erhob, noch unter dem Niveau der Zeit bis zum Zusammenbruch. In zwei Verfahren erfolgte später eine Rücknahme der Widerklage.

Mit § 53 sah auch das Ehegesetz von 1946 die Möglichkeit vor, durch einen erfolgreichen Antrag auf Schuldigerklärung die Folgen einer Scheidung wegen Verschuldens herbeizuführen.

Den Zusammenhang zwischen den Scheidungsfolgen und der Widerklage bzw. dem Schuldspruch zeigen folgende Verfahren:

In zwei aus dem Jahr 1946 stammenden Scheidungsverfahren (R 02 / 1946 und R 311 / 1946) hatte die Beklagte Ehefrau ihre Widerklage auf eine Scheidung wegen Verschuldens des jeweils klagenden Ehemanns zurückgenommen, nachdem –um eine umfassende Beweisaufnahme zur Klärung der Schuldfrage zu vermeiden –zwischen den Parteien eine Vereinbarung hinsichtlich der Scheidungsfolgen getroffen wurde.

Vereinzelte erfolgte im Laufe des Verfahrens eine Beschränkung der zunächst auch auf verschuldensabhängige Scheidungsgründe gestützten Widerklage auf eine Scheidung wegen unheilbarer Zerrüttung nach § 48 EheG 1946, nachdem auch der klagende Ehe-

gatte seine auch auf verschuldensabhängige Scheidungsgründe gegründete Klage entsprechend abgeändert hatte.

7. Verfahren, in denen bereits in früheren Zeiten eine in der ersten oder zweiten Instanz erfolglose Scheidungsklage erhoben worden war

Der Vortrag des in der Vergangenheit bereits erfolglos die Scheidung seiner Ehe begehrenden klagenden Ehegattens oblag in einem wiederholten Scheidungsverfahren den Beschränkungen des § 616 ZPO:

„Der Kläger, der mit der Scheidungsklage oder mit der Aufhebungsklage abgewiesen ist, kann das Recht, die Scheidung oder die Aufhebung der Ehe zu verlangen, nicht mehr auf Tatsachen gründen, die er in einem früheren Rechtsstreit geltend gemacht hat oder die er in dem früheren Rechtsstreit oder durch Verbindung der Klagen hätte geltend machen konnte. Das gleiche gilt im Falle der Abweisung der Scheidungsklage oder der Aufhebungsklage für den Beklagten in Ansehung der Tatsachen, auf die er eine Widerklage zu gründen imstande war.“

a. In den Jahren bis einschließlich 1945

Bei 22 der vor dem Kriegsende beim Landgericht Ravensburg eingereichten Scheidungsklagen handelte es sich bereits um den „zweiten Anlauf“ des klagenden Ehegattens, nachdem ein früheres Scheidungsverfahren in der ersten oder zweiten Instanz in eine Klageabweisung gemündet war.

In elf dieser Fälle hatten sich die Erfolgsaussichten der ersten Klage noch nach dem Scheidungsrecht des Bürgerlichen Gesetzbuches gerichtet. Sechs dieser klagenden Ehegatten reichten bereits bis zum Jahresende des Jahres 1938 unter dem neuen Eherecht eine erneute Scheidungsklage ein.

b. In den Jahren zwischen 1946 und 1950

Der Bestand umfasst für die Jahre 1946 bis 1950 neun Verfahren, denen bereits eine erfolglose Scheidungsklage vorangegangen war. Zwei dieser Klagen waren nach den Vorschriften des Ehegesetzes von 1938 abgewiesen worden. Bei den übrigen sieben Verfahren waren die Vorschriften des Ehegesetzes von 1946 zur Anwendung gekommen.

8. Zweites Scheidungsverfahren zwischen den Parteien nach erneuter Heirat

Bei je einem vor und nach dem Zusammenbruch²¹⁵ eingeleiteten Verfahren handelte es sich bereits um die zweite Ehe zwischen den jeweiligen Parteien.

²¹⁵ R 41 / 1938 (frühere Scheidung rechtskräftig im Jahre 1923) und R 504 / 1946 (frühere Scheidung rechtskräftig im Jahre 1929).

9. Verfahren, in denen eine frühere Ehescheidungsklage zurückgenommen worden war

Zum Bestand gehören auch zehn Verfahren, in denen sich eine frühere Scheidungsklage durch eine Klagerücknahme erledigt hatte. Vier Verfahren stammen aus dem Zeitraum bis Frühjahr 1945, in sechs Verfahren datiert die Klageschrift aus den Nachkriegsjahren.

Ist bei zwei²¹⁶ der vor Mai 1945 erhobenen Scheidungsklagen aus den Urteilen keine Information darüber zu erlangen, warum es zuvor zu einer Rücknahme der Scheidungsklage gekommen war, zeigte das Landgericht Ravensburg in den beiden anderen Fällen auf, dass die Ablehnung des Armenrechtsgesuchs²¹⁷ bzw. eine zeitweilige Versöhnung²¹⁸ der Parteien der Grund für die Rücknahme der Scheidungsklage gewesen waren.

Bei zwei²¹⁹ der zwischen 1946 und 1950 erhobenen Scheidungsklagen schweigt sich das Urteil des Landgerichts Ravensburg hinsichtlich des Grundes für die Rücknahme der früher eingereichten Scheidungsklage aus.

In den anderen Fällen gründete die Rücknahme der Klage auf der Versöhnung der Parteien²²⁰, der schlechten Erfolgsaussichten nach umfangreicher Beweisaufnahme²²¹, der neu erhobener Klage vor dem Landgericht Ravensburg, nachdem die erste Klage vor dem Landgericht Rottweil aufgrund der Kriegssereignisse zum Stillstand gekommen war²²² und der Rücksicht auf die Krankheit des beklagten Ehemanns mit anschließender zeitweiliger Versöhnung²²³.

Exkurs: Richterbrief Nr. 21 vom 01.12.1944

Gegenstand des Richterbriefs Nr. 21 vom 01.12.1944 bildeten unter Ziffer 46 die Ehescheidungen im totalen Krieg²²⁴.

Einleitend enthielt dieser knapp ein halbes Jahr vor dem Kriegsende erschienene Richterbrief die kurze Schilderung von 14 Ehescheidungsklagen, davon unter Ziffer 3 und Ziffer 6 zwei Klagen mit Bezug zur Zerrüttungsscheidung nach § 55 EheG 1938, in denen die beklagte Ehefrau jeweils Widerspruch nach § 55 Abs. 2 EheG 1938 erhoben hatte. Bei 13 dieser Ehescheidungsklagen war bereits eine Zurückstellung als nicht kriegsdringlich erfolgt.

Nach § 1 der Verordnung über Kriegsmaßnahmen auf dem Gebiet der bürgerlichen Rechtspflege vom 12.05.1943²²⁵ hatten die Gerichte die Bearbeitung bürgerlicher Rechts-

²¹⁶ R 125 / 1938 und R 174 / 1941.

²¹⁷ R 67 / 1942.

²¹⁸ R 35 / 1944.

²¹⁹ R 473 / 1948 und R 478 / 1950.

²²⁰ R 309 / 1946.

²²¹ R 227 / 1948.

²²² R 506 / 1949.

²²³ R 197 / 1950.

²²⁴ Boberach, Richterbriefe, S. 376 ff.

²²⁵ RGBl. I, S. 290.

streitigkeiten zurückzustellen, soweit deren Erledigung während des Krieges nicht dringlich war. Diese Entscheidung war unanfechtbar, aber von Amts wegen abänderbar.

Wann eine Rechtsstreitigkeit als nicht kriegsdringlich einzustufen war, bestimmte sich nach den vom Reichsjustizminister Otto Georg Thierack am 28.09.1944 ausgegebenen Richtlinien²²⁶. Laut dieser Richtlinie waren bürgerliche Rechtsstreitigkeiten nur dann kriegsdringlich, wenn sie von unmittelbarer Bedeutung für den Kriegseinsatz, besonders für die Rüstungs- oder Ernährungswirtschaft waren oder deren Durchführung die Beteiligten vor schweren, unzumutbaren oder nicht wiedergutzumachenden Nachteilen bewahren sollten. Ehesachen waren nur durchzuführen, wenn ein bevölkerungspolitisches Interesse dies gebot oder sie vom Staatsanwalt betrieben wurden.

Der Richterbrief Nr. 21 konkretisierte diese Richtlinie und sollte dem Richter aufzeigen, welche Maßstäbe er bei seiner Entscheidung für oder gegen eine Zurückstellung eines Verfahrens als nicht kriegsdienlich anzulegen hatte und zwar immer in dem Bewusstsein, dass die Richtlinie der Erkenntnis entspringe, dass die Arbeit der Rechtspflege auch von dem Gebot erfasst sei, wonach sich das gesamte Leben der Nation den harten Gesetzen des Krieges unterzuordnen habe, wenn ein Volk um sein Lebensrecht kämpft und sich mit äußerster Kraft dem Ansturm seiner Feinde widersetzt.

Der Richter, dem es im Rahmen seiner Entscheidung auch obliege, beim Rechtssuchenden Einsicht und Verständnis hinsichtlich einer etwaigen kriegsbedingten Zurückstellung zu erwecken, habe bei der Anwendung der ihm gegebenen Richtlinien Sinn und Zweck der Maßnahme und die Bedeutung der einzelnen Rechtssache im Krieg besonders zu berücksichtigen. Dabei müsse die Zurückstellung die Regel und die Durchführung die Ausnahme sein. Die Entscheidung dürfe aber niemals schematisch und aufgrund oberflächlicher Prüfung ergehen, vielmehr habe der Richter eine äußerliche Betrachtung sowie eine innerliche Bewertung vorzunehmen.

Hierbei müsse er stets beachten, dass es sich bei den Ehescheidungsklagen nicht um Sachen, sondern um „Menschenschicksale“ handle, weshalb insbesondere bei Kriegsehen²²⁷ eine besonders einfühlsame Vorgehensweise geboten sei. Nicht außer Acht lassen dürfe der Richter natürlich den Umstand, dass diese Ehegatten oft noch beide jung waren und daher eine neue Ehe erwartet werden konnte.

Eine Rechtsangelegenheit sei umso dringlicher, je mehr durch sie die Interessen der Allgemeinheit berührt werden und je mehr diese Interessen der Allgemeinheit wiederum den unmittelbaren Kriegsaufgaben des Volkes dienen. Den Ehesachen käme hier nicht nur wegen ihres zahlenmäßigen Umfangs eine besondere Bedeutung zu, sondern vor allem aufgrund ihrer großen bevölkerungspolitischen Bedeutung.

²²⁶ Richtlinien zu § 1 der Kriegsmaßnahmenverordnung vom 12. Mai 1943 (RGBl. I, S. 290), abgedruckt in: Deutsche Justiz 1944, 265, Ausgabe Nr. 17 vom 06.10.1944.

²²⁷ Eine Unterbrechung des Verfahrens ermöglichte bei den Kriegsehen oft auch die Verordnung auf dem Gebiet des bürgerlichen Streitverfahrens und der Zwangsvollstreckung vom 04.12.1943 (RGBl. I, S. 666), wonach eine Unterbrechung erfolgen konnte, sobald eine Partei durch die Kriegsverhältnisse betroffen war.

Die nicht leichte Prüfung habe der Richter an den Umständen des Einzelfalls auszurichten.

Als Kriterien für das bevölkerungspolitische Interesse an der Durchführung von Scheidungsklagen wurden in der Stellungnahme des Reichsjustizministers genannt: Zahl, Gesundheit und rassisch erbmäßigen Eigenschaften der bereits vorhandenen und noch zu erwartenden Kinder, Alter und Persönlichkeitswert der Ehegatten sowie der Wert einer etwaigen neuen Ehe. Scheidungsklagen von Ausländern und Staatenlosen sollten – sofern es sich nicht um Volksdeutsche handelte – grundsätzlich zurückgestellt werden.

Als weitere Kriterien im Rahmen der Entscheidung über die kriegsbedingte Zurückstellung einer Scheidungsklage seien Umfang und Schwierigkeit des Verfahrens und der Aufwand an Arbeitszeit und Arbeitskraft miteinzubeziehen, sodass dem Richter folgende Leitgedanken an die Hand gegeben wurden:

„Glatte Sachen sind nach Möglichkeit durchzuführen, es sei denn, daß bevölkerungspolitische Gründe die Durchführung des Verfahrens verbieten. Umgekehrt sind nicht glatte Sachen zurückzustellen, es sei denn, daß bevölkerungspolitische Gründe die Durchführung des Verfahrens dennoch gebieten.“²²⁸

Abschließend folgten eine Schilderung von acht Fallgruppen und eine gesonderte Bewertung der richterlichen Entscheidung über die (erfolgte) Zurückstellung für die 14 eingangs geschilderten Ehescheidungsklagen.

Die Scheidungsurteile des Landgerichts Ravensburg liefern keine Anhaltspunkte, dass das Gericht Ehescheidungsklagen als nicht kriegsdringlich zurückgestuft hat.

10. Eine früher vor einem anderen Gericht erhobene Scheidungsklage war aufgrund der Kriegsverhältnisse nicht zur Durchführung gekommen / nunmehr erneute Klage vor dem Landgericht Ravensburg

Zwischen 1946 und 1950 wendeten sich vier²²⁹ klagende Ehegatten an das Landgericht Ravensburg, deren Scheidung – bei unterstellter Erfolgsaussicht – in der Zeit bis April 1945 aufgrund der Kriegsverhältnisse vor einem anderen Gericht nicht erfolgen konnte.

Beispielsweise im Verfahren R 95 / 1946 hatten die beiden aus Wien stammenden Ehegatten bereits im Jahre 1942 beschlossen, sich „einvernehmlich“ scheiden zu lassen. Über die von der im jetzigen Verfahren vor dem Landgericht Ravensburg beklagten Ehefrau vor dem Landgericht Wien angestrebte Scheidungsklage konnte vor dem Zusammenbruch nicht entschieden werden. Die vom Luftwaffenfeldgericht angeforderten Scheidungsakten der Parteien waren sämtlich der Vernichtung des Gerichts bei der Annäherung der Russen zum Opfer gefallen.

²²⁸ Boberach, Richterbriefe, S. 376 ff. und S. 384 ff.

²²⁹ Die genauen Umstände warum das Verfahren nicht zur Durchführung kam, finden sich nur in den geschilderten Verfahren R 95 / 1946 und R 506 / 1949. In den beiden anderen Verfahren R 30 / 1948 und R 201 / 1949 findet sich in den Urteilen nur die Feststellung, dass eine Klage bereits während des Krieges erhoben wurde, dieses Verfahren aber nicht zur Durchführung gelangte.

11. Eine früher beim Landgericht Ravensburg erhobene Ehescheidungsklage war aufgrund der Kriegsverhältnisse nicht mehr zur Durchführung gekommen / nunmehr Wiederaufnahme vor dem Landgericht Ravensburg

In vier aktenkundigen Fällen hatte das Landgericht Ravensburg nach der Wiedereröffnung der Ravensburger Gerichte im November 1945 über Scheidungsklagen zu entscheiden, die bereits vor dem Zusammenbruch beim Landgericht Ravensburg eingereicht worden waren, aber infolge der Kriegsverhältnisse dort nicht mehr abgeschlossen werden konnten.

Im Verfahren R 144 / 1943 hatte ein 37jähriger Kraftfahrer aus Isny gegen seine Klageabweisung beantragende gleichaltrige Ehefrau Scheidungsklage aufgrund der §§ 47, 49 EheG 1938 eingereicht. Nach einer langwierigen Beweisaufnahme war das Verfahren auf Antrag des Klägers bis 01.09.1944 ausgesetzt und aufgrund der Kriegsereignisse nicht wieder aufgenommen worden. Erst am 28.07.1947 wendeten sich die Parteien wieder an das Landgericht Ravensburg. Nachdem der Kläger sein Scheidungsbegehren nur noch auf § 48 EheG 1946 stützte, trat die beklagte Ehefrau diesem nicht mehr entgegen. Das Landgericht Ravensburg schied die Ehe der Parteien durch anstatt der Verkündung am 22.12.1947 zugestelltes Urteil.

Einen ähnliche „Vorgeschichte“ hatte das Verfahren R 89 / 1948²³⁰. Die im April 1944 vom Ehemann erhobene Scheidungsklage, deren Abweisung die Ehefrau beantragt hatte, gründete noch auf verschuldensabhängigen Scheidungsgründen. Nach der Beweisaufnahme war es in dem früheren Scheidungsverfahren wegen des Zusammenbruchs und der Gefangenschaft des Klägers zu einem Stillstand des Verfahrens gekommen. Nach seiner Rückkehr aus der Gefangenschaft nahm der Kläger das Verfahren wieder auf und stützte sein Scheidungsbegehren, welchem seine Ehefrau nicht entgegentrat, auf § 48 EheG 1946. Durch Urteil vom 11.05.1948 schied das Landgericht Ravensburg die Ehe der Parteien.

Die Unauffindbarkeit des Hauptzeugens und die Ereignisse des Kriegsendes führten zu einem Stillstand im Verfahren R 95 / 1944, welches zunächst verschuldensabhängige Scheidungsgründe zum Gegenstand hatte. Nach der nach dem Zusammenbruch erfolgten Wiederaufnahme des Verfahrens schied das Landgericht Ravensburg auf die Klage des Ehemannes hin nach § 48 EheG 1946 die Ehe der Beteiligten durch Urteil vom 14.06.1947.

Im 1944 eingeleiteten Verfahren R 144 / 1944 zweifelte das Landgericht Ravensburg an der Geschäfts- und Prozessfähigkeit des klagenden Ehemanns, der die Scheidung nach § 49 EheG 1938 begehrte. Das vom Gericht eingeholte psychiatrische Gutachten konnte infolge der Kriegsereignisse nicht erstattet werden. Die an die Heilanstalt Rottenmünster übersandten Akten gingen vielmehr verloren, was sich erst Ende 1945 nach Wiederaufnahme der Tätigkeit durch das Landgericht Ravensburg herausstellte. Nach Wiederaufnahme des Verfahrens stützte der Kläger sein Scheidungsbegehren vorrangig auf § 48, hilfsweise auf § 43 EheG 1946.

²³⁰ Früher R 63 / 1944.

Seine Klage wurde in einem langwierigen Verfahren sowohl vom Landgericht Ravensburg durch Urteil vom 05.08.1947 und nach Berufungseinlegung seitens des Klägers vom Oberlandesgericht Tübingen durch Urteil vom 29.07.1948 abgewiesen²³¹.

12. Verfahren, bei denen die Klageerhebung bereits vor dem Zusammenbruch erfolgt war, ein Urteil aber erst in der Nachkriegszeit gesprochen wurde

Der Bestand enthält sieben Verfahren, bei denen die Klageerhebung vor Mai 1945 erfolgte, das Urteil aber erst in den Jahren 1946 bis 1948 erging. Eine dieser Klageschriften stammt aus dem Jahr 1943 (R 144 / 1943), fünf aus dem Jahr 1944 (R 63, 95, 144, 173, 140 / 1944) und eine weitere (R 38 / 1945) ging noch in den Monaten vor dem Kriegsende im Jahre 1945 beim Landgericht Ravensburg ein.

Eine Untersuchung des Parteivorbringens dahingehend, ob eine Änderung des Vortrags nach dem Zusammenbruch vorgenommen wurde, kann nicht erfolgen, weil es sich um einen ausgedünnten Aktenbestand handelt und so der Tatbestand des Scheidungsurteils die einzige Erkenntnisquelle zum Parteivortrag bildet und das Gericht im Tatbestand lediglich den zeitlich unmittelbar an das Urteil angrenzenden Parteivortrag wiedergibt.

Bei drei der sieben Verfahren (R 144 / 1943, R 95 / 1944 und R 144 / 1944) lies sich eine Gemeinsamkeit feststellen: Dort stützte der jeweils klagende Ehegatte sein Scheidungsbegehren bei Klageerhebung zunächst noch auf einen der verschuldensabhängigen Scheidungsgründe der §§ 47, 49 EheG 1938. Als das Verfahren in den Nachkriegsjahren wieder aufgenommen wurde, beehrte der jeweils klagende Ehegatte nur noch die Zerrüttungsscheidung nach § 48 EheG 1946. Dies folgte vor allem daraus, dass aufgrund der langen Verfahrensdauer zwischenzeitlich das Erfordernis der dreijährigen Aufhebung der häuslichen Gemeinschaft nach § 48 Abs. 1 EheG 1938 gegeben war.

13. Verfahren, in denen mit der Ehescheidungsklage bewusst bis Kriegsende abgewartet worden war

Drei klagende Ehegatten hatten laut des Tatbestands des Urteils des Landgerichts Ravensburg von einer Scheidungsklage im Hinblick auf die Kriegsverhältnisse abgesehen bzw. absehen müssen.

Eine zeitlich früher geplante Scheidungsklage unterblieb im Verfahren R 390 / 1947 aufgrund der Einberufung des Klägers an die Front, obwohl der klagende 39jährige Knecht kurz zuvor im Jahre 1943 bereits einen Rechtsanwalt mit der Erhebung der Scheidungsklage gegen seine 31jährige Ehefrau beauftragt hatte.

Der Umsetzung des Entschlusses beider Ehegatten zu einer Scheidung im Verfahren R 87 / 1947 stand im Jahre 1942 die Einberufung des beklagten Ehemanns zur Wehrmacht und seine anschließende Kriegsgefangenschaft entgegen.

²³¹ Vgl. insoweit auch Zweiter Teil, 25. b. bb.

Obwohl diverse ehebrecherische Beziehungen seiner Ehefrau während seines Einsatzes beim Heer den klagenden Ehemann im Verfahren R 87 / 1947 bereits 1943 zu einer Scheidungsklage motiviert hatten, veranlassten ihn die durch den Krieg bedingten schwierigen Verhältnisse zunächst von einer Scheidungsklage abzusehen.

14. Die Rechtsprechung des Landgerichts Ravensburg zu dem Erfordernis der dreijährigen Heimtrennung nach § 55 Abs. 1 EheG 1938 und § 48 Abs. 1 EheG 1946

Die Prüfungspraxis des Landgerichts Ravensburg zu der in § 55 Abs. 1 EheG 1938 bzw. § 48 Abs. 1 EheG 1946 normierten Voraussetzung der dreijährigen Aufhebung der häuslichen Gemeinschaft wird anhand der Häufigkeit der genaueren Prüfung dieser Voraussetzung, Parallelen zwischen den Ausführungen und deren Plausibilität dargestellt.

a. Häufigkeit der genaueren Prüfung der dreijährigen Aufhebung der häuslichen Gemeinschaft

Der Umgang des Landgerichts Ravensburg mit dem Erfordernis der dreijährigen Heimtrennung kann ich zwei Fallgruppen aufgeteilt werden: Entweder das Gericht begnügte sich mit der bloßen Bejahung der Voraussetzung oder es führte eine einzelfallbezogene Prüfung durch.

Eine Auseinandersetzung des Gerichts mit diesem Tatbestandsmerkmal erfolgte in den Jahren 1938 bis 1945 nur in 19 von 118 Urteilen (16,10 %). In den Nachkriegsjahren ist die Präsenz dieses Erfordernisses durch eine nicht nur standardmäßige Bejahung in 82 von 188 (43,62 %) der Entscheidungen deutlich höher.

Dementsprechend finden sich im Zeitraum nach 1945 in neun der Urteile Rechtsprechungs- oder Literaturzitate im Rahmen der Entscheidung zur dreijährigen Aufhebung der häuslichen Gemeinschaft. Aus der Zeit vor Kriegsende liegt nur ein Verfahren vor, in dem das Urteil diesbezüglich eine Fundstelle aus einem Kommentar zum Ehegesetz enthält²³².

Die Kriegsverhältnisse und die Situation in den auf das Kriegsende folgenden Jahren sind der Hauptgrund des unterschiedlichen Umgangs des Landgerichts Ravensburg mit diesem Tatbestandsmerkmal.

Die äußere Trennung der Ehegatten stellte sich in vielen Fällen als eine unfreiwillige auf äußeren Ereignissen beruhende – wie etwa der Einberufung des Ehemannes zur Wehrmacht, Kriegsgefangenschaft oder Flucht – dar, bei der ein Trennungswille zunächst fehlte und sich erst später entwickelte.

Dem Landgericht Ravensburg oblag in diesen Fällen die oftmals schwierige Aufgabe, im Nachhinein das für den Fristlauf entscheidende Ereignis zu bestimmen.

Das Gericht selbst stellte in seinen Entscheidungsgründen im Urteil vom 06.04.1951 im Verfahren R 118 / 1946 fest, dass die Feststellung der dreijährigen Aufhebung der

²³² Vgl. Zweiter Teil, 25. a. ee.

häuslichen Gemeinschaft bei Kriegsehen immer problematischer sei als bei anderen Ehen.

Im Gegensatz zum Zeitraum zwischen 1938 bis 1945, in dem unterschiedlich gelagerte Konstellationen geprüft werden mussten, lassen sich für die Nachkriegsjahre Fallgruppen bilden, in denen sich das Landgericht Ravensburg typischerweise mit der dreijährigen Heimtrennung auseinanderzusetzen hatte.

b. Fallgruppen für die Zeit nach dem Zusammenbruch

aa. Trennung beruhte zunächst auf dem Einzug des Ehemanns zur Wehrmacht

In 34 Entscheidungen lag zuerst nur eine äußere, nicht dem Willen der Ehegatten entspringende Trennung durch die Einberufung des Ehemannes zur Wehrmacht vor. Erst im Laufe der Zeit entwickelte sich bei einem oder bei beiden Ehepartnern ein Trennungswille.

Beide Zivilkammern des Landgerichts Ravensburg vertraten einheitlich und ausnahmslos den Standpunkt, dass der bloße Einzug des Ehemanns zur Wehrmacht noch nicht genüge, um den Fristlauf für die dreijährige Heimtrennung in Gang zu setzen. Diese Entscheidungen stehen auch im Einklang mit den bereits 1944 ergangenen Urteilen in den Verfahren R 65 / 1944 und R 79 / 1944.

Von einem Fristbeginn ging das Landgericht Ravensburg erst aus, wenn sich nach außen der Trennungswille zumindest eines Ehegatten manifestiert hatte und von einem Wunsch hin zu einer Wiederherstellung der häuslichen Gemeinschaft nicht mehr ausgegangen werden konnte, d.h. nun eine willentliche Aufhebung der häuslichen Gemeinschaft vorlag.

Ein solchen „Aufhebungswillen“ sah das Landgericht Ravensburg z. B. im Verfahren R 393 / 1948 darin, dass der Ehemann seine Wehrmachtsurlaube nicht mehr bei seiner Frau und seiner Familie verbrachte. Öfters markierte der von einem Ehegatten im Rahmen des zwischen den Beteiligten stattfindenden Briefwechsels offenbarte Trennungswille den Beginn des Fristlaufs (wie beispielsweise im Verfahren R 390 / 1949).

bb. Trennung aus anderen Umständen zunächst kriegsbedingt

Auch bei anderen zunächst unfreiwilligen Trennungen, die auf die Kriegsverhältnisse zurückzuführen waren, urteilte das Landgericht Ravensburg in drei Verfahren nach diesen Grundsätzen, die bei einer Trennung durch die Einberufung des Ehemannes zur Wehrmacht galten.

Im Verfahren R 188 / 1947 war die äußere Trennung durch den Evakuierungsbefehl für den damaligen gemeinsamen Wohnort der Parteien Stuttgart bedingt, im Verfahren R 431 / 1948 hatten sich die Ehegatten zunächst in den Wirrungen nach dem Umsturz aus den Augen verloren und im Verfahren R 88 / 1950 war der ursprünglich polnische Kläger zu landwirtschaftlicher Arbeit nach Deutschland deportiert worden.

cc. Kriegsbedingte Umstände als Auslöser für die von den Parteien ohnehin gewollte Trennung

In vereinzeltten Fällen waren die Kriegsverhältnisse nur der Anstoß, um eine längst avisierte Trennung in die Tat umzusetzen.

So zum Beispiel in den Verfahren R 311 / 1946 und R 227 / 1948, in denen das Verlassen des gemeinsamen Wohnorts nach einem Fliegerangriff bereits von den Ehefrauen in der Absicht erfolgte, eine eigene Wohnung anzumieten. Im Verfahren R 111 / 1947 kehrte der im Dezember 1941 zur Wehrmacht eingezogene Kläger freiwillig nicht mehr zu seiner Ehefrau zurück.

In weiteren zwei Verfahren (R 393 / 1947 und R 171 / 1948) lehnten die Ehefrauen mit Trennungswillen die gemeinsame Flucht mit ihrem Ehemann aus Osteuropa ab.

dd. Die Parteien hatten nie in häuslicher Gemeinschaft zusammen gelebt

Kriegsdienst, finanzielle Not oder Wohnungsknappheit hatten es bei einigen während der Kriegsjahre geschlossenen Ehen verhindert, dass es zwischen den Parteien zu einem Zusammenleben in häuslicher Gemeinschaft gekommen war.

In den sieben Verfahren, in denen diese Thematik eine Rolle spielte und welche alleamt der II. Zivilkammer des Landgerichts Ravensburg zur Entscheidung zugewiesen waren, lässt sich eine Änderung der Rechtsprechung im Laufe der Jahre feststellen.

In seinen anstatt der Verkündung zugestellten Urteilen vom 14.08.1947 (R 95 / 1944) und vom 29.01.1948 (R 306 / 1947) vertrat die II. Zivilkammer den Standpunkt, dass eine häusliche Gemeinschaft, welche nie begründet worden war, bereits ab dem Datum der Eheschließung als aufgehoben gelte. Im gleichen Sinne hatte das Landgericht Ravensburg vor dem Zusammenbruch in den Verfahren R 42 / 1941, R 84 / 1943 und R 22 / 1944 entschieden.

Im Verfahren R 95 / 1944 fügte es seiner Begründung noch an, dass eine Aufhebung der häuslichen Gemeinschaft spätestens mit Klageerhebung am 04.07.1944 erfolgt sei.

In der Folgezeit kam es seitens der II. Zivilkammer zu einer Abkehr von der eigenen Rechtsprechung. Ebenso wie bei der zunächst unfreiwilligen auf äußeren Ereignissen beruhenden Trennung sollte künftig auch in diesen Fällen ein Ereignis den Beginn der Frist markieren, durch das zumindest einer der Ehegatten seinen Trennungswillen bekundete. Die erste Entscheidung, in der die II. Zivilkammer des Landgerichts diese neue Richtung einschlug, datiert vom 04.12.1948 und erging im Verfahren R 270 / 1948²³³.

Diese strengeren Prüfungsmaßstäbe hätten die erfolgte Scheidung der Ehe in den früher entschiedenen Verfahren R 95 / 1944 und R 306 / 1947 nicht verhindert, da hier jeweils auch ein den Trennungswillen zum Ausdruck bringendes Ereignis vorgelag, welches länger als drei Jahre zurücklag.

²³³ Diesen Grundsätzen folgte die II. Zivilkammer des Landgerichts Ravensburg auch später noch in den Urteilen zu R 69 / 1949 (Urteil vom 21.01.1950), R 292 / 1948 (Urteil vom 25.05.1949) und R 129 / 1949 (Urteil vom 19.11.1950).

ee. Trennung aufgrund fehlender Rückkehr aus der Kriegsgefangenschaft zu der Ehefrau

In sieben Verfahren sah das Landgericht Ravensburg die häusliche Gemeinschaft in dem Zeitpunkt als aufgehoben an, in dem der aus der Kriegsgefangenschaft entlassene Ehemann eigene Wege ging und nicht mehr zu seiner Ehefrau zurückkehrte. Beispielsweise in seinen Entscheidungsgründen vom 23.06.1950 im Verfahren R 197 / 1948 vertrat das Landgericht Ravensburg unter Berufung auf eine Entscheidung des Reichsgerichts – abgedruckt in RG JW 1944, 122 – diese Auffassung.

ff. Trennung aus beruflichen Gründen

In fünf Fällen war die Trennung der Parteien aus – teils kriegsbedingten - beruflichen Gründen erfolgt.

In dieser Konstellation beurteilte das Landgericht Ravensburg den Beginn der Dreijahres-Frist nach denselben Grundsätzen wie im Fall der Einziehung des Ehemanns zur Wehrmacht. Auch hier vermochte es die zunächst „unfreiwillige“ und auf äußeren Umständen basierende Trennung nicht, die Frist des ersten Absatzes des Zerrüttungstatbestandes in Lauf zu setzen; hinzutreten musste stets der nach außen erkennbare Trennungswille eines Ehegattens.

gg. Einzelfälle, in denen die Prüfung auch zu einem anderen Ergebnis hätte kommen können

Die Strenge bei der Prüfung der Voraussetzungen eines Scheidungstatbestandes, die dem Gericht – wie das Erfordernis der dreijährigen Heimtrennung – einem gewissen „Spielraum“ eröffnen, kann als ein Indikator für die Scheidungsfreundlichkeit oder Scheidungsfeindlichkeit eines Gerichts herangezogen werden.

Bei den zwischen 1945 und 1950 eingereichten Scheidungsklagen findet sich keine „auffällige“ Entscheidung, in der sich eine andere Beurteilung bei der Voraussetzung der dreijährigen Aufhebung der häuslichen Gemeinschaft aufgedrängt hätte.

Auch bei den Verfahren, die bis Mai 1945 durch Urteil ihren Abschluss fanden, lassen sich keine größeren Auffälligkeiten vorzeichnen.

Einzig im Verfahren R 81 / 1939 kann an der Richtigkeit der Entscheidung des Landgerichts Ravensburg hinsichtlich der Voraussetzung der dreijährigen Aufhebung der häuslichen Gemeinschaft gezweifelt werden.

In diesem Verfahren beehrte ein katholischer 32jähriger Matratzenmacher aus Friedrichshafen die Scheidung von seiner vier Jahre älteren Ehefrau. Die Beklagte war Katholikin jüdischer Abstammung und befand sich während des Scheidungsverfahrens bereits im Ausland.

Der genaue Zeitpunkt der Trennung, den der Kläger mit dem 15.05.1937 angab, ließ sich nicht belegen. Den Vortrag der Beklagten zu diesem Punkt schilderte das Landgericht Ravensburg im Tatbestand des Urteils nicht und zog in diesem Punkt die Daten von Meldebehörden zur Hilfe. Beide Parteien hatten zunächst ihren gemeinsamen

Wohnsitz in Bensheim. Am 11.08.1937 hatte sich die Ehefrau bei der Meldebehörde in Frankfurt / Main gemeldet, ehe sie sich am 23.03.1939 nach London abmeldete. Der Kläger hatte sich am 18.11.1937 in Bensheim abgemeldet und fünf Tage später in Friedrichshafen angemeldet.

In seinen Entscheidungsgründen vom 28.05.1940 setzte sich das Landgericht Ravensburg eingehend mit der Frage nach der dreijährigen Aufhebung der häuslichen Gemeinschaft auseinander und kam zu dem Ergebnis, dass der genaue Zeitpunkt der Trennung zwar nicht belegt sei, die Daten der Meldebehörde jedoch dazu führen würden, dass kein gemeinsamer Wohnsitz mehr begründet wurde.

Obwohl das Gericht selbst feststellt, dass die Behauptung des Klägers, die Trennung sei bereits am 15.05.1937 erfolgt, nicht belegt werden konnte und aufgrund der Daten der Meldebehörde erst mit der Abmeldung der Beklagten am 11.08.1937 eine räumliche Trennung der Parteien nach außen kundig wurde, bejahte es im Widerspruch zu seiner eigenen Begründung das Vorliegen der erforderlichen dreijährigen Heimtrennung.

Über die Beweggründe des Landgerichts Ravensburg kann nur spekuliert werden. Möglicherweise wollte es einer schnellen und unkomplizierten Scheidung der ohnehin in der damaligen Zeit aufgrund der Abstammung der Beklagten und des Altersunterschiedes „unerwünschten“ Ehe nicht im Weg stehen. Es kann aber auch nicht ausgeschlossen werden, dass sich das Gericht schlichtweg verrechnet hat.

15. Bevölkerungspolitische Argumente in den untersuchten Urteilen des Landgerichts Ravensburg zu § 55 EheG 1938 – insbesondere im Rahmen des von der beklagten Partei nach § 55 Abs. 2 EheG 1938 erhobenen Widerspruchs

Die unbestimmten Rechtsbegriffe „des Wesens der Ehe“ und „sittlich nicht gerechtfertigt“ in § 55 Abs. 2 EheG 1938 bildeten den Nährboden für die Argumentation mit der Weltanschauung des Nationalsozialismus. Durch sie konnten den Interessen der Volksgemeinschaft und insbesondere bevölkerungspolitischen Aspekten in der Zeit zwischen 1938 und 1945 die entscheidungserhebliche Rolle eingeräumt werden.

Zur Bevölkerungspolitik gehörte nach der Weltanschauung des Nationalsozialismus alles, was im Zusammenhang mit der Erhaltung des Volksbestandes stand. Hierzu zählten theoretische Aspekte, wie z.B. die Erarbeitung der notwendigen Erkenntnisse, die Rassenforschung, die einschlägige Geschichtsforschung und die Erforschung der Völkerkunde und die Statistik. Aber auch die für die Scheidungspraxis bedeutendere praktische Anwendung dieser Erkenntnisse war der Bevölkerungspolitik zuzurechnen, wie die Rassenpflege, Erbpflege und deren Verwirklichung im Volke und die Erzielung allseitiger Mithilfe. Bevölkerungspolitik wurde im weitesten Sinne als Gesundheitsführung am Volkskörper angesehen²³⁴.

Den Stellenwert der Interessen der Volksgemeinschaft und von bevölkerungspolitische Aspekten im untersuchten Aktenbestand zeigt sich an den nachfolgend geschilderten Verfahren.

²³⁴ Weiterführend hierzu Danzer/Schmalfuß, Das bevölkerungspolitische ABC, insbesondere S. 14-16.

a. Das Urteil im Verfahren R 10 / 1938 vom 22.09.1938

Das erste Urteil, in dem die nationalsozialistische Ideologie die Entscheidungsfindung beeinflusste, datiert vom 22.09.1938 und erging im Verfahren R 10 / 1938²³⁵.

Der 48jährige klagende Ehemann – ein Ingenieur aus Friedrichshafen – begehrte dort die Scheidung von seiner 49jährigen Ehefrau aus den §§ 48, 49 und 55 EheG 1938. Aus der 1914 geschlossenen Ehe waren drei gemeinsame Kinder im Alter von 21, 16 und sieben Jahren hervorgegangen. Seit Februar 1935 lebten die Beteiligten getrennt.

Die Ehegatten machten sich gegenseitig heftige Vorwürfe: So warf der Kläger seiner Ehefrau vor, dass diese gegenüber den Kindern behauptet habe, dass er jüdischer Abstammung sei; auch habe sie den Geschlechtsverkehr mit ihm verweigert, weil sie keine weiteren Kinder mehr wollte. Die Beklagte bezichtigte den Kläger des Ehebruchs und des Lebens in wilder Ehe mit seiner Haushälterin. Dennoch trat sie der Scheidung entgegen und erhob Widerspruch nach § 55 Abs. 2 EheG 1938. In dem Tatbestand seines Urteils vom 22.09.1938 gab das Landgericht Ravensburg zum Vorbringen der Beteiligten zu § 55 Abs. 2 EheG keine Informationen.

In seinen Entscheidungsgründen kommt das Landgericht Ravensburg zunächst zur Verneinung der Voraussetzungen einer verschuldensabhängigen Scheidung nach §§ 48 und 49 EheG 1938. Es schied die Ehe der Parteien sodann aufgrund des Scheidungsgrunds des § 55 EheG 1938 und stützte sich bei seinen Ausführungen ausdrücklich darauf, dass die Ehe für die Volksgemeinschaft wertlos geworden sei.

Nach einer kurzen Bejahung der nach § 55 Abs.1 EheG 1938 erforderlichen Gegebenheiten nahm das Gericht zu der Frage des Widerspruchs Stellung:

„Die Beklagte ihrerseits hat keine hinreichenden Gründe, der Scheidung hierwegen zu widersprechen, zumal sie in früheren Jahren nur aus vorwiegend finanziellen Erwägungen eine Scheidungsklage vermieden hat. Dies ergibt sich insbesondere aus der eigenen Aussage der Beklagten, wonach sie im Dez. 1935 dem Kläger vorschlug, sich mit einer vermögenden Frau zu befreunden, um sie, die Beklagte, in vermögensrechtlicher Hinsicht abfinden zu können, und wonach damals die Beklagte bereits die erhebliche Summe von 4000 RM vom Kläger als Abfindung verlangt haben will.

Überdies ist schließlich die Ehe der Parteien für die Volksgemeinschaft derart wertlos und zu einer blossen Form ohne jede Gemeinsamkeit geworden, wie auch das Verhalten beider Teile und ihr Auftreten im Prozess bezeugt, dass die Aufrechterhaltung der Ehe sittlich in keiner Weise mehr gerechtfertigt wäre“.

²³⁵ Besetzung des Gerichts: Landgerichtspräsident Wid, Gerichtsassessoren Hae und Dr. Kre; Prozessbevollmächtigter klagende Partei: Rechtsanwälte Die und Krau, Ravensburg ; Prozessbevollmächtigter beklagte Partei: Rechtsanwalt Wal, Tettang.

b. Das Urteil im Verfahren R 86 / 1938 vom 20.10.1938*aa. Darstellung des Urteils*

Besonders hervorzuheben ist die zweite Entscheidung des Landgerichts Ravensburg zum Widerspruchsrecht der beklagten Ehefrau nach § 55 Abs. 2 EheG 1938.

Einen besonderen Stellenwert nimmt dieses Urteil vom 20.10.1938 im Verfahren R 86 / 1938²³⁶ deshalb ein, weil das Landgericht Ravensburg wegen dieser Entscheidung öffentlich im „Schwarzen Korps“²³⁷ angegriffen wurde.

Der Entscheidung lag die Ehescheidungsklage eines 49jährigen Dentisten aus Leutkirch gegen seine sieben Jahre ältere Ehefrau zugrunde. Die seit 1914 verheirateten Ehegatten – Eltern eines volljährigen Kindes – lebten bereits seit 1931 getrennt. Eine kurz nach der Trennung vom Kläger begehrte Scheidung des Klägers wegen verschuldensabhängiger Scheidungsgründe war in erster und zweiter Instanz erfolglos geblieben.

Nun sollte der Zerrüttungstatbestand die Scheidung von der Beklagten ermöglichen, die nach dem Vortrag des Klägers ein zänkisches Wesen und das Hauswesen vernachlässigt habe.

Der Tatbestand des Urteils äußert sich nicht zu dem Altersunterschied der Ehegatten.

Die Beklagte bestritt dieses Vorbringen und widersprach der Scheidung. Der Kläger habe mehrmals und über einen längeren Zeitraum die Ehe gebrochen, insbesondere eine langjährige Beziehung zu einem Schreibfräulein unterhalten, sie schlecht und lieblos behandelt und seine Pflichten als Ehemann vernachlässigt und missachtet. Dennoch hoffe sie auf ihre Sinnesänderung bei ihrem Mann.

Der Ehemann gab den Ehebruch zu, wobei er sich dagegen verwehrt, aktuell noch ein Verhältnis zu haben.

Die Entscheidungsgründe des Landgerichts Ravensburg vom 20.10.1938 bejahten kurz das Vorliegen der Voraussetzungen des § 55 Abs. 1 EheG 1938 und lehnten mit einer umfangreichen Begründung zu dem von der Beklagten erhobenen Widerspruch die Scheidungsklage ab.

Durch das Verhältnis zu dem Schreibfräulein, welches nach dessen Zeugenaussage von 1921 bis 1927 andauert habe und stadtbekannt gewesen sei, trage der Kläger das überwiegende Verschulden an der Ehezerüttung, weshalb der Widerspruch der Beklagten zulässig sei. Überdies ging das Gericht auch von einem weiteren, aktuell noch andauernden ehebrecherischen Verhalten des Klägers aus. Verfehlungen der Ehefrau konnte das Landgericht Ravensburg nicht feststellen.

²³⁶ Besetzung des Gerichts: Landgerichtsrat Scha, Gerichtsassessoren Pla und Hae (Hae als Berichterstatter); Prozessbevollmächtigter klagende Partei: Rechtsanwälte Hep und Dre, Ravensburg; Prozessbevollmächtigter beklagte Partei: Rechtsanwälte Die und Krau, Ravensburg.

²³⁷ Der „Schwarze Korps“ mit den Untertiteln „Organ der Reichsführung SS“ und „Zeitung der Schutzstaffeln der NSDAP“ galt als Kampf und Werbeblatt der SS. Er erschien wöchentlich am Mittwoch und war frei verkäuflich. Die Zeitung, die in enger Zusammenarbeit mit dem SS-eigenen Geheimdienst, dem Sicherheitsdienst Reichsführer SS herausgegeben wurde, galt als kirchenfeindlich und hetzte auch gegen Freimaurer und Juden.

Das Landgericht Ravensburg hielt den Widerspruch der Beklagten auch für beachtlich:

“Das Widerspruchsrecht der Beklagten ist auch unter Berücksichtigung des Abs. 2 S.2 dieser Vorschrift beachtlich. Denn gerade das auch heute noch gröblich ehewidrige Verhalten des Klägers durch sein Verhältnis mit der Zeugin [diejenige Frau, mit der er 1938 ein ehebrecherisches Verhältnis unterhielt] gibt dem Widerspruch der Beklagten die sittliche Rechtfertigung, die trotz der langjährigen Trennung für eine Aufrechterhaltung der Ehe spricht.”

Das Gericht untermauerte seine Argumentation mit der amtlichen Begründung des Ehegesetzes²³⁸ und einem aktuellen Aufsatz von Lauterbach²³⁹:

Schon die amtliche Begründung des Ehegesetzes erwähne in Deutsche Justiz 1938, S. 1109 als gegenteilige Ausnahme hierzu den Fall

“dass ein Ehegatte dadurch, dass er ein ehewidriges Verhältnis mit einer andern Frau begann, seine eigene Frau zum Verlassen der häuslichen Gemeinschaft gebracht, später aber seinen Fehltritt bereut und den besten Willen gezeigt, wieder ein rechtes Eheleben zu beginnen ...”.

Sinngemäß die gleiche Auslegung habe das Gesetz in dem genannten Aufsatz von Lauterbach erfahren. Durch seine wiederholten – in den kleinstädtischen Verhältnissen offenkundigen – ehebrecherischen und ehewidrigen Verhältnisse fehle es an jeglichen Anhaltspunkten, die einen Widerspruch entkräften könnten. Zumal der Kläger auch keine Reue zeige.

Sodann zitierte das Gericht eine Stelle aus dem Aufsatz von Lauterbach:

“Hat somit der Kläger ‘sich von seiner Ehefrau ab- und einer anderen Frau zugewendet, so kann er nicht nach 3-jähriger Trennung, gleichgültig, wer die häusliche Gemeinschaft nun aufgehoben hat, die Scheidung verlangen und damit unter ärgster Verletzung seiner ehelichen Verpflichtungen die Ehe aufkündigen. Ein derartiges Ergebnis würde mit dem sittlichen Wesen der Ehe in krassem Widerspruch stehen. ...’ (Lauterbach a.a.O. S. 730.)”

So wie die Beklagte ein begründetes Widerspruchsrecht in dem Fall habe, in dem die Aufhebung der häuslichen Gemeinschaft eine Folge ganz grober Verfehlungen des Klägers ist, habe

“das Gleiche erst recht zu gelten, wenn der Kläger - nach Auflösung der häuslichen Gemeinschaft zufolge seiner Verfehlungen - später durch neue Ehewidrigkeiten die eingetretene Entfremdung der Gatten und Zerrüttung ihres Verhältnisses noch vergrößert. Letzteres hat der Kläger hier durch sein mehr als 2-jähriges und jetzt noch andauerndes Liebesverhältnis zur Zeugin [...] in einer Weise getan, dass der Widerspruch der Beklagten gegen die Scheidung sittlich in vollem Umfang gerechtfertigt erscheint.”

²³⁸ Abgedruckt in DJ 1938, 1102 ff.

²³⁹ Lauterbach, ZAKDR 1938, 728.

Die gegenteilige Auffassung würde nach Ansicht des Landgerichts Ravensburg im vorliegenden Falle der - "vom Gesetzgeber zweifellos nicht gewollten - Rechtfertigung einer willkürlichen und schuldhaften Verstossung der Beklagten durch den Kläger gleichkommen".

bb. Kritik des Urteils im „Schwarzen Korps“

In seiner Ausgabe vom 05.01.1939 griff der „Schwarze Korps“ diese Entscheidung des Landgerichts Ravensburg mit dem folgenden hier ungekürzt wiedergegebenen Artikel an:

„Altes Recht in neuen Schläuchen

Wie das neue Eherecht erschien, wurde es offenbar, daß es nunmehr nur noch auf den Richter ankam in Scheidungsfällen das Recht des einzelnen und das Recht der Volksgemeinschaft zu wahren. Der Richter kann eine heillos zerrüttete Ehe auch dann scheiden, wenn ein eigentliches Verschulden nicht vorliegt. Er kann, aber er muß nicht. Seine Macht ist so groß, daß er sogar ein eindeutiges Verschulden übersehen kann, wenn dies im Interesse der Beteiligten und im Interesse der Volksgemeinschaft geboten erscheint.

Diese selbst für liberale Vorstellungen unerhört große Freiheit wurde dem Richter gegeben in der Überlegung, daß sich die tausenderlei Möglichkeiten, die sich gerade in der Scheidungspraxis ergeben können, nicht über den Kamm eines starren Gesetzes scheren lassen; und daß ferner das ausschlaggebende Interesse der Volksgemeinschaft am Fortbestand oder an einer Auflösung der Ehe sich auch nur auf einen jeweiligen Einzelfall beziehen kann und nicht zu verallgemeinern ist.

Da das Gesetz erst seit wenigen Monaten in Kraft ist, wäre es verfrüht, heute schon die Frage zu stellen, was die Richter mit dem neuen Gesetz angefangen haben und ob das in ihrer Praxis gestaltete neue Eherecht wirklich nationalsozialistischen Anschauungen entspricht. Man kann sich nur auf Einzelfälle beschränken; und diese beweisen mitunter, daß der betreffende Richter gewiß nicht so verstanden hat, wie es der Gesetzgeber gemeint hatte.

Beide wollen nicht mehr

Ein sehr bezeichnender Fall ist der eines Volksgenossen, aus einer kleinen Stadt bei Ravensburg. Er lebte von seiner Frau seit 1931, seit acht Jahren getrennt. Dieser lange Zeitraum allein beweist, daß die Ehe vollständig in die Brüche gegangen ist. Es hat nicht nur der Mann die Frau verlassen, sondern auch die Frau erklärte vor Gericht, daß sie gar nicht daran denke, wieder eine häusliche Gemeinschaft mit ihrem Mann aufzunehmen.

Beide Partner dürften sich so ziemlich alles angetan haben, was unter diesen Umständen denkbar ist. Der um sieben Jahre jüngere Mann hat die Frau – wie der Fachausdruck lautet – „betrogen“; die Frau hat das inzwischen erwachsene Kind seinerzeit gelehrt, den Vater einen Lumpen zu nennen.

Die Sache wäre denkbar einfach, wenn beide Teile das Scheidungsbegehren vortrügen. Aber die bereits 60 Jahre alte Frau sieht sich dazu nicht veranlaßt, sie wäre auch dann nicht dafür zu haben, wenn der Mann der allein schuldige Teil und ihr Unterhalt damit gesichert wäre. Eigensinnig, dickschädelig und „verbiestert“ denkt sie nicht daran, dem Mann diesen Gefallen zu tun, weil dieser dann eine andere Frau heiraten könnte, mit der er seit langem befreundet ist.

Da die Frau also nicht klagt, muß der Mann es tun. Einmal, unter dem alten Eherecht, ist er schon a b g e w i e s e n worden. Eine neue Klage vor dem Landgericht Ravensburg gründet er auf dem Zerrüttungsparagraphen des Eherechts, daß die Scheidungsmöglichkeit vorsieht, wenn die Eheleute länger als drei Jahre voneinander getrennt leben. Nach dem neuen Gesetz steht dem beklagten Teil auch in diesem Fall eine W i d e r s p r u c h s m ö g l i c h k e i t zu, wenn er b e a c h t l i c h e Einwände erhebt. Der Widerspruch der Frau läßt natürlich nicht auf sich warten.

Schmutzige Wäsche uralte

Und nun beginnt daß, was das neue Eherecht eigentlich verhindern wollte. Es wird schmutzige Wäsche gewaschen, die so alt ist, daß ihr Gestank den Gerichtssaal verpestet. Es werden „Ehebrüche“ des Mannes beachtet, die sich in den Jahren 1921 bis 1927 (!) zugetragen haben sollen! Es werden Zeugen vernommen, die heute darüber aussagen sollen, ob die Ehefrau damals unsauber, unordentlich und zänkisch gewesen wäre und ob sie das inzwischen längst erwachsene Kind damals gegen den Vater aufgehetzt habe.

Es werden langatmige Beweisverfahren angestellt, ob der Ehemann seit 1927 nicht ein weiteres Mal die Ehe „gebrochen“ habe, als ob nicht jeder denkende Mensch von vornherein wüsste, daß ein gesunder Mann von 1927 bis 1938 sich kaum dem Zölibat unterworfen haben könnte. Und schließlich wird dem Kläger großzügig nachgewiesen, daß er damals an der Ehezerüttung nachweislich „schuldig“ gewesen wäre, während die Ehefrau kein ersichtliches Verschulden treffe.

Es sei, sagt das Gericht, dem Kläger nicht gelungen, der Beklagten Eheverfehlungen nachzuweisen, die nicht schon verziehen oder verjährt wären. Das heißt: was vor der tatsächlichen Beendigung der ehelichen Gemeinschaft die Ehefrau auf dem Kerbholz hatte, ist verziehen oder verjährt. Der Ehemann hingegen ist „schuldig“, weil er auch nach diesem Termin „Verfehlungen“ beging.

Er führte nicht das Leben eines Franziskaners. „Der Kläger hat demnach das Gegenteil von dem getan, was geeignet gewesen wäre, den Widerspruch der Beklagten gegen die Scheidung zu entkräften. Er hat nicht nur keinerlei Reue bezüglich seiner früheren langjährigen Eheverfehlungen gezeigt, sondern darüber hinaus durch sein neuerliches, nahezu ebenso offenkundiges

.... ehewidriges Verhalten die Grundlagen der Ehe noch weiter zerstört, als er durch die früheren Verfehlungen und die Folgen der Trennung ohnehin der Fall war“.

„Die Klage wurde abgewiesen. Die „Ehegatten“, die sich seit acht Jahren nicht mehr gesehen haben, bleiben „verheiratet.“

Wer dieses Urteil liest, wird sich vergeblich fragen, weshalb denn überhaupt ein neues Eherecht geschaffen wurde. Derartige Urteile hätte man ja nach dem alten Recht genau so fällen können. Sie hätten eine ebenso „logische“ Begründung gefunden:

Der Richter vermisst Reue

Die langjährige Trennung kann deshalb nicht zu einer Scheidung führen, weil der Kläger keine Reue zeigt. Zeigte er Reue, so würde er allerdings nicht auf Scheidung klagen. Was soll dieser Unfug?

Das Gericht hätte den Widerspruch der Beklagten als unbeachtlich zurückweisen müssen. Wenn eine Frau nach einer ohnehin schon unglücklichen und heillos zerrütteten Ehe acht Jahre lang getrennt von ihrem Mann lebt und nichts unternommen hat, die Ehe wiederherzustellen, kann sie doch ihren Widerspruch nicht damit begründen, der Mann habe sich während der Trennung – die ja auch in ihrem Sinne lag – „ehewidrig“ verhalten. Es war auch nicht notwendig, die „ollen Kamellen“ aufzuwärmen, uralte Klatsch- und Skandalgeschichten, die man nach aller richterlicher Erfahrung nicht einmal in der Gegenwart, geschweige denn nach zehn und mehr Jahren glaubwürdig rekonstruieren kann.

Wenn der Zerrüttungsgrundsatz überhaupt Gültigkeit hat, dann gewiss auf Fälle wie diesen.

Es wäre vielleicht ungerecht, in solchen Fällen dem Klagebegehren in dem Sinne stattzugeben, daß der Beklagte einfach als schuldiger Teil erkannt wird. Gerade deshalb hat aber das neue Gesetz dem Richter die Macht gegeben, die Schuldfrage nach freiem Ermessen zu klären. Der Richter kann die Schuld beiden oder keinem oder auch nur dem Kläger aufhalsen, er braucht niemanden ungerecht zu behandeln oder auch nur den Schein eines Unrechts heraufzubeschwören, wenn er dem Grundsatz zum Siege verhilft, daß tatsächlich und vollkommen zerrüttete Ehen geschieden werden müssen, weil die Volksgemeinschaft an ihrem Bestand kein Interesse haben kann.“

c. Das Urteil im Verfahren R 102 / 1938 vom 10.11.1938

Nur eine indirekte Bezugnahme auf bevölkerungspolitische Aspekte enthält der Parteivortrag der beklagten Ehefrau und die Begründung des Landgerichts Ravensburg im Verfahren R 102 / 1938²⁴⁰.

Auf dem Prüfstand war dort die 1886 geschlossene Ehe eines Paares aus Wolfegg. Beide Ehepartner waren zum Zeitpunkt des Scheidungsverfahrens 77 Jahre alt. Im Laufe der Ehe hatte die Beklagte 13 Kinder zur Welt gebracht, von denen noch neun im Alter zwischen 32 und 50 Jahren lebten. 1932 hatten sich die Parteien voneinander getrennt. Ein 1935 vor dem Landgericht Ravensburg geführtes Scheidungsverfahren (R 02 / 1935) war erfolglos geblieben. Mit Urteil vom 29.05.1935 hatte das Gericht die Klage des Ehemanns und die Widerklage seiner Ehefrau – jeweils wegen Verschulden des anderen Teils – abgewiesen.

Nunmehr begehrte der Kläger die Scheidung seiner Ehe nach § 55 EheG 1938, welche durch häufige und heftige Streitigkeiten der Eheleute geprägt war.

Die Beklagte sah angesichts des hohen Alters beider Ehegatten keine Veranlassung für eine Scheidung und erhob Widerspruch.

Das Gericht verneinte in seinen Entscheidungsgründen vom 10.11.1938 die Zulässigkeit des Widerspruchs, weil es beide Ehegatten als gleichermaßen verantwortlich für die andauernden Streitigkeiten ansah und schied die Ehe der Parteien. Abschließend stellte das Gericht noch fest, dass einer Scheidung das hohe Alter der Parteien nicht entgegenstehe.

Trotz fehlender bevölkerungspolitischer Interessen schied das Landgericht Ravensburg somit die Ehe.

d. Das Urteil im Verfahren R 77 / 1938 vom 01.12.1938

Entscheidungserhebliche Bedeutung kam dem fehlenden Interesse des Staats an dem Fortbestand der Ehe im Verfahren R 77 / 1938²⁴¹ zu. Hier war es die Ehefrau, die die Scheidung nach den §§ 49 und 55 EheG 1938 begehrte. Die Ehegatten – beide landwirtschaftliche Arbeiter – hatten 1922 die Ehe miteinander geschlossen. 1923 und 1925 war die Geburt der gemeinsamen Kinder gefolgt. Seit 1930 lebten die Parteien getrennt. In der Zwischenzeit hatte die Beklagte vier Kinder geboren, die nicht vom Kläger stammten. Trotz dieses Umstandes widersprach der Ehemann der Scheidung und gab an, dass nach seinem Dafürhalten noch keine hoffnungslose Zerrüttung der Ehe vorliege.

²⁴⁰ Besetzung des Gerichts: Landgerichtspräsident Wid, Landgerichtsrat Kra, Gerichtsassessor Dr. Kre; Prozessbevollmächtigter klagende Partei: Rechtsanwälte Die und Krau, Ravensburg; Prozessbevollmächtigter beklagte Partei: Rechtsanwälte Dr. Scho und Krupp, Ravensburg.

²⁴¹ Besetzung des Gerichts: Landgerichtspräsident Wid, Landgerichtsrat Kra, Gerichtsassessor Dr. Kre; Prozessbevollmächtigter klagende Partei: Dr. Gul, Ravensburg; Prozessbevollmächtigter beklagte Partei: Rechtsanwälte Dres. Wet und Boc, Waldsee.

In seinem Urteil vom 01.12.1938 wies das Landgericht Ravensburg zunächst die Klage aus § 49 EheG 1938 ab, die die Ehefrau auf unterschiedliche bestrittene Vorhaltungen dem Beklagten gegenüber gestützt hatte.

Nach der Bejahung der Voraussetzungen des § 55 EheG 1938 führte es zum vom beklagten Ehemann erhobenen Widerspruch wie folgt aus:

„Es kann nun ganz dahingestellt bleiben, ob der Beklagte an sich der Scheidung widersprechen könnte. Denn die Aufrechterhaltung der Ehe ist sittlich nicht mehr gerechtfertigt. Die Parteien leben schon 8 Jahren getrennt, ohne dass der eine Ehegatte sich um den anderen kümmert. Zwischen den Parteien herrscht, wohl auch infolge der langen Trennung, keine eheliche Gesinnung mehr. Die Klägerin hat nach der Trennung noch vier Kinder geboren, die nicht vom Beklagten abstammen. An der Aufrechterhaltung einer derartigen Ehe hat der Staat kein Interesse mehr, sodass sie nach § 55 zu scheiden war.“

e. Das Urteil im Verfahren R 104 / 1938 vom 29.12.1938

Die angestrebte erneute Heirat mit einer anderen Frau war das Motiv für das Scheidungsbegehren des klagenden Ehemanns im Verfahren R 104 / 1938²⁴². Für ihn handelte es sich um keine unbekannte Konstellation. Bereits 1924 hatte er sich von seiner ersten Frau scheiden lassen um die Beklagte heiraten zu können, die bereits 1923 ein Kind von ihm bekommen hatte. Die erste Trennung der Parteien folgte 1925. Die Versöhnung im Jahre 1927 wurde mit der Geburt eines weiteren Kindes besiegelt, bevor es 1932 zu endgültigen Trennung zwischen den Parteien kam. Zur Zerrüttung des ehelichen Verhältnisses sei es nach dem Vortrag des Klägers dadurch gekommen, dass die Beklagte ausgesprochen streitsüchtig sei. Auch habe sie 1926 und 1929 zwei Abtreibungen ohne Wissen und Wollen des Klägers durchgeführt. Er führe nunmehr eine neue Beziehung und hege den Wunsch, seine neue Partnerin zu heiraten.

Die Beklagte warf ihrem Ehemann Ehebruch und Vernachlässigung der Unterhaltspflicht vor. Ihrer Ansicht nach diene die angestrebte Heirat nur der Verbesserung der finanziellen Situation des Klägers. In diesem Zusammenhang beschimpfte sie ihn auch als Heiratsschwindler.

Das Landgericht Ravensburg schied die Ehe der Beteiligten am 29.12.1938 unter Schuldigerklärung des Klägers nach § 61 Abs. 2 EheG 1938. In ausführlichen Entscheidungsgründen, die sich eingehend mit den Umständen des konkreten Einzelfalls auseinandersetzen, kam es zu dem Schluss, dass eine tiefe und unheilbare Zerrüttung der Ehe gegeben sei. Zum einen sei die erste Versöhnung der Parteien auch nicht von Dauer gewesen und zum anderen fehle es dem Kläger an jeglicher ehelicher Gesinnung. Vielmehr habe dieser nur noch seine erneute Heirat im Sinn.

Die Interessen der Volksgemeinschaft stellte das Landgericht Ravensburg über das individuelle Interesse der Beklagten auf Aufrechterhaltung der Ehe:

²⁴² Besetzung des Gerichts: Landgerichtspräsident Wid, Landgerichtsrat Kra, Gerichtsassessor Dr. Kre; Prozessbevollmächtigter klagende Partei: Rechtsanwalt Muf, Ravensburg; Prozessbevollmächtigter beklagte Partei: Rechtsanwälte Hep und Dre, Ravensburg.

„Es kann nun dahingestellt bleiben, ob die Beklagte der Scheidung widersprechen kann, ob also der Kläger die Zerrüttung der Ehe ganz oder überwiegend verschuldet hat. Denn ein Widerspruch ist nicht zu beachten, da die Aufrechterhaltung der Ehe bei richtiger Würdigung ihres Wesens und des gesamten Verhaltens beider Ehegatten sittlich nicht gerechtfertigt ist. Die Ehe der Parteien besteht seit langen Jahren nur noch der Form nach. Beide haben sich auseinandergelebt, der Kläger will geschieden sein, um die [...] heiraten zu können, während die Beklagte der Scheidung widerspricht, weil sie befürchtet, mit ihren Kindern der Not ausgesetzt zu sein; ihr Widerspruch beruht im wesentlichen also auf wirtschaftlichen Erwägungen. An der Aufrechterhaltung einer derartig unheilbar zerrütteten Ehe hat die Volksgemeinschaft kein Interesse.“

f. Das Urteil im Verfahren R 123 / 1938 vom 20.07.1939

Wie so oft strebte auch in dem Verfahren R 123 / 1938²⁴³ der klagende Ehemann – von Beruf Eichmeister – eine erneute Heirat mit seiner neuen Lebenspartnerin an, während sich die beklagte Ehefrau um ihre wirtschaftliche Existenz sorgte.

Aus der 1920 geschlossenen Ehe stammte eine noch minderjährige Tochter; ein weiteres Kind war bereits verstorben. Der Kläger begründete die tiefe und unheilbare Zerrüttung seiner Ehe damit, dass diese von Anfang an nicht glücklich gewesen sei und er die damals von ihm schwangere Beklagte nur auf Drängen seiner Verwandten geheiratet habe. Dieses Kind sei aber bald nach der Geburt verstorben. Die Beklagte widersprach der Scheidung. Die Ehe sei harmonisch verlaufen, bis der Ehemann ein ehebrecherisches Verhältnis aufgenommen habe.

In seinem der Klage statt gebenden Urteil vom 20.07.1939 stufte das Landgericht Ravensburg die Zerrüttung der Ehe als eine unheilbare ein, schied die Ehe und sprach das Verschulden des Klägers nach § 61 Abs.2 EheG 1938 aus.

Der Ehemann liebe Frau und Kind nicht, da nütze auch die Zuneigung der Beklagten nichts mehr.

Das völkische Interesse diene dem Landgericht Ravensburg der Untermauerung seiner Entscheidung zu dem von der Beklagten erhobenen Widerspruch:

„Dass der Kläger die eingetretene Ehezerüttung allein verschuldet hat, ist auf Grund der Angaben beider Parteien ebenfalls sicher festzustellen. Denn jedenfalls hat das Liebesverhältnis des Klägers mit der Zeugin [...] und seine seit 1932 erwiesenermaßen mit ihr bestehende ehebrecherische Beziehung erheblich und offensichtlich dazu beigetragen, die etwa früher schon begonnene Ehezerüttung noch zu vertiefen und den Kläger zu veranlassen, sich innerlich völlig von seiner Frau abzuwenden.“

²⁴³ Besetzung des Gerichts: Landgerichtspräsident Wid, Landgerichtsrat Fis, Gerichtsassessor Hae; Prozessbevollmächtigter klagende Partei: Rechtsanwalt Doe, Ravensburg; Prozessbevollmächtigter beklagte Partei: Rechtsanwalt Dre, Ravensburg.

Trotz dieses Verschuldens des Klägers ist der Widerspruch der Beklagten gegen die Scheidung nach § 55 Abs. 2 EG. nicht zu beachten. Die Aufrechterhaltung dieser völlig zerbrochenen Ehe der Parteien ist sittlich und auch im völkischen Interesse nicht gerechtfertigt. Bedenken hiergegen können sich auch nicht aus einer etwaigen Gefährdung der Existenz der Beklagten hinsichtlich ihres Unterhalts ergeben, da sich der Kläger bereits zur monatlichen Bezahlung eines entsprechenden Rentenbetrags mittels Schuldversprechens vom 15.02.39 verpflichtet hat. Andererseits besteht nach dem Eindruck, den die Zeugin [...] bei ihrer Vernehmung gemacht hat, die begründete Aussicht, dass der Kläger mit ihr, seinen bekundeten Absichten entsprechend, künftig eine zu einer geordneten Gemeinschaft führende Ehe schliessen wird. Da somit unter Würdigung aller Umstände die Beklagte mit ihrem Widerspruch nicht gehört werden konnte, war die Ehe der Parteien auf Grund des § 55 EheG zu scheiden.”

g. Das Urteil im Verfahren R 129 / 1939 vom 07.05.1940

Dem Verfahren R 129 / 1939²⁴⁴ lag die Scheidungsklage eines 51jährigen praktischen Arztes aus Wangen im Allgäu zugrunde, dessen 48jährige Frau zwischenzeitlich nach Ravensburg umgezogen war. Die seit 1917 verheirateten und in Gütergemeinschaft lebenden Eheleute hatten in den Jahren 1918, 1921 und 1923 drei gemeinsame Kinder bekommen. Die Kinder befanden sich bei der Wehrmacht bzw. auswärts zur Ausbildung. Der Kläger übte eine große ärztliche Praxis aus und verfügte über ein jährliches Einkommen zwischen 23.000,00 und 26.000,00 RM. Der Wert des Vermögens der Ehegatten belief sich einschließlich des Hauses auf 100.000,00 RM.

Der letzte Geschlechtsverkehr zwischen den Parteien hatte im April 1936 stattgefunden. Der räumlichen Trennung der Parteien am 02.06.1936 war im Sommer 1936 eine erste erfolglose Scheidungsklage des Ehemannes vor dem Landgericht Ravensburg gefolgt.

Im Tatbestand schilderte das Landgericht Ravensburg in ungewohnt ausführlicher Weise den Parteivortrag.

Der Kläger brachte vor, dass seine Ehefrau durch unbeherrschte, gehässige und ehrwürdige Auslassungen – u.a. gegenüber dem Landrat, Patienten und Hebammen – sein Ansehen beschmutze und dadurch auch seine Erwerbstätigkeit behindere. Auch habe sie einen Selbstmordversuch vorgetäuscht.

In seiner Stellung als Arzt und Offizier sei es ihm unzumutbar, auch nur durch das formal noch vorhandene Band mit seiner Ehefrau weiterhin verbunden zu bleiben.

Ein Widerspruch der Beklagten sei aber auf jeden Fall unbeachtlich, weil der Fortbestand der Ehe eine seelische Belastung für beide Parteien darstellen würde und er gro-

²⁴⁴ Besetzung des Gerichts: Landgerichtsrat Ada; Prozessbevollmächtigter klagende Partei: Rechtsanwälte Ben und Wör, Ravensburg; Prozessbevollmächtigter beklagte Partei: Rechtsanwälte Die und Krau, Ravensburg.

ße Angst vor neuen Bloßstellungen habe. Auch brauche er für seinen Beruf innere Ruhe und könne seinen Kindern ein besseres Elternhaus bieten, als es ihm bei der ständigen Aufregung gegenwärtig möglich sei.

Seine Frau sei in vermögensrechtlicher Hinsicht abgesichert, da sie schließlich Anspruch auf die Hälfte des Gesamtguts habe und er bereit sei, ihr eine Rente zahlen.

Sodann führte er zur Unterstützung seiner Position noch bevölkerungspolitische Aspekte an:

Auch aus allgemeinen und bevölkerungspolitischen Gesichtspunkten sei die Ehe nicht aufrechtzuerhalten. Weder sein Alter noch sein Gesundheitszustand lassen eine etwaige spätere neue eheliche Verbindung seinerseits als wertlos im Licht völkischer Betrachtung erscheinen. Es liege im wohlverstandenen Interesse der Allgemeinheit, statt der Aufrechterhaltung der inhaltslosen Ehe den Weg zu einer neuen wertvollen Ehe des einen oder beider Ehegatten zu ebnen.

Die Beklagte trat der Klage entgegen und erhob im Hinblick auf ihre Verdienste als Ehefrau und Mutter Widerspruch. Sie sei eine vorbildliche Ehefrau gewesen bis sich der Kläger ab dem Jahre 1931 seiner Sprechstundenhilfe angenähert und ein Verhältnis mit einer Kollegin begonnen habe. Dennoch sei sie jederzeit wieder zur Aufnahme der ehelichen Beziehungen bereit.

Der Widerspruch sei auch im Sinne der Allgemeinheit als beachtlich einzustufen.

Der Kläger sei schon 51, die nochmalige Eingehung einer Ehe seinerseits sei deshalb nicht erwünscht. Sie habe ihm ihre guten Jahre geopfert und durch die Geburt und die Aufzucht von Kindern ihre Pflichten gegenüber der Allgemeinheit erfüllt. Die völkischen Belange würden es als unerwünscht erscheinen lassen, dass eine solche Frau um einer jüngeren Frau willen verstoßen würde und dies zudem in einem Alter, in dem ihr die Schaffung einer neuen Lebensgrundlage erschwert oder unmöglich sei und sie durch eine Scheidung ihrer wirtschaftlichen Versorgung beraubt würde.

Sie sei jetzt 48 Jahre alt und neige zu Nervenentzündung und Zirkulationsstörungen, sodass sie sich ihren Lebensunterhalt nicht selbst verdienen könne. Auch der Kinder wegen erfordere das Allgemeininteresse den Weiterbestand der Ehe und damit die Verhinderung des Klägers an einer Wiederverheiratung. Durch eine solche würde den Kindern das Elternhaus noch mehr genommen, als dies ohnehin durch die Verstoßung der Mutter schon geschehen sei.

Die völkischen Belange würden es zudem erfordern, dem Kläger und anderen Ehemännern zu zeigen, dass diese nicht das Recht haben, in der gewissenlosesten Weise ihre Ehe und ihren Familienstand zu zerrütten sowie ihre Frau zu verstoßen, um dann auf dem Unglück dieser Frau einen neuen Ehestand aufzubauen.

Die Entscheidungsgründe des Urteils vom 07.05.1940 sind mit gut vier Seiten überdurchschnittlich umfangreich.

Das Gericht bejahte kurz das Vorliegen der Voraussetzungen des § 55 Abs. 1 EheG 1938 mit der Begründung, dass aufgrund der inneren Einstellung des Klägers mit einer

Aussöhnung zwischen den Parteien und der Fortsetzung der Ehe nicht zu rechnen sei. Auch hätten die Parteien schon über drei Jahre nicht mehr in häuslicher Gemeinschaft zusammengelebt.

Der Widerspruch der Beklagten wurde vom Landgericht Ravensburg als zulässig erachtet. Der Kläger habe die Zerrüttung der Ehe durch sein Verhältnis mit der Sprechstundenhilfe alleine bzw. ganz überwiegend verschuldet. Dieses Verhältnis habe bei der Beklagten eine berechnete Eifersucht hervorgerufen und die Beklagte insbesondere auch im Hinblick auf den früheren Ehebruch mit einer Kollegin tief gekränkt und verletzt.

Dagegen würden die Unbeherrschbarkeiten der Beklagten nicht ins Gewicht fallen. Diese seien aus der Eifersucht und der berechtigten Erbitterung der Beklagten zu erklären. Die Beklagte habe nicht den Kläger bloßstellen und schädigen wollen, sondern kämpfe nach Überzeugung des Gerichts um ihren Ehemann und ihr Familienglück.

Das Gericht diskutierte intensiv die Frage der Beachtlichkeit des Widerspruchs mit dem anfänglichen Hinweis, dass es sich vorliegend um einen Grenzfall handle.

Zunächst billigte es der Beklagten zu, dass sie an ihrer Ehe nicht nur äußerlich der Form nach festhalten, sondern diese auch in häuslicher Lebensgemeinschaft fortsetzen wolle, nachdem diese 20 Jahre gedauert hat und lange Zeit - bis sich der Kläger einer jüngeren Frau zuwandte - glücklich war und auf innerer Zuneigung und Verständnis beruhte und aus der auch drei Kinder stammten. Der Kläger habe sich schwer gegen die eheliche Treue verfehlt und es könne ihm wohl zugemutet werden, zu seiner zur Verzeihung bereiten Frau zurückzufinden, zumal er eine neue dauernde Bindung mit dem Ziel einer durch Scheidung der alten Ehe zu ermöglichenden Eheschließung und Legitimierung etwa vorhandener oder zu erwartender Nachkommen nicht eingegangen sei.

Das Gericht bezog auch die Gefühlslage der Parteien in seine Überlegungen mit ein:

Gegen die Beachtlichkeit des Widerspruchs sei jedoch zu bemerken, dass die Aufrechterhaltung der Ehe nur eine leere Form wäre und niemals zu der von der Beklagten erhofften Wiederherstellung der Lebensgemeinschaft der Parteien führen könne. Die Beklagte würde sich in vergeblicher Hoffnung zermürben und der Kläger sich vor weiteren ihm peinlichen Schritten der Beklagten sorgen. Auch sein vergebliches Bemühen von dem von ihm als lästige Fessel empfundenen Ehebund loszukommen würde den Kläger nutzlos seelisch belasten und ihn in seiner Arbeitskraft- und Freude hemmen.

Dann zitierte das Gericht den vom Reichsgericht in seiner Entscheidung vom 17.04.1939²⁴⁵ aufgestellten Grundsatz ohne dabei ausdrücklich das Reichsgericht zu zitieren:

“Es ist daran festzuhalten, dass die Scheidung einer inhaltslos gewordenen Ehe die Regel, die Beachtung des Widerspruchs aber nur eine Ausnahme sein muss.”

Nach Ansicht des Landgerichts Ravensburg lagen solche besonderen Verhältnisse nicht eindeutig vor. Der Kläger dürfe für sein durchaus zu missbilligendes Verhalten

²⁴⁵ RGZ 160, 144 (147), Urteil vom 17.04.1939.

nicht durch ein Festhalten an der Ehe gestraft werden. Zwar habe die Ehe lange gedauert, aber es sei nicht zutreffend, dass die Beklagte z.B. vielen Kindern das Leben geschenkt und sich und ihre Gesundheit dabei dem Mann und der Erziehung der Kinder geopfert habe. Sie habe nicht mehr und nicht weniger getan als durchschnittlich eine andere Frau mit einigen Kindern. Die Kinder seien schon lange Zeit außerhalb des Elternhauses und würden keiner elterlichen und mütterlichen Fürsorge mehr bedürfen. Sie würden weiterhin vom Kläger gut – auch in finanzieller Hinsicht – versorgt werden.

Die Beklagte habe in der Ehe auch gute Zeiten gehabt und sei keineswegs nur der aufopfernde und gebende Teil gewesen. Ihre Veranlagung zu Nervenzusammenbrüchen sei nicht ausreichend, um sie als schwer leidend einzustufen. Vielmehr sei sie in ihrem Alter noch in der Lage sich ein neues Leben einzurichten. Ihre wirtschaftliche Zukunft scheine gesichert, auf einen Erwerb werde sie nicht angewiesen sein.

Das Landgericht Ravensburg prüfte auch, ob eine erneute Eheschließung des Klägers Auswirkungen auf die Beachtlichkeit des Widerspruchs haben könnte. Zunächst stellte es fest, dass das etwaige Eingehen einer neuen Ehe den Widerspruch an sich nicht beachtlich mache. Jedenfalls bestehe kein Allgemeininteresse, den jetzt 51jährigen und von seiner gegenwärtigen Erkrankung (aus der Akte war nicht ersichtlich um welche Erkrankung es sich handelte) in Bälde wiederhergestellten Kläger von einer weiteren ehelichen Verbindung abzuhalten.

Daher würden überwiegende Gründe dazu führen, den Widerspruch der Beklagten für unbeachtlich zu erklären. Das Gericht hatte dabei erwogen, dass die Fortdauer der Ehe an dem jetzigen unbefriedigenden und unerfreulichen Zustand nichts ändern und keine etwa durch eine Scheidung drohenden Nachteile verhüten würde. Sie hätte auch keine Verbesserung des Verhältnisses für den Kläger, die Beklagte oder die Kinder zur Folge. Die Scheidung dagegen schaffe endgültige und klare Verhältnisse und werde voraussichtlich den nutzlosen Kampf der Parteien beenden. Eine Scheidung gebe den Parteien die Möglichkeit, sich ein neues Leben, befreit von den bisherigen Sorgen wegen des künftigen Schicksals ihres ehelichen Verhältnisses und den damit verbundenen Reibungen zu gestalten. Sie könnten sich nun neuen Aufgaben zuwenden und möglicherweise nachdem die alte Ehe doch unwiederbringlich gescheitert ist, eine neue eheliche Gemeinschaft eingehen.

Die Ehe wurde daher nach § 55 EheG 1938 geschieden und gemäß des Hilfsantrags der Beklagten ein Verschulden des Ehemanns nach 61 EheG 1938 ausgesprochen.

h. Das Urteil im Verfahren R 03 / 1940 vom 07.11.1940

Bevölkerungspolitische Gesichtspunkte hatten ein besonderes Gewicht im Verfahren R 03 / 1940²⁴⁶. Die klagende Ehefrau war hier 53 Jahre alt und damit 16 Jahre älter als ihr 37jähriger Ehemann, der den Lebensunterhalt für die Parteien als Schmied verdiente. Die beiden katholischen Parteien hatten 1928 die Ehe miteinander geschlossen, aus

²⁴⁶ Besetzung des Gerichts: Landgerichtsrat Scha; Prozessbevollmächtigter klagende Partei: Rechtsanwalt Schi, Friedrichshafen; Prozessbevollmächtigter beklagte Partei: Rechtsanwalt Muf, Ravensburg.

der keine Kinder stammten. Nachdem es im September 1935 zur Trennung gekommen war, verlangte der Ehemann nunmehr die Scheidung aus den §§ 53 und 55 EheG 1938. Sein Scheidungsbegehren begründete er mit dem großen Altersunterschied und der bestimmten und herrischen Art der Beklagten. Beides habe dazu geführt, dass sie ihn nie als Ehemann anerkannt habe. Sie habe nicht mehr für ihn gekocht und das Zusammenleben mit ihm abgelehnt, nachdem sie erfahren hatte, dass er als Vater eines unehelichen Kindes in Anspruch genommen wurde.

Er habe die Eheschließung tief bereut, zumal gemeinsame Kinder aufgrund der vorzeitigen Unfruchtbarkeit der Beklagten ausgeblieben seien.

Die Beklagte beantragte Klageabweisung und widersprach der Scheidung, hilfsweise erhob sie Widerklage. Sie warf dem Kläger vor, dass er nichts gearbeitet und viel getrunken habe. Auch habe er sie misshandelt und blutig geschlagen. Während der Ehe habe er die Kinderlosigkeit nicht bedauert. Diese beruhe nicht auf ihrer Unfruchtbarkeit, da sie während der Ehe zwei Frühgeburten gehabt habe.

In seinem Urteil vom 07.11.1940 wies das Landgericht Ravensburg die Klage aus § 53 EheG 1938 ab und gab der Klage nach § 55 EheG 1938 statt. Zugleich sprach es ein Verschulden des Klägers an der Scheidung nach § 61 Abs. 1 EheG 1938 aus.

Nach der Bejahung der tiefen und unheilbaren Zerrüttung des ehelichen Verhältnisses und der dreijährigen Heimtrennung nahm das Landgericht Ravensburg zu der Frage nach der Beachtlichkeit des Widerspruchs Stellung:

“Da der Kläger die Zerrüttung der Ehe verschuldet hat, so ist der Widerspruch der Beklagten gem. § 55 II Eheges. zwar zulässig, er ist aber nicht zu beachten, da die Aufrechterhaltung dieser von vornherein ziemlich unnatürlichen Ehe, die gänzlich zerbrochen erscheint, an der den so erheblich jüngeren Kläger festzuhalten, schon aus bevölkerungspolitischen Gründen sich nicht empfiehlt und deren Lösung ja die Beklagte selbst wünscht, bei richtiger Würdigung des Wesens der Ehe und des gesamten Verhaltens beider Ehegatten nicht gerechtfertigt ist.”

Ganz auf der Linie der Ideologie des Nationalsozialismus erfolgte seitens des Landgerichts Ravensburg aufgrund des erheblichen Altersunterschiedes die Einstufung der Ehe als „unnatürlich“.

i. Das Urteil im Verfahren R 118 / 1940 vom 21.01.1941

Auch im Verfahren R 118 / 1940²⁴⁷ zeigte sich einmal mehr, dass bevölkerungspolitische Gesichtspunkte und das Interesse der Volksgemeinschaft bei der Frage nach der Beachtlichkeit des Widerspruchs nach § 55 EheG 1938 die entscheidende Rolle einnahmen.

Beide Parteien und das Landgericht Ravensburg griffen diese Themenkreise auf und bedienten sich ihrer um ihren jeweiligen Standpunkt zu untermauern.

²⁴⁷ Besetzung des Gerichts: Landgerichtsrat Ada; Prozessbevollmächtigter klagende Partei: Rechtsanwälte Die und Krau, Ravensburg; Prozessbevollmächtigter beklagte Partei: Rechtsanwalt Dr. Saut, Ravensburg.

Den 47jährigen klagenden Regierungssekretär und seine zwei Jahre jüngere Ehefrau verbanden 24 Ehejahre und fünf gemeinsame Kinder, von denen zwei noch minderjährig waren. Wie in so vielen Fällen war der klagende Ehemann schon eine neue Partnerschaft eingegangen und beabsichtigte seine neue Partnerin nach erfolgter Scheidung zu heiraten.

Die evangelischen Parteien lebten seit Oktober 1937 getrennt. In einem früheren Scheidungsverfahren vor dem Landgericht Heilbronn (Az.: 2 R 88/37) wurde die Ehe der Parteien mit Urteil vom 11.02.1938 aus Verschulden der Beklagten geschieden. Die Beklagte legte gegen dieses Urteil erfolgreich Berufung vor dem Oberlandesgericht Stuttgart ein, das am 15.06.1938 diese frühere Scheidungsklage abwies.

Zur Begründung seines jetzigen Klagebegehrens brachte der Kläger vor, dass er und die Beklagte seit Oktober 1937 keinen Kontakt mehr gehabt haben. Ferner habe die Beklagte während der Ehe ein feindseliges Verhalten an den Tag gelegt und den Haushalt vernachlässigt.

Ein Widerspruch der Beklagten sei unzulässig, jedenfalls aber nicht beachtlich. Es wäre gar nicht zu der Zerrüttung des ehelichen Verhältnisses und zu Verhältnissen seinerseits mit anderen Frauen gekommen, wenn die Beklagte eine gute Ehefrau und Mutter gewesen wäre. Auch würden die Kinder nicht an ihrer Mutter hängen.

Die Aufrechterhaltung der Ehe sei sittlich nicht begründet. Die Beklagte, für die die Kinder schon seit drei Jahren keine Rolle mehr spielen würden, würde ihn nur aus Eifersucht nicht freigeben und wünsche eigentlich kein Zusammenleben mehr mit ihm. Er wolle durch die Eheschließung mit seiner Freundin den Kindern eine neue Heimat schenken, was auch dem Wunsch der Kinder entspräche.

Auch bevölkerungspolitisch sei die beabsichtigte neue Ehe zu begrüßen, während die Aufrechterhaltung der zerrütteten Ehe ein Unglück für den Kläger und seine Kinder bedeuten würde.

Die Beklagte beantragte Klageabweisung und widersprach der Scheidung. Die Ehe sei nicht zerrüttet; sie sei nach wie vor zu einer Annäherung bereit.

Ihren Widerspruch begründete sie damit, dass die Eingehung einer bevölkerungspolitisch wertvollen Ehe durch den Kläger bei dessen Alter von 47 Jahren nicht zu erwarten sei. Die Aufhebung der nun seit 24 Jahren bestehenden Ehe diene auch nicht zur Umwandlung einer mit einer anderen Frau eingegangen bewährten Lebensgemeinschaft in eine Ehe.

Für die Aufrechterhaltung der Ehe spreche insbesondere der Umstand, dass sie in ihrem Alter von 45 Jahren und bei ihrer schweren Hüftgelenksentzündung, die sie sich während der Ehe zugezogen habe, keine Aussicht auf Eingehung einer neuen Ehe habe. Eine Scheidung würde sie, da sie infolge ihrer Erkrankung erwerbsbeschränkt sei, in eine große Notlage und um alle Versorgungsaussichten als Beamtenfrau bringen. Sie habe sich dem Kläger gegenüber nichts zu schulden kommen lassen. Ihre derben Vorhaltungen seien einer begründeten Eifersucht entsprungen und deshalb nach den Feststellun-

gen des Oberlandesgerichts Stuttgart im Berufungsverfahren nicht als Eheverfehlungen anzusehen.

Sodann argumentierte die Beklagte mit den Opfern, die sie während der Ehe in ihrer Stellung als Hausfrau und Mutter erbracht hatte.

Sie habe in der Ehe und infolge der Ehe durch die Geburt und das Aufziehen von fünf Kindern schwere Opfer erbracht. Hierunter habe ihre Gesundheit gelitten. Ebenso habe sie sich in ihren guten Jahren der Ehe und Kindererziehung gewidmet, sodass auch im Interesse der Allgemeinheit ihre Belange als die schutzwürdigeren erscheinen müssten. Auch die noch unterhalts- und erziehungsbedürftigen gemeinschaftlichen Kinder müssten vor einer Scheidung geschützt werden.

Der Kläger sei im Falle einer Scheidung für schuldig zu erklären, da er durch das Verhältnis mit einer jüngeren Frau in den Jahren 1924-1928 und durch eine weitere ehebcherische Beziehung die Trennung herbeigeführt habe.

In seinem Urteil vom 21.01.1941 begründete das Landgericht Ravensburg in überdurchschnittlich langen Entscheidungsgründen die Abweisung der Klage aufgrund des von der Beklagten erhobenen Widerspruchs.

Zunächst wurden vom Gericht kurz die Voraussetzungen der Zerrüttungsscheidung bejaht und festgestellt, dass zumindest aufgrund der Einstellung des Klägers eine Wiederherstellung der ehelichen Lebensgemeinschaft in Zukunft nicht erfolgen werde.

Der Kläger habe wegen seiner Ehebrüche die Zerrüttung des ehelichen Verhältnisses überwiegend verschuldet, während Eheverfehlungen der Beklagten nicht ersichtlich seien.

Der Kläger habe der Beklagten trotz Klagabweisung durch das Berufungsgericht die Wiederkehr verboten und die vom Oberlandesgericht nahe gelegte Aussöhnung unmöglich gemacht. Auch später habe er nichts zur Förderung einer Versöhnung unternommen, obwohl die Beklagte stets zu einer Aussöhnung bereit war. Daher sei davon auszugehen, dass die Beklagte ihren Widerspruch nicht nur deshalb erhoben hat, weil sie den Kläger nicht für eine neue Ehe freigeben will, sondern vielmehr aufgrund ihrer Bereitschaft zu einem weiteren Zusammenleben mit dem Kläger.

Es folgte eine Abwägung der Umstände, die für und gegen die Aufrechterhaltung der Ehe sprachen. Dabei würdigte das Landgericht Ravensburg insbesondere die Verdienste der Beklagten als Ehefrau und Mutter:

“Überwiegende Gründe sprechen für die Aufrechterhaltung dieser Ehe, aus der 5 Kinder hervorgegangen sind, von denen 4 noch unversorgt und 2 davon noch erziehungsbedürftig sind. Die Beklagte hat die 5 Kinder geboren und aufgezogen und ihnen und dem Kläger ihre guten Jahre gewidmet. Sie hat dadurch und durch ihre schwere Hüftgelenkserkrankung, die zu einer Hüftgelenksversteifung und einer Erwerbsbeschränkung der Beklagten geführt hat, so große Opfer in der Ehe gebracht, dass deren Aufrechterhaltung sittlich gerechtfertigt erscheint, sowohl vom Standpunkt der Allgemeinheit aus, die den Schutz einer solchen langdauernden und kinderreichen Ehe

verlangt, wie auch im Interesse der Beklagten, die sich in ihrem Alter und bei ihrer Erkrankung keine neue Lebensgrundlage mehr schaffen, insbesondere auch keine neue Ehe mehr eingehen kann, und durch die Scheidung die Aussicht auf Versorgung als Beamtenfrau verliert und auch Gefahr läuft, dass der Kläger bei einer neuen Heirat ihr keine Unterstützung mehr bezahlt, so dass sie in ihrem Alter noch in eine Notlage geriete. Der Wunsch des Klägers, eine neue, ihm mehr zusagende und Befriedigung versprechende Ehe mit der bedeutend jüngeren [...] einzugehen und dadurch sich und den Kindern wieder die Möglichkeit eines Familienlebens zu verschaffen, muss demgegenüber zurücktreten, zumal er ja die Möglichkeit hätte, durch Wiederaufnahme der Beklagten mit dieser Ehe und das Familienleben mit den Kindern fortzusetzen. Bei richtiger Würdigung des Wesens der Ehe und des gesamten Verhaltens beider Ehegatten erscheint so der Widerspruch der Beklagten beachtlich und die Festhaltung des Klägers an der Ehe sittlich gerechtfertigt.“

j. Das Urteil im Verfahren R 106 / 1943 vom 05.08.1943

Auch im Verfahren R 106 / 1943²⁴⁸ spielten bevölkerungspolitische Aspekte und die Opfer der Beklagten in ihrer Rolle als Ehefrau und Mutter eine zentrale Rolle. Im Gegensatz zur vorstehend geschilderten Entscheidung kam das Landgericht Ravensburg nicht zu dem Ergebnis, dass diese Opfer zu einer Beachtlichkeit des Widerspruchs führen müssen und lies sich hier von dem vom Reichsgericht aufgestellten Grundsatz²⁴⁹ leiten, dass der Widerspruch in aller Regel als unbeachtlich einzustufen sei. Den wirtschaftlichen Interessen der Ehefrau maß das Landgericht Ravensburg ebenfalls keine Bedeutung zu.

Die beiden in Friedrichshafen wohnhaften Parteien waren 27 Jahre miteinander verheiratet. Der Kläger (53) war gottgläubig, die Beklagte (55) reformiert. Aus der Ehe war ein bereits volljähriges und verheiratetes Kind hervorgegangen.

Im November 1939 hatte das Landgericht Ravensburg eine erste Scheidungsklage des Klägers aus § 55 EheG 1938 abgewiesen. Entscheidend für die Abweisung der Klage war in dem Verfahren R 132 / 39 der Umstand, dass die häusliche Gemeinschaft der Parteien zu diesem Zeitpunkt noch keine drei Jahre aufgehoben war.

Seine jetzige Klage stützte der Kläger erneut auf § 55 Abs.1 EheG 1938. Ein Widerspruch der Beklagten sei unbeachtlich, da er sehr wohl noch einmal heiraten und Kinder bekommen könne. Die Beklagte solle ihren Lebensunterhalt selbst verdienen, er unterstütze sie bereits seit zehn Jahren und stelle ihr eine Wohnung zu Verfügung.

Die Beklagte beantragte Klageabweisung, im Falle einer Scheidung Schuldigerklärung des Klägers und eine Anordnung nach § 627b ZPO²⁵⁰ wegen des Unterhalts. Sie bestritt

²⁴⁸ Besetzung des Gerichts: Landgerichtsrat Scha; Prozessbevollmächtigter klagende Partei: Rechtsanwalt Her, Friedrichshafen; Prozessbevollmächtigter beklagte Partei: Rechtsanwälte Hep und Dre, Ravensburg.

²⁴⁹ Vgl. RGZ 160, 144 (147), Urteil vom 17.04.1939.

²⁵⁰ Nach § 627b ZPO hatte das Gericht auf Anordnung zugleich mit dem Urteil, durch das auf Scheidung oder Aufhebung der Ehe erkannt oder die Ehe für nichtig erklärt wurde, einen Unterhaltsanspruch, der sich nach den Vorschriften des Ehegesetzes für einen Ehegatten gegenüber dem anderen ergab, für die

zwar nicht, dass die Voraussetzungen der Zerrüttungsscheidung vorliegen würden, widersprach aber dennoch der Scheidung, da der Kläger an der Zerrüttung der Ehe die alleinige Schuld trage.

Mit bevölkerungspolitischen Argumenten begründete sie die Beachtlichkeit ihres Widerspruchs:

Der Kläger sei schon in einem Alter, in dem von ihm die Eingehung einer neuen bevölkerungspolitisch wertvollen Ehe nicht mehr zu erwarten sei. Auch im Hinblick auf ihre Lage müsse die Ehe aufrechterhalten werden. Sie habe dem Kläger den wertvollsten Teil ihres Lebens geopfert und infolge jahrelanger Misshandlungen und Aufregungen durch ihn ihre Gesundheit eingebüßt. Sie könne deshalb nicht mehr selbst Geld verdienen und wäre, da sie ihr Vermögen in das Haus des Klägers hineingesteckt habe, im Falle der Auflösung der Ehe wirtschaftlich ruiniert. Sie könne allenfalls Hausarbeit leisten, was sie bereits bei ihrer Tochter tue.

In seinem Urteil vom 05.08.1943 sah das Gericht die Voraussetzungen der Zerrüttungsscheidung nach § 55 Abs.1 EheG 1938 als gegeben an. Auch sei der Widerspruch der Beklagten zulässig, da sich bereits im Vorprozess ergeben habe, dass der Kläger ein überwiegendes Verschulden an der Zerrüttung trage.

Die Unbeachtlichkeit des Widerspruchs begründete das Landgericht Ravensburg wie folgt:

„Es ist von vornherein davon auszugehen, dass derartig inhaltslos gewordene Ehen, bei denen die Eheleute seit bald 10 Jahren sich vollständig auseinander gelebt, ja sich jede Anrede und Antwort verweigert haben, wenn nur, wie hier, die Voraussetzungen des Abs.1 des § 55 EheG gegeben sind, in aller Regel zu scheiden sind und dass der Widerspruch der Beklagten Partei nur in ganz besonderen Fällen zu beachten ist. Ein solcher Fall könne dann vorliegen, wenn ein Ehemann nach langer Ehe eine Frau, die ihm die größten Opfer gebracht, insbesondere viele Kinder geboren und erzogen hat, aus Überdruß oder um eines anderen Weibes willen, mit dem eine Eheschließung vielleicht aus moralischen oder bevölkerungspolitischen Gründen gar nicht erwünscht wäre, verstoßen und in größter wirtschaftlichen Not zurücklassen wolle.“

Derartige Gründe für eine Beachtlichkeit des Widerspruchs lagen nach der Auffassung des Landgerichts Ravensburg nicht vor. Der Kläger sei noch in einem Alter, in dem er sehr wohl noch eine neue Ehe mit Aussicht auf Kindersegen schließen könne. Die Beklagte möge ihre Pflichten als Ehefrau erfüllt haben, sie habe auch ein Kind, allerdings aber auch nur eines großgezogen. Ihre Ehe sei nicht etwa erst in den letzten drei Jahren inhaltslos geworden, sondern schon seit zehn bis elf Jahren. Auch sie habe Gewohnheiten gehabt, die dem Kläger mehr oder weniger mit Recht nicht passten, wenn auch schwere Eheverfehlungen nur beim Kläger vorliegen würden.

Zeit nach der Rechtskraft des Urteils durch Beschluss einstweilen zu regeln.

Und wenn die Beklagte unter dem Einfluss ihrer unglücklichen Ehe ziemlich hinfällig, schwächlich und nervös geworden sein mag und deswegen keineswegs mehr voll arbeitsfähig sein wird, so könne doch nicht gesagt werden, dass sie als geschiedene Frau dem wirtschaftlichen Elend preisgegeben wäre. Bereits in der Vergangenheit habe der Kläger sie finanziell unterstützt und ihr kostenlos eine Wohnung mit Gartenteil überlassen. Es ist davon auszugehen, dass er dies weiter so aufrechterhalte. Dass er ihr eine monatliche Rente bezahlen kann, ergäbe sich aus der Höhe seines Berufseinkommens und aus dem Besitz eines eigenen Hauses. Dass die Beklagte ihre schweizerische Erbschaft ganz oder doch zum größten Teil in das Haus gesteckt hat, ändere nichts an diesem Ergebnis, da sie Anspruch auf Rückerstattung ihres eingebrachten Guts nach Scheidung der Ehe habe. Eine Scheidung der Ehe könne der Beklagten auch deshalb zugemutet werden, weil sie Halt an ihrer verheirateten Tochter habe.

Gemäß § 61 Abs.2 EheG wurde ein Verschulden des Klägers ausgesprochen. Des Weiteren entsprach das Landgericht Ravensburg durch Beschluss gemäß § 627b ZPO dem Antrag der Beklagten auf einstweilige Regelung ihres Unterhaltsanspruchs für die Zeit nach der Rechtskraft des Urteils.

k. Das Urteil im Verfahren R 123 / 1942 vom 04.11.1943

Das Urteil im Verfahren R 123 / 1942²⁵¹ hebt sich deutlich von den übrigen Urteilen des untersuchten Bestandes ab. Dieses Verfahren betraf die Scheidungsklage eines ehemaligen Saulgauer Kreisleiters der NSDAP vom 14.08.1942.

Das Urteil nimmt im Hinblick auf die deutlich überdurchschnittliche Länge des Tatbestandes und der Entscheidungsgründe, das hohe Maß des Eingehens auf die Umstände des Einzelfalls durch das Landgericht Ravensburg und die Bezugnahmen zu der Parteizugehörigkeit des Klägers und der ehemals von ihm bekleideten Ämtern eine Sonderstellung im Bestand ein. Diese wird dadurch noch unterstrichen, dass das Landgericht Ravensburg wie in keinem anderen der insgesamt 306 untersuchten Urteile den klagenden Ehemann persönlich angriff.

Der klagende Ehemann wurde am 25.05.1901 in Saulgau als Sohn eines dort ansässigen praktischen Arztes geboren²⁵². Er war katholisch und trat während des Dritten Reiches nicht aus der Kirche aus.

Nach seiner Schulzeit in Oberschwaben studierte er an den Universitäten in Tübingen und München Medizin. Während seiner Studienzeit gehörte er der Verbindung Landsmannschaft Ulmania und zeitweise der Wiking-Jugend an und verkehrte somit bereits während seines Studiums in deutsch-völkischen Kreisen.

²⁵¹ Besetzung des Gerichts: Landgerichtsrat Fis; Prozessbevollmächtigter klagende Partei: Rechtsanwälte Bic und Pra, Ravensburg; Prozessbevollmächtigter beklagte Partei: Rechtsanwälte Die und Krau, Ravensburg.

²⁵² Informationen zum klagenden Ehemann beruhen auf seiner Spruchkammerakte StASig Wü 13 T 2 Nr. 1874 und Arbogast, Herrschaftsinstanzen, S. 178.

Nach Abschluss des Studiums und der Erlangung des Doktorgrades der Medizin übernahm er im Jahre 1928 in seiner Heimatstadt Saulgau die ärztliche Praxis seines kurz zuvor verstorbenen Vaters. 1934 kam die Tätigkeit als Chefarzt des Kreiskrankenhauses in Saulgau hinzu.

Der Kläger war bereits vor der Machtergreifung durch die NSDAP in seinem Heimatort Saulgau als Nationalsozialist bekannt. Im Jahre 1930 war er der NSDAP und der SA beigetreten, wo er zuletzt den Rang eines Sturmbannführers ehrenhalber inne hatte. 1931 übernahm er bei der SA für die Dauer eines Jahres das Amt eines Sturmarztes. Im Mai 1932 wurde er zum Ortsgruppenleiter in Saulgau ernannt, am 01.10.1932 folgte die Ernennung zum Kreisleiter. Im Januar 1935 vertraute man ihm zusätzlich die Leitung des Kreises Riedlingen an. Im Laufe der Zeit nahm er weitere Ämter in NS-Organisationen an, wie Verwaltungsstellenleiter des Amtes für Volksgesundheit, Bund deutscher Mädchen-Untergauarzt, Kreisfachgruppenwarter der Deutschen Arbeiterfront, Kreisgesundheitswarter der Nationalsozialistischen Volkswohlfahrt, Mitarbeiter im rassepolitischen Amt, Beauftragter der NSDAP für Gemeindeangelegenheiten für die Kreise Saulgau und Riedlingen, Sturmbannführer, Hauptstabsarzt, Hitlerjugend-Bannarzt und Korpswart des Nationalsozialistischen Kraftfahrerkorps. Hervorzuheben ist auch seine Stellung als Württembergischer Ärzteführer.

Die Tätigkeit in all diesen Ämtern erfolgte ehrenamtlich. Lediglich für seine Kreisleitertätigkeit erhielt er eine Aufwandsentschädigung.

Der Kläger war als Kreisleiter der oberste Parteiführer in seinem Kreis. Der Kreis war eine Gebietsbezeichnung innerhalb der Organisation der NSDAP, der als Hoheitsgebiet galt²⁵³ und in seiner Ausdehnung ungefähr den staatlichen Verwaltungsgebieten der Landkreise oder Bezirke entsprach.

Als politische Beauftragte des Führers wurden Kreisleiter auf Vorschlag des Gauleiters vom Führer selbst ernannt und auch ggf. des Amtes wieder enthoben. Üblicherweise arbeiteten Kreisleiter hauptberuflich für die NSDAP und wurden von der Partei bezahlt²⁵⁴.

Der Kreisleiter unterstand unmittelbar dem Gauleiter, dessen fachliche Weisungen für den Kreisleiter bindend waren. Er war für seinen Hoheitsbereich dem Gauleiter gegenüber gesamtverantwortlich für die politische und weltanschauliche Erziehung und Ausrichtung der Politischen Leiter, der Parteigenossen sowie der Bevölkerung²⁵⁵.

Als Kreisleiter gehörte der Kläger zu der Gruppe der politischen Leiter. Laut Organisationsbuch der NSDAP²⁵⁶ war es die erste Pflicht eines politischen Leiters ein Vorbild im persönlichen Auftreten, in der Dienstauffassung und im außerdienstlichen Leben zu

²⁵³ NSDAP, Organisationsbuch, S.98.

²⁵⁴ In der Regel nahm der örtliche Kreisleiter auch das in der Deutschen Gemeindeordnung von 1935 bestimmte Amt des Beauftragten der NSDAP wahr und hatte somit das Vorschlagsrecht für die Besetzung der Posten von Bürgermeistern und Gemeinderäten.

²⁵⁵ NSDAP, Organisationsbuch, S.131.

²⁵⁶ NSDAP, Organisationsbuch, S.14.

sein. Er hatte sich stets bewusst zu sein, dass ein schlechtes Beispiel des politischen Leiters mehr schade, als hundert Ermahnungen gut machen können.

Dieser Vorbildfunktion wurde der Kläger nicht gerecht, als er Ende des Jahres 1939 – ohne die Erlaubnis der zuständigen Parteistellen abzuwarten – seine Familie (eine schwangere Ehefrau und fünf Kinder) und seine Heimatstadt Saulgau verließ und ungeachtet der Konsequenzen für seine Parteikarriere mit seiner Geliebten nach Polen aufbrach:

In der von der Partei geführten Personalakte des Klägers befindet sich bereits am 17.11.1939 eine Aktennotiz in der festgehalten ist, dass der Kläger einen Eilbrief geschrieben habe mit dem Inhalt, dass er nach Lublin als Amtsarzt befohlen sei und um Beurlaubung bitte. Am 22.11.1939 widerrief der Gauleiter die Ernennung des Klägers zum Beauftragten der NSDAP für den Kreis Saulgau. Zwei Tage später beantragte der Gauleiter bereits die Dienstenthebung des Klägers als Kreisleiter mit der Begründung, dass dieser seinen Posten als Kreisleiter ohne seine Genehmigung verlassen habe, um außerhalb des Gaugebiets eine amtsärztliche Stelle anzunehmen.

Im November 1939 wurde der Kläger auf seinen eigenen Antrag in das damalige Generalgouvernement dienstverpflichtet und in Lublin in Polen als Distriktsarzt eingesetzt. Er war dort bis 01.04.1940 tätig und kam dann in gleicher Eigenschaft nach Radom.

Anfang 1940 wurde der Kläger vom Führer antragsgemäß des Amtes als Kreisleiter enthoben. Im September 1940 folgte auf eigenen Wunsch des Klägers seine Enthebung aus dem Amt des Leiters des Kreisamts für Volksgesundheit.

Zwei Jahre später, am 14.08.1942 erhob er Scheidungsklage beim Landgericht in Ravensburg. Diese stützte er in erster Linie auf § 55 EheG 1938; hilfsweise beantragte er die Scheidung nach § 49 EheG 1938 unter Schuldigerklärung seiner Ehefrau.

Im Tatbestand des Scheidungsurteils führte das Landgericht Ravensburg in deutlich überdurchschnittlich ausführlicher Weise in die persönlichen Verhältnisse der Ehegatten ein; so umfasste der Tatbestand knapp 14 Seiten. In anderen Verfahren mit ähnlich umfangreichen Sachverhalt und ähnlicher rechtlicher Problematik umfassten die Tatbestände der Scheidungsurteile zwischen drei und maximal fünf Seiten. Neben der optischen Länge sticht bei diesem Urteil die damit einhergehende detaillierte Schilderung der Umstände des Einzelfalls heraus.

Zum Zeitpunkt der Klageerhebung waren der 41-jährige Kläger und seine aus München stammende evangelische 37-jährige Ehefrau bereits 14 Jahre verheiratet. Aus ihrer Ehe stammten sechs zwischen 1928 und 1940 geborene Kinder. Alle sechs Kinder – fünf Mädchen und ein Junge – waren gesund, sowie körperlich und geistig gut entwickelt.

Mit Rücksicht auf die Heirat am 23.01.1928 vor dem Standesbeamten in München hatte die Beklagte seinerzeit ihr Medizinstudium aufgegeben und war nach der Hochzeit nach Saulgau zu ihrem Ehemann gezogen.

Die Parteien, die im Güterstand der Gütergemeinschaft lebten, waren in vermögensrechtlicher Hinsicht für die damaligen Verhältnisse gut situiert.

Zu ihrem Vermögen gehörte ein eigenes schuldenfreies Haus in Saulgau mit einem Wert von ca. 70 000 RM und ein noch nicht ganz abbezahltes Grundstück in München mit einem Wert von ca. 10 000 RM. Auch konnte der Kläger Lebensversicherungen zugunsten der Kinder von insgesamt über 10 000 RM abschließen.

Das Gericht legte im Tatbestand seines Urteils vom 04.11.1943 dar, dass es in der Ehe der Parteien immer wieder zu Meinungsverschiedenheiten weltanschaulicher Natur gekommen sei, weil die beklagte Ehefrau die ersten fünf Kinder hatte evangelisch taufen lassen.

Zwischen den Parteien bestand zunächst Uneinigkeit dahingehend, ob dies mit der Zustimmung des Klägers geschehen war, oder nicht.

Während der Kläger zunächst eine Zustimmung zur Taufe der Kinder bestritt, räumte er im Laufe des Prozesses – nach einer dementsprechenden Erklärung eines Pfarrers a. D. aus München – wenigstens die Möglichkeit ein, dass er bei der Taufe seines Sohnes und fünften Kindes selbst zugegen gewesen sein könnte.

Er trug dazu vor, dass er diese weltanschauliche Meinungsverschiedenheit deshalb nicht bis zur allerletzten Konsequenz vertreten habe, weil er in seiner Freude darüber, dass seine Frau ihm ausgerechnet an seinem eigenen Geburtstag nach vier Mädchen einen Stammhalter geschenkt habe, so groß gewesen sei und er den völligen Auseinanderbruch der Ehe damals noch als vermeidbar angesehen habe.

Die Freude des Klägers über die Geburt des Sohnes war nach Angaben seiner Ehefrau sogar so groß gewesen, dass er ihr ein neues Auto geschenkt habe, in welches die Anfangsbuchstaben ihres Namens gemalt waren.

Der Kläger trug im Rahmen des Scheidungsverfahrens hingegen vor, dass er bereits bei Abholung von Frau und Sohn aus der Klinik in Stuttgart gegenüber einem Parteigenossen geäußert habe, dass er den Verdacht hege, nicht der Vater dieses Kindes zu sein; vielmehr sei dieses von einem befreundeten Oberlehrer gezeugt worden.

Das sechste und jüngste Kind, das erst ein viertel Jahr nach dem Wegzug des Klägers aus Saulgau geboren wurde, hatte die Beklagte nicht taufen lassen; ebenso war die älteste Tochter nicht konfirmiert worden.

Ein weiterer Dorn im Auge war dem Kläger die Mitgliedschaft seiner Ehefrau im evangelischen Kirchengemeinderat. Die Beklagte entgegnete hierauf, dass der Kläger selbst ihre Wahl und die Wahl anderer Parteigenossen in den Gemeinderat veranlasst habe, um diesem ein nationalsozialistisches Gepräge zu verleihen.

Ein weiterer Reibungspunkt zwischen den Ehegatten war der Kontakt der Beklagten zu einem im Jahre 1940 verstorbenen befreundeten Oberlehrer aus Saulgau.

Dieser war ein Freund und Parteigenosse des Klägers, selbst verheiratet und Vater von drei Kindern.

Die Familie der Parteien und die Familie des Oberlehrers waren befreundet. Der Kontakt zwischen dem Oberlehrer und der Beklagten intensivierte sich, nachdem der

Kläger selbst in seiner Eigenschaft als Kreisleiter den Oberlehrer als Kulturstellenleiter und die Beklagte als dessen Gehilfin eingesetzt hatte.

Der Kläger behauptete, dass die Freundschaft zwischen seiner Ehefrau und dem Oberlehrer zu weit ging und nicht nur eine bloße platonische Beziehung gewesen sei. So hätten die beiden bei einer Fasnachtsveranstaltung sogar Küsse ausgetauscht. Diese Beziehungen der Beklagten hätten zu häufigen Aussprachen zwischen dem Kläger und einem weiteren Parteigenossen und zu unzähligen Auseinandersetzungen zwischen den Parteien und schließlich zu einer starken Entfremdung der Ehegatten geführt.

Die Beklagte bestritt dieses Vorbringen. Es habe weder einen Kusswechsel gegeben, noch sei es zu einer Entfremdung gekommen; vielmehr sei das eheliche Verhältnis bis Sommer 1939 im Wesentlichen ungetrübt geblieben.

Auch habe der Kläger ihr einmal eine große Eifersuchtsszene gemacht, als der Oberlehrer im Jahr 1934 auf dem Weg vom Bahnhof in die Stadt bei seiner Frau und der Beklagten zugleich eingehängt hatte.

Ernstlich bestritten wurde von der beklagten Ehefrau auch das Vorbringen des Klägers, dass sogar dem ehemaligen Dienstmädchen der Parteien die engen Beziehungen zwischen der Beklagten und Oberlehrer aufgefallen seien.

Uneinigkeit bestand zwischen den Parteien auch hinsichtlich einer Auseinandersetzung nach einer Fasnachtsveranstaltung. Der Kläger gab vor, dass er die Beklagte tätlich angegriffen habe, nachdem sie abends um 10 Uhr nach Hause gekommen war und auf seine Nachfrage angab, bei der Familie des Oberlehrers gewesen zu sein. Die Beklagte gab nur zu, dass ihr im betrunkenen Zustand heimgekehrter Ehemann um sich geschlagen habe, ohne sie jedoch zu treffen. Mit diesem Vorfall habe der Oberlehrer nur insofern etwas zu tun gehabt, als er am anderen Tag mit den Parteien freundschaftlich beratschlagt habe, wie man den Kläger als Kreisleiter vor der Blamage bewahren könne, der er sich durch seine Trunkenheit ausgesetzt hatte.

Der Kläger untermauerte sein Klagebegehren weiter damit, dass er sehr unliebsam berührt gewesen sei, als er bei seinem ersten Besuch in der Klinik nach der Geburt seines Sohnes ausgerechnet den Oberlehrer in der Stuttgarter Klinik am Bett seiner Frau vorgefunden habe. Die Beklagte erwiderte diesen Vorwurf damit, dass der Kläger damals keinen Anstoß an diesem Umstand genommen habe. Schließlich habe er einen Parteigenossen – nämlich den jetzigen Kreisleiter – mitgebracht und somit selbst keinen Wert darauf gelegt, die Freude über den Stammhalter nur mit seiner Frau zu teilen. Der Oberlehrer, der zu dieser Zeit krankheitshalber im Urlaub in Esslingen war, habe von seiner Frau die Nachricht der Geburt des Stammhalters bei den Parteien erhalten und von dieser den Auftrag bekommen, der Beklagten als Freund der Familie einen Blumenstrauß ins Krankenhaus zu bringen.

Der Kläger musste im Laufe des Prozesses zugeben, dass der Oberlehrer mit seinem Einverständnis als Taufpate zur Taufe des Sohnes zugezogen wurde.

Der Kläger erwiderte hierauf, dass der Oberlehrer seinen Urlaub bewusst so gewählt habe, dass er bei der Geburt in der Nähe der Beklagten sein konnte, weshalb dessen An-

wesenheit bei der Taufe kein Beweis dafür sei, dass er gegen die Beziehungen des Oberlehrers zu der Beklagten nichts einzuwenden habe.

Einigkeit bestand zwischen den Parteien dahingehend, dass der Kläger dem Oberlehrer an Weihnachten 1937 noch ein Buch mit der eigenhändigen Widmung „Meinem treuen Mitarbeiter und Freund Parteigenossen“ geschenkt hatte. Der Kläger trug hierzu vor, dass die Beklagte diese Widmung veranlasst habe und sich schon damals durch diese ein Beweismittel gegen die Trübung des ehelichen Verhältnisses aufgrund der Beziehungen zu dem Oberlehrer habe verschaffen wollen. Demgegenüber trug die Beklagte vor, dass der Kläger auch später noch gut mit dem Oberlehrer gestanden habe und noch während seines ersten Urlaubs 1940 Zeit mit ihm verbracht habe.

In seiner Vernehmung im Termin am 26.11.1942 gab der Kläger schließlich an, dass er selber nicht behauptete, dass es irgendwelche Intimitäten zwischen dem Oberlehrer und seiner Frau gegeben habe.

Zu einer Trübung des ehelichen Verhältnisses zwischen den Parteien kam es maßgeblich durch die Beziehung des Klägers zu einem in Riedlingen wohnhaften Fräulein, welches der Kläger im Juli 1939 in einem Riedlinger Lokal kennen gelernt hatte. Das Fräulein war zu der Zeit bei der Riedlinger Firma Gönner (Wirkwarenfabrik) angestellt und nach Angaben des Klägers in Riedlingen in bestem Ansehen gestanden. Sie sei vielen anderen Frauen ein Dorn im Auge gewesen, da sie es verstand, sich geschmackvoll zu kleiden, ohne eine Verschwenderin zu sein.

Zu dem Vorleben des Fräuleins trug der Kläger vor:

„Fräulein [...] ist geboren am 23.02.1907 zu Wien als Tochter des Chemikers Regierungsrat [...] und seiner Ehefrau [...]. Sie besuchte in Wien die Bürgerschule und die staatliche Kunstgewerbeschule. Danach versah sie verschiedene leitende Stellungen als Modedirektrice in kleineren und grösseren Betrieben; zuletzt war sie beschäftigt in der Firma Gustav Gönner, Wirkwarenfabrik in Riedlingen a. Donau. Sie ist ledig, hat keine Kinder, ist nicht vorbestraft, deutsche Staatsangehörige und war in Österreich vor der Machtübernahme durch die NSDAP Mitglied der Partei seit 24. Mai 1933.“

Zum Beweis der frühen Mitgliedschaft des Fräuleins in der Partei legte der Kläger die Abschrift eines am 15.06.1933 vom Gau Wien ausgestellten vorläufigen Mitgliedsausweises vor. Ebenfalls führte er für das Fräulein ins Feld, dass sie eines der ganz wenigen Parteimitglieder bei der Firma Gönner gewesen sei.

Nach den eigenen Angaben des Klägers trat er bereits Anfang August 1939 mit dem Fräulein in geschlechtliche Beziehungen. Um die Tiefe seiner Empfindungen zu dem Fräulein herauszustellen, hob er an dieser Stelle besonders hervor, dass er zuvor seine seit 1928 bestehende Ehe nie gebrochen habe.

Zwischen dem Fräulein und dem Kläger kam nach Aufnahme der Beziehungen die Frage auf, ob es menschlich verantwortlich sei, wenn sie beide in dauernde Beziehungen zueinander treten. Beide suchten unterschiedliche Auswege:

Das Fräulein konnte die Beziehung zum Kläger offenbar nicht mit ihrem Gewissen vereinbaren und zog aus Riedlingen und damit aus der Nachbarschaft des Klägers weg. Sie kümmerte sich um eine anderweitige Bekanntschaft mit einem wohlhabenden Unternehmer, der bereits früher um sie geworben und ihr nunmehr einen Heiratsantrag gemacht hatte.

Der Kläger hingegen versuchte das Interesse eines Freundes und Parteigenossen für das Fräulein zu wecken, in dem er ihre charakterlichen und persönlichen Qualitäten hervorhob.

Einen weiteren Ausweg suchte der Kläger in seinem Wegkommen aus Saulgau.

Dies nachdem es zwischen den Parteien während einer Urlaubsfahrt im August 1939 nach Österreich zu Unstimmigkeiten gekommen war – der Kläger war auf die Bemühungen der Beklagten hinsichtlich eines Geschlechtsverkehrs nicht eingegangen und hatte dies damit begründet, dass man sich hierzu doch zumindest noch sympathisch sein müsse. Nach einigem Nachsinnen habe die Beklagte daraufhin laut Klägervortrag erklärt, dass man sich trennen oder scheiden lassen müsse. Der Kläger war nach eigenem Vortrag beeindruckt gewesen – angesichts dieser unerwarteten Möglichkeiten, aus der für ihn untragbar gewordenen Ehe herauszukommen und habe vorerst geschwiegen. In der Folgezeit habe er diese neue Situation auf sich wirken lassen, ohne die Gelegenheit einer eingehenden Aussprache mit der Beklagten zu suchen. Sodann sei der Krieg ausgebrochen und es sei ihm nur noch daran gelegen gewesen, das Ansehen der Familie nach außen hin nicht zu beeinträchtigen. Daher habe er sich entschlossen, zunächst zur Wehrmacht zu kommen und als das wegen seiner „uk“ (unabkömmlich)-Stellung als Kreisleiter nicht glückte, nach Polen zu gehen, um sich alsdann scheiden zu lassen, ohne dass die Trennung der Parteien äußerlich für die Welt erkennbar würde.

Die Beklagte bestreitet hingegen, jemals daran gedacht zu haben, selbst Scheidungsklage zu erheben. Die Misstimmungen auf der Urlaubsfahrt nach Österreich hätten daher gerührt, dass der Kläger sich über die Teilnahme des Schwiegervaters an der Urlaubsfahrt geärgert habe.

Trotz dieser möglichen Auswege – vor allem für das Fräulein – hätten er und das Fräulein unabhängig voneinander die Beziehungen zueinander wieder aufgenommen. Insbesondere habe das Fräulein dadurch die Heirat mit dem wohlhabenden Verehrer ausgeschlagen, die ihr ein finanziell sorgenfreies Leben beschert hätte, welches ihr der Kläger nicht hätte bieten können.

Von den Beziehungen des Klägers zu dem Fräulein habe die Beklagte nicht wie der Kläger angibt, durch diesen selbst erfahren, sondern in der ersten Novemberhälfte 1939 durch einen damaligen Bezirksnotar und Parteirichter und dies zu einer Zeit als der Kläger noch Kreisleiter war und sich auf einer Reise mit dem Fräulein befand. Die Beklagte habe den Bezirksnotar später einmal auf der Kreisleitung, als dieser den Kläger vertrat, geohrfeigt mit der Folge, dass dieser seiner Ämter niederlegen musste. Über die Gründe hierfür machten die Parteien unterschiedliche Angaben, die im Tatbestand des Urteils nicht dargestellt wurden.

Nachdem die Beklagte Kenntnis vom Verhältnis des Klägers zu dem Fräulein hatte, kam es im November 1939 zu mehreren Aussprachen zwischen den Parteien, in deren Verlauf der Kläger von Scheidungsabsichten sprach und die Absicht äußerte, das Fräulein zu heiraten. Laut Angaben des Klägers habe ihm die Beklagte auf seine Mitteilung, dass er das Fräulein mit nach Polen nehmen wolle, geantwortet, dass er sie nur mitnehmen solle, es würde sich dann ja herausstellen, ob sie wirklich zusammenpassen.

Sein Amt als Kreisleiter habe er damals sofort (Klägervortrag) oder erst später (Beklagtenvortrag) niedergelegt. Laut Vortrag des Klägers sei lediglich die Amtsenthebung erst später erfolgt.

Seines Amtes als Württembergischen Ärztführers hatte ihn der Ministerialrat Dr. Stehle in Stuttgart auf sein Gesuch vom 18.07.1940 noch im Sommer 1940 enthoben.

Für seine Saulgauer Privatpraxis hatte der Kläger für einige Zeit einen Vertreter angestellt.

In Polen war der Kläger von November 1939 bis April 1940 im Angestelltenverhältnis Leiter der Abteilung Gesundheitswesen und Amtsarzt für den Distrikt Lublin mit dem Sitz in Lublin. Anschließend bekleidete er dasselbe Amt bis März 1943 in Radom. Zugleich führte er dort eine privatärztliche Praxis. Ab März 1943 versah er kein Staatsamt mehr und verdiente sein Geld ausschließlich mit der nach seinen Angaben gut gehenden Privatpraxis.

Das Fräulein lebte seit November 1939 mit ihm in Polen in außerehelicher Beziehung, ohne Kinder von ihm zu haben – und wie der Kläger angab, „in jeder Beziehung harmonisch“. In seiner amtsärztlichen und privaten Praxis ging sie ihm als Gehilfin zu Hand.

Seit der Kläger Saulgau verlassen hatte, standen die Parteien in Briefwechsel. Auch war der Kläger zweimal während dreiwöchiger Urlaube zu seiner Familie zurückgekehrt. Einmal im Oktober 1940 für zwei Tage und ein weiteres Mal im November 1941 für vier Tage. Während seiner Besuche hatte er der Beklagten zwar mitgeteilt, dass er immer noch mit dem Fräulein zusammenlebte, hatte aber im Übrigen doch im guten Einvernehmen mit der Beklagten zusammen gewohnt und hat sich noch außen hin nichts davon anmerken lassen, dass er sich ihr innerlich entfremdet hatte. Insbesondere stellte er auch seinen Bekannten gegenüber eine Scheidungsabsicht in Abrede.

Zur Einleitung des Scheidungsprozesses hatte der Kläger an die Beklagte durch einen Rechtsanwalt und Notar einen Brief richten lassen, in dem er seine Scheidungsabsicht äußerte. Zugleich kündigte er an, für die Beklagte und die Kinder auch in Zukunft sorgen zu wollen und äußerte seine Bereitschaft neben einer im Rahmen eines notariellen Unterhaltsvertrags zu zahlenden angemessenen monatlichen Rente auch die bereits abgeschlossene Lebensversicherung auf die Beklagte und die Kinder umschreiben zu lassen. Auch wollte er der Beklagten und den Kindern weiterhin das Wohnen in dem Haus der Familie in Saulgau ermöglichen.

Diese Punkte sollten dazu beitragen, dass der Prozess in ruhiger und vornehmer Weise durchgeführt werden könne.

Er kündigte an, dass er seine Klage auf § 55 EheG stützen wolle und nur im Falle eines Widerspruchs der Beklagten auf diejenigen Umstände eingegangen werden sollte, die den Kläger zu der Trennung veranlasst haben.

Die Beklagte erwiderte diesen Brief mit einer Antwort an den Kläger.

Sie bezeichnete das Verhalten des Klägers, nicht selbst mit ihr verhandeln zu wollen, als feige. Sie sei verwundert über seine Absicht Scheidungsklage erheben zu wollen, da er noch während seines Urlaubs auf ihre entsprechende Nachfrage geantwortet habe, dass er eine Scheidung strikt ablehne und man nach dem Krieg weitersehen würde. Verärgert war die Beklagte über den Vorschlag des Klägers ihr eine Rente zu zahlen und die Wohnverhältnisse zunächst nicht ändern zu wollen. Sie stellte klar, dass sie sich weder „nach § 55 noch nach einem anderen §“ scheiden lassen wolle.

Sodann drohte sie dem Kläger mit keinem geringerem als dem Führer:

„Wenn Du mich zwingst, wende ich mich an den Führer persönlich. Der hat schon grössere Herrn zur Vernunft gebracht als Dich. Lediglich Dir und den Kindern zuliebe habe ich das bis jetzt noch nicht getan und bitte Dich, dass Du mich nicht dazu treibst. Heil Hitler! [...]“

Trotz dieser Androhung erhob der Kläger am 04.08.1942 Scheidungsklage vor dem Landgericht Ravensburg. Die Beklagte beantragte Klageabweisung und für den Fall der Scheidung aber den Kläger schuldig zu sprechen. Dem Eventualantrag trat der Kläger nicht entgegen.

In ihrer Vernehmung im Termin vom 26.11.1942 gab die Beklagte an, dass sie es nicht für ausgeschlossen halte, dass der Kläger doch noch den Weg zu ihr und den Kindern zurückfinde, wenn vielleicht auch nur aufgrund eines Schicksalsschlages. Sie sei jederzeit bereit, ihn wieder aufzunehmen.

Im Rahmen des Scheidungsverfahrens legte der Kläger ein schriftliches Unterhaltsangebot für die Beklagte und die Kinder vor.

Die Beklagte hielt ihren Widerspruch angesichts des aus ihrer Sicht ungenügenden Angebots dennoch aufrecht und kündigte an, dies auch im Falle eines günstigeren Angebots seitens des Klägers zu tun.

In seinem Schriftsatz vom 18.10.1943 erweiterte der Kläger sein Angebot dahingehend, dass er der Beklagten in Aussicht stellte, die Unterhaltsforderungen auf seiner Grundstückshälfte dinglich zu sichern. Ebenso bot er die dingliche Sicherung seines Verzichts an, vor Volljährigkeit des letzten Kindes die Auseinandersetzung der Gemeinschaft am Eigentum des Grundstücks zu betreiben.

Nach einem umfangreichen Verfahren – drei mündliche Verhandlungen, sechs Schriftsätze des Klägers und fünf der Beklagten – wies das Landgericht Ravensburg durch Landgerichtsrat Fis in seinem ausführlichen Urteil vom 04.11.1943 die Scheidungsklage des Ehemanns ab.

Es handelt sich um die umfangreichsten Entscheidungsgründe des Landgerichts Ravensburg in den Jahren zwischen 1938 und 1945 in einem Verfahren mit Bezug zu § 55 EheG 1938.

Wie schon im Tatbestand beschäftigt sich das Gericht eingehend mit den Umständen des Einzelfalls und argumentiert in auffällig ausführlicher Weise.

Einleitend stellte das Gericht fest:

„Wie in vielen Scheidungsprozessen ist es auch hier: der klagende Ehegatte hat keinen Scheidungsgrund; der beklagte Ehegatte, der einen Scheidungsgrund hat, will aber nicht geschieden sein.“

Die Beklagte hätte die Möglichkeit wegen des Verhältnisses des Klägers mit dem Fräulein ihrerseits Scheidung nach § 47 EheG 1938 zu verlangen. Selbst wenn sie dem Kläger auf dessen Erklärung, dass er das Fräulein nach Polen mitnehmen wolle, entgegnet hätte, dass er das nur tun solle und dann schon sehen werde, ob sie beide auch wirklich zusammenpassen, sei dies keine Zustimmung zum ehebrecherischen Verhalten des Klägers. Vielmehr habe sie dadurch nur zum Ausdruck gebracht, dass sie dagegen sowieso nichts unternehmen könne.

Zwar habe der Kläger den Antrag auf Scheidung nach § 49 EheG 1938 nur als Eventualantrag gestellt. Aus Zweckmäßigkeitsgründen entschied das Gericht aber zunächst über diesen und stellte sich zu Beginn die Frage:

„Was sollen nun die schweren Eheverfehlungen sein, deren sich die Beklagte schuldig gemacht haben soll?“

Der Kläger habe im Laufe des Rechtsstreits drei solche Verfehlungen genannt, habe aber die erste Verfehlung als Scheidungsgrund selbst nachträglich fallen lassen und die zweite Verfehlung mit Rücksicht darauf, dass sie durch den bis zum Juli 1939 fortgesetzten ehelichen Verkehr der Parteien verziehen wäre, nur zur Unterstützung des in der dritten Verfehlung zu erblickenden Scheidungsgrund geltend gemacht.

Zu der ersten Verfehlung – die Taufe der ersten fünf Kinder – nimmt das Gericht in den Entscheidungsgründen wie folgt Stellung:

„Der Kläger hat der Beklagten zunächst den Vorwurf gemacht: während er als alter Parteigenosse und Kreisleiter gewünscht habe, dass seine Kinder in nationalsozialistischem Sinn erzogen und demgemäss nicht nach den Riten der Kirche und späterhin beeinflusst werden, habe die konfessionell sehr stark gebundene Beklagte unter Umgehung seines ausdrücklichen Wunsches und in Missachtung seiner klaren Weisung, die ersten 5 Kinder – den Sohn Ulrich sogar heimlich in Abwesenheit des Klägers – taufen lassen, ein Verhalten, dass dazu geführt habe, dass die Parteien einander stark entfremdet worden seien“. Nach Darstellung der Beklagten habe der Kläger ihr sogar vorgeworfen die Kinder weltanschaulich verdorben zu haben.

Nachträglich habe der Kläger diesen Vorwurf fallen gelassen. Dies nur mit „Rücksicht auf Beweisschwierigkeiten und mit Rücksicht darauf, dass er sich

vielleicht in einem Punkt geirrt habe und die Möglichkeit (!) zugeben müsse, dass er bei der Taufe seines Sohnes doch zugegen gewesen sei“.

Vielmehr sei schon durch die Bekundungen des Pfarrers a.D. so ziemlich jeder einzelne Punkt seines mehr wie leichtfertigen Vorwurfs widerlegt gewesen.

Als „geradezu unsinnig“ bezeichnete das Gericht den Vorwurf des Klägers, die Beklagte habe die Kinder weltanschaulich verdorben.

„Eine Weltanschauung können ja Eltern, Kirche, Schule, Partei und sonstige Organisationen einem Menschen (sei es einem heranwachsenden, sei es einem erwachsenen Menschen) überhaupt nicht einimpfen, sondern eine Weltanschauung kann ein Mensch, der strebend sich bemüht, erst im Lauf eines langen Lebens sich allmählich erringen.“

Ebenso unberechtigt sei der Vorwurf des Klägers, dass sich ihm die Beklagte durch zu vertraute Beziehungen zu dem Oberlehrer entfremdet habe. Zutreffend sei zwar das Vorbringen, dass sich die Beklagte einmal gleichzeitig beim Kläger und bei dem Oberlehrer eingehängt habe, das sei aber wahrhaftig eine solche Lappalie gewesen, „dass eine Erörterung hierüber lächerlich wäre“. Ebenso habe die „(für den Kläger recht blamable) Gegendarstellung“ der Beklagten widerlegt, dass es aufgrund der Beziehungen zu dem Oberlehrer einmal zu einem tätlichen Angriff des Klägers auf die Beklagte gekommen sei. Ebenso wenig schenkte das Gericht dem Vorbringen des Klägers Glauben, dass er erschüttert gewesen sei, als er den Oberlehrer am Wochenbett der Beklagten vorgefunden hat.

Auch die weitere vom Kläger vorgetragene Verfehlung – das Verhalten der Beklagten gegenüber dem Notar und Kreisrichter – reichte dem Gericht nicht aus, um die Ehe der Parteien nach § 49 EheG 1938 zu scheiden. Den Hergang, der die Grundlage dieses Vorwurfs bildete, schilderte das Gericht wie folgt:

„Anfang November 1939 sei zunächst im Auftrag des Klägers Notar [...] zu ihr gekommen und habe ihr unter Hinweis auf die ihm persönlich bekannten guten Eigenschaften von Fräulein [...] die Modalitäten der Scheidung mit ihr erörtert; einen oder einige Tage nachher sei dann die Beklagte zu [...] gegangen, habe ihn, den in Ehren ergrauten angesehenen Notar und Kreisrichter, als Kuppler beschimpft und ihn vor den Angestellten der Kreisleitung geohrfeigt mit der Folge, dass [...] und der Kläger blossgestellt worden seien und der Klägers seines Amtes als Kreisleiter und Ärzteführer enthoben worden sei; dieses grob ehewidrige Verhalten der Beklagten werde nur noch überboten durch ihre Behauptung, dass der Kläger es selbst gewesen sei, der sich in Saulgau unmöglich gemacht habe.“

Dieses Verhalten der Beklagten – unterstellt es habe sich so zugetragen – wurde vom Landgericht Ravensburg als nicht ehewidrig eingestuft, denn die Beklagte hätte dem Notar dann nur in durchaus verständlicher drastischer Weise gesagt, was sie von ihm hält. Wären der Notar und der Kläger durch das Verhalten der Beklagten um ihre Ämter gekommen, so wäre der Beklagten deswegen kein Vorwurf zu machen. Ob ein Parteibeam-

ter unwürdig ist, sein Parteiamt weiter zu bekleiden, habe ja ausschließlich die Partei zu entscheiden – so das Gericht.

Im übrigen merkt das Gericht an, dass das Verhalten der Beklagten noch verständlicher und noch weniger zu beanstanden sei, wenn sich die Zusammenkünfte zwischen dem Notar und ihr so zugetragen haben, wie sie es geschildert hatte, ohne den Vortrag der Beklagten in diesem Punkt näher zu schildern.

Das Gericht stellte fest, dass es unter diesen Umständen erstaunlich ist, „dass der Kläger es fertig gebracht hat, seine Scheidungsklage, wenn auch nur eventuell, auch auf § 49 des Eheges. zu stützen.“

Mit diesen Ausführungen bezog das Gericht deutlich Stellung für die beklagte Partei. Wie in sonst keinem der untersuchten Urteile stellte das Landgericht Ravensburg den Kläger bloß. Das Gericht begnügte sich nicht damit, den Fall in rechtlicher und tatsächlicher Hinsicht unter die geltend gemachten Scheidungsgründe zu subsumieren, sondern kommentierte und wertete zusätzlich das Verhalten und das Vorbringen des Klägers.

Es führte weiter aus:

„Nicht die leichteste Eheverfehlung kann der Kläger der Beklagten vorwerfen. Mit seiner Behauptung, sie habe und zwar schon ehe Frl. [...] in seinen Gesichtskreis getreten sei, schuldhafterweise die Ehe unheilbar zerrüttet, stellt er den Sachverhalt geradezu auf den Kopf.“

Weiter zählte das Landgericht Ravensburg die Umstände auf, die für die Beklagte sprechen:

„Die Wahrheit ist die:

Die Beklagte ist eine gebildete, untadelige Frau. Sie hat seinerzeit des Klägers wegen ihr Medizinstudium aufgegeben, hat dem Kläger in der Ehe sechs gesunde körperlich und geistig gut entwickelte Kinder geschenkt, an denen beide Parteien ihre helle Freude haben können (die ersten fünf Kinder in einem Zeitraum von 7 ½ Jahren !!!) und ist allem nach eine ganz vorbildliche Mutter, Ehefrau und Hausfrau, die auch an der Arbeit des Klägers in Beruf und Partei regen Anteil genommen hat.“

Das Gericht ging sogar noch weiter und stellte einen Vergleich zwischen der Beklagten und der Geliebten des Klägers Frl. [...] an:

„Sie [die Beklagte] ist am 25.03.1943 38 Jahre alt geworden, ist also nur 2 Jahre älter als Frl. [...]. Es kann sein, dass Frl. [...] äusserlich mehr vorstellt, denn die vielen Geburten sind natürlich an der Beklagten nicht spurlos vorübergegangen. Sie ist aber trotzdem noch ganz gesund und leistungsfähig und auch äusserlich immer noch eine recht gute und stattliche Erscheinung. Kurz und gut: sie ist eine Frau, auf die der Kläger stolz sein und mit der er sich überall sehen lassen kann.“

Ferner griff das Gericht den Kläger sogar – in teils ironischer und beleidigender Weise - persönlich an:

„Wenn sich nun der Kläger schon ehe er Frl. [...] hat kennen gelernt, zur Beklagten nicht mehr so recht hingezogen gefühlt hat, und wenn er nicht, wie man es von ihm natürlicherweise hätte erwarten sollen, im Laufe der Zeit immer enger mit ihr und den Kindern zusammengewachsen ist, so ist dies nur so zu erklären, dass er ein triebhafter oberflächlicher Mann ohne Gemühtiefe ist und die einen Ehemann zierenden Tugenden der Dankbarkeit und der pflichtgetreuen Hingabe nicht kennt. Als dann im Juli 1939 Frl. [...] in seinem Gesichtskreis aufgetaucht ist, ist er sofort in Liebe zu ihr entflammt und hat sie bestimmt, sich ihm schon nach kürzester Bekanntschaft zum Geschlechtsverkehr hinzugeben. Es ist ihm ohne weiteres zu glauben, dass er sonst noch nie mit irgend einem weiblichen Wesen die Ehe gebrochen hat und es darf die Tatsache in Verbindung mit dem vom Kläger am 17.08.1939 an Frl. [...] geschriebenen Brief²⁵⁷ als Beweis für die Tiefe seiner Liebesleidenschaft gewertet werden. Schon dieser Ehebruch (nebst dem o.g. Brief) war aber milde ausgedrückt eine recht starke Entgleisung des Klägers, zumal wenn man bedenkt, dass er eine gesunde Frau (mit damals 5 Kindern) hatte, die mit dem sechsten Kind schwanger ging und bereit war, ihm noch weitere Kinder zu schenken...“

Die Betrachtung der Entscheidungsgründe – insbesondere hinsichtlich der Seitenhiebe des Gerichts gegenüber dem Kläger – muss vor dem Hintergrund erfolgen, dass der zuständige Richter Landgerichtsrat Fis als Gegner des Nationalsozialismus aufgrund seiner politischen Haltung mit schwerwiegenden Nachteilen in seinem beruflichen Fortkommen zu kämpfen hatte²⁵⁸. Nunmehr hatte er über die Ehe eines Hoheitsträgers der Partei zu urteilen, der die weltanschaulichen Ideale der Partei in Bezug auf Ehe und Familie auf das gröbste missachtet hatte, ja geradezu das Gegenteil des Idealbilds des Ehemanns und Vaters nach der nationalsozialistischen Weltanschauung verkörperte.

Das Gericht würdigte zum einen die Verdienste der Beklagten als Ehefrau und Mutter, die im Lichte des Verständnisses der damaligen Zeit von Ehe und Familie geradezu vorbildlich waren und geht zum anderen noch weiter, in dem es an die Vorbildfunktion des Klägers appellierte, die ihm durch seine früher bekleideten Ämter zukam:

„... und dass er als Mann einer solchen Frau und überdies als Ärzteführer (!!!) und Kreisleiter (!!!) die sittliche Pflicht hatte, ein Vorbild der Lebens-

²⁵⁷ Dieser Brief ist im Tatbestand des Urteils vom 04.11.1942 wiedergegeben: „Mein einziges Fraule! Ich komme eben aufs Büro zurück und schreibe Dir noch, weil ich eine furchtbare Angst in mir habe: ich kann Dich nicht verlieren! Wenn Du von mir gehst, nimmst Du ein Stück von mir selbst mit und damit bin ich ein erledigter Mensch. Warum ich gestern glücklich war und heute nicht mehr, sondern eine Ruine, sage ich Dir am Samstag. Du bist der einzige Mensch, der mein Inneres kennt und der mir meine seelische Gesundheit wiedergeben kann. Sie ist mit Deinem Schicksal unzertrennbar verbunden. Ich will und kann Dich nicht glücklich sehen. Handle so, wie auch die Frau G. Dir vorgeschlagen. Du wirst dann zur Ruhe kommen. Ich will Dir Kamerad und alle sein. Die Zeit bringt alles zur Reife! – Darüber am Samstag auch. Aber komm bitte, bitte Herz! Handle rasch, meine Süsse, damit Du glücklich sein kannst. Glaube mir in dieser entscheidenden Stunde! Ich kenne Dich zu gut. Tausend süsse Buserln von Deinem Buben.“

²⁵⁸ Vgl. Vierter Teil, 1. a. bb. [3].

führung und Selbstzucht für die von ihm geführten Ärzte und Parteimitglieder zu sein. Offenbar haben dann auch sowohl er selbst als FrL. [...] sogleich Gewissensbisse empfunden und getrennt voneinander verschiedene Auswege gesucht. Sie haben sich aber, ohne dass diese Auswege sie zum Ziel geführt hätten, wieder zusammengefunden und leben nun seither in Polen im Konkubinat (wie der Kläger angibt: sehr glücklich) zusammen. Die Frage liegt nahe: Wie hätte der Kläger wohl früher einen solchen Fall bei einem anderen Mann unter gleichen Verhältnissen beurteilt und welches Werturteil hätte er über den Mann gefällt und welches Werturteil über seine Konkubine?“

Nach diesen Ausführungen des Gerichts, die keinen konkreten Bezug zu einem der vom Kläger vorgebrachten Scheidungsgründe aufweisen und fast schon einer „Moralpredigt“ für den Kläger gleichen, kam das Gericht zu der Prüfung des Scheidungsgrunds des § 55 EheG 1938.

„Der Kläger stützt seine Klage ja in 1. Linie auf § 55 des Eheges. und eben auf diesen § stützt die Beklagte ihren Widerspruch.“

Bevor das Gericht auf die Prüfung der Voraussetzungen der Zerrüttungsscheidung einging, nannte es vorab die aus seiner Sicht problematischen Punkte. Eine strukturierte Vorgehensweise, die in sonst keinem der untersuchten Urteile zu finden ist.

„Dabei erheben sich vier Fragen: je 2 zu Abs. 1 und 2 des § 55:

Ist die häusliche Gemeinschaft der Parteien seit mindestens 3 Jahren aufgehoben?

Ist die Ehe der Parteien tiefgreifend und unheilbar zerrüttet und ist infolge davon die Wiederherstellung einer dem Wesen der Ehe entsprechenden Lebensgemeinschaft der Parteien nicht zu erwarten?

Bejahendenfalls: Hat der Kläger die Zerrüttung der Ehe ganz oder überwiegend verschuldet und kann die Bekl. deshalb der Scheidung widersprechen oder hat sie ihr Recht dazu verwirkt?

Falls die Bekl. an sich das Recht hat, zu widersprechen: Ist die Aufrechterhaltung der Ehe bei richtiger Würdigung des Wesens der Ehe und des gesamten Verhaltens beider Ehegatten sittlich gerechtfertigt und ist deshalb der Widerspruch der Beklagten gegen das Scheidungsverlangen des Klägers zu beachten?“

In Punkt 1.) gab das Gericht dem Kläger Recht und bejahte das Vorliegen der dreijährigen Aufhebung der häuslichen Gemeinschaft. Der Kläger sei im November 1939 nur deshalb von Saulgau weggezogen, weil es in der Ehe der Parteien nicht mehr gestimmt habe. Gleichzeitig räumte das Gericht ein, dass freilich auch noch der Umstand hinzutrat, dass der Kläger sich wegen seiner ehebrecherischen Beziehungen zu dem Fräulein als Kreisleiter und Ärzteführer in Saulgau nicht mehr halten konnte.

Die Trennung habe keinen natürlichen Grund in den Lebensverhältnissen der Parteien gehabt und der Kläger sei auch nicht unfreiwillig dazu gezwungen worden. An der

dreijährigen Aufhebung der häuslichen Gemeinschaft ändere sich auch nichts durch die zweimaligen Besuche des Klägers für einige Tage während seiner Urlaube, bei denen er zuhause auch Gäste empfangen hat. Ferner auch nicht dadurch, dass er schriftlich und während der Besuche auch mündlich in anständigen gesitteten Formen mit seiner Frau verkehrt hatte, ihr auch kleine Geschenke gemacht und ihr gegenüber seine Scheidungsabsichten der Wahrheit zuwider in Abrede gestellt hatte.

Hier zeigt sich das Gericht scheidungsfreundlich; hätte der Sachverhalt doch auch Gelegenheit dazu geboten, die Aufhebung der häuslichen Gemeinschaft zu verneinen.

Im Rahmen der Erörterung von Punkt 2.) verneinte das Gericht das Vorliegen einer unheilbaren Zerrüttung der ehelichen Verhältnisse, weshalb die Scheidungsklage bereits deshalb abzuweisen sei.

Zwar habe der Kläger durch sein Verhalten eine tief greifende Zerrüttung der Ehe herbeigeführt, woran auch durch die einseitige Bereitschaft der Beklagten, die eheliche Gemeinschaft mit dem Kläger fortzusetzen, nichts ändere.

„Die Zivilkammer bezweifelt jedoch ernstlich die Unheilbarkeit der Zerrüttung. Die Ehe der Parteien ist keineswegs lediglich zu einer hohlen Form geworden.“

Zwar wohne der Kläger schon mehrere Jahre „(wie er angibt: sehr glücklich)“ im Konkubinat mit dem Fräulein zusammen. Die Zivilkammer hielt es aber trotzdem für sehr wohl möglich, dass der Kläger, der doch ein gebildeter Mann und sicher nicht ohne alle Herzenswärme sei, das an der Beklagten begangene Unrecht selbst nicht nur erkennt, sondern auch bereut und den Weg zu der Beklagten zurückfindet. Zwar habe die Beklagte selbst vorgetragen, dass wohl nur noch ein Schicksalsschlag sie wieder zusammenführen könne, allein in der heutigen Zeit seien Schicksalsschläge in jeder Familie etwas Alltägliches und keineswegs außer jedem Bereich der Wahrscheinlichkeit.

Die Argumentation des Landgerichts Ravensburg ist an dieser Stelle recht scheidungsfeindlich, zumal der Sachverhalt eine Bejahung der Zerrüttung der ehelichen Verhältnisse gestützt hätte.

Selbst wenn man eine unheilbare Zerrüttung der Ehe annehme, so wäre nach dem Dafürhalten des Landgerichts Ravensburg der Klage nach § 55 Abs.2 des Eheges. der Erfolg zu versagen.

Bei der Erörterung des Punkt 3.) „stichelte“ das Gericht wieder gegen den Kläger, bzw. dessen Prozessbevollmächtigten:

„Der Kläger hat ausschließlich durch sein Verschulden die Zerrüttung der Ehe herbeigeführt. Es ist unbegreiflich, dass er (oder bloss sein Anwalt?) meint, ihr Recht sich darauf zu berufen und demgemäss Widerspruch gegen das auf § 55 Abs.1 gestützte Scheidungsverlangen zu erheben, habe die Beklagte verwirkt, weil sie bei der Aussprache, die sie Anfang November 1939 mit dem Kläger gehabt habe, ihre Zustimmung dazu gegeben habe, dass der

Kläger probeweise sein ehebrecherisches Verhältnis mit FrL. [...] in Polen fortsetze.“

Da eine solche Zustimmung seitens der Beklagten nicht vorliege, habe die Beklagte das Recht, der Scheidung zu widersprechen.

In sehr ausführlicher Weise beschäftigte sich das Gericht sodann mit Punkt 4.).

Zwar verkenne die Zivilkammer nicht, dass es nicht im Sinn des § 55 EheG 1938 liege, dass eine durch alleinige Schuld des klagenden Ehegattens unheilbar zerrüttende Ehe bestehen bleibt und der schuldige Ehegatte durch Festhalten an der Scheinehe gestraft werde.

Dies habe auch das Reichsgericht, z.B. in dem vom Kläger angeführten Urteil vom 13.02.1939, E 159, S. 305 ff., ausgesprochen.

Zugleich arbeitete das Landgericht aber die Unterschiede zwischen dem vom Reichsgericht entschiedenen und dem vorliegenden Fall heraus.

Die Entfremdung der Ehegatten habe dort schon 17 Jahre vor der Urteilsverkündung eingesetzt und die neue Lebensgemeinschaft, die der Ehemann eingegangen war, habe sich schon ebenso lange bewährt. Auch haben diese Eheleute als einziges Kind einen erwachsenen und im Beruf stehenden Sohn. So sei es gekommen, dass das Reichsgericht in jenem Fall den Widerspruch der Frau nicht beachtet und erklärt hatte, dass diese besser daran getan hätte, wenn sie zu einer Zeit, als sie noch erheblich jünger war und sich leichter hätte umstellen können, von dem ihr allein gewährten Recht auf Scheidung Gebrauch gemacht und ihrem Ehemann einen neuen Lebensweg eröffnet hätte. Das Reichsgericht sage am Schluss seiner Entscheidung:

„Wie weit es für die Entscheidung über den Widerspruch beachtlich wäre, wenn eine Ehefrau Mutter mehrerer Kinder ist, insbesondere dann, wenn ein Teil von ihnen noch unversorgt und unterhaltsbedürftig ist, braucht hier nicht erörtert zu werden.“

Anders als der damals vom Reichsgericht behandelte Fall sei nun in der Tat der vorliegende Fall zu entscheiden. Der Widerspruch der Beklagten sei als beachtlich einzustufen. Begründet wurde dies damit, dass die Beklagte - hätte sie ihr Medizinstudium fortgesetzt anstatt zu heiraten - jetzt eine gute gesicherte Lebensstellung hätte. Als Mutter von sechs unterhaltsbedürftigen und unversorgten Kindern müsse sie sich nun ganz dem Haushalt und den Kindern widmen und könne keinem Erwerb nachgehen. Zwar wäre für die Beklagte und die Kinder in Zukunft ausreichend gesorgt, wenn der Kläger seinen glaubhaften Zusicherungen hinsichtlich deren Versorgung nachkäme. Es sei aber mehr als zweifelhaft, ob er als Arzt, der nur noch eine Arztpraxis betreibe, auch beim besten Wille in der Lage sei, neben dem Unterhalt für die neu zu gründende Familie, die voraussichtlich recht erhebliche Ansprüche stellen werde, alle diese Leistungen aufzubringen. Schließlich sei es keine Kleinigkeit für den Unterhalt von zwei Familien aufzukommen.

Abschließend nahm das Gericht noch zu einer möglichen Ehe des Klägers mit dem Fräulein Stellung und urteilte auch über das Fräulein persönlich unter Bezugnahme auf ihre Parteizugehörigkeit:

„Die Ehe, die der Kläger mit Fräulein [...] einzugehen beabsichtigt, ist volkswirtschaftlich nicht erwünscht. Denn soviel steht jetzt schon fest, dass Frl. [...] nicht die einwandfreie Persönlichkeit ist, als die der Kläger sie hinstellt. Dass sie eine alte Kämpferin ist, besagt für ihren Menschenwert gar nichts. Denn es gibt innerhalb und außerhalb der Partei wertvolle und wertlose Menschen. Gegen Frl. [...] spricht schon die Tatsache, dass sie den Kläger als einen verheirateten Mann mit damals 5 Kindern unbekümmert und hemmungslos in ihre Fesseln geschlagen und sich ihm nach aller kürzester Bekanntschaft schon im August 1939 zum Geschlechtsverkehr hingegeben hat. Weitere Erhebungen über ihr Vorleben und ihren Ruferübrigen sich, da der Kläger selbst zugibt, dass sie, ehe sie den Kläger gekannt hat, mit Herrn [...] „engagiert“ war, das heisst wohl offenbar: ein mit Geschlechtsverkehr verbundenes (wenn auch vielleicht auf Heirat abzielendes) Verhältnis mit ihm hatte.“

Die Aufrechterhaltung der Ehe der Parteien sei demnach bei richtiger Würdigung des Wesens der Ehe und des gesamten Verhaltens beider Ehegatten sittlich gerechtfertigt und sogar geboten, weshalb die Klage abzuweisen sei.

In der beim NSDAP Gaupersonalamt Württemberg-Hohenzollern²⁵⁹ geführten Personalakte des Klägers finden sich keine Informationen, die im Zusammenhang mit dem von ihm angestrebten Scheidungsverfahren stehen.

Dies könnte sich dadurch erklären, dass der klagende Ehemann zum Zeitpunkt der Klageerhebung am 04.08.1942 nicht mehr Kreisleiter und Württembergischer Ärztführer war.

Nach dem erfolglos durchgeführten Scheidungsverfahren vor dem Landgericht Ravensburg hatte der Kläger mit einigen Problemen zu kämpfen. Im Juli 1944 verließ er die Dienststelle in Radom ohne Genehmigung des dortigen Gouverneurs und begab sich nach Wien, wo er am 07.08.1944 verhaftet und ins Gefängnis eingeliefert wurde. Drei Monate später wurde er wieder auf freien Fuß gesetzt mit der Verpflichtung, in das Generalgouvernement zurückzukehren. Er übernahm in der Folgezeit in Bad Krynica die Leitung eines Lazaretts. Als Mitte Januar 1945 dieses Gebiet von der anrückenden russischen Armee besetzt wurde, setzte er sich wieder nach Wien ab und kam dort im Oktober 1945 in Internierungshaft. Zuletzt befand er sich im Lager Dachau und floh von dort aus im März 1948 wieder nach Wien. Im Oktober 1950 kehrte er nach Saulgau zurück, wurde am 05.12.1950 in Untersuchungshaft genommen und am 02.03.1951 von der Gro-

²⁵⁹ StA Ludwigsburg PL 501 Bü 56. Die Akte enthält Dokumente aus den Jahren 1932-1942. Das letzte Dokument datiert vom 16.04.1942 und stammt daher aus der Zeit vor der Erhebung der Scheidungsklage durch den Ehemann.

ßen Strafkammer des Landgerichts Ravensburg²⁶⁰ wegen Verbrechens gegen die Menschlichkeit im Sinne des Kontrollratsgesetz Nr. 10, Art. II, Ziffer 1c in Tateinheit mit einem Verbrechen der Beihilfe zur Brandstiftung aufgrund seines Verhaltens im Falle der Niederbrennung der Synagoge in Buchau in der Nacht vom 10. auf den 11. November 1938 zu sieben Monaten Gefängnis verurteilt. Er wurde noch am gleichen Tage aus der Haft entlassen. Die Gefängnisstrafe wurde später auf Grund des § 2 des Straffreiheitsgesetzes vom 31.12.1949 mit Bewährungsfrist erlassen. Seit dieser Zeit hielt sich der Kläger wieder in Saulgau auf und fristete seinen Lebensunterhalt von privaten Unterstützungen.

Später, vermutlich im Jahr 1952, eröffnete er wieder eine Praxis in Saulgau. Seine aktive Tätigkeit in der Partei während den Zeiten des Nationalsozialismus und seine familiären Verhältnisse hatten sich für sein berufliches Fortkommen dem Anschein nach nicht nachteilig ausgewirkt, da ihm die Existenz als Arzt in den kleinstädtischen Verhältnissen in Saulgau auch noch in der Nachkriegszeit ohne größere Schwierigkeiten möglich war²⁶¹.

Dies könnte darin seinen Grund haben, dass der Kläger in Saulgau nicht den Ruf eines Despoten hatte und ihm zumindest keine Untaten nachgesagt wurden.

1969 siedelte der Kläger nach Spanien über. Seine Umsiedlung hatte vermutlich damit zu tun, dass ihm eine erneute Strafverfolgung drohte. Zunächst ermittelte die Staatsanwaltschaft Hannover gegen ihn wegen seiner Rolle als Leiter der Abteilung Gesundheitswesen in Radom. Das später von der Staatsanwaltschaft Stuttgart übernommene Verfahren wurde 1970 eingestellt, da man dem Kläger außer einer Teilnahme an einer Tagung in Bad Krynica, auf der der Vorschlag gemacht worden war, kranke oder widerständige Juden zu erschießen, nichts zu Lasten gelegt werden konnte und er sich dadurch keiner intellektuellen Beihilfe zum Mord schuldig gemacht habe.

Eine Rückkehr des Klägers nach Saulgau erfolgte auch nicht nach der Einstellung des Verfahrens. Über seinen weiteren Lebensweg ist nichts bekannt²⁶².

Die eheliche Gemeinschaft mit der Beklagten nahm er jedoch zu keinem Zeitpunkt mehr auf. Seine Ehefrau begehrte drei Jahre nach dem von ihrem Mann erfolglos durchgeführten Scheidungsverfahren die Scheidung ihrer Ehe.

In dem späteren Scheidungsverfahren R 100 / 1946²⁶³ wurde durch anstelle der Verkündung zugestelltes Urteil vom 06.08.1946 die Ehe der Parteien geschieden.

²⁶⁰ Landgericht Ravensburg, Urteil vom 02.03.1951, Az.: Kls 4/1951.

²⁶¹ Arbogast, Herrschaftsinstanzen, S.178.

²⁶² Arbogast, Herrschaftsinstanzen, S.179.

²⁶³ Zuständig für dieses Scheidungsverfahren war die I. Zivilkammer des Landgerichts Ravensburg in der Besetzung Landgerichtspräsident Dr. Schm, Amtsgerichtsdirektor Dr. Hol und Landgerichtsrat Fis. Landgerichtsrat Fis war in dem erneuten Scheidungsverfahren Berichterstatter. Somit war derselbe Richter maßgeblich an der Entscheidung beteiligt, der im früheren Scheidungsverfahren der Parteien im Jahre 1942/43 die Scheidungsklage des Ehemanns abgewiesen hatte.

Prozessbevollmächtigte der Ehefrau waren - wie bereits im Verfahren von 1942 - die Rechtsanwälte Die und Krau aus Ravensburg.

Den erneuten Scheidungsprozess führten die Eheleute miteinander in umgehrter Parteirolle.

Mit der Klage verlangte die Ehefrau Scheidung der Ehe wegen des fortgesetzten Ehebruchs des Beklagten mit Fräulein [...] und verwies zur Begründung ihres Scheidungsbegehrens auf den Tatbestand und die Entscheidungsgründe des Urteils vom 4.11.1943 im früheren Verfahren R 123 / 1942. Der Kläger war zum Zeitpunkt des zweiten Scheidungsprozess mit unbekanntem Aufenthalt abwesend. Er war trotz öffentlicher Zustellung der Klage, Veröffentlichung eines Auszugs im Amtsblatt und eines zweiwöchigen Aushangs an der Gerichtstafel bei der mündlichen Verhandlung nicht erschienen und auch nicht vertreten gewesen.

In seinen knappen - nicht einmal eine halbe Seite umfassenden Entscheidungsgründen - stellte das Gericht zunächst fest, dass die nach § 262 ZPO erforderliche zweiwöchige Einlassungsfrist zwischen der öffentlichen Zustellung und dem Termin nicht gewahrt worden war. Im vermuteten Einverständnis mit dem Beklagten sah die Zivilkammer über diesen Mangel hinweg; schließlich habe der Ehemann ja schon im ersten Scheidungsprozess deutlich zum Ausdruck gebracht, dass er unter allen Umständen geschieden sein wolle.

Aus dem früheren Urteil ergebe sich ohne weiteres, dass der Klägerin das Recht zustehe, Scheidung wegen des ehebrecherischen Verhältnisses des Beklagten mit dem Fräulein zu verlangen. Dieses Recht habe sie auch nicht durch Fristablauf oder Verzeihung verloren. Daher schied das Landgericht Ravensburg die Ehe der Parteien nach § 42 EheG 1946 wegen des Ehebruchs des Klägers mit dem Fräulein und sprach den Ehemann nach § 52 EheG 1946 schuldig.

Am 15.12.1950 schloss der Kläger vor dem Standesbeamten in seinem Heimatort Saulgau erneut eine Ehe. Diese ging er aber nicht mit seiner früheren Geliebten ein, sondern mit einer Witwe, die er 1946 in Wien kennen gelernt hatte und die zwei minderjährige Kinder mit in die Ehe brachte.

Im später durchgeführten Spruchkammerverfahren²⁶⁴ stellte der Ehemann seinen Weggang aus Saulgau als Folge von Differenzen mit der Partei dar. Es sei zu Differenzen mit der Gauleitung gekommen, da er sich Maßnahmen widersetzt habe, die er nicht für tragbar hielt. Er habe wiederholt gegen die Vorschriften der Gauleitung Stellung bezogen und sei deshalb den liniengetreuen Parteigenossen ein Dorn im Auge gewesen. Nach Kriegsausbruch sei es zum offenen Krach mit der Gauleitung gekommen. Er habe sich nach Kriegsbeginn für politisch Verfolgte eingesetzt und als Arzt in Polen auch entgegen den Befehlen der Reichsgesundheitskammer jüdische und polnische Patienten behandelt. Im Frühjahr 1944 sei er sogar aus der Partei ausgetreten.

In diesem Spruchkammerverfahren²⁶⁵ wurde auch die Frage aufgeworfen, inwieweit familiäre Umstände bei seinem Weggang nach Polen und der Aufgabe seiner Parteiäm-

²⁶⁴ StASig Wü 13 T2 Nr. 1874 und 2684, Az.: 12/KB/709.

²⁶⁵ StASig Wü 13 T2 Nr. 1874, Az.: 12/KB/709, hier Schreiben des Eugen Gailer, früherer Vorsitzender des Kreisuntersuchungsausschusses Saulgau an das Staatskommissariat für die politische Säuberung vom

ter eine Rolle gespielt hatten. Der Kreisuntersuchungsausschuss weigerte sich jedoch, hier in rein private Angelegenheiten einzugreifen und ließ diesen Aspekt bei seiner Untersuchung außer Acht. Die Spruchkammer kam in ihrem Spruch auf die Sitzung vom 10.05.1951 dennoch zu dem Ergebnis, dass der Wechsel des Aufenthaltsorts „in erster Linie oder sogar ausschließlich“ mit seinen privaten und familiären Verhältnissen zu tun gehabt habe.

Die zügige Durchführung des Spruchkammervfahrens wurde von der Ehefrau angeregt. Diese war nach Kriegsende auf die Unterstützung der Sozialbehörden angewiesen. Über den Verbleib des Ehemanns war zunächst nichts bekannt und um in das Haus der Familie in Saulgau zu kommen, benötigte sie das Ergebnis des Entnazifizierungsverfahrens des Ehemanns. In den Jahren zuvor zwischen 1940 bis 1944 war der Kläger finanziell noch leistungsfähig und hatte seiner Frau als Unterhalt für sie und die Kinder insgesamt RM 41.000 überwiesen²⁶⁶.

Das Staatskommissariat für politische Säuberung Württemberg-Hohenzollern stufte den Ehemann in seinem Spruch auf die Sitzung vom 10.05.1951 als Belasteten ein und ordnete zahlreiche Sühnemaßnahmen²⁶⁷ an. Der Einspruch des Ehemanns gegen diese Entscheidung blieb erfolglos²⁶⁸.

Begründet wurde diese Einordnung mit seiner aktiven Tätigkeit in der Partei und ihrer Organisationen, hauptsächlich aber mit seiner Stellung als Kreisleiter und seiner oben geschilderten Verurteilung durch das Landgericht Ravensburg²⁶⁹.

1. Das Urteil im Verfahren R 67 / 1944 vom 27.07.1944

Im Verfahren R 67 / 1944²⁷⁰ enthält der untersuchte Aktenbestand nur das Berufungsurteil des Oberlandesgerichts Stuttgart. Das Urteil des Landgerichts Ravensburg vom 27.07.1944 befindet sich nicht bei den Akten. Aus dem Berufungsurteil vom 14.12.1944 geht jedoch hervor, dass das Landgericht Ravensburg die Ehe zwischen einem 70jährigen Lokomotivführer a.D. und seiner 68jährigen Ehefrau nach § 55 EheG 1938 geschieden und ein Verschulden des Klägers an der Scheidung ausgesprochen hatte. Aus der im Jahre 1900 geschlossenen Ehe waren keine Kinder hervorgegangen. Die Parteien lebten

23.11.1950.

²⁶⁶ Angabe findet sich im Spruch vom 10.05.1951, StASig Wü 13 T 2 Nr. 1874, Az.: 12/KB/709.

²⁶⁷ 1. Unfähigkeit ein öffentliches Amt zu bekleiden; 2. Verlust des Wahlrechts, der Wählbarkeit und des Rechts, sich irgendwie politisch zu betätigen und einer politischen Partei als Mitglied anzugehören; 3. Verbot als Lehrer, Erzieher, Prediger, Verleger, Schriftsteller oder Rundfunkkommentator tätig zu sein; 4. Verbot einer Tätigkeit in leitender Stellung im öffentlichen Amt und als beamteter Arzt; 5. Zwar Zulassung als frei praktizierender Arzt, aber unter Ausschluss einer Zulassung zur AOK Saulgau; 6. Verlust etwaiger gesetzlicher Ansprüche auf Pension, Rente oder Vergütung, die aus öffentlichen Mitteln bezahlt werden. Die Maßnahmen Ziffer 1. -5. waren bis zum 30.06.1953 befristet.

²⁶⁸ In ihrer Entscheidung auf die Sitzung der Spruchkammer des Staatskommissariats für die politische Säuberung des Landes Württemberg-Hohenzollern vom 31.10.1951 wurde die Entscheidung vom 10.05.1951 aufrechterhalten.

²⁶⁹ Landgericht Ravensburg, Urteil vom 02.03.1951, Az.: Kls 4/1951.

²⁷⁰ Besetzung des Gerichts: Landgerichtsrat Scha; Prozessbevollmächtigter klagende Partei: Rechtsanwälte Hep und Dre, Ravensburg; Prozessbevollmächtigter beklagte Partei: Rechtsanwalt Muf, Ravensburg.

seit 1932 getrennt, nachdem der Kläger die Ehe gebrochen und ein uneheliches Kind gezeugt hatte.

Das Oberlandesgericht war anderer Ansicht als das Landgericht Ravensburg und stufte den Widerspruch der Beklagten als beachtlich ein:

“Es ist davon auszugehen, dass ein öffentliches Interesse, insbesondere ein bevölkerungspolitisches Interesse an einer Scheidung der Parteien nicht besteht, die Allgemeinheit kann kein Interesse daran haben, dass der fast 70 Jahre alte Kläger eine neue Ehe eingeht, und dass er etwa noch Kinder erzeugen würde, kann nur unerwünscht sein.

Es stehen sich also nur die persönlichen Wünsche der beiden Parteien gegenüber.“

Es kann nur darüber spekuliert werden, ob das Landgericht Ravensburg die Ehe der Parteien aufgrund bevölkerungspolitischer Interessen geschieden hatte.

16. Die Position des Landgerichts Ravensburg zu der Frage nach der Beachtlichkeit des Widerspruchs nach § 48 Abs. 2 EheG 1946

Die Position des Landgerichts Ravensburg zu der in der in den Nachkriegsjahren viel diskutierten Streitfrage um die Beachtlichkeit des zulässig erhobenen Widerspruchs des klagten Ehegattens nach § 48 Abs. 2 EheG 1946 ist Gegenstand der Untersuchung im nächsten Abschnitt.

14 der aus den Jahren 1948 bis 1952 stammenden Urteile, in denen die Frage nach der Beachtlichkeit des Widerspruchs eine Rolle spielte, ergingen vor der I. Zivilkammer des Landgerichts Ravensburg. Deren Vorsitz hatte jeweils der Landgerichtspräsident inne; dieses Amt bekleidete bis 1949 Landgerichtspräsident Dr. Oskar Schm und sodann sein Nachfolger im Amt Landgerichtspräsident Hermann Ben.

Vorsitzender der II. Zivilkammer, von der vier der Urteile mit Erörterungen zu der Frage nach den Erfolgsaussichten eines Widerspruchs stammen, war zunächst Amtsgerichtsdirektor Dr. Carl Hol. Ab dem Jahre 1949 übernahm den Vorsitz der II. Zivilkammer regelmäßig der frühere Landgerichtsrat und nunmehr Landgerichtsdirektor Dr. Alfred Jer.

a. Position der I. Zivilkammer

aa. Das Urteil im Verfahren R 337 / 1947 vom 30.04.1948

Die erste Entscheidung, bei der das Landgericht Ravensburg zu der in Rechtsprechung und Literatur kontrovers diskutierten Frage nach der Beachtlichkeit des Widerspruchs nach § 48 Abs. 2 EheG 1946 Stellung nahm, stammt aus dem der I. Zivilkammer zu-

gewiesenen Verfahren R 337 / 1947²⁷¹ und datiert vom 30.04.1948 (Zustellung nach § 7 EntlVO) und erging damit gut zweieinhalb Jahre nach Wiederaufnahme der Rechtsprechungstätigkeit in Ravensburg nach Kriegsende. Zu diesem Zeitpunkt lagen die ersten Entscheidungen von Obergerichten bereits vor.

In diesem Urteil sprach sich die I. Zivilkammer des Landgerichts Ravensburg für die grundsätzliche Beachtlichkeit des Widerspruchs aus und wies die Scheidungsklage eines 40jährigen Dentisten aus Oberbayern aufgrund des Widerspruchs der 49jährigen in Ravensburg wohnhaften Beklagten ab. Die seit 1928 verheirateten Eheleute hatten ein gemeinsames knapp 18 Jahre altes Kind.

Der klagende Ehemann befand sich während der Kriegsjahre im Heeresdienst und anschließend bis August 1945 in Kriegsgefangenschaft. Im Dezember 1942 hatte er seinen letzten Urlaub bei der Beklagten verbracht und in der Folgezeit nur noch zwei Briefe an sie geschrieben.

Die auf §§ 43 und 48 EheG 1946 gestützte Klage begründete der Kläger mit ehebrecherischen, mindestens aber mit ehewidrigen Beziehungen der Beklagten. Wegen diesen habe er auch im Dezember 1942 seinen letzten Urlaub bei der Beklagten abgebrochen. In einem Brief vom Sommer 1944 habe er seiner Ehefrau eindeutig mitgeteilt, dass er die häusliche Gemeinschaft nicht wieder aufnehmen wolle.

Nach Schilderung der Beklagten stellten sich die Geschehnisse anders dar; sie beantragte Klageabweisung, erhob Widerspruch und stellte hilfsweise den Antrag, den Kläger für den allein schuldigen Teil zu erklären.

Die häusliche Gemeinschaft sei noch keine drei Jahre aufgehoben, da der Kläger in seinem Brief vom Sommer 1944 seine Trennungsabsicht nicht offenbart habe. Auch habe der Kläger seinen Urlaub im Dezember 1942 nicht vorzeitig abgebrochen, sondern vielmehr habe er wiederholt versucht, bei seiner Einheit nach einer Verlängerung seines Urlaubs anzufragen. Heute sei sie der Ansicht, dass der Kläger die Anrufe damals nur vorgeschützt habe und zu seiner Freundin gefahren sei.

Den Kläger treffe das alleinige Verschulden an der Zerrüttung, da er bereits ein Jahr nach der Eheschließung ein ehebrecherisches Verhältnis zu ihrer Krankenpflegerin aufgenommen habe und sie damals sogar den Geschlechtsverkehr zwischen ihm und der Krankenpflegerin mit ansehen habe müssen. Seine Trunksucht und das wiederholte Verursachen von Schulden habe im Jahre 1933 seine Dentistenpraxis vernichtet. Bei der Abreise nach seinen Urlaubsaufenthalten habe er immer Gegenstände der Beklagten wie Kleiderstoffe, Ring, Tischdecken und Füllfederhalter mitgenommen. Auch unterhalte er momentan wieder ein ehebrecherisches Verhältnis.

Ebenso stünde einer Scheidung auch § 48 Abs. 3 EheG 1946 entgegen, dass noch ein minderjähriges Kind vorhanden sei. Bei einer erneuten Heirat des Klägers sei neben ih-

²⁷¹ Besetzung des Gerichts: Landgerichtspräsident Dr. Schm, Landgerichtsräte Dr. Koc und Dre; Prozessbevollmächtigter klagende Partei: Rechtsanwalt Hän, Ravensburg; Prozessbevollmächtigter beklagte Partei: Rechtsanwalt Dr. Doe, Ravensburg.

rem Unterhalt auch der Unterhalt des Kindes gefährdet, zumal der Kläger jetzt den Unterhalt auch erst auf ein Anwaltsschreiben hin zahle.

In seinem Urteil begründete das Landgericht Ravensburg zunächst die Abweisung der Klage aus § 43 EheG 1946. Die vom Kläger behaupteten Eheverfehlungen der Beklagten – insbesondere ehebrecherische Beziehungen – konnten ihr nicht nachgewiesen werden. Auch habe der Kläger selbst zugegeben, dass das Vorbringen der Beklagten zu den „Scheinanrufen“ im Dezember 1942 zutreffend sei und er seinen Urlaub woanders verbracht hatte.

Das Landgericht bejahte das Vorliegen der Voraussetzungen des § 48 Abs. 1 EheG 1946, insbesondere habe der Kläger in einem Brief aus dem Jahre 1944 seine Trennungsabsicht zum Ausdruck gebracht, sodass die dreijährige Aufhebung der häuslichen Gemeinschaft gegeben sei. Auch ändere die Bereitschaft der Beklagten an der Ehe festzuhalten angesichts der völlig ablehnenden Haltung des Klägers nichts am Vorliegen der tief greifenden unheilbaren Zerrüttung.

Die Zulässigkeit des Widerspruchs der beklagten Ehefrau nahm das Gericht im Hinblick auf den bald nach der Eheschließung im Beisein der Beklagten im Ehebett erfolgten Ehebruch des Klägers mit deren Krankenpflegerin an. Darüber hinaus habe er seine Familie wegen seiner Arbeitsscheue und seiner Trunksucht wiederholt in finanzielle Schwierigkeiten gebracht. Die Beklagte sei so gezwungen gewesen, das Geld für sich und das Kind selbst in einer Keksfabrik in Ravensburg zu verdienen. Auch habe der Kläger zwischen 1944 und 1947 ein ehebrecherisches Verhältnis unterhalten.

Im Anschluss zu den Ausführungen bezüglich der Zulässigkeit des Widerspruchs findet sich die erste Stellungnahme des Landgerichts Ravensburg aus den Nachkriegsjahren zu der Frage nach der Beachtlichkeit des Widerspruchs:

“Der Widerspruch der Beklagten [ist] zulässig. Er ist grundsätzlich zu beachten. Es liegen auch keine Gründe vor, die bei der durch das Verhalten des Klägers zerrütteten Ehe bei Abwägung der sittlichen Forderung nach Erhaltung der Ehe und Schutz der ehelichen Treue gegenüber dem sittlich bedenklichen Zustand einer tatsächlich zerstörten, aber der Form nach weitergeführten Ehe den Widerspruch unbeachtlich erschienen liessen.”

Im Fortgang der Entscheidungsgründe setzte sich das Gericht mit den Umständen des vorliegenden Falles auseinander:

“Die Beklagte hat nach dem Ergebnis der Beweisaufnahme keinerlei Anlass zu dem ehebrecherischen Verhalten des Klägers gegeben. Sie hat die beste Zeit ihres Lebens unter äußerst schwierigen Umständen dem Kläger geopfert und ist nunmehr in einem Alter, in dem sie nur wenig Aussicht auf eine angemessene nochmalige Hochzeit hat. Durch eine Scheidung würde auch ihre und die wirtschaftliche Lage des gemeinsamen Kindes gefährdet, da sich der Kläger, wie die Beweisaufnahme gezeigt hat, keineswegs seiner Pflicht, für seine Frau und sein Kind Unterhalt zu leisten, bewusst ist und nach seiner Rückkehr aus der Gefangenschaft erst auf ein Anwaltsschreiben

hin Unterhalt geleistet hat, nachdem die Beklagte erst noch seinen Aufenthalt ausfindig machen musste. Überdies ist die Beklagte bereit, die Ehe mit dem Kläger fortzusetzen. Es würde auch jedem Gerechtigkeitsempfinden widersprechen, wenn der ehetreue Gatte gegenüber der Verstossung durch den anderen keinen Schutz finden würde. Bei dieser Sachlage kann keine Rede davon sein, dass die Aufrechterhaltung der Ehe sittlich nicht gerechtfertigt sei. Der Widerspruch der Beklagten ist hiernach zu beachten. Die Klage war daher abzuweisen.“

bb. Das Urteil im Verfahren R 452 / 1947 vom 05.11.1948

Ein gutes halbes Jahr später am 05.11.1948 folgte das zweite Urteil des Landgerichts Ravensburg bei dem der Widerspruch der beklagten Partei entscheidungserheblich war. Es erging im Verfahren R 452 / 1947²⁷² und wies die Scheidungsklage eines 44jährigen Werkzeugmachers aus Wolfegg gegen seine 39jährige Ehefrau ab. Das seit September 1936 verheiratete Ehepaar hatte ein noch minderjähriges Kind.

Im Oktober 1945 war der Kläger vor dem Standesamt Schiffweiler - Saar eine zweite Ehe mit einer Witwe eingegangen, was der Witwe und dem Kläger im März 1947 eine Verurteilung wegen Doppelhe durch die Strafkammer des Landgerichts Ravensburg einbrachte. Beim Kläger kam eine Verurteilung wegen falscher eidesstattlicher Versicherung hinzu, weshalb ihn das Gericht zu einer Gesamtfreiheitsstrafe von 1 Jahr und 3 Monaten verurteilt hatte.

Durch rechtskräftiges Urteil vom 09.05.1947 war die Ehe des Klägers mit der Witwe für nichtig erklärt worden.

Nach den Fliegerangriffen auf Friedrichshafen – dem damaligen Wohnort der Parteien – in den Jahren 1943 und 1944 war die Beklagte mit dem gemeinsamen Kind jeweils zu ihren Eltern nach Oberschlesien gefahren. Die eheliche Wohnung der Parteien war Bomben zum Opfer gefallen. Anfangs 1945 hatte der Kläger erfolglos versucht, seine Ehefrau wieder nach Friedrichshafen zurückzuholen. Auch in der Folgezeit bekam er keine Nachricht mehr von ihr. Daher habe er nähere Beziehungen zu der Witwe aufgenommen und sie schließlich auch geheiratet.

Nach der Rückkehr der Beklagten nach Deutschland sei es Ende 1946 trotz dieser Umstände zu einer Versöhnung der Parteien gekommen, die auch mit Geschlechtsverkehr einherging.

Die Beklagte beantragte daher Klageabweisung und widersprach dem Scheidungsbegehren ihres Mannes.

Der Kläger habe trotz gegenteiliger Versprechungen die Beziehungen zu der Witwe nicht abgebrochen. Sie habe dennoch weiterhin einige Tätigkeiten im Haushalt für ihn

²⁷² Besetzung des Gerichts: Landgerichtspräsident Dr. Schm, Landgerichtsräte Dr. Koc und Dre ; Prozessbevollmächtigter klagende Partei: Rechtsanwalt Dr. Boc, Waldsee; Prozessbevollmächtigter beklagte Partei: Rechtsanwalt Dr. Doe, Ravensburg.

erledigt und hege den Verdacht, dass der Kläger und die Witwe ihre persönlichen Sachen gegen Lebensmittel eintauschten.

Das Landgericht Ravensburg stufte den Widerspruch der beklagten Ehefrau als beachtlich ein und wies die Scheidungsklage sowohl nach § 48 EheG 1946 als auch aus dem ebenso geltend gemachten § 43 EheG 1946 ab.

Zwar bejahte das Landgericht das Vorliegen der Voraussetzungen des § 48 Abs. 1 EheG 1946. Die häusliche Gemeinschaft der Parteien sei seit dem Weggang der Ehefrau aus Friedrichshafen im Jahre 1944 aufgehoben, woran auch der mit Geschlechtsverkehr verbundene Versöhnungsversuch nichts ändere. Die tiefe und unheilbare Zerrüttung ergebe sich aus der ablehnenden Haltung des Klägers gegenüber seiner Frau.

Der von der Beklagten erhobene Widerspruch sei zulässig, da der Kläger durch seine Beziehungen zu der Witwe die Zerrüttung der bis dahin harmonisch verlaufenden Ehe verschuldet habe. Das Landgericht Ravensburg sah es zudem als erwiesen an, dass der Kläger im März 1944 den Aufenthalt seiner Frau bei ihren Eltern veranlasst habe, um mit der Witwe ungestört Zeit verbringen zu können.

Nach der ausführlichen Begründung zur Zulässigkeit führte das Gericht zur Beachtlichkeit des Widerspruchs aus:

“Danach steht fest, dass der Kläger die Zerrüttung der Ehe herbeigeführt hat. Der Widerspruch der Beklagten ist daher nach § 48 Abs. 2 S.1 Eheges. zulässig. Es liegen auch keine Gründe vor, die bei der durch das Verhalten des Klägers zerrütteten Ehe bei Abwägung der sittlichen Forderungen nach Erhaltung der Ehe und Schutz der ehelichen Treue gegenüber dem sittlich bedenklichen Zustand einer tatsächlich zerstörten, aber nur der Form nach weitergeführten Ehe den Widerspruch unbeachtlich erscheinen liessen. Die Beklagte hat nach dem Ergebnis der Beweisaufnahme keinerlei Anlass zu dem ehezerrüttenden Verhalten des Klägers gegeben. Sie hat einen grossen Teil ihres Lebens unter äußerst schwierigen Umständen dem Kläger geopfert. Durch eine Scheidung würde auch ihre und die wirtschaftliche Lage des gemeinschaftlichen Kindes noch mehr gefährdet, da der Kläger für die Dauer des Rechtsstreits für beide nur eine Unterhaltsrente von DM 15 monatlich bezahlt. Es würde auch jedem Gerechtigkeitsempfinden widersprechen, wenn der ehetreue Gatte gegenüber der Verstossung durch den anderen keinen Schutz finden würde. Bei dieser Sachlage kann keine Rede davon sein, dass die Aufrechterhaltung der Ehe sittlich nicht gerechtfertigt ist. Der Widerspruch der Beklagten ist daher zu beachten.”

cc. Das Urteil im Verfahren R 306 / 1948 vom 12.01.1949

Die nächste Entscheidung der I. Zivilkammer, bei der § 48 Abs. 2 EheG 1946 entscheidungserheblich war, erging im Verfahren R 306 / 1948²⁷³ durch anstelle der Verkündung

²⁷³ Besetzung des Gerichts: Landgerichtspräsident Dr. Schm, Landgerichtsräte Nog und Dre; Prozessbevollmächtigter klagende Partei: Rechtsanwalt Pra, Ravensburg; Prozessbevollmächtigter beklagte Partei:

zugestelltes Urteil vom 12.01.1949. In diesem Verfahren stufte das Landgericht Ravensburg den Widerspruch der beklagten Ehefrau ebenfalls als beachtlich ein.

Der klagende Ehemann - ein 39-jähriger Kraftfahrer aus Memmingen - begehrte die Scheidung von seiner 40-jährigen in Schussenried wohnhaften Ehefrau. Die Parteien hatten 1935 die Ehe miteinander geschlossen, nachdem sie bereits im Jahre 1933 Eltern eines Kindes geworden waren. 1937 kam das zweite Kind der Eheleute zur Welt.

Während des Krieges war der klagende Ehemann bei der Wehrmacht und kam bei Kriegsende bis Juli 1945 in Gefangenschaft.

Bereits drei Tage nach seiner Heimkehr hatte der Beklagte Schussenried verlassen um im ca. 50 Kilometer entfernten bayrischen Memmingen als Kraftfahrer zu arbeiten. Die Beklagte blieb in Schussenried wohnhaft und besuchte ihren Ehemann lediglich zweimal in Memmingen; anlässlich eines dieser Besuche an Ostern 1946 war es zum letzten ehelichen Verkehr zwischen den Beteiligten gekommen.

Zunächst reichte der Kläger am 17.03.1947 beim Landgericht Ravensburg eine auf § 43 EheG 1946 gestützte Klage auf Scheidung der Ehe unter Alleinschuldigerklärung der Beklagten ein. Das Verfahren wurde unter dem Aktenzeichen R 119 / 1947 geführt und endete durch klagabweisendes Urteil am 24.11.1947.

Mit der erneuten Klage beantragte der Kläger in erster Linie erneut die Scheidung der Ehe unter Alleinschuldigerklärung der Beklagten nach §§ 42 und 43 EheG 1946 und nur hilfsweise die Ehe ohne Schuldausspruch gestützt auf § 48 EheG 1946 zu scheiden.

Zur Begründung seiner Anträge trug er vor, dass die Beklagte ehebrecherische, mindestens aber ehewidrige Beziehungen zu einem Eisenbahnbetriebswart aus Kürnbach bei Schussenried unterhalten würde.

Er lebe schon seit mehr als drei Jahren von der Beklagten getrennt, da die Besuche der Beklagten in Memmingen, auch wenn es einmal zum Geschlechtsverkehr gekommen sei, lediglich untaugliche Versuche zur Wiederaufnahme der bereits zerrütteten Ehe gewesen seien.

Die beklagte Ehefrau beantragte Klageabweisung, bestritt die ihr vom Kläger vorgeworfene Untreue und äußerte Zweifel an der dreijährigen Aufhebung der häuslichen Gemeinschaft. Diese sei durch den Wegzug des Klägers nach Memmingen nicht aufgehoben worden, da der Kläger in der Absicht gehandelt habe, seine Familie nachkommen zu lassen und sich deswegen auch immer wieder um eine Wohnung in Memmingen bemüht habe. Erst mit Brief vom 27.10.1946 habe er sich geweigert, seine Familie nach Memmingen zu nehmen.

Sie widerspreche der Scheidung, weil auch das wohlverstandene Interesse der beiden minderjährigen Kinder die Aufrechterhaltung der Ehe erfordere.

Der Kläger habe die Zerrüttung durch ehewidrige und ehebrecherische Beziehungen in Memmingen verschuldet, aus denen inzwischen auch ein Kind hervorgegangen sei. Nur wegen dieser Beziehungen habe sich der Kläger von ihr abgewendet. Im Falle der

Scheidung ihrer Ehe mit dem Kläger sei damit zu rechnen, dass er die Mutter seines unehelichen Kindes heiraten werde. Sie befürchte, dass durch diese Heirat ihr Unterhalt und der ihrer Kinder geschmälert werden würde, da der Kläger bereits jetzt nur in unzureichendem Maße für den Unterhalt Sorge. Sie hoffe auch immer noch, dass der Kläger eines Tages zur Einsicht komme und den Weg zu ihr zurückfinde.

Wie bereits im Scheidungsverfahren aus dem Jahre 1947 wies das Gericht die Klage aus den §§ 42 und 43 EheG 1946 ab, da es die der Beklagten vom Kläger vorgeworfenen Verfehlungen als nicht gegeben einstufte.

Das Landgericht Ravensburg sah es als erwiesen an, dass der Kläger 1945 nicht nur zur Arbeitssuche nach Memmingen ging, sondern sein Weggang zumindest auch aufgrund der ehelichen Zerwürfnisse erfolgte. Dadurch sei die häusliche Gemeinschaft aufgehoben worden, woran auch die beiden Besuche, der einmalige Geschlechtsverkehr und die gewechselten Briefe nichts ändern würden.

Die Zerrüttung des ehelichen Verhältnisses habe der Kläger dadurch allein verschuldet, dass er die Beklagte zunächst grundlos verlassen und sodann intime Beziehungen mit einer anderen Frau aufgenommen habe.

Zur Beachtlichkeit des Widerspruchs führte das Landgericht ohne explizite Nennung seines Standpunkts bezüglich der grundsätzlichen Frage nach der Beachtlichkeit des Widerspruchs aus:

“Der nach § 48 Abs.2 S.1 Eheges. von der Beklagten angebrachte Widerspruch ist aber beachtlich. Die Parteien sind nun schon über 13 Jahre verheiratet. Die Ehe ist, was die glaubwürdigen Aussagen der Beklagten und die vorgelegten Briefe ergeben haben, lange Jahre durchaus harmonisch verlaufen. Die Beklagte hat keinen Anlass zu dem ehezerüttenden Verhalten des Klägers gegeben. Es besteht für sie in ihrem Alter auch wenig Aussicht, sich nochmals zu verheiraten und einen Beruf zu ergreifen, zumal sie auch für ihre beiden minderjährigen Kinder zu sorgen hat. Sie steht nahezu mittellos da und muss ihre ganze Kraft einsetzen, um sich und die Kinder durchzubringen. Sie ist auf den Unterhalt des Klägers dringend angewiesen. Da auch anzunehmen ist, dass der Kläger für den Fall der Scheidung der Ehe sich wieder verheiratet, würde der an sich schon unzureichende Unterhalt für die Beklagte und die Kinder weiterhin empfindlich geschmälert werden. Das eheliche Gefühl der Beklagten für den Kläger ist keineswegs erloschen. Sie ist nach wie vor bereit, ihm zu verzeihen und die Ehe mit ihm fortzusetzen. Unter diesen Umständen kann keine Rede davon sein, dass die Aufrechterhaltung der Ehe sittlich nicht gerechtfertigt sei (§ 48 Abs.2 S.2 Eheges.).”

Eine gesonderte Prüfung nach § 48 Abs.3 EheG 1946 stellte das Landgericht Ravensburg nicht an, da es die Klage bereits wegen des beachtlichen Widerspruchs als unbegründet ansah.

dd. Das Urteil im Verfahren R 227 / 1948 vom 25.03.1949

Durch das an Stelle der Verkündung am 25.03.1949 zugestellte Urteil im Verfahren R 227 / 1948²⁷⁴ wies das Landgericht Ravensburg die Scheidungsklage eines 63jährigen Steuer-
manns bei der Eisenbahn aus Friedrichshafen ab, nachdem die beklagte Ehefrau, 62 Jah-
re alt, Widerspruch nach § 48 Abs. 2 EheG 1946 gegen die Scheidung erhoben hatte.

Aus der 1908 geschlossenen Ehe waren sieben gemeinsame Kinder hervorgegangen,
von denen ein Sohn gefallen und ein weiterer vermisst war. Die Parteien lebten seit dem
Jahre 1939 in ihrem Haus in Friedrichshafen in getrennten Zimmern. Nach der Zerstö-
rung des Hauses infolge eines Fliegerangriffs wurde die beklagte Ehefrau mit der jün-
sten 1931 geborenen Tochter nach Bregenz (ihrem Geburtsort) evakuiert. Nach ihrer
Ausweisung aus Bregenz am 01.09.1945 siedelte sie mit der Tochter wieder nach Fried-
richshafen über, wo der Kläger auch noch nach dem Fliegerangriff geblieben war.

Bis auf die jüngste Tochter waren alle Kinder zum Zeitpunkt des Scheidungsverfah-
rens volljährig und verdienten ihren Unterhalt selbst; die jüngste Tochter und zwei wei-
tere Töchter lebten noch im Haushalt der Beklagten.

Der letzte eheliche Verkehr der Parteien hatte 1937 oder 1938 stattgefunden.

Bereits im Jahre 1939 hatte der Kläger beim Landgericht Ravensburg²⁷⁵ Ehescheidungs-
klage gegen die Beklagte erhoben, diese Klage aber nach einer umfangreichen Beweis-
aufnahme wieder zurückgenommen.

Im Anschluss an dieses Verfahren strengte die Beklagte gegen den Kläger vor dem
Amtsgericht Ravensburg²⁷⁶ einen Unterhaltsprozess an, der mit einem Vergleich abge-
schlossen wurde. Der Kläger verpflichtete sich in diesem Vergleich der Beklagten Unter-
halt zu zahlen. Die Beklagte übernahm im Gegenzug die Verpflichtung aus dem gemein-
samen Haus in Friedrichshafen auszuziehen.

In seiner Klagschrift vom 02.06.1948 begehrte der Kläger die Scheidung nach § 48
EheG 1946 im Hinblick darauf, dass die Parteien seit 1937 getrennt lebten und die Ehe
seit dieser Zeit völlig zerrüttet sei und daher keinen Sinn mehr habe.

Schuld an der Zerrüttung sei das ungute Wesen der Beklagten, das ihn in die Arme ei-
ner anderen Frau getrieben habe.

Auch habe sich die Beklagte im Jahr 1940 nicht gescheut, ihn bei der Geheimen Staats-
polizei in Friedrichshafen, beim Reichsstatthalter in Stuttgart, beim Kreisleiter in Fried-
richshafen und bei seiner vorgesetzten Behörde zu denunzieren sowie über ihn in der
übelsten Weise zu schimpfen und ihn schlecht zu machen. Die Geheime Staatspolizei
habe ihn im September 1940 verhaftet, jedoch zeitnah wieder freigelassen, da er den
Nachweis habe erbringen können, dass die Beschuldigungen grundlos gewesen waren.

²⁷⁴ Besetzung des Gerichts: Landgerichtspräsident Dr. Schm, Landgerichtsräte Dr. Koc und Dre; Prozessbe-
vollmächtigter klagende Partei: Rechtsanwälte Dr. Die, Dr. Off, Bär, Ravensburg; Prozessbevollmächtig-
ter beklagte Partei: Rechtsanwalt Pra, Ravensburg.

²⁷⁵ Az.: R 47 / 1939.

²⁷⁶ Az.: C 591 / 1939.

Die Beklagte beantragte die Klage abzuweisen, hilfsweise den Kläger für überwiegend schuldig an der Scheidung zu erklären.

Die häusliche Gemeinschaft zwischen ihnen sei noch keine drei Jahre aufgehoben, da sie dem Kläger bis vor kurzem noch regelmäßig geflickt und gewaschen sowie gelegentlich das Essen zubereitet habe. Sie lebten nur deshalb getrennt, weil der gemeinsame Haushalt durch den Fliegerangriff zerstört worden war. Die häusliche Gemeinschaft sei erst im Februar 1948 mit der Ablehnung des Klägers, in die Wohnung der Beklagten zu ziehen, aufgehoben worden.

Sie widerspreche der Scheidung. Aus dem Vorprozess ergebe sich, dass der Kläger die Zerrüttung der Ehe überwiegend selbst verschuldet habe. Mit ihren 61 Jahren könne sie sich keine neue Existenz aufbauen. Mit der Scheidung wäre für sie der Verlust ihres Pensionsanspruchs als Witwe und ihr Ausschluss aus der Reichsbahnbetriebskrankenkasse verbunden.

Ebenso würde das wohlverstandene Interesse der im Haushalt der Beklagten lebenden minderjährigen Tochter die Aufrechterhaltung der Ehe erfordern.

Die Scheidungsklage des Ehemanns wurde vom Landgericht Ravensburg als unbegründet abgewiesen.

Zwar bejahte das Gericht das Vorliegen der Voraussetzungen des § 48 Abs. 1 EheG 1946. Insbesondere die Frage der dreijährigen Aufhebung der häuslichen Gemeinschaft wurde vom Landgericht Ravensburg ausführlich begründet und bejaht. Diese sei seit dem Fliegerangriff auf Friedrichshafen im April 1944 aufgehoben. Auch das gelegentliche Verrichten von Hausarbeiten der Beklagten für ihren Ehemann ändere daran nichts, weil sie diesen Tätigkeiten nur auf die Bitte der jüngsten Tochter nachgekommen sei.

Die Ehe sei wegen wiederholter ehebrecherischer Beziehungen des Klägers und dessen Verbitterung bei der Führung des vom ihm im Jahre 1939 angestregten Ehescheidungsprozesses tief greifend und unheilbar zerrüttet. Das einseitige Festhalten der Ehefrau ändere nichts an dem Vorliegen der Zerrüttung.

Zum Widerspruch der beklagten Ehefrau nahm das Landgericht Ravensburg in ausführlicher Weise Stellung:

Der Widerspruch sei zulässig, da der Kläger das alleinige Verschulden an der Zerrüttung der bis 1930 harmonisch verlaufenden Ehe trage. Die Beweisaufnahme habe widerlegt, dass die Beklagte durch Anzeigen gegen den Kläger die Zerrüttung noch vertieft habe. Vielmehr habe der Kläger durch seine ehewidrigen und ehebrecherischen Beziehungen auch das Verhältnis zu seinen Kindern zerstört, die sich durch das Verhalten des Klägers aufs Tiefste gekränkt gefühlt haben und sich daher auf die Seite der Beklagten gestellt haben. Er habe sich ablehnend gegenüber den Kindern verhalten und eine der Töchter sogar schwer misshandelt. Aufgrund dieser Ereignisse hätten die Beklagte und zwei der gemeinsamen Kinder ihn damals angezeigt. Hierin könne keine Verfehlung der Beklagten gesehen werden, da ihr Verhalten nur der Sorge um die Erhaltung der Ehe und das Ansehen der Familie entsprang.

Zur Beachtlichkeit des Widerspruchs vertrat das Landgericht erneut den Standpunkt, dass ein zulässiger Widerspruch grundsätzlich auch beachtlich sei:

“Der Widerspruch der Beklagten ist somit, da der Kläger die Zerrüttung der Ehe allein verschuldet hat, zulässig. Er ist auch grundsätzlich zu beachten. Von dieser von der überwiegenden Mehrzahl der Oberlandesgerichte vertretenen Auffassung (vgl. OLG. Tübingen DRZ 1947, Bl. 194), die im Gegensatz zur Rechtsprechung des Reichsgerichts steht, die im Regelfall den Widerspruch nach § 48 Abs.2 EG. unbeachtet liess (vgl. RG. 160 S.44), abzugehen, besteht auch im Hinblick auf die vom OGH für die britische Zone Köln vertretene Ansicht, die Berechtigung des Widerspruchs dürfe durch keine Regeln und Ausnahmen in eine bestimmte Richtung gedrängt werden, es sei vielmehr allein vom Standpunkt sittlicher Wertung aus im Einzelfall unter Abwägung der gegebenen Umstände zu entscheiden, keine Veranlassung (NJW 1948, S.472).

Das Landgericht Ravensburg blieb konstant bei der Auffassung, dass ein zulässiger Widerspruch grundsätzlich auch zu beachten sei. Insbesondere distanzierte es sich von der Ansicht des Reichsgerichts, welches gerade umgekehrt von der grundsätzlichen Unbeachtlichkeit des Widerspruchs ausgegangen war.

Ebenso zeigte das Landgericht Ravensburg auf, dass es trotz der Rechtsprechung des Obersten Gerichtshof für die britische Besatzungszone (Mittelmeinung / Gleichgewichtstheorie) keine Veranlassung sah, von seiner Position abzurücken.

Für den konkreten Fall bedeutete dies:

“Es wäre also Sache des Klägers, darzutun, dass besondere Umstände vorliegen, die ausnahmsweise eine andere Beurteilung als geboten erscheinen liessen. Dies ist dem Kläger nicht gelungen. Das ehebrecherische Verhältnis des Klägers mit Frau [...] wurde durch deren Tod im Jahre 1941 beendet und das ehebrecherische Verhältnis mit Frau [...] hat der Kläger gelöst. Er ist aber nicht gewillt, künftig von derartigen Verfehlungen abzulassen, er habe noch keine bestimmte Frau, die er heiraten wolle, aber er sei jetzt in einem Alter, in dem man sich versorgen müsse. Daraus ergibt sich eindeutig, dass der Kläger von der Beklagten loskommen will, weil er ihr überdrüssig ist und sich einer anderen Frau zuwenden will. Die Parteien haben vom Jahre 1908 bis zum Jahre 1930 in guter Ehe zusammengelebt. Von da an hat der Kläger schuldhaft die Ehe zerrüttet. Aus der Ehe sind 7 Kinder hervorgegangen, von denen ein Sohn gefallen und ein weiterer vermisst ist. Die Beklagte ihrerseits ist bereit, dem Kläger zu verzeihen und die Ehe mit ihm fortzusetzen; sie hat nach der Trennung im Jahre 1944 die Beziehungen zu dem Kläger durch Vermittlung der jüngsten Tochter nicht abbrechen lassen. Die Beklagte ist jetzt 62 Jahre alt und hat keine Aussicht auf eine nochmalige Heirat. Durch die Scheidung würde auch ihre wirtschaftliche Lage gefährdet. Der Kläger könnte ihr die bisherige Unterhaltsrente in gleicher Höhe im Falle einer Wie-

derverheiratung nicht weiter zahlen, die Beklagte würde ihren Anspruch auf Witwengeld verlieren und aus der Reichsbetriebskrankenkasse ausgeschlossen werden. Die Scheidung der Ehe wäre also im vorliegenden Falle gleichbedeutend mit der Verstossung der ehetreuen Beklagten. Der Widerspruch der Beklagten ist hiernach zu beachten.”

ee. Das Urteil im Verfahren R 393 / 1948 vom 10.11.1949

Auch in seinem Urteil vom 10.11.1949 im Verfahren R 393 / 1948²⁷⁷ sprach sich das Landgericht Ravensburg für die grundsätzliche Beachtlichkeit eines zulässigen Widerspruchs aus und wies so die Scheidungsklage eines 40jährigen arbeitslosen kaufmännischen Angestellten aus Eschach ab.

Dieser begehrte die Scheidung von seiner 41jährigen, inzwischen nach Niedersachsen verzogenen Ehefrau, mit der er 1934 die Ehe geschlossen hatte. Aus der Ehe war ein noch minderjähriges Kind hervorgegangen. Im Jahre 1935 war der Kläger zur Wehrmacht eingezogen worden, kam im April 1945 in Gefangenschaft und wurde erst im September 1947 aus dem Lazarett in Weissenau entlassen.

Der Kläger begründete seine Klage damit, dass die häusliche Gemeinschaft zwischen ihm und seiner Ehefrau schon nach dem Weihnachtsurlaub 1943 aufgehoben worden war, da er ab diesem Zeitpunkt – um jedes Zusammenleben mit der Beklagten zu vermeiden – seine Urlaube nicht mehr bei ihr verbrachte.

Die ehelichen Verhältnisse der Parteien seien nie gut gewesen, habe doch die Beklagte von Anfang an Anlass zu Zweifeln an ihrer ehelichen Treue gegeben. Auch habe sie beabsichtigt einen anderen Mann – einen Arzt – zu heiraten.

Im Jahre 1946 habe er ihr brieflich mitgeteilt, dass er bereit sei, alles zu verzeihen, wenn die Beklagte zu ihm zurückkomme und sich ordentlich aufführe. Diese Aussöhnung habe die Beklagte abgelehnt und habe ihn in der brieflichen Antwort zu Unrecht beschimpft. Bei einem Besuch der Beklagten im Lazarett in Weissenau habe sie einen Treubruch ihrerseits zugegeben und den Kläger unter Androhung von Selbstmord um eine Aussöhnung gebeten. Dies habe er abgelehnt, obwohl sie versucht habe ihn zum ehelichen Verkehr zu verleiten.

Die Beklagte bestritt einen Treubruch und ein dahingehendes Geständnis ihrerseits und gab vor, niemals die Absicht gehabt zu haben einen anderen Mann zu heiraten. Sie widerspreche der Scheidung, da ihr der Kläger nichts vorwerfen könne. Verfehlt habe sich lediglich der Kläger, der ihr unberechtigte Vorwürfe mache und ihr ohne Grund die Ehegemeinschaft verweigere. Sie wolle an der Ehe festhalten, deren Aufrechterhaltung auch im Interesse des Kindes erforderlich sei.

In seinem klagabweisenden Urteil begründete das Landgericht Ravensburg zunächst die nach seiner Ansicht gegebene dreijährige Aufhebung der häuslichen Gemeinschaft

²⁷⁷ Besetzung des Gerichts: Landgerichtspräsident Ben, Landgerichtsräte Dr. Koc und Dre; Prozessbevollmächtigter klagende Partei: Rechtsanwälte Dr. Dre und Dr. Deu, Ravensburg; Prozessbevollmächtigter beklagte Partei: Rechtsanwalt Dr. Grz, Ravensburg.

und die tiefe und unheilbare Zerrüttung des ehelichen Verhältnisses zwischen den Parteien.

Es sah den Widerspruch der beklagten Ehefrau als zulässig an, nachdem der Kläger die Zerrüttung der Ehe ganz verschuldet habe, indem er ohne Grund die Herstellung der ehelichen Gemeinschaft mit der Beklagten verweigert und die Beklagte sich auch keiner Eheverfehlung schuldig gemacht habe. Die vom Kläger vorgebrachten Anschuldigungen gegenüber der Beklagten sah das Gericht als nicht erwiesen an.

Bei der Erörterung der Beachtlichkeit des Widerspruchs bestätigte das Landgericht Ravensburg wiederum seine bisherige Auffassung, dass ein zulässiger Widerspruch grundsätzlich auch zu beachten sei. Es stellte – wie bereits im Verfahren R 227 /1948 - klar, dass diese Ansicht im Gegensatz zu der vom Reichsgericht vertretenen Auffassung steht und bezog Position gegen die Ansicht des Obersten Gerichtshofes für die britische Besatzungszone in Köln. Dabei verwendete es fast den gleichen Wortlaut wie im Urteil vom 25.03.1949 im Verfahren R 227 / 1948²⁷⁸:

“Sonach steht fest, dass der Kläger die Zerrüttung der Ehe allein verschuldet hat. Der Widerspruch der Beklagten ist somit zulässig. Er ist auch grundsätzlich zu beachten. Von dieser, von der Mehrzahl der Oberlandesgerichte vertretenen Auffassung (vergl. OLG Tübingen DRZ 1947, S.194), die im Gegensatz zu der Rechtsprechung des Reichsgerichts steht, die im Regelfall den Widerspruch nach § 55 Abs. 2 des Ehegesetzes vom 06.Juli 1938 unbeachtet liess (RG § 160 S.44), abzugehen, besteht auch im Hinblick auf die vom OGH Köln vertretene Ansicht, die Berechtigung des Widerspruchs dürfe keine Regeln und Ausnahmen in eine bestimmte Richtung gedrängt werden, es sei vielmehr allein vom Standpunkt sittlicher Wertung aus im Einzelfalle unter Abwägung der gegebenen Umstände zu entscheiden (vgl. NJW 1948, S.472), keine Veranlassung.”

Konkret führte das Landgericht Ravensburg aus:

“Es wäre also Sache des Klägers gewesen, darzutun, dass besondere Umstände vorliegen, die ausnahmsweise eine andere Beobachtung als geboten erscheinen liessen. Dies ist jedoch nicht geschehen. Die Beklagte ist bereit, die Ehe mit dem Kläger fortzusetzen. Sie will an der Ehe festhalten. Die Beklagte ist jetzt 41 Jahre alt und hat keine Aussicht auf eine nochmalige angemessene Heirat. Durch eine Scheidung würde auch ihre wirtschaftliche Lage gefährdet. Der Kläger wäre im Falle einer Wiederverheiratung kaum mehr in der Lage, ihr einen Unterhalt zu leisten. Die Scheidung der Ehe wäre im vorliegenden Fall gleichbedeutend mit einer Verstossung der Beklagten“.

Auch die Interessen des gemeinsamen Kindes sprachen gemäß § 48 Abs. 3 EheG 1946 laut dem Landgericht Ravensburg gegen eine Scheidung.

²⁷⁸ Vgl. Zweiter Teil, 16. a. dd.

ff. Das Urteil im Verfahren R 464 / 1949 vom 15.12.1949

Das Verfahren R 464 / 1949²⁷⁹ endete ebenso mit einem anstelle der Verkündung am 15.12.1949 zugestellten klagabweisenden Urteil.

Das Landgericht Ravensburg hatte die Ehescheidungsklage eines 41jährigen Malers und Musikers aus Weingarten abgewiesen. Zum einen sah es den Widerspruch der 42jährigen beklagten Ehefrau als beachtlich an und zum anderen hielt es die Aufrechterhaltung der Ehe im wohlverstandenen Interesse der vier gemeinsamen, sich im Alter zwischen 5 und 21 Jahren befindlichen Kinder für erforderlich.

Die Parteien hatten 1929 geheiratet und lebten seit Mai 1946 im gleichen Haus getrennt voneinander, ohne miteinander ehelich zu verkehren.

Bereits im Jahre 1947 hatte das Landgericht Ravensburg²⁸⁰ eine Ehescheidungsklage des Klägers auf Scheidung nach § 42 EheG 1946 abgewiesen. Die vom Kläger gegen dieses Urteil beim Oberlandesgericht Tübingen²⁸¹ eingelegte Berufung blieb erfolglos.

Beiden Instanzen waren damals zu dem Ergebnis gekommen, dass es zwar erwiesen sei, dass die Beklagte den Kläger beschimpft habe und den Haushalt schlecht führe. Angesichts der intimen Beziehungen des Klägers zu einer anderen Frau würden diese Verfehlungen der Beklagten eine Scheidung aber nicht rechtfertigen.

Nunmehr begehrte der Kläger die Scheidung nach § 48 EheG 1946 und gab zu, dass er sein Verhältnis zu der anderen Frau noch immer pflegte.

Die Beklagte beantragte Klageabweisung und widersprach der Scheidung, da der Kläger es gewesen sei, der durch sein jetzt noch fortbestehendes Verhältnis die Zerrüttung der Ehe verschuldet habe und die Auflösung der Ehe mit Rücksicht auf ihre lange Dauer und die vorhandenen Kinder sittlich nicht gerechtfertigt sei.

Das Gericht wies die Klage des Ehemanns ab. Zwar seien die Voraussetzungen des § 48 Abs.1 EheG 1946 gegeben, einer Scheidung der Ehe stünde jedoch der zulässige und beachtliche Widerspruch der Beklagten entgegen.

Mag auch die Beklagte durch ihr Wesen zur Zerrüttung der Ehe in gewissem Umfang beigetragen haben, so ergebe doch bereits der Vorprozess, dass diese Zerrüttung überwiegend durch den Kläger und sein intimes Verhältnis zu einer anderen Frau verschuldet wurde. Hieran habe sich inzwischen nichts geändert, da der Kläger seine Beziehungen auch jetzt noch fortsetzte. Gemäß § 48 Abs. 2 EheG 1946 könne somit die Beklagte der Scheidung widersprechen. Gewichtige Gründe ließen auch die Aufrechterhaltung der Ehe sittlich gerechtfertigt erscheinen (§ 48 Abs. 2 S.2 EheG 1946), nämlich: Die zwanzigjährige Dauer der Ehe und die Tatsache, dass die Beklagte dem Kläger vier Kinder geboren habe und sich nunmehr in einem Alter befinde, in dem die Aussich-

²⁷⁹ Besetzung des Gerichts: Landgerichtspräsident Ben, Landgerichtsräte Dr. Koc und Dre; Prozessbevollmächtigter klagende Partei: Rechtsanwalt Dr. Saut, Ravensburg; Prozessbevollmächtigter beklagte Partei: Rechtsanwalt Egg, Ravensburg/Weingarten.

²⁸⁰ Az.: R 392 / 1947.

²⁸¹ Az.: U 36 / 1948.

ten auf Eingehung einer neuen Ehe für sie nur noch gering sind. Ferner sei in Betracht zu ziehen, dass durch eine Auflösung der Ehe die Versorgung der Beklagten gefährdet sei, weil im Falle einer neuen Heirat des Klägers die Unterhaltsansprüche seiner zweiten Ehefrau diejenigen der Beklagten beeinträchtigen könnten.

Auch erfordere das Interesse der Kinder die Aufrechterhaltung der Ehe (§ 48 Abs. 3 EheG 1946.). Diese seien überwiegend noch minderjährig und auch ihre Unterhaltsansprüche könnten durch eine neue Heirat des Klägers beeinträchtigt werden. Der Leitgedanke, dass die Ehe und Familie grundsätzlich unantastbar sein müssen und nicht einseitig durch das Verhalten eines Ehegatten zerstört werden, müsse im vorliegenden Fall volle Geltung beanspruchen.

gg. Die weiteren Urteile der I. Zivilkammer des Landgerichts Ravensburg zu § 48 Abs. 2 EheG 1946

Die weiteren vier Entscheidungen der I. Zivilkammer des Landgerichts Ravensburg in denen der Widerspruch der beklagten Partei gegen das Scheidungsbegehren ihres Ehepartners entscheidungserheblich war, ergingen im Zeitraum vom 02.11.1950 bis 03.04.1952 und damit zu einer Zeit, in der sich bereits gefestigte Ansichten in Rechtsprechung und Literatur im Bezug auf die kontrovers diskutierte Frage nach der Beachtlichkeit des Widerspruchs etabliert hatten und auch ein für die ganze Bundesrepublik Deutschland einheitliches oberstes Gericht – nämlich der Bundesgerichtshof in Karlsruhe – gegründet worden war. Dieser hatte am 01.10.1950 seine Arbeit aufgenommen.

Bereits in seinem Urteil vom 22.01.1951 hatte der Bundesgerichtshof grundsätzlich zu der Frage Stellung genommen, wann ein zulässiger Widerspruch nach § 48 Abs. 2 EheG 1946 auch zu beachten sei²⁸². In Anlehnung an die Rechtsprechung des Obersten Gerichtshof für die britische Besatzungszone sprach sich der Bundesgerichtshof für eine jeweilige Einzelfallbetrachtung aus.

Zur Vervollständigung erfolgt die Darstellung der vier Verfahren des untersuchten Aktenbestandes des Landgerichts Ravensburg, in denen die Entscheidung erst zwischen 1950 und 1952 erging.

Durch an Stelle der Verkündung am 02.11.1950 zugestellten Urteil im Verfahren R 490 / 1949²⁸³ wies das Landgericht Ravensburg die Scheidungsklage eines 38jährigen Waldarbeiters aus Hagendorf bei Ailingen gegen seine 44jährige Ehefrau (beide Flüchtlinge) ab. Seine Entscheidung begründete das Landgericht damit, dass der von der beklagten Ehe-

²⁸² Der Leitsatz dieser Entscheidung (Az.: IV ZR 73 / 50) lautet: „Die Scheidung einer durch alleiniges oder überwiegendes Verschulden des klagenden Ehegatten zerrütteten Ehe trotz des Widerspruchs des anderen Ehegatten kann sittlich gerechtfertigt sein. Die Frage ist im Einzelfall auf Grund einer sorgfältigen Wertung des gesamten Verhaltens beider Ehegatten besonders unter dem Gesichtspunkt der ehelichen Treuepflicht und weiter aller im Hinblick auf das Wesen der Ehe bedeutungsvollen Umstände zu entscheiden.“

²⁸³ Besetzung des Gerichts: Landgerichtspräsident Ben, Landgerichtsrat Hae, Amtsgerichtsrat Dr. Hän; Prozessbevollmächtigter klagende Partei: Rechtsanwalt Her, Friedrichshafen; Prozessbevollmächtigter beklagte Partei: Rechtsanwalt Egg Ravensburg/Weingarten.

frau erhobene Widerspruch beachtlich sei und das wohlverstandene Interesse der fünf noch minderjährigen Kinder eine Aufrechterhaltung der Ehe erfordere.

Die Parteien hatten 1934 die Ehe geschlossen. Die gemeinsamen Kinder waren zwischen 1933 und 1942 zur Welt gekommen.

Zwischen 1938 und 1941 musste der Kläger eine Zuchthausstrafe verbüßen. Im Anschluss kam er zur Wehrmacht, war in Afrika stationiert und wurde erst im April 1946 aus der Kriegsgefangenschaft entlassen.

In einem Brief vom Januar 1947 äußerte der Kläger erstmals seine Absicht sich scheiden lassen zu wollen. In den Jahren 1947 und 1948 besuchte er die Beklagte und seine Kinder dreimal, wobei diese Besuche nach seinem Vortrag unter Ablehnung der Fortsetzung der ehelichen Gemeinschaft erfolgten.

Der Kläger begehrte die Scheidung sowohl aus den §§ 42, 43 EheG 1946 als auch hilfsweise aus § 48 EheG 1946. Die Beklagte habe mehrfach die Ehe gebrochen und habe 1947 versucht, den gemeinsamen Kindern das Leben zu nehmen²⁸⁴.

Auch die Beklagte warf ihrem Ehemann vor, die Ehe gebrochen zu haben. Diese Beziehungen hätten schon 1946 angefangen und zur Geburt eines Kindes geführt.

Sie sei von verschiedenen Angehörigen der Besatzungsmacht 15- bis 16-Mal vergewaltigt worden. Sie erhebe Widerspruch, da der Kläger seit 1946 ein ehebrecherisches Verhältnis habe, aus dem ein am 22.9.1947 geborenes Kind hervorgegangen sei. Der Widerspruch sei zu beachten, da die Ehe schon 16 Jahre bestehe und sie jetzt 44 Jahre alt sei.

Auch würde § 48 Abs.3 EheG 1946 gegen eine Scheidung sprechen, da der Kläger bereits jetzt nicht für den Unterhalt für sie und die Kinder Sorge.

Das Landgericht Ravensburg sah zwar den Tatbestand des § 48 Abs. 1 EheG 1946 als gegeben an, wies die Klage aber im Hinblick auf die Abs. 2 und 3 ab.

Zum einen sei der von der Beklagten erhobene Widerspruch beachtlich,

“da nach Auffassung der Kammer die eigentliche Zerrüttung der Ehe nach Rückkehr des Klägers aus der Gefangenschaft von ihm selbst überwiegend verschuldet worden ist; denn der Kläger hat - nachdem durch nachfolgenden Verkehr die früheren Verfehlungen der Beklagten verziehen waren - durch Fortsetzung seines ehebrecherischen Verhältnisses mit der [...] sich immer mehr von seiner Frau abgewandt, wie auch seine sonstigen Schritte, die er bei Behörden gegen die Beklagte unternommen hat, mir eine brüske Abkehr von seiner Frau zeigen. Bei der Beurteilung des Gesamtverhaltens beider Ehegatten - wobei die früheren beiderseits verziehenen gegenseitigen Eheverfehlungen außer Betracht bleiben können, da sie sich insoweit gegenseitig kaum nachstehen - ist dem Kläger die Fortsetzung der Ehe nach Auffassung der Kammer sehr wohl zuzumuten. Der Kläger sollte zunächst bemüht sein, für seine Familie zu sorgen und dieser das sich schon schlimme Los

²⁸⁴ Hier zog das Gericht die Ermittlungsakten der OstA in Flensburg Az.: 4a Js 258/50 He wegen versuchten Mordes bei.

der Flüchtlinge zu erleichtern, statt sein jetziges ehebrecherisches Verhältnis fortzusetzen. Die familiären Unterhalts-Verpflichtungen des Klägers, denen er bisher nicht nachkommt, liessen eine Aufrechterhaltung der Ehe sittlich durchaus gerechtfertigt erscheinen.”

Auffällig ist, dass das Landgericht Ravensburg nicht mehr eindeutig Stellung dahingehend bezog, dass ein zulässiger Widerspruch grundsätzlich auch als beachtlich einzustufen sei. Vielmehr nannte es seine Position in der Streitfrage gar nicht und stellte eine Betrachtung der Umstände des Einzelfalls an, die es zu Einstufung des Widerspruchs als beachtlich führten, wobei fortwährend wirtschaftliche Aspekte eine entscheidungserhebliche Rolle spielten.

Zum anderen gebiete die Rücksicht auf die vier unversorgten, noch minderjährigen Kinder der Parteien, dass der Kläger sich in erster Linie und ausschließlich wieder seiner Familie zuwenden würde. Bei einer erneuten Heirat des Klägers seien deren wirtschaftliche Interessen beeinträchtigt. Das wohlverstandene Interesse der Kinder schließe daher das Scheidungsbegehren des Klägers ebenfalls aus.

Nur knappe Ausführungen zu dem Widerspruch der beklagten Ehefrau finden sich im an Stelle der Verkündung zugestellten Urteil vom 24.11.1950 im Verfahren R 298 / 1950²⁸⁵.

Der Kläger, ein 50jähriger Musiklehrer und seine 46jährige Ehefrau hatten 1938 die Ehe miteinander geschlossen. Der Kläger war schon einmal verheiratet gewesen. Seine erste Frau war nach 14jähriger Ehe 1936 gestorben. Der Sohn des Klägers aus erster Ehe war im Krieg gefallen.

Die Parteien hatten ein gemeinsames – im Jahre 1942 geborenes – Kind und lebten seit 02.09.1947 getrennt. Zu diesem Zeitpunkt nahm die Beklagte nach der Erkrankung des Klägers an Lungen- und Kehlkopftuberkulose ihre ehemalige Arbeitsstelle in Zürich wieder auf, während der Kläger im Sanatorium in Davos verblieb. Seit Juni 1950 lebte der Kläger gemeinsam in Küchel bei Vogt mit seiner früheren Krankenschwester bei deren Eltern. Der letzte eheliche Verkehr der Parteien hatte im Juli 1947 stattgefunden.

Sein Scheidungsbegehren begründete der Kläger mit seiner Entfremdung von der Beklagten.

Die Klagabweisung beantragende Beklagte trug vor, dass die häusliche Gemeinschaft zwischen den Parteien noch keine drei Jahre aufgehoben sei. Die Trennung im Jahre 1947 sei nur erfolgt, weil sie ihren Unterhalt hätte verdienen müssen. Dies genüge nicht für eine Aufhebung der häuslichen Gemeinschaft.

Seit Pfingsten 1946 würde der Kläger ein ehewidriges Verhältnis mit seiner ehemaligen Krankenschwester pflegen, daher erhebe sie Widerklage aus § 43 EheG 1946.

²⁸⁵ Besetzung des Gerichts: Landgerichtspräsident Ben, Landgerichtsrat Hae. Amtsgerichtsrat Dr. Hän; Prozessbevollmächtigter klagende Partei: Rechtsanwalt Wör, Ravensburg; Prozessbevollmächtigter beklagte Partei: Rechtsanwalt Carl Die, Ravensburg.

Das Landgericht Ravensburg schied die Ehe sowohl aufgrund der Klage nach § 48 EheG 1946 als auch aufgrund der Widerklage nach § 43 EheG 1946.

In seinem Urteil vertrat das Gericht den Standpunkt, dass die häusliche Gemeinschaft zwischen den Ehegatten bereits seit dem 02.09.1947 aufgehoben sei. Schließlich habe der Kläger in seiner Vernehmung vom 23.11.1950 angegeben, dass er „gottfroh“ über den Weggang der Beklagten gewesen sei. Auch habe die Beklagte den Kläger in der Folgezeit wegen seines Verhältnisses zu der ehemaligen Krankenschwester nicht mehr besucht.

Die erforderliche Zerrüttung des ehelichen Verhältnisses ergebe sich daraus, dass sich der Kläger und seine neue Freundin bereits die Ehe versprochen haben.

Bezüglich des von der Beklagten nicht ausdrücklich erhobenen Widerspruchs führte das Landgericht Ravensburg aus:

“Die Beklagte ist daher [gemeint sind die ehebrecherischen Beziehungen des Klägers] berechtigt, der Scheidung zu widersprechen. (§ 48 Abs. 2 Eheges.). Im Antrag auf Abweisung der Klage ist dieser Widerspruch enthalten. Der Widerspruch ist aber unbeachtlich, da nach dem Gesamtverhalten der Parteien bei beiden das eheliche Gefühl verloren gegangen ist und die Aufrechterhaltung der Ehe, die nur die Quelle ständigen Streites abgeben und die angebrochene Kraft der Eheleute noch mehr verzehren würde, sittlich nicht gerechtfertigt erscheint.”

Auch § 48 Abs. 3 EheG 1946 stehe einer Scheidung nicht entgegen, da das sich in einem Ausbildungsheim in Freiburg befindliche Kind nicht bei den Eltern lebe.

Die Widerklage der Ehefrau nach § 43 EheG 1946 war aufgrund des Verhältnisses des Klägers zu seiner ehemaligen Krankenschwester begründet.

Wiederum lässt das Landgericht Ravensburg eine eindeutige Stellungnahme bezüglich der umstrittenen Frage nach der Beachtlichkeit des Widerspruchs vermissen. Auffällig ist auch, dass der Widerspruch von der Beklagten nicht ausdrücklich erhoben wurde, sondern das Landgericht Ravensburg diesen aus dem Klagabweisungsantrag der Beklagten ableitete²⁸⁶. Insgesamt sind die Ausführungen zum Widerspruch eher knapp gehalten. Erstmals in den Nachkriegsjahren stufte die I. Zivilkammer des Landgerichts Ravensburg den Widerspruch der beklagten Ehefrau als unbeachtlich ein.

Ebenfalls nur knappe Ausführungen zu der Beachtlichkeit des Widerspruchs finden sich im an Stelle der Verkündung am 06.12.1950 zugestellten Urteil des Landgerichts Ravensburg im Verfahren R 188 / 1950²⁸⁷. Dort begehrte ein 41jähriger Wagnermeister die Scheidung von seiner 13 Jahre jüngeren Ehefrau. Die I. Zivilkammer des Landgerichts wies die Klage ab, da es den Widerspruch der beklagten Ehefrau als beachtlich einstufte.

²⁸⁶ In den Verfahren R 15 / 1939 und R 172 / 1949 sah das Landgericht Ravensburg im Klagabweisungsantrag ebenfalls einen Widerspruch

²⁸⁷ Besetzung des Gerichts: Landgerichtspräsident Ben, Amtsgerichtsräte Dr. Deb und Dr. Hän; Prozessbevollmächtigter klagende Partei: Rechtsanwälte Die und Off, Ravensburg; Prozessbevollmächtigter beklagte Partei: Rechtsanwalt Egg Ravensburg/Weingarten.

Aus der 1934 geschlossenen Ehe waren zwei noch minderjährige Kinder hervorgegangen. Seit April oder Mai 1945 lebten die Parteien getrennt. Ein Jahr früher hatte der Kläger Liebesbeziehungen zu anderen Frauen aufgenommen.

Sein Scheidungsbegehren aus § 48 EheG 1946 begründete der klagende Ehemann damit, dass die Beklagte ihn beschimpft habe und keine gute Hausfrau sei. Sie sei es gewesen, die 1943 seine Einziehung zur Wehrmacht veranlasst habe. Seit längerer Zeit würde sie ehebrecherische, mindestens ehewidrige Beziehungen zu einem Landwirt unterhalten – was eine Versöhnung aussichtslos mache.

Seine Klage stützte er auch auf § 43 EheG 1946.

Die beklagte Ehefrau beantragte Klageabweisung und erhob Widerspruch, hilfsweise beantragte sie die Schuldigerklärung des Klägers. Zwar habe ihre Ehe zunächst unter wirtschaftlichen Schwierigkeiten gelitten, von 1938 bis 1940 sei sie aber gut gewesen bis der Kläger Beziehungen zu anderen Frauen anknüpfte.

Sie sei bereit, die Gemeinschaft wieder aufzunehmen. Der Kläger zahle jetzt schon keinen Unterhalt und werde dies erst recht nicht tun, wenn er die Möglichkeit der Eingehung einer neuen Ehe habe.

Das Landgericht Ravensburg versagte der Klage den Erfolg. Zwar lägen die Voraussetzungen des § 48 Abs. 1 EheG 1946 vor. Doch habe der Kläger durch seine ehewidrigen und ehebrecherischen Beziehungen zu anderen Frauen die Zerrüttung des ehelichen Verhältnisses mindestens überwiegend verschuldet.

“Der Widerspruch der Beklagten ist daher zulässig. Er ist auch zu beachten. Bei der Beklagten ist der Verlust des ehelichen Gefühls noch nicht eingetreten. Sie ist trotz allem Geschehen bereit, die eheliche Gemeinschaft wieder aufzunehmen. Dass der Kläger das eheliche Zusammenleben nicht mehr will, und sich von der Beklagten losgesagt und einer anderen Frau zugewandt hat, rechtfertigt die Annahme nicht, dass die Aufrechterhaltung der Ehe sittlich nicht mehr gerechtfertigt ist.”

Nach Ansicht des Landgerichts Ravensburg stand einer Scheidung auch § 48 Abs. 3 EheG 1946 entgegen. Das wohlverstandene Interesse der beiden 16 und 10 Jahre alten Kinder erfordere - insbesondere im Hinblick auf die Sicherung des Unterhalts - die Aufrechterhaltung der Ehe. Im Falle einer erneuten Heirat des Klägers befürchtete das Landgericht Ravensburg, dass die Kinder in finanzielle Schwierigkeiten kommen könnten.

Auch hier nennt das Landgericht Ravensburg seine Position zur Beachtlichkeit des Widerspruchs nicht mehr ausdrücklich. Vielmehr beschränkte es sich wiederum auf nur knappe Ausführungen unter kurzer Einbeziehung der Umstände im konkreten Einzelfall. Auffallend ist, dass das Landgericht Ravensburg die Ausführungen zu § 48 Abs. 2 EheG 1946 oftmals dann knapper hielt, wenn der Scheidung auch das wohlverstandene Interesse der minderjährigen Kinder nach § 48 Abs. 3 EheG 1946 entgegenstand.

Scheidungsfreundlich zeigte sich die I. Zivilkammer des Landgerichts Ravensburg im Verfahren R 512 / 1949²⁸⁸. Der klagende Ehemann war ein 49jähriger Bauhilfsarbeiter aus Friedrichshafen-Allmannsweiler. Aus der 1942 mit seiner gleichaltrigen Ehefrau geschlossenen Ehe waren drei zum Teil noch minderjährige und teils vor der Eheschließung geborene Kinder hervorgegangen.

Der Kläger war staatenlos, die Beklagte Jugoslawin. Der Kläger war 1944 zur Wehrmacht eingezogen worden. Nach seiner Entlassung aus der Kriegsgefangenschaft im Jahre 1947 ging er nach Deutschland, während seine Ehefrau in Jugoslawien blieb.

Sein Klagebegehren begründete der Ehemann damit, dass die Beklagte nicht zu ihm nach Deutschland kommen wolle. Die beklagte Ehefrau teilte mittels Brief vom 21.04.1950 mit, dass sie einer Ehescheidung nicht zustimmen und nach ihrer Ansicht der Kläger ohne Eingehung einer Gefahr nach Jugoslawien zurückkehren könne. Ihr sei ein Umzug nicht so leicht möglich. Auch werde der älteste Sohn bald militärpflichtig.

In ihrem erst am 03.04.1952 (und damit nach der Veröffentlichung der Grundsatzscheidung des Bundesgerichtshofs) an Stelle der Verkündung zugestellten Urteil gab die I. Zivilkammer des Landgerichts Ravensburg der Scheidungsklage des Ehemanns statt.

In umfangreichen Entscheidungsgründen setzte sich das Gericht zunächst mit der Frage auseinander, ob es überhaupt zuständig und auf den Sachverhalt deutsches Recht anzuwenden sei. Es stellte fest, dass der Kläger die jugoslawische Staatsbürgerschaft verloren habe und einem deutschen Staatsangehörigen nach Art. 116 GG gleichgestellt sei.

Die Zuständigkeit des Landgerichts Ravensburg ergebe sich aus § 606 Abs.1 ZPO, die Anwendbarkeit deutschen Rechts aus Art. 17 Abs. 1 und 29 EGBGB.

Da der Kläger seit 1948 ehebrecherische Beziehungen unterhalte, aus denen auch 1949 ein Kind hervorgegangen sei, sei die häusliche Gemeinschaft seit 1948 aufgehoben. Das Vorliegen der erforderlichen tief greifenden und unheilbaren Zerrüttung bedürfe angesichts des jahrelangen Zusammenlebens des Klägers mit einer anderen Frau keiner Begründung mehr.

Was den Widerspruch der Beklagten nach § 48 Abs. 2 EheG 1946 betraf, stufte die I. Zivilkammer des Landgerichts Ravensburg zum zweiten Mal in einem Verfahren in den Nachkriegsjahren diesen als unbeachtlich ein:

“Der Widerspruch der Beklagten gegen die Scheidung wäre selbst dann, wenn er formrichtig gestellt worden wäre, auch bei Annahme eines Verschuldens des Klägers an der Ehezerrüttung unbeachtlich, da die Aufrechterhaltung der Ehe sittlich nicht gerechtfertigt wäre, nachdem die Ehe schon dadurch, dass infolge äusserer Umstände, die von keiner der Parteien verschuldet sind, eine Wiedervereinigung der Parteien kaum möglich erscheint und dies auch von der Beklagten nach dem Inhalt ihres Schreibens vom

²⁸⁸ Besetzung des Gerichts: Landgerichtspräsident Ben, Landgerichtsräte Hae und Dör; Prozessbevollmächtigter klagende Partei: Rechtsanwalt Wac, Tettwang; Prozessbevollmächtigter beklagte Partei: ohne.

21.4.50 in Kauf genommen wird, den Sinn einer dauernden Lebensgemeinschaft ohnedies verloren hat.”

Auch stehe § 48 Abs. 3 EheG 1946 einer Scheidung nicht entgegen, da der Kläger aufgrund der Trennung nicht für die Kinder sorgen könne und die zwei Älteren sich schon im erwerbsfähigen Alter befänden. Daher sei die Aufrechterhaltung dieser inhaltslos gewordenen Ehe nicht im wohlverstandenen Interesse der Kinder erforderlich.

Es finden sich nur knappe Ausführungen des Landgerichts Ravensburg zur Beachtlichkeit des Widerspruchs. Da die Ehefrau keinen Prozessbevollmächtigten hatte, stufte die I. Zivilkammer des Landgerichts Ravensburg zutreffend ihren Widerspruch als nicht formrichtig gestellt ein.

Eine Nennung der Rechtsauffassung zur Beachtlichkeit des Widerspruchs erfolgte auch in diesem Urteil nicht mehr.

b. Die Position der II. Zivilkammer

Die II. Zivilkammer des Landgerichts hatte in den Nachkriegsjahren nur über vier Scheidungsklagen zu entscheiden, in denen der Widerspruch der beklagten Partei nach § 48 Abs. 2 EheG 1946 eine Rolle spielte.

Eines der Urteile stammt aus dem Jahr 1949, zwei aus dem Jahr 1950 und ein Urteil erging erst 1951.

aa. Das Urteil im Verfahren R 508 / 1948 vom 15.09.1949

Ebenso wie die I. Zivilkammer schloss sich die II. Zivilkammer des Landgerichts Ravensburg der Auffassung an, dass ein von der beklagten Partei zulässig erhobener Widerspruch grundsätzlich auch zu beachten sei. Ihr erstes Urteil, in dem sie sich mit dieser Frage auseinandersetzen musste, datiert vom 15.09.1949 und erging im Verfahren R 508 / 1948²⁸⁹.

Der Entscheidung zugrunde lag die Klage eines 34jährigen Hilfsarbeiters aus Ertingen, der die Scheidung von seiner gut elf Jahre älteren Ehefrau begehrte. Die Parteien hatten 1937 nach Entlassung des Klägers aus der Wehrmacht geheiratet. Im Jahr darauf war das einzige Kind der Parteien zur Welt gekommen.

Bereits vor der Eheschließung kam es zwischen den Parteien zu Geschlechtsverkehr. Auch hatte die Beklagte, die als Samtschneiderin gearbeitet hatte, dem Kläger vor der Hochzeit finanziell unter die Arme gegriffen.

Nach einer Auseinandersetzung am 11.06.1939 hatte der Kläger die eheliche Wohnung und die Beklagte verlassen. Kurz darauf – im August 1939 – wurde der Kläger erneut zur Wehrmacht eingezogen und erkrankte dort an Tuberkulose. Als er im August 1945 vom Lazarett aus entlassen wurde, war er zu 100 % kriegsinvalid nach Lungenschuss und

²⁸⁹ Besetzung des Gerichts: Amtsgerichtsdirektor Dr. Hol, Landgerichtsrat Dr. Jer, Gerichtsassessor Dr. Fad; Prozessbevollmächtigter klagende Partei: Rechtsanwälte Dr. Die und Dr. Off, Ravensburg; Prozessbevollmächtigter beklagte Partei: Rechtsanwalt Hol, Ravensburg.

100% versorgungsberechtigt. Nach seiner Entlassung zog er zu seinen Eltern nach Ertingen.

Sein Klagebegehren stützte der Kläger auf § 48 EheG 1946, dessen Vorliegen er damit begründete, dass die häusliche Gemeinschaft zwischen ihm und der Beklagten bereits seit dem 11.06.1939 aufgehoben und das eheliche Verhältnis tief greifend und unheilbar zerrüttet sei.

Die Beklagte habe ihn nach einer Auseinandersetzung am 11.06.1939 aus dem Haus gewiesen. Auch sei die Beklagte wegen Diebstahls (sie hatte ein Stück Wurst entwendet) verurteilt worden, hätte ihm nicht mehr gekocht und den Gerichtsvollzieher wegen ihrer Schulden im Haus gehabt. Nach seinem Auszug habe die Beklagte kein Interesse mehr an ihm gehabt. Dieses sei erst wieder erwacht, nachdem er jetzt Rente beziehe. In der Vergangenheit habe die Beklagte Kontakt zu anderen Männer gepflegt.

Die Beklagte beantragte Klagabweisung, eventuell Mitschuldigerklärung des Klägers. Sie widersprach der Scheidung, da der Kläger die Ehezerrüttung selbst verschuldet habe. Er sei im Jahre 1936 wegen schlechter Führung und seiner Trunksucht von der Wehrmacht entlassen worden. Trotz Warnung von verschiedenen Seiten habe sie ihn geheiratet, da sie seinen Versprechungen auf Besserung Glauben geschenkt habe. Diese Versprechungen habe er aber nicht eingehalten, sei weiterhin arbeitsscheu gewesen und habe dem Alkohol und anderen Frauen zugesprochen. Daher sei es wiederholt zu Auseinandersetzungen zwischen ihnen gekommen. Selbst wenn sie ihm am 11.06.1939 Anlass zu einem Auszug gegeben habe, so habe sie ihn doch bei seinem Weggang um eine Rückkehr gebeten. Nach seiner Entlassung von der Wehrmacht habe sich der Kläger mit anderen Frauen abgegeben und sich nicht um sie und das Kind gekümmert – nicht einmal durch die Zahlung von Unterhalt.

Die Beklagte, die ebenso wie ihr Ehemann der katholischen Konfession angehörte, berief sich sodann auf religiöse Gründe, die ihrer Ansicht nach einer Scheidung entgegenstanden: Als Katholikin trete sie nicht nur aus religiösen Gründen der Scheidung entgegen und erhebe Widerspruch, sondern wolle auch deshalb die Ehe aufrechterhalten, um den Kläger von weiterem sittlichen Abgleiten zu bewahren. Auch sei eine Rückkehr des Klägers zu seiner Familie im Interesse des Kindes.

Das Vorliegen der Voraussetzungen des § 48 Abs. 1 EheG 1946 wurde vom Landgericht Ravensburg im Hinblick darauf bejaht, dass die Parteien nunmehr seit über zehn Jahren getrennt lebten. In dieser Zeit habe keiner der Eheleute ernsthafte Versöhnungsversuche unternommen. Dies zeige auch das Verhalten der Parteien während des Scheidungsverfahrens. Insbesondere der Zusammenstoß der Parteien bei der Beweisaufnahme vor dem Amtsgericht Riedlingen am 17.06.1949 über die der ersuchte Richter bemerkte, dass die Parteien so heftig aneinander geraten seien, dass es einen lauten und erregten Wortwechsel gegeben habe und dadurch das Gericht gezwungen gewesen sei, beide Parteien aus dem Vernehmungszimmer hinauszuschicken, um überhaupt die Weiterprotokollierung zu ermöglichen.

Die religiösen Motive der Beklagten für die Aufrechterhaltung der Ehe stufte das Landgericht Ravensburg als nicht entscheidend ein.

Sodann folgen die Ausführungen bezüglich der Zulässigkeit des Widerspruchs, die zu dem Ergebnis kamen, dass der Kläger die Zerrüttung des ehelichen Verhältnisses selbst verschuldet habe. Die vom Kläger vorgebrachten Eheverfehlungen der Beklagten sah das Landgericht Ravensburg als nicht erwiesen an. Vielmehr habe der Kläger die erste Gelegenheit genutzt, um seine Ehefrau zu verlassen. Dies würde durch die Zeugenaussage seiner Mutter gestützt, die in ihre Vernehmung angab: "Zur Trennung kam es, weil mein Sohn die Berta einfach nicht mochte, außerdem sagte sie, er solle ihr Haus ja nicht betreten." Dies wisse sie von ihrem Sohn, der zu ihr kam und sagte: "So, jetzt habe ich einen Grund, sie hat gesagt, ich solle fortbleiben." Die Mutter des Klägers habe angegeben, dass sie ihren Sohn aufgefordert habe, wieder zu seiner Frau zurückzukehren. Dieser habe nur geantwortet, dass er sich lieber eine Kugel durch den Kopf schieße.

Auch äußerte sich das Landgericht Ravensburg zu dem zwischen den Parteien bestehenden Altersunterschied:

"Es spielt hierher keine Rolle, dass dieser Wunsch des Klägers, sich von der Beklagten zu trennen, wahrscheinlich auch dadurch entstanden ist, dass während der 2-jährigen Ehe der Altersunterschied der Parteien - Kläger 12 Jahre jünger als die Beklagte und damals erst 24 Jahre alt - sich immer mehr bemerkbar machte, auch wenn man nicht annimmt, wie die Mutter des Klägers, dass der Kläger schon von Anfang an die Beklagte nicht habe heiraten wollen, diese aber Tag und Nacht gekommen sei und keine Ruhe gelassen habe, ihn einfach gekauft habe."

Hinsichtlich der Beachtlichkeit des Widerspruchs kam das Landgericht unter Distanzierung von der Rechtsprechung des Reichsgerichts zur folgenden Beurteilung:

"Der Widerspruch ist aber nicht zu beachten. Im Gegensatz zu der früheren reichsgerichtlichen Rechtsprechung ist zwar grundsätzlich von der Beachtlichkeit eines solchen Widerspruchs der Beklagten auszugehen. Nur dann ist der Widerspruch nicht zu beachten, wenn im Einzelfall besondere Tatsachen vorliegen, welche die Scheidung der Ehe sittlich gerechtfertigt erscheinen lassen. Solche Tatsachen und Umstände sind im vorliegenden Fall gegeben."

Ausführlich zeigte die II. Zivilkammer des Landgerichts Ravensburg ihre Motive für die Einstufung des Widerspruchs als beachtlich auf.

In den letzten zehn Jahren der andauernden Trennung hätten die Parteien sich nicht mehr umeinander gekümmert. Das gemeinsame Kind sei dem Kläger völlig entfremdet und habe laut einer Zeugenaussage gesagt "dem schlag ich den Ranzen voll, wenn er wieder kommt."

Auch der Altersunterschied zwischen den Parteien spielte eine Rolle:

“Der Kläger ist schwer Tuberkulose krank. Der Altersunterschied zwischen den Parteien hat sich während der 10-jährigen Trennung verhältnismäßig vergrößert: Der Kläger ist jetzt 34 Jahre alt und die Beklagte jetzt 46, ein Alter, welches im Leben einer Frau eine grosse Rolle spielt.”

Auch läge es der Beklagten nicht am Kläger als Persönlichkeit. Schließlich habe sie selbst in ihrem Schriftsatz vom 25.04.1939 angegeben, dass sie “ausschließlich aus religiösen Gründen der Scheidung entgegenetrete”. Daher wolle sie den Kläger vor weiterem Abgleiten bewahren und ihn hindern, noch andere Menschen ins gleiche Unglück zu stürzen. Aber auch im Interesse des Kindes sei sie immer noch bereit, mit dem Kläger die Ehe fortzusetzen.

Das Gericht zweifelte an den Möglichkeiten der Beklagten den Kläger, dem es als Erzieher des 11jährigen Sohnes die Eignung absprach, vor einem weiteren Abgleiten zu schützen.

Ebenso setzte sich das Gericht im Rahmen der Prüfung der Beachtlichkeit des Widerspruchs mit dem von der Beklagten vorgebrachten religiösen Aspekt auseinander:

“Allein religiöse Gründe geben der Beklagten aber kein Recht, den Fortbestand der Ehe zu verlangen, da das Ehegesetz in dem § 48 wie auch in den vorausgehenden Paragraphen die Scheidung der Ehe aus weltlichen Gesichtspunkten zulässt, auch wenn Gebote einer Kirche dem entgegenstehen.”

Für das Gericht waren religiöse Motive im Rahmen eines Scheidungsverfahrens mit Bezug zur Zerrüttungsscheidung also nicht relevant.

Die Argumentation der Beklagten, dass ihr Unterhalt und derjenige des Kindes im Falle der Scheidung gefährdet wären, überzeugte das Landgericht ebenfalls nicht. Da der Kläger auch jetzt schon seine Unterhaltsverpflichtungen vernachlässigte, sei nicht davon auszugehen, dass die Aufrechterhaltung oder die Scheidung der Ehe an diesem Verhalten etwas ändere.

“Bei dieser ganzen Sachlage würde die Aufrechterhaltung der Ehe nur bedeuten, dass der 12 Jahre jüngere Kläger trotz offenkundiger Lossagung von der Beklagten dauernd an die Ehe gebunden bliebe und diese Ehe ohne jeglichen Inhalt fortbestehen würde, ohne dass sich der Kläger irgendwie durch Gebote der Moral gebunden fühlen würde, sich auch als Ehemann zu verhalten. Unter solchen Umständen und bei der gegebenen Sachlage und beim Gesamtverhalten beider Parteien ist bei richtiger Würdigung des Wesens der Ehe die Aufrechterhaltung der Ehe der Parteien sittlich nicht gerechtfertigt.”

Die Ehe wurde daher geschieden und ein Verschulden des Klägers gemäß § 53 Abs. 2 EheG 1946 wegen seines “böslchen Verlassens” und seines “böslchen Fernbleibens” ausgesprochen.

Die Rechtsprechung der I. und der II. Zivilkammer zur der Frage nach der Beachtlichkeit des Widerspruchs ist einheitlich. Beide Kammern entschieden im Sinne des „Umge-

kehrten-Regel-Ausnahme-Prinzips“, wonach ein zulässiger Widerspruch grundsätzlich auch als beachtlich galt und zu einer Abweisung der Scheidungsklage führte.

In diesem Verfahren sah die II. Zivilkammer den Widerspruch der beklagten Ehefrau als nicht beachtlich an, begründete ihr Ergebnis in sehr ausführlicher Weise und bezog sämtliche Aspekte des Einzelfalls in seine Entscheidung mit ein. Es erfolgte eine eingehende Auseinandersetzung mit der konkreten Situation der Eheleute.

Auch der erhebliche Altersunterschied zwischen den Ehegatten wurde hierbei vom Gericht thematisiert – im Gegensatz zu der Zeit vor 1945 erfolgte die Betrachtung aber nicht aus dem bevölkerungspolitischen Blickwinkel.

bb. Das Urteil im Verfahren R 05 / 1950 vom 15.10.1950

Als beachtlich stufte die II. Zivilkammer des Landgerichts Ravensburg hingegen den Widerspruch der beklagten Ehefrau im Verfahren R 05 / 1950 ein. Kläger war ein 35jähriger Regierungsangestellter aus Wangen. Seine gleichaltrige beklagte Ehefrau hatte er im Jahre 1940 geheiratet.

Kurz darauf war der Ehemann ins Feld eingerückt und kehrte nach seiner Entlassung aus einem amerikanischen Kriegsgefangenenlazarett am 22.05.1946 zu seiner Familie nach Seibranz zurück. Dort hielt er sich lediglich dreieinhalb Wochen auf. In dieser Zeit fand auch der letzte eheliche Verkehr zwischen den Parteien statt. Am 15.06.1946 trennte sich der Kläger von der Beklagten und zog nach Horb. Seit 01.09.1946 war er beim Landratsamt Wangen angestellt.

Die aus der Ehe hervorgegangenen beiden minderjährigen Töchter lebten bei der Beklagten.

Bereits im August 1946 hatte der Kläger beim Landgericht Rottweil²⁹⁰ Ehescheidungsklage wegen Ehebruchs der Beklagten erhoben. Durch Urteil, das anstelle der Verkündung am 10. und 11.10.1946 zugestellt wurde, hatte das Landgericht Rottweil die Ehe wegen Ehebruchs der Beklagten geschieden. Auf die Berufung der Beklagten hat das Oberlandesgericht Tübingen²⁹¹ durch Urteil vom 24.07.1947 dieses Urteil aufgehoben und die Klage mit der Begründung abgewiesen, dass nach den beeidigten Aussagen der als Partei vernommenen Beklagten ein Verschulden der Beklagten nicht festzustellen sei und somit ein Ehebruch entfalle.

Seine erneute Klage stützte der Kläger auf § 48 EheG 1946 und trug zur Begründung seines Antrags vor, dass die häusliche Gemeinschaft seit 15.06.1946 aufgehoben und seine Ehe tief greifend und unheilbar zerrüttet sei, weil die Beklagte entgegen ihrer eidlichen Aussage beim Oberlandesgericht Tübingen mit einem Italiener die Ehe durch zweimaligen Geschlechtsverkehr gebrochen habe.

²⁹⁰ Az.: R 291 / 1946.

²⁹¹ Az.: U 113 / 1946.

Das Interesse der Kinder stehe der Scheidung nicht entgegen, weil er monatlich 80 DM Unterhalt für sie leiste, notwendige Anschaffungen bezahle und Brautausstattungsversicherungen für sie abgeschlossen habe.

Die beklagte Ehefrau beantragte Klageabweisung und widersprach der Scheidung. Das Urteil des Oberlandesgerichts Tübingen habe rechtskräftig festgestellt, dass sie kein Verschulden treffe, vielmehr sei eine eventuelle Zerrüttung der Ehe vom Kläger verschuldet, weil er sich trotz Aufforderung weigere, die eheliche Gemeinschaft herzustellen. Sie sei damals von dem Italiener vergewaltigt worden.

Ihr Widerspruch sei sittlich gerechtfertigt, weil sie nun schon zehn Jahre verheiratet sei, ihre Pflicht als Frau und Mutter stets erfüllt habe und jetzt aufgrund ihrer schlechten Gesundheit keinen Beruf mehr ausüben könne.

Auch das wohlverstandene Interesse der Kinder erfordere die Aufrechterhaltung der Ehe, weil der Kläger jetzt schon kaum seinen Unterhaltsverpflichtungen nachkomme und weil die Kinder auch die geistige, seelische und erzieherische Fürsorge des Vaters benötigen würden.

Das anstelle der Verkündung am 15.04.1950 zugestellte Urteil des Landgerichts Ravensburg begründete ausführlich die Abweisung der Klage:

Die häusliche Gemeinschaft zwischen den Parteien sei seit dem 15.06.1946 aufgehoben. Auf der Seite des Klägers fehle die Bereitschaft zur Herstellung des ehelichen Gemeinschaftsverhältnisses und das eheliche Band sei unheilbar zerrissen.

Trotz Vorliegen der Voraussetzungen der Zerrüttungsscheidung nach § 48 Abs. 1 EheG 1946 müsse der Klage aber der Erfolg versagt bleiben, weil der Widerspruch der Beklagten nach § 48 Abs. 2 EheG 1946 zu beachten sei. Ferner, weil das wohlverstandene Interesse der minderjährigen Kinder die Aufrechterhaltung der Ehe erfordere (§ 48 Abs. 3 EheG 1946).

Die Zerrüttung beruhe darauf, dass sich der Kläger außerstande sieht, die eheliche Gemeinschaft wieder herzustellen, da er der Meinung ist, dass die Beklagte in den Umsturztagen des Frühjahrs 1945 durch zweimaligen Geschlechtsverkehr mit einem Italiener die Ehe gebrochen habe. Da das Oberlandesgericht Tübingen aus dem seiner Entscheidung zu Grunde gelegten Sachverhalt die Rechtsfolge gezogen habe, dass ein Verschulden der Beklagten nicht vorliegt, sei das Gericht im jetzigen Rechtsstreit nach § 322 ZPO an die tatsächliche und rechtliche Würdigung des Oberlandesgerichts gebunden. Die vom Kläger beantragte Beweisaufnahme über die ehewidrigen und ehebrecherischen Beziehungen der Beklagten zu dem Italiener sei daher abzulehnen; vielmehr sei davon auszugehen, dass die Beklagte kein Verschulden in dieser Hinsicht treffe. Dass die Beklagte sonst eine Schuld an der Zerrüttung trage, ist nicht behauptet worden und auch nicht ersichtlich. Die Zerrüttung der Ehe sei vielmehr vom Kläger verschuldet, der die Wahrheit bezüglich der Vorkommnisse mit dem Italiener nicht erkennen möge und zu Unrecht die Herstellung der ehelichen Gemeinschaft verweigere.

Weiter führte das Gericht zu dem von der beklagten erhobenen Widerspruch aus:

“Allerdings wäre der Widerspruch der Beklagten nach § 48 Abs.2 Satz 2 EG nicht zu beachten, wenn die Aufrechterhaltung der Ehe bei richtiger Würdigung des Wesens der Ehe und des gesamten Verhaltens beider Ehegatten sittlich nicht gerechtfertigt wäre. Dies ist jedoch nicht der Fall. Die nun schon vor zehn Jahren gegründete Ehe war bis zu dem Vorfall mit dem Italiener nach den übereinstimmenden und glaubhaften Angaben beider Parteien durchaus gut. Die Beklagte hält auch nach wie vor an ihrer ehelichen Gesinnung fest und wünscht die Fortsetzung der Ehe. Sie hat dem Kläger 2 Kinder geboren, die sie mit dem Recht geringen Unterhalt von 80 RM monatlich aufgezogen hat, den der Kläger, der selbst monatlich rund 300 DM netto verdient, für sie und die Kinder leistet. Da die Beklagte nach ihrer glaubhaften und vom Kläger auch nicht bestrittenen Angaben nichts durch Arbeit verdienen kann, weil sie gesundheitlich nicht auf der Höhe ist, keinen Beruf erlernt hat und in ihrem Wohnort auch keine Gelegenheit zur Erwerbstätigkeit hat, würde auch ihre wirtschaftliche Lage durch eine Scheidung ernstlich gefährdet, wie die schon während der Ehe äußerst knappen Unterhaltsleistungen des Klägers erwarten lassen. Schliesslich darf bei der sittlichen Wertung der Ehe auch nicht unberücksichtigt bleiben, dass die Beklagte Opfer einer Vergewaltigung in den letzten Kriegstagen geworden ist und dass der Kläger durch sein Verhalten die der Beklagten widerfahrene Schmach auch noch in Schande verkehren will.”

Auch sei dem Scheidungsbegehren deshalb nicht stattzugeben, weil das wohlverstandene Interesse der Kinder in vermögensrechtlicher und erzieherischer Hinsicht die Aufrechterhaltung der Ehe erfordere. Schließlich könne den Kindern die seelische Belastung einer Ehescheidung nicht zugemutet werden.

cc. Das Urteil im Verfahren R 172 / 1949 vom 22.05.1950

Mit einer knappen Formulierung verneinte das Landgericht Ravensburg im Verfahren R 172 / 1949²⁹² die Beachtlichkeit des Widerspruchs.

Das Verfahren betraf eine 1942 geschlossene kinderlose Ehe. Der klagende Ehemann war ein 48jähriger Reisevertreter aus Leutkirch. Seine 52jährige in Cham wohnhafte Ehefrau war bereits einmal geschieden.

Der Kläger war bis Juni 1945 in Kriegsgefangenschaft. Im August 1945 war er für vier Wochen auf Besuch bei der Beklagten in Cham. Anlässlich dieses Besuches kam es auch zum letzten Geschlechtsverkehr zwischen den Parteien. Zum letzten Mal trafen die Parteien bei einem Besuch der Beklagten in Leutkirch im Mai 1946 aufeinander.

²⁹² Besetzung des Gerichts: Landgerichtsdirektor Dr. Jer, Landgerichtsrat Dr. Freiherr v. Rue, Gerichtsassessor Dr. Fad; Prozessbevollmächtigter klagende Partei: Rechtsanwalt Dr. Str, Leutkirch; Prozessbevollmächtigter beklagte Partei: Rechtsanwalt Hän, Ravensburg.

Der Kläger beehrte in erster Linie Scheidung aus den §§ 42 und 43 EheG 1946 und nur hilfsweise die Scheidung aus § 48 EheG 1946. Die Beklagte beantragte Klageabweisung und erhob Widerklage auf Scheidung wegen Verschulden des Klägers.

Sein Scheidungsbegehren begründete der Kläger damit, dass er durch eine Drohung seitens der Beklagten zu der Ehe gezwungen worden sei. Sie habe damals gesagt, dass sie seinen Vetter, den Pater [...], der einen "staatsfeindlichen" Brief geschrieben hatte, ins Konzentrationslager bringen würde, wenn er sie nicht heirate.

Darüber hinaus habe sie ehebrecherische Beziehungen unterhalten und anormalen Verkehr von ihm verlangt.

Die Beklagte bestritt die Drohung und brachte vor, dass der Kläger die Frist zur Klageerhebung habe verstreichen lassen und auch nach den von ihm vorgetragenen Vorfällen noch Geschlechtsverkehr mit ihr gehabt habe.

In dem an Stelle der Verkündung am 22.05.1950 zugestellten Urteil stellte das Landgericht Ravensburg zunächst fest, dass es dahingestellt bleiben kann, ob die Beklagte die vom Kläger behauptete Drohung überhaupt ausgesprochen habe, da die Zwangslage spätestens im Frühjahr 1945 aufgehoben gewesen sei.

Eine Scheidung der Ehe erfolgte aufgrund des § 48 EheG 1946. Die häusliche Gemeinschaft der Parteien sei seit Mai 1946 aufgehoben und auch § 48 Abs. 3 EheG 1946 stehe einer Scheidung nicht entgegen.

Den nicht ausdrücklich von der Beklagten erhobenen Widerspruch stufte das Landgericht Ravensburg als unbeachtlich ein, ohne dabei die Frage nach seiner Beachtlichkeit im Allgemeinen zu erörtern:

„Der im Klageabweisungsantrag liegende Widerspruch der Beklagten gegen die Scheidung ist nicht zu beachten, weil die Aufrechterhaltung der Ehe bei richtiger Würdigung des Wesens der Ehe und des gesamten Verhaltens beider Ehegatten sittlich nicht gerechtfertigt ist (§ 48 Abs.2 Eheges.) denn eine eigentliche Lebensgemeinschaft hat zwischen den Parteien kaum richtig bestanden und die Beklagte hat zudem selbst Widerklage erhoben.“

Ebenso wie bereits die I. Zivilkammer im Verfahren R 298 / 1950 wertete in diesem Verfahren die II. Zivilkammer des Landgerichts Ravensburg den Antrag auf Klageabweisung bereits als Widerspruch im Sinne des § 48 EheG 1946.

dd. Das Urteil im Verfahren R 230 / 1950 vom 13.02.1951

Im Verfahren R 230 / 1950²⁹³ widersprach ebenfalls die beklagte Ehefrau nach § 48 Abs. 2 EheG 1946 dem Scheidungsbegehren ihres Ehemannes. In diesem Verfahren erging das Urteil erst mit an Stelle der Verkündung erfolgter Zustellung am 13.02.1951 und damit nachdem der Bundesgerichtshof in seinem Urteil vom 22.01.1951 zu der Frage nach der

²⁹³ Besetzung des Gerichts: Landgerichtsräte Dr. Freiherr von Rue und Dr. Fad, Gerichtsassessor Par; Prozessbevollmächtigter klagende Partei: Rechtsanwalt Dr. Nei, Laupheim; Prozessbevollmächtigter beklagte Partei: Rechtsanwalt Alfred Schn, Biberach.

Beachtlichkeit des Widerspruchs grundsätzlich Stellung genommen hatte. Das Verfahren wird der Vollständigkeit halber dennoch geschildert.

Beim Kläger handelte es sich um einen 62jährigen praktischen Arzt aus Rot bei Lauheim. Dieser war zum Zeitpunkt des Scheidungsverfahrens mangels Zulassung zur Kassenpraxis arbeitslos. Vor seiner 1938 mit der 46jährigen Beklagten geschlossenen Ehe war er bereits einmal verheiratet. Die erste Ehe des Klägers war 1938 wegen beiderseitigem Verschulden geschieden worden.

Die Parteien hatten zwei gemeinsame Kinder, geboren 1939 und 1941, die bei der Beklagten wohnten. Seit 1945 lebten die Parteien getrennt. In der Zeit nach der Trennung kam es nur zu einem Besuch der Beklagten und der Kinder beim Kläger.

In erster Linie stützte der Kläger seine Klage auf § 43 EheG 1946, hilfsweise auf § 48 EheG 1946.

Die Beklagte habe ihn beleidigt, ihm mit Mord und Selbstmord gedroht, sie habe ihn schlecht gemacht und behauptet, dass er geisteskrank sei. Nachdem sie ihn beim Umsiedlungsamt angeschwärzt habe, habe er keine Kassenzulassung bekommen. Auch habe sie ihm die Kinder entfremdet und diese gegen ihn aufgehetzt.

Die Beklagte wollte nicht geschieden sein und wies die Vorwürfe des Beklagten als unbegründet zurück. Das Scheidungsbegehren des Klägers im Jahre 1946 habe sie tief deprimiert. Damals habe der Kläger gedacht, dass sie tot sei und sich 1946 verlobt. Er hatte dieses Verlöbnis aber wieder gelöst nach dem er davon Kenntnis erlangt, dass die Beklagte noch lebe.

Nach Ansicht der Beklagten stünde einer Scheidung auch § 48 Abs. 3 EheG 1946 entgegen.

In seinem anstatt der Verkündung am 13.12.1951 zugestellten Urteil wies das Landgericht Ravensburg zunächst mit einer umfangreichen Begründung das Scheidungsbegehren des Klägers aus § 43 EheG 1946 ab.

In deutlich kürzerem Umfang versagte es auch der Klage aus § 48 EheG 1946 aufgrund des Fehlens mehrerer Voraussetzungen den Erfolg.

Zum einen hatte das Gericht Zweifel am Vorliegen der dreijährigen Aufhebung der häuslichen Gemeinschaft. Im Ergebnis ließ die II. Zivilkammer des Landgerichts dieses Frage aber offen, weil auch dann, wenn die 3-Jahresfrist des § 48 Eheges. erfüllt gewesen wäre, die Scheidung nach ihrer Beurteilung wegen begründeten Widerspruchs der Beklagten und aufgrund des wohlverstandenen Interesses der Kinder nicht erfolgen konnte.

Da den Kläger die alleinige Schuld an der Zerrüttung treffe, sei der Widerspruch der Beklagten zulässig.

“Er ist auch beachtlich, da unter richtiger Würdigung des Wesens der Ehe die Aufrechterhaltung ihres rechtlichen Bandes aus sittlichen Gründen geboten erscheint. Nicht ohne Bedeutung ist hierfür auch, dass die Beklagte, wie aus ihren Briefen und allen ihren Äußerungen zu entnehmen ist, noch in-

nerlich an der Ehe festhält. Auch nach dem ganzen bisherigen Verlauf der Ehe, die nach den Briefen des Klägers nicht so unglücklich gewesen sein kann, wie er es jetzt darstellt, erscheint es nicht gerechtfertigt, das eheliche Band nur deshalb zu lösen, weil der Kläger eine andere Frau gefunden hat.”

Auch stünde das Interesse der beiden minderjährigen Kinder – in seelischer und erzieherischer Hinsicht – an der Aufrechterhaltung der Ehe einer Scheidung entgegen.

Zwar nennt die II. Zivilkammer hier nicht mehr ihre Auffassung zu der Beachtlichkeit des Widerspruchs, zeigt sich aber auch hier scheidungsfeindlich und lässt das innerliche Festhalten der beklagten Ehefrau an ihrer Ehe für die Beachtlichkeit des Widerspruchs genügen.

17. Gemeinsamkeiten und Unterschiede im Parteivortrag und in den Entscheidungsgründen im Rahmen der Argumentation zu § 55 EheG 1938 bzw. § 48 EheG 1946

Das Landgericht Ravensburg stellte – vor allem in der Zeit bis zum Zusammenbruch – das Vorbringen der Parteien und insbesondere dasjenige des klagenden Ehegatten – zur Zulässigkeit und Beachtlichkeit des Widerspruchs nach § 55 Abs. 2 EheG 1938 nur knapp oder gar nicht dar.

Aus den spärlichen Informationen, die das Landgericht Ravensburg zum Parteivortrag gab, lassen sich dennoch einige Gemeinsamkeiten und Unterschiede herausarbeiten:

Ebenso wie in den Nachkriegsjahren hatten die beklagte Ehefrauen in einigen Verfahren den (wiederholten) Ehebruch des klagenden Ehemanns als Argument für die Zulässigkeit des Widerspruchs angeführt, so in den Verfahren R 86 / 1938, R 123 / 1938, R 104 / 1938 und R 06 / 1939.

Im Rahmen des Vortrags zu der Beachtlichkeit des Widerspruchs wurden von der beklagten Partei häufig wirtschaftliche Gesichtspunkte vorgebracht. Genauso wie in einigen Fällen aus der Zeit nach Kriegsende fürchtete die beklagte Ehefrau in den Verfahren R 87 / 1938, R 104 / 1938, R 06 / 1939, R 118 / 1940, R 101 / 1943, R 106 / 1943 und R 22 / 1944 jeweils um ihre wirtschaftliche Existenz. Meistens entsprang dieses Vorbringen der Furcht, im Falle einer Scheidung nicht mehr ausreichend Unterhalt für sich und auch für die gemeinsamen Kinder zu beziehen. Aber auch die schlechteren Versorgungsaussichten im Alter oder Nachteile bei der Auseinandersetzung des gemeinsamen Vermögens spielten eine Rolle. Dies zeigte sich auch im Verfahren R 174 / 1941. Dort hatte die beklagte Ehefrau zunächst Widerspruch gegen das Scheidungsbegehren ihres Ehemannes aus § 55 EheG 1938 erhoben, diesen aber nach Abschluss eines Unterhaltsvergleichs nicht mehr aufrechterhalten.

Zur Unterstützung ihrer Position brachten die beklagten Ehefrauen auch in der Zeit bis Mai 1945 ihre Opfer als Ehefrau und Mutter vor. So in den Verfahren R 129 / 1939, R 118 / 1940 und R 106 / 1943. Wie in den Nachkriegsjahren argumentierte auch eine beklagte Ehefrau in den Zeiten des Nationalsozialismus damit, dass für sie aufgrund ihres

fortgeschrittenen Alters eine nochmalige angemessene Heirat nicht möglich sei (R 118 / 1940).

Ebenso brachten die beklagten Ehefrauen vereinzelt im Rahmen der Beachtlichkeit des Widerspruchs – ebenso wie in den Nachkriegsjahren – vor, dass sie – unter innerlichem Festhalten an der Ehe – die eheliche Gesinnung noch nicht verloren hätten und daher zu einer Fortsetzung der Ehe bereit wären (R 118 / 1940 und R 146 / 1944).

Im Verfahren R 87 / 1938 berief sich die Beklagte Ehefrau auf ihre – einer Scheidung entgegenstehenden – Religiosität.

Das Parteivorbringen in der Zeit nach 1945 unterschied sich zu dem Vorbringen der Parteien im Geltungszeitraum des § 55 EheG 1938 deutlich dadurch, dass weder die klagende noch die beklagte Partei ihre Position hinsichtlich der Beachtlichkeit des Widerspruchs mit bevölkerungspolitischen Argumenten oder den Interessen der Volksgemeinschaft untermauerte.

Diese Gegebenheit stellt bei einem Vergleich des Vorbringens der Parteien vor und nach dem Zusammenbruch im Jahre 1945 den deutlichsten Unterschied dar. Bedienten sich die Parteien zur Unterstützung ihres Vortrags in der Zeit bis 1945 häufig noch bevölkerungspolitischer Argumente oder Argumente im Hinblick auf die Volksgemeinschaft, finden sich derartige Ausführungen nach dem Zusammenbruch des nationalsozialistischen Regimes nicht mehr.

So brachte die Beklagte im Verfahren R 129 / 1939 vor, dass ihr Widerspruch auch im Sinne der Allgemeinheit beachtlich sei. Ihr klagender Ehemann sei bereits 51 Jahre alt und daher sei eine nochmalige Eingehung einer Ehe nicht wünschenswert. Ebenso argumentierten die beklagten Ehefrauen im Verfahren R 118 / 1940 und im Verfahren R 106 / 1943, deren Ehemänner 47 Jahre und 53 Jahre alt waren. Sie trugen vor, dass eine erneute Heirat des jeweiligen Klägers angesichts seines Alters nicht mehr zu einer bevölkerungspolitisch wertvollen Ehe führen könne, bzw. dass der Kläger sich in einem Alter befinde, in dem von ihm die Eingehung einer bevölkerungspolitisch wertvollen Ehe nicht mehr zu erwarten sei.

Im Verfahren R 129 / 1939 untermauerte die Ehefrau ihr Vorbringen zusätzlich damit, dass die völkischen Belange es auch erfordern würden, dem Kläger und anderen Ehemännern zu zeigen, dass diese nicht das Recht hätten, in der gewissenslosesten Weise ihre Ehe und ihren Familienstand zu zerrütten und ihre Frauen zu verstoßen, um dann auf dem Unglück dieser Frau einen neuen Ehestand aufzubauen.

Indirekt bediente sich auch die beklagte Ehefrau im Verfahren R 102 / 1938 der Ideologie des Nationalsozialismus, in dem sie aufgrund des hohen Alters der Parteien (beide Ehepartner waren 77 Jahre alt) keine Veranlassung mehr zu einer Scheidung sah.

In zwei dieser Fälle, in denen sich die Ehefrauen bevölkerungspolitischer Argumente zur Unterstützung ihres Vorbringens bedienten, schilderte das Landgericht Ravensburg die Erwiderung des klagenden Ehemanns hierauf:

Im Verfahren R 129 / 1939 äußerte sich der 51jährige Kläger dahingehend, dass auch aus allgemeinen und bevölkerungspolitischen Gesichtspunkten seine Ehe nicht aufrechtzuerhalten sei. Weder das Alter noch der Gesundheitszustand des Klägers würden eine etwaige spätere neue eheliche Verbindung des Klägers als wertlos im Licht völkischer Betrachtung erscheinen lassen. Es liege im wohlverstandenen Interesse der Allgemeinheit, statt der inhaltslosen Ehe den Weg zu einer neuen wertvollen Ehe des einen oder beider Ehegatten zu ebnen.

In diesem Verfahren bediente sich somit auch der klagende Ehemann bevölkerungspolitischer Aspekte zur Unterstützung seines Standpunkts. Aus seiner Sicht war das Interesse der Allgemeinheit auf eine Scheidung der Ehe und eine erneute Heirat seinerseits gerichtet, während die beklagte Ehefrau sich darauf berief, dass die völkischen Belange eine Aufrechterhaltung der Ehe erforderten.

Ähnlich argumentierte der beklagte Ehemann im Verfahren R 118 / 1940. Auch er trug vor, dass eine erneute Eheschließung seinerseits bevölkerungspolitisch zu begrüßen sei.

Bevölkerungspolitische Argumente und Interessen der Allgemeinheit spielten in der Zeit nach 1945 auch in den Entscheidungsgründen des Landgerichts Ravensburg keine Rolle mehr:

Während das Landgericht Ravensburg seine Entscheidungen im Rahmen des § 55 Abs. 2 EheG 1938 in den Jahren bis zum Zusammenbruch in sechs Fällen mit den Interessen der Allgemeinheit oder mit bevölkerungspolitischen Aspekten begründete, spielten diese Kriterien in den von 1946 bis 1950 ergangenen Entscheidungen für das Landgericht Ravensburg keine Rolle mehr.

Bis 1945 dienten die völkischen Interessen und die Bevölkerungspolitik in den Zeiten des Nationalsozialismus in vielen Fällen als das entscheidungserhebliche Argument, das den Ausschlag für oder gegen eine Scheidung der Ehe der Parteien gegeben hatte, wie die folgende Zusammenfassung zeigt:

Im Urteil vom 22.09.1938 im Verfahren R 10 / 1938 schied das Landgericht Ravensburg die Ehe des 48jährigen Klägers und seiner ein Jahr älteren Ehefrau und stufte deren Widerspruch im Hinblick darauf als unbeachtlich ein, dass diese Parteien bereits seit 1935 getrennt gelebt hatten und die Beklagte bisher aus vorwiegend finanziellen Interessen eine Scheidungsklage vermieden hatte. Die Ehe der Parteien sei für die Volksgemeinschaft derart wertlos und zu einer bloßen Form ohne jegliche Gemeinsamkeiten geworden, dass die Aufrechterhaltung der Ehe sittlich in keiner Weise mehr gerechtfertigt wäre. Ebenso stufte das Landgericht Ravensburg in seinem Urteil vom 29.12.1938 im

Verfahren R 104 / 1938 das fehlende „Interesse der Volksgemeinschaft“ an der Aufrechterhaltung der Ehe als entscheidungserheblich ein. Im Urteil vom 01.12.1938 im Verfahren R 77 / 1938 orientierte sich das Landgericht Ravensburg ebenfalls maßgeblich am „Interesse des Staates“ an der Ehe.

Im Urteil vom 07.05.1940 im Verfahren R 129 / 1940 stellte das Landgericht Ravensburg fest, dass kein „Allgemeininteresse“ daran bestehe, den 51jährigen Kläger von weiteren ehelichen Verbindungen abzuhalten.

Ein „Interesse der Allgemeinheit“ an der Aufrechterhaltung der Ehe sah das Landgericht Ravensburg in seinem Urteil vom 21.01.1941 im Verfahren R 118 / 1940, da die „Allgemeinheit“ den Schutz einer lang dauernden und kinderreichen Ehe (fünf gemeinsame Kinder) verlange. Es stufte daher den Widerspruch der Beklagten als beachtlich ein und wies die Scheidungsklage des Ehemanns ab²⁹⁴.

Im Urteil vom 07.11.1940 im Verfahren R 03 / 1940 schied das Landgericht Ravensburg die Ehe des 37jährigen Klägers mit seiner 16 Jahre älteren Ehefrau, da es sich aus „bevölkerungspolitischen Gründen“ nicht empfehle, den Kläger an der von vornherein ziemlich unnatürlichen Ehe festzuhalten.

Eine erst durch die Scheidung mögliche erneute Heirat des Klägers hatte in einigen Fällen für das Landgericht Ravensburg entscheidungserhebliches Gewicht: So im Urteil vom 20.07.1939 im Verfahren R 123 / 1938, in dem das Landgericht Ravensburg die Aussicht des Klägers auf eine zu einer geordneten Gemeinschaft führenden Ehe als Umstand einstufte, der gegen die Beachtlichkeit des von seiner Ehefrau erhobenen Widerspruchs sprach. Ebenfalls als Argument für eine Scheidung der Ehe führte das Landgericht Ravensburg die Möglichkeit einer Wiederverheiratung des Ehemanns in den Urteilen vom 29.12.1938 (R 104 / 1938 und R 125 / 1938), vom 31.12.1938 (R 87 / 1938), vom 05.08.1943 (R 106 / 1943) und vom 21.02.1945 (R 140 / 1944) an.

Die Aussicht, durch die Scheidung eine „bevölkerungspolitisch wertvolle“ Ehe zu ermöglichen, spielte sicher auch im Verfahren R 06 / 1939 eine Rolle. Dort schied das Landgericht Ravensburg durch Urteil vom 07.06.1939 die Ehe des 34jährigen Klägers mit seiner 53jährigen Ehefrau. Gegen die Beachtlichkeit des Widerspruchs sprachen nach Ansicht des Gerichts der große Altersunterschied zwischen den Parteien, die verhältnismäßige Jugend des Klägers sowie die fehlende Aussicht auf Kinder aus dieser Ehe.

²⁹⁴ Hier war das Oberlandesgericht Stuttgart als Berufungsgericht anderer Ansicht. Es schied die Ehe der Parteien und stellte bei seiner Entscheidung vor allem das Wohl der Kinder in den Vordergrund. Da diese der Beklagten völlig entfremdet seien, sei eine Aufrechterhaltung der Ehe im Hinblick auf das Kindeswohl nicht erforderlich. In seiner Entscheidung beruft sich das Oberlandesgericht darauf, dass das Wohl der Kinder vom „völkischen Standpunkt“ aus im Vordergrund gegenüber den persönlichen Belangen der Ehegatten zu stehen hat und zitiert in diesem Rahmen die Entscheidung des Reichsgerichts, abgedruckt in RGZ Bd. 160 S. 41, Bd. 162 S. 124. Es würde auch den „öffentlichen Belangen“ widersprechen, wenn die Situation der Kinder so bliebe wie bisher. Das Interesse der Allgemeinheit, bzw. die öffentlichen Belange forderten nach Ansicht der Berufungsinstanz gerade eine Scheidung der Ehe, während das Landgericht Ravensburg gerade aufgrund dieser Kriterien eine Aufrechterhaltung der Ehe als geboten ansah.

Ähnliche Motive bewegten das Landgericht Ravensburg auch zur Scheidung der Ehe im Verfahren R 116 / 1940. In seinen Entscheidungsgründen vom 04.02.1941 stellte es fest, dass die beiden Ehegatten (30 und 32 Jahre alt) sich noch in verhältnismäßig jungen Jahren befänden und sich daher noch eine neue Lebensgrundlage schaffen könnten.

Wie auch in den Nachkriegsjahren spielten religiöse Bedenken eines Ehegatten gegen eine Scheidung für das Landgericht Ravensburg keine Rolle. Im Urteil vom 31.12.1938 im Verfahren R 87 / 1938 ging das Gericht in seinen Entscheidungsgründen mit keinem Wort auf die von der beklagten Ehefrau geäußerten Vorbehalte gegen einer Scheidung aufgrund ihrer Religiosität ein.

Fielen wirtschaftliche Interessen der beklagten Ehefrau nach 1945 regelmäßig entscheidungserheblich ins Gewicht²⁹⁵, zeigte sich in der Zeit vor dem Zusammenbruch ein ganz anderes Bild:

Die wirtschaftlichen Interessen der Ehefrau wurden zwar in den Entscheidungsgründen angeführt, konnten einem Widerspruch nach § 55 Abs. 2 EheG 1938 aber regelmäßig nicht zur Beachtlichkeit verhelfen. So stellte das Landgericht Ravensburg in seinem Urteil vom 07.05.1940 im Verfahren R 129 / 1939 ausdrücklich klar, dass die wirtschaftliche Zukunft der Beklagten im Fall einer Scheidung der Ehe nicht entscheidend ins Gewicht fallen dürfe. Genauso entschied das Landgericht Ravensburg am 29.12.1938 (Urteil im Verfahren R 104 / 1938), dass ein Widerspruch, der im Wesentlichen auf wirtschaftlichen Erwägungen beruht, nicht zu einer Aufrechterhaltung einer unheilbar zerrütteten Ehe führen dürfe. Ebenso entschied das Landgericht Ravensburg im Verfahren R 116 / 1940 (Urteil vom 04.02.1941), dass das Interesse der Beklagten an der zu zahlenden Unterhaltsrente nicht die Aufrechterhaltung einer nur dem äußeren Band nach bestehenden Ehe rechtfertigte.

Interessant ist eine genauere Betrachtung des Verhältnisses des Landgerichts Ravensburg zu der „Verstoßung“ der Ehefrau durch den klagenden Ehemann.

In seinem Urteil vom 20.10.1938 im Verfahren R 86 / 1938 hatte das Landgericht Ravensburg den klagenden Ehemann noch an seiner Ehe mit dem Argument festgehalten, dass eine Scheidung der Ehe einer Verstoßung der Ehefrau gleichkäme. Obwohl die Parteien lange Jahre getrennt gelebt hatten, stufte das Landgericht Ravensburg den Widerspruch der Beklagten aufgrund der wiederholten Verhältnisse des Klägers als beachtlich ein. Das Gericht stützte seine Ansicht auf die Amtliche Begründung zum Ehegesetz und dem Aufsatz von Lauterbach in der Zeitschrift der Akademie für Deutsches Recht 1938, S. 728 ff.

Nachdem dieses Urteil der vom Kläger beim OLG Stuttgart eingelegten Berufung nicht standhielt und die zweite Instanz die Ehe der Beteiligten schied und auch der „Schwarze Korps“ in seiner Ausgabe vom 05.01.1939 in dem Artikel „Altes Recht in neuen Schläuchen“ diese Entscheidung des Landgerichts Ravensburg scharf kritisiert hatte²⁹⁶, findet sich in keinem bis Mai 1945 ergangenen Scheidungsurteil mehr eine derartige Argumen-

²⁹⁵ Vgl. Zweiter Teil, 16.

²⁹⁶ Vgl. Zweiter Teil, 15. b. bb.

tation. Vielmehr vertrat das Landgericht Ravensburg in später ergangenen Urteilen den „Verstoßungsgedanken“ nicht mehr.

Dieser Gedanke wurde vom Landgericht Ravensburg erst wieder in den Nachkriegsjahren aufgegriffen, in denen das Argument der Verstoßung der Ehefrau regelmäßig als Grund für die Beachtlichkeit des Widerspruchs angesehen wurde.

Hinsichtlich der Frage nach der Beachtlichkeit des Widerspruchs urteilte das Landgericht Ravensburg vor und nach dem Zusammenbruch in völlig unterschiedlichen Richtungen:

Während das Landgericht Ravensburg in den Nachkriegsjahren die Position vertrat, dass ein zulässiger Widerspruch grundsätzlich auch zu beachten sei, hatte es sich bis Mai 1945 der auch vom Reichsgericht vertretenen Ansicht angeschlossen, dass die Scheidung einer Ehe, die unheilbar zerrüttet im Sinne des § 55 Abs. 1 EheG 1938 war, die Regel bildete, während ihre Aufrechterhaltung bei Widerspruch des Beklagten Teils die Ausnahme bleiben musste. Diesen Standpunkt bestätigte das Landgericht Ravensburg in seinen Urteilen vom 29.12.1938 (R 104 / 1938), 04.02.1941 (R 116 / 1941), 05.08.1943 (R 106 / 1943) und 31.01.1945 (R 146 / 1944).

Ein scheidungswilliger Ehegatte sollte mit § 48 EheG 1946 nicht die Möglichkeit haben, seinen an der Ehe festhaltenden, schutzwürdigen Gatten zu verstoßen und zwar vor allem dann, wenn dieser keinen Anlass zur Zerrüttung des ehelichen Verhältnisses gegeben und der Ehe einen wesentlichen Teil seiner Lebenszeit „geopfert“ hatte.

In diesem Zusammenhang nannte das Landgericht Ravensburg in fünf Verfahren den Gesichtspunkt, dass der beklagten Ehefrau aufgrund ihres Alters die Aussicht auf eine nochmalige angemessene Heirat fehle (R 337 / 1947 (Alter der Ehefrau: 49 Jahre), R 306 / 1948 (40 Jahre), R 227 / 1948 (62 Jahre), R 393 / 1948 (41 Jahre), R 464 / 1949 (42 Jahre)).

Eine lange Ehedauer und gemeinsame Kinder waren ebenso Umstände, die für die Beachtlichkeit des Widerspruchs sprachen.

Wirtschaftliche Aspekte, wie die Sicherung von Rentenansprüchen, die Versorgung im Krankheitsfall und insbesondere die Gefährdung des Unterhalts der beklagten Ehefrau im Falle der Scheidung hatten dabei entscheidungserhebliches Gewicht und sprachen für eine Aufrechterhaltung der Ehe.

18. Der durch das Ehegesetz von 1946 neu eingefügte Klageabweisungsgrund des § 48 Abs. 3 EheG

§ 48 EheG 1946 wurde gegenüber § 55 EheG 1938 um einen dritten Absatz mit folgendem Wortlaut erweitert:

„Dem Scheidungsbegehren ist nicht stattzugeben, wenn das wohlverstandene Interesse eines oder mehrerer minderjähriger Kinder, die aus der Ehe hervorgegangen sind, die Aufrechterhaltung der Ehe erfordert.“

Dem Gericht oblag von Amts wegen die Prüfung dieses selbständigen Klagabweisungsgrundes und zwar unabhängig davon, ob ein Widerspruch erhoben oder begründet war. Maßgeblich zur berücksichtigen waren die Auswirkungen einer Scheidung auf das Kind hinsichtlich des Unterhalts, sowie in häuslicher, erzieherischer und seelischer Beziehung²⁹⁷.

Der neu eingeführte Klagabweisungsgrund des dritten Absatzes des § 48 EheG 1946 spielte in der Entscheidungspraxis des Landgerichts Ravensburg und im Parteivortrag keine zentrale Rolle; insbesondere die Parteien beriefen sich nur in sehr vereinzelt Fällen (z.B. die beklagte Ehefrau im Verfahren R 227 / 1948) auf § 48 Abs. 3 EheG.

Meist begnügte sich das Landgericht Ravensburg damit, am Ende seiner Entscheidungsgründe festzustellen, dass das Wohl der minderjährigen Kinder einer Scheidung nicht entgegenstehe oder dass § 48 Abs. 3 EheG 1946 nicht für eine Aufrechterhaltung der Ehe spreche, da gar keine minderjährigen Kinder vorhanden waren.

Eine solche kurze abschließende Feststellung findet sich in 67 der 188 nach dem Zusammenbruch ergangenen Entscheidungen.

Im Verfahren R 306 / 1948 erwähnte das Landgericht am Ende seiner Entscheidungsgründe lediglich, dass es einer besonderen Prüfung des § 48 Abs. 3 EheG 1946 nicht bedürfe, wenn – wie hier – der Klage bereits wegen eines zulässigen und beachtlichen Widerspruchs der Erfolg zu versagen war und verwies zur Begründung seiner Auffassung auf eine Fundstelle in der Neuen Juristischen Wochenschrift von 1947 / 48 auf S. 575 (576).

In wenigen Fällen stieg das Landgericht Ravensburg in eine nähere Prüfung und Bejahung des Klagabweisungsgrundes des § 48 Abs. 3 EheG 1946 ein:

Wegen § 48 Abs. 3 EheG 1946 wurde einem 29jährigen Sportlehrer aus Ravensburg im Verfahren R 473 / 1948 die Scheidung seiner im Jahr 1940 geschlossenen Ehe versagt. Seine Ehefrau (28) und er hatten drei zwischen 1940 und 1943 geborene Kinder. 1941 war der Kläger zum Heeresdienst einberufen worden und kehrte nach seiner Entlassung aus der Kriegsgefangenschaft im Mai 1945 nicht mehr zu seiner Familie zurück und ging bereits am 17.05.1945 die Ehe mit seiner neuen Partnerin ein, die vom Landgericht Ravensburg mit Urteil vom 18.12.1947 für nichtig erklärt wurde (R 270 / 1947).

In seinem Urteil vom 22.08.1950 schied das Landgericht Ravensburg – trotz Bejahung der Voraussetzungen des § 48 Abs. 1 EheG 1946 – im Hinblick auf den Klagabweisungsgrund des § 48 Abs. 3 EheG 1946 die Ehe der Parteien nicht:

„Trotzdem könne dem Scheidungsbegehren des Klägers nicht stattgegeben werden. Es könne dahingestellt bleiben, ob der Widerspruch der Beklagten zutreffend darauf gestützt wird, dass die Zerrüttung der Ehe mindestens überwiegend durch den Kläger aufgrund seiner mehrfachen Ehebrüche verschuldet worden ist, durchdringt oder ob er nicht zu beachten sei, weil die Aufrechterhaltung der Ehe sittlich nicht gerechtfertigt erscheint.“

²⁹⁷ Lauterbach, in: Palandt, Bürgerliches Gesetzbuch, 7. Auflage 1949, § 48 EheG 1938, Rn. 5.

Das wohlverstandene Interesse der Kinder erfordere die Aufrechterhaltung der Ehe. Zwar behauptete der Kläger, dass das jüngste Kind nicht von ihm sei. Er habe aber seine Vaterschaft nicht angefochten. Die Beklagte beziehe bereits jetzt für sich und die Kinder Fürsorgeunterstützung und der Kläger beabsichtige eine neue Ehe einzugehen. Bei der leichtfertigen Veranlagung des Klägers bestehe daher die Befürchtung, dass er seiner Unterhaltsverpflichtung nach der erneuten Heirat erst recht nicht nachkomme. Somit würde die Lösung der Ehe in vermögensrechtlicher Beziehung zum Nachteil der ehelichen Kinder ausschlagen.

Die Gefährdung des Unterhalts für die minderjährigen Kinder war auch im Verfahren R 490 / 1949 entscheidungserheblich. Aus der 1934 geschlossenen Ehe des Klägers – einem Waldarbeiter von 38 Jahren aus der Nähe von Friedrichshafen – und seiner Gattin (44) waren fünf noch minderjährige Kinder hervorgegangen.

Das Landgericht Ravensburg stufte in seinem Urteil vom 02.11.1950 zwar auch den Widerspruch der Beklagten als beachtlich ein; des Weiteren sprach nach Ansicht des Gerichts auch das wohlverstandene Interesse der Kinder gegen eine Scheidung der Ehe:

„Ausserdem gebietet die Rücksicht auf die 4 unversorgten noch minderjährigen Kinder der Parteien, dass der Klg. sich in erster Linie und ausschließlich wieder seiner Familie zuwenden würde. Bei einer Wiederheirat des Klg. nach der Scheidung wäre er zweifellos nicht im Stande, bei seinem beschränkten gegenwärtigen Einkommen ausser für die neue Familie auch noch für seine jetzigen ehelichen Kinder ausreichend zu sorgen. Deren wohlverstandenes Interesse schliesst daher das Scheidungsbegehren des Klägers ebenfalls aus.“

Diese Entscheidung hielt einer Überprüfung durch das Oberlandesgericht Tübingen im vom Kläger angestrebten Berufungsverfahren (Az.: U 283 / 1950) stand.

Ausführlich mit dem Wohl der minderjährigen Kinder auseinandergesetzt hatte sich das Landgericht Ravensburg in seinem Urteil vom 13.04.1950 im Verfahren R 05 / 1950. Das Ehepaar aus dem Allgäu (beide 1914 geboren und seit 1940 miteinander verheiratet) war Eltern von zwei Kindern im Alter von acht und fünf Jahren. Der Kläger war von Beruf Regierungsangestellter, seine Frau ging ihrer Tätigkeit als Hausfrau und Mutter nach. Zwar war die Klage schon wegen des nach Ansicht des Landgerichts Ravensburg zulässigen und beachtlichen Widerspruchs abzuweisen; dennoch ging das Landgericht Ravensburg noch eingehend auf § 48 Abs. 3 EheG 1946 ein:

„Schon das vermögensrechtliche Interesse der Kinder macht die Aufrechterhaltung der Ehe notwendig. Wie bereits aufgeführt, hat der Kläger schon bisher von seinem Monatslohn von 295 bis 300 DM netto nur 80 DM monatlich für die Beklagte und die Kinder zusammen als Unterhalt geleistet und nur gelegentlich Rechnungen für Schuhe usw. zusätzlich bezahlt. Bei dieser Einstellung bietet seine Persönlichkeit nicht die Gewähr dafür, dass er in jedem Fall, als insbesondere auch im Falle der Wiederverheiratung, alles in seinen Kräften stehende tun wird, um seine Vaterpflichten zu erfüllen. Wenn

er daneben auch eine Aussteuerversicherung mit monatlichen Beiträgen von 14,50 DM abgeschlossen hat, so leistet er damit nichts für den laufenden Unterhalt der Kinder, sondern sichert sich (und zu einem gewissen Grad auch ihnen) nur die Möglichkeit, ihnen später eine Aussteuer zu geben, auf die sie einen Rechtsanspruch haben. Ausser den vermögensrechtlichen Interessen machen aber auch die erzieherischen Rücksichten die Aufrechterhaltung der Ehe notwendig. Die Kinder sind jetzt 5 und 8 Jahre alt und bedürfen in zunehmendem Masse neben der mütterlichen Fürsorge des erzieherischen Einflusses des Vaters. Schliesslich erfordern auch die seelischen Auswirkungen, die eine Ehescheidung unter Berücksichtigung aller Umstände (wozu auch die Anschauungen der ländl. Bevölkerung ihrer Umgebung gehören) auf die Kinder haben würde, die Aufrechterhaltung des Ehebandes.“

Auch diese Entscheidung des Landgerichts Ravensburg wurde in der zweiten Instanz vom Oberlandesgericht Tübingen (Az.: 109 / 1050) bestätigt, welches in seinem Berufungsurteil vom 21.07.1950 maßgeblich auf eine mögliche Benachteiligung der Kinder im Hinblick auf Unterhaltszahlungen des Klägers abstellte.

Im Vergleich zur Rechtsprechung des Landgerichts Ravensburg in der Zeit bis 1945 wurde dem wohlverstandenen Interesse der minderjährigen Kinder in den Nachkriegsjahren ein deutlich höherer Stellenwert beigemessen. Dies zeigt sich vor allem im Urteil im Verfahren R 05 / 1950, in dem sogar erzieherische und seelische Auswirkungen diskutiert wurden. Derartig „einfühlsame“ Entscheidungen, in denen sich das Landgericht Ravensburg mit der Gemütslage der potentiellen Scheidungskinder befasste, ergingen in der Zeit vor dem Zusammenbruch nicht.

19. Der unbestimmte Rechtsbegriff des „Wesens der Ehe“ in § 55 EheG 1938 und § 48 EheG 1946

Sowohl nach § 55 Abs. 1 EheG 1938 als auch nach § 48 Abs. 1 EheG 1946 konnte ein Ehegatte die Scheidung nur begehren, wenn „infolge einer tief greifenden unheilbaren Zerrüttung des ehelichen Verhältnisses die Wiederherstellung einer dem Wesen der Ehe entsprechenden Lebensgemeinschaft nicht zu erwarten“ war.

Aufgrund seiner Wandelbarkeit konnte der unbestimmte Rechtsbegriff des „Wesens der Ehe“ mit den Vorstellungen und Werten der jeweiligen Weltanschauung ausgefüllt werden.

Was die nationalsozialistische Weltanschauung unter dem Wesen der Ehe verstand, war in der Zeit bis 1945 offenkundig und allgemein bekannt. Unüberhörbar hatte die nationalsozialistische Propaganda das Bild einer Ehe gezeichnet, die als „Keimzelle des Volkes“ Quelle und Ursprung erbgesunden und zahlreichen Nachwuchses sein sollte. Der Begriff des „Wesens der Ehe“ stellte im Nationalsozialismus für den Rechtsanwen-

der das Einfallstor dar, über das „Interessen der Volksgemeinschaft“, also über die individuellen Interessen der Ehegatten hinausgehende „völkische“ Interessen, berücksichtigt werden konnten.

Ganz anders war aber die Situation in den Jahren nach dem Zusammenbruch. In dieser Zeit hatten sich noch keine neuen allgemeingültigen und verbindlichen Wertvorstellungen herausgebildet und gefestigt. Die einzige Gewissheit bestand darin, dass die nationalsozialistischen Wertvorstellungen der Vergangenheit angehörten und nicht mehr zur Auslegung herangezogen werden konnten²⁹⁸.

Weiterer Gegenstand der Untersuchung ist die Frage, ob und in welcher Weise das Landgericht Ravensburg den Begriff des Wesens der Ehe verwendete. Erfolgte vor und nach dem Zusammenbruch eine unterschiedliche Verwendung und Auslegung dieses Begriffs? Genauer betrachtet werden muss auch die Frage, ob das Landgericht Ravensburg insbesondere in den Nachkriegsjahren den Begriff vom „Wesen der Ehe“ näher definierte und mit Vorstellungen und Werten ausfüllte.

Im Zeitraum von 1938 bis 1945 finden sich 12 Urteile, bei denen das Landgericht Ravensburg in seinen Entscheidungsgründen den Begriff des Wesens der Ehe erwähnte.

Es handelt sich hierbei aber nur um Bezugnahmen auf den Wortlaut des § 55 Abs. 2 EheG 1938. Das Gericht nahm mit keinem Wort dazu Stellung, was nach seiner Ansicht das Wesen der Ehe ausmachte.

Oftmals verwendete das Landgericht Ravensburg im Rahmen von Bezugnahmen auf das Wesen der Ehe Begriffe und Formulierungen wie „wertlose, zur bloßen Form herabgesunkene Ehe“, „hohl und wertlose Ehe“ oder „inhaltlose Ehe“.

So zum Beispiel im Urteil vom 29.12.1938 im Verfahren R 125 / 1938. Dort wollte ein 51jähriger Musiker und Dirigent aus Ravensburg von seiner Ehefrau (53) geschieden werden. Die beiden hatten 1911 geheiratet und drei gemeinsame, nunmehr volljährige Kinder bekommen. Zwischenzeitlich lebten die Parteien aber schon seit elf Jahren getrennt. Der Kläger hatte sich mit einer neuen Partnerin zusammengetan und mit dieser bereits vier Kinder bekommen. Das Landgericht Ravensburg führte im Rahmen des von der Beklagten erhobenen Widerspruchs aus, dass „die Aufrechterhaltung der Ehe bei richtiger Würdigung des Wesens der Ehe sittlich nicht gerechtfertigt“ sei und kein „sittlich gerechtfertigtes Interesse an einer solchen wertlosen, zur bloßen Form herabgesunkenen Ehe“ bestehe.

Im Urteil vom 21.06.1944 im Verfahren R 22 / 1944 spricht das Landgericht Ravensburg von einer „hohl und wertlos gewordenen Ehe“. Die Parteien (er 35, sie 41) hatten 1938 die Ehe miteinander geschlossen, aus der ein Kind stammte. Der Kläger wurde 1940 zur Wehrmacht eingezogen. Danach war der Kontakt zwischen den Eheleuten schnell abgebrochen. Der klagende Ehemann hatte in dieser Zeit nach Ansicht des Gerichts mindestens zweimal die Ehe gebrochen.

²⁹⁸ Weiterführend zum Eheverständnis im Nationalsozialismus und in der Übergangszeit in den Nachkriegsjahren: Michael Gordon, Das Wesen der Ehe: Die wechselnde Auffassung vom Wesen der Ehe im Wandel der Verfassungsepochen des 20. Jahrhunderts, Dissertation, Berlin 1978.

Das Landgericht Ravensburg verwendete diese Begriffe ohne sie näher zu definieren. Es finden sich in keinem Urteil Ausführungen dazu, was nach Ansicht des Gerichts einer Ehe den notwendigen Inhalt verleihen oder eine Ehe wertvoll machen würde. Deutet man dieses Begriffe vor dem Hintergrund der nationalsozialistischen Weltanschauung, kann man sich zwar ein Bild davon machen, was laut dieser für ein ausgefülltes Eheleben erforderlich gewesen wäre. Das Landgericht Ravensburg gibt in seinen Entscheidungsgründen aber keinen Nährboden dafür, diese Vermutung zur Gewissheit werden zu lassen.

Ebenso verhält es sich in den Nachkriegsjahren. In vereinzelt Entscheidungen – erstmals im August 1947 – wird der Begriff „Wesen der Ehe“ erwähnt. Es handelt sich aber auch in diesen Fällen meist um eine bloße Nennung des Wortlauts des § 48 Abs. 2 EheG 1946. Das Landgericht Ravensburg lässt Ausführungen durch positive Formulierungen dazu, was es unter dem Wesen der Ehe verstand, gänzlich vermissen. Im Urteil vom 15.09.1949 im Verfahren R 508 / 1948 grenzt das Gericht lediglich ansatzweise negativ ab, in dem es feststellt, dass „diese Ehe ohne jeglichen Inhalt fortbestehen würde, ohne dass sich der Kläger irgendwie durch Gebote der Moral gebunden fühlen würde, sich auch als Ehemann zu verhalten. Unter solchen Umständen und bei der gegebenen Sachlage und beim Gesamtverhalten beider Parteien ist bei richtiger Würdigung des Wesens der Ehe die Aufrechterhaltung der Ehe der Parteien sittlich nicht gerechtfertigt.“

Ebenso argumentierte das Gericht im Urteil vom 22.05.1950 im Verfahren R 172 / 1949, das eine typische Kriegsehe betraf: „der im Klageabweisungsantrag liegende Widerspruch der Beklagten gegen die Scheidung ist nicht zu beachten, weil die Aufrechterhaltung der Ehe bei richtiger Würdigung des Wesens der Ehe und des gesamten Verhaltens beider Ehegatten sittlich nicht gerechtfertigt ist (§ 48 II EG), denn eine eigentlich Lebensgemeinschaft hat zwischen den Parteien kaum richtig bestanden und die Beklagte hat zudem selbst Widerklage erhoben.“

Im Verfahren R 144 / 1944, welches erst am 05.08.1947 durch klagabweisendes Urteil beendet wurde, beschäftigte sich das Gericht mit der Klage eines laut vom Gericht eingeholten Gutachtens „Geisteskranken im engeren Sinne“. Das Landgericht zitierte in seinen Entscheidungsgründen eine in RGZ 163, 338 ff. abgedruckte Entscheidung zu der Frage, ob einem Ehegatten, dem durch seine geistige Erkrankung das Verständnis für das Wesen der Ehe verloren gegangen ist und der infolgedessen kein Empfinden für die zur Herbeiführung der Eheerrüttung sachlich geeigneten Tatsachen haben konnte, ein Scheidungsanspruch aufgrund der jetzigen §§ 43, 44 und 48 EheG zustehen könne. Das Landgericht Ravensburg stellte fest, dass „dieses Ausführungen des Reichsgerichts in seinem Urteil vom 04.05.1940 [...] auch jetzt noch unter dem neuen Ehegesetz vollauf zu billigen und als Richtlinie anzuerkennen [sind].“

Auch in diesen Entscheidungsgründen, in denen das Verständnis des Klägers für das Wesen der Ehe entscheidungserheblich war, zeigte das Gericht nicht auf, was nach seiner Ansicht das Wesen der Ehe ausmachte.

Das Landgericht Ravensburg distanzierte sich in keinem Urteil von der vor Mai 1945 allgemein gängigen nationalsozialistisch geprägten Auslegung des Begriffs.

Diese Vorgehensweise ist aus zwei Gründen bemerkenswert:

Einerseits weil das Landgericht Ravensburg in selbstverständlicher Weise den Begriff nach dem Kriegsende einfach weiterverwendete, obwohl es bis Mai 1945 von der Richterschaft in ihren Entscheidungsgründen regelmäßig vor dem ideologischen Hintergrund des Nationalsozialismus verwendet worden war.

Andererseits weil es nicht aufzeigte, was nach seiner Ansicht das Wesen der Ehe überhaupt ausmachte. In den Nachkriegsjahren hatten sich allgemeine Werte zum Eheverständnis noch nicht herausgebildet. Daher wäre es für das Verständnis der Entscheidungsgründe durch die Prozessbevollmächtigten und Parteien unabdingbar gewesen, die Auffassung des Gerichts vom Wesen der Ehe aufzuzeigen.

In keinem der Scheidungsurteile finden sich Anhaltspunkte, ob die Parteien und ihre Prozessbevollmächtigten den Begriff des „Wesens der Ehe“ definierten oder zumindest den Versuch unternommen hatten, diesen Begriff mit Inhalt auszufüllen. Entweder war dieses Unterfangen unterblieben oder das Landgericht Ravensburg erwähnte dies in den Tatbeständen der Scheidungsurteile nicht.

20. Die Prägung der Verfahren durch die nationalsozialistische Ideologie im Zeitraum bis Frühjahr 1945

Nachfolgend soll untersucht werden, ob und wie die Parteien in ihren Schriftsätzen und auch das Landgericht Ravensburg in seinen Urteilen die Weltanschauung der damaligen Zeit zur Unterstützung ihrer jeweiligen Argumentation gebrauchten.

Da der untersuchte Aktenbestand lediglich die Scheidungsurteile und nicht die Schriftsätze der jeweiligen Prozessbevollmächtigten enthält, muss hinsichtlich des Vorbringens der Parteien auf die vom Gericht im Tatbestand der Urteile wiedergegebenen Argumentation zurückgegriffen werden, die nicht zwingend vollständig wiedergegeben sein muss.

Als nationalsozialistisch geprägte Argumente werden im Folgenden Hinweise darauf angesehen, dass ein beteiligter Ehegatte Mitglied der NDSAP oder einer ihrer Gliederungen und Organisationen war bzw. dem nationalsozialistischen Regime kritisch oder ablehnend gegenüberstand. Neben Bemerkungen zum Verständnis der Ehe im Nationalsozialismus kommen ebenso jegliche Argumentationsstrukturen in Betracht, deren Ursache in der ideologischen Prägung der Parteien oder des Gerichts liegen konnten.

a. Ausdrückliche Erwähnung der Position der Parteien gegenüber dem Nationalsozialismus

Lediglich in zwei vor dem Zusammenbruch ergangenen Scheidungsurteilen wies das Landgericht Ravensburg ausdrücklich auf die Position einer der Beteiligten gegenüber dem Nationalsozialismus hin.

Im Verfahren R 87 / 1938 bezeichnete sich der klagende selbständige Montagemeister aus Weingarten laut Urteil des Landgerichts Ravensburg vom 31.12.1938 in seinen Schriftsätzen selbst als „Parteigenosse“ und „alter Kämpfer“.

Der klagende Ehemann – ein Büroangestellter aus Biberach – im Verfahren R 42 / 1941 trug in seinen Schriftsätzen vor, als einer der ersten in Biberach der Partei beigetreten zu sein.

b. Fortpflanzung / Nachkommenschaft

Zentrale Bedeutung im Rahmen der Ideologie des Nationalsozialismus hatte die Fortpflanzung in der Ehe und die Zeugung von für die Volksgemeinschaft wertvoller Nachkommen.

An diesem Punkt wurde in einigen vor dem Zusammenbruch eingeleiteten Scheidungsverfahren angesetzt:

Die Ehe eines 34-jährigen Hilfsarbeiters / Kraftfahrers mit seiner fast 20 Jahre älteren Ehefrau war Gegenstand des Verfahrens R 06 / 1939. Beide Parteien stammten ursprünglich aus Österreich, hatten 1929 die Ehe miteinander geschlossen und lebten seit mehr als vier Jahren getrennt voneinander. Zur Begründung seines Scheidungsbegehrens aus § 55 EheG 1938 brachte der klagende Ehemann unter anderem vor, dass die Beklagte aufgrund einer nach Eheschließung durchgeführten Operation unfruchtbar geworden sei. Wegen seines unerfüllbaren Kinderwunsches habe er sich von seiner Ehefrau getrennt und sei eine neue Beziehung mit einer Frau in seinem Alter eingegangen. Die Beklagte widersprach der Scheidung. Der Kläger habe bereits bei der Eheschließung gewusst, dass sie 20 Jahre älter sei; sie habe sich nach Eheschließung keiner Operation unterzogen, die zu ihrer Unfruchtbarkeit geführt habe.

In den Entscheidungsgründen seines Urteils vom 07.06.1939 griff das Landgericht Ravensburg den Umstand der Kinderlosigkeit an zwei Stellen auf. Zum einen bei der Bejahung der tiefen und unheilbaren Zerrüttung nach § 55 Abs. 1 EheG. Das Bewusstwerden des Klägers, dass er aus der bisher kinderlos gebliebenen Ehe keine Nachkommenschaft zu erwarten habe, sei ein Umstand, der zur Zerrüttung des ehelichen Verhältnisses beigetragen habe. Zum anderen spielte die Kinderlosigkeit der Ehe im Rahmen der Frage nach der Beachtlichkeit des Widerspruchs eine Rolle. An dieser Stelle führte das Landgericht Ravensburg die Kinderlosigkeit als Argument gegen die Beachtlichkeit des Widerspruchs an.

Im Verfahren R 104 / 1938 brachte der klagende Ehemann zur Unterstützung seines Scheidungsbegehrens aus § 55 EheG 1938 vor, dass die Beklagte während der 1923 geschlossenen Ehe, aus der zwei gemeinsame Kinder hervorgegangen waren, zweimal - in den Jahren 1926 und 1929 - ohne sein Wissen und sein Wollen eine Abtreibung durchgeführt habe.

Aus dem Tatbestand des Urteils vom 29.12.1938 ist nicht ersichtlich, ob und wie sich die Beklagte Ehefrau gegen diesen Vorwurf gewehrt hatte. Auch in den ansonsten aus-

fürhlichen Entscheidungsgründen des Landgerichts Ravensburg finden sich keine Ausführungen zu diesem Vorwurf des Klägers.

Die Kinderlosigkeit der Ehe war im Verfahren R 116 / 1940 entscheidungserheblich. In diesem begehrte ein 30jähriger Bürogehilfe aus Friedrichshafen die Scheidung seiner im Jahre 1932 geschlossenen Ehe mit seiner zwei Jahre älteren Ehefrau nach den Vorschriften über die Zerrüttungsscheidung. Es fehle an der Achtung und Zuneigung füreinander und außerdem wolle er keine kinderlose Ehe fortsetzen. Für die Kinderlosigkeit der Ehe sei die Beklagte verantwortlich, da sie vor der Eheschließung bereits eine Abtreibung durchgeführt habe. Er wolle nun eine neue Ehe mit Aussicht auf Kindersegen eingehen.

Die Beklagte widersprach der Scheidung und brachte vor, dass die Ehe bisher nur deshalb kinderlos geblieben sei, weil der Kläger, der von Anfang an keine Kinder wollte, Verhütungsmittel angewendet habe.

In seinem ansonsten ausführlichen, der Klage des Ehemanns stattgebenden Urteil vom 04.02.1941 setzte sich das Landgericht Ravensburg nicht mit der Frage der Schuld an der Kinderlosigkeit auseinander. Den Umstand der Kinderlosigkeit der Ehe führte das Landgericht Ravensburg aber im Rahmen der Beachtlichkeit des Widerspruchs als Argument gegen die Beachtlichkeit des Widerspruchs an.

In weiteren zwei Verfahren wurde die Unfruchtbarkeit des Ehepartners zur Unterstützung des eigenen Vorbringens angeführt:

Über das Schicksal einer weiteren kinderlosen Ehe hatte das Landgericht Ravensburg im Verfahren R 15 / 1939 zu entscheiden. Der 52jährige Kläger und seine 49jährige Ehefrau hatten 1914 die Ehe miteinander geschlossen. Seit 1935 lebten sie getrennt. Nunmehr begehrte der Ehemann Scheidung aufgrund von §§ 49 und 55 EheG 1938. Die beklagte Ehefrau erhob Widerklage nach § 49 EheG 1938. In seiner Klageschrift warf der Ehemann der Beklagten vor, dass sie ihm bei Eingehung der Ehe ihre Unfruchtbarkeit verschwiegen habe. Die Beklagte entgegnete diesem Vorwurf, dass ihre Unfruchtbarkeit auf einer Geschlechtskrankheit beruhe, die sich der Kläger anlässlich eines Seitensprungs während des Ersten Weltkrieges geholt habe. Das Landgericht Ravensburg gab der Klage des Ehemanns unter Abweisung der Widerklage in vollem Umfang statt, ohne in seinen knapp formulierten Entscheidungsgründen auf die Unfruchtbarkeit der Beklagten einzugehen.

Im Verfahren R 04 / 42 begehrte eine 28jährige Kindergärtnerin die Scheidung von ihrem 41jährigen Ehemann nach §§ 47 und 49 EheG 1938. Der beklagte Ehemann erhob Widerklage aufgrund von § 55 EheG 1938. Das Vorliegen der nach § 55 Abs. 1 EheG 1938 erforderlichen tiefen unheilbaren Zerrüttung begründete er neben der Verweigerung des Geschlechtsverkehr seitens seiner Ehefrau damit, dass diese aufgrund einer Unterleibsoperation im Jahre 1937 frühzeitig unfruchtbar geworden und die Ehe damit kinderlos geblieben sei.

In seinem Urteil vom 23.07.1942 wies das Landgericht Ravensburg die Klage ab und schied die Ehe der Parteien aufgrund der vom Ehemann erhobenen Widerklage. In sei-

nen knappen Entscheidungsgründen griff das Landgericht Ravensburg die Unfruchtbarkeit der Ehefrau nicht auf.

In weiteren vier Verfahren (R 10 / 1938, R 130 / 1939, R 44 / 1940 und R 42 / 1941) brachten die klagenden Ehepartner vor, dass der beklagte Ehepartner den ehelichen Geschlechtsverkehr verweigere, um keine (erneute) Schwangerschaft zu riskieren. In diesen Verfahren wurde das Scheidungsbegehren neben dem § 55 EheG 1938 auch auf §§ 47, 49 EheG 1938 gestützt. Das Vorbringen hinsichtlich der Verweigerung des Geschlechtsverkehrs wurde in diesen Verfahren hauptsächlich zur Begründung des Scheidungsbegehrens nach der Verschuldensscheidung angeführt und diente beim Vorbringen zu § 55 EheG 1938 nur zur Untermauerung der tiefen unheilbaren Zerrüttung des ehelichen Verhältnisses.

c. Der Altersunterschied zwischen den Ehegatten

Im Rahmen der Bevölkerungspolitik spielte auch der Altersunterschied zwischen den Ehegatten eine erhebliche Rolle.

Bei Frauen ist die Möglichkeit zur Fortpflanzung zeitlich begrenzt; in der Weltanschauung des Nationalsozialismus galt daher eine Ehe, in der die Ehefrau deutlich älter war als der Ehemann, als unnatürlich.

Aber auch ein deutlicher Altersunterschied dahingehend, dass der Ehemann erheblich älter war als die Ehefrau, passte nicht in das Bild der Ehe nach der nationalsozialistischen Ideologie. Zwar verliert der Ehemann mit zunehmendem Alter seine Fortpflanzungsfähigkeit nicht gänzlich. Eine nachlassende Möglichkeit zur Fortpflanzung sowie eine erhöhte Gefahr von Behinderungen der Nachkommenschaft galten als problematisch.

aa. Der Einfluss des großen Altersunterschiedes vor dem Zusammenbruch (Ehefrau älter als Ehemann)

Bei den bis einschließlich 1945 erhobenen Scheidungsklagen ist in 33 Fällen bekannt, dass die Ehefrau älter war als ihr Ehemann. Eine Thematisierung dieses Altersunterschiedes erfolgte nur in vier Verfahren und spielte somit im Parteivortrag und im Rahmen der Entscheidungsgründe des Gerichts eine untergeordnete Rolle.

In einem Verfahren handelt es sich um das bereits geschilderte und unter dem Aktenzeichen R 06 / 1939 geführte Verfahren²⁹⁹.

Sechzehn Jahre Altersunterschied bestanden zwischen dem 37jährigen Kläger und seiner 53jährigen Ehefrau im Verfahren R 03 / 1940. Die Parteien hatten 1928 geheiratet und keine Kinder bekommen. Der große Altersunterschied führte in mehrfacher Hinsicht zu Problemen zwischen den Parteien. Zum einen fiel es der Beklagten laut Angaben des Klägers schwer, ihn als Ehemann anzuerkennen und zum anderen bereute er die Eheschließung, weil Kinder aufgrund vorzeitiger Unfruchtbarkeit seiner Ehefrau ausgeblieben waren. Seine Ehefrau erhob Widerspruch gegen sein Scheidungsbegehren.

²⁹⁹ Vgl. Zweiter Teil, 20. b.

Schließlich habe der Kläger während der Ehe die Kinderlosigkeit nie bereut. Auch sei sie nicht unfruchtbar geworden, sondern habe während der Ehe zwei Frühgeburten gehabt.

Das Landgericht Ravensburg stufte den Widerspruch der Beklagten in seinem Urteil vom 07.11.1940 als unbeachtlich ein. Der große Altersunterschied und seine bevölkerungspolitische Bedeutung fielen dabei ein entscheidungserheblich ins Gewicht:

“Da der Kläger die Zerrüttung der Ehe verschuldet hat, so ist der Widerspruch der Beklagten gem. § 55 Abs. 2 Eheges. zwar zulässig, er ist aber nicht zu beachten, da die Aufrechterhaltung dieser von vornherein ziemlich unnatürlichen Ehe, die gänzlich zerbrochen erscheint, an der den so erheblich jüngeren Kläger festzuhalten, schon aus bevölkerungspolitischen Gründen sich nicht empfiehlt und deren Lösung ja die Beklagte selbst wünscht, bei richtiger Würdigung des Wesens der Ehe und des gesamten Verhaltens beider Ehegatten nicht gerechtfertigt ist.”

Lediglich im Tatbestand des Urteils vom 20.08.1942 im Verfahren R 67 / 1942 erwähnte das Landgericht Ravensburg den Altersunterschied zwischen den Parteien. Im Rahmen seiner Ausführungen zu den persönlichen Daten der Parteien, wie Alter, Herkunft und Zeitpunkt der Eheschließung stellte das Landgericht Ravensburg fest, dass die Beklagte 1928 im Alter von 35 Jahren einen 3 ½ Jahre jüngeren Mann geheiratet habe. Im Parteivortrag oder in den Entscheidungsgründen wird der Altersunterschied zwischen den Parteien nicht mehr aufgegriffen. Möglicherweise fehlte in diesem Fall der Ansatzpunkt für bevölkerungspolitische Argumente, da die Parteien trotz des Altersunterschiedes fünf gemeinsame Kinder bekommen hatten. Vier davon waren bereits vor der Eheschließung zur Welt gekommen und wurden durch die Heirat der Parteien legitimiert. Weitere drei Kinder hatte die Ehefrau aus erster Ehe mit in die Ehe gebracht.

Eine entscheidungserhebliche Rolle spielte der 18 Jahre betragende Altersunterschied zwischen den Parteien im Verfahren R 201 / 1943. Der 52jährige Ehemann hatte seine nunmehr 70 Jahre alte Gattin, die dem Scheidungsbegehren ihres Mannes nicht entgegentrat, im Jahre 1919 geheiratet. Die Ehe war kinderlos geblieben.

Sowohl der Kläger als auch das Landgericht Ravensburg (Urteil vom Dezember 1943) thematisieren den Altersunterschied, ohne dabei auf die Bevölkerungspolitik einzugehen. Dies könnte sich aus dem ebenfalls fortgeschrittenen Alter des Klägers erklären.

Der Kläger trug vor, dass er sich - was ihm in den letzten Jahren der Trennung klar zu Bewusstsein gekommen sei - wegen des hohen Altersunterschieds doch als Ehemann allmählich ganz entfremdet habe. Er habe gegenüber der Beklagten kein eheliches Empfinden mehr. Vielmehr habe er das Verhältnis eines erwachsenen Sohnes gegenüber einer Greisin. Eine Weiterführung der Ehe wäre für ihn unerträglich, da diese Ehe ihm in der Gegenwart nichts biete und in Zukunft nichts erhoffen lasse. Er habe inzwischen eine Bekanntschaft mit einem seinem Alter entsprechenden Mädchen, das er heiraten möchte.

Das Landgericht Ravensburg begründete die tiefgreifende unheilbare der Parteien wie folgt:

“Trotzdem stehen die Parteien heute noch gut miteinander. Das Band, das sie jetzt noch miteinander verknüpft, ist aber nur dem Namen nach eine Ehe, denn der Kläger hat, was infolge des Altersunterschieds der Parteien wohl begreiflich ist, die eheliche Zuneigung zur Beklagten völlig verloren und hat Beziehungen zu einem fremden Mädchen angeknüpft.”

Zu den vielen Fällen, in denen weder die Parteien noch das Landgericht Ravensburg den vorhandenen Altersunterschied thematisierten, gehörte beispielsweise das Verfahren R 33 / 1939. In diesem war der klagende Ehemann mit 50 Jahren sieben Jahre jünger als seine 57jährige Ehefrau. Die Parteien hatten ihre kinderlose Ehe 1919 geschlossen. Zuvor war die Beklagte mit dem Bruder des Klägers verheiratet, der aber verstarb. Aus dieser ersten Ehe war ein Kind hervorgegangen. Die nunmehr zweite Ehe der Beklagten schied das Landgericht Ravensburg.

bb. Der Einfluss des großen Altersunterschiedes nach dem Zusammenbruch (Ehefrau älter als Ehemann)

In den Nachkriegsjahren lagen dem Landgericht Ravensburg 31 Scheidungsklagen aus § 48 EheG 1946 zur Entscheidung vor, in denen die Ehefrau älter war als ihr Ehemann. In sechs dieser Verfahren brachte entweder der klagende Ehemann in seinem Vortrag oder das Landgericht Ravensburg in seinen Entscheidungsgründen diesen Altersunterschied zur Sprache.

Im Verfahren R 322 / 1946 thematisierte lediglich der Kläger in seinem Vortrag den Altersunterschied von acht Jahren zwischen ihm, 44 Jahre alt, und seiner 52jährigen Ehefrau. Er brachte vor, dass er nie Zuneigung zu der acht Jahre älteren Beklagten empfunden habe. Das Landgericht Ravensburg schied die 1932 geschlossene kinderlose Ehe der Parteien durch anstatt der Verkündung am 28.10.1946 zugestelltes Urteil, ohne dabei auf den Altersunterschied zwischen den Ehegatten einzugehen.

Im Gegensatz zu dem oben dargestellten Verfahren griff das Landgericht Ravensburg in seinem anstelle der Verkündung am 21.11.1947 zugestellten Urteil im Verfahren R 417 / 1947 den 17 Jahre betragenden Altersunterschied zwischen den Parteien in seinen Entscheidungsgründen auf. Zwar stellte es im Tatbestand seines Urteils weder den Vortrag des 35jährigen Klägers noch den der 52jährigen Beklagten zu diesem Punkt dar, in seinen Entscheidungsgründen argumentierte es aber wie folgt:

“Es muss dem Kläger auch geglaubt werden, dass die sich aus dem sehr erheblichen Altersunterschied der Parteien - die Beklagte ist 17Jahre älter als der Kläger - und dem Charakter der Beklagten sich im Laufe der Ehe ergebenden Gegensätze die Ehe so tief zerrüttet haben, dass eine Wiederherstellung einer ihrem Wesen entsprechenden Lebensgemeinschaft nicht erwartet werden kann.”

Im Verfahren R 508 / 1948 begehrte ein 1915 geborener Kläger die Scheidung von seiner 1903 geborenen Ehefrau. Aus der im Jahre 1937 geschlossenen Ehe war ein gemeinsamer Sohn hervorgegangen.

Der zwölf Jahre betragende Altersunterschied wurde von den Parteien nicht in ihren Vortrag aufgenommen. Nur das Landgericht Ravensburg erwähnte in seinen Entscheidungsgründen vom Herbst 1949, dass der Wunsch des Klägers sich zu trennen wohl auch dadurch entstanden sei, dass während der Ehe sich der Altersunterschied zwischen den Parteien immer mehr bemerkbar gemacht habe.

In dem am 30.12.1948 anstelle der Verkündung zugestellten Urteil im Verfahren R 378 / 1948 erwähnte das Landgericht Ravensburg im Rahmen seiner Urteilsbegründung ebenfalls den fünf Jahre betragenden Altersunterschied zwischen dem Kläger – einem 40 Jahre alten Rangieraufseher aus Aulendorf – und seiner Ehefrau (45 Jahre alt). Aus der 1933 geschlossenen Ehe stammten zwei noch minderjährige Kinder. Das Landgericht Ravensburg wies die Klage des Ehemanns ab, da es die Voraussetzungen des § 48 Abs.1 EheG 1946 als nicht gegeben ansah. Anfangs seiner Urteilsbegründung stellte das Gericht fest, dass der Kläger die fünf Jahre ältere Beklagte nur aus materiellem Zwang heraus geheiratet habe.

Im Verfahren R 36 / 1950 trug der aus Polen stammende klagende Ehemann (37) vor, dass ihn Verwandte zu der Heirat mit der fünf Jahre älteren Beklagten gezwungen hätten. Zum Zeitpunkt der Eheschließung im Jahre 1934 war diese bereits mit dem einzigen Kind der Parteien schwanger gewesen. Das Landgericht Ravensburg schied die Ehe der Parteien mit anstelle der Verkündung am 29.04.1950 zugestellten Urteil, ohne auf den Altersunterschied zwischen den Parteien einzugehen.

Erst am 06.03.1952 kam es zu einer Entscheidung im Verfahren R 261 / 1950. In diesem beehrte der 40jährige aus Litauen stammende Ehemann die Scheidung von seiner 53jährigen Ehefrau. Die ebenfalls aus Litauen stammende Beklagte war zum Zeitpunkt des Scheidungsverfahrens mit unbekanntem Aufenthalt abwesend. Der Kläger begründete sein Scheidungsbegehren damit, dass die 1940 geschlossene Ehe von Anfang an wegen der ungewollten Kinderlosigkeit unglücklich gewesen sei.

Die Beklagte war in dem Rechtsstreit nicht vertreten.

Das Landgericht Ravensburg schied die Ehe und äußerte sich in seinen Entscheidungsgründen dahingehend, dass die Ehe aufgrund des Altersunterschieds von 13 Jahren von Anfang an nicht glücklich gewesen sei. Besonders nachteilig habe es sich auf die eheliche Gesinnung des Klägers ausgewirkt, dass er 1942 aufgrund ärztlicher Feststellung erfahren musste, dass die Beklagte unfruchtbar sei. Daher konnte seine Ehefrau ihm seinen Kinderwunsch nicht erfüllen. Diese Umstände hätten zu einer tiefgreifenden unheilbaren Zerrüttung des ehelichen Verhältnisses geführt.

cc. Vergleichende Betrachtung (Verfahren aus der Nachkriegszeit)

Auch in der Zeit nach dem Zusammenbruch wurde der Umstand, dass die Ehefrau deutlich älter war als ihr Ehemann von der klagenden Partei und dem Landgericht Ravensburg als Argumentationsgrundlage herangezogen.

Im Gegensatz zu der Zeit vor 1945 spielten bevölkerungspolitische Aspekte in diesem Zusammenhang keine Rolle mehr, obwohl auch hier einige der Ehen kinderlos ge-

blieben waren. Der Aspekt der Kinderlosigkeit war zwar weiterhin ein Punkt, dem Beachtung geschenkt wurde. Der Blickwinkel war jedoch ein anderer. Stand während des Nationalsozialismus noch die Bevölkerungspolitik im Mittelpunkt, war es in den Nachkriegsjahren der unerfüllte Kinderwunsch des einzelnen Ehegatten, der zählte. An diesem Punkt zeigte sich deutlich der allgemeine Wandel in der Rechtsprechung: Statt den Interessen der Allgemeinheit hatte das Gericht nun die individuellen Interessen der beteiligten Ehegatten im Fokus.

dd. Der Einfluss des großen Altersunterschiedes vor dem Zusammenbruch (Ehemann älter als Ehefrau)

In keinem der Scheidungsverfahren aus den Jahren 1937 bis 1950 argumentierte eine der Parteien oder das Landgericht Ravensburg mit der Tatsache, dass der Ehemann älter als die Ehefrau war, obwohl in 65 der bis einschließlich 1945 erhobenen Scheidungsklagen und in 126 der zwischen 1946 und 1950 eingeleiteten Verfahren eine derartige Konstellation vorlag.

Zwar betrug der Altersunterschied meist nur ein bis fünf Jahre. Vor dem Zusammenbruch waren es aber immerhin 24 von 125 Verfahren und nach dem Zusammenbruch 61 von 81 Verfahren, in denen der Ehemann mehr als sechs Jahre älter war als seine Ehegattin.

Dieser Umstand verwundert zumindest für den Zeitraum bis 1945, da in den Zeiten des Nationalsozialismus der Altersunterschied im Hinblick auf die Bevölkerungspolitik eine Argumentationsgrundlage geboten hätte.

Nichtsdestotrotz ist bis in die heutige Zeit in der Mehrzahl der Fälle der Ehemann älter als die Ehefrau. Dieser Umstand wurde und wird – sofern es sich nicht um einen großen Altersunterschied handelt – von der Gesellschaft akzeptiert und noch bis heute als Normalfall angesehen.

d. Ein Ehepartner jüdischer Abstammung

In zwei der 125 vor dem Zusammenbruch erhobenen Scheidungsklagen mit Bezug zu § 55 EheG 1938 war einer der Ehepartner jüdischer Abstammung

Das Verfahren (R 81 / 1939) beruhte auf der Klage eines 32jährigen katholischen Matratzenmachers aus Friedrichshafen. Dieser begehrte die Scheidung von seiner vier Jahre älteren Ehefrau, die zwar der katholischen Konfession angehörte, ihrer Abstammung nach aber Jüdin war. Die Parteien hatten im Mai 1931 die Ehe miteinander geschlossen, nachdem im Jahr 1930 das einzige gemeinsame Kind geboren worden war. Die Ehegatten, die zunächst gemeinsam in Bensheim wohnten, lebten nach Angabe des Klägers seit Mai 1936 getrennt. Im November 1937 verzog der klagende Ehemann alleine nach Friedrichshafen. Seine Ehefrau war bereits im August 1937 alleine nach Frankfurt / Main gezogen. Von dort aus hatte sie sich im März 1939 nach London abgemeldet, wo sie sich auch noch während des Scheidungsverfahrens aufhielt. Nach dem Wegzug der Beklagten

hatten die Parteien keinen Kontakt mehr zueinander. Darüber, bei wem das gemeinsame noch minderjährige Kind lebte, findet sich im Urteil vom 28.05.1940 keine Angabe.

Im Tatbestand dieses Urteils gab das Landgericht Ravensburg den Vortrag des Klägers knapp wieder: Die Ehe sei zerrüttet und die Trennung sei erfolgt, weil die Beklagte Jüdin sei, was zu steigenden Unzuträglichkeiten und Streitigkeiten geführt habe. Ein Zusammenleben komme nicht mehr in Frage, und beide Teile wollen geschieden sein.

Die Begründung des Scheidungsbegehrens des Klägers aus § 55 EheG 1938 beschränkte sich damit ausschließlich auf die jüdische Abstammung der Beklagten. Auf die Umstände und Einzelheiten des ehelichen Zusammenlebens der Parteien wurde nicht eingegangen. Vielmehr genügte es dem Kläger seinen Vortrag auf die jüdische Abstammung der Beklagten zu beschränken und mit dieser die Unzuträglichkeiten und Streitigkeiten zwischen den Parteien zu erklären.

Die Beklagte selbst war im Rechtsstreit nicht vertreten, sondern erklärte sich schriftlich gegenüber dem Landgericht Ravensburg angesichts der für sie aufgrund ihrer Abstammung ausweglosen Situation mit der Scheidung einverstanden. Schließlich sei eine Wiedervereinigung unmöglich, da die Nürnberger Gesetze eine Weiterführung der Ehe zwischen ihr und ihrem Ehemann dauerhaft unmöglich machen würden.

Die Entscheidungsgründe des Landgerichts Ravensburg setzten sich zunächst eingehend mit der Frage auseinander, ob die nach § 55 Abs. 1 EheG 1938 erforderliche dreijährige Heimtrennung bejaht werden könne. Es kam zu dem Schluss, dass der Kläger zwar den genauen Zeitpunkt der Trennung nicht belegen könne, aus den Akten aber hervorgehe, dass zumindest im Jahre 1937 kein gemeinsamer Wohnsitz mehr begründet worden sei. Obwohl seit diesem Zeitpunkt der unterschiedlichen Abmeldungen aus Bensheim (August und November 1937) noch keine drei Jahre verstrichen waren, ging das Landgericht Ravensburg von der erforderlichen dreijährigen Heimtrennung aus³⁰⁰.

Was die übrigen Voraussetzungen des § 55 Abs. 1 EheG 1938 betraf, führte das Landgericht Ravensburg nur knapp aus und begründete seine Entscheidung ebenfalls mit der jüdischen Abstammung der beklagten Ehefrau:

„Infolge der jüdischen Abstammung der Beklagten ist die Ehe der Parteien durch die daraus sich steigend ergebenden Unzuträglichkeiten so tiefgreifend und unheilbar zerrüttet, dass bei der übereinstimmenden Einstellung der Parteien über die Unmöglichkeit der Fortführung der Ehe und angesichts der Auswanderung der Beklagten nach England und des Abbruchs aller Beziehungen der Parteien zueinander die Wiederherstellung einer dem Wesen der Ehe entsprechenden Lebensgemeinschaft nicht erwartet werden kann.“

Es handelt es sich um ein knappes Urteil. Der Ausgang des Verfahrens schien aufgrund der jüdischen Abstammung der Beklagten von Anfang an vorgezeichnet zu sein. Eine Auseinandersetzung mit den genauen Umständen des ehelichen Zusammenlebens der Parteien erfolgte seitens des Gerichts nicht.

³⁰⁰ Vgl. Zweiter Teil, 14. b. gg.

Über das Schicksal der Beklagten nach Ende des Scheidungsverfahrens ist nichts bekannt.

Auch im Verfahren R 26 / 1940 handelte es sich bei dem beklagten Ehemann um einen Katholiken jüdischer Abstammung. Zudem war der 38jährige Hüttenarbeiter gebürtiger Pole. Seine 39jährige katholische Ehefrau, die ihren Lebensunterhalt als Haushälterin verdiente, war arischer Abstammung. Durch die Heirat war sie zunächst polnische Staatsbürgerin geworden. Durch Einbürgerungsurkunde des Landratsamts Ravensburg vom 20.10.1939 hatte sie wieder die deutsche Staatsangehörigkeit verliehen bekommen.

Die kinderlose Ehe der Parteien war im März 1926 geschlossen worden. Zunächst lebten die Parteien im Saargebiet – der Heimat der Klägerin. Der Beklagte war mit Beschluss vom 19.09.1936 vom Regierungspräsidenten in Trier aus dem deutschen Reichsgebiet ausgeschlossen worden. Seit März 1937 hielt er sich mit unbekanntem Aufenthalt im Ausland auf. Der Klägerin war im Juli 1938 alleine nach Waldsee verzogen.

Die klagende Ehefrau stützte ihr Scheidungsbegehren vorrangig auf die §§ 47, 49 EheG 1938 und nur hilfsweise auf § 55 EheG 1938. Zur Begründung trug sie vor, dass die Ehe von Anfang an nicht glücklich gewesen sei und der Beklagte ihr seine polnische Staatsangehörigkeit und seine Eigenschaft als Rassejude vor der Eheschließung verschwiegen habe. Es sei mehrfach wegen strafbarer Handlungen eingesperrt und 1931 vom Hüttenwerk wegen Arbeitsscheu entlassen worden. Er habe sich oft herumgetrieben. Seinen Aufforderungen, ihm ins Ausland zu folgen, habe sie in der Vergangenheit nicht nachkommen und so habe sie seit März 1937 nichts mehr von ihm gehört.

In diesem Verfahren beschränkt sich der Vortrag des klagenden Ehegattens nicht nur auf die jüdische Abstammung des beklagten Ehegattens. Vielmehr führt die Klägerin noch weitere Umstände an, die ihres Erachtens eine Scheidung von dem Beklagten rechtfertigten.

Der Beklagte, dessen Aufenthaltsort nicht bekannt war, war im Prozess nicht vertreten und äußerte sich auch nicht in dem Scheidungsverfahren.

In den Entscheidungsgründen seines Urteils vom 18.07.1940 widmete sich das Landgericht Ravensburg zunächst ausführlich den Fragen nach der Anwendbarkeit deutschen Rechts und seiner örtlichen Zuständigkeit und bejahte beide Frage nach Art. 1 und 2 des Gesetzes vom 24.01.1935 (RGBl. I, S. 48).

Ohne die Argumente der Klägerin aufzugreifen und auf die jüdische Abstammung und polnische Herkunft des Beklagten einzugehen, bejahte es sodann in einer formelhaften Begründung das Vorliegen der Voraussetzungen der Zerrüttungsscheidung nach § 55 EheG 1938 und schied die Ehe der Parteien. Ohne auf die besonderen Umstände des Einzelfalls – insbesondere die jüdische Abstammung des Ehemannes – einzugehen, beschränkte es sich darauf, den Wortlaut des Gesetzestextes wiederzugeben.

Im Gegensatz zum oben geschilderten Verfahren R 81 / 1939 bildete die jüdische Abstammung des Beklagten nicht den Schwerpunkt der Argumentation der Klägerin. Aus den Entscheidungsgründen des Urteils vom 18.07.1940 ging nicht hervor, welches Ge-

wicht das Landgericht Ravensburg dem Aspekt der jüdischen Abstammung des Beklagten bei seiner Entscheidung beigemessen hatte.

Auch in diesem Fall ist nichts über das weitere Schicksal des Beklagten bekannt.

Möglicherweise konnten er und die Beklagte im Verfahren R 81 / 1939 ihr Leben noch durch den rechtzeitigen Wegzug ins Ausland retten.

e. Sonstiges

Im Verfahren R 10 / 1938 brachte der 48jährige klagende Ehemann – von Beruf Ingenieur – zur Unterstützung seiner Scheidungsklage aus den §§ 47, 49 und 55 EheG 1938 vor, dass seine Ehefrau gegenüber den drei gemeinsamen Kindern wahrheitswidrig behauptet habe, dass der evangelische Kläger jüdischer Abstammung sei. Dieses Vorbringen wurde von der Beklagten bestritten. Zwei der gemeinsamen Kinder wurden vom Landgericht Ravensburg als Zeugen vernommen und bestätigten die Position der Beklagten.

Die Ehe der Parteien wurde dennoch aufgrund § 55 EheG 1938 durch Urteil vom 22.09.1939 geschieden.

Der klagende Ehemann im Verfahren R 132 / 1939 nahm Anstoß daran, dass seine reformierte Frau bei Tag und bei Nacht religiöse Lieder sang. Er selbst bezeichnete sich als gottgläubig, was auf eine gewisse Sympathie zu den Machthabern schließen lässt. Im Tatbestand des Urteils vom 13.08.1940 findet sich keine Angabe dazu, was die Beklagte auf diesen Vorwurf erwidert hatte. Auch das Landgericht Ravensburg griff dieses Vorbringen des Klägers in den Entscheidungsgründen nicht auf. Vielmehr wies es die Klage bereits deshalb ab, weil die erforderliche dreijährige Aufhebung der häuslichen Gemeinschaft noch nicht gegeben war.

21. Nationalsozialistische geprägte Argumente in den nach Kriegsende eingeleiteten Verfahren

Bei vereinzelt Scheidungsklagen mit Bezug zur Zerrüttungsscheidung, die erst nach dem Zusammenbruch erhoben wurden, lassen sich im Vortrag der Beteiligten Spuren aus den Zeiten des Nationalsozialismus finden. Meist handelte es sich hierbei um die Schilderung von Ereignissen und Gegebenheiten aus der Vergangenheit mit Bezug zum Nationalsozialismus.

Im Verfahren R 516 / 1946 trug der 43jährige Kläger selbst vor, dass er ein Gegner des Nationalsozialismus gewesen sei. Zwar untermauerte er mit dieser Tatsache nicht seiner Argumentation; offenbar war es ihm aber wichtig, das Gericht dahingehend zu informieren³⁰¹.

Auch im am 08.04.1948 anstatt der Verkündung zugestellten Urteil im Verfahren R 408 / 1947 erwähnte das Gericht im Tatbestand die Tatsache, dass die klagende 37-jäh-

³⁰¹ Zwar findet sich im Tatbestand des Urteils vom 17.05.1947 auch die Information, dass der Kläger, der als Kaufmann und Postprüfer tätig war, während des Krieges mehrere Freiheits- und Geldstrafen zu verbüßen hatte. Aus dem Tatbestand geht jedoch nicht hervor, ob Delikte mit politischem Hintergrund Ursache für diese Strafen waren.

rige Ehefrau zum Zeitpunkt der Eheschließung im Jahre 1940 Untergauführerin beim Bund deutscher Mädchen gewesen war. Obwohl die Tätigkeit der Klägerin im Bund deutscher Mädchen von keinem der Ehegatten zur Unterstützung seines Vorbringens verwendet wurde und auch nicht entscheidungserheblich war, erwähnte das Gericht diese im Tatbestand des Urteils.

Anders verhielten sich die Dinge im Verfahren R 307 / 1948. Dort war es aufgrund der unterschiedlichen politischen Ansichten während des Dritten Reiches zu heftigen Auseinandersetzungen zwischen den Parteien gekommen. Der klagende Ehemann (48) und seine drei Jahre ältere Ehefrau hatten 1924 die Ehe miteinander geschlossen, aus der zwischen 1927 und 1936 drei Kinder hervorgegangen waren. Der deutsche Kläger zog nach der Heirat zu seiner Ehefrau nach Liechtenstein, wo er im September 1945 aufgrund seiner Staatsangehörigkeit ausgewiesen wurde. Die Beklagte blieb mit den gemeinsamen Kindern in Liechtenstein wohnhaft. Der Kläger zog nach Biberach. Da sich die Beklagte auch in der Folgezeit weigerte, ihm nach Deutschland zu folgen, erhob der Ehemann Ehescheidungsklage, die er auf die §§ 43 und 48 EheG 1946 stütze. Die Ehefrau erhob Widerklage aus § 48 EheG 1946. Im Laufe des Verfahrens nahm der Ehemann seine Klage zurück und trat der Widerklage nicht mehr entgegen.

In seinem Urteil vom 08.10.1948 thematisierte das Landgericht Ravensburg in seinen Entscheidungsgründen die Meinungsverschiedenheiten zwischen den Parteien, während es sich im Tatbestand hierzu ausschwieg:

„Schon vor September 1945 hat der Widerbeklagte infolge andauernder Meinungsverschiedenheiten mit der Widerklägerin auf Grund seiner einseitigen nationalsozialistischen Einstellung, welche sich auch schon seit längerer Zeit in der von ihm herausgegebenen Zeitung³⁰² kundtat und der politischen Meinung seiner Ehefrau nicht entsprach, demgemäß auch oft zu scharfen Auseinandersetzungen führte, Ende Mai 1945 die eheliche Wohnung verlassen und sich auswärts ein Zimmer angemietet. Die häusliche Gemeinschaft ist sonach schon seit 3 Jahren aufgehoben. Dass ihr eheliches Verhältnis tief und unheilbar zerrüttet ist, sodass die Wiederherstellung einer dem Wesen der Ehe entsprechenden Lebensgemeinschaft nicht zu erwarten ist, ist ebenfalls ohne weiteres als erwiesen anzunehmen, insbesondere auch auf Grund der politisch verschiedenen Anschauung, die dazu geführt hat, dass der Widerbeklagte nach Deutschland ging, während naturgemäß die Widerklägerin an ihrer Heimat Liechtenstein-Vaduz hing und dort bleiben wollte. Die Ehe war sonach auf Grund § 48 Eheges. zu scheiden“.

Im Verfahren R 452 / 1948 erhob der 46jährige Ehemann Ehescheidungsklage aus den §§ 43 und 48 EheG 1946 gegen seine 48jährige Ehefrau. Das Ehepaar, das 1926 die Ehe miteinander eingegangen war, hatte keine gemeinsamen Kinder. Der Kläger, der während des Scheidungsverfahrens seinen Lebensunterhalt im Bergbau verdiente, war zuvor

³⁰² Der Hinweis bezog sich auf die 1940 bis 1943 erschienene Zeitung „Der Umbruch“, mit Untertitel „Kampfblatt der Volksdeutschen Bewegung in Liechtenstein“, die Parteizeitung der nationalsozialistischen politischen Partei „Volksdeutsche Bewegung in Liechtenstein (VDBL).“

Lokomotivführer bei der Reichsbahn gewesen. Aufgrund seiner Eigenschaft als Truppführer bei der SA während des Dritten Reiches war er am 30.06.1945 bei der Reichsbahn aus politischen Gründen entlassen worden.

Am Ende des Krieges war er zur Wehrmacht eingezogen worden und wurde erst am 30.04.1946 aus englischer Kriegsgefangenschaft nach Dortmund zur Verwendung im Bergbau entlassen. Zur Begründung seines Klagebegehrens (vor allem im Hinblick auf die verschuldensabhängigen Scheidungsgründe) brachte er vor, dass die Beklagte es abgelehnt habe, ihn in der Kriegsgefangenschaft zu besuchen und dass sie ehewidrige Beziehungen unterhalten würde. Darüber hinaus warf er ihr vor, ihn mit „Naziverbrecher“ und „Lump“ beschimpft zu haben und dass sie ihm unterstellt habe, an der Brandstiftung an der Synagoge in Buchau vom 09.11.1938 beteiligt gewesen zu sein. Auch habe sie ihn denunziert.

Die Beklagte bestritt sämtliche Vorwürfe.

Das Landgericht Ravensburg wies die Klage des Ehemanns mit Urteil vom 31.08.1949 ab. Zu der Klage nach § 43 EheG 1946 führte es wie folgt aus: Der Kläger habe die Beklagte nicht hinreichend (finanziell) unterstützt um ihr einen Besuch zu ermöglichen und dadurch selbst den Eindruck erweckt, dass ihm ein Besuch nicht so wichtig sei. Der Kläger habe nicht den Nachweis erbringen können, dass seine Ehefrau ihn „politisch angezeigt“ habe. Bescheinigungen des Bürgermeisteramts Altshausen würden das Gegenteil besagen. Auch sei der Vorwurf des Klägers, dass seine Frau ihm unterstellt habe, an der Brandstiftung in Buchau in der Reichskristallnacht beteiligt gewesen zu sein, völlig aus der Luft gegriffen.

Auch der Klage nach § 48 EheG 1946 versagte das Landgericht Ravensburg den Erfolg, da die Parteien noch keine drei Jahre im Sinne des § 48 Abs. 1 EheG voneinander getrennt lebten.

Im Verfahren R 227 / 1948 wollte ein 63jähriger Steuermann von seiner Ehefrau (62) nach über vierzig Ehejahren geschieden werden. Die Parteien aus Friedrichshafen hatten sieben gemeinsame Kinder. Das auf § 48 EheG 1946 gestützte Klagebegehren begründete der Kläger u.a. damit, dass seine Ehefrau ihn im Jahre 1940 bei der Geheimen Staatspolizei in Friedrichshafen, beim Reichsstatthalter in Stuttgart, beim Kreisleiter in Friedrichshafen und bei seiner vorgesetzten Behörde denunziert habe³⁰³. Sie habe dort auch in der übelsten Weise über ihn geschimpft und ihn schlecht gemacht. So habe ihn die Geheime Staatspolizei im September 1940 verhaftet, jedoch bald wieder freigelassen, nachdem er den Nachweis erbringen konnte, dass die Beschuldigungen grundlos gewesen waren.

Die beklagte Ehefrau erhob Widerspruch gegen die Klage.

Das Landgericht Ravensburg sah es in seinen Entscheidungsgründen im Urteil vom 25.03.1949 zwar als erwiesen an, dass sich die Beklagte bei den oben genannten Stellen über das ungebührliche Verhalten ihres Mannes beschwert habe, machte ihr daraus aber

³⁰³ Im Urteil vom 25.03.1949 finden sich keine Anhaltspunkte was genau Gegenstand der Denunziation war. Die Beschimpfungen der Beklagten bezogen sich auf die ehebrecherischen Beziehungen des Klägers und sein ungebührliches Verhalten gegenüber seiner Familie.

keinen Vorwurf. Maßgeblich für die Zerrüttung der Ehe der Parteien seien die ehebrecherischen Beziehungen des Klägers gewesen. Diese Zerrüttung sei durch das Verhalten der Ehefrau nicht weiter vertieft worden. Insbesondere habe die Beklagte nur aus Sorge um die Erhaltung der Ehe und das Ansehen der Familie gehandelt.

Das Landgericht Ravensburg stufte den Widerspruch der Ehefrau als zulässig und beachtlich ein und wies daher die Ehescheidungsklage des Ehemanns ab³⁰⁴.

Im Verfahren R 172 / 1949 begehrte ein 48jähriger Reisevertreter aus Leutkirch die Scheidung von seiner Ehefrau (52). Die 1942 geschlossene Ehe war kinderlos geblieben. Seine Scheidungsklage stütze der Ehemann auf die §§ 42, 43, hilfsweise § 34, hilfsweise § 48 EheG 1946 und begründete sein Scheidungsbegehren unter anderem damit, dass die Beklagte ihn mit einer Drohung zur Heirat gezwungen habe. Inhalt der Drohung sei gewesen, dass die Beklagte in Aussicht gestellt habe, den Vetter des Klägers – einen Pater – im Falle des Unterlassens der Heirat wegen Schreibens eines „staatsfeindlichen Briefs“ ins Konzentrationslager zu bringen.

Die Beklagte trat dem Scheidungsbegehren des Klägers entgegen und erhob ihrerseits Widerklage mit der sie die Scheidung wegen Verschulden des Klägers begehrte. Der Kläger beantragte Abweisung der Widerklage.

Das Landgericht Ravensburg schied die Ehe der Parteien durch Urteil vom 22.05.1950 aufgrund des § 48 EheG 1946. In seinen knappen Entscheidungsgründen ging es nicht auf die vom Kläger vorgebrachte Drohung ein³⁰⁵.

22. Der Stellenwert von Religion und Glauben im Parteivortrag und in der Rechtsprechung des Landgerichts Ravensburg

Religiosität und Glauben hatten keinen Platz in der Ideologie des Nationalsozialismus. Vielmehr waren Kirchen, die ihre eigene Identität behielten und ihre Lehren nicht mit der Ideologie des Nationalsozialismus verschmelzen wollten, für das nationalsozialistische Regime weltanschauliche Gegner. Daher galt es diese Kirchen zu bekämpfen und ihren Einfluss auf die Menschen zurückzudrängen. Nicht die Religion, sondern die nationalsozialistische Weltanschauung sollte der Leitfaden für alles irdische Handeln sein.

Gerade deshalb wirft die Arbeit auch einen Blick darauf, ob und wie die Parteien und das Landgericht Ravensburg das Thema Religion und Glauben in ihrem Vorbringen, bzw. in seiner Entscheidung eingebracht haben.

Bei den vor Mai 1945 erhobenen Scheidungsklagen finden sich lediglich drei Urteile mit Bezugnahme zu diesem Themenkreis, während bei den in den Nachkriegsjahren ergangenen Scheidungsurteilen nur eines vorhanden ist, bei denen Religion und Glaube erwähnt wurden. Bei diesem Verfahren sowie bei einem Verfahren aus der Zeit vor 1945 brachte der beklagte Ehegatte jeweils vor, dass religiöse Aspekte einer Scheidung der Ehe

³⁰⁴ Eine ausführliche Schilderung dieses Verfahrens erfolgt unter Zweiter Teil XVI. 1. d), eine weitere Bezugnahme unter Zweiter Teil, 25. b. gg.

³⁰⁵ Eine ausführliche Schilderung dieses Verfahrens erfolgt unter Zweiter Teil, 16. b. cc.

entgegenstünden. In den übrigen Verfahren waren Religion und Glaube der Anlass für Differenzen zwischen den Parteien gewesen.

Ein konfessionsloser Kläger, der sich selbst in seinem Vortrag als „Parteigenosse“ und „alter Kämpfer“ bezeichnete, begehrte im Verfahren R 87 / 1938 die Scheidung seiner mit einer Katholikin geführten Ehe nach § 55 EheG 1938.

Die beklagte Ehefrau begründete ihren Widerspruch unter anderem damit, dass „selbstverständlich ihre Religiosität“ ihr einen Grund zum Widerspruch gegen die angestrebte Scheidung gebe.

Im Tatbestand vom 31.12.1938 finden sich keine Angaben, wie der Kläger auf dieses Vorbringen reagiert hatte. Auch das Landgericht Ravensburg ging in seinen Entscheidungsgründen des der Klage stattgebenden Urteils ihm Rahmen seiner Ausführungen zu der Beachtlichkeit des Widerspruchs nicht auf die religiösen Motive der Beklagten ein.

Zur Begründung seiner auf §§ 49, 50 und 55 EheG 1938 gestützten Scheidungsklage brachte der klagende Ehemann im Verfahren R 132 / 1939 vor, dass seine Ehefrau bei Tag und bei Nacht religiöse Lieder singe. Der Kläger gehörte ursprünglich der katholischen Konfession an, bezeichnete sich nun aber als „gottgläubig“. Seine Ehefrau war reformiert.

Aus dem Tatbestand des Urteils vom 13.08.1940 geht nicht hervor, ob und wie sich die Beklagte gegen diesen Vorwurf ihres Ehemanns gewehrt hatte. Da das Landgericht Ravensburg bereits die im Rahmen des § 55 EheG 1938 erforderliche dreijährige Heimtrennung als nicht gegeben ansah, wies es die Klage des Ehemanns ab, ohne sich zu den oben dargestellten Ausführungen zu äußern.

Im Scheidungsverfahren des ehemaligen Kreisleiters der NSDAP von Saulgau und seiner Ehefrau R 123 / 1942³⁰⁶ trug der klagende katholische Ehemann vor, dass es zwischen ihm und seiner evangelischen Ehefrau zu weltanschaulichen Meinungsverschiedenheiten gekommen war, weil die konfessionell stark gebundene Beklagte Mitglied im evangelischen Gemeinderat war und die ersten fünf Kinder – entgegen einer Erziehung im nationalsozialistischen Sinn – evangelisch taufen lassen habe.

Das Landgericht Ravensburg bezeichnete den Vorwurf des Klägers, die Beklagte habe die Kinder weltanschaulich verdorben, als „geradezu unsinnig“:

„Eine Weltanschauung können ja Eltern, Kirche, Schule, Partei und sonstige Organisationen einem Menschen (sei es einem heranwachsenden, sei es einem erwachsenen Menschen) überhaupt nicht einimpfen, sondern eine Weltanschauung kann ein Mensch, der strebend sich bemüht, erst im Lauf eines langen Lebens sich allmählich erringen.“

Die einzige Bezugnahme zu Religion und Glauben in den Nachkriegsjahren lässt sich im Scheidungsverfahren R 508 / 1948³⁰⁷ eines katholischen Ehepaares finden. Der Partei-

³⁰⁶ Ausführlich dargestellt unter Zweiter Teil, 15. k.

³⁰⁷ Ausführlich dargestellt unter Zweiter Teil, 16. b. aa.

vortrag bestand aus gegenseitigen Vorwürfen unterschiedlichen Inhalts. Dennoch hatte die beklagte Ehefrau der Scheidung widersprochen. Als Katholikin trete sie nicht nur aus religiösen Gründen der Scheidung entgegen und erhebe Widerspruch, sondern wolle auch die Ehe aufrechterhalten, um den Kläger vor einem weiteren sittlichen Abgleiten zu bewahren.

Zu den religiösen Motiven der Beklagten für die Weiterführung der Ehe führte das Landgericht Ravensburg aus:

„Dass die Beklagte evtl. aus religiösen Gründen bereit ist, die Ehe fortzusetzen, ist hier nicht entscheidend, da der Kläger eine solche Fortsetzung ablehnt und es das Gericht für unmöglich hält, dass unter den gegebenen Umständen die tiefgreifende Zerrüttung der Ehe noch heilbar ist.“

Auch bei der Frage nach der Beachtlichkeit des Widerspruchs nahm das Landgericht Ravensburg noch einmal zu dem oben dargestellten Vorbringen der Beklagten Stellung:

„Allein religiöse Gründe geben der Beklagten aber kein Recht, der Fortbestand der Ehe zu verlangen, da das Ehegesetz in dem § 48 wie auch in den vorausgehenden Paragraphen die Scheidung der Ehe aus weltlichen Gesichtspunkten zulässt, auch wenn die Gebote einer Kirche dem entgegenstehen.“

Da das Landgericht Ravensburg auch keine anderen Umstände sah, die für eine Aufrechterhaltung der Ehe sprachen, schied es die Ehe antragsgemäß.

23. Der Einfluss der Kriegsverhältnisse auf die vor dem Landgericht Ravensburg auf dem Prüfstand stehenden Ehen

Bei den Scheidungsklagen – insbesondere aus den Nachkriegsjahren – zeigt sich in einer Vielzahl von Verfahren, wie das Schicksal der Ehen mit den Kriegsverhältnissen eng verbunden war.

a. Ehemann bei der Wehrmacht oder in Kriegsgefangenschaft

Bei 33 der zwischen 1946 und 1950 eingeleiteten Scheidungsverfahren hatte der Ehemann nach Angabe des Gerichts im Tatbestand des Urteils während der Kriegsjahre in der Wehrmacht gedient.

Der Anteil der Ehemänner, der tatsächlich Kriegsdienst geleistet hat, dürfte aber tatsächlich höher liegen. 53 Ehemänner waren in der Zeit vor Verkündung des Scheidungsurteils in Kriegsgefangenschaft gewesen; drei der männlichen Ehegatten befanden sich sogar noch während des Scheidungsverfahrens in Kriegsgefangenschaft. Diese Ehemänner dürften meist bei der Wehrmacht gewesen sein.

Diese in 89 von 181 Fällen über einen längeren Zeitraum andauernde Trennung der Parteien durch Kriegsdienst / Kriegsgefangenschaft kann meist als zumindest mitursächlich für eine Zerrüttung des ehelichen Verhältnisses angesehen werden.

Die lediglich sporadischen Zusammenkünfte während den Urlauben des Ehemanns, die lange Zeit der Einsamkeit und die jeweiligen Erfahrungen und Erlebnisse der Ehegatten im Krieg, die nicht mit dem Partner geteilt werden konnten, sind allesamt geeignete Faktoren für eine Entfremdung der Ehepartner.

Nicht selten führte die lange Zeit der Trennung dazu, dass einer oder beide Ehegatten neue Partnerschaften eingingen.

Auch bei den während der Kriegsjahre erhobenen Scheidungsklagen war der Anteil der sich bei der Wehrmacht befindlichen Ehemänner hoch gewesen. So befanden sich in diesem Zeitraum 70 Ehemänner während des laufenden Verfahrens bei der Wehrmacht, wobei diese Klagen aus den Jahren 1941 bis 1944 stammten.

b. Ehemann bereits bei der Eheschließung bei der Wehrmacht, bzw. zeitnahe Einberufung

Bei fünf³⁰⁸ zwischen 1942 und 1944 eingeleiteten Verfahren und bei 17³⁰⁹ zwischen 1946 und 1950 erhobenen Scheidungsklagen war der Ehemann bereits zum Zeitpunkt der Eheschließung Soldat gewesen oder war kurze Zeit danach zur Wehrmacht einberufen worden. Obwohl die Parteien meist einen gemeinsamen Wohnsitz innehatten, beschränkte sich die gemeinsame Zeit auf wenige Wochen während der Urlaube des Ehemannes; diese kurze Zeit erlaubte es den Beteiligten nicht, sich im Alltag besser kennen zu lernen und sich aufeinander einzustellen um so ein geregeltes und harmonisches Miteinander in häuslicher Gemeinschaft führen zu können.

c. Trennung der Parteien bedingt durch die Kriegsverhältnisse und der Verhältnisse in den Jahren vor Kriegsbeginn, nicht aber durch Einberufung des Ehemanns zur Wehrmacht / Kriegsgefangenschaft

Neben der Einberufung des Ehemanns zur Wehrmacht und der Kriegsgefangenschaft führten auch andere kriegsbedingte Umstände zu einer über einen längeren Zeitraum andauernden Trennung der Eheleute.

So beispielsweise die Flucht vor dem herannahenden Feind: In einigen Fällen – die meist ehemalige Staatsangehörige der osteuropäischen Staaten betrafen – hatten sich die Parteien fluchtbedingt aus den Augen verloren oder ein Ehegatte hatte sich geweigert, dem anderen auf seiner Flucht zu folgen³¹⁰; Die mangelnde Bereitschaft den Ehegatten

³⁰⁸ So in den Verfahren R 179 / 1942, R 64 / 1943, R 65 / 1944, R 95 / 1944 und R 79 / 1944.

³⁰⁹ In den Verfahren R 49 / 1947, R 293 / 1947, R 306 / 1947, R 390 / 1947, R 408 / 1947, R 515 / 1947, R 321 / 1947, R 496 / 1947, R 11 / 1948, R 89 / 1948, R 118 / 1948, R 446 / 1948, R 473 / 1948, R 69 / 1949, R 129 / 1949, R 17 / 1949, R 476 / 1949, R 05 / 1950 und R 109 / 1950.

³¹⁰ So zum Beispiel in den Verfahren R 523 / 48 und R 423 / 1947.

auf der Flucht zu begleiten, wurzelte sicher auch darin, dass die Beziehung der Parteien nicht mehr harmonisch war.

Im Verfahren R 171 / 1948 bat der klagende Ehemann seine Frau nach einjähriger Ehe im Jahre 1945 mit ihm gemeinsam vor der Sowjetarmee zu fliehen. Diese lehnte seine Bitte ab und schob vor, dass sie ihre Mutter pflegen müsse, obwohl eine zur Übernahme der Pflege bereite ledige Schwester vorhanden gewesen war. Nach der Flucht versuchte der Kläger mehrmals erfolglos mit seiner Ehefrau Kontakt aufzunehmen.

Keine Kenntnisse über den Verbleib ihres Ehemanns hatte die Klägerin im Verfahren R 467 / 1946. Die russischen Parteien waren im August 1937 getrennt worden, weil der als politisch verdächtig eingestufte Ehemann verhaftet und deportiert wurde. Seit seiner Verhaftung hatte seine Ehefrau nichts mehr von ihm gehört.

Im Verfahren R 375 / 1948 kam es wegen der Einberufung des Ehemannes zur Organisation Todt im Jahre 1939 zu einer räumlichen Trennung der aus dem Sudetenland stammenden Parteien. Bis Januar 1944 verbrachte er zwar seine Urlaube regelmäßig bei der Beklagten bis er erfahren musste, dass die Beklagte ein Verhältnis mit einem anderen Mann eingegangen war. Nach Kriegsende war ihm eine Rückkehr in seine Heimat nicht mehr möglich, da ihm die tschechischen Behörden die Einreise verweigerten. So ließ er sich in Ravensburg nieder, während der Aufenthaltsort der beklagten Ehefrau nicht ermittelt werden konnte.

Die Deportation des Klägers war ursächlich für die Trennung der polnischen Parteien im Verfahren R 88 / 1950. 1944 wurde der klagende Ehemann aus Polen nach Deutschland deportiert, um in Bad Schussenried als landwirtschaftlicher Arbeiter eingesetzt zu werden. Die beklagte Ehefrau blieb mit den beiden gemeinsamen Kindern in Polen zurück. Postkarten des Klägers an seine Frau kamen als unzustellbar zurück, so dass er sich im Laufe der Zeit innerlich von der Beklagten lossagte. Aufgrund der politischen Verhältnisse nach Kriegsende war es ihm nicht möglich in sein Heimatland Polen zurückkehren. Daher begehrte er nunmehr vor dem Landgericht Ravensburg die Scheidung seiner 1937 geschlossenen Ehe.

Ein ähnlicher Sachverhalt lag dem Verfahren R 477 / 1950 zugrunde. Der klagende polnische Ehemann musste im Jahr 1942 zum Arbeitseinsatz nach Deutschland, während die Beklagte in dem Heimatland der Parteien verblieb. Der anfangs noch geführte Briefwechsel hielt nur bis ins Jahre 1944 an. Seither versuchte der Kläger vergebens, Kontakt zu seiner Frau aufzunehmen oder ihren Aufenthaltsort herauszufinden. Im Jahre 1947 nahm er daher eine neue Beziehung auf und wollte seine neue Partnerin nunmehr heiraten.

Im Verfahren R 348 / 1950 war die Inhaftierung des klagenden Ehemanns (66) in den Tagen des Zusammenbruchs in einem tschechischen Konzentrationslager nur noch der letzte Schritt auf dem Weg zur Trennung. Bereits in den Monaten zuvor war es zu Streitigkeiten zwischen den Parteien – beide aus der Tschechoslowakei ausgewiesene Volksdeutsche – gekommen. Nach seiner Entlassung im Spätsommer 1946 wurde der Kläger zwangsweise nach Deutschland gebracht und ließ sich in Riedlingen nieder. Die Beklag-

te (46) war 1945 bereits mit den beiden gemeinsamen Kindern nach Hessen gezogen. In den Nachkriegsjahren kam es entsprechend dem übereinstimmenden Wunsch zu keinem Zusammenleben der Ehegatten in häuslicher Gemeinschaft mehr.

d. Ehepaare haben gar nie eine häusliche Gemeinschaft begründet

Bei insgesamt 15³¹¹ Paaren war es wegen des Kriegsdienstes des Mannes, finanzieller Schwierigkeiten oder der Wohnungsknappheit erst gar nie zu der Begründung einer häuslichen Gemeinschaft gekommen.

Im Verfahren R 95 / 1944 hatten ein zur Wehrmacht eingezogener 31jähriger Wuracher Schneidergeselle und seine fünf Jahre jüngere Frau, die ihren Lebensunterhalt als Arbeiterin verdiente, nach ihrer Heirat im Februar 1944 keinen gemeinsamen Hausstand begründet. Die Beklagte blieb nach der Heirat in ihrer Heimat Nürnberg wohnhaft. Kinder gingen aus der Ehe keine hervor. Noch vor dem Zusammenbruch hatte der Kläger Scheidungsklage erhoben und begehrte die Scheidung von seiner Ehefrau wegen Ehebruchs und ehewidrigen Verhaltens. Zunächst konnte der Hauptzeuge nicht aufgefunden werden und so kam das Verfahren aufgrund der Kriegsereignisse zum Stillstand. Nach seiner Rückkehr aus der Kriegsgefangenschaft im Jahr 1946 nahm der Kläger das Verfahren wieder auf und stellte seine Klage in der mündlichen Verhandlung vom 31.07.1947 dahingehend um, dass er sein Scheidungsbegehren nunmehr auf den Scheidungsgrund des § 48 EheG 1946 stützte, welchem die Beklagte nicht entgegnetrat.

In seinem Urteil vom 14.08.1947 sprach das Landgericht Ravensburg die Scheidung der Ehe der Parteien aus. Unter Eingehung auf die Verhältnisse und die Gefühlslage der Parteien während des Krieges und nach Kriegsende stellte das Gericht fest, dass die Parteien sich anscheinend – wie in so vielen Kriegsehen – nie genügend kennen gelernt hätten. Die Parteien hätten nie zusammengepasst und erschwerend seien noch Konflikte aufgrund der unterschiedlichen ländlichen und städtischen Herkunft und die Eltern des Klägers hinzugekommen, die sich in die Ehe drängten.

Einen ähnlichen Verlauf hatte das Scheidungsverfahren R 63 / 1944, später R 89 / 1948 genommen. Der 36jährige Kläger und seine 28jährige Ehefrau hatten nie einen gemeinsamen Hausstand begründet, da der Kläger noch am Hochzeitstag im Dezember 1939 zur Wehrmacht eingezogen worden war. Bereits im Jahre 1944 hatte der Kläger wegen Ehebruchs und anderer Eheverfehlungen der Beklagten die Scheidung beantragt. Nach der Beweisaufnahme kam das Verfahren aufgrund des Zusammenbruchs und der Kriegsgefangenschaft des Klägers zum Stillstand. Im Jahre 1948 erhob er Scheidungsklage nach § 48 EheG 1946, der die Beklagte auch nicht mehr entgegnetrat.

In seinem knappen Urteil vom 11.05.1948 schied das Landgericht Ravensburg die kinderlose Ehe der Parteien und führte aus, dass es sich vorliegend um eine typische Krieg-

³¹¹ So in den Verfahren R 41 / 1938, R 179 / 1942, R 89 / 1948, R 95 / 1944, R 65 / 1944, R 79 / 1944, R 140 / 1944, R 49 / 1947, R 408 / 1947, R 118 / 1948, R 292 / 1948, R 270 / 1948, R 69 / 1949, R 129 / 1949 und R 17 / 1949.

sehe handelte, bei der nur ein Zusammensein während der Urlaube des Klägers möglich gewesen sei.

e. Keine Rückkehr des Ehemanns zu seiner Ehefrau / Familie nach der Entlassung aus der Wehrmacht, bzw. der Kriegsgefangenschaft

54³¹² der Ehemänner, die während des Zweiten Weltkriegs zur Wehrmacht einberufen worden waren, kehrten nach der Entlassung aus der Wehrmacht bzw. aus der Kriegsgefangenschaft gar nicht erst zu ihren Ehefrauen und Familien zurück.

In drei dieser 54 Verfahren war die Scheidungsklage bereits vor dem Zusammenbruch im Frühjahr 1945 anhängig, während in den weiteren 51 Fällen die Scheidungsklage aus den Jahren 1946 und 1950 stammte.

Neben der Entfremdung während des Krieges und dem Eingehen von neuen Partnerschaften war auch die Unbekanntheit des Aufenthaltsorts des Partners ein Grund für den Abbruch der Beziehungen.

f. Beklagter Ehegatte zum Zeitpunkt des Scheidungsverfahrens mit unbekanntem Aufenthalt abwesend

Infolge der Kriegsereignisse – sei es durch Flucht, Einzug an die Front, Inhaftierung etc. – hatten sich viele Ehegatten aus den Augen verloren und oftmals überhaupt keinen Anhaltspunkt mehr, wo sich der andere Ehegatte nunmehr aufhielt.

Im Rubrum des jeweiligen Scheidungsurteils wurde bei Vorliegen dieser Konstellation der Vermerk „mit unbekanntem Aufenthalt abwesend“ angebracht.

In diesen Scheidungsverfahren konnte das Landgericht Ravensburg seine Entscheidung nur auf die Angaben des klagenden Ehegattens stützen.

Während sich dieser Vermerk bei den 125 bis Mai 1945 eingereichten Scheidungsklagen nur bei einem beklagten Ehemann und zwei beklagten Ehefrauen finden lässt, nimmt die Anzahl der beklagten Ehegatten mit unbekanntem Aufenthaltsort in den Nachkriegsjahren in deutlichem Maße zu.

Bei den 181 zwischen 1946 und 1950 erhobenen Scheidungsklagen konnte bei fünf beklagten Ehemännern und bei 25 beklagten Ehefrauen – und somit in knapp jedem sechsten Verfahren – der Aufenthaltsort der beklagten Partei nicht ermittelt werden.

g. Erneute Eheschließung (sog. Doppelehe)

In sechs Verfahren aus der Nachkriegszeit hatte einer der Ehegatten trotz bereits bestehender Ehe eine weitere (nichtige) Ehe geschlossen. Teils geschah dies in der Annahme des Ablebens des Ehegattens im Krieg, teils kam es zu der erneuten Heirat trotz Kenntnis von der bestehenden ehelichen Bindung.

So zum Beispiel im Verfahren R 452 / 1957. Der 43jährige Kläger – ein Werkzeugmacher aus dem Allgäu – begehrte die Scheidung von seiner vier Jahre jüngeren Ehefrau.

³¹² So zum Beispiel in den Verfahren R 49 / 1947, R 473 / 1948, R 516 / 1949 und R 141 / 1950.

Aus ihrer 1936 geschlossenen Ehe stammte ein Kind. Nach Fliegerangriffen auf den damaligen Wohnort der Parteien Friedrichshafen, im Juni 1943 und im März 1944 war die Beklagte jeweils mit dem gemeinsamen Kind nach Moschen in Oberschlesien zu ihren Eltern gefahren. Während der Abwesenheit der Beklagten nahm der Kläger bereits seine „zweite“ Frau, die Witwe war, samt deren drei Kinder zu sich auf und schloss sodann am 01.10.1945 mit dieser Witwe den Bund der Ehe. Der Kläger wurde deshalb wegen Doppelhe und Abgabe einer falschen eidesstattlichen Versicherung dem Standesamt gegenüber zu einer Gesamtgefängnisstrafe von 1 Jahr und 3 Monaten verurteilt. Ende 1946 kehrte die Beklagte nach Oberschwaben zurück. Nachdem sie von den Geschehnissen während ihrer Abwesenheit erfahren hatte, gab es heftige Auseinandersetzungen zwischen den Parteien, schließlich eine kurzzeitige Versöhnung bis es anfangs des Jahres 1947 zur endgültigen Trennung kam.

In seinem anstatt der Verkündung zugestellten Urteil vom 05.11.1948 wies das Landgericht Ravensburg die Scheidungsklage des Ehemanns wegen des von der Beklagten erhobenen und als zulässig und begründet eingestuften Widerspruchs ab.

Im Verfahren R 473 / 1948 kehrte der noch junge Kläger – von Beruf Sportlehrer – nach seiner Entlassung aus der Kriegsgefangenschaft im Mai 1945 nicht mehr zu seiner untreu gewordenen Ehefrau und den drei minderjährigen Kindern zurück.

Bereits am 17.05.1945 ging er eine weitere Ehe ein, weswegen auch er wegen Doppelhe und Abgabe einer falschen eidesstattlichen Versicherung zu einer Gesamtgefängnisstrafe von 1 Jahr und 3 Monaten verurteilt worden war. Im Verfahren R 270 / 1947 erklärte das Landgericht Ravensburg die zweite Ehe des Klägers für nichtig.

Mit seiner nunmehr erhobenen Scheidungsklage hatte er keinen Erfolg, da das Landgericht Ravensburg die Aufrechterhaltung der Ehe im Hinblick auf das Interesse der gemeinsamen Kinder als geboten ansah (§ 48 Abs. 3 EheG).

Eine Ehe von Ehegatten unter 30 Jahren beschäftigte das Landgericht Ravensburg im Verfahren R 69 / 1949. Im Herbst 1944 erreichte die beklagte Ehefrau die Nachricht vom Tod ihres sich bereits bei Eingehung der Ehe im Jahr 1942 bei der Wehrmacht befindlichen Ehemannes. Im Glauben verwitwet zu sein, suchte sie sich einen neuen Partner, den sie schließlich heiratete und mit dem sie auch ein Kind bekam. Erst im Juni 1946 erfuhr sie, dass der Kläger noch lebte. Die Beklagte brach ihre neue Beziehung nicht ab und der Kläger kehrte nach seiner Entlassung aus der Kriegsgefangenschaft im Februar 1947 nicht mehr zu seiner Ehefrau zurück.

Mit seinem anstatt der Verkündung zugestellten Urteil vom 21.01.1950 schied das Landgericht Ravensburg die Ehe der Parteien.

Ebenfalls den Kriegsverhältnissen ausgesetzt war die Ehe der Parteien im Verfahren R 201 / 1949, die vom Landgericht Ravensburg mit anstelle der Verkündung zugestelltem Urteil vom 18.09.1949 geschieden wurde.

Auch hier war der 36jährige Kläger zum Zeitpunkt der Eheschließung mit seiner 29jährigen Gattin bereits Soldat gewesen, sodass sich das kinderlose Ehepaar nur in den Urlauben des Klägers sehen konnte. Im März 1943 wurde die Beklagte wegen des Ver-

dachts mehrerer Eigentumsdelikte verhaftet und zu einer längeren Gefängnisstrafe verurteilt. Mit der Verhaftung der Beklagten brach der Kontakt zwischen den Parteien ab. Im August 1943 hatte der Kläger bereits eine Scheidungsklage vor dem Landgericht Hannover eingereicht, die aber aufgrund kriegsbedingter Umstände nicht zur Durchführung eines Scheidungsverfahrens geführt hatte. Gut eineinhalb Jahre nach seiner Rückkehr aus der Kriegsgefangenschaft im Januar 1946 ging er Oktober 1947 eine erneute Ehe ein. Zum Zeitpunkt des Scheidungsverfahrens befand er sich in Untersuchungshaft wegen des Verdachts der Doppelheh.

Im Verfahren R 208 / 1949 waren die Parteien davon ausgegangen, bereits geschieden zu sein. 1944 – zu einem Zeitpunkt, als sich der Kläger bereits bei der Wehrmacht befand – hatten der 1907 geborene Kläger und seine 16 Jahre jüngere Ehefrau geheiratet. Vier Tage nach der Eheschließung war das einzige gemeinsame Kind zur Welt gekommen. Nach seiner Entlassung aus der Kriegsgefangenschaft im August 1945 war der Kläger nicht mehr zu seiner Familie zurückgekehrt. Mit seit 20.05.1947 rechtskräftigem Urteil wurde die Ehe der Parteien vom Amtsgericht Straßburg geschieden.

Im Dezember 1947 ging die Beklagte erneut den Bund der Ehe mit ihrem neuen Partner ein. Auch der Kläger wollte wieder heiraten. Sein Aufgebot beim Standesamt Wissen an der Sieg wurde aber nicht erlassen, da das Justizministerium von Rheinland-Pfalz durch Entscheid vom 11.4.49 die Anerkennung des französischen Ehescheidungsurteils versagt hatte. Das Landgericht Ravensburg schied mit anstelle der Verkündung zugestelltem Urteil vom 20.04.1950 die Ehe der Parteien.

Im Verfahren R 152 / 1950 stand nur der Verdacht im Raum, dass die beklagte Ehefrau bereits eine neue Ehe eingegangen war. Beide Parteien (der Kläger 37, die Beklagte 36) waren ursprünglich polnische Staatsangehörige. 1941 war der Kläger alleine nach Deutschland gezogen, nachdem ihm seine Frau mitgeteilt hatte, dass sie nicht mit ihm mitkommen werde und nach ihrer Ansicht jeder seine eigenen Wege gehen solle. Briefe des Klägers beantwortete sie nach seinem Wegzug nicht mehr. Zur Zeit des Scheidungsverfahrens war die Beklagte mit unbekanntem Aufenthalt abwesend. Eine Äußerung ihrerseits zum Scheidungsbegehren des Klägers lag nicht vor. Von einem Kamerad hatte der Kläger erfahren, dass seine Frau erneut geheiratet habe und aus dieser Verbindung ein Kind hervorgegangen war. Das Scheidungsbegehren des klagenden Ehemanns war erfolgreich.

24. Die Urteile des Landgerichts Ravensburg auf dem Prüfstand – Entscheidungen der Berufungsinstanz

| Jahr, aus dem das Urteil des LG Ravensburg stammt | Anzahl der Verfahren, in denen Berufung eingelegt wurde | Anzahl der Verfahren, in denen Anschlussberufung eingelegt wurde | Anzahl der Berufungsverfahren, in denen § 55 EheG 1938, bzw. § 48 EheG 1946 entscheidungserheblich war |
|---|---|--|--|
| 1938 | 3 | 1 | 1 |
| 1939 | 2 | 1 | - |

| | | | |
|-----------|----|---|-----------------|
| 1940 | - | - | - |
| 1941 | 1 | - | 1 |
| 1942 | - | - | - |
| 1943 | - | - | - |
| 1944 | 1 | - | 1 |
| 1945 | - | - | - |
| 1946 | - | - | - |
| 1947 | 1 | - | 1 |
| 1948 | 2 | - | 2 |
| 1949 | 4 | - | 2 |
| 1950 | 4 | - | 2 |
| 1951 | 2 | - | 1 |
| Insgesamt | 20 | 2 | 11 ⁹ |

⁹ R 86 / 1938, R 118 / 1940, R 144 / 1944, R 67 / 1944, R 402 / 1947, R 506 / 1947, R 306 / 1948, R 464 / 1949, R 490 / 1949, R 05 / 1950 und R 348 / 1950. Bei fünf nach dem Zusammenbruch ergangenen Entscheidungen (R 331 / 1948, R 490 / 1948, R 364 / 1948, R 172 / 1949 und R 230 / 1950) lag das Berufungsurteil des Oberlandesgerichts Tübingen nicht bei den Akten und konnte auch in anderen Archivbeständen nicht gefunden werden. Da das Landgericht Ravensburg in der ersten Instanz über eine Scheidung nach § 48 EheG 1946 zu entscheiden hatte, ist anzunehmen, dass sich auch das Oberlandesgericht Tübingen im Berufungsverfahren mit der Frage nach der Begründetheit des Scheidungsbegehrens nach § 48 EheG 1946 auseinander zu setzen hatte. Daher ist es gut möglich, dass die Anzahl von insgesamt 11 Berufungsverfahren mit Bezug zur Zerrüttungsscheidung auf bis zu 16 erhöht werden kann. Da es sich hierbei aber nur um eine Vermutung handelt, wurde bei den weiteren Ausführungen eine Anzahl von 11 Berufungsverfahren mit Bezug zur Zerrüttungsscheidung zugrunde gelegt.

Bis Herbst 1944 und in den Nachkriegsjahren war gegen erstinstanzliche Landgerichtsurteile die Berufung zum Oberlandesgericht (kurz: OLG) möglich. Zuständig für die Berufung gegen erstinstanzliche Urteile des Landgerichts Ravensburg war bis Herbst 1944 das Oberlandesgericht in Stuttgart und in den ersten Jahren nach Kriegsende das Oberlandesgericht in Tübingen.

Vom Inkrafttreten des § 2 der Verordnung vom 27.09.1944³¹³ bis zum Kriegsende konnte gegen erstinstanzliche Landgerichtsurteile nicht mehr das Rechtsmittel der Berufung zum Oberlandesgericht eingelegt werden. Die Überprüfung der erstinstanzlichen Urteile des Landgerichts Ravensburg wäre nur noch durch eine Revision zum Reichsgericht möglich gewesen.

Eine solche Revision zum Reichsgericht ist im untersuchten Aktenbestand nicht enthalten.

Der Bestand umfasst sowohl vor als auch nach Kriegsende wenige Verfahren, denen das erstinstanzliche Urteil des Landgerichts Ravensburg der Berufungsinstanz vorgelegt wurde.

³¹³ RGBl. I, S. 229 (sog. „Zweite Kriegesmaßnahmenverordnung“).

Nur sieben der 118 bis einschließlich 1945 ergangenen Scheidungsurteile wurden in zweiter Instanz vom Oberlandesgericht Stuttgart überprüft; dies entspricht einem Anteil von 5,93 %. Revisionsurteile befinden sich keine bei den Akten.

In den Verfahren R 86 / 1938 und R 67 / 1944 findet sich in den Berufungsurteilen der Vermerk, dass das Rechtsmittel der Revision nicht zugelassen worden wurde.

In den Nachkriegsjahren wurde gegen 13 der insgesamt 188 erstinstanzlichen Scheidungsurteile Berufung zum Oberlandesgericht Tübingen eingelegt. Der Anteil der in zweiter Instanz überprüften Urteile ist daher mit 6,91 % etwas höher als in den Kriegsjahren.

Revisionsurteile finden sich auch in diesem Zeitraum keine in den Akten.

Der Bestand enthält elf Berufungsschriften, in denen der Berufungskläger der Ansicht war, dass das Landgericht Ravensburg mit seiner Entscheidung im Hinblick auf die Scheidung wegen unheilbarer Zerrüttung nach § 55 EheG 1938 bzw. § 48 EheG 1946 nicht richtig lag. In drei Verfahren stammte das Scheidungsurteil aus der Zeit bis einschließlich 1945; die weiteren acht Berufungsverfahren hatten zwischen 1947 und 1951 ergangene Scheidungsurteile zum Gegenstand.

Neben der Frage nach der Erfolgsquote der eingelegten Rechtsmittel ist es im Rahmen der vorliegenden Untersuchung von Interesse, ob die Entscheidungen des Berufungsgerichts Einfluss auf die Rechtsprechung des Landgerichts Ravensburg ausübten, d.h. zu einer Änderung seiner Rechtsprechung führten.

| Jahr, aus dem das Urteil des Landgericht Ravensburg stammt | Berufung mit Bezug zur Zerrüttungsscheidung | Erfolgreiche Berufung; Urteil des LG Ravensburg aufgehoben | Erfolgreiche Berufung; Urteil des LG Ravensburg bestätigt |
|--|---|--|---|
| 1938 bis 1944 | 3 | 3 | - |
| 1947 bis 1951 | 8 | - | 8 |

Unterschiedlicher könnte das Ergebnis für die Zeit vor und nach dem Zusammenbruch nicht sein: Bis zum Kriegsende waren alle Berufungen gegen die erstinstanzlichen Urteile des Landgerichts Ravensburg mit Bezug zu § 55 EheG 1938 erfolgreich. Hingegen waren in der Zeit zwischen 1947 und 1951 sämtliche Berufungen erfolglos geblieben, da die zweite Instanz jede vom Landgericht Ravensburg getroffene Entscheidung bestätigte.

a. Rechtsmittel gegen die bis zum Zusammenbruch ergangenen Entscheidungen des Landgerichts Ravensburg

aa. Berufung im Verfahren R 86 / 1938

Das erste Urteil des Landgerichts Ravensburg, das dem Oberlandesgericht Stuttgart zur Überprüfung vorlag, hatte das Verfahren R 86 / 1938³¹⁴ mit einer Abweisung der Klage beendet und stammte vom 20.10.1938. Diese Entscheidung des Landgerichts Ravens-

³¹⁴ Vgl. hierzu auch Zweiter Teil, 15. b., 24. a. aa. und 25. a. aa.

burg war bereits im „Schwarzen Korps“ vom 05.01.1939 scharf angegriffen worden und hielt nun auch einer Überprüfung durch das Berufungsgericht nicht stand. In seinem Urteil vom 13.04.1939 schied die zweite Instanz die Ehe der Parteien und sprach ein Verschulden des Berufungsklägers aus.

Im Gegensatz zum Landgericht Ravensburg stufte die Berufungsinstanz den Widerspruch der beklagten Ehefrau als nicht beachtlich ein:

Das Landgericht Ravensburg gehe zu Unrecht davon aus, dass bei überwiegendem Verschulden des klagenden Ehegatten, der durch ehebrecherisches Verhalten die Ehe zerrüttet hat, der Widerspruch des Beklagten nur dann nicht beachtlich sei, wenn der Kläger durch tätige Reue seinen guten Willen gezeigt habe, wieder ein rechtes Eheleben zu beginnen.

Die Nichtbeachtlichkeit des Widerspruchs folgte das OLG Stuttgart daraus, dass

„die Aufrechterhaltung einer seit vielen Jahren unheilbar zerrütteten Ehe, die nur noch der Form nach besteht, regelmäßig sittlich nicht gerechtfertigt sein [wird], wenn nicht besondere Umstände vorliegen, welche die Aufrechterhaltung einer solchen inhaltslosen Ehe rechtfertigen.“

An solchen Umständen fehle es im vorliegenden Fall, in dem die Parteien zwar schon seit 25 Jahren verheiratet wären, die Ehe aber von vornherein verfehlt gewesen sei, da sie nur wenige Jahre erträglich und seit 8-10 Jahren hoffnungslos verloren sei.

Der Hoffnung der Beklagten auf eine Sinnesänderung ihres Mannes fehle die Grundlage und habe das Verhalten des Klägers seit Beginn der Ehe gegen sich. Es bestünde Grund zu der Annahme, dass die Beklagte selbst nicht ernstlich an eine Umkehr des Klägers glaubt. Der Widerspruch der Beklagten sei in der Hauptsache darauf zurückzuführen, dass die Beklagte im Falle einer Wiederverheiratung ihres Ehemanns eine Gefährdung ihrer Unterhaltsansprüche fürchte. Solchen finanziellen Erwägungen können aber grundsätzlich bei der Beurteilung der Frage, ob die Fortsetzung einer unheilbar zerrütteten Ehe sittlich gerechtfertigt erscheint, keine ausschlaggebende Bedeutung beigemessen werden. Da der Kläger eine ordentliche Dentistenpraxis und etwas Vermögen habe, seien die Unterhaltsansprüche auch nicht gefährdet.

Dieses Berufungsurteil verfehlte seine Wirkung auf das Landgericht Ravensburg nicht. Es lässt sich in der Folgezeit die Umkehr des Landgerichts Ravensburg hin zu einem scheidungsfreundlicheren Kurs feststellen.

In keiner der bis zum Zusammenbruch getroffenen Entscheidungen griff es mehr auf den „Verstoßungsgedanken“ zurück. Zwar würdigte es vereinzelt noch die Opfer der beklagten Ehefrau, die sie als Hausfrau und Mutter in der Ehe erbracht hatte. Regelmäßig waren es in diesen Fällen aber größere Opfer als sie die beklagte Ehefrau im Verfahren R 86 / 1938 erbracht hatte, in dem z.B. nur ein Kind aus der Ehe hervorgegangen war.

Erst in den Nachkriegsjahren spielte im Rahmen des § 48 EheG 1946 dieser „Verstoßungsgedanke“ wieder eine entscheidungserhebliche Rolle.

bb. Berufung im Verfahren R 118 / 1940

Ebenfalls mit einem die Klage abweisenden Urteil beendete das Landgericht Ravensburg das Verfahren R 118 / 1940³¹⁵ am 17.12.1940, nachdem es den Widerspruch der 45jährigen Ehefrau gegen die Scheidungsklage ihres Ehemannes – einem 47jährigen Regierungssekretär – als beachtlich eingestuft hatte.

Wiederholt zeigte sich das Oberlandesgericht Stuttgart in zweiter Instanz scheidungs-freundlicher. In seinem Urteil vom 08.05.1941 gab es der Scheidungsklage des Berufungsklägers statt und sprach ein Verschulden des Klägers an der Scheidung aus.

Im Berufungsverfahren hielten die Parteien an ihrem Vorbringen in der ersten Instanz und den dort gestellten Anträgen fest. Zudem führte die Beklagte in der mündlichen Verhandlung vom 24.04.1941 aus, dass ihr Mann im Jahre 1924 bei ihr im fünften Monat ihrer Schwangerschaft eine Abtreibung in die Wege geleitet habe. Ihre Hüftgelenks-entzündung sei die Folge einer Erkältung.

Der Kläger räumte die von ihm veranlasste Abtreibung ein. Er selbst sei zwar kinderlieb; seine Frau habe aber jedes ihrer Kinder und ihn während der fraglichen Schwangerschaft gequält. Deshalb habe er keinen anderen Ausweg gewusst. Nur wegen seines Kinderwunsches seien später noch gemeinsame Kinder zur Welt gekommen. Sei es nach der Beklagten gegangen, wäre die Ehe kinderlos geblieben.

Des Weiteren brachte die Beklagte vor, dass der Kläger und seine Freundin die Kinder ihr bewusst entfremdet haben. Dieses Vorbringen wurde vom Kläger bestritten.

In seinen Entscheidungsgründen stellte das Oberlandesgericht Stuttgart zunächst das Vorliegen der Voraussetzungen des § 55 Abs. 1 EheG 1938 fest. In Übereinstimmung mit dem Landgericht Ravensburg und den Feststellungen aus dem Scheidungsverfahren im Jahre 1938 führte das Oberlandesgericht aus, dass der Kläger die Zerrüttung überwiegend verschuldet habe und der Beklagten damit das Recht zustehe, der Scheidung zu widersprechen.

Was die Beachtlichkeit des Widerspruchs betraf, kam das Oberlandesgericht zu einer anderen Beurteilung als zuvor das Landgericht Ravensburg:

“Im Gegensatz zum angefochtenen Urteil nimmt der Senat an, dass die Voraussetzungen der Nichtbeachtung des Widerspruchs gegeben sind. Für die Aufrechterhaltung der Ehe fällt allerdings stark ins Gewicht, dass die Parteien fast 21 Jahre lang zusammengelebt haben, dass die Beklagte fünf Kinder geboren hat, und dass sie während der Ehe sich eine Hüftgelenks-versteifung zugezogen hat, die ihre Fähigkeit, sich selbst zu unterhalten, beeinträchtigt, ferner, dass sie durch die Ehescheidung den Anspruch auf Wit-wengeld nach dem Tode des Klägers verliert. Alle diese Gesichtspunkte sind aber nicht ausschlaggebend. Da der Kläger für schuldig zu erklären ist, so be-hält die Beklagte einen Unterhaltsanspruch nach §§ 69 Abs.1, 66, 67 Ehe-ges. Nach dem Tode des Klägers kann ihr von der obersten Dienstbehörde des Klägers ein Unterhaltsbeitrag bewilligt werden (RBeamtenG. § 102). Die

³¹⁵ Ebenso dargestellt unter Zweiter Teil, 15. i., 24. a. bb., 25. a. bb.

Rücksicht auf die Kinder spricht nicht dafür, sondern gegen die Beachtung des Widerspruchs der Beklagten. Dass ihr die Kinder völlig entfremdet sind, kann sie nicht leugnen. Dieser Umstand würde auch dann nicht seine Bedeutung verlieren, wenn die Kinder tatsächlich durch den Kläger und Fräulein [...] der Beklagten entfremdet worden wären."

An dieser Stelle zitiert das Oberlandesgericht Stuttgart das Reichsgericht in DR 1940, S. 1143 Nr.6.

"Der Gesichtspunkt, dass den noch nicht selbständigen Kindern wieder eine Heimat geschaffen werden kann, wenn der Kläger, wie beabsichtigt, Fräulein [...] heiraten kann, ist neben dem weiteren Gesichtspunkt, dass es auch im öffentlichen Interesse liege, wenn der Kläger wieder in geordnete Familienverhältnisse kommt, ausschlaggebend. Zu der Befürchtung, dass diese Ziele bei einer Verheiratung des Klägers mit Fräulein [...] nicht erreicht werden, besteht kein Grund. Dass das Wohl der Kinder vom völkischen Standpunkt aus im Vordergrund zu stehen hat und die persönlichen Belange der Ehegatten dahinter zurücktreten müssen, ist ein feststehender Grundsatz des jetzigen Eherechts."

Den von ihm zitierten damals geltenden Grundsatz, dass dem Interesse der Volksgemeinschaft Vorrang vor den Interessen des jeweiligen Ehegatten einzuräumen ist, untermauerte das Oberlandesgericht mit zwei Entscheidungen des Reichsgerichts, abgedruckt in RGZ Bd. 160, S. 41 und Bd. 162, S. 124.

"Würde aber die Ehe der Parteien aufrecht erhalten, so würden die noch nicht selbständigen Kinder immer mehr geradezu entwurzelt. Denn der Kläger könnte sie nach den gegebenen Verhältnissen nicht genügend betreuen, und es wäre sehr zweifelhaft, ob dies möglich wäre, wenn er eine Haushälterin nähme. Dass aber die Kinder wieder in ein richtiges Verhältnis zur Beklagten kämen, kann als ausgeschlossen betrachtet werden. Der Tatsache gegenüber, dass es den öffentlichen Belangen, welche bei der Frage, ob der Widerspruch der Beklagten gegen die Scheidung zu beachten wäre, in erster Linie zu berücksichtigen sind, widersprechen würde, wenn die Verhältnisse der Kinder so bleiben würden, wie sie jetzt sind, könnte es nicht entscheidend ins Gewicht fallen, wenn der Vorwurf der Beklagten richtig wäre, dass ihr die Kinder planmäßig entfremdet worden sind. Es ist aber kaum anzunehmen, dass diese Entfremdung ohne ein erhebliches Mitverschulden der Beklagten eingetreten ist. Den mit Ausnahme des jüngsten Sohnes sind alle Kinder in einem Alter, dass sie auch rückschauend beurteilen können, ob ihre Abneigung gegen die Mutter begründet und von dieser verschuldet war oder nicht. Darauf braucht aber nicht weiter eingegangen zu werden. Denn entscheidend ist nur die Tatsache, dass eine Aufrechterhaltung des jetzigen Zustands den Kindern auf die Dauer nachteilig werden muss."

Zwar würdigte das Berufungsgericht in Übereinstimmung mit dem Landgericht Ravensburg die Opfer der Beklagten während der langjährigen Ehe. Dieser Gesichtspunkt war für die zweite Instanz aber nicht der entscheidungserhebliche. Das entscheidungserhebliche Gewicht hatte für das OLG Stuttgart der öffentliche Belang des Wohles der Kinder, die durch eine erneute Heirat des Klägers wieder in geordnete Verhältnisse kämen. Dieses öffentliche Interesse müsse Vorrang haben vor den Interessen der Ehegatten, hier vor allem vor dem Interesse der Beklagten an der Aufrechterhaltung der Ehe.

Es lässt sich keine direkte Einflussnahme dieser Berufungsentscheidung auf die Rechtsprechung des Landgerichts Ravensburg feststellen. Zwar ergingen in der Folgezeit Entscheidungen, in denen das Landgericht Ravensburg den Vorrang der öffentlichen Interessen vor den persönlichen Interessen der Ehegatten im Rahmen der Prüfung des § 55 Abs. 2 EheG 1938 betonte. Dies stellte aber keinen Richtungswandel dar. Bereits im Jahre 1938 hatte das Landgericht Ravensburg wiederholt – beispielsweise im Urteil vom 01.12.1938 im Verfahren R 77/ 1938 – dem Interesse des Staates an der Aufrechterhaltung der Ehe entscheidungserhebliches Gewicht beigemessen.

cc. Berufung im Verfahren R 67 / 1944

Die Berufung des klagenden Ehemanns führte auch im Verfahren R 67 / 1944 zu einer Aufhebung des Urteils des Landgerichts Ravensburg vom 27.07.1944. Während das Landgericht Ravensburg in seinem Urteil zu einer Scheidung der Ehe der Parteien kam, wies das Oberlandesgericht Stuttgart auf die Berufung der 68jährigen Beklagten die Klage des 70jährigen Lokomotivführers a.D. wegen Scheidung aufgrund unheilbarer Zerrüttung ab. Die im Jahre 1900 geschlossene Ehe war kinderlos geblieben. Zum letzten Geschlechtsverkehr war es 1928 gekommen. Seit Juni 1932 lebten die Parteien getrennt. Der Kläger war eine neue Partnerschaft eingegangen und wollte seine Lebensgefährtin, die ihm bereits ein Kind geboren hatte, heiraten.

Da das Urteil des Landgerichts Ravensburg vom 27.07.1944 sich nicht bei den Akten befindet, können keine Angaben zu den Entscheidungsgründen der ersten Instanz gemacht werden.

Aus den Entscheidungsgründen des Berufungsurteils geht lediglich hervor, dass das Landgericht Ravensburg den Widerspruch der beklagten Ehefrau als nicht beachtlich eingestuft hatte. Genau an diesem Punkt vertrat die zweite Instanz eine andere Auffassung:

“Es ist davon auszugehen, dass ein öffentliches Interesse, insbesondere ein bevölkerungspolitisches Interesse an einer Scheidung der Parteien nicht besteht, die Allgemeinheit kann kein Interesse daran haben, dass der fast 70 Jahre alte Kläger eine neue Ehe eingeht, und dass er etwa noch Kinder erzeugen würde, kann nur unerwünscht sein:

Es stehen sich also nur die persönlichen Wünsche der beiden Parteien gegenüber.“

Der Kläger wolle seiner neuen Lebensgefährtin die Stellung einer rechtmäßigen Ehefrau verschaffen. Durch eine erneute Heirat mit ihr wolle er deren Verbleiben bei ihm si-

chern. Bei seinem Alter spiele auch eine mögliche Versorgung durch die neue Lebensgefährtin eine Rolle.

Die Beklagte wolle durch die Aufrechterhaltung der Ehe ihren Lebensunterhalt sicherstellen. Bei einer Scheidung habe sie Bedenken hinsichtlich der Zahlung des monatlichen Unterhalts. Diese waren nach Ansicht des Berufungsgerichts auch begründet, da sich der Kläger derzeit bereits als nicht übermäßig zahlungswillig zeige und der Beklagten weniger Unterhalt zahle, als ihr zustehe. Durch eine erneute Heirat und eventuell das Dazukommen neuer Kinder würde sich ihr Unterhaltsanspruch verringern. Von besonderer Wichtigkeit sei für die Beklagte auch der Wegfall des Witwengeldanspruchs, da es zweifelhaft sei, ob ihr ein Anspruch nach § 102 des Deutschen Beamtengesetzes zustehe.

Unter Würdigung dieser Motivationsgrundlagen der Parteien kam das Gericht zur folgenden Entscheidung:

“Wenn die häusliche Gemeinschaft von 1900 bis 1932 bestanden hat, so hat die Beklagte dem Kläger ihre besten Jahre geopfert, nämlich ihr 24. - 56. Lebensjahr. Sie hat damit ein besonderes Opfer gebracht, der Kläger konnte bei seiner Vernehmung vor dem Landgericht nicht den geringsten Vorwurf gegen sie erheben, sondern musste zugeben, dass sie ihm den Haushalt stets gut und fleißig geführt hat. Hingegen hat er in unverzeihlicher Weise die erste Pflicht eines Ehegatten, die Pflicht zur ehelichen Treue, wiederholt verletzt und diese Verletzung bis heute fortgesetzt. Der Beklagten kann auch kein Vorwurf daraus gemacht werden, dass sie sich nicht kurz nach Aufhebung der häuslichen Gemeinschaft vom Kläger hat scheiden lassen, sie war damals schon 56 Jahre alt und damit, dass eine spätere Gesetzgebung einmal einen Scheidungsanspruch ohne Verschulden geben würde, war schlechterdings nicht zu rechnen.

Nach den gesamten Umständen muss deshalb den Belangen der Beklagten der Vorrang zugestanden und der Kläger an der Ehe festgehalten werden; der Widerspruch ist sittlich gerechtfertigt.

Die Berufung der Beklagten war also stattzugeben. Die Revision war nicht zuzulassen. In der Frage, wann ein Widerspruch nach § 55 Abs.2 EheGes. gerechtfertigt ist, hat das Reichsgericht jetzt eine feste Rechtsprechung entwickelt, mit der steht das Urteil im Einklang.”

Erstmals schlug das Oberlandesgericht Stuttgart einen scheidungsfeindlicheren Kurs ein als das Landgericht Ravensburg. Auswirkungen dieser Entscheidung auf die Rechtsprechung des Landgerichts Ravensburg sind nicht zu erkennen.

Zusammenfassend kann daher für die Zeit bis einschließlich 1945 gesagt werden, dass das Landgericht Ravensburg nur in einem Fall - nämlich im Verfahren R 86 / 1938 - Konsequenzen für seine weitere Entscheidungspraxis aus der Entscheidung der zweiten Instanz gezogen hat.

b. Berufungsverfahren gegen die Urteile des Landgerichts Ravensburg in der Nachkriegszeit

Im Zeitraum zwischen 1947 bis 1951 wurde kein Urteil des Landgerichts Ravensburg vom zuständigen Berufungsgericht – dem Oberlandesgericht Tübingen – aufgehoben. Vielmehr bestätigte die zweite Instanz alle acht Urteile mit Bezug zur Zerrüttungsscheidung nach § 48 EheG 1946, gegen die eine Partei Berufung eingelegt hatte.

In sieben Fällen wurde die Berufung vom Kläger gegen ein die Klage abweisendes Urteil eingelegt; in nur einem Fall ging die Berufung von der beklagten Ehefrau gegen ein der Klage stattgebendes Urteil aus.

aa. Berufung im Verfahren R 402 / 1947

Einzig im Verfahren R 402 / 1947 war die Berufungsinstanz anderer Ansicht als das Landgericht Ravensburg:

Zwar bestätigte das Oberlandesgericht Tübingen die die Klage nach § 48 EheG 1946 abweisende Entscheidung des Landgerichts Ravensburg; es wich aber in der Begründung der Entscheidung von der Argumentation des Landgerichts Ravensburg ab.

Das Landgericht Ravensburg hatte der Klage des in der Nähe von Ehingen wohnhaften 54jährigen Landwirts gegen seine 49 jährige Ehefrau den Erfolg versagt, weil es das Erfordernis der dreijährigen Heimtrennung als nicht gegeben ansah. Das Oberlandesgericht Tübingen hingegen bejahte dieses Erfordernis und kam im Hinblick auf § 48 Abs. 2 und 3 EheG 1946 zu einer Klagabweisung.

Aus der im Jahr 1922 geschlossenen Ehe waren drei Kinder im Alter von 15, 23 und 24 Jahren hervorgegangen. Während die beiden jüngeren Kinder noch zuhause wohnten, arbeitete das älteste auswärts als Pferdeknecht.

Die Parteien hatten gemeinsam den elterlichen Hof des Klägers übernommen und die Geschwister des Klägers ausbezahlt. Die Ausgleichszahlungen war hauptsächlich aus einer Erbschaft der Beklagten finanziert worden. Die Parteien lebten im Güterstand der Gütergemeinschaft und waren finanziell gut gestellt.

Bereits im April 1947 hatte das Landgericht Ravensburg³¹⁶ eine auf § 43 EheG 1946 gestützte Klage der Klägers abgewiesen, da dieser nach Ansicht des Gerichts Geschlechtsverkehr mit der früheren Dienstmagd gehabt und die Beklagte am Pfingstdienstag misshandelt habe, indem er sie am 31.05.1944 mit einem Strick geschlagen und den Hof hinausgezerzt habe.

Der letzte Geschlechtsverkehr zwischen den Parteien hatte im April 1944 stattgefunden. Nach dem Entschluss die Partnerschaft nicht fortzuführen, lebten die Parteien getrennt von Tisch und Bett im gemeinsamen Haus. Die Beklagte durfte die Küche nicht mehr benutzen und musste ohne Kochstelle auskommen.

Die Baubehörde hatte dem Kläger im Herbst 1947 das Bauvorhaben mit dem Ziel einer völligen Trennung der Wohnungseinheiten der Parteien untersagt. Seit Frühjahr

³¹⁶ Az.: R 132 / 46.

1946 führte eine andere Frau dem Kläger den Haushalt als „Haushälterin“. Seit Herbst 1947 schlief diese in einem Zimmer, das einen direkten Durchgang zum Schlafzimmer des Klägers hatte. Auch hatte diese Frau eines ihrer zwei unehelichen Kinder mit auf den Hof gebracht.

Der Kläger beantragte die Scheidung nach § 43 EheG 1946, hilfsweise die Scheidung nach § 55 EheG 1946. Zur Begründung trug er vor, dass die Beklagte ihn mehrmals beschimpft und den gemeinsamen Sohn aufgefordert habe, ihn totzuschlagen. Auch habe die Beklagte ihm wiederholt Eifersuchtsszenen wegen der „Haushälterin“ gemacht.

Die Klageabweisung beantragende Beklagte bestritt die ihr vorgeworfenen Verfehlungen. Dem Kläger seien ehebrecherische Beziehungen zu der Haushälterin vorzuwerfen. Einen Widerspruch hatte sie in der ersten Instanz nicht ausdrücklich erhoben.

In seinem am 26.08.1948 zugestellten Urteil beschäftigte sich das Landgericht Ravensburg hauptsächlich mit dem Vorliegen der Voraussetzungen einer Scheidung nach § 43 EheG 1946 und verneinte diese.

Da die häusliche Gemeinschaft erst mit der räumlichen Trennung im Herbst 1947 aufgehoben worden sei und daher die erforderlich dreijährige Trennungszeit noch nicht vorläge, wies das Gericht auch die Scheidungsklage aus § 48 EheG 1946 ab.

Gegen dieses Urteil des Landgerichts Ravensburg legte der Kläger Berufung ein und begehrte dort die Scheidung wegen Verschuldens beider Parteien, hilfsweise die Ehe nach § 48 EheG 1946 zu scheiden. Die Beklagte beantragte die Berufung zurückzuweisen und erhob gegen eine Scheidung nach § 48 EheG 1946 Widerspruch.

Im Berufungsurteil vom 24.02.1949 wies das Oberlandesgericht Tübingen die Berufung des Klägers als unbegründet zurück. In Übereinstimmung mit dem Landgericht Ravensburg verneinte es das Vorliegen der Voraussetzungen für eine Scheidung nach § 43 EheG 1946.

Das Vorliegen des Tatbestands des § 48 Abs. 1 EheG beurteilte das Berufungsgericht nicht wie das Landgericht Ravensburg:

Die häusliche Gemeinschaft der Parteien sei schon seit dem 31.05.1944 aufgehoben, nachdem die Beklagte an diesem Tag nach schwerer Misshandlung durch den Kläger den gemeinsamen Hof verließ. Nach ihrer Rückkehr im Dezember 1944 hätten die Parteien getrennte Stockwerke bewohnt und keine gemeinsamen Mahlzeiten eingenommen. Die Beklagte habe dem Kläger auch nicht den Haushalt geführt.

Seit Frühjahr 1946 hätte die Haushälterin die Stelle der Bäuerin inne gehabt, während die Beklagte auf dem Bauernhof vom Umfang her kaum mehr tätig war als eine Dienstmagd.

Obwohl die häusliche Gemeinschaft der Parteien bereits seit mehr als drei Jahren aufgehoben sei, könne die Ehe nicht geschieden werden. Der Scheidung stehe die Regelung in § 48 Abs. 3 EheG 1938 entgegen. Da die Parteien in Gütergemeinschaft leben und das Geld zum Kauf des Hofes zum Großteil von der Beklagten stamme, erfordere es das Interesse der Söhne, dass ihnen der Hof erhalten bleibt.

Laut Berufungsgericht ist der von der Beklagten erhobene Widerspruch auch als beachtlich einzustufen:

“Aber auch der Widerspruch der Beklagten ist nach § 48 Abs.2 Eheges. nicht nur zulässig, er ist auch beachtlich. Dass der Kläger zum mindesten überwiegend die Zerrüttung der Ehe verschuldet hat, ist schon oben unter II. angeführt. Daraus ergibt sich die Zulässigkeit des Widerspruchs der Beklagten nach § 48 Abs.2 S.1 Eheges. Die Aufrechterhaltung der Ehe ist bei richtiger Würdigung des Wesens der Ehe und des gesamten Verhaltens der Parteien sittlich gerechtfertigt. Es gehört zum Wesen der Ehe, dass für die gemeinsamen Kinder - auch für die Zukunft - gesorgt wird. Wenn die Beklagte, von der das Geld zum Kauf des Hofes stammt, bestrebt ist, den Hof den beiden Kindern der Parteien zu erhalten, so entspricht dies der sittlichen Pflicht, die sich aus dem Wesen der Ehe ergibt. Demgegenüber gefährdet das Verhalten des Klägers der Beklagten und den gemeinsamen Söhnen gegenüber, von denen der Kläger den Älteren vom Hof vertrieben hat, den jüngeren mit der Beklagten zusammen in die Rolle des Ausgedings verdrängt, die Erhaltung des Hofes für die beiden Söhne. Im Falle der Scheidung ist bei dem Verhalten des Klägers zu erwarten, dass der Hof den Söhnen endgültig verloren geht. Wie schon oben ausgeführt, weiß auch der Kläger keinen gangbaren Weg, im Falle der Scheidung den Söhnen den Hof sicher zu stellen. Daraus ist die Beachtlichkeit des Widerspruchs der Beklagten zu entnehmen. Der Fall des § 48 Abs. 2 S. 2 Eheges. liegt nicht vor”.

bb. Berufungen in den Verfahren R 464 / 1949 und R 05 / 1950

In den Verfahren R 464 / 1949 und R 05 / 1950 hatte das Landgericht Ravensburg der Scheidungsklage des Ehemanns jeweils den Erfolg versagt, weil es sowohl den Widerspruch der Beklagten als beachtlich einstufte, als auch das wohlverstandene Interesse der Kinder im Sinne des § 48 Abs. 3 EheG 1946 an der Aufrechterhaltung der Ehe als gegeben ansah.

Das Oberlandgericht Tübingen machte es sich in seinen Berufungsurteilen leichter. Es bejahte und begründete jeweils das Vorliegen des Klageabweisungsgrundes nach § 48 Abs. 3 EheG 1946. Was den von der beklagten Ehefrau erhobenen Widerspruch betraf, begnügte es sich mit der Feststellung, dass dessen Erfolgsaussichten dahingestellt bleiben könnten, da schließlich bereits das wohlverstandene Interesse der gemeinsamen Kinder die Aufrechterhaltung der Ehe erfordere.

Bei den drei oben geschilderten Verfahren wich die Rechtsprechung des Landgerichts Ravensburg nicht grundlegend von der der Berufungsinstanz ab – insbesondere lassen sich für den Zeitraum nach 1945 keine Meinungsverschiedenheiten zu grundlegenden Rechtsfragen verzeichnen.

Hinsichtlich der in den Nachkriegsjahren heftig diskutierten Frage, wann ein zulässig erhobener Widerspruch nach § 48 Abs. 2 EheG 1946 als beachtlich einzustufen ist, folgten das Landgericht Ravensburg und das OLG Tübingen jeweils dem sog. „umgekehrten Regel-Ausnahme-Prinzip“³¹⁷, weshalb es bei der Rechtsprechung der beiden Gerichten diesbezüglich zu keinen Reibungspunkten kam.

Deshalb verwundert es nicht, dass sich in den übrigen nach Kriegsende eingeleiteten Berufungsverfahren keine Besonderheiten bzw. Abweichungen zwischen den Entscheidungen der ersten und der zweiten Instanz ergaben. In den übrigen fünf Verfahren, in denen eine Partei Berufung eingelegt hatte und § 48 EheG 1946 entscheidungserheblich war, standen die Entscheidungsgründe beider Instanzen jeweils im Einklang.

Was den Einfluss der Rechtsprechung des OLG Tübingen auf das Landgericht Ravensburg in den Nachkriegsjahren betrifft, können nur Mutmaßungen angestellt werden.

Da die Entscheidungen der ersten und der zweiten Instanz in grundlegenden Fragen stets im Einklang miteinander standen, hatte das Landgericht Ravensburg im Hinblick auf etwaige Rechtsmittel keinen Anlass zur grundlegenden Änderung seiner Entscheidungspraxis.

Nicht auszuschließen ist aber, dass sich das Landgericht Ravensburg bei seiner ersten Entscheidung aus den Nachkriegsjahren zu § 48 Abs. 2 EheG 1946 im Verfahren R 337 / 1947 vom 30.04.1948 und auch in der Folgezeit von der bereits veröffentlichten und in der Deutschen Richterzeitung von 1947, S. 194 abgedruckten Entscheidung des Oberlandesgerichts Tübingen vom 13.03.1947 zu § 48 Abs. 2 EheG 1946 hatte leiten lassen.

25. Rechtsprechungs- und Literaturzitate in den Scheidungsurteilen des Landgerichts Ravensburg

Das Landgericht Ravensburg zeigte sich in den Nachkriegsjahren zitierfreudiger als in der Zeit bis 1945.

Im Jahre 1943 hatte sich das Reichsministerium der Justiz zu Zitaten geäußert:

Im Richterbrief Nr. 5 vom 01.02.1943 zur Form und zum Inhalt der Urteile führte das Reichsministerium der Justiz aus, dass die Belastung der Urteilsgründe in Zivil- und Strafsachen mit längeren Hinweisen auf Schrifttum und Rechtsprechung grundsätzlich, insbesondere aber bei den Entscheidungen der Untergerichte, entbehrlich sei. Dies gelte insbesondere für Zitate älterer Entscheidungen, die einer anderen Zeit und Rechtsauffassung entstammten. Eine aus dem nationalsozialistischen Gedankengut zu begründende Entscheidung des Richters werde nicht dadurch überzeugender, dass der Richter ihr irgendeine ältere höchstrichterliche Entscheidung beifügte³¹⁸.

In den zwischen 1938 bis 1945 ergangenen Urteilen kam es nur in vier von 118 Urteilen des Landgerichts Ravensburg zu einer Zitierung von Literatur oder Rechtsprechung.

³¹⁷ OLG Tübingen, Urteil vom 13.03.1947, DRZ 1947, 194.

³¹⁸ Richterbrief Nr. 5 vom 01.02.1943, abgedruckt in: Boberach, Richterbriefe, S. 68 ff. (74).

In einem Berufungsurteil führte das Oberlandesgericht Stuttgart zur Begründung seiner Rechtsauffassung Rechtsprechungszitate an.

Im Zeitraum von 1946 bis 1950 waren es dagegen 20 Entscheidungen³¹⁹ von insgesamt 188 Urteilen, die Literatur- und / oder Rechtsprechungszitate enthielten. Eine Betrachtung der Urteile aus dem Zeitraum nach 1945 erfolgte auch dahingehend, ob das Landgericht Ravensburg Rechtsprechung aus der Zeit vor 1945 ausdrücklich bestätigte, sich von derselben distanzierte oder ob diese Rechtsprechung kommentarlos übernommen wurde.

a. Zitate von Literatur- und / oder Rechtsprechung in den zwischen 1938 und 1945 ergangenen Urteilen

aa. Das Urteil im Verfahren R 86 / 1938

Die ersten Zitate lassen sich im Urteil vom 20.10.1938 in dem vom „Schwarzen Korps“ aufgegriffenen Verfahren R 86 / 1938³²⁰ finden. Das Landgericht Ravensburg zitierte zur Unterstützung seiner Argumentation hinsichtlich der Beachtlichkeit des Widerspruchs der beklagten Ehefrau nach § 55 Abs. 2 EheG 1938 die amtliche Begründung zum Ehegesetz und eine Fundstelle aus der Literatur:

„Das Widerspruchsrecht der Bekl. ist auch unter Berücksichtigung des Abs. 2 S.2 dieser Vorschrift beachtlich. Denn gerade das auch heute noch gröblich ehewidrige Verhalten des Kl. durch sein Verhältnis zu der Zeugin [...] gibt dem Widerspruch der Beklagten die sittliche Rechtfertigung, die trotz der langjährigen Trennung für eine Aufrechterhaltung der Ehe spricht. Schon die amtliche Begründung des Gesetzes (Deutsche Justiz 1938 S. 1109) erwähnt als gegenteilige Ausnahme hierzu den Fall, dass „ein Ehegatte dadurch, dass er ein ehewidriges Verhältnis mit einer anderen Frau begann, seine eigene Frau zum Verlassen der häuslichen Gemeinschaft gebracht, später aber seinen Fehltritt bereut und den besten Willen gezeigt, wieder ein rechtes Eheleben zu beginnen ...“. Sinngemäß die gleiche Auslegung hat das Gesetz in dem Aufsatz von Lauterbach (Zeitschrift der Akademie für Deutsches Recht 1938, S. 278 ff.) erfahren. [...]

Hat somit der Kläger „sich von seiner Ehefrau ab- und sich einer anderen Frau zugewendet, so kann er nicht nach 3-jähriger Trennung, gleichgültig, wer die häusliche Gemeinschaft nun aufgehoben hat, die Scheidung verlangen und damit unter ärgster Verletzung seiner ehelichen Verpflichtungen die Ehe aufkündigen. Ein derartiges Ergebnis würde mit dem sittlichen Wesen der Ehe in krassem Widerspruch stehen ...“ (Lauterbach a.a.O. S. 730).

³¹⁹ In einem dieser Verfahren R 512 / 1949 erging das Urteil erst im April 1952. Das Landgericht Ravensburg zitierte zwei Fundstellen aus der Neuen Juristischen Wochenschrift, Jahrgang 1952 (S. 195 und 1173). In diesem Zusammenhang ging es jedoch nur um Fragen der Zuständigkeit und der Anwendbarkeit deutschen Rechts. Der Kläger war staatenlos, die Beklagte Jugoslawin.

³²⁰ Das Urteil wird u.a. im Zweiten Teil auch unter 15. b. und 24. a. aa. besprochen.

bb. Das Berufungsurteil im Verfahren R 118 / 1940

Im Verfahren R 118 / 1940³²¹ zitierte lediglich das OLG Stuttgart als Berufungsgericht mehrere Reichsgerichtsurteile.

Entgegen der erstinstanzlichen Entscheidung des Landgerichts Ravensburg kam das OLG Stuttgart zu dem Ergebnis, dass der Widerspruch der beklagten Ehefrau als unbeachtlich einzustufen sei.

Das OLG Stuttgart nahm in diesem Zusammenhang Bezug auf das Urteil des Reichsgerichts vom 27.04.1940, welches in der Zeitschrift Deutsches Recht 1940, S. 1143, Nr. 6 veröffentlicht worden war. Unter dem Hinweis auf die Urteile des Reichsgerichts vom 23.03.1939 (RGZ 160, 41 (44)) und vom 25.11.1939 (RGZ 162, 124 (126 f.)) argumentierte das Berufungsgericht, dass es ein feststehender Grundsatz des jetzigen Eherechts sei, dass das Wohl der Kinder vom völkischen Standpunkt aus im Vordergrund zu stehen habe und die persönlichen Belange der Ehegatten zurücktreten müssen.

cc. Das Urteil im Verfahren R 73 / 1941

Im Verfahren R 73 / 1941 beehrte eine 39jährige Klägerin die Scheidung von ihrem zwölf Jahre älteren Ehemann nach mindestens zwölfjährigem Getrenntleben. Die in Berlin wohnhafte Klägerin beabsichtigte nach erfolgter Scheidung ihren neuen Partner zu heiraten, mit dem sie bereits drei gemeinsame Kinder bekommen hatte.

Die Ehe war 1922 geschlossen worden. 1924 war die Geburt des einzigen gemeinsamen Kindes gefolgt. Der Beklagte erhob Widerspruch gegen das Scheidungsbegehren seiner Frau und trug vor, dass die Klägerin die Zerrüttung des ehelichen Verhältnisses durch mehrere ehebrecherische Verhältnisse allein verschuldet habe. Zugleich erhob er Widerklage wegen Ehebruchs der Beklagten und beantragte zumindest deren Schuldigerklärung. Das Landgericht Ravensburg schied die Ehe der Parteien mit Urteil vom 10.07.1941 auf die Klage und die Widerklage. In den knappen Entscheidungsgründen ging es nur unter Zitierung einer Stelle aus dem Kommentar zum Großdeutschen Eherecht von Volkmar auf die Beachtlichkeit des Widerspruchs des Beklagten ein, nachdem es zunächst das Vorliegen der Voraussetzungen des Abs. 1 des § 55 EheG 1938 und die Zulässigkeit des Widerspruchs bejaht hatte:

„Der Widerspruch des Beklagten ist aber schon im Hinblick auf seine Widerklage nicht beachtlich, ganz abgesehen davon, dass schon bei den geschilderten Verhältnissen die Aufrechterhaltung der Ehe bei richtiger Würdigung des Wesens der Ehe und des gesamten Verhaltens beider Ehegatten sittlich nicht gerechtfertigt ist (§ 55 II EheG, vgl. auch bei Volkmar hierzu Anm. 5 Abs.3).“

An der zitierten Stelle heißt es:

„An sich kann der Beklagte der Scheidungsklage aus § 55 auch eine Widerklage aus einem anderen Scheidungsgrunde, z.B. aus § 49, entgegenset-

³²¹ Weiterführend hierzu Zweiter Teil, 15. i. und 24. a. bb.

zen. Hieran hat er unter Umständen ein besonderes rechtliches Interesse, so z.B. wenn er die Widerklage wegen Ehebruchs erhebt, weil dann eine Wiederverheiratung des Klägers mit dem Teilnehmer am Ehebruch das Ehehindernis des § 9 entgegenstehen würde und weil dann die Möglichkeit einer strafrechtlichen Verfolgung des Ehebruchs gegeben wäre. Diese Widerklage kann jedoch, da Widerklagen ebenso wie Klagen nur unbedingt erhoben werden können, nicht auf den Fall beschränkt werden, daß der Klage stattgegeben wird. Daraus ergibt sich, daß, wenn der aus § 55 auf Scheidung verklagte Ehegatte Widerklage aus einem anderen Scheidungsgrunde erhebt, ein der Scheidungsklage aus § 55 Abs. 2 entgegengesetzter Widerspruch unbeachtlich sein würde, weil jedenfalls die Aufrechterhaltung einer Ehe, deren Lösung der Beklagte selbst begehrt, sittlich nicht gerechtfertigt sein würde. Sind also die Voraussetzungen des § 55 Abs.2 S.1 in einem solchen Fall gegeben und erscheint auch die vom Beklagten erhobene Widerklage gerechtfertigt, so würde zu erkennen sein, daß die Ehe auf Klage und Widerklage geschieden wird und der Kläger für schuldig an der Scheidung erklärt wird.“

dd. Das Urteil im Verfahren R 04 / 1942

Hinsichtlich der Frage, ob gegenseitige Besuche zu einer Unterbrechung der erforderlichen dreijährigen Trennung führen, stützte das Landgericht Ravensburg im Verfahren R 04 / 1942 seine Argumentation erneut auf eine Fundstelle aus dem Kommentar zum Großdeutschen Eherecht von Volkmar. Die Parteien lebten seit dem Wegzug der Klägerin zu ihren Eltern im Mai 1939 getrennt. In den Jahren zwischen 1939 und 1941 kam es noch zu gelegentlichen Besuchen zwischen den Parteien, die unter anderem der Haushaltsauflösung und nicht der Versöhnung der Parteien dienten. In seinem Urteil vom 23.07.1942 vertrat das Landgericht Ravensburg den Standpunkt, dass diese Besuche nicht zu einer Unterbrechung der erforderlichen dreijährigen Aufhebung der häuslichen Gemeinschaft geführt hätten und berief sich auf Volkmar, Grossdeutsches Eherecht, § 55 Anmerkung 2. An dieser Stelle findet sich folgende Kommentierung:

„Grundvoraussetzung ist eine drei Jahre dauernde Aufhebung der häuslichen Gemeinschaft. (...) § 55 setzt weiter eine dreijährige Dauer der Heimtrennung voraus, ist also nicht anwendbar, wenn die Trennung durch eine, wenn auch nur vorübergehende, Zeit gemeinsamer Haushaltsführung unterbrochen wird. Dies wird bei kurz vorübergehendem Aufenthalt eines bisher getrennt lebenden Ehegatten in dem Heim des anderen freilich dann nicht gelten können, wenn die vorübergehende Vereinigung der Ehegatten in einem Haushalt nicht der Absicht, das eheliche Zusammenleben, wenn auch nur als Versuch der Aussöhnung, wieder zu beginnen, entsprang, sondern lediglich anderen Zwecken, z.B. der Förderung des Wohles der gemeinsamen Kinder oder der Auseinandersetzung gemeinsamer Vermögensangelegenheiten, diente.“

ee. Das Urteil im Verfahren R 123 / 1942

Im Verfahren R 123 / 1942³²² des ehemaligen Kreisleiters der NSDAP aus Saulgau zitierte das Landgericht Ravensburg in seinem Urteil vom 04.11.1943 im Rahmen der Entscheidungsgründe zu § 55 Abs. 2 EheG 1938 direkt weder Rechtsprechung noch Literatur.

Es setzte sich lediglich mit dem vom klagenden Ehemann im Parteivortrag erwähnten Urteil des Reichsgerichts vom 13.02.1939 (E. 159, S. 305 ff.) auseinander, in welchem das Reichsgericht festgestellt hatte, dass der schuldige Ehegatte nicht durch ein Festhalten an einer Scheinehe gestraft werden dürfe.

Das Landgericht Ravensburg brachte in seinem Urteil zwar seine Übereinstimmung mit dem Reichsgericht in diesem Punkt zum Ausdruck, legte den Parteien aber zugleich unmissverständlich dar, dass der Sachverhalt, der dem Reichsgerichtsurteil zugrunde lag, nicht mit dem vorliegenden zu vergleichen sei.

b. Zitate aus der Literatur und / oder Rechtsprechung in den nach dem Zusammenbruch ergangenen Scheidungsurteilen

In den Nachkriegsjahren zitierte das Landgericht Ravensburg hauptsächlich Rechtsprechung. Nur vereinzelt wurden Fundstellen aus Kommentaren angeführt. Auf Beiträge aus Aufsätzen in Zeitschriften wurde nur in einer Entscheidung verwiesen und in einer weiteren indirekt Bezug genommen.

Neben neuerer Rechtsprechung aus den Nachkriegsjahren zog das Landgericht Ravensburg auch aus der Zeit vor dem Zusammenbruch stammende Entscheidungen des Reichsgerichts zur Begründung der Urteile heran.

In der Mehrzahl der Fälle wurden Zitate dort angebracht, wo es um die nach § 48 Abs. 1 EheG 1946 erforderliche dreijährige Aufhebung der häuslichen Gemeinschaft oder um die Frage nach der Beachtlichkeit des Widerspruchs ging.

In den der Kapitulation folgenden Monaten des Jahres 1945 und im Jahr 1946 finden sich keine Zitate in den Urteilen des Landgerichts Ravensburg.

aa. Das Urteil im Verfahren R 11 / 1947

Das erste Urteil, welches ein Rechtsprechungszitat enthielt, datiert vom 10.04.1947 und erging im Verfahren R 11 / 1947. Die 27jährige Klägerin begehrte die Scheidung von ihrem Ehemann (37), der der Scheidung nicht entgegentrat. Zwei Jahre nach der Eheschließung war der Beklagte im Dezember 1941 zur Wehrmacht einberufen worden. 1942 kam das einzige gemeinsame Kind zur Welt. Trotz der Geburt des Kindes besuchte der Beklagte seine Familie nach seiner Einberufung zur Wehrmacht nicht mehr.

Das Gericht führt in seiner Entscheidung aus, dass aufgrund dieses Umstandes die häusliche Gemeinschaft der Parteien bereits seit Dezember 1941 aufgehoben sei und verweist zur Begründung auf das Urteil des Reichsgerichts vom 28.07.1943, abgedruckt in der Zeitschrift Deutsches Recht 1943, S. 1107, Nr. 11 und auf das Urteil des Oberlan-

³²² Eine ausführliche Darstellung dieses Verfahrens erfolgt unter Zweiter Teil, 15. k.

desgerichts Düsseldorf vom 28.10.1942, abgedruckt in der Zeitschrift Deutsches Recht 1943, S. 85, Nr. 25. Zitiert werden damit zwei Entscheidungen, die in den Kriegsjahren und damit aus einer Zeit stammen, als noch § 55 EheG 1938 maßgebend war.

Das Reichsgericht hatte damals entschieden, dass auch bei Abwesenheit des Ehemanns infolge Einberufung zur Wehrmacht eine Heimtrennung eintritt, wenn während der Urlaube des Ehemanns – trotz Möglichkeit hierzu – nicht der Zustand der häuslichen Gemeinschaft hergestellt wurde.

Das Oberlandesgericht Düsseldorf nimmt in der zitierten Entscheidung ebenfalls zu der Frage der Berechnung der 3-Jahresfrist bei Einziehung des Ehemannes zum Heersdienst Stellung. Das Oberlandesgericht Düsseldorf hatte zu entscheiden, ob die Einziehung zum Heere während einer laufenden 3-Jahresfrist zu einer Unterbrechung derselben führte. Das Oberlandesgericht Düsseldorf sah es als entscheidend an, ob der Ehemann seinen Urlaub bei der Familie verbringe oder nicht. In dem Fall, dass er sich während der Urlaube nicht bei Frau und Familie befinde, verneinte es eine Unterbrechung der 3-Jahresfrist. Das Landgericht Ravensburg zog aus dieser Entscheidung offenbar den Schluss, dass die Tatsache, dass ein Ehemann seine Urlaube nicht bei seiner Frau und dem gemeinsamen Kind verbringt, auch geeignet sei, die 3-Jahresfrist erst in Gang zu setzen.

Das Landgericht Ravensburg stützte seine Position mit Entscheidungen aus den Kriegsjahren und übernahm die dort zur Berechnung der 3-Jahresfrist aufgestellten Grundsätze. Zwar hatten die Gerichte durch eine großzügigere Handhabung bei der Berechnung dieser Frist einen gewissen Spielraum, der gegebenenfalls ausgenutzt werden konnte, um in den Zeiten des Dritten Reichs unerwünschte Ehe zu scheiden. Dennoch handelte es sich bei dieser Fristberechnung nicht um ein Einfallstor für die Ideologie des Nationalsozialismus. Die zitierten Urteile aus den Jahren 1942 und 1943 können vielmehr als „weltanschauungsneutral“ eingestuft werden.

bb. Das Urteil im Verfahren R 144 / 1944

Ausdrücklich auf die Weitergeltung einer Reichsgerichtsentscheidung berief sich das Landgericht Ravensburg in seinem Urteil vom 05.06.1947 im Verfahren R 144 / 1944. Entscheidungserheblich war in diesem Scheidungsverfahren die Frage, ob dem psychisch erkrankten Ehemann, dem durch seine geistige Krankheit das Verständnis für das Wesen der Ehe verloren gegangen war, ein Scheidungsanspruch wegen unheilbarer Zerrüttung zustehen konnte.

Zunächst zitierte das Landgericht Ravensburg eine Passage aus der Entscheidung des Reichsgerichts vom 04.05.1940, abgedruckt in RGZ 163, 338. In dieser Entscheidung hatte das Reichsgericht dazu Stellung genommen, ob einem Ehegatten, dem durch seine geistige Erkrankung das Verständnis für das Wesen der Ehe verloren gegangen war und der kein Empfinden für die zur Herbeiführung der Ehezerstörung sachlich geeigneten Tatsachen haben konnte, ein Scheidungsanspruch aufgrund der jetzigen §§ 43, 44 und 48 Ehegesetz zustehen konnte. Bei dem folgenden Zitat handelt es sich bereits um

eine Zusammenfassung der Entscheidung des Reichsgerichts durch das Landgericht Ravensburg:

“Die Zerrüttung der Ehe bestehe darin, dass bei einem der Ehegatten oder bei beiden durch Verfehlungen per durch ein nicht schuldhaftes, weil auf geistiger Störung beruhendes Verhalten des anderen Ehegatten, oder durch Ereignisse oder Verhältnisse, die keine Schuld bedeuten und mit der Person des anderen Ehegatten nicht einmal zusammenhängen brauchen, die eheliche Gesinnung zerstört, also eine völlige innere Entfremdung eingetreten sei, die es dem einen Ehegatten unmöglich mache, fernerhin dem anderen Ehegatten die ihm nach dem Wesen der Ehe geschuldete Liebe und Achtung entgegenzubringen. Das Verhalten oder die sonstigen Ereignisse oder Verhältnisse müssten nicht nur sachlich geeignet sein, dem die Scheidung begehrenden Ehegatten die Fortsetzung der Ehe unmöglich zu machen, sondern sie müssten diese Wirkung auch in der Tat gehabt haben. Erforderlich sei daher, dass der klagende Ehegatte die in Betracht kommende Tatsache als ehezerrüttend empfinde. Dabei handle es sich nicht um einen rechtsgeschäftlichen, sondern um einen rein inneren, dem Seelen- und Empfindungsleben angehörigen Vorgang, der nicht die Geschäftsfähigkeit des betreffenden Ehegatten voraussetze, wohl aber das geistige Vermögen erfordere, das Wesen der Ehe richtig zu würdigen und das Verhalten des anderen Ehegatten oder einer sonstigen Tatsache als einen Hinderungsgrund gegen die Fortsetzung der Ehe zu empfinden. Die hierzu erforderlichen geistigen Fähigkeiten können - je nach Art der geistigen Erkrankung - einerseits und der ehezerrüttenden Tatsachen andererseits auch bei einem Geisteskranken vorhanden sein. Habe aber die Geisteserkrankung einen solchen Grad erreicht, dass dem Ehegatten das Verständnis für das Wesen der Ehe verloren gegangen sei und er infolgedessen auch kein Empfinden für die zur Herbeiführung der Ehezerrüttung geeigneten Tatsachen haben könne, so könne ihm ein Scheidungsanspruch auf Grund der §§ 43, 44 und 48 Eheges. nicht erwachsen. Ein Geisteskranker könne deshalb beim Vorliegen der Voraussetzungen des § 48 Abs. 1 Eheges. die Scheidung seiner Ehe nicht ohne weiteres verlangen, vielmehr sei in einem solchen Falle die Klage schon deshalb abzuweisen, weil es an einem Tatbestandserfordernis eben dieses § 48 Abs.1 Eheges. fehle, ohne dass es auf den vom Scheidungsbeklagten nach Abs. 2 dort erhobenen Widerspruch ankäme.”

Das Landgericht Ravensburg sprach sich ausdrücklich dafür aus, diese Rechtsprechung des Reichsgerichts auch unter der Geltung des Ehegesetzes von 1946 anzuwenden:

“Diese Ausführungen des Reichsgerichts in seinem Urteil vom 04.05.1940 sind auch jetzt noch unter dem neuen Ehegesetz vollauf zu billigen und als Richtlinien anzuerkennen.“

Das Landgericht Ravensburg wies die Klage des Ehemanns daher aus den oben genannten Gründen ab. Die vom Kläger zum Oberlandesgericht Tübingen gegen dieses Urteil eingelegte Berufung wies das Berufungsgericht mit Urteil vom 29.07.1948 als unbegründet zurück. Auch das Oberlandesgericht Tübingen berief sich in seinen Entscheidungsgründen auf die bereits vom Landgericht Ravensburg zitierte Entscheidung des Reichsgerichts vom 04. Mai 1940. Angeführt wurde die Stelle RGZ 163, 338 (342), an der das Reichsgericht feststellte, dass die völlige innere Entfremdung, die es dem die Scheidung nach dem Zerrüttungstatbestand begehrenden Ehegatten unmöglich macht, dem anderen Ehegatten weiterhin die ihm nach dem Wesen der Ehe geschuldete Liebe und Achtung entgegenzubringen, auch auf Ereignissen und Verhältnissen beruhen könne, die keine Schuld bedeuten und mit der Person des anderen Ehegatten nicht einmal zusammenzuhängen bräuchten.

cc. Die Urteile in den Verfahren R 188 / 1947, R 233 / 1948, R 205 / 1950 sowie R 473 / 1948

Gleich in mehreren Urteilen zitierte das Landgericht Ravensburg das aus Zeiten des Nationalsozialismus stammende Urteil des Reichsgerichts vom 22.05.1939, abgedruckt in RGZ 160, 280 (284). So im Urteil vom 25.09.1947 im Verfahren R 188 / 1947, im Urteil vom 22.07.1948 im Verfahren R 233 / 1948, im Urteil vom 23.06.1950 im Verfahren R 205 / 1950 sowie im Urteil vom 22.08.1950 im Verfahren R 473 / 1948 (die Urteile waren jeweils anstatt der Verkündung zugestellt worden).

Im Rahmen des § 48 Abs. 1 EheG 1946 war in allen dieser Verfahren entscheidungserheblich gewesen, ob gelegentliche Besuche der Ehegatten, Briefwechsel oder auch Geschlechtsverkehr zwischen den Parteien zu einer Unterbrechung der Aufhebung der häuslichen Gemeinschaft geführt haben. Das Landgericht Ravensburg urteilte in den oben genannten Verfahren in Übereinstimmung mit der auch in diesem Punkt scheidungsfreundlichen Ansicht des Reichsgerichts, wonach die häusliche Gemeinschaft unter Umständen auch bei gelegentlichem Kontakt der Eheleute aufgehoben sein konnte. Die Annahme, dass die häusliche Gemeinschaft aufgehoben sei, sei nicht dadurch ausgeschlossen, dass die Ehegatten freundliche Briefe miteinander wechseln, sich mitunter besuchen und bei diesen Gelegenheiten auch geschlechtlich miteinander verkehren.

dd. Das Urteil im Verfahren R 393 / 1947

Das Verfahren R 393 / 1947 betraf die Ehe estischer Flüchtlinge. Hier zitierte das Landgericht Ravensburg in seinem anstatt der Verkündung am 19.12.1948 zugestellten Urteil eine in der Deutschen Richterzeitung von 1948 auf S. 337 abgedruckte Entscheidung des Oberlandesgericht Stuttgart zum Nachweis dafür, dass ein von einem deutschen Gericht ausgesprochenes Scheidungsurteil nach § 34 des estnischen Ehestandsgesetzes vom 27.10.1922 im Heimatland der Parteien auch anerkannt wird.

Es handelte sich somit um ein Zitat, das nicht unmittelbar mit den Voraussetzungen und der Anwendung des § 48 EheG 1946 zu tun hatte.

ee. Das Urteil im Verfahren R 197 / 1948

Ein weiteres Zitat führte das Landgericht Ravensburg im Urteil vom 23.06.1950 im Verfahren R 197 / 1948 an.

Der 32jährige Kläger, der nach Verlust seiner rumänischen Staatsangehörigkeit staatenlos war, begehrte die Scheidung von seiner Ehefrau (29), die sich noch in Rumänien aufhielt. Die beiden hatten 1939 geheiratet, 1942 war das einzige gemeinsame Kind der Parteien zur Welt gekommen, 1944 folgte der Einzug des Klägers zur Wehrmacht. Während der Abwesenheit des Klägers war es zu einem eheblicherischen Verhältnis der Beklagten gekommen. Zum Zeitpunkt des Scheidungsverfahrens hatte sie bereits eine erneute Partnerschaft aufgenommen.

Nach seiner Entlassung aus der Kriegsgefangenschaft im September 1945 war der Kläger nicht mehr zu seiner Familie zurückgekehrt.

Der Kläger wollte nach § 48 EheG 1946 geschieden werden. Seine Ehefrau war im Verfahren nicht vertreten und äußerte sich auch nicht zum Klagebegehren.

Nach der Bejahung seiner örtlichen Zuständigkeit und der Anwendbarkeit des deutschen Rechts, erörterte das Landgericht Ravensburg die Frage, ob die erforderliche dreijährige Aufhebung der häuslichen Gemeinschaft vorlag.

In diesem Zusammenhang verwies es auf das Urteil des Reichsgerichts vom 24.11.1943, abgedruckt in der Zeitschrift Deutsches Recht von 1944, S. 122.

Das Reichsgericht hatte damals entschieden, dass bei einer Trennung aufgrund der Einberufung des Mannes zum Wehrdienst die gesetzliche Frist des § 55 EheG 1938 von dem Zeitpunkt an läuft, in dem ein Ehegatte die Absicht, die Gemeinschaft nicht mehr herzustellen, dem anderen kundtat und aus seinem Verhalten deutlich zu erkennen war, dass er die Trennung über das durch seinen Dienst notwendige Maß hinaus steigerte.

Entsprechend nahm das Landgericht Ravensburg an, dass der klagende Ehemann seinen Willen zur Aufhebung der häuslichen Gemeinschaft dadurch zum Ausdruck gebracht habe, dass er nach seiner Entlassung aus der Kriegsgefangenschaft nicht zur Beklagten zurückkehrte, obwohl er die Möglichkeit dazu gehabt hätte.

Da das Landgericht Ravensburg auch zu dem Schluss kam, dass das eheliche Verhältnis der Parteien tief und unheilbar zerrüttet sei, sprach es die Scheidung aus.

Die ersten Urteile, bei denen sich das Landgericht Ravensburg mit der in den Nachkriegsjahren kontrovers diskutierten Frage nach der Beachtlichkeit des Widerspruchs unter Einbeziehung der bereits zu dieser Frage ergangener Rechtsprechung auseinandersetze, stammen aus dem Jahr 1949 und ergingen in Verfahren, die im Jahr 1948 eingeleitet worden waren.

ff. Das Urteil im Verfahren R 306 / 1948

Das erste dieser Urteile datiert vom 12.01.1949 und beendete das Verfahren R 306 / 1948³²³. Die vom Ehemann erhobene Scheidungsklage war wegen eines beachtlichen Widerspruchs seiner Ehefrau nach § 48 Abs. 2 EheG 1946 vom Landgericht Ravensburg abgewiesen worden.

Ohne die eigene Position zur Beachtlichkeit des Widerspruchs auszuführen oder zu begründen, nannte das Landgericht Ravensburg das von ihm gefundene Ergebnis und untermauerte seine Ansicht mit Rechtsprechungszitaten aus dem Jahre 1947:

„Unter diesen Umständen kann keine Rede davon sein, dass die Aufrechterhaltung der Ehe sittlich nicht gerechtfertigt sei (§ 48 Abs.2 S.2 Eheges.). Vgl. dazu OLG. Tübingen DRZ 47 S. 194; OLG Freiburg in DRZ 47 S. 339 (B); SJZ 47 Spalte 651 (656).“

In dem zitierten Urteil vom 13.03.1947 hatte das Oberlandesgericht Tübingen mit folgender Begründung den Grundsatz aufgestellt, dass der nach § 48 Abs. 2 EheG 1946 zulässige Widerspruch grundsätzlich auch Beachtlichkeit finden müsse:

„Schon die amtl. Begründung zu § 55 EheG 38 erachtet eine Einschränkung des in Abs.1 ausgesprochenen Scheidungsgrundsatzes als notwendig, „damit nicht ein Ehegatte durch schwere Eheverfehlung die Zerrüttung herbeiführen und nach dreijähriger Trennung von dem anderen Ehegatten die Scheidung begehren kann. Wäre dies möglich, so würde namentlich ein Ehemann, der von seiner Frau loskommen will, weil er eine jüngere und reizvollere gefunden hat, das Ziel der Vereinigung mit dieser anderen Frau durch eine Art Verstoßung der ersten Frau erreichen können“ (DJ 1938, S. 1109). Gegenüber der Rechtsprechung des RG zu § 55 EheG 38, insbes. der Entsch. RGZ 160, S. 44³²⁴ hat das OLG Hamburg überzeugend dargetan, daß keine ideologische oder sittliche Rechtfertigung für die Annahme besteht, dass eine durch das alleinige oder überwiegende Verschulden des Klägers zerrüttete Ehe als sittlich wertlos anzusehen und deshalb im Regelfall zu scheiden sei; vielmehr ist mit Recht insbes. darauf hingewiesen, daß der Glaube an die Gerechtigkeit der geltenden Rechtsordnung eine Gefährdung erfahren müsse, wenn der ehetreue Gatte gegenüber leichtfertigen Wünschen des anderen Ehegatten keinen Schutz finden würde (SJZ 1946 S.93). Dieser auch vom OLG Stuttgart (a.a.O.), OLG Celle (DRZ 1946 S. 191) und OLG München (SJZ 1947 S. 89) vertretenen Auffassung schließt sich der Senat an.“

Im zitierten Urteil vom 27.03.1947 verwies das Oberlandesgericht Freiburg hinsichtlich seiner Auffassung bezüglich der Frage nach der Beachtlichkeit des Widerspruchs auf ein eigenes Urteil vom 13.03.1947. Bei beiden Entscheidungen lag die Klage eines Ehemanns zugrunde, der durch die Scheidung die Möglichkeit bekommen wollte, seine neue Lebensgefährtin zu heiraten.

³²³ Näheres hierzu unter Zweiter Teil, 16. a. cc.

³²⁴ Die zitierte Entscheidung befindet sich auf S. 144. Ebenso wie im Urteil im Verfahren R 393 / 1948 zitierte das Landgericht Ravensburg die falsche Seitenzahl.

„Es muss daher weiter geprüft werden, ob der Widerspruch der Beklagten nach § 48 Abs. 2 Satz 2 nicht zu beachten ist. In rechtlicher Hinsicht geht der Senat von seinem Urteil vom 13.03.1947 (U 156 / 46)³²⁵ aus, wonach Abs. 2 Satz 2 eine vom Kläger geltend zu machende Erwiderung enthält, die die Ausnahme des Abs. 2 Satz 1 ausschließt. Ob der Widerspruch zu beachten ist, ist also lediglich nach den Grundsätzen des § 48 Abs. 2 Satz 2 zu beurteilen. Aus besonderen Gründen des Einzelfalls könnte es daher an sich auch bei einer durch das Verhalten des Kl. zerrütteten Ehe bei der Abwägung der sittlichen Forderung nach Erhaltung der Ehe und Schutz der ehelichen Treue gegenüber dem sittliche bedenklichen Zustand einer tatsächlich zerstörten, aber nur der Form nach weitergeführten Ehe zur Scheidung kommen.“

Hinsichtlich des vorliegenden Falles, der Parallelen zu dem des Landgerichts Ravensburg auswies, entschied der Freiburger Senat wie folgt:

„Im vorliegenden Fall bestehen jedoch nach der Auffassung des Senats keine solchen Gründe. Die Parteien haben vor der Ehe fast 6 Jahre ein enges geschlechtsvertrauliches Verhältnis gepflogen; über zehn Jahre haben sie sodann in einer guten Ehe gelebt. Die Bekl. hat nach dem Ergebnis der Beweisaufnahme keinerlei Anlaß gegeben zu dem eherrüttenden Verhalten des Kl. ihre vor der Ehe liegenden Fehlritte hat der Kl. im we-

³²⁵ In diesem Urteil vom 13.03.1947 (Abgedruckt in DRZ, 1947, 339 (A)) hatte das Oberlandesgericht Freiburg Ausführungen zu seiner grundsätzlichen Position in der umstrittenen Frage nach der Beachtlichkeit des Widerspruchs gemacht: „Es kommt deshalb weiter darauf an, ob der Widerspruch der Bekl. nach § 48 Abs.2 S.2 nicht zu beachten ist, weil die Aufrechterhaltung der Ehe bei richtiger Würdigung ihres Wesens und des Gesamtverhaltens beider Ehegatten sittlich nicht gerechtfertigt ist. In rechtlicher Hinsicht hat das RG den gleichlautenden § 55 Abs. 2 EheG 1938 dahingehend ausgelegt, daß die Nichtbeachtung des Widerspruchs keine Ausnahme von einer in Abs. 2 zu suchenden Regel des 1. Absatzes bedeutete und daß deshalb die Beachtung des Widerspruchs eine Ausnahme bleiben müsse (vgl. u. a. RG 160, 144). Diese offenbar von bevölkerungspolitischen Bestrebungen des vergangenen Systems beeinflusste Auslegung ist nach dem Zusammenbruch vom OLG Hamburg und anderen Oberlandesgerichten mit zutreffenden Gründen abgelehnt worden (vgl. OLG Hamburg v. 15.2.46, SJZ 1946, 93); Stuttgart v. 29.5.46, ebenda; Celle v. 12.9.46, DRZ 1946, S. 191; Frankfurt v. 9.9.46, SJZ 1946, 225; München v. 26.11.46, SJZ 1947, S. 89). Nach der gesetzestechnischen Gestaltung des § 48 enthält Abs. 2 Satz 1 eine vom beklagten Teil vorzubringende Ausnahme von dem Grundsatz des Abs.1, während Abs. 2 Satz 2 wieder eine vom Kläger geltend zu machende Erwiderung enthält, die die Ausnahme ausschließt. Ob der Widerspruch nicht zu beachten ist, ist danach lediglich nach den Grundsätzen des § 48 Abs.2 Satz 2 zu beurteilen. Dabei besteht nach der Auffassung des Senats kein Anlaß, in das gegenteilige Extrem zu verfallen und die Beachtung des Widerspruchs als Regel hinzustellen. Das würde von der Vorschrift, die einer der Kernpunkte der Reform des Eherechts war, ihre praktische Bedeutung zum größten Teil nehmen, da die Fälle des Abs.2 zweifellos die Regel bilden. Die – abgesehen von dem Zusatz des Abs. 3 – unveränderte Übernahme der Vorschrift durch den Kontrollrat spricht gegen die Annahme eines grundsätzlichen Bedeutungswandels im Sinne einer praktischen Beschränkung der Scheidungsmöglichkeit nur auf die seltenen Fälle beiderseits nicht verschuldeter Zerrüttung. Der neue Abs. 3 nötigt nicht zu einer anderen Beurteilung, da in den Fällen des Abs. 2 auch nach bisherigem Recht die Berücksichtigung der Interessen minderjähriger Kinder im Vordergrund stehen musste. Es ist danach nicht ausgeschlossen, auch bei einer durch Treubruch des Klägers zerrütteten Ehe bei der Abwägung der sittlichen Forderung nach Erhaltung der Ehe und Schutz der ehelichen Treue gegenüber dem sittlich bedenklichen Zustand einer tatsächlich zerstörten, nur noch der Form nach weitergeführten Ehe aus besonderen Gründen des Einzelfalls zur Scheidung zu kommen.“

Im konkreten Einzelfall kam das Oberlandesgericht Freiburg zu dem Ergebnis, dass hier die besonderen Gründe die Scheidung der Ehe rechtfertigten.

sentlichen bei Eheschluß gekannt. Die Bekl. ist nunmehr in einem Alter, in dem sie nur wenig Aussicht auf eine angemessene nochmalige Verheiratung hätte. Sie ist überdies nach wie vor bereit, dem Kläger zu verzeihen, um die Ehe, schon um des gemeinsamen Kindes willen, mit dem Kl. fortzusetzen. Durch eine Scheidung würde auch ihre wirtschaftliche Lage gefährdet. Bei dieser Sachlage kann keine Rede davon sein, daß die Aufrechterhaltung der Ehe sittlich nicht gerechtfertigt sei. Der Widerspruch der Beklagten ist hiernach zu beachten, ohne daß es noch auf eine Prüfung daraufhin ankommt, ob die Voraussetzungen des § 48 Abs.3 vorliegen.

Bei weiteren zitierten Fundstelle OLG Freiburg in SJZ 47, Spalte 651 (656) handelt es sich nicht um ein zitiertes Urteil. Vielmehr handelt es sich um den Schluss eines Aufsatzes von Prof. Dr. Rudolf Bruns aus Mainz „Zur Auslegung des § 48 des Ehegesetzes 1946“. Der Verfasser dieses Beitrags kam am Ende seiner Ausführungen zu dem Schluss, dass die Ablehnung der „grundsätzlichen“ Beachtung des Widerspruchs – positiv gesehen – die allein dem Wesen der Sache gerechte individuelle Würdigung der einzelnen Ehe, die sich dem Gericht zur Beurteilung stellt, eröffne. An dieser Stelle verwies Bruns auf die ebenfalls vom Landgericht Ravensburg zitierte Entscheidung OLG Freiburg, DRZ 1947, 339.

Das OLG Tübingen hatte in seiner Rechtsprechung in den Nachkriegsjahren hinsichtlich § 48 Abs. 2 EheG 1946 das sog. „umgekehrte Regel-Ausnahme-Prinzip“ vertreten. Das OLG Freiburg hingegen vertrat die sog. „Mittelmeinung / Gleichgewichtstheorie“.

Es verwundert daher, dass das Landgericht Ravensburg beide Rechtsprechungszitate in einem Zug nennt, zumal das Landgericht Ravensburg seine Rechtsprechung in den Nachkriegsjahren nach dem sog. „umgekehrten Regel-Ausnahme-Prinzip“ ausrichtete. Eine mögliche Ursache könnte sein, dass in diesem Verfahren beide Ansichten die Entscheidung des Landgerichts Ravensburg stützten.

Weitere führte das Landgericht Ravensburg aus, dass es in dem zu entscheidenden vorliegenden Fall nach seiner Ansicht keiner besonderen, aus § 48 Abs. 3 Eheges. herzuleitenden Prüfung bedürfe. Hierzu berief sich das Landgericht Ravensburg auf eine Fundstelle in der Neuen Juristischen Wochenschrift von 1947 / 48 auf S. 475 (476). Hierbei handelt es sich um einen Aufsatz von Amtsgerichtsrat Dr. Werner Brinkmann aus Lüdenscheid über „Das wohlverstandene Interesse der minderjährigen Kinder in § 48 Abs.3 des Ehegesetzes“.

Die vom Landgericht Ravensburg zitierte Stelle lautet:

„Erst wenn die Frage nach der sittlichen Rechtfertigung der Aufrechterhaltung der Ehe nicht gestellt werden kann (weil der Widerspruch nicht erhoben oder ein Verschulden des Klägers nicht feststellbar ist) liegt der eigentliche Anwendungsfall des Abs .3 vor, der den Richter zur Prüfung der Frage zwingt, ob nicht allein das wohlverstandene Interesse der minderjährigen Kinder die Aufrechterhaltung der Ehe gebietet.“

gg. *Das Urteil im Verfahren R 227 / 1948*

Das zweite Urteil, in dessen Entscheidungsgründen sich Zitate im Rahmen der Frage nach der Beachtlichkeit des Widerspruchs finden, wurde am 25.03.1949 statt der Verkündung zugestellt und erging im Verfahren R 227 / 1948³²⁶.

In seiner Entscheidung bezog das Landgericht Ravensburg dahingehend Position, dass ein zulässiger Widerspruch nach § 48 Abs. 2 EheG 1946 grundsätzlich auch beachtlich sei:

“Der Widerspruch der Beklagten ist somit, da der Kläger die Zerrüttung der Ehe allein verschuldet hat, zulässig. Er ist auch grundsätzlich zu beachten. Von dieser von der überwiegenden Mehrzahl der Oberlandesgerichte vertretenen Auffassung (vgl. OLG. Tübingen DRZ 1947, Bl. 194), die im Gegensatz zur Rechtsprechung des Reichsgerichts steht, die im Regelfall den Widerspruch nach § 48 Abs.2 EG. unbeachtet liess (vgl. RG. 160 S.44), abzugehen, besteht auch im Hinblick auf die vom OHG für die britische Zone Köln vertretene Ansicht, die Berechtigung des Widerspruchs dürfe durch keine Regeln und Ausnahmen in eine bestimmte Richtung gedrängt werden, es sei vielmehr allein vom Standpunkt sittlicher Wertung aus im Einzelfall unter Abwägung der gegebenen Umstände zu entscheiden, keine Veranlassung (NJW 1948, S.472).“

Bei der zitierten Entscheidung des Oberlandesgerichts Tübingen vom 13.03.1947 handelt es sich um die Fundstelle, die das Landgericht Ravensburg bereits im Urteil im Verfahren R 306 / 1948 zur Begründung seiner Entscheidung herangezogen hatte.

Das Landgericht Ravensburg distanzierte sich in seiner Entscheidung ausdrücklich von der früheren Rechtsprechung des Reichsgerichts (sog. „Regel-Ausnahme-Prinzip“) und von der sog. „Mittelmeinung / Gleichgewichtstheorie“, die insbesondere auch vom OHG für die britische Zone vertreten wurde.

Das Reichsgericht hatte in seinem Grundsatzurteil vom 17.04.1939 (abgedruckt in RGZ 160, 144) zur Beachtlichkeit des Widerspruchs angeführt:

„Die Nichtbeachtung des Widerspruchs bedeutet daher keine Ausnahme von einer in § 55 Abs.2 EheG zu suchenden Regel, sondern die Rückkehr zur Regel des ersten Absatzes. Die Beachtung des Widerspruchs muss also, jedenfalls sobald allgemeine Belange für die Scheidung sprechen, eine Ausnahme bleiben und ist nur zulässig, wenn im Einzelfalle besondere Gründe es sittlich rechtfertigen, den aus der Ehe herausstrebenden Teil trotz ihrer unheilbaren Zerrüttung an den durch die Ehe begründeten Pflichten festzuhalten.“

Die ferner zitierte und in der Neue Juristische Wochenschrift von 1948 auf S. 472 abgedruckte Entscheidung stammte vom Obersten Gerichtshof für die Britische Besatzungszone und datiert vom 31.05.1948.

Die Leitsätze dieser Entscheidung lauten wie folgt:

³²⁶ Dieses Verfahren wird unter Zweiter Teil, 16. a. dd. geschildert.

„Der Ausgangspunkt des RG, daß es sittlich nicht gerechtfertigt sei, eine zur hohlen Form gewordene Ehe aufrechtzuerhalten und daß folglich der Widerspruch des bekl. Gatten grundsätzlich unbeachtlich und nur ausnahmsweise aus besonderen Gründen von Erfolg sei, ist mit dem Gesetz nicht vereinbar. Insbesondere entspricht es sittlichen Grundanschauungen, dem Schuldigen nicht grundsätzlich das Recht zur Aufhebung der von ihm selbst zerrütteten Ehe gegen den Unschuldigen zu geben.

Ebensowenig ist die von mehreren OLGern geteilte Ansicht berechtigt, der nach § 48 II 1 zulässige Widerspruch sei grundsätzlich beachtlich und es bedürfe stets der Feststellung besonderer Tatsachen, um ihn zu entkräften.

Maßgeblich ist vielmehr die durch keine Regeln und Ausnahmen in eine bestimmte Richtung gedrängte Beurteilung der sittlichen Rechtfertigung des Scheidungsbegehrens oder des Widerspruchs. Die Entscheidung ist vom Standpunkt sittlicher Wertung aus im Einzelfall unter Abwägung aller für und wider streitenden Umstände zu treffen.

§ 48 II stellt die für die sittliche Rechtfertigung des Scheidungsbegehrens des klag. Ehegatten sprechenden Umstände zur Behauptungs- und Beweislast des Klägers.

Für die Frage der sittlichen Wertung sind bevölkerungspolitische Gesichtspunkte ohne Gewicht. Dagegen kann unter Umständen auch der bloße Versorgungsgedanke für die Aufrechterhaltung der Ehe sprechen. Einen Vorrang der Interessen der Allgemeinheit ist nicht anzuerkennen.“

hh. Das Urteil im Verfahren R 393 / 1948

Exakt die drei im Urteil im Verfahren R 227 / 1948 genannten Fundstellen zitierte das Landgericht Ravensburg in seinem gut sieben Monate später ergangenen Urteil vom 10.11.1949 im Verfahren R 393 / 1948³²⁷. Auch hier erging die Entscheidung – wie bereits im Verfahren R 227 / 1948 – durch die I. Zivilkammer. Auch in dieser Entscheidung sprach sie sich für die grundsätzliche Beachtlichkeit des zulässigen Widerspruchs aus und wies die Klage eines 40jährigen arbeitslosen Kaufmanns aus Eschach wegen des beachtlichen Widerspruchs seiner Ehefrau ab.

„Der Widerspruch der Beklagten ist somit zulässig. Er ist auch grundsätzlich zu beachten. Von dieser, von der Mehrzahl der Oberlandesgerichte vertretenen Auffassung (vergl. OLG Tübingen DRZ 1947, S.194), die im Gegensatz zu der Rechtsprechung des Reichsgerichts steht, die im Regelfall den Widerspruch nach § 55 Abs. 2 des Ehegesetzes vom 06.Juli 1938 unbeachtet ließ (RG 160 S. 44), abzugehen, besteht auch im Hinblick auf die vom OHG Köln vertretene Ansicht, die Berechtigung des Widerspruchs dürfe keine Regeln und Ausnahmen in eine bestimmte Richtung gedrängt werden, es sei

³²⁷ Dieses Verfahren wird unter Zweiter Teil, 16. a. ee. näher dargestellt.

vielmehr allein vom Standpunkt sittlicher Wertung aus im Einzelfalle unter Abwägung der gegebenen Umstände zu entscheiden (vgl. NJW 1948, S.472)."

Die oben zitierte Stelle aus den Entscheidungsgründen des Urteils des Landgerichts Ravensburg vom 10.11.1949 entspricht somit – mit Ausnahme einiger kleineren Abweichungen im Wortlaut – der ebenfalls oben zitierten Stelle aus den Entscheidungsgründen des Urteils des Landgerichts Ravensburg vom 25.03.1949 im Verfahren R 227 / 1948.

ii. Das Urteil im Verfahren R 129 / 1949

Im Verfahren R 129 / 1949 spielte die Frage nach dem Vorliegen der erforderlichen dreijährigen Heimtrennung die entscheidungserhebliche Rolle. Der 35jährige Kläger aus Mengen und seine 25jährige in Dessau-Alten wohnhafte Ehefrau hatten im Jahre 1943 die kinderlos gebliebene Ehe miteinander geschlossen. Zum Zeitpunkt der Eheschließung war der Kläger bereits Soldat, so dass es nie zur Begründung eines gemeinsamen Wohnsitzes gekommen war. Im Januar 1945 hatten die Parteien zum letzten Mal miteinander Geschlechtsverkehr gehabt. Nach Kriegsende kam der Kläger in Kriegsgefangenschaft, aus der er erst im März 1949 zurückkehrte.

Zwar hatte die Beklagte in den Jahren 1945 / 46 einige Monate bei den Eltern des Klägers in Mengen gewohnt. Nach ihrem Auszug hatte der Kläger sie vergebens brieflich aufgefordert wieder zurückzukehren. Sie begründete die Ablehnung dieser Bitte in zwei Briefen vom Juli und August 1946 damit, dass sie die Trennung wünsche, weil sie die eheliche Treue gebrochen habe.

In seinem Urteil vom 19.11.1949 schied das Landgericht Ravensburg die Ehe der Parteien. In seinen Entscheidungsgründen widmete das Gericht der Frage nach der dreijährigen Aufhebung der häuslichen Gemeinschaft intensive Beachtung.

Da die häusliche Gemeinschaft der Parteien nie bestanden habe – schließlich seien die Parteien nur während ein paar Urlaubstagen des Klägers zusammengekommen – könne diese wörtlich genommen auch gar nicht aufgehoben werden:

"Die Ausdrucksweise des Gesetzes geht von dem Regelfall aus, dass die Ehegatten in häuslicher Gemeinschaft zusammengelebt haben; gemeint ist damit aber: tatsächliches Getrenntleben, bei dem die persönliche Gemeinschaft der Ehegatten weitgehend aufgehoben ist (Niesert, Eheges. § 48 Anmerk. 2). "Aufhebung" bedeutet daher nichts anderes als "Nichtbestehen" und liegt auch vor, wenn eine Gemeinschaft nie bestanden hat. (RGZ 160, 189 und DR 1944, 122). Allerdings führt die unfreiwillige räumliche Trennung zweier Ehegatten, die durch äussere Zwangsverhältnisse bedingt ist, wie Wehrdienst oder Kriegsgefangenschaft, noch nicht die Aufhebung der häuslichen Gemeinschaft herbei, sondern erst dann, wenn die Absicht eines Gat-

ten, die Gemeinschaft nicht wieder herzustellen, feststeht, z.B. wenn er seinen dahingehenden Willen durch Briefe zu erkennen gibt (Niesert a.a.O.)“.

Bei der ersten zitierten Stelle aus dem Werk von Niesert³²⁸ handelt es sich lediglich um dessen Definition der Aufhebung der häuslichen Gemeinschaft:

„Tatsächliches Getrenntleben, bei dem die persönl. Berührung der Eheg. weitgehend aufgehoben ist.“

Die weiter zitierte Stelle bei Niesert setzt sich mit der Frage auseinander, ob und ggf. wann die häusliche Gemeinschaft bei einer natürlichen Trennung der Parteien als aufgehoben gilt:

„Keine Aufhebung der häuslichen Gemeinschaft bei Trennung, die sich bei den bestehenden Eheverhältnissen als natürlich darstellt, z.B. Geschäftsreisen, auswärtige Stellung. Auch nicht bei Wehrdienst, Kriegsgefangenschaft, Inhaftnahme (a. M. RGZ 160, 246), Trennung kann in diesen Fällen aber zur Aufhebung der häuslichen Gemeinschaft führen, wenn Eheg. seinen dahingehenden Willen durch Briefe zu erkennen gibt;“

In dem zitierten und in RGZ 160, 189 abgedruckten Urteil des Reichsgerichts vom 04.05.1939 nahm das Reichsgericht zu der Frage Stellung, ob die häusliche Gemeinschaft der Ehegatten auch dann aufgehoben ist, wenn eine solche zwischen ihnen gar nie begründet wurde. Das Reichsgericht kam in seinem Urteil zu folgendem Ergebnis:

„Wenn das Gesetz auch sicher von dem Regelfall ausgeht, daß die Ehegatten zunächst in häuslicher Gemeinschaft gelebt haben, so kann doch keinesfalls angenommen werden, dass die Vorschrift allein diesen Fall hat treffen wollen. Das Wort „Aufhebung“ besagt hier nichts anderes als „Nichtbestehen“, und das Wort „Wiederherstellung“ im zweiten Satzteil kann nicht herangezogen werden, da es sich nicht auf die häusliche Gemeinschaft, sondern auf die im Gegensatz zur Ehezerüttung stehende „eheliche“ Lebensgemeinschaft bezieht. Wollte man als Voraussetzung der dreijährigen Trennung verlangen, daß vorher eine häusliche Gemeinschaft zeitweilig bestanden hätte, so würde das zu dem völlig unverständlichen Ergebnis führen, dass eine noch so zerrüttete Ehe, die niemals die Herstellung einer dem Wesen der Ehe entsprechenden Lebensgemeinschaft erwarten läßt, aus diesem Grunde nicht geschieden werden könnte. Damit bliebe eine für die Allgemeinheit wertlose, ja sogar schädliche Ehe unter Umständen bestehen oder die Ehegatten wären gezwungen, die Gemeinschaft zunächst aufzunehmen, dann wieder aufzugeben und nach weiteren drei Jahren die Scheidung der Ehe anzustreben. Ein solches Vorgehen kann aber das Gesetz vernünftigerweise den Ehegatten nicht zumuten.“

³²⁸ Das Landgericht Ravensburg bezieht sich hier auf Niesert, Felix (Hrsg.), Ehegesetz vom 20.02.1946, Gesetz Nr. 16 d. Kontrollrates (in Kraft seit 1. März 1946); Textausg. mit Anm. Anh.: Durchführungsvordnung zum Ehegesetz, 1.-3. Auflage, Muenster 1946.

Diese Ansicht vertrat das Reichsgericht auch in dem späteren und in der Zeitschrift Deutsches Recht 1944, 122 abgedruckten Urteil vom 24.11.1943. Der Leitsatz dieser Entscheidung lautet:

„Der Satz, daß bei Abwesenheit des Mannes im Wehrdienst die Frist des § 55 Abs.1 EheG. von dem Zeitpunkt an läuft, in dem er seinen Entschluß, in die häusliche Gemeinschaft nicht wieder zurückzukehren, klar zu erkennen gegeben hat (RG vom 24.Nov. 1943, IV 207/43), gilt entsprechend für den Fall, daß mit Rücksicht auf den Wehrdienst des Mannes eine häusliche Gemeinschaft nach der Eheschließung überhaupt nicht begründet war.“

Zu der Frage, wann die dreijährige Frist zu laufen beginnt, äußerte sich das Reichsgericht in der zitierten Entscheidung vom 24.11.1943 dahingehend, dass die Frist des § 55 Abs.1 EheG von dem Zeitpunkt an läuft,

„in dem der Mann seinen Willen, mit seiner Frau eine eheliche Gemeinschaft überhaupt nicht mehr zu begründen, eindeutig zu erkennen gegeben hat.“

Das Vorliegen der Voraussetzungen des § 48 Abs. 1 EheG 1946 begründete das Landgericht Ravensburg sodann mit den beiden Briefen der Beklagten vom Sommer 1946. Da § 48 Abs. 3 EheG 1946 dem Begehren des Klägers nicht entgegenstehe, schied das Landgericht Ravensburg die Ehe der Parteien.

jj. Das Urteil im Verfahren R 248 / 1949

Ebenfalls mit der Aufhebung der häuslichen Gemeinschaft bei Einberufung des beklagten Ehemanns zur Wehrmacht hatte sich das Landgericht Ravensburg im Verfahren R 248 / 1949 zu befassen. Die Ehegatten – beide 40 Jahre alt und katholisch – hatten 1933 in der Heimat der Klägerin in Zürich geheiratet und dort ihren ehelichen Wohnsitz genommen. Aus der Ehe war ein 1936 geborenes und bereits 1950 verstorbenes Kind hervorgegangen. Im April 1944 erfolgte die Einberufung des Beklagten zur Wehrmacht. Nach Kriegsende bis Juni 1948 kam er in Gefangenschaft. Nach seiner Entlassung kehrte er zu seinen Eltern in den Kreis Tettngang zurück. Zu einem Wiedersehen mit der Klägerin kam es erst Ende des Sommers 1949.

Bereits vor der Einberufung des Ehemanns zur Wehrmacht war die Ehe der Beteiligten nicht mehr glücklich gewesen. Der letzte eheliche Verkehr hatte an Neujahr 1943 stattgefunden. Als die Klägerin im Sommer 1946 die Mitteilung bekam, dass ihr Ehemann sich nicht mehr in der Schweiz niederlassen dürfe, hatte sie ihrem Ehemann geschrieben, dass sie nach seiner Entlassung die Scheidung verlangen werde.

Der beklagte Ehemann trat der Klage nicht entgegen und räumte ein, mit der Klägerin keine innere Gemeinschaft mehr zu haben.

In seinen Entscheidungsgründen vom 26.05.1950 problematisierte das Landgericht Ravensburg die Frage nach der dreijährigen Aufhebung der häuslichen Gemeinschaft:

“Während in der Regel schon der äussere Tatbestand der häuslichen Trennung die 3-Jahresfrist des § 48 in Lauf setzt, wird man bei auf hoheitlicher Anordnung beruhender Trennung weiter fordern müssen, dass sie sich mit dem Willen verbindet, die Hausgemeinschaft später nicht wieder aufzunehmen, damit die äussere Trennung zur Aufhebung der häuslichen Gemeinschaft i.S. des § 48 Eheges. wird (vgl. Hans Schumann, Auflösung der hG bei Scheidung aus § 55 EG, Zeitschrift d. Akad. f.D.Recht 1943, S.67, besonders S.70)“.

An der zitierten Stelle heißt es:

„Muß ein Ehegatte die häusl. Gemeinschaft im Dienste des Volksganzen verlassen, so ist eine derartige Trennung kein Zeichen einer Ehezerrüttung, im Gegenteil wird sie regelmäßig dazu beitragen, Trübungen, die eingetreten sind, zu beseitigen und dem Opfer Rechnung zu tragen, das der Einzelne für das Volksganze erbringen muß. Derartige Trennungen sind daher im allg. nicht geeignet, die Dreijahresfrist des § 55 EheG in Lauf zu setzen. Auch hier wird man [...] anders entscheiden müssen, soweit sich die Trennung mit dem Willen verbindet, die Hausgemeinschaft später nicht wieder aufzunehmen. Hat ein Soldat während seiner Einberufung den Willen zum Ausdruck gebracht, nicht wieder zu seiner Frau zurückzukehren und z.B. dadurch betätigt, daß er während seines Urlaubs die Ehewohnung gemieden hat, so beginnt die Dreijahresfrist mit der Willensäußerung.“

Dementsprechend sah das Landgericht Ravensburg die häusliche Gemeinschaft der Parteien ab Sommer 1946 als aufgehoben an, da zu diesem Zeitpunkt die Klägerin ihrem Ehemann mitgeteilt hatte, dass sie nach seiner Entlassung die Scheidung begehren werde.

kk. Das Urteil im Verfahren R 464 / 1949

Eine handschriftliche Ergänzung der Entscheidungsgründe mit einem Rechtsprechungs-zitat findet sich im Urteil vom 15.12.1949 im Verfahren R 464 / 1949³²⁹. Beteiligt war ein katholisches Ehepaar, beide Anfang 40, aus Weingarten. Aus der 1929 geschlossenen Ehe waren vier Kinder im Alter zwischen fünf und 21 Jahren hervorgegangen. Seit 1946 lebten die Parteien in ihrem Haus getrennt voneinander. Das eheliche Verhältnis war durch eine noch fortdauernde Beziehung des Klägers zerrüttet worden. Dennoch widersprach die beklagte Ehefrau der Scheidung.

Das Landgericht Ravensburg stufte den Widerspruch der Ehefrau als beachtlich ein und wies die Scheidungsklage ab. Für die Aufrechterhaltung der Ehe würden deren lange Dauer, die vier gemeinsamen Kinder, die aufgrund ihres Alters schlechten Aussichten der Beklagten auf eine erneute Eheschließung und die Verschlechterung der finanziellen Verhältnisse der Ehefrau im Fall einer erneuten Heirat sprechen. Schließlich erfordere auch das Interesse der Kinder die Aufrechterhaltung der Ehe, da die Unterhaltsansprü-

³²⁹ Zu diesem Verfahren auch Zweiter Teil 16. a. ff. sowie 24. b. bb.

che der überwiegend noch minderjährigen Kinder durch eine neue Heirat des Klägers beeinträchtigt werden könnten.

An dieser Stelle wurde dem Text der Entscheidungsgründe handschriftlich hinzugefügt

„vgl. OGH BZ Urteil v. 21.10.49 DRZ S.568.“

In dieser Entscheidung (abgedruckt in Deutschen Richterzeitschrift 1949, S. 568) nahm der Oberste Gerichtshof für die britische Besatzungszone in Köln sowohl zu der Beachtlichkeit des Widerspruchs als auch zur Auslegung des § 48 Abs. 3 EheG 1946 Stellung.

Im Rahmen der Frage nach der Beachtlichkeit des Widerspruchs wurden dort ebenfalls – wie vom Landgericht Ravensburg – die Dauer der Ehe, das Alter der Beklagten und ihre geringen Aussichten, sich wieder zu verheiraten, sowie die Gefährdung ihrer Versorgungsansprüche bei einer erneuten Verheiratung berücksichtigt.

Zu § 48 Abs. 3 EheG 1938 führte der Oberste Gerichtshof für die britische Besatzungszone aus:

„Das wohlverstandene Interesse eines minderjährigen Kindes ist dasjenige, das bei vollständiger Würdigung aller in Betracht kommender Umstände dem Wohle des Kindes am besten dient. Mithin ist die Frage dahin zu stellen, wie eine etwaige Scheidung der Ehe sich auf das Kind in vermögensrechtlicher, häuslicher, erzieherischer, seelischer und ernährungsmäßiger Beziehung auswirken würde.“

II. Das Urteil im Verfahren R 05 / 1950

Im Verfahren R 05 / 1950³³⁰ belegte das Landgericht Ravensburg im Rahmen der Erörterung der Frage, ob die einseitige Bereitschaft eines Ehegatten zur Fortsetzung der Ehe eine Zerrüttung derselben ausschließe, seine Ansicht mit einem Rechtsprechungs zit.

In seinem anstelle der Verkündung am 15.04.1950 zugestellten Urteil schloss sich das Landgericht Ravensburg der damals vorherrschenden Ansicht an, dass eine „einseitige Zerrüttung“ des ehelichen Verhältnis ausreiche, um die Zerrüttung im Rahmen des § 48 Abs. 1 EheG 1946 zu bejahen.

„Die häusliche Gemeinschaft zwischen den Parteien ist seit dem 15.06.1946 aufgehoben. Da auf der Seite des Klägers die Bereitschaft zur Herstellung des ehelichen Gemeinschaftsverhältnisses nicht mehr vorhanden und daher das eheliche Band unheilbar zerrissen ist, ist die Ehe zerrüttet (vgl. OGH Köln, NJW 1947/1948 S. 476).“

In dem Leitsatz des zitierten Urteils des Obersten Gerichtshof für die britische Besatzungszone vom 31.05.1948 heißt es:

„Zerrüttung der Ehe liegt vor, wenn auch nur auf Seiten des Klägers die Bereitschaft zu dem Gemeinschaftsverhältnis nicht mehr vorhanden ist.“

³³⁰ Vergleiche hierzu auch Zweiter Teil, 16. b. bb. und 24. b. bb.

Weiter führte der Oberste Gerichtshof für die britische Besatzungszone aus:

„Die Ehe als die engste und innerlichste aller menschlichen Gemeinschaften setzt ein gegenseitiges Verhalten der Ehegatten voraus, das aufeinander abgestimmt ist und voll miteinander harmonisiert. Diese Voraussetzung der Ehe fällt fort, wenn auch nur auf der einen Seite die Bereitschaft zu diesem Gemeinschaftsverhältnis nicht mehr vorhanden ist.“

Bereits in den Zeiten des Nationalsozialismus wurde mehrheitlich diese Ansicht vertreten. Das Reichsgericht hatte in seinem in RGZ 159, 305 abgedruckten Urteil vom 06.07.1938 folgende Aussage getroffen: „Eine eheliche Gemeinschaft findet ihre Grundlage in einem gegenseitigen Verhältnis, das auf Liebe, Achtung und Treue beruht. Fehlt es daran auch nur auf der einen Seite, so ist dieses Verhältnis zerrüttet.“

In seiner vom Landgericht Ravensburg zitierten Entscheidung begründete der Oberste Gerichtshof für die britische Besatzungszone, warum an diesem Satz auch noch unter dem Ehegesetz von 1946 festzuhalten sei:

„Dieser in der weiteren Rspr. stets festgehaltene Satz ist weder durch eine natsoz. Weltanschauung beeinflusst, noch durch sonstige Momente, die neben dem Wesen der Ehe liegen, sondern er geht auf das eigentliche Wesen der Ehe zurück und ist deshalb auch heute festzuhalten.“

mm. Das Urteil im Verfahren R 175 / 1950

Zum wiederholten Male zog das Landgericht Ravensburg ein Zitat zur Begründung seiner Auffassung zum Erfordernis der dreijährigen Aufhebung der häuslichen Gemeinschaft heran: Im Verfahren R 175 / 1950 beehrte ein 52jähriger arbeitsloser Maschineningenieur die Scheidung von seiner vier Jahre jüngeren Ehefrau. Die 1935 geschlossene Ehe war bereits für beide Parteien die zweite gewesen, nachdem er bei der Eheschließung verwitwet und sie geschieden gewesen war. Kinder hatten die Parteien keine. 1939 war es zum letzten ehelichen Verkehr der Beteiligten gekommen. Die Trennung erfolgte erst im Februar 1947 als der Kläger den gemeinsamen Wohnsitz im Haus einer Tante der Beklagten verließ, um nach Arbeit zu suchen.

Die beklagte Ehefrau war der Klage ihres Ehemanns nicht entgegengetreten.

In seinem Urteil vom 20.01.1951 kam das Landgericht Ravensburg zu dem Ergebnis, dass der Weggang des Beklagten zum Zweck der Arbeitssuche im Februar 1947 nicht geeignet war, um die Dreijahresfrist in Gang zu setzen. Der Kläger habe den gemeinsamen Wohnsitz nur verlassen um Arbeit zu suchen und weil ihn die Tante der Beklagten nicht weiter duldete.

Eine räumliche Trennung der Parteien genüge nicht. Eine Heimtrennung nach § 48 EheG 1946 sei vielmehr aus nicht mit der Ehe zusammenhängenden Gründen, vor allem bei unfreiwilliger Trennung nicht gegeben. An dieser Stelle berief sich das Landgericht Ravensburg auf den Kommentar von Hoffmann-Stephan zum Ehegesetz, Anm. 3 B a) zu § 48, mit der Bemerkung, dass sich an dieser Stelle nähere Angaben zu der Streitfrage befinden würden.

Die vom Landgericht Ravensburg herangezogene Stelle lautet:

„Eine Heimtrennung im Sinne des § 48 ist demnach bei einer Trennung aus nicht mit der Ehe zusammenhängenden Gründen, vor allem bei unfreiwilliger Trennung nicht gegeben. Dies gilt u.a. bei Getrenntleben aus beruflichen Gründen, bei Kriegsgefangenschaft. Ausweisung, Evakuierung, fehlender Zuzugsgenehmigung, Mangel geeigneter Wohngelegenheit oder Haft eines Ehegatten.“

Der zitierten Kommentarstelle folgt die Aufzählung zahlreicher Fundstellen hinsichtlich der verschiedenen Auffassungen zu dieser Streitfrage durch den Verfasser.

Das Landgericht Ravensburg schloss sich der von Hoffmann-Stephan vertretenen Ansicht an, kam jedoch dennoch zur der Bejahung der Voraussetzungen des § 48 Abs. 1 EheG 1946 und zu einer Scheidung der Ehe der Parteien. Zwar sei die häusliche Gemeinschaft noch nicht im Februar 1947 aufgehoben worden. In der Folgezeit sei es jedoch zu einer solchen Aufhebung gekommen. Es begründete seine Ansicht damit, dass der Weggang des Klägers im Februar 1947 nicht nur aus Gründen der Arbeitssuche erfolgte, sondern bereits damals die Ehe der Parteien nicht mehr glücklich gewesen war. Dies zeige sich auch dadurch, dass der letzte Geschlechtsverkehr zwischen den Parteien im Jahre 1939 stattgefunden habe. Ohne einen genauen Zeitpunkt oder ein bestimmtes Ereignis zu nennen bejahte es die dreijährige Heimtrennung.

26. Zusammenfassung

Das Landgericht Ravensburg ging seinem Rechtsprechungsauftrag über den gesamten untersuchten Zeitraum zügig und gewissenhaft nach. So ging selbst die Bewältigung des sich auch in Oberschwaben in den Kriegsjahren angesammelten „Scheidungsstaus“ nicht mit langen Verfahrensdauern einher.

Die Urteile des Landgerichts Ravensburg aus den Jahren 1938 bis 1945 stehen im Einklang mit der amtlichen Begründung zum Ehegesetz und der Rechtsprechung des Reichsgerichts.

Als Leitlinien der Entscheidungsfindung dienten die Interessen der Volksgemeinschaft und bevölkerungspolitische Gesichtspunkte, hinter denen die Interesse des Einzelnen regelmäßig zurückzutreten hatten.

Der von der beklagten Partei nach § 55 Abs. 2 EheG 1938 erhobene Widerspruch konnte eine Ehescheidung regelmäßig nicht verhindern.

Die Ideologie des Nationalsozialismus prägte den untersuchten Bestand in der Zeit von 1938 bis 1945 zwar spürbar, aber nicht allgegenwärtig. Ein Großteil der Verfahren kann sowohl hinsichtlich des Parteivortrags als auch der Entscheidungsgründe als weltanschauungsneutral eingestuft werden.

Religion und Glaube spielten bei den untersuchten Verfahren über den gesamten Zeitraum eine stark untergeordnete Rolle.

In den Nachkriegsjahren orientierten sich beide Zivilkammern des Landgerichts Ravensburg an der Rechtsprechungslinie des Oberlandesgerichts Hamburg, wonach ein nach § 48 Abs. 2 EheG 1946 zulässig erhobener Widerspruch der beklagten Partei grundsätzlich auch als beachtlich anzusehen war.

Zentrale und regelmäßig wiederkehrende Punkte in den Entscheidungsgründen – vor allem der I. Zivilkammer – waren dabei der „Verstoßungsgedanke“ und der „Versorgungsgedanke“.

Nur in vereinzelten Fällen stufte das Landgericht Ravensburg den Widerspruch der beklagten Partei als unbeachtlich ein, weil es das innere Band zwischen den Ehegatten als vollkommen zerrüttet bzw. als nie bestehend ansah.

Vergleicht man die Rechtsprechung des Landgerichts Ravensburg in den ersten Jahren nach Kriegsende mit dessen Rechtsprechung in den Kriegsjahren zeichnet sich ein deutlicher Wandel ab:

In der Zeit bis zum Zusammenbruch galt ein zulässig erhobener Widerspruch der beklagten Partei in Anlehnung an die scheidungsfreundliche Rechtsprechung des Reichsgerichts als grundsätzlich unbeachtlich. Nach 1945 zeigte sich das Landgericht Ravensburg als scheidungsfeindlich und stufte einen zulässigen Widerspruch entsprechend des „umgekehrten Regel-Ausnahme-Prinzips“ als grundsätzlich beachtlich ein.

Aber nicht nur in dieser Grundsatzfrage ist eine Umkehr in der Rechtsprechung des Landgerichts Ravensburg zu beobachten, auch die Leitlinien der Entscheidungsfindung hätten unterschiedlicher nicht sein können.

Waren es in den Kriegsjahren – entsprechend der Rechtsprechung des Reichsgerichts – noch die vor die Interessen des Einzelnen zu stellenden Interessen der Allgemeinheit und insbesondere bevölkerungspolitische Interessen, die die Richtschnur für die Entscheidungsfindung bildeten, stellte das Landgericht Ravensburg in den Nachkriegsjahren zentral auf diese individuellen Interessen der beklagten Partei in wirtschaftlicher (finanzielle Absicherung in Gegenwart und Zukunft) und moralischer Hinsicht (Gerechtigkeitsempfinden) ab.

Erst zu Beginn der 50er Jahre des 20. Jahrhunderts folgte dann – entsprechend der BGH-Rechtsprechung – eine „Auflockerung“ dieser strikten von Grundsätzen geprägten Rechtsprechung hin zu einer abwägenden Entscheidung unter Berücksichtigung aller Umstände im Einzelfall.

Hinsichtlich des Parteivortrags lässt sich diesbezüglich keine grundlegende Änderung erkennen:

Die beklagten Ehegatten – ausschließlich Ehefrauen – brachten in den Jahren nach Kriegsende zur Begründung ihres Widerspruchs regelmäßig die bereits oben genannten negativen wirtschaftlichen Auswirkungen der Scheidung oder „moralische“ Aspekte vor.

Da diese Argumente in der Zeit bis Kriegsende – zwar meist erfolglos – von den beklagten Ehegatten ebenfalls vorgetragen wurden, kann im Hinblick auf den Parteivortrag nicht von einer grundsätzlichen Umkehr gesprochen werden.

Ebenso zeigt sich, dass für das Landgericht Ravensburg im Rahmen der Prüfung der Voraussetzungen des § 48 Abs. 3 EheG 1946 wirtschaftliche Aspekte und die Versorgung der ehelichen Kinder eine erheblich größere Rolle spielten als in der Zeit vor dem Zusammenbruch.

In diesem Punkt entwickelte sich die Rechtsprechung des Landgerichts Ravensburg – wie auch die Rechtsprechung zu § 48 Abs. 2 EheG 1946 im Hinblick auf die Ehefrau – hin zu einem Scheidungsrecht, das die finanzielle Absicherung der Kinder als entscheidungserheblich gewichtete und somit bei der Entscheidung nicht vorrangig die (bevölkerungspolitischen) Interessen der Allgemeinheit, sondern die Auswirkungen einer Scheidung auf die einzelne Familie als ausschlaggebend ansah.

Eine Überprüfung der Urteile des Landgerichts Ravensburg durch die Rechtsmittelinstanz stellte über den gesamten untersuchten Zeitraum hinweg den Ausnahmefall dar. Während in den Jahren bis Kriegsende alle eingelegten Rechtsmittel erfolgreich waren, hielten sämtliche Urteile aus den Nachkriegsjahren einer Überprüfung durch die zweite Instanz stand.

Rechtsprechungs- und Literaturzitate sind bei den Urteilen aus den Nachkriegsjahren häufiger zu finden, als in den Urteilen aus den Jahren bis 1945.

In einigen Verfahren setzte sich das Landgericht Ravensburg mit der Frage auseinander, ob die vor 1945 ergangene Rechtsprechung nach dem Zusammenbruch noch als Leitlinie herangezogen werden konnte.

Im Ergebnis bestätigte das Landgericht Ravensburg deren Fortgeltung in Bereichen, die als weitgehend „weltanschaulich neutral“ eingestuft werden konnten, wie z.B. bei der Prüfung der Voraussetzungen des § 55 Abs. 1 EheG 1938 bzw. § 48 Abs. 1 EheG 1946. Dagegen erfolgte eine Distanzierung von der nationalsozialistisch geprägten Rechtsprechung des Reichsgerichts zu § 55 Abs. 2 EheG 1938 aus den Kriegsjahren.

Eine sehr starke Prägung erfuhren die betreffenden Ehen und somit auch die vor dem Landgericht Ravensburg geführten Scheidungsverfahren durch die Kriegsverhältnisse. Unfreiwillige räumliche Trennungen, wirtschaftliche Schwierigkeiten und die Sorgen und Nöte, die der Krieg mit sich brachte, stellten eine Zerreissprobe für die Ehen dar, die viele nicht bestanden.

DRITTER TEIL: DIE AN DEN SCHEIDUNGSVERFAHREN BETEILIGTEN EHEGATTEN

Dieser dritte Teil der Arbeit befasst sich mit den an den Scheidungsverfahren beteiligten Ehegatten.

Er soll einen Überblick verschaffen, wer in den untersuchten Zeiträumen vor und nach dem Zusammenbruch vor dem Landgericht Ravensburg Scheidungsverfahren mit Bezug zu § 55 EheG 1938 bzw. § 48 EheG 1946 betrieb.

Den Schwerpunkt dieses Abschnitts bilden dabei die persönlichen Daten der Eheleute, wie beispielsweise deren Alter, Konfession, Beruf oder Herkunft; ebenso wirft die Arbeit einen Blick darauf, von wem (Ehemann oder Ehefrau) das Scheidungsbegehren ausging.

Durch eine getrennte Darstellung dieser Informationen für die Zeit vor und nach dem Kriegsende ist auch eine vergleichende Betrachtung möglich.

Die persönlichen Daten wurden vom Landgericht Ravensburg meist vollständig angegeben. In einigen handschriftlichen Urteilen lassen sich die Angaben aufgrund der schlecht leserlichen Handschrift nicht entziffern. Sofern die Untersuchung Anteile / Prozentsätze nennt, beziehen sich diese jeweils auf die Anzahl der Urteile mit vorhandenen bzw. leserlichen Angaben.

1. Alter der Parteien

Das Geburtsjahr der Parteien oder deren Alter zum Zeitpunkt des Scheidungsurteils ist in nahezu allen Fällen angegeben. In einigen handschriftlichen Urteilen ist die Altersangabe, bzw. die Angabe zum Geburtsjahr nicht leserlich.

a. Durchschnittliches Alter der Ehegatten vor dem Zusammenbruch (Gerundet auf ganze Jahre)

| | 1937 | 1938 | 1939 | 1940 | 1941 | 1942 | 1943 | 1944 | 1945 | Durchschnitt |
|---------|------|------|------|------|------|------|------|------|------|--------------|
| Ehemann | 47 | 48 | 43 | 41 | 44 | 47 | 44 | 42 | 58 | 46 |
| Ehefrau | 39 | 46 | 43 | 39 | 39 | 43 | 42 | 42 | 52 | 42,78 |

b. Durchschnittliches Alter der Ehegatten nach dem Zusammenbruch (Gerundet auf ganze Jahre)

| | 1946 | 1947 | 1948 | 1949 | 1950 | Durchschnitt |
|---------|------|------|------|------|------|--------------|
| Ehemann | 43 | 40 | 43 | 44 | 42 | 42,40 |
| Ehefrau | 43 | 37 | 40 | 38 | 39 | 39,40 |

Bei den in den Nachkriegsjahren eingeleiteten Scheidungsverfahren waren die Beteiligten Ehegatten durchschnittlich gut drei Jahre jünger.

Zumindest mitverantwortlich für das höhere Durchschnittsalter im Zeitraum bis 1945 mag der Umstand gewesen sein, dass sich einigen Eheleuten mit der Einführung des Zerrüttungstatbestandes im Jahre 1938 erstmals die Möglichkeit eröffnete, ihre Ehe scheiden zu lassen. Oftmals hatten die Parteien über einen längeren Zeitraum getrennt gelebt, ohne dass einen der Ehegatten ein Verschulden an der Scheidung traf. In den Jahren des Getrenntlebens waren auch die Ehegatten älter geworden. Dies zeigt sich vor allem im Jahr 1938: Im Jahr des Inkrafttretens des Ehegesetzes lag das durchschnittliche Alter sowohl der männlichen als auch der weiblichen Beteiligten höher als in den meisten übrigen Jahren. Nur im Jahre 1945 war das Durchschnittsalter der Beteiligten noch höher. Für das Jahr 1945 muss aber berücksichtigt werden, dass nur zwei Verfahren die Grundlage der Untersuchung bilden.

Eine weitere Erklärung für das geringere Durchschnittsalter in den Jahren ab 1946 lieferte die Tatsache, dass es sich bei vielen in den Nachkriegsjahren geschiedenen Ehen um sog. Kriegehen handelte, die nur von kurzer Dauer waren und die Ehegatten sich bereits jung scheiden ließen.

c. Alter der Ehegatten in Jahren im Gesamtzeitraum 1938 bis 1945

| Alter in Jahren | Ehemann | Angabe in Prozent | Ehefrau | Angabe in Prozent |
|--------------------|---------------------|-------------------|---------------------|-------------------|
| Angabe unleserlich | 19 | - | 19 | - |
| Unter 20 | - | 0 | - | 0 |
| 20 – 24 | 1 | 0,94 | 3 | 2,83 |
| 25 – 29 | 2 | 1,89 | 9 | 8,49 |
| 30 – 34 | 12 | 11,32 | 12 | 11,32 |
| 35 – 39 | 24 | 22,64 | 28 | 26,42 |
| 40 – 44 | 18 | 16,98 | 17 | 16,04 |
| 45 – 49 | 17 | 16,04 | 12 | 11,32 |
| 50 – 54 | 15 | 14,15 | 12 | 11,32 |
| 55 – 59 | 10 | 9,43 | 6 | 5,66 |
| 60 – 64 | 4 | 3,77 | 2 | 1,89 |
| 65 und älter | 3 | 2,83 | 5 | 4,72 |
| Ingesamt | 125 / 106 leserlich | gerundet 100 | 125 / 106 leserlich | gerundet 100 |

Ein Großteil der Ehegatten, die in den Jahren von 1937 bis 1945 die Scheidung vor dem Landgericht Ravensburg nach § 55 EheG 1938 begehrten, war zwischen 30 und 54 Jahren alt. Insbesondere in der Altersstufe von 35 bis 39 Jahren kam es zu einem Schei-

dungsverfahren. 22,64 % der Ehemänner und 26,42 % der Ehefrauen gehörten dieser Altersgruppe an.

Junge Eheleute unter 30 Jahren waren vergleichsweise in wenigen Fällen an den Scheidungsverfahren beteiligt.

d. Alter in Jahren nach dem Zusammenbruch (Ehemann)

| Alter in Jahren | 1946 | 1947 | 1948 | 1949 | 1950 | Gesamt | Angabe in Prozent |
|-----------------|------|------|------|------|------|------------------------|-------------------|
| Keine Angabe | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 5 | - |
| Unter 20 | - | - | - | - | - | - | 0 |
| 20 – 24 | - | - | - | - | - | - | 0 |
| 25 – 29 | - | - | 2 | 2 | - | 4 | 2,27 |
| 30 – 34 | 2 | 5 | 9 | 6 | 4 | 26 | 14,77 |
| 35 – 39 | 6 | 12 | 10 | 9 | 13 | 50 | 28,41 |
| 40 – 44 | 6 | 7 | 6 | 9 | 9 | 37 | 21,02 |
| 45 – 49 | 3 | 2 | 10 | 5 | 5 | 25 | 14,20 |
| 50 – 54 | 5 | 4 | 1 | 2 | 3 | 15 | 8,52 |
| 55 – 59 | 1 | 1 | 4 | 1 | 1 | 8 | 4,55 |
| 60 – 64 | - | - | 1 | 4 | 1 | 6 | 3,41 |
| 65 und älter | - | - | 2 | 2 | 1 | 5 | 2,84 |
| Ingesamt | 24 | 32 | 46 | 41 | 38 | 181 / leserlich 176 | gerundet 100 |

e. Alter in Jahren nach dem Zusammenbruch (Ehefrau)

| Alter in Jahren | 1946 | 1947 | 1948 | 1949 | 1950 | Gesamt | Angabe in Prozent |
|-----------------|------|------|------|------|------|--------|-------------------|
| keine Angabe | 1 | 1 | 1 | 1 | 3 | 7 | - |
| Unter 20 | - | - | - | - | - | - | 0 |
| 20 – 24 | - | 1 | - | - | 2 | 3 | 1,72 |
| 25 – 29 | 2 | 4 | 10 | 12 | 3 | 31 | 17,82 |
| 30 – 34 | 2 | 9 | 8 | 5 | 8 | 32 | 18,40 |
| 35 – 39 | 5 | 5 | 6 | 5 | 9 | 30 | 17,24 |
| 40 – 44 | 6 | 4 | 3 | 9 | 4 | 26 | 14,94 |
| 45 – 49 | 1 | 5 | 11 | 2 | 6 | 25 | 14,37 |
| 50 – 54 | 5 | 3 | 4 | 5 | 2 | 19 | 10,92 |
| 55 – 59 | 2 | - | 1 | 2 | 1 | 6 | 3,45 |
| 60 – 64 | - | - | 2 | - | - | 2 | 1,15 |

| | | | | | | | |
|--------------|----|----|----|----|----|---------------------------|-----------------|
| 65 und älter | - | - | - | - | - | - | 0 |
| Insgesamt | 24 | 32 | 46 | 41 | 38 | 181 / leserlich 174 | gerundet 100 |

Auch unter der Geltung des § 48 EheG 1946 waren nur sehr wenige der Eheleute unter 30 Jahren alt. Die meisten Ehemänner (50 von 176) und damit 28,41 % gehörten der Altersstufe von 35 bis 39 Jahren an - der Altersstufe in der bereits vor dem Zusammenbruch die größte Anzahl von Scheidungsverfahren zu verzeichnen war.

Ein Großteil der beteiligten Ehefrauen gehörte den Altersgruppen 25-29, 30-34 und 35-39 Jahre an.

2. Altersunterschied zwischen den Parteien

a. In der Zeit bis Kriegsende

Bei den 106 vor dem Zusammenbruch erhobenen Scheidungsklagen, zu denen Informationen zum Alter der Parteien vorliegen, waren 68 Ehemännern älter als ihre Ehefrau und 33 Ehefrauen waren älter als ihr Ehemann – im Einzelfall bis zu 19 Jahren. Nur bei fünf Ehepaaren waren die Ehegatten im gleichen Jahr geboren worden.

Ehen, bei denen die Ehefrau (deutlich) älter war als ihr Ehemann, entsprachen nicht dem Verständnis von Ehe und Familie im Nationalsozialismus, vor allem weil die Möglichkeit der Geburt von Kindern bei Frauen der Zeit nach begrenzt war. Ganz unproblematisch war ein fortgeschrittenes Alter beim Ehemann aber auch nicht; schließlich konnte die Zeugungsfähigkeit nachlassen oder die Gefahr von Behinderungen bei den Kindern zunehmen.

| Altersunterschied | 1937 | 1938 | 1939 | 1940 | 1941 | 1942 | 1943 | 1944 | 1945 | Gesamt |
|---------------------------------|------|------|------|------|------|------|------|------|------|--------|
| Ehefrau mehr als 15 Jahre älter | - | - | 1 | 1 | - | - | 1 | - | - | 3 |
| Ehefrau 11–15 Jahre älter | - | - | - | - | - | - | - | 1 | - | 1 |
| Ehefrau 6 – 10 Jahre älter | - | 1 | 1 | - | - | - | - | 3 | - | 5 |
| Ehefrau 1 – 5 Jahre älter | - | 4 | 5 | 3 | 3 | 2 | 4 | 5 | 1 | 27 |
| Kein Alters-unterschied | - | 2 | 1 | - | - | - | 2 | - | - | 5 |
| Ehemann 1 – 5 Jahre älter | - | 6 | 6 | 5 | 6 | 2 | 9 | 7 | - | 41 |
| Ehemann 6–10 Jahre älter | 1 | 1 | 1 | 1 | 2 | 2 | 3 | 1 | 1 | 13 |

| | | | | | | | | | | |
|------------------------------------|---|----|----|----|----|---|----|----|---|-----|
| Ehemann 11 – 15 Jahre älter | - | 1 | 1 | - | 3 | 1 | - | 2 | - | 8 |
| Ehemann mehr als 15 Jahre älter | - | 1 | - | 1 | - | - | 1 | - | - | 3 |
| Keine Angabe | - | 6 | 3 | - | 4 | 2 | 4 | - | - | 19 |
| Insgesamt | 1 | 22 | 19 | 11 | 18 | 9 | 24 | 19 | 2 | 125 |

b. In den Jahren 1946 bis 1950

Bei 31 Ehen war die Ehefrau der ältere Ehegatte – in einem Verfahren betrug der Altersunterschied sogar 17 Jahre. Beim Großteil der Paare (in 126 Fällen) war der Ehemann älter als seine Ehefrau.

Bei 17 Paaren waren die Ehegatten im gleichen Jahr geboren worden.

In sieben von 181 Fällen fehlen in den Akten die erforderlichen Angaben, um den Altersunterschied zwischen den Ehegatten zu errechnen.

| Altersunterschied | 1946 | 1947 | 1948 | 1949 | 1950 | Gesamt |
|------------------------------------|------|------|------|------|------|--------|
| Ehefrau mehr als 15 Jahre älter | - | 1 | - | - | - | 1 |
| Ehefrau 11 – 15 Jahre älter | - | - | - | - | 1 | 1 |
| Ehefrau 6 – 10 Jahre älter | 1 | 2 | 2 | - | 1 | 6 |
| Ehefrau 1 – 5 Jahre älter | 6 | 4 | 9 | 4 | - | 23 |
| Kein Altersunterschied | 4 | 2 | 4 | 3 | 4 | 17 |
| Ehemann 1 – 5 Jahre älter | 9 | 12 | 18 | 14 | 12 | 65 |
| Ehemann 6 – 10 Jahre älter | 3 | 9 | 10 | 14 | 14 | 50 |
| Ehemann 11 – 15 Jahre älter | - | 1 | 1 | 1 | 1 | 4 |
| Ehemann mehr als 15 Jahre älter | - | - | 1 | 4 | 2 | 7 |
| Keine Angabe | 1 | 1 | 1 | 1 | 3 | 7 |
| Insgesamt | 24 | 32 | 46 | 41 | 38 | 181 |

Früher wie heute überwog bzw. überwiegt die Anzahl an Ehen, bei denen der Ehemann älter ist als seine Ehefrau. Dies zeigt sich auch beim untersuchten Bestand der R-Akten des Landgerichts Ravensburg über den gesamten Zeitraum hinweg. Bei den nach 1945 erhobenen Scheidungsklagen war deren Anteil mit 72,41 % noch größer als im Zeitraum bis einschließlich 1945 mit 64,15 %.

3. Armensache / Einstweilige Kostenbefreiung

a. In der Zeit bis Kriegsende

| Armensache | 1937 | 1938 | 1939 | 1940 | 1941 | 1942 | 1943 | 1944 | 1945 | Gesamt |
|----------------|------|------|------|------|------|------|------|------|------|--------------|
| Klägerseite | - | 6 | 3 | 4 | 5 | 2 | 4 | 4 | 1 | 29 23,20% |
| Beklagtenseite | - | 2 | - | 2 | 4 | - | - | 2 | 1 | 11 8,80 % |
| Beider | - | 6 | 7 | 2 | 7 | 4 | 8 | 3 | - | 37 29,6% |
| Keiner Partei | 1 | 8 | 9 | 3 | 2 | 3 | 12 | 10 | - | 48 38,4% |
| Insgesamt | 1 | 22 | 19 | 11 | 18 | 9 | 24 | 19 | 2 | 125 |

Bei der Mehrzahl der Verfahren erfüllte zumindest eine Partei die Voraussetzungen für die Bewilligung des Armenrechts nach §§ 114 ff. ZPO; in 29,6 % der Fälle waren die Verfahren sogar Armensache beider Parteien.

In 38,4 % der Scheidungsverfahren war keine Partei beteiligt, die zur Führung des Prozesses auf das Armenrecht angewiesen war; vergleichsweise hoch war der Anteil dieser Verfahren in den Jahren 1943 und 1944 mit 50 % (1943) und 52,63 % (1944).

b. In den Jahren 1946 bis 1950

| Armensache / EKB | 1946 | 1947 | 1948 | 1949 | 1950 | Gesamt |
|------------------|------|------|------|------|------|--------------|
| Klägerseite | 1 | 1 | 6 | 17 | 17 | 42 23,20% |
| Beklagtenseite | - | - | 6 | 4 | 4 | 14 7,73% |
| Beider | 4 | 4 | 12 | 6 | 7 | 33 18,23% |
| Keiner Partei | 19 | 27 | 22 | 14 | 10 | 92 50,83% |
| Insgesamt | 24 | 32 | 46 | 41 | 38 | 181 |

In den Jahren 1946 – 1950 war der Anteil derjenigen, die für die Führung des Scheidungsprozesses nicht auf das Armenrecht bzw. eine einstweilige Kostenbefreiung angewiesen waren, im Durchschnitt mit 50,83 % höher als vor dem Zusammenbruch. Vor allem in den Jahren 1946 und 1947 ist dieser Anteil – insbesondere im Vergleich zu den Verfahren bis einschließlich 1945 – sehr hoch: Im Jahre 1946 lag er bei 79,12 % und im Jahre 1947 bei 84,38 %.

Eine Erklärung für diesen Anstieg könnte das vorhandene Krisenbewusstsein wirtschaftlich besser gestellter Eheleute während der Kriegsjahre sein. Die Kriegsverhält-

nisse hatten meist auch Schwierigkeiten in wirtschaftlicher Hinsicht mit sich gebracht und eine Scheidung hätte das persönliche Hab und Gut noch zusätzlich gefährdet. Als es nach Kriegsende zu einer Stabilisierung der Verhältnisse kam, wagten einige finanziell besser gestellte Ehegatten wieder den Schritt zur Erhebung der Scheidungsklage.

Denkbar ist auch, dass Menschen, die in ärmlichen Verhältnissen lebten und in beruflicher Hinsicht nicht gut qualifiziert waren, der Not und dem steigenden Druck in den Kriegsjahren stärker ausgesetzt gewesen waren und keinen Weg fanden, mit dieser Situation umzugehen. Sorgen, Nöte und oft auch eine vorhandene Ausweglosigkeit aus denselben wirkten sich auf die ehelichen Verhältnisse aus und führten so möglicherweise zu einem Scheitern der Ehe.

In den Jahren 1949 und 1950 zeigt sich eine deutliche Umkehr; dort lag der Anteil der Verfahren, bei denen zumindest einer Partei das Armenrecht bzw. einstweilige Kostenbefreiung bewilligt worden war wieder deutlich höher mit 67,50 % (1949) und 73,68 % (1950).

4. Konfession

Der Großteil der Scheidungsurteile enthält im Tatbestand eine Angabe zur Religionszugehörigkeit der Parteien.

Bei den 125 zu den vor dem Zusammenbruch erhobenen Klagen ergangenen Urteilen ist in 21 Fällen bei beiden Parteien und in einem Fall bei der Ehefrau die Konfession nicht angegeben, bzw. nicht leserlich.

Bei den 181 Urteilen, die zu den in den Jahren 1946 bis 1950 eingeleiteten Scheidungsverfahren ergingen, fehlt diese Angabe - bzw. ist unleserlich - in 12 Fällen bei beiden Parteien und bei dem Ehemann in einem Fall.

Die vorhandenen Angaben ergeben folgende Aufteilung:

a. In der Zeit bis Kriegsende

| Konfession | Ehemann | Ehefrau |
|-----------------------------|---------|---------|
| Katholisch | 71 | 74 |
| evangelisch / reformiert | 26 | 27 |
| Gottgläubig | 5 | - |
| kath., jüdischer Abstammung | 1 | 1 |
| Ohne Konfession | 1 | 1 |
| Keine Angabe / unleserlich | 21 | 22 |
| Insgesamt | 125 | |

Die deutliche Mehrzahl der Beteiligten war katholischen Glaubens. 68,27 % der Ehemänner und 71,84 % der Ehefrauen gehörten dieser in Oberschwaben und damit auch im Landgerichtsbezirk Ravensburg am weitest verbreiteten Religionsgemeinschaft an.

25,00 % der Ehemänner und 26,21 % der Ehefrauen waren evangelischen Glaubens und damit Angehörige der in Oberschwaben nach der katholischen Konfession am zweit häufigsten vorkommenden Glaubensrichtung.

Jeweils ein Ehemann und eine Ehefrau wurden zwar als Angehörige des katholischen Glaubens bezeichnet. Im Tatbestand des Urteils wird zugleich aber ihre ursprüngliche jüdische Abstammung genannt.

Nur zwei der beteiligten Ehegatten, von denen Informationen zur Konfession vorlagen, gehörten keiner Religionsgemeinschaft an.

Fünf Ehemänner wurden im Tatbestand der jeweiligen Urteile als „gottgläubig“ bezeichnet.

Bei insgesamt 28 Ehepaaren gehörten die Ehegatten unterschiedlichen Religionen an, bzw. ein Ehegatte gehörte einer Religion an, während der andere keiner Religionsgemeinschaft angehörte.

Für die Stadt Ravensburg ließ sich für die Zeit des Dritten Reiches sowohl eine wachsende Gleichgültigkeit gegenüber kirchlichen Trauungen als auch eine abnehmende Beachtung der herkömmlichen konfessionellen Schranken verzeichnen: Im Jahre 1936 waren noch 88,0 % aller standesamtlich getrauten Paare zusätzlich vor den kirchlichen Traualtar getreten, wohingegen im Jahre 1940 nur noch 57,0 % der Ehepaare auch kirchlich heirateten. Hatten Eheschließungen zwischen Partnern unterschiedlicher Konfession in den Jahren der Weimarer Republik durchschnittlich 18,7 % aller Eheschließungen ausgemacht, so stieg ihr Anteil zwischen 1933 und 1944 auf fast 30,0 %³³¹.

Diese Entwicklung ging in der Stadt Ravensburg nicht mit einem deutlichen Anstieg von Kirchenaustritten einher. Diese lagen im Verhältnis zur Gesamtzahl der Katholiken und Protestanten auf evangelischer Seite geringfügig höher als auf katholischer, erreichten in den Kriegsjahren bezogen auf den Anteil von Katholiken und Protestanten an der Einwohnerzahl aber bei beiden Konfessionen nicht einmal 0,5 % Prozent jährlich³³².

b. In den Jahren 1946 – 1950

| Konfession | Ehemann | Ehefrau |
|-----------------------------|---------|---------|
| Katholisch | 105 | 109 |
| Evangelisch | 54 | 54 |
| Gottgläubig | 1 | - |
| Reformiert | 2 | 1 |
| Kath., jüdischer Abstammung | - | - |

³³¹ Eitel, Ravensburg, S.272.

³³² Eitel, Ravensburg, S. 271.

| | | |
|----------------------------|-----|-----|
| Orthodox | 1 | - |
| Griechisch-orthodox | 1 | 1 |
| Altkatholisch | - | 1 |
| Neuapostolisch | - | 1 |
| Adventistin | | 1 |
| Ausdrücklich ohne | 4 | 1 |
| Keine Angabe / unleserlich | 13 | 12 |
| Insgesamt | 181 | 181 |

Auch bei den nach dem Zusammenbruch erhobenen Ehescheidungsklagen war der Großteil der Beteiligten katholisch (62,50 % der Ehemänner und 64,50 % der Ehefrauen), wobei der Anteil der Katholiken insgesamt etwas geringer war.

Der Anteil der evangelischen Ehegatten war mit 31,14 % der Ehemänner und 31,95% der Ehefrauen etwas höher als in der Zeit bis Kriegsende.

Nur noch ein Ehemann wurde als gottgläubig bezeichnet. Bei keiner der Parteien wurde eine jüdische Abstammung erwähnt.

Nur fünf Beteiligte gehörten keiner Konfession an; einer von ihnen war vor seinem Austritt evangelischen Glaubens. Es zeigt sich über den gesamten untersuchten Zeitraum, dass nur wenige Beteiligte ihre Haltung zu Kirche und Glauben während des Dritten Reichs nach außen hin erkennbar geändert hatten und aus der Kirche ausgetreten waren.

Jeweils eine Partei wurde als orthodox, altkatholisch, neuapostolisch, adventistisch und ein Ehepaar als griechisch-orthodox bezeichnet. Die Adventistin war ursprünglich Katholikin.

Bei 40 Ehepaaren gehörten die Ehegatten jeweils unterschiedlichen Religionsgemeinschaften an, bzw. es war einer der Ehegatten ohne Konfession.

Eine katholische Ehefrau war ursprünglich evangelischen Glaubens gewesen, war aber nach ihrer Heirat mit einem Katholiken zum katholischen Glauben konvertiert.

Ein evangelischer Ehemann wurde Katholik, obwohl auch seine Ehefrau evangelischen Glaubens war.

Es zeigt sich, dass der Anteil der katholischen Parteien an den untersuchten Scheidungsverfahren geringer war, als der Anteil der Einwohner katholischen Glaubens im Landgerichtsbezirk Ravensburg. Bei den evangelischen Christen zeigte sich genau das umgekehrte Bild. Deren Beteiligung an den untersuchten Scheidungsverfahren lag deutlich höher als ihr Anteil an der Gesamtbevölkerung.

Eine mögliche Ursache könnte die bis heute noch bestehende strikte ablehnende Haltung der katholischen Kirche gegenüber Ehescheidungen sein, während die reformierten Christen bereits in früheren Zeiten Ehescheidungen liberaler gegenüberstehen.

5. Wohnort

Bei der Herkunft der Beteiligten wird zwischen städtischer und ländlicher Herkunft unterschieden.

Der Landgerichtsbezirk Ravensburg zeichnete sich im untersuchten Zeitraum durch eine überwiegend ländliche Prägung aus. Selbst die größeren Städte im Landgerichtsbezirk wie Ravensburg oder Friedrichshafen zählten höchstens gut 25.000 Einwohner. Weitere große Städte waren beispielsweise Biberach und Wangen.

Die Herkunft einer Partei wird im Rahmen dieser Untersuchung als städtisch bezeichnet, wenn diese zum Zeitpunkt des Scheidungsverfahrens in einer der oben genannten Städte ihren Wohnsitz / ständigen Aufenthalt hatte. Ebenfalls einer städtischen Herkunft zugeordnet wurden etwas kleinere Städte wie etwa Waldsee, Saulgau oder Riedlingen, die zwar weniger Einwohner wie Ravensburg, Biberach oder Wangen hatten, sich aber von den übrigen kleinen Städten im Landgerichtsbezirk Ravensburg dadurch „abhoben“, dass im Ort Behörden oder ein Amtsgericht vorhanden und auch Rechtsanwälte ansässig waren oder es sich bei ihnen um Kreisstädte oder ehemaligen Kreisstädte (vor dem Gesetz über die Landeseinteilung vom 25. April 1938) handelte.

Ebenfalls der städtischen Herkunft zugeordnet wurden vergleichbare oder größere Städte außerhalb des Landgerichtsbezirks Ravensburg.

Sofern nur von einem der am Scheidungsverfahren beteiligten Ehegatten der Wohnsitz bekannt war, war dieser für die Einordnung beider Ehegatten maßgebend.

a. In der Zeit bis Kriegsende

| Herkunft | 1937 | 1938 | 1939 | 1940 | 1941 | 1942 | 1943 | 1944 | 1945 | Gesamt |
|--------------|------|------|------|------|------|------|------|------|------|--------|
| beide Land | - | 3 | 6 | 3 | 2 | - | 4 | 3 | 1 | 22 |
| beide Stadt | - | 16 | 7 | 4 | 9 | 7 | 13 | 12 | - | 68 |
| gemischt | 1 | 3 | 5 | 4 | 6 | 2 | 7 | 4 | 1 | 33 |
| un-leserlich | - | - | 1 | - | 1 | - | - | - | - | 2 |
| insgesamt | 1 | 22 | 19 | 11 | 18 | 9 | 24 | 19 | 2 | 125 |

Mit 17,89 % ist der Anteil der Beteiligten Ehepaare, bei denen sowohl Ehemann als auch Ehefrau zum Zeitpunkt des Scheidungsverfahrens auf dem Land wohnten, sehr gering.

Mehr als die Hälfte (55,28 %) der beteiligten Ehepaare hatten beide ihren Wohnsitz / ständigen Aufenthalt in der Stadt. Bei weiteren 33 Ehepaaren (26,83 %) wohnte zumindest einer der Ehegatten in der Stadt.

Es war daher überwiegend die „städtische“ Bevölkerung, die an den Scheidungsverfahren beteiligt waren.

In ländlichen Strukturen wurde eine Ehescheidung schneller publik und zum Gegenstand des Gesprächs der Leute. Daher waren die scheidungswilligen Ehegatten auf dem

Land – wo jeder jeden kannte – eher den Sticheleien und dem Gerede ihrer Mitmenschen ausgesetzt als in der Stadt. Ehescheidungen und andere „Skandale“ waren dort auch seltener und daher auch für das „Dorfgespräch“ interessanter. Diese Aussicht hatte den einen oder anderen seiner Ehe müde gewordenen Beteiligten sicher von einer Scheidung abgehalten. Ebenso war es auf dem Land für einen geschiedenen Ehegatten oft schwieriger wieder einen neuen Partner zu finden, zumal die Auswahl an möglichen neuen Partnern dort geringer und der Makel der Scheidung allseits bekannt war.

b. In den Jahren von 1946 – 1950

| Herkunft | 1946 | 1947 | 1948 | 1949 | 1950 | Gesamt |
|-------------|------|------|------|------|------|--------|
| Beide Land | 11 | 7 | 13 | 10 | 16 | 57 |
| Beide Stadt | 9 | 12 | 18 | 18 | 14 | 71 |
| Gemischt | 4 | 12 | 15 | 13 | 8 | 52 |
| unleserlich | - | 1 | - | - | - | 1 |
| Insgesamt | 24 | 32 | 46 | 41 | 38 | 181 |

Mit 31,67 % ist der Anteil der Ehepaare, bei denen beide Ehegatten auf dem Land lebten, deutlich höher als in den Jahren bis 1945.

Insbesondere im Jahr 1946 ist der Anteil der ländlichen Bevölkerung mit 45,83 % um rund das 2,6-fache höher als in den Jahren bis zur Kapitulation. Auch im Jahr 1950 ist dieser Anteil mit 42,11 % überdurchschnittlich hoch.

Mit 71 von 180 bekannten Fällen (39,44 %) waren es im Vergleich zu den Jahren des Dritten Reichs gut 15 % weniger Paare, bei denen beide Ehegatten in der Stadt lebten.

Mit 28,89 %-Anteil derjenigen Paare, bei denen einer der Ehegatten auf dem Land lebte und einer in der Stadt, änderte sich dieser Anteil nur geringfügig im Vergleich zu der Zeit vor dem Zusammenbruch.

Es zeigt sich somit eine Veränderung bezüglich der Herkunft der Beteiligten im Vergleich zu der Zeit bis einschließlich 1945. Der Anteil der Paare mit beiderseitiger ländlicher Herkunft stieg im Vergleich, während sich der Anteil der Ehepaare mit beiderseitiger städtischer Herkunft verringerte.

Eine Erklärung für diese Veränderung könnte eine langsame Liberalisierung der Haltung zu Ehe und Familie auf dem Land sein.

6. Beruf

Hinsichtlich der an den untersuchten Scheidungsverfahren beteiligten Personen ergibt sich folgendes Bild:

a. Der Beruf Ehemanns in der Zeit bis Kriegsende

| Beruf | 1937 | 1938 | 1939 | 1940 | 1941 | 1942 | 1943 | 1944 | 1945 | Gesamt |
|------------------|------|-----------------|------|------|------|------|------|------|------|--------|
| Arbeiter | - | 2 | 9 | 3 | 4 | 2 | 1 | 7 | 1 | 29 |
| Handwerker | 1 | 8 | 4 | 3 | 5 | 2 | 11 | 5 | - | 39 |
| Handel / Gewerbe | - | 2 | 1 | 1 | 1 | 1 | - | - | 1 | 7 |
| Angestellte | - | 5 | 2 | 2 | 4 | 1 | 4 | 3 | - | 21 |
| Beamte | - | - | - | 1 | - | 2 | 2 | 2 | - | 7 |
| Akademiker | - | 3 | 1 | - | - | 1 | 1 | 1 | - | 7 |
| Landwirt | - | - | - | - | - | - | - | - | - | - |
| Sonstige | - | 1 ¹⁰ | - | - | - | - | - | - | - | 1 |
| k. A. | - | 1 | 2 | 1 | 4 | - | 5 | 1 | - | 14 |
| Insgesamt | 1 | 22 | 19 | 11 | 18 | 9 | 24 | 19 | 2 | 125 |

¹⁰ Dentist.

Den größten Anteil bilden mit 35,14 % der beteiligten Ehemänner die Handwerker und Handwerksmeister.

Mit 26,13 % waren knapp ein Viertel der Ehemänner als Arbeiter tätig. Weitere 18,92 % verdienten ihren und den Lebensunterhalt ihrer Familie als Angestellte.

Der Anteil der Gewerbetreibenden, Akademiker und der Beamten war mit jeweils 6,31 % sehr gering.

Hier muss berücksichtigt werden, dass sich im Landgerichtsbezirk Ravensburg keine Universität befindet und der Bezirk von überwiegend ländlichen Strukturen geprägt war. Dennoch war vor dem Zusammenbruch auch kein Landwirt an einem der Scheidungsverfahren beteiligt.

b. Der Beruf des Ehemannes in den Jahren 1946 – 1950

| Beruf | 1946 | 1947 | 1948 | 1949 | 1950 | Gesamt |
|------------------|------|-----------------|-----------------|-----------------|------|--------|
| Arbeiter | - | 4 | 4 | 11 | 6 | 25 |
| Handwerker | 9 | 9 | 13 | 13 | 11 | 55 |
| Handel / Gewerbe | - | 1 | 1 | 3 | - | 5 |
| Angestellte | 8 | 7 | 13 | 7 | 9 | 44 |
| Beamte | 3 | 3 | 6 | 3 | 1 | 16 |
| Akademiker | 1 | 4 | 4 | 2 | 6 | 17 |
| Landwirt | 3 | 3 | 2 | 1 | 2 | 11 |
| Sonstige | - | 1 ¹¹ | 1 ¹² | 1 ¹³ | - | 3 |
| k. A. | - | - | 2 | - | 3 | 5 |
| Insgesamt | 24 | 32 | 46 | 41 | 38 | 181 |

¹¹ Dentist.

¹² Privatier.

¹³ Privatier.

Auch bei den nach dem Zusammenbruch erhobenen Scheidungsklagen waren mit 31,25 % die meisten Ehemänner als Handwerker oder Handwerksmeister beschäftigt. Deren Anteil weicht nur geringfügig nach unten von dem Prozentsatz ab, den diese Berufsgruppe in den Jahren bis einschließlich 1945 einnahm.

Mit 14,20 % verzeichneten die männlichen Arbeiter einen deutlich geringeren Anteil als mit 26,13 % in den Jahren bis zur Kapitulation.

Mit 25,00 % stieg der Anteil der Ehemänner, die als Angestellte tätig waren, im Vergleich um gut sechs Prozentpunkte.

Sowohl der Anteil der beteiligten männlichen Beamten mit 9,09 % als auch der Anteil der beteiligten männlichen Akademiker mit 9,66 % war höher als bei den in den Jahren 1937 bis 1945 erhobenen Scheidungsklagen.

Insgesamt elf Landwirte waren Partei in einem der Scheidungsverfahren. Eine deutliche Veränderung zu dem Zeitraum von 1937 bis 1945, in dem kein Landwirt beteiligt war.

Dies könnte daraus resultieren, dass auch die Landwirte in den Kriegsjahren unter schwierigen Bedingungen arbeiten mussten um ihren Hof aufrechtzuerhalten und damit der Familie den Lebensunterhalt sichern zu können. Eine Ehescheidung hätte in den ohnehin schwierigen Kriegsjahren zu einer Zerstörung der Landwirtschaft, deren Betrieb auf die Mitarbeit der Ehefrau angewiesen war, führen können.

Bei einem Vergleich der Berufsgruppen der beteiligten Männer in den Jahren vor und nach 1945 lässt sich feststellen, dass nach dem Zusammenbruch der Anteil der Angestellten, Beamten und Akademiker höher ist als in der Zeit bis einschließlich 1945. Meist gingen diese Ehemänner eher geistiger als körperlicher Arbeit nach, was auf eine bessere Bildung und einen intellektuelleren Hintergrund schließen lässt als bei einem Arbeiter oder Handwerker. Dieser Hintergrund war es vielleicht auch, der die beteiligten Ehemänner in den schweren Kriegszeiten von einer Ehescheidungsklage abhielt, da bei ihnen eventuell ein stärkeres Bewusstsein dafür da war, dass die ohnehin schweren Zeiten nicht noch durch eine Scheidung (und ihre Konsequenzen in wirtschaftlicher Hinsicht) verschlechtert werden sollten.

Die Angehörigen dieser Berufsgruppen hatten meist auch ein höheres monatliches Einkommen als ein Arbeiter oder Handwerker. Dies erklärt auch den in den Nachkriegsjahren im Vergleich zu der Zeit bis 1945 geringeren Anteil an Armenrechtsverfahren / Verfahren mit einstweiliger Kostenbefreiung.

Entsprechend dem damaligen – von der späteren Emanzipation weit entfernten – Frauen- und Rollenbild ging der Großteil der Ehefrauen in der sog. „Alleinverdiener-ehe“ keiner beruflichen Tätigkeit nach, sondern kümmerte sich ausschließlich um Haushalt und Kinder.

Bei 80 von 125 Verfahren findet sich wohl deshalb auch auf dem Aktendeckel oder dem Scheidungsurteil keine Angabe zum Beruf der Ehefrau. In 15,56 % der übrigen Fäl-

le wird die beteiligte Ehefrau ausdrücklich mit der Berufsbezeichnung Hausfrau aufgeführt.

Mit der familien- und arbeitsmarktpolitischen Maßnahme des „Ehestandsdarlehen“ war der Ehefrau in der Zeit des Nationalsozialismus zudem ein finanzieller Anreiz zur Aufgabe ihrer Berufstätigkeit nach Eheschließung gegeben worden. Jungvermählten wurde für die Beschaffung von Hausrat vom Staat ein unverzinsliches Darlehen gewährt, sofern die bis dahin berufstätige Ehefrau ihre berufliche Tätigkeit mit der Eheschließung aufgab. Für jedes lebend geborene Kind wurden 25,0 % der Darlehenssumme erlassen. Von diesen zinslosen Darlehen machten in der Stadt Ravensburg 40,0 % aller Eheschließenden zwischen 1933 und 1936 Gebrauch, während es im Reich im Jahre 1935 lediglich 25,0 % waren³³³.

c. Der Beruf der Ehefrau in der Zeit bis Kriegsende

| Beruf | 1937 | 1938 | 1939 | 1940 | 1941 | 1942 | 1943 | 1944 | 1945 | Gesamt |
|------------------|------|------|------|------|------|------|------|------|------|--------|
| Arbeiter | - | 3 | 3 | - | 2 | 2 | 3 | 1 | - | 14 |
| Handwerker | - | - | - | 1 | 1 | - | 1 | - | - | 3 |
| Handel / Gewerbe | - | - | 1 | 1 | - | - | - | - | - | 2 |
| Angestellte | - | 4 | 2 | 4 | 3 | 2 | 3 | - | 1 | 19 |
| Beamte | - | - | - | - | - | - | - | - | - | - |
| Akademiker | - | - | - | - | - | - | - | - | - | - |
| Landwirt | - | - | - | - | - | - | - | - | - | - |
| Sonstige | - | - | - | - | - | - | - | - | - | - |
| Hausfrau | - | 2 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | - | - | 7 |
| k. A. | 1 | 13 | 12 | 4 | 11 | 4 | 16 | 18 | 1 | 80 |
| Insgesamt | 1 | 22 | 19 | 11 | 18 | 9 | 24 | 19 | 2 | 125 |

47,5 % der beteiligten Ehefrauen, bei denen das Scheidungsurteil Informationen zum Beruf der Ehefrau gibt, wurden vom Landgericht Ravensburg als Angestellte bezeichnet.

35,00 % dieser Ehefrauen waren als Arbeiterin tätig, weitere 7,50 % gingen handwerklichen Berufen nach.

Nur zwei Ehefrauen waren der Berufsgruppe Handel und Gewerbe zuzuordnen.

Keine der Ehefrauen wurde vom Landgericht Ravensburg als Beamtin, Akademikerin oder Landwirtin bezeichnet.

³³³ Eitel, Ravensburg, S. 273.

d. Der Beruf der Ehefrau in den Jahren 1946 bis 1950

| Beruf | 1946 | 1947 | 1948 | 1949 | 1950 | Gesamt |
|------------------|------|------|------|------|------|--------|
| Arbeiter | 1 | - | 1 | - | - | 2 |
| Handwerker | 1 | - | 1 | 2 | - | 4 |
| Handel / Gewerbe | - | 1 | - | - | - | 1 |
| Angestellte | 3 | 1 | 1 | 5 | 1 | 11 |
| Beamte | - | - | - | - | - | - |
| Akademiker | 1 | 1 | - | - | - | 2 |
| Landwirt | - | - | - | - | - | - |
| Sonstige | - | - | - | - | - | - |
| Hausfrau | - | - | 3 | 2 | 3 | 8 |
| k. A. | 18 | 29 | 40 | 32 | 34 | 153 |
| Insgesamt | 24 | 32 | 46 | 41 | 38 | 181 |

Auch in den Jahren ab 1946 lassen sich in auf dem Aktendeckel und den Scheidungsurteilen nur in wenigen Fällen Angaben zum Beruf der Ehefrau finden. In 153 von 181 (84,53 %) fehlt eine solche Angabe.

In 39,29 % der Fälle mit Berufsangabe findet sich die Berufsbezeichnung als Angestellte. 7,14 % dieser Ehefrauen waren als Arbeiterin tätig; weitere fünf Ehefrauen (17,86 %) gingen handwerklichen Berufen nach.

Mit 2 Ehefrauen (7,14 % der Fälle mit Angaben zum Beruf im Scheidungsurteil) waren nach Kriegsende auch Akademikerinnen beteiligt.

Wie im Zeitraum vor dem Zusammenbruch wird von den 181 Ehefrauen vom Landgericht Ravensburg keine als Landwirtin bezeichnet.

Vergleicht man die oben genannten Angaben aus den Jahren 1939 und 1946 zu den männlichen Personen nach der Stellung im Beruf in Südwürttemberg und die Verteilung der beteiligten Ehemänner in den Scheidungsverfahren im Zeitraum vor und nach dem Zusammenbruch, so lässt sich beispielsweise feststellen, dass bei den Scheidungsverfahren bei der Berufsgruppe der Selbständigen kein entsprechender Anstieg wie bei der Gesamtzahl der Männer in Südwürttemberg zu verzeichnen ist.

Lediglich bei der Berufsgruppe der männlichen Arbeiter zeigt sich eine parallele Reduktion.

Aufgrund der „spärlichen“ Angaben des Landgerichts zum Beruf der beteiligten Ehefrauen ist keine aussagekräftige vergleichende Untersuchung zur Gesamtbevölkerung in Südwürttemberg möglich.

7. Staatsangehörigkeit

In den Scheidungsurteilen gab das Landgericht Ravensburg über den gesamten untersuchten Zeitraum hinweg im Tatbestand Informationen zur Staatsangehörigkeit der Beteiligten. Fehlen diese, lässt sich dies meist darauf zurückführen, dass die Staatsangehörigkeit des betreffenden Beteiligten nicht bekannt war oder sich nicht ermitteln ließ. In vereinzelt handschriftlichen Urteilen war die Angabe zur Staatsangehörigkeit nicht leserlich geschrieben.

In der überwiegenden Mehrzahl der Fälle bezeichnete das Landgericht Ravensburg die Staatsangehörigkeit der Parteien des Scheidungsverfahrens mit reichsdeutsch³³⁴, bzw. deutsch. Die Verfahren unter Beteiligung ausländischer Staatsangehöriger (bei einigen dieser Ehegatten war es aufgrund der Heirat zu einem Wechsel der Staatsangehörigkeit gekommen) spielten sowohl in den Kriegsjahren als auch in den Nachkriegsjahren eine untergeordnete Rolle. Für den Zeitraum ab dem Jahr 1946 lässt sich aber ein Anstieg der Verfahren feststellen, bei denen zumindest einer der Beteiligten (ehemals) ausländischer Staatsangehöriger war. Ein Großteil dieser ausländischen Ehegatten stammte aus Osteuropa.

In der folgenden Übersicht ist die Herkunft derjenigen Beteiligten dargestellt, die nicht ursprünglich reichsdeutsch / deutsch waren, bzw. zum Zeitpunkt des Verfahrens keine Reichsdeutschen / Deutschen waren.

| Verfahren | Nationalität Ehemann | Nationalität Ehefrau |
|---|--|---|
| R 109 / 1938 | - | ursprünglich Schweizerin, durch Heirat Reichsdeutsche |
| R 35 / 1939 R 74 / 1939 R 27 / 1939 | - | ursprünglich Schweizerin, durch Heirat Reichsdeutsche |
| R 27 / 1939 | ursprünglich Österreicher, jetzt Reichsdeutscher | ursprünglich Österreicherin, jetzt Reichsdeutsche |
| R 26 / 1940 | Pole | Reichsdeutsche, durch Heirat Polin, jetzt wieder Reichsdeutsche |
| R 311 / 1940 | Italiener | Reichsdeutsche, durch Heirat Italienerin, jetzt wieder Reichsdeutsche |
| R 133 / 1941 | ursprünglich Rumäne, jetzt Reichsdeutscher | Rumänin |
| R 201 / 1942 | - | ursprünglich Schweizerin, jetzt Reichsdeutsche |
| R 07 / 1943 | ursprünglich Österreicher, jetzt Reichsdeutscher | ursprünglich Argentinierin, durch Heirat Österreicherin, jetzt Reichsdeutsche |
| R 100 / 1943 | ursprünglich Pole, jetzt staatenlos | Volksdeutsche ¹⁴ , ins Reich eingebürgert |
| R 140 / 1944 | Reichsdeutscher aus Oberschlesien | ursprünglich Österreicherin, jetzt Reichsdeutsche |

³³⁴ Reichsdeutsch war die zeitgenössische, umgangssprachliche Bezeichnung der deutschen Bewohner des deutschen Reiches von 1871 bis 1945.

| | | |
|--------------|--|---|
| R 251 / 1946 | Ungar | ursprünglich Dänin, jetzt Ungarin |
| R 321 / 1946 | ursprünglich Pole, dann Deutscher, jetzt wieder Pole | ursprünglich Polin, dann Deutsch, jetzt ungeklärt |
| R 467 / 1946 | Russe | ursprünglich Russin, jetzt Deutsche |
| R 480 / 1946 | Österreicher | ohne Angabe |
| R 560 / 1946 | Österreicher | ursprünglich Deutsche, durch Heirat Österreicherin |
| R 87 / 1947 | Ungar | Ungarin |
| R 122 / 1947 | früher Pole, jetzt staatenlos | keine Angabe, geboren in Polen |
| R 213 / 1947 | früher Lette, jetzt staatenlos | Lettin |
| R 377 / 1947 | zuletzt Litauer | zuletzt Litauerin |
| R 393 / 1947 | Este | Estin |
| R 394 / 1947 | Este | Estin |
| R 411 / 1947 | - | ursprünglich Schweizerin, durch Heirat Deutsche |
| R 423 / 1947 | Este | Estin |
| R 529 / 1947 | ohne Angabe, gebürtig in Siebenbürgen | ohne Angabe, gebürtig in Siebenbürgen |
| R 23 / 1948 | früher Este | früher Estin, jetzt staatenlos |
| R 104 / 1948 | Volksdeutscher aus dem Buchenland | Volksdeutsche aus dem Buchenland |
| R 118 / 1948 | früher Bessarabient, jetzt Deutscher | früher Bessarabientin, jetzt Deutsche |
| R 197 / 1948 | Rumäne, jetzt staatenlos | Rumänin |
| R 207 / 1948 | Litauer | Litauerin |
| R 307 / 1948 | - | ursprünglich Liechtensteinerin, durch Heirat Deutsche |
| R 471 / 1948 | sowjetischer Staatsbürger | sowjetische Staatsbürgerin |
| R 17 / 1949 | - | Volksdeutsche |
| R 69 / 1949 | ursprünglich Tscheche-Slowake, jetzt Volksdeutscher | ursprünglich Deutsche, durch erneute Eheschließung (Doppelehe) Französin |
| R 70 / 1949 | Österreicher | keine Angabe |
| R 122 / 1949 | Volksdeutscher | früher Polin, jetzt unbekannt |
| R 201 / 1949 | - | ursprünglich Österreicherin, durch Heirat Deutsche |
| R 284 / 1949 | ursprünglich Ungar, jetzt staatenlos | keine Angabe, ursprünglich ungarisch |
| R 414 / 1949 | ursprünglich Pole, jetzt staatenlos | keine Angabe |
| R 434 / 1949 | - | ursprünglich Schweizerin, durch Heirat Deutsche |
| R 469 / 1949 | ursprünglich Tscheche, jetzt sudetendeutscher Flüchtling | Ursprünglich Tschechin, keine Angabe |
| R 495 / 1949 | - | ursprünglich Österreicherin, durch Heirat Deutsche, jetzt wieder Österreicherin |

| | | |
|--------------|---|--|
| R 499 / 1949 | ursprünglich Tscheche, jetzt ungeklärt; einem deutschen Staatsangehörigen gleichgestellt | Ursprünglich Tschechin, jetzt ungeklärt |
| R 512 / 1949 | Volksdeutscher | früher Polin, jetzt unbekannt |
| R 36 / 1950 | ursprünglich Pole, jetzt Flüchtling unter dem Schutz der International Refugee Organization (= IRO) | ursprünglich Polin, jetzt keine Angabe |
| R 79 / 1950 | ursprünglich Jugoslawe, jetzt Deutscher | ursprünglich Jugoslawin, jetzt Deutsche |
| R 81 / 1950 | | ursprünglich Jugoslawin, jetzt keine Angabe |
| R 88 / 1950 | ursprünglich Pole, jetzt keine Angabe | ursprünglich Polin, jetzt keine Angabe |
| R 105 / 1950 | Volksdeutscher, Flüchtling aus Jugoslawien | Volksdeutsche, Flüchtling aus Jugoslawien |
| R 114 / 1950 | - | ursprünglich Jugoslawin, durch Heirat Deutsche |
| R 140 / 1950 | ursprünglich Litauer, jetzt Flüchtling | ursprünglich Litauerin, jetzt unbekannt |
| R 152 / 1950 | Staatenloser unter dem Schutz des IRO | keine Angabe |
| R 205 / 1950 | ursprünglich Jugoslawe, dann Reichsdeutscher, jetzt ungeklärt | - |
| R 206 / 1950 | ursprünglich Volksdeutscher, jetzt Deutscher | Volksdeutsche |
| R 229 / 1950 | Staatenloser unter dem Schutz des IRO | keine Angabe |
| R 261 / 1950 | ursprünglich Deutscher, dann Litauer, jetzt wieder Deutscher | zuletzt Deutsche, jetzt unbekannt |
| R 327 / 1950 | Volksdeutscher | Slowakin |
| R 348 / 1950 | Volksdeutscher, aus der Tschechoslowakei ausgewandert | Volksdeutsche, aus der Tschechoslowakei ausgewandert |
| R 374 / 1950 | ursprünglich Pole, jetzt Flüchtling unter dem Schutz der IRO | ursprünglich Polin, jetzt keine Angabe |
| R 436 / 1950 | Volksdeutscher | - |
| R 455 / 1950 | ursprünglich Deutscher, jetzt ungeklärt | Tschechin |
| R 463 / 1950 | Volksdeutscher, früher Russe | keine Angabe |
| R 477 / 1950 | ursprünglich Pole, jetzt Flüchtling unter dem Schutz der IRO | ursprünglich Polin, jetzt keine Angabe |
| R 478 / 1950 | ursprünglich Deutscher, jetzt Pole | - |

¹⁴ Volksdeutsche war bis 1945 eine Bezeichnung für außerhalb Deutschlands in den Grenzen von 1937 und Österreichs lebenden Personen mit deutscher Volkszugehörigkeit aber nicht-deutscher Staatsangehörigkeit, vor allem in Ost- und Südosteuropa.

8. Dauer der Ehe

Alle 306 Scheidungsurteile führen im Tatbestand auf, in welchem Jahr die Ehe und an welchem Ort die Ehe zwischen den Parteien geschlossen wurde. Bei drei Scheidungsur-

teilen ist die Angabe über das Jahr und den Ort der Eheschließung zwar vorhanden, aber unleserlich.

Ein Ehepaar hatte vor der Jahrhundertwende von 1900 im Jahre 1886 geheiratet, alle anderen waren den Bund der Ehe im 20. Jahrhundert eingegangen.

a. Jahr der Eheschließung - In der Zeit bis Kriegsende

| Jahr der Eheschließung | 1937 | 1938 | 1939 | 1940 | 1941 | 1942 | 1943 | 1944 | 1945 | Gesamt |
|------------------------|------|------|------|------|------|------|------|------|------|--------|
| Vor 1900 | - | 1 | - | - | - | - | - | - | - | 1 |
| 1900 – 1913 | - | 3 | 2 | 1 | - | 1 | - | 1 | 1 | 9 |
| 1914 – 1918 | - | 2 | 4 | 1 | 1 | - | 3 | 1 | - | 12 |
| 1919 – 1925 | 1 | 9 | 6 | 1 | 8 | 2 | 7 | 2 | - | 36 |
| 1926 – 1932 | - | 5 | 4 | 5 | 5 | 2 | 4 | 4 | 1 | 30 |
| 1933 – 1935 | - | 2 | 1 | 3 | 2 | 3 | 6 | 1 | - | 18 |
| 1936 – 1938 | - | - | 1 | - | - | - | 3 | 5 | - | 9 |
| 1939 | - | - | - | - | - | 1 | - | - | - | 1 |
| 1940 | - | - | - | - | - | - | 1 | 1 | - | 2 |
| 1941 | - | - | - | - | - | - | - | 2 | - | 2 |
| 1942 | - | - | - | - | - | - | - | 1 | - | 1 |
| 1943 | - | - | - | - | - | - | - | 1 | - | 1 |
| 1944 | - | - | - | - | - | - | - | - | - | - |
| 1945 | - | - | - | - | - | - | - | - | - | - |
| unleserlich | - | - | 1 | - | 2 | - | - | - | - | 3 |
| Insgesamt | 1 | 22 | 19 | 11 | 18 | 9 | 24 | 19 | 2 | 125 |

In diesen 125 Fällen, in denen die Ehescheidungsklage bereits vor dem Zusammenbruch im Jahre 1945 erhoben wurde, war der Großteil der Ehen (72,13 %) bereits vor der Machtübernahme durch die Nationalsozialisten im Jahre 1933 geschlossen worden.

In den Jahren 1933 bis 1938 waren 22,13 % der Ehepaare die Ehe miteinander eingegangen.

Nur sieben (5,74 %) der Paare, die eine Scheidung ihrer Ehe anstrebten, hatten in den Kriegsjahren die Ehe miteinander geschlossen. Beachtet werden muss in diesem Zusammenhang das Erfordernis der dreijährigen Heimtrennung für eine Scheidung nach dem Zerrüttungstatbestand; diese Voraussetzung lag bei Ehen, die aus den letzten Kriegsjahren stammten, oft (noch) nicht vor.

b. Jahr der Eheschließung - In den Jahren von 1946 bis 1950

| Jahr der Eheschließung | 1946 | 1947 | 1948 | 1949 | 1950 | Gesamt |
|------------------------|------|------|------|------|------|--------|
| Vor 1900 | - | - | - | - | - | - |
| 1900 – 1913 | - | - | 2 | - | - | 2 |
| 1914 – 1918 | 1 | - | - | - | 1 | 2 |
| 1919 – 1925 | 5 | 5 | 7 | 4 | - | 21 |
| 1926 – 1932 | 6 | 4 | 6 | 6 | 4 | 26 |
| 1933 – 1935 | 3 | 4 | 7 | 4 | 5 | 23 |
| 1936 – 1938 | 5 | 7 | 10 | 4 | 10 | 36 |
| 1939 | 1 | 4 | 4 | 2 | 2 | 13 |
| 1940 | - | 1 | 2 | 4 | 6 | 13 |
| 1941 | 1 | 3 | 1 | 1 | 5 | 11 |
| 1942 | 1 | 2 | - | 8 | 1 | 12 |
| 1943 | 1 | 1 | 1 | 3 | 1 | 7 |
| 1944 | - | 1 | 6 | 5 | 1 | 13 |
| 1945 | - | - | - | - | 1 | 1 |
| 1946 | - | - | - | - | 1 | 1 |
| 1947 – 1950 | - | - | - | - | - | - |
| Insgesamt | 24 | 32 | 46 | 41 | 38 | 181 |

Lediglich 28,18 % der Ehen waren in den Jahren vor 1933 eingegangen worden.

Bei der deutlichen Mehrzahl der Ehen (71,82 %), deren Scheidung nach dem Zusammenbruch begehrt wurde, war die Eheschließung erst nach der Machtübernahme im Jahre 1933 erfolgt³³⁵. Mit 71 Ehen hatten 39,23 % der Ehepaare erst in den Kriegsjahren geheiratet.

Die Verteilung der Eheschließungen auf die Kriegsjahre ist bis auf die Jahre 1943 und 1945 relativ gleichmäßig. Im Jahr 1943 sind es mit 7 Eheschließungen etwas weniger als in den anderen Kriegsjahren mit 13 (1939), 13 (1940), 11 (1941), 12 (1942) und 13 (1944).

Deutlich geringer ist die Zahl der Eheschließungen im letzten Kriegsjahr und dem Jahr 1946: Im Jahre der Kapitulation Deutschlands 1945 wurde nur eine der nunmehr auf dem Prüfstand stehenden Ehen geschlossen, ebenso im Jahre 1946. Keine der Ehen stammte aus den Jahren 1947-1950.

³³⁵ Vgl. insoweit auch Eitel, Ravensburg, S. 273 und S. 289. Dieser stellte dort für die Stadt Ravensburg einen deutlichen Anstieg der Eheschließungen ab dem Jahr 1932 fest, der sich bis 1940 nochmals merklich verstärkte, bis die Zahl der Eheschließungen von 1940 bis 1944 leicht abnahm.

Die Gründe hierfür sind in den Kriegsverhältnissen (junge Männer waren oftmals im Kriegseinsatz, vermisst oder in Kriegsgefangenschaft) und beim Erfordernis der dreijährigen Heimtrennung nach § 48 EheG 1946 zu finden.

Die durchschnittliche Ehedauer in den 301 leserlichen Fällen betrug im gesamten untersuchten Zeitraum von 1938 bis 1950 13,98 Jahre. Als maßgeblicher Zeitpunkt für die Berechnung der Ehedauer wurde der Zeitpunkt der Verkündung des Scheidungsurteils, bzw. im Fall des § 7 EntlVO der Zeitpunkt der Zustellung des Scheidungsurteils herangezogen.

c. Ehedauer – in der Zeit bis Kriegsende

| Ehedauer | Anzahl der Fälle (1937 – 1945) |
|----------------|----------------------------------|
| Unter 3 Jahren | - |
| 3 – 5 Jahre | 13 |
| 6 – 10 Jahre | 29 |
| 11 – 15 Jahre | 24 |
| 16 – 20 Jahre | 24 |
| 21 – 25 Jahre | 19 |
| 26 – 30 Jahre | 9 |
| 31 – 40 Jahre | 2 |
| 41 – 50 Jahre | 1 |
| 51 – 60 Jahre | 1 |
| Unleserlich | 3 |
| Insgesamt | 125 |

Vor dem Zusammenbruch betrug die durchschnittliche Ehedauer rund 15 Jahre.

Neben einigen recht kurzen Ehen kam es vereinzelt auch nach sehr langer Ehedauer noch zu einem Scheidungsverfahren:

Einem Ehepaar wurde durch das Ehegesetz von 1938 erstmals eine Scheidung ermöglicht und aufgrund im Jahre 1938 erhobener Ehescheidungsklage nach 52 Ehejahren geschieden, ein anderes gegen Ende des Krieges aufgrund im Jahre 1944 erhobener Klage nach 44 gemeinsamen Ehejahren.

In knapp einem Viertel der Fälle (23,77 %) erging nach sechs bis zehn Jahren Ehedauer das Scheidungsurteil. Häufig erfolgte die Scheidung auch nach elf bis 25 Ehejahren (insgesamt 54,92 %).

d. Ehedauer – in den Jahren 1946 – 1950

| Ehedauer | 1946 | 1947 | 1948 | 1949 | 1950 | Gesamt |
|----------------|------|------|------|------|------|--------|
| unter 3 Jahren | - | - | - | - | - | - |
| 3–5 Jahre | 3 | 3 | 6 | 3 | 2 | 17 |
| 6–10 Jahre | 5 | 13 | 11 | 19 | 11 | 59 |
| 11–15 Jahre | 5 | 7 | 14 | 7 | 18 | 51 |
| 16–20 Jahre | 5 | 5 | 5 | 6 | 4 | 25 |
| 21–25 Jahre | 3 | 3 | 7 | 3 | 2 | 18 |
| 26–30 Jahre | 3 | 1 | 1 | 2 | - | 7 |
| 31–40 Jahre | - | - | 2 | 1 | 1 | 4 |
| Unleserlich | - | - | - | - | - | - |
| Insgesamt | 24 | 32 | 46 | 41 | 38 | 181 |

In den Nachkriegsjahren ließ sich - wie auch vor dem Zusammenbruch - kein Ehepaar scheiden, das weniger als drei Jahre verheiratet war (Erfordernis der dreijährigen Heimtrennung).

Ein Ehepaar wurde nach 40 Ehejahren geschieden, zwei Ehepaare nach 35 gemeinsamen Jahren.

Die durchschnittliche Ehedauer betrug zwischen 1946 und 1950 knapp 13 Jahre.

Nach dem Zusammenbruch war die durchschnittliche Ehedauer damit geringer als im Zeitraum bis 1945.

Im Vergleich zeigt sich insbesondere, dass in der Nachkriegszeit mit 60,77 % die meisten Ehepaare sechs bis 15 Jahre nach der Eheschließung vor dem Scheidungsrichter standen, während es vor 1945 auch nach längerer Ehedauer deutlich öfter zu einem Scheidungsverfahren kam.

Diese vergleichsweise geringere Ehedauer findet ihre Begründung einerseits darin, dass es sich bei vielen der in der Nachkriegszeit geschiedenen Ehen um sog. Kriegsehen handelte. Diese waren dadurch gekennzeichnet, dass sie ohne die kriegsbedingten Umstände gar nicht erst geschlossen worden wären (Beweggrund für die Heirat war oft nur der Sonderurlaub des sich bei der Wehrmacht befindlichen Ehemannes) und / oder die Ehegatten gerade in der Anfangsphase ihrer Ehe mit durch die Kriegsverhältnisse bedingten Schwierigkeiten zu kämpfen hatten. So zum Beispiel durch eine Abwesenheit des Ehemanns wegen seines Einzugs zur Wehrmacht oder durch finanzielle Schwierigkeiten. Viele Ehen scheiterten an dieser ungünstigen Konstellation bereits nach kurzer Ehedauer.

Andererseits kam es in der Zeit unmittelbar nach Inkrafttreten des Ehegesetzes von 1938 vermehrt zu Scheidungen von Ehen, die oft viele Jahre nur noch auf dem Papier bestanden hatten, aufgrund der Regelungen des Scheidungsrechts des Bürgerlichen Ge-

setzbuches aber nicht geschieden werden konnten; erst mit § 55 EheG 1938 hatte sich für viele Ehegatten die Möglichkeit einer Scheidung eröffnet.

9. Anzahl der ehelichen Kinder

Gemeinsame Kinder sind mit gemeinsamer Verantwortung – auch in finanzieller Hinsicht – verbunden. Deshalb befasst sich die Arbeit auch damit, ob aus den auf dem Prüfstand stehenden Ehen Kinder hervorgegangen waren.

Bei der nachfolgenden Aufzählung wurden nur die gemeinsamen Kinder und nicht ggf. vorhandene einseitige Kinder der Parteien berücksichtigt.

a. In der Zeit bis Kriegsende

| Anzahl Kinder | 1937 | 1938 | 1939 | 1940 | 1941 | 1942 | 1943 | 1944 | 1945 | Gesamt |
|---------------|------|------|------|------|------|------|------|------|------|--------|
| Kinderlos | - | 6 | 7 | 3 | 2 | 2 | 2 | 6 | - | 28 |
| 1 | 1 | 5 | 3 | 3 | 4 | 2 | 4 | 8 | - | 30 |
| 2 | - | 3 | 3 | 3 | 9 | 1 | 7 | 3 | 1 | 30 |
| 3 | - | 6 | 4 | - | - | - | 2 | 1 | - | 13 |
| 4 | - | 1 | - | - | - | - | 3 | - | 1 | 5 |
| 5 | - | - | 1 | 2 | - | 2 | - | - | - | 5 |
| 6 | - | - | - | - | - | 1 | - | - | - | 1 |
| 7 | - | - | - | - | - | - | - | - | - | - |
| > 7 | - | 1 | - | - | - | - | - | - | - | 1 |
| k. A. | - | - | - | - | - | - | - | - | - | - |
| Unleserlich | - | - | 1 | - | 3 | 1 | 6 | 1 | - | 12 |
| Insgesamt | 1 | 22 | 19 | 11 | 18 | 9 | 24 | 19 | 2 | 125 |

Beinahe jede vierte der Ehen (24,78 %) war kinderlos geblieben. Jeweils aus 26,55 % der Ehen waren nur ein Kind oder zwei Kinder hervorgegangen. Dagegen war der Anteil der vom Nationalsozialismus angestrebten und propagierten kinderreichen Ehen gering: Nur in 10,62 % der Fälle waren vier oder mehr Kinder vorhanden.

Der geringe Anteil der Großfamilien zeigt, dass im Landgerichtsbezirk Ravensburg die nationalsozialistische Bevölkerungspolitik nicht durchgehend den gewünschten Erfolg gebracht hatte.

In der Stadt Ravensburg war vergleichsweise ebenfalls kein Trend zur Großfamilie zu verzeichnen. Zwar gab es in der Stadt Ravensburg zwischen 1933 und 1940 einen starken Anstieg der Geburtenziffer; dieser erklärte sich aber mit der ebenfalls ansteigenden Anzahl der Eheschließungen. Kleinfamilien mit zwei bis drei Kindern waren weiterhin auch in der Stadt Ravensburg die Regel geblieben³³⁶.

³³⁶ Weiterführend hierzu: Eitel, Ravensburg, S. 272 f. und 289 und Breucker, in: Eitel (Hrsg.), Ravensburg im Dritten Reich, S. 229 (239 ff.).

Im Gegensatz zu volljährigen Kindern waren minderjährige Kinder auch damals schon verstärkt auf beide Elternteile und deren Fürsorge, insbesondere auch in Form von Unterhaltsleistungen angewiesen; daher wurde auch dem Umstand Beachtung geschenkt, ob zum Zeitpunkt des Scheidungsverfahrens noch minderjährige Kinder vorhanden waren:

| | 1937 | 1938 | 1939 | 1940 | 1941 | 1942 | 1943 | 1944 | 1945 | Gesamt |
|-------------|------|------|------|------|------|------|------|------|------|--------|
| Anzahl | 1 | 11 | 8 | 7 | 12 | 3 | 10 | 7 | 1 | 60 |
| Unleserlich | - | - | 1 | - | 3 | 1 | 6 | 1 | - | 12 |
| Insgesamt | 1 | 22 | 19 | 11 | 18 | 9 | 24 | 19 | 2 | 125 |

In gut der Hälfte der Fälle (53,10 %) war somit zum Zeitpunkt des Scheidungsurteils noch mindestens eines der gemeinsamen Kinder minderjährig. Dies erklärt sich dadurch, dass es oftmals schon nach kurzer Ehedauer (> 18 Jahren) zu einer Scheidung der Ehe gekommen war.

b. In den Jahren 1946 – 1950

| Anzahl Kinder | 1946 | 1947 | 1948 | 1949 | 1950 | Gesamt |
|---------------|------|------|------|------|------|--------|
| Kinderlos | 11 | 13 | 10 | 17 | 13 | 64 |
| 1 | 6 | 12 | 15 | 12 | 15 | 60 |
| 2 | 5 | 5 | 7 | 4 | 6 | 27 |
| 3 | 2 | 1 | 6 | 3 | 3 | 15 |
| 4 | - | 1 | 2 | 2 | - | 5 |
| 5 | - | - | 2 | 2 | - | 4 |
| 6 | - | - | - | - | - | - |
| 7 | - | - | 1 | 1 | - | 2 |
| > 7 | - | - | - | - | - | - |
| k. A. | - | - | 3 | - | 1 | 4 |
| Unleserlich | - | - | - | - | - | - |
| Insgesamt | 24 | 32 | 46 | 41 | 38 | 181 |

Darunter Ehepaare mit mindestens einem minderjährigen Kind:

| | 1946 | 1947 | 1948 | 1949 | 1950 | Gesamt |
|-----------|------|------|------|------|------|--------|
| Anzahl | 11 | 14 | 28 | 18 | 20 | 91 |
| k.A. | - | - | 3 | - | 1 | 4 |
| Insgesamt | 24 | 32 | 46 | 41 | 38 | 181 |

Auch in den Nachkriegsjahren ließen sich vorwiegend Ehepaare mit keinem oder nur einem Kind scheiden. Mit 68,51 % hatten diese Ehen einen noch größeren Anteil als in den Jahren bis einschließlich 1945. Es ist anzunehmen, dass die Kriegsverhältnisse – insbesondere die lange Abwesenheit des sich bei der Wehrmacht befindlichen Ehemannes – einen nicht unwesentlichen Beitrag für die geringe Anzahl an Nachkommen geleistet haben.

Ebenso wie vor Kriegsende waren in den meisten Fällen (51,41 %) noch fürsorge- und unterhaltsbedürftige minderjährige Kinder aus der Ehe hervorgegangen.

10. Frühere Ehen und daraus hervorgegangene Kinder

In einigen Fällen waren die Beteiligten vor der jetzigen Ehe bereits verheiratet gewesen.

a. In der Zeit bis Kriegsende

Bei den vor Mai 1945 eingereichten Scheidungsklagen hatten acht Ehepartner vor Eingehung der nunmehr auf dem Prüfstand stehenden Ehe ihren ersten Ehegatten durch dessen Tod verloren; einer dieser Ehegatten war bereits zweimal verwitwet. Ein weiterer Beteiligter war vor Eingehung der jetzigen Ehe schon einmal verwitwet gewesen und einmal geschieden worden.

Drei der beteiligten Ehegatten hatten bereits eine Scheidung hinter sich.

Ein Ehepaar hatte einen zweiten Versuch miteinander gestartet und war wieder gescheitert; die zweite zwischen ihnen bestehende Ehe endete erneut mit einem Scheidungsverfahren.

In sechs dieser Fälle waren aus den früheren Ehen eines oder mehrere Kinder hervorgegangen.

b. In den Jahren 1946 – 1950

Auch in den Nachkriegsjahren war unter den beteiligten Ehegatten ein Paar dabei, das bereits zum zweiten Mal miteinander verheiratet war und erneut die Scheidung der Ehe begehrte.

Sechs der Ehegatten waren vor ihrer erneuten Eheschließung verwitwet.

Bei einem weiteren Paar war es für beide Parteien die zweite Ehe, nachdem er Witwer war und sie sich von ihrem ersten Mann hatte scheiden lassen.

Bei einem Ehegatten handelte es sich bereits um die vierte Ehe, nachdem er zweimal schuldlos geschieden und einmal verwitwet war.

In jeweils einem Fall war es für beide Parteien die zweite, bzw. für beide Parteien die dritte Ehe.

Neun weitere beteiligte Ehegatten hatten bereits eine geschiedene Ehe hinter sich, zwei Ehefrauen unter ihnen hatten sich von ihrem ersten Mann scheiden lassen, um mit ihren jetzigen Ehemann die Ehe eingehen zu können.

Eine beklagte Ehefrau war bereits zweimal aus eigenem Verschulden geschieden worden.

In sieben Fällen waren aus den früheren Ehen gemeinsame Kinder, bzw. ein gemeinsames Kind mit dem ehemaligen Ehegatten vorhanden.

11. Person des Klägers / Berufungsklägers (Ehemann oder Ehefrau)

a. In der Zeit bis Kriegsende

| Kläger | 1937 | 1938 | 1939 | 1940 | 1941 | 1942 | 1943 | 1944 | 1945 | Gesamt |
|-------------|------|------|------|------|------|------|------|------|------|--------|
| Ehemann | - | 18 | 12 | 6 | 11 | 5 | 16 | 17 | 1 | 86 |
| Ehefrau | 1 | 4 | 7 | 5 | 6 | 4 | 8 | 2 | 1 | 38 |
| Unleserlich | - | - | - | - | 1 | - | - | - | - | 1 |
| Insgesamt | 1 | 22 | 19 | 11 | 18 | 9 | 24 | 19 | 2 | 125 |

Bei den in den Jahren von 1937 bis 1945 erhobenen Scheidungsklagen begehrten 86 Ehemänner (69,35 %) und 38 Ehefrauen (30,65 %) vor dem Landgericht Ravensburg die Scheidung ihrer Ehe. In einem Fall sind die Beteiligte n daten unleserlich, sodass sich nicht ermitteln ließ, wer die Ehescheidungsklage erhoben hatte.

Somit ging die Scheidungsklage in knapp sieben von zehn Fällen vom Ehemann aus.

In den Jahren, in denen vergleichsweise wenige Ehegatten die Scheidung aus § 55 EheG 1938 begehrten, war der Anteil der klagenden Ehefrauen überdurchschnittlich, so in den Jahren 1937, 1940, 1942 und 1945.

In den sieben Fällen, in denen gegen ein vom Landgericht Ravensburg vor Mai 1945 gesprochenes Urteil Berufung eingelegt wurde, erfolgte dies in drei Fällen seitens des Ehemanns und in vier Fällen seitens der Ehefrau, wobei in zwei dieser Verfahren der Ehemann Anschlussberufung einlegte.

b. In den Jahren 1946 – 1950

| Kläger | 1946 | 1947 | 1948 | 1949 | 1950 | Gesamt |
|-----------|------|------|------|------|------|--------|
| Ehemann | 17 | 23 | 34 | 28 | 29 | 131 |
| Ehefrau | 7 | 9 | 12 | 13 | 9 | 50 |
| Insgesamt | 24 | 32 | 46 | 41 | 38 | 181 |

In den Nachkriegsjahren war der Anteil der klagenden Ehemänner mit 72,38 % noch etwas höher als in den Jahren bis 1945.

Dieser Umstand könnte sowohl in der Zeit vor als auch nach 1945 seinen Grund darin gehabt haben, dass zur damaligen Zeit meist klassische Alleinverdienerehen geführt wurden. Zwar hatte der Ehemann fast immer auch nach einer Scheidung für den Unterhalt seiner geschiedenen Frau und seiner Kinder zu sorgen. Da er aber über ein ei-

genes Einkommen verfügte, war er gegenüber der Ehefrau, die oft weder eine Berufsausbildung hatte noch einer Arbeitstätigkeit nachging, finanziell unabhängig. Ebenso gestaltete sich damals wie teils heute noch die Partnersuche für geschiedene Ehemänner auch im fortgeschrittenen Alter vergleichsweise einfacher. Die Akzeptanz einer zwischen einem älteren Mann und einer jüngeren Frau geführten Partnerschaft war größer; auch verlieren Männer in der Regel im Gegensatz zu Frauen mit zunehmenden Alter nicht ihre Zeugungsfähigkeit und konnten so nach einer Scheidung mit einer neuen – oftmals jüngeren – Partnerin nochmals eine Familie gründen.

In acht von 13 Fällen, in denen in der Nachkriegszeit das OLG Tübingen als Berufungsgericht angerufen wurde, liegen Informationen zu der Person des Berufungsklägers vor³³⁷. Sieben Ehemänner legten Berufung ein, die in der ersten Instanz erfolglos die Scheidung ihrer Ehe begehrt hatten. In einem Fall ging das Berufungsverfahren von der beklagten Ehefrau aus.

12. Zusammenfassung

Ehegatten im Alter von 35 bis 39 Jahren waren im gesamten untersuchten Zeitraum die meist vertretene Altersgruppe, wobei die Beteiligten der Scheidungsverfahren in der Zeit nach der Kapitulation durchschnittlich gut drei Jahre jünger waren als in der Zeit bis Frühjahr 1945.

Junge Ehepartner unter 30 Jahren zeigten sich hingegen durchweg wenig scheidungswillig.

Sowohl vor als auch nach Kriegsende war der Ehemann in der überwiegenden Anzahl der Fälle der ältere Ehegatte.

Während in der Zeit vor dem Zusammenbruch in mehr als sechs von zehn Fällen zumindest einem der Ehegatten die Prozessführung nur mit staatlicher Unterstützung möglich war, sank deren Anzahl in den Jahren 1946 und 1947 deutlich, um in den folgenden Jahren wieder anzusteigen.

Dieser Umstand lässt sich sicher auf die geänderte Struktur hinsichtlich des Berufes der beteiligten Ehemänner zurückführen. Im gesamten untersuchten Zeitraum gehörten zwar die meisten Ehemänner der Berufsgruppe Handwerker und Handwerksmeister an. In den Jahren ab 1946 standen aber – im Gegensatz zu dem Zeitraum von 1938 bis 1945 – mehr Ehen von Angestellten als von Arbeitern auf dem Prüfstand. Des Weiteren stieg ab 1946 die Anzahl der Akademiker, Beamten und Landwirte an, die an den untersuchten Scheidungsverfahren beteiligt waren.

Der Beruf der Ehefrau spielte nur eine stark untergeordnete Rolle in der damals vorherrschenden „Alleinverdienerehe“, in der das Aufgabengebiet der Ehefrau sich auf Haushaltsführung und Kindererziehung beschränkte. Die wenigen berufstätigen Ehe-

³³⁷ In den weiteren fünf Fällen lag der Scheidungsakte das Berufungsurteil nicht bei und konnte auch nicht in anderen Beständen des Staatsarchivs Sigmaringen oder in anderen Archiven in Baden-Württemberg gefunden werden.

frauen verdienten ihr Geld als Angestellte, Arbeiterinnen oder in handwerklichen Berufen. In den Jahren ab 1946 zählten auch zwei Akademikerinnen zu den Beteiligten.

Entsprechend der Glaubensverteilung in Oberschwaben gehörte der Großteil der Beteiligten der katholischen Konfession an, gefolgt von Ehegatten evangelischer Konfession. In der Zeit nach Kriegsende verringerte sich die Anzahl der Katholiken leicht zugunsten der Anzahl der Protestanten.

Traf sich in der Zeit bis zur Kapitulation Deutschlands im Mai 1945 vor dem Landgericht Ravensburg vor allem die „städtische“ Bevölkerung, lässt sich für die Jahre ab 1946 ein deutlicher Anstieg der Ehegatten mit beiderseitig ländlicher Herkunft verzeichnen.

Ausländer prägten den Scheidungsalltag am Landgericht Ravensburg nicht merklich. Verfahren, bei denen zumindest ein Ehegatte (ehemals) ausländischer Staatsangehöriger war, spielten insgesamt eine untergeordnete Rolle. In den Jahren ab 1946 lässt sich aber ein Anstieg dieser Verfahren beobachten, wobei die ausländischen Beteiligten meist aus Osteuropa stammten.

Bei den in den Jahren 1938 bis 1945 eingeleiteten Verfahren war die betreffende Ehe in knapp drei von vier Fällen bereits vor der Machtübernahme durch die Nationalsozialisten im Jahre 1933 geschlossen worden. Für die Jahre 1946 bis 1950 zeigt sich das gegenteilige Bild: drei von vier Ehen stammten hier aus der Zeit nach der Machtergreifung.

Die durchschnittliche Ehedauer betrug vor dem Zusammenbruch rund 15 Jahre und für die Zeit ab 1946 rund 13 Jahre.

Meist handelte es sich um Ehen, aus denen keine oder wenige Kinder hervorgegangen waren. In den Jahren bis zur Kapitulation waren knapp drei von vier Ehen kinderlos geblieben, während die vom Nationalsozialismus propagierten kinderreichen Ehen mit vier oder mehr Kindern nur gut 10 %-Anteil hatten. In den Jahren nach Kriegsende waren es sogar noch vermehrt Ehen, aus denen kein oder nur ein Kind stammte – dies oftmals als Folge der Kriegsverhältnisse.

In gut der Hälfte der Ehen mit Kindern war noch ein minderjähriges Kind zu versorgen. Hier zeigen sich für die Zeit vor 1945 und nach 1945 keine Unterschiede.

Insgesamt erwiesen sich die Ehemänner als scheidungswilliger. Bei knapp sieben von zehn bis 1945 erhobenen Scheidungsklagen ging die Klage vom Ehemann aus. Für die Jahre nach 1946 lässt sich sogar ein leichter Anstieg der klagenden Ehemänner im Vergleich zu den klagenden Ehefrauen beobachten.

VIERTER TEIL: DIE AN DEN UNTERSUCHTEN VERFAHREN BETEILIGTEN RICHTER UND RECHTSANWÄLTE SOWIE DER EINFLUSS IHRER POLITISCHEN HALTUNG AUF ARGUMENTATION UND ENTSCHEIDUNGSFINDUNG UND ERGEBNISSE IM ENTNAZIFIZIERUNGSPROZESS

Den Gegenstand dieses vierten Teils der Arbeit bilden die an den untersuchten Scheidungsverfahren beteiligten Juristen.

Neben der Häufigkeit ihrer Beteiligung an den untersuchten Verfahren bildet Gegenstand der Betrachtung, ob sich unter Ihnen auch Persönlichkeiten befanden, die durch aktive oder passive Mitgliedschaft in der Partei und / oder ihren Gliederungen oder durch Offenbarung einer ablehnenden Haltung gegenüber der Politik der Machthaber eindeutig Position für oder gegen den Nationalsozialismus bezogen hatten.

Die vorliegende Untersuchung soll aufzeigen, ob sich diese politische Haltung in den von den Richtern gefertigten Entscheidungsgründen oder in den Schriftsätzen der Anwälte widerspiegelte, ebenso ob es Juristen gab, die wiederholt auf bevölkerungspolitische oder sonstige ideologisch geprägte Argumente zur Untermauerung ihres Vortrag zurückgegriffen haben. Aber auch, ob die Haltung gegenüber dem Nationalsozialismus dem Juristen im Einzelfall Vor- oder Nachteile bei seinem beruflichen Fortkommen brachte.

In diesem Zusammenhang wirft die Untersuchung auch einen genaueren Blick auf das (politische) Leben und Wirken dieser Juristen.

Ebenso widmet sich die Arbeit der Frage, ob und ggf. welche Folgen der Entnazifizierungsprozess für die beteiligten Richter und Rechtsanwälte mit sich brachte.

1. Die an den Scheidungsverfahren beteiligten Richter

a. Die an den untersuchten Scheidungsverfahren beteiligten Richter im Zeitraum bis Mai 1945

Es konnten nicht bezüglich aller im Zeitraum von 1938 bis 1945 am Landgericht Ravensburg in den Scheidungsverfahren tätigen Richtern Informationen gewonnen werden.

Zu Landgerichtsrat Sch und zu den Gerichtsassessoren Dr. Kre, Pla und Zel waren in den Archiven des Landes Baden-Württemberg und beim Landgericht Ravensburg keine Akten vorhanden.

In der Mehrzahl der Fälle war das noch vorhandene Material zumindest so umfangreich, dass zu den Richtern genügend Informationen vorlagen, um deren politische Haltung einschätzen und ihren Werdegang – insbesondere auch hinsichtlich des Einflusses ihrer politischen Haltung auf ihre berufliche Laufbahn – rekonstruieren zu können.

Es ermöglicht der Arbeit hinsichtlich der Personalpolitik am Landgericht Ravensburg und über die dort tätigen Richter zwar kein lückenloses aber dennoch aussagekräftiges Bild zu zeichnen.

aa. Häufigkeit der Beteiligung an der Entscheidungsfindung

In den 118 Scheidungsverfahren mit Bezug zur Scheidung wegen unheilbarer Zerrüttung nach § 55 EheG 1938, die in den Jahren von 1938 bis 1945 vor dem Landgericht Ravensburg erhoben und noch vor dem Zusammenbruch entschieden wurden, waren im Laufe der Jahre insgesamt zehn Richter beteiligt.

Neben dem Landgerichtspräsidenten waren fünf Richter vom Dienstgrad her Landgerichtsräte und weitere vier Richter waren zu dem Zeitpunkt der Urteilsverkündung im Dienstrang eines Gerichtsassessors³³⁸.

Nach der Geschäftsverteilung gab es am Landgericht Ravensburg eine Zivilkammer, die mit 7 Richtern³³⁹ einschließlich des Landgerichtspräsidenten besetzt war.

Bereits kurze Zeit nach dem Inkrafttreten des Ehegesetzes von 1938 war für die Scheidungsverfahren der Einzelrichter und nicht mehr das mit drei Richtern besetzte Kollegialgericht zuständig³⁴⁰. Aufgrund der Einzelrichterzuständigkeit wurden nunmehr keine Gerichtsassessoren mehr in den Scheidungsverfahren eingesetzt.

Die folgende Tabelle bezieht sich auf die Verfahren, die vor dem Zusammenbruch eingeleitet und entschieden wurden und gibt einen Überblick über die Beteiligung der Richter an den untersuchten Verfahren – dabei handelte sich um 33 Entscheidungen durch die Zivilkammer und 85 Entscheidungen durch den Einzelrichter:

| Dienstgrad | Name | Verfahren insgesamt | Davon als Einzelrichter | Zeitraum, in dem die Urteile ergingen |
|-----------------------|---------|---------------------|-------------------------|---------------------------------------|
| Landgerichtspräsident | Wid | 27 | 1 | 1938 - 1940 |
| Landgerichtsrat | Ada | 26 | 13 | 1938 - 1941 |
| Landgerichtsrat | Fis | 42 | 29 | 1938 - 1945 |
| Landgerichtsrat | Kra | 10 | - | 1938 - 1939 |
| Landgerichtsrat | Scha | 49 | 40 | 1938 - 1945 |
| Landgerichtsrat | Sch | 2 | 2 | 1940 |
| Gerichtsassessor | Hae | 8 | - | 1938 - 1939 |
| Gerichtsassessor | Dr. Kre | 12 | - | 1938 - 1939 |
| Gerichtsassessor | Pla | 3 | - | 1938 |
| Gerichtsassessor | Zel | 10 | - | 1938 - 1939 |

³³⁸ Maßgeblich für die allgemeine Titulierung im Rahmen der Arbeit ist der Dienstgrad, den ein Richter zum Zeitpunkt seiner Tätigkeit in den untersuchten Verfahren am Landgericht Ravensburg zuletzt hatte; bei der Nennung im Rahmen eines oder mehrerer Verfahren wird der Dienstgrad zum Zeitpunkt dieses Verfahrens genannt.

³³⁹ Diese Information findet sich in dem Schreiben des Landgerichtspräsidenten Wid vom 29.06.1936 an den Oberlandesgerichtspräsidenten in Stuttgart, das sich in der beim Landgericht Ravensburg geführten Personalakte von Landgerichtsrat Scha befindet.

³⁴⁰ § 5 der Verordnung über die Maßnahmen auf dem Gebiet der Gerichtsverfassung und der Rechtspflege vom 01.09.1939, RGBl. I, S. 1658.

Die Verfahren in der Zeit bis 1945 prägten maßgeblich die beiden Landgerichtsräte Fis und Scha, da sie im gesamten Zeitraum von 1938 bis 1945 und zugleich bei einer Großzahl der Fälle zur Entscheidung berufen gewesen waren.

Exkurs: Der Entnazifizierungsprozess am Beispiel der Stadt und Region Ravensburg

Zum Verständnis und zur richtigen Einordnung der im Entnazifizierungsprozess getroffenen Entscheidungen gibt die Arbeit auch einen Überblick über den in den Nachkriegsjahren betriebenen Säuberungsprozess am Beispiel der Stadt / Region Ravensburg:

Die in Ravensburg in den Jahren 1945-1952 durchgeführte politische Säuberung war mit dem Ziel begonnen worden, die individuelle Schuld des Einzelnen festzustellen und so weit wie möglich gerecht zu sühnen.

In drei verschiedenen Säuberungsverfahren in zwei Jahren konnte dieses Ziel nicht zufriedenstellend erreicht werden. Die fließenden Übergänge von einem Verfahren zum anderen führten zwangsläufig zu einer völligen Konfusion der Beteiligten. In den neuen Verfahren wurden alte Entscheidungen meist revidiert oder abgeschwächt.

In den ersten Monaten nach Kriegsende zeichneten sich die nicht systematischen Maßnahmen der französischen Militärgouverneure durch Konzeptlosigkeit, Improvisation und teilweiser Willkür aus. Die zur Verfügung stehenden in den ersten Maitagen erstellten Listen der Parteimitglieder, ihrer Organisationen und Verbände waren meist fehlerhaft und unvollständig.

Zu den ersten Schritten der Säuberung gehörte auch in Ravensburg und Umgebung der Austausch der Verwaltungsspitzen.

Am 02.08.1945 bildete der Landrat einen aus 14 politisch Unbelasteten bestehenden „Ausschuss zum Zwecke der politischen Reinigung des Kreises Ravensburg“. Diese Kommission hatte – bevor die systematische und von der deutschen Auftragsverwaltung in Tübingen organisierte Säuberung aufgenommen wurde – mit zahlreichen Widrigkeiten zu kämpfen: Einige Nationalsozialisten biederten sich bei der Besatzungsmacht an, Nationalsozialisten aus anderen Teilen des Landes konnten sich Dank der eingeschränkten Kommunikationsmöglichkeiten auswärts wieder politische Ämter aneignen, der Geist des Nationalsozialismus lebte in vielen ehemaligen Nationalsozialisten weiter und die französischen Sicherheitsbehörden arbeiteten nicht wie gewünscht mit der Reinigungskommission zusammen.

Systematische Formen nahm die politische Säuberung erst mit dem Erlass der ersten Richtlinien zur politischen Säuberung der öffentlichen Verwaltung vom 19.10.1945 an.

Es wurden Kreisuntersuchungsausschüsse gebildet (kurz: KRUA), denen die Bewertung der Fragebögen oblag, die alle erwachsenen Deutschen abzugeben hatten. Auf dieser Basis hatte der KRUA Sanktionen vorzuschlagen, die später von der Säuberungskommission rechtsverbindlich festgelegt wurden³⁴¹. In diesem Verfahren, das kein Rechtsmittel vorsah, hatte das letzte Wort die französische Militärregierung. Dem Unter-

³⁴¹ Strittmatter, Politische Säuberung, in: Eitel (Hrsg.), Ravensburg im Dritten Reich, S. 412 ff.

suchungsausschuss „zur Säuberung der Verwaltung von nationalsozialistischen Einflüssen“ gehörten im Kreis Ravensburg sechs ständige und drei ersatzweise vom Landrat als politisch und charakterlich zuverlässig eingestufte Mitglieder an, die zur Überprüfung der einzelnen Berufsgruppen jeweils Fachvertreter hinzuzogen.

Allgemein wurde in diesem Stadium der politischen Säuberung ein schleppendes Fortschreiten des Entnazifizierungsprozesses beklagt.

Nur wenige Monate nach diesen ersten bis dahin ohne spürbare Auswirkungen gebliebenen Säuberungsrichtlinien folgte am 28.05.1946 ein neues Säuberungsgesetz. Mit ihm sollte eine größere Einzelfallgerechtigkeit eingeführt und jede Schematisierung vermieden werden.

Die Kreisuntersuchungsausschüsse für öffentliche Verwaltung und Wirtschaft sowie die Säuberungsausschüsse bei den Landesdirektionen behielten zwar ihre Funktion, das letzte Wort stand nun aber dem Staatskommissar für politische Reinigung in Reutlingen zu. Diesem oblag es im Einvernehmen mit der Militärregierung stark differierende Säuberungsvorstellungen auszugleichen.

Der KRUA konnte aus einer Liste mit insgesamt 34 Sühnemaßnahmen auswählen. Zu diesen Maßnahmen zählten der Entzug von politischen Rechten (Wahlrecht, Wählbarkeit, Betätigung in Parteien oder Verbänden) auf eine bestimmte Dauer, Rede- und Publikationsverbot, Lehrverbot, Untersagung bestimmter beruflicher Tätigkeiten, zeitweilige Dienstenthebung oder Strafversetzung, Beförderungssperre, Gehalts- oder Altersruhegeldkürzung, Entzug von Titeln, Entlassung oder Versetzung in den Ruhestand, Verpflichtung zur gemeinnützigen Arbeitspflicht bis hin zum Arbeitslager, sowie Vermögensseizug und Aufenthaltsverbot.

Die Säuberungsorgane sollten besonders bei Personen, die nach ihrer Bildung und ihrem Wissen den verbrecherischen Charakter des Nationalsozialismus hätten erkennen müssen oder dank ihrer wirtschaftlichen Unabhängigkeit sehr wohl in der Lage gewesen wäre, sich ihm zu versagen, einen strengen Maßstab anlegen.

Laut der wöchentlichen Berichte über die Arbeitsergebnisse der KRUA wurden vom Ravensburger KRUA von Dezember 1945 bis zur Beendigung seiner Arbeit im Juni 1947 insgesamt 5468 Fälle geprüft und mit folgenden Ergebnissen nach Tübingen gemeldet:

| | | |
|------|------------------------------------|----------------------|
| 4291 | ohne Maßnahmen (verbleiben im Amt) | 78 % |
| 18 | in Ruhestand versetzt | 0,5 % |
| 425 | abgesetzt | 8 % |
| 622 | zurückversetzt | 11 % |
| 94 | versetzt | 2 % |
| 18 | vorübergehende Außerdienstsetzung | 0,5 % ³⁴² |

Der KRUA hatten in seiner Alltagsarbeit mit Widrigkeiten zu kämpfen:

³⁴² Strittmatter, Politische Säuberung, in: Eitel (Hrsg.), Ravensburg im Dritten Reich, S. 412 (422).

Insgesamt war die Arbeit der Ausschüsse durch ihre zunehmende Überlastung und Interventionen seitens der Militärregierung geprägt, die die wenig konsequente Durchführung der politischen Säuberung beklagte.

Der KRUA selbst bemängelte die seiner Einschätzung nach ungerechten Entscheide des Staatskommissars, wonach beispielsweise Richter und andere gehobene Beamte nach seinem Dafürhalten zu viel Milde erfahren hätten. Die Arbeit des KRUA war ferner behindert durch den Eingang einer Großzahl von nicht den wahren Gegebenheiten entsprechenden Fragebögen.

Die öffentliche Kritik am KRUA ließ daher nicht lange auf sich warten.

Mit dem neuen Spruchkammergesetz vom 25.04.1947 wurde auch in der französischen Besatzungszone das Spruchkammerverfahren übernommen, welches von den Amerikanern von Anfang an praktiziert worden war.

Dieses justizförmige Verfahren, welches im Gegensatz zum politisch motivierten Verwaltungsakt früherer Zeiten stand, war mit mehreren Instanzen ausgestattet und bot Berufungs- und Revisionsmöglichkeiten.

Die KRUA blieben als Ermittlungsinstanz bestehen und legten den Spruchkammern als Erstinstanz Sühnevorschläge vor. Revisionspruchkammern bildeten die zweite Instanz.

In dieser Phase des Entnazifizierungsprozesses wurden die Betroffenen in fünf Gruppen eingeteilt:

- Gruppe I: Hauptbelasteter / Hauptschuldiger
- Gruppe II: Belasteter / Schuldiger
- Gruppe III: Minderbelasteter
- Gruppe IV: Mitläufer
- Gruppe V: Entlasteter / vom Gesetz nicht Betroffener.

Die Entscheidungen der Spruchkammern wurden nach Berufsgruppen geordnet und unter Angabe von Gruppeneinstufung und Sühnemaßnahmen in einigen Folgen des Amtsblatts des Landes Württemberg-Hohenzollern veröffentlicht.

Dieses Verfahren brachte eine Kehrtwende im Entnazifizierungsprozess: Im Rahmen einer Generalrevision der bisherigen Ergebnisse kam es zugunsten der Betroffenen zu einer Rehabilitierungswelle, was den Spruchkammer die volkstümliche Bezeichnung „Mitläuferfabriken“ einbrachte.

Wenige Jahre nach Kriegsende wurden in der Bevölkerung und auch in der Presse die Rufe nach einem möglichst schnellen Ende der Entnazifizierung laut.

Nicht zuletzt diese zunehmende Ablehnung der Säuberungsarbeit in der Öffentlichkeit führte zu Problemen bei der Gewinnung von qualifiziertem Personal für die Untersuchungsausschüsse, die erst im Februar 1948 ihre Arbeit aufnahmen. Deren Arbeit war durch die Auswertung zahlreicher Entlastungsbescheinigungen, den sog. „Persilscheinen“, gekennzeichnet. Diese und das Herunterspielen von früher ausgeübten Funktionen

in der Partei zeichneten nur drei Jahre nach Kriegsende ein ganz anderes Bild der Wirklichkeit im Dritten Reich. Niemand wollte politische oder moralische Schuld eingestehen und Mitverantwortung für die ideologischen und politischen Irrtümer des Nationalsozialismus übernehmen.

Im Spruchkammerverfahren verhängte Sühnemaßnahmen – vor allem solche mit finanziellen Auswirkungen – wurden selten vollstreckt.

Ab Mitte 1947 wurden die Folgen der bisherigen Säuberungsmaßnahmen durch Amnestieregelungen³⁴³ gemildert oder sogar beseitigt.

Eine breite Mehrheit der Deutschen vertrat zu diesem Zeitpunkt eine „Schlussstrichmentalität“, was sich auch darin widerspiegelte, dass eine der ersten Gesetzesinitiativen der neuen Bundesregierung im September 1949 ein umfassendes Amnestiegesetz war.

Zum 31.03.1949 erfolgte die Auflösung des Ravensburger KRUA.

Insgesamt nahm der Entnazifizierungsprozess somit für die allermeisten Betroffenen ein schmerzloses Ende. Die große Abrechnung blieb aus.

Für Württemberg-Hohenzollern sah die abschließende Bilanz der politischen Säuberung – die auch für den Landgerichtsbezirk Ravensburg repräsentativ sein dürfte – wie folgt aus³⁴⁴:

| | | |
|-------------------------------|---------|---------|
| Hauptschuldige | 8 | 0,005 % |
| Belastete | 80 | 0,05 % |
| Minderbelastete | 235 | 0,16 % |
| Mitläufer (auch Amnestierte) | 57.303 | 38,0 % |
| Entlastete | 2.627 | 1,7 % |
| Nichtbetroffene (Unbelastete) | 79.168 | 52,7 % |
| Andere | 10.773 | 7,2 % |
| Gesamt | 150.194 | |

bb. Lebensläufe von im Zeitraum bis Mai 1945 tätigen Richtern

Von sechs im Zeitraum bis 1945 am Landgericht Ravensburg in den untersuchten Scheidungsverfahren tätigen Richter enthält die Arbeit Lebensläufe. Eine genauere Betrachtung von deren politischen Haltung während des Dritten Reichs und des Werdegangs nach dem Zusammenbruch erfolgt, weil sie entweder an einer Vielzahl von Verfahren beteiligt waren oder sich in politischer Hinsicht besonders hervorgetan haben.

³⁴³ Beispielsweise durch die Jugendamnestie für die nach dem 01.01.1919 Geborenen (Verordnung Nr.92 vom 02.05.1947), Amnestie einfacher, nomineller PGs (Verordnung Nr. 133 vom 17.11.1947) sowie Amnestierung aller „Mitläufer“ (Verordnung Nr. 165 vom 13.07.1948).

³⁴⁴ Strittmatter, Politische Säuberung, in: Eitel (Hrsg.), Ravensburg im Dritten Reich, S. 412 (430).

[1]. *Landgerichtspräsident Theodor Wid (Amtszeit am Landgericht Ravensburg vom 01.06.1935 bis 28.02.1943)*

Christian Theodor Wid³⁴⁵ wurde am 18.07.1889 in Schönbronn im Kreis Calw als Sohn eines Volksschullehrers geboren. Er war evangelischen Glaubens und trat nach 1933 nicht aus der Kirche aus oder wechselte die Konfession.

Theodor Wid war verheiratet und hatte mit seiner Ehefrau vier gemeinsame Kinder.

In den Jahren von 1907 bis 1913 studierte Wid in Tübingen und Leipzig Rechtswissenschaften. Während seiner Studienzeit war er aktives Mitglied in der Studentenverbindung AMV Stochdorphia im SV Tübingen. Im Herbst 1913 legte er die Erste Juristische Staatsprüfung mit der Note „IIB“³⁴⁶ ab.

Im Ersten Weltkrieg, in welchem Theodor Wid – zuletzt im Dienstrang eines Leutnants – Kriegsdienst geleistet hatte, erlitt er mehrere Verletzungen und wurde als zu 50 % Kriegsbeschädigter eingestuft.

Nach anschließender Absolvierung des Referendariats bestand er auch die Zweite Juristische Staatsprüfung im Winter 1920/21 mit überdurchschnittlichem Ergebnis (Note „IIa“).

Nach Beendigung seiner Ausbildung war Wid ab 17.01.1921 als Gerichtsassessor beim Landgericht in Stuttgart und beim Württembergischen Justizministerium tätig. Von April 1923 bis November 1926 folgte die Tätigkeit als Landrichter am Landgericht Stuttgart und später als Amtsrichter beim Amtsgericht Stuttgart. Ab November 1926 bekleidete er das Amt eines Regierungsrats beim Württembergischen Justizministerium. Ab dem 01.05.1930 war er Amtsgerichtsrat und Amtsgerichtsvorstand am Amtsgericht in Waiblingen. Am 01.02.1934 bekam er einen Vorbehalt für die Oberregierungsratsstufe.

Im Zeitraum vom 01.06.1935 bis zum 28.02.1943 bekleidete Theodor Wid das Amt des Landgerichtspräsidenten in Ravensburg und war in den Jahren 1938 bis 1940 auch in 27 Verfahren beteiligt, in denen der Tatbestand der Zerrüttungsscheidung entscheidungserheblich war.

Theodor Wid war in der NSDAP³⁴⁷ und ihren Gliederungen aktiv tätig gewesen. Er war seit dem 01.05.1933 Parteimitglied und gehörte der NSDAP bis zum Zusammenbruch

³⁴⁵ Personalakte des Landgerichtspräsidenten Wid beim Justizministerium, HStAStuttgart EA 4 / 151 Bü 332 und Personalakte des Landgerichtspräsidenten Wid aus dem Militärarchiv, HStAStuttgart M 430 / 3 Bü 12417. Beim Landgericht Ravensburg befindet sich keine Personalakte zu Landgerichtspräsident Wid.

³⁴⁶ Die Examennoten wurden in römischen Ziffern, die beste Note beginnend mit der Ziffer I. vergeben. Innerhalb der jeweiligen Ziffer gab es noch einzelne Abstufungen wie oben/mitte/unten oder a/b.

³⁴⁷ Die in der Arbeit genannten Abkürzungen der Partei, ihrer Gliederungen und Organisationen bedeuten: BdM: Bund deutscher Mädchen; DAF: Deutsche Arbeitsfront; DRK: Deutsches Rotes Kreuz; HJ: Hitlerjugend; KdF: Kraft durch Freude (diese nationalsozialistische Gemeinschaft war eine politische Organisation mit der Aufgabe, die Freizeit der deutschen Bevölkerung zu gestalten, zu überwachen und gleichzuschalten); NSAHB: Nationalsozialistischer Altherrenbund der Deutschen Studenten; NSDAP: Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei; NSDFB: Nationalsozialistischer deutscher Frontkämpferbund (Stahlhelm); NSDStB: Nationalsozialistischer Deutscher Studentenbund; NSF: Nationalsozialistische Frauenschaft; NSFK: Nationalsozialistisches Fliegerkorps; NSKK: Nationalsozialistisches Kraft-

an. In Ravensburg war er im Zeitraum vom 01.03.1942 bis zum 01.03.1943 Ortsgruppen-Schulungsleiter und stellvertretender Ortsgruppenleiter.

1934 trat er dem NSV und dem NSRB bei. Innerhalb des NSRB hatte er vom September 1943 bis zum Ende des Dritten Reiches den Posten des Gauschulungsbeauftragten inne.

Wid war ebenfalls Mitglied folgender Organisationen: VDA seit 1932, RKB und NSAHB ab 1935, DRK und NSKOV ab 1942. Auch dem NSRKB war er im Jahre 1930 beigetreten und war dort in den Jahren von 1932 bis 1935 Bezirksführer.

Zudem führte er im April 1945 den Vorstand des Gaustandgerichts.

Von Ravensburg aus zog es Wid zum 01.03.1943 an das Landgericht Stuttgart, an dem er bis Mai 1945 das Amt des Landgerichtspräsidenten bekleidete.

Nach dem Zusammenbruch folgte von Juni 1945 bis Mai 1948 die Internierung im Internierungslager 77 in Ludwigsburg aufgrund automatischen Arrestes.

Nach seiner Entlassung war es ihm aufgrund seiner politischen Haltung während des Dritten Reiches nicht mehr möglich, im Staatsdienst tätig zu sein. Bis Oktober 1950 war er deshalb beim Forkelverlag in Stuttgart-Degerloch beschäftigt.

Im Rahmen des Entnazifizierungsverfahrens legte Wid Bescheinigungen des ehemaligen Kollegen Oberamtsrichter Fis und des zum Zeitpunkt des Dritten Reichs als Rechtsanwalt tätigen Hermann Ben – dem späteren Präsidenten des Landgerichts Ravensburg – vor, welche beide als Gegner des Nationalsozialismus bekannt gewesen waren.

Fis, der in den Jahren 1938 und 1939 auch mit Wid gemeinsam in der Zivilkammer des Landgerichts Ravensburg über den Erfolg von Scheidungsklagen zu urteilen hatte, bescheinigte Wid, dass dessen ganzes Leben von dem Grundsatz Gemeinnutz vor Eigennutz beherrscht gewesen wäre. Wid habe ihn nie schlecht behandelt, weil er nicht bei der Partei war. Der kameradschaftliche und hilfsbereite Wid habe bei seiner Rechtsprechung nur ein Ziel vor Augen gehabt: Als völlig unabhängiger, keinen Weisungen unterworfen, nur dem Gesetz und seinem eigenen Gewissen verantwortlicher Richter eine dem Recht und der Billigkeit entsprechende Lösung zu finden. Er habe maßvoll gelebt und seine Selbständigkeit gegenüber der Partei bewahrt³⁴⁸.

Ben, der nach dem Zusammenbruch zunächst zum kommissarischen Landrat des Landkreises Ravensburg ernannt worden war, beschrieb Wid als überzeugten Nationalsozialisten aus Idealismus, der als Parteimann sauber, menschlich und anständig geblieben sei. Während andere Parteileute, nachdem sie einen Posten erreicht haben, vielfach

fahrkorps; NSRB: Nationalsozialistischer Rechtswahrerbund; NSRL: Nationalsozialistischer Reichsbund für Leibesübungen; NSRKB: Nationalsozialistischer Reichskriegerbund; NSKOV: Nationalsozialistische Kriegsoferversorgung; NSKG: Nationalsozialistische Kulturgemeinde; NSV: Nationalsozialistische Volkswohlfahrt e.V.; RAD: Reichsarbeitsdienst; RDB: Reichsbund der Deutschen Beamten; RdK: Reichsbund der Kinderreichen zum Schutze der Familie e.V., später: Reichsbund deutscher Familie; RLB: Reichsluftschutzbund; RKB: Reichskolonialbund; SA: Sturmabteilung; SS: Schutzstaffel; VDA: Volksbund für das Deutschtum im Ausland.

³⁴⁸ Auszüge aus der Bescheinigung von Landgerichtsrat Fis für Landgerichtspräsident Wid vom 23.08.1945, HStA Stuttgart EA 4 / 151 Bü 332.

ein bequemes und dem Genuss sich hingebendes Leben geführt haben, habe Präsident Wid Tag und Nacht gearbeitet. Er habe zahlreiche Personen, die bei ihm Hilfe in Sorgen und Nöten suchten ohne Unterschied der Partei und Konfession angehört und habe geholfen, wo er konnte. Als Richter sei er streng objektiv und nach allen Seiten unabhängig gewesen. Er habe nie die Wahrnehmung gemacht, dass Wid sich in seiner Rechtsprechung zum Handlanger der Partei habe erniedrigen lassen und die Richterrobe als Lakailivré getragen habe. Von Landgerichtsräten sei ihm berichtet worden, dass Wid seine Richter gegen Übergriffe in die Unabhängigkeit seitens vorgesetzter Stellen³⁴⁹ in Schutz genommen habe. Wids Verhältnis zur Anwaltschaft sei kameradschaftlich gewesen und habe sich durch gegenseitiges Vertrauen ausgezeichnet³⁵⁰.

Im Entnazifizierungsverfahren wurde Wid durch den Spruch der Spruchkammer Stuttgart vom 24.08.1948 in die Gruppe der Belasteten eingereiht und unter Anrechnung der bereits verbüßten politischen Haft auf zwei Jahre in ein Arbeitslager eingewiesen. Durch diese Einstufung traten automatisch die Sühnefolgen des Art. 16 des Kontrollratsgesetzes Nr. 104 von Nationalsozialismus und Militarismus vom 05.03.1946³⁵¹ ein. Des Weiteren wurde der Einzug von 25 % seines Vermögens, jedoch mindestens 1500 RM, und eine Berufsbeschränkung auf die Dauer von fünf Jahren angeordnet.

Gegen diese Entscheidung der Spruchkammer Stuttgart legte er Berufung ein. Auf dieses Rechtsmittel kam es durch die Zentralberufungskammer VII Nordwürttemberg in Ludwigsburg zu folgendem rechtskräftigen Spruch vom 10.01.1950: Wid ist Minderbelasteter. Es wurden 9 Monate Bewährungsfrist festgesetzt und Wid als Mitläufer nach dem Entnazifizierungsgesetz eingestuft.

Das Justizministerium tat sich nach der Entscheidung im Spruchkammerverfahren schwer mit einer Wiederverwendung Wids. Auf der einen Seite sah man seine in dieser Zeit dringend benötigten juristischen Fähigkeiten, auf der anderen Seite stand seine Vergangenheit als engagierter Nationalsozialist einer erneuten Verwendung im Staatsdienst entgegen. Dieser Zwiespalt kam auch in einem Schreiben eines Mitarbeiters des Ministeriums an den Justizminister vom 02.06.1950 zum Ausdruck:

„Wid [] ist jetzt 61 Jahre alt. Hervorragender Jurist. Menschlich sympathisch, ehrenwerte Gesinnung. Ist aber seit seiner Ravensburger Zeit als überzeugter Nationalsozialist hervorgetreten. Die von ihm stammenden Beurteilungen, die sich in den Akten des Reichsjustizministeriums befinden,

³⁴⁹ Diese Angabe stimmt auch mit der Notiz von Landgerichtsrat Scha in seinem im Rahmen des Entnazifizierungsverfahrens abgegebenen Fragebogen vom 07.08.1945 (dieser befindet sich in der Personalakte Schas des Landgerichts Ravensburg) überein. Dort hatte Scha angemerkt, dass er in der Nummer des Schwarzen Korps vom 05.01.1939 in seiner Ehrengerechtsprechung angegriffen worden sei, aber durch seine vorgesetzten Stellen (zu denen auch Präsident Wid gehörte) gerechtfertigt wurde. In diesem Fall hatte sich Wid gegen die Übergriffe auf die richterliche Unabhängigkeit von seitens des Organs der Reichsführung SS gewehrt.

³⁵⁰ Bescheinigung des Landrats Ben für Landgerichtspräsident Wid vom 05.02.1947, KrARV – B.2. RV (AG.1) – 000.4 – prov. Bü E 2257 (H-Z).

³⁵¹ Abgedruckt im Regierungsblatt der Regierung Württemberg-Baden 1946, 71.

sind geeignet, diesen Eindruck zu verstärken. Wid [] bestreitet im Übrigen selbst nicht, überzeugter Nationalsozialist gewesen zu sein. Auf der anderen Seite keine unrechtmäßigen Handlungen. [...] Wid [] wurde in I. Instanz Belasteter und auf seine Berufung Minderbelasteter. Eine Anstellung als Richter oder Staatsanwalt kommt nicht in Frage. Wid [] hat sich zu sehr mit dem Nationalsozialismus identifiziert. Man könnte höchstens an eine Verwendung in einer Stellung denken, in der Wid [] keine Entscheidungsbefugnis hätte, man sich aber seine hervorragende juristische Begabung nutzbar machen könnte, also als juristischer Hilfsarbeiter. Doch ist für juristische Hilfsarbeiter bei den Gerichten keine Verwendungsmöglichkeit mehr vorhanden (abgesehen vom Oberlandesgericht, wo aber zur Zeit kein Bedarf vorhanden ist), bei der Staatsanwaltschaft muss einem juristischen Hilfsarbeiter über kurz oder lang Zeichnungs- und Auftretungsbefugnis verliehen werden, was im Falle Wid [] nicht zu empfehlen wäre. Es bliebe also nur eine Beschäftigung im Justizministerium, gegen die aber auch Bedenken sprechen. Man wird Wid [] auf das Entlassungsversorgungsgesetz verweisen müssen³⁵².“

Entgegen dieser Bedenken wurde Wid gut fünf Jahre nach der Kapitulation im Mai 1945 ab dem 01.11.1950 wieder im Justizdienst beschäftigt. Mit dem Rang eines Gerichtsassessors wurde er zunächst dem Amtsgericht Stuttgart als Hilfsrichter zugeteilt. Nur einen Monat später wurde er als titulierter Amtsgerichtsrat am 01.12.1950 dem Amtsgericht Nürtingen zugewiesen; im September 1951 folgte die Berufung zum Oberamtsrichter beim Amtsgericht Schorndorf.

Zum 31.07.1954 wurde er in den Ruhestand versetzt.

Theodor Wid verstarb nach über 100 Lebensjahren im Sommer 1991.

[2]. Landgerichtsrat Helmut Ada (Dienst am Landgericht Ravensburg Oktober 1927 bis zum Ende des Zweiten Weltkriegs)

Helmut Ada hatte während des Dritten Reiches die Stellung eines Landgerichtsrats am Landgericht Ravensburg inne. Er war im Zeitraum von 1938 bis 1941 an je 13 Verfahren als Mitglied der Zivilkammer und als Einzelrichter beteiligt, in denen der Zerrüttungstatbestand als Scheidungsgrund eine Rolle spielte.

Als Sohn eines Regierungsdirektors wurde Ada am 25.06.1887 in Stuttgart geboren³⁵³. Der evangelische Ada war verheiratet und hatte drei Kinder.

Nach Beendigung seiner Schulzeit mit der Reifeprüfung im Jahre 1905 in Stuttgart nahm Ada das rechtswissenschaftliche Studium auf, das er an den Universitäten in Tübingen, Berlin und Leipzig absolvierte. In dieser Zeit trat er der Tübinger Studentenver-

³⁵² Dieses Schreiben befindet sich bei der Personalakte des Landgerichtspräsidenten Wid, geführt beim Justizministerium, HStAStuttgart EA 4 / 151 Bü 332.

³⁵³ Personalakte von Landgerichtsrat Ada beim Landgericht Ravensburg; Namentliche Meldungen von Beamten und Angestellten an die Besatzungsmacht seitens des Landgerichtspräsidenten Schm vom 07.05.1946, KrARV Bü E 2470.

bindung „Stuttgardia“ bei. Die Erste Juristische Staatsprüfung bestand er im Frühjahr 1910 in Tübingen, die Zweite Juristische Staatsprüfung im Herbst 1913 in Stuttgart - jeweils mit der Note „IIB“.

Im Ersten Weltkrieg leistete er Kriegsdienst und war Frontsoldat.

Ab Mai 1919 war Ada als Hilfsarbeiter bei der Staatsanwaltschaft in Stuttgart und Hall tätig. In den Jahren 1920 bis 1927 hatte er die Stellung eines Amtsrichters in Laupheim inne. Ab Oktober 1927 war Ada Hilfsrichter beim Landgericht Ravensburg, ehe er ab 06.02.1928 die Stellung eines Landgerichtsrates in Ravensburg bekleidete.

In der Zeit von 1920 bis zur Machtübernahme durch die Nationalsozialisten gehörte Ada der Deutschen Volkspartei an.

Ada, der zunächst Mitglied des Stahlhelms / NSDFB war, trat im April 1936 der NS-DAP bei, welcher er bis zum Zusammenbruch angehörte.

Des Weiteren war er auch Mitglied des NSV, des NSRB, des VDA, des NSRL und des NSAHB, des NSRKB und des RLB. Auch gehörte Ada der NSKG an.

Adas Ehefrau gehörte der NSF an und war dort in den Jahren 1937 und 1938 auch als Blockwalterin tätig.

In seiner sich bei der Personalakte befindlichen Beurteilung vom 14.02.1936 äußerte sich Landgerichtspräsident Wid über Ada:

„Landgerichtsrat Ada [] ist gut begabt; er hat recht gute fachwissenschaftliche Kenntnisse und ein lobenswertes Allgemeinwissen. Er ist ein tiefeschürfender Arbeiter, von grossem Fleiss und ausgezeichneter Pflichttreue, dienstwillig, höchst gewissenhaft. Eine gewisse ihm eigene Nervosität äussert sich insbesondere beim mündlichen Vortrag, den er nicht mit der sicheren Gewandtheit, der bestimmten Haltung und der klaren Durchsichtigkeit zu meistern versteht, die an seinen schriftlichen Ausarbeitungen durchaus zu loben sind. Ada [] ist ein offener, lauterer, fester Charakter mit aufgeschlossenem Sinn für Wahrheit und ernstem Gerechtigkeitsstreben, mit gesundem Verständnis für die Aufgaben der Rechtspflege im neuen Staat, zwar nicht, wie erwähnt, der Mann raschen Entschlusses, aber ein Mann wohl überlegten, verantwortungsbewussten Handelns und ebenso – als alter Frontsoldat – sicher jederzeit selbstlos bereit zu persönlichem Einsatz für Volk und Staat, politisch durchaus zuverlässig, dienstlich und außerdienstlich von untadeliger Führung.“

Während seiner Zeit am Landgericht Ravensburg war Ada Richter in der Zivilkammer.

Gegen Ende des Zweiten Weltkrieges – in dem Ada keinen Kriegsdienst leistete – wurde er vom Landgericht an das Amtsgericht abgeordnet, um dem dort herrschenden Richtermangel abzuhelpfen, der aus der Einberufung zweier dort tätiger Richter zur Wehrmacht resultierte.

Mit Genehmigung der Alliierten Militärregierung wurde der bisherige Landgerichtsrat Ada nach dem Zusammenbruch vom Staatssekretariat für Justiz (Tübingen) am 05.11.1945 und damit am Tag der Wiedereröffnung der Ravensburger Gerichte in vor-

läufiger Weise unter Beibehaltung seiner bisherigen Planstelle und seiner bisherigen Dienstbezeichnung zum Richter am Amtsgericht Ravensburg berufen.

Mit Spruch³⁵⁴ des Staatskommissariats für die politische Säuberung des Landes Württemberg-Hohenzollern auf die Sitzung vom 27.08.1948 wurde Helmut Ada als Mitläufer eingestuft. Es wurden Sühnmaßnahmen dahingehend verhängt, dass Ada um drei Dienstalterstufen zurückgestuft wurde und ihm die Wählbarkeit auf die Dauer von drei Jahren versagt wurde.

Im März 1947 übernahm Ada die Stelle eines Amtsgerichtsrats beim Amtsgericht Ravensburg. Zum Ende des Monats Juni 1952 trat er wegen des Erreichens der Altersgrenze in den Ruhestand ein.

[3]. Landgerichtsrat (später: Oberamtsrichter) Adolf Fis Amtszeit am Landgericht Ravensburg von April 1937 bis 1947

Adolf Fis war während des gesamten Zeitraums von 1938 bis 1945 in Ravensburg als Richter in Ehescheidungsverfahren tätig: 42 Verfahren, davon 29 Verfahren als Einzelrichter.

Fis ist der einzige Richter am Landgericht Ravensburg, der nachweislich³⁵⁵ sowohl in den Zeiten des Nationalsozialismus als auch in den Jahren nach dem Zusammenbruch an der Entscheidung über die Ehescheidungsklagen mitwirkte, in denen die Zerrüttungsscheidung entscheidungserheblich war. Nach dem Zusammenbruch war er in 28 (3 davon als Einzelrichter) der Verfahren tätig, die Gegenstand dieser Untersuchung sind.

Adolf Fis, der am 19.12.1877 in Öhringen geboren³⁵⁶ wurde, gehörte der evangelischen Konfession an, war verheiratet und hatte drei Kinder.

Seine Schulbildung erlangte er an der Elementarschule in Öhringen, dem Lyceum in Ludwigsburg und den evangelisch-theologischen Seminaren in Schöntal und Urach. Nach Ablegung der Reifeprüfung im Jahre 1896 nahm er das Studium der Rechtswissenschaften auf, welches er an den Universitäten in Tübingen und Berlin absolvierte. Während dieser Zeit trat er der Studentenverbindung Tübinger Königsgesellschaft bei, die weder einem Kartell noch einem Verband angehörte. Die Erste Juristische Staatsprüfung legte er 1902 in Tübingen und die Zweite Juristische 1905 in Stuttgart an – jeweils mit dem Resultat „IIIb“.

Nach Abschluss seiner Ausbildung bestritt er einige Jahre seinen Lebensunterhalt mit seinen Einkünften aus der Tätigkeit als Hilfsarbeiter bei einem Rechtsanwalt in Vaihingen.

³⁵⁴ StASig Wü 13 T 2 Nr. 2516, Az.: 9/D/1092; siehe auch Amtsblatt des Staatssekretariats für das französisch besetzte Gebiet Württembergs und Hohenzollerns, Jahrgang 1947, Nr. 17, 504, Ziffer 1092.

³⁵⁵ Zwar war nach dem Zusammenbruch in der II. Zivilkammer des Landgerichts ein Landgerichtsrat mit Namen Hae tätig. Aus den Akten war aber nicht ersichtlich, ob es sich bei diesem und Gerichtsassessor Hae um dieselbe Person handelte.

³⁵⁶ Personalakte von Oberamtsrichter Fis beim Landgericht Ravensburg; Namentliche Meldungen von Beamten und Angestellten an die Besatzungsmacht seitens des Landgerichtspräsidenten Schm vom 07.05.1946, KrARV Bü E 2470.

1914 bis 1920 war er Amtsrichter in Ellwangen. Danach wechselte er an das Landgericht in Schwäbisch-Hall, wo er bis 1927 als Landrichter und Landgerichtsrat tätig war. Von 1927 bis 1933 folgte die Tätigkeit als Landgerichtsrat in Rottweil.

Fis, der in beiden Weltkriegen keinen Militärdienst geleistet hatte, nahm dem Nationalsozialismus gegenüber eine abwehrende Haltung ein und war nie Mitglied der NSDAP oder einer deren Formationen. Er gehörte ab 1937 dem RKB und ab 1941 dem RDB an. Von 1934 bis zum Zusammenbruch war Fis, der zuvor dem Württembergischen Richterverein angehört hatte, Mitglied des NSRB. Dem NSV gehörte er seit dessen Bestehen an.

Am 08.09.1933 wurde Fis auf Befehl des damaligen Leiters der Württembergischen Gestapo Dr. Hermann Mattheis aus seiner Kanzlei am Landgericht Rottweil heraus verhaftet, weil er den als deutschen Gruß für die Beamten vorgeschriebenen Hitlergruß verweigert hatte.

Der damals 55-jährige Fis wurde während seiner sich an die Verhaftung anschließenden 14-tägigen Schutzhaft (08.-22.09.1933) im Konzentrationslager auf dem Heuberg vom württembergischen Justizministerium durch Drohung zur Einreichung seines Pensionsgesuchs gezwungen. Man hatte ihm gedroht, dass er – sollte er das Pensionsgesuch nicht einreichen – wegen nationaler Unzuverlässigkeit nach § 4 des Berufsbeamtengesetz entlassen werden müsse. Auf sein Gesuch vom 17.09.1933 war er dann zum 16.11.1933 pensioniert worden. Im Zeitraum von Herbst 1933 bis April 1937 befand sich Fis daher unfreiwillig im Ruhestand und wurde nur vorübergehend bis September 1935 beim Amtsgericht und Landgericht Rottweil unständig verwendet³⁵⁷.

Erst ab dem 15. April 1937 wurde er wieder als Landgerichtsrat am Landgericht Ravensburg eingesetzt. Begründet wurde diese Wiederverwendung mit der Rücksichtnahme auf die Familie. Die Anstellung in Ravensburg entsprach in geographischer Hinsicht nicht dem Willen Fiss, der wieder am Landgericht in Rottweil arbeiten wollte. Seine Versetzung wurde damit begründet, dass er in Rottweil politisch nicht mehr tragbar sei. In Ravensburg wurde er in der ersten Zeit noch durch die Gestapo überwacht³⁵⁸.

³⁵⁷ In wirtschaftlicher Hinsicht war dieser Vorgang für Landgerichtsrat Fis mit Nachteilen verbunden. Bis Februar 1934 bekam er zwar sein volles Gehalt als Landgerichtsrat ausbezahlt. Später kam es jedoch zu einer wirtschaftlichen Schlechterstellung. Zunächst bekam er während seiner unständigen Verwendung zusätzlich zu seinem Ruhegehalt ein gekürztes Assessorengehalt. Diese beiden Gehälter erreichten zusammen das Gehalt eines Landgerichtsrats. Insgesamt 22 Monate lang bezog er aber nur sein Ruhegehalt, welches rund 140 RM niedriger war als das Landgerichtsratsgehalt. Dies führte zu einer Einbuße von insgesamt rund 3000 RM. Nach dem Zusammenbruch strengte Landgerichtsrat Fis im Jahre 1947 zunächst ein Entschädigungsverfahren (StASig Wü 33 T 1 Bestellnummer 1670 Nr. 2758) an. Er trat am 30.09.1947 im Alter von beinahe 70 Jahren in den Ruhestand ein und konnte, da er seinerzeit in der Inflation fast sein ganzes Vermögen verloren hatte, nur schwer die Mittel für die berufliche Ausbildung seiner 1923, 1924 und 1927 geborenen Kinder aufbringen. Im März 1953 erklärte Fis gegenüber dem Amt für Wiedergutmachung, dass sich sein bisher erfolgloser Wiedergutmachungsantrag im allgemeinen Wiedergutmachungsverfahren erledigt habe und er auf eventuelle Ansprüche aus dem Entschädigungsgesetz verzichte.

³⁵⁸ Schreiben des Landgerichtsrat Fis an die Militärregierung des Kreis Ravensburg vom 01.07.1945 in der Bitte, ihm den Schutz der Alliierten zu gewähren, KrARV – B-2.RV (AG.1) – 082.00 – prov. Bü E 828 und Ergänzung von Landgerichtsrat Fis zum im Rahmen des Entnazifizierungsverfahrens eingereichten

Bereits mit der Wiedereröffnung der Ravensburger Gerichte am 05.11.1945 wurde Landgerichtsrat Fis wieder als Richter am Landgericht Ravensburg eingesetzt. Zu dem Zuständigkeitsbereich der Zivilkammer, in der er tätig war, gehörten auch Ehescheidungsklagen. Damit war Fis durchgehend von 1938 bis 1947 an der Rechtsprechung des Landgerichts Ravensburg in Ehesachen beteiligt. Seine Tätigkeit am Ravensburger Landgericht war lediglich in den Monaten zwischen der Kapitulation und der Wiedereröffnung der Ravensburger Gerichte am 05.11.1945 unterbrochen.

Fiss politisches Säuberungsverfahren wurde mit dem Ergebnis „Verbleibt im Amt“ abgeschlossen³⁵⁹.

Im Rahmen des Entnazifizierungsprozesses legten zahlreiche Juristen im Landgerichtsbezirk Ravensburg von Fis ausgestellte sog. „Persilscheine“³⁶⁰ vor.

Zum 28.04.1947 wurde Fis zum Oberamtsrichter ernannt. Am 30.09.1947 trat er im Alter von beinahe 70 Jahren in den Ruhestand.

Fis verstarb im August 1970 im Alter von 92 Jahren.

[4]. *Landgerichtsrat Friedrich Kra (Amtszeit am Landgericht Ravensburg 1927 bis 1934 als Hilfsrichter; vom 31.10.1936³⁶¹ bis 31.07.1942 Landgerichtsrat in Ravensburg; ab 01.08.1942 Landgerichtsdirektor in Ravensburg)*

Seit Beginn des Jahres 1938 war Landgerichtsrat Kra bei der Zivilkammer des Landgerichts Ravensburg beschäftigt und in den Jahren 1938 und 1939 als Mitglied der Zivilkammer des Landgerichts Ravensburg bei zehn der dieser Arbeit zugrunde liegenden Verfahren an der Entscheidungsfindung beteiligt.

Kra wurde am 02.08.1898 in Stuttgart-Obertürkheim geboren³⁶². Der Sohn eines Bahnhofinspektors war evangelischen Glaubens, verheiratet und Vater von drei Kindern.

Für seine Kriegsdienste im Ersten Weltkrieg – zuletzt als Unteroffizier – war Kra mit dem Frontkämpferkreuz ausgezeichnet worden.

Die Erste Juristische Staatsprüfung legte Kra im Frühjahr 1922 mit der Note „IIIa mitte“ ab. Nach Absolvierung seines Referendariats im Herbst 1924 bestand er die Zweite Juristische Staatsprüfung mit dem Resultat „IIIa oben“.

Es folgte in den Jahren 1925 bis 1927 der Dienst als Gerichtsassessor in Gmünd, Calw und Böblingen. Im Oktober 1927 kam Kra nach Ravensburg, wo er als Amtsrichter am Amtsgericht und auch als Hilfsrichter am Landgericht tätig war. Zum 01.10.1934 bekam

Fragebogen vom 21.11.1946, der sich in seiner Personalakte beim Landgericht Ravensburg befindet.

³⁵⁹ Amtsblatt des Staatssekretariats für das französisch besetzte Gebiet Württembergs und Hohenzollerns, Jahrgang 1946, Nr. 18, 189, Kreis Ravensburg, Ziffer 20.

³⁶⁰ Der Begriff Persilschein entstand während der Entnazifizierungsphase und ist nach dem gleichnamigen Waschmittel benannt. Mutmaßliche Nazi-Verbrecher konnten durch Aussagen von Opfern oder ehemaligen Gegnern entlastet werden und erhielten somit einen positiven bzw. guten Leumund.

³⁶¹ Die Akte ist schlecht leserlich; möglich ist auch 31.10.1934.

³⁶² Informationen zu Landgerichtsrat Kra beruhen auf seiner beim Justizministerium geführten Personalakte, HStAStuttgart EA 4 / 153 Bü 301.

er die Stelle eines Landgerichtsrats in Heilbronn. Später kam er wieder nach Ravensburg zurück, wo er bis 31.07.1942 als Landgerichtsrat am Landgericht eingesetzt wurde und wo ihm später zum 01.08.1942 die Stelle eines Landgerichtsdirektors übertragen wurde.

Zugleich bekleidete er ab November 1936 das Amt des stellvertretenden Leiters der Arbeitsgemeinschaft der Referendare beim Landgericht Ravensburg.

Zunächst wurde Kra hauptsächlich in der Strafkammer eingesetzt und half in der Zivilkammer nur aus bis er zu Beginn des Jahres 1938 von der Straf- zur Zivilkammer wechselte.

Landgerichtspräsident Rieger – der Vorgänger von Präsident Wid – stellte ihm 1935 folgende bei den Personalakten befindliche Beurteilung aus, die auch die Zustimmung des Präsidenten des Oberlandesgerichts fand: „Recht gute Fähigkeiten und Leistungen. Rasch, gründlich und ergiebig arbeitender, auch schwierigen Aufgaben voll gewachsener Richter. Lebhaft und entschlossfreudig. Sicheres, bestimmtes Auftreten. Gute dienstliche und ausserdienstliche Führung. Vertrauenswürdiger Charakter. Politisch zuverlässig.“

Im Personal- und Befähigungsnachweis des Oberlandesgerichtspräsidenten vom 06.03.1936 wurden die Eigenschaften und Fähigkeiten Kras zunächst in Anlehnung

an die Beurteilung des Präsidenten gewürdigt und sodann wie folgt abgeschlossen: „Politisch ist er zweifellos zuverlässig. Der Landgerichtspräsident in Ravensburg³⁶³ hat allerdings bemerkt, dass bei ihm in dieser Richtung eine aktivere Haltung zu wünschen wäre.“

Landgerichtspräsident Wid hatte diese Beurteilung vom 08.01.1937 erstellt:

„Seine äussere und innere Haltung ist soldatisch diszipliniert; politisch ist er zweifellos absolut zuverlässig, ohne freilich insoweit besondere Aktivität zu zeigen. Er wird jederzeit selbstlos auch zum letzten Einsatz bereit sein. Von untadeliger dienstlicher und ausserdienstlicher Führung. Er hat aufgrund reicher Lebenserfahrung und feiner Menschenkenntnis einen ungetrübten Blick für die Praxis des täglichen Lebens und volles Verständnis für die Aufgaben des Richters und der Rechtspflege in der neuen Volksgemeinschaft.“ Ihm werden Fleiß, umfassendes Allgemeinwissen, recht gute fachliche Kenntnisse, vor allem im Bereich des Strafrechts, auf dem er seit einigen Jahren hauptsächlich beschäftigt gewesen war, bescheinigt. Er sei eine tüchtige Aushilfe in der Zivilkammer, wo er ebenso zuverlässig und gründlich arbeite wie in der Strafkammer. Hervorgehoben wurden seine Entschlussfreudigkeit und sein Verantwortungsbewusstsein. Er wurde als kameradschaftlich und hilfsbereit beschrieben.

Zwei Jahre später beurteilte ihn Präsident Wid mit denselben Worten und fügte seiner Beurteilung vom 22.02.1939 noch hinzu, dass Kra politisch absolut zuverlässig sei: bislang wenig aktiv werde er wohl bald zur Mitarbeit in der Partei, zu der er bereit ist, herangezogen werden.

Ab Sommer 1939 finden sich bei den Akten keine Urteile mehr, an denen Landgerichtsrat Kra mitgewirkt hatte. Er war kurz vor Ausbruch des Krieges am 10.08.1939 zum

³⁶³ Zu diesem Zeitpunkt war Theodor Wid bereits Landgerichtspräsident in Ravensburg.

Wehrdienst eingezogen worden. Mehrere Versuche, Kra „uK“ zu stellen, d.h. ihn vom Wehrdienst wegen Unabkömmlichkeit zu befreien, erfolglos geblieben.

In den Akten findet sich ein Schreiben aus dem Jahre 1941 ohne Verfasser, in dem

Kra zur Beförderung zum Amtsgerichtsdirektor vorgeschlagen wurde. Eine Antwort oder Reaktion auf diesen Vorschlag erfolgte nicht oder zumindest nicht in aktenkundiger Weise.

Nach Kriegsende kam Kra in französische Kriegsgefangenschaft, aus der er erst am 09.06.1948 entlassen wurde und zunächst gut sechs Monate ohne Verwendung blieb.

Landgerichtsrat Kra war der NSDAP 1938³⁶⁴ beigetreten und gehörte ihr bis zum Zusammenbruch an.

Dem Stahlhelm gehörte er von April 1933 bis zu dessen Auflösung an. Im April 1934 trat Kra der SA bei (SA-Mann Sturm 4/R 256 bzw. R 124), aus der er am 11.01.1935 ehrenvoll entlassen wurde, nachdem die Doppelmitgliedschaft bei SA und Stahlhelm untersagt worden war.

Des Weiteren war er Mitglied des NSRB (1933 bis 1945), des RKB (1937 bis 1945), des NSRKB (1937 bis 1945), des RLB und des NSV (Eintritt 01.08.1934).

Auch seine Frau war seit Ende des Jahres 1935 in der NSF Mitglied.

Laut Ergebnis der politischen Säuberung der Spruchkammer IX Tübingen vom 27.08.1948 wurde Kra als „nicht betroffen“ eingestuft. Trotz dieses Spruchs war eine Wiederverwendung Kras in der französischen Zone nicht möglich, da er als Kriegerichter in Frankreich bei Hauptverhandlungen gegen französische Zivilisten mitgewirkt hatte und in dieser Funktion auch bei der Verhängung von Todesurteilen beteiligt gewesen war.

Erst im Januar 1949 wurde er verpflichtet, auf die Verfassung vereidigt und als juristischer Hilfsarbeiter beim Landgericht Stuttgart beschäftigt, ehe er noch im selben Monat als beauftragter Richter beim Amtsgericht Böblingen seine Tätigkeit aufnahm. An diesem Gericht wurde er später zum Amtsgerichtsrat ernannt.

Zu Beginn des Jahres 1950 wurde Kra der Rang eines Oberamtsrichters beim OLG Stuttgart verliehen. Gleichzeitig wurde er an das Amtsgericht Böblingen abgeordnet, an das er zwei Monate später auch versetzt wurde. Im Sommer 1950 wurde er für vier Monate dem Landgericht Stuttgart zugewiesen und dort zum Landgerichtsdirektor ernannt.

Seine letzte Stellung vor seinem Eintritt in den Ruhestand hatte er von April 1954 bis zum 31.05.1958 als Oberstaatsanwalt bei der Staatsanwaltschaft Stuttgart.

³⁶⁴ Zum Zeitpunkt des Parteibeitritts von Landgerichtsrat Kra lassen sich unterschiedliche Angaben finden. In dem Karteikasten bezüglich der NSDAP-Mitglieder des Stadtarchivs Ravensburg (ohne Signatur) und in anderen Mitgliederlisten des Stadtarchivs Ravensburg (Signatur AI 4072) wird der Zeitpunkt, zu dem Landgerichtsrat Kra in die NSDAP eingetreten ist, mit dem Jahr 1933 angegeben. Die beim Justizministerium geführte Akte weist das Jahr 1938 aus.

[5]. *Landgerichtsrat Eugen Scha Amtszeit am Landgericht Ravensburg 1920 bis zum Zusammenbruch*

Eugen Scha war während des Dritten Reiches im gesamten Zeitraum von 1938 bis 1945 als Richter in der Zivilkammer des Landgerichts Ravensburg tätig und für Ehescheidungsklagen zuständig. Er war bei der Entscheidung in 49 Verfahren beteiligt, in denen der Tatbestand der Zerrüttungsscheidung nach § 55 EheG 1938 entscheidungserheblich war. Davon entschied er in 9 Fällen als Vorsitzender eines Kollegialgerichts und in 40 Fällen als Einzelrichter. In dieser Zeit war er Landgerichtsrat und fast ausschließlich in der Zivilkammer beschäftigt.

Eugen Scha wurde am 30.07.1881 in Göppingen geboren³⁶⁵. Er gehörte der römisch-katholischen Kirche an, war verheiratet und hatte zwei Kinder.

Seine Kindheit hatte er in Göppingen verbracht, wo er bis zu seinem Wechsel auf das Karls Gymnasium in Stuttgart die Lateinschule besuchte. Nach erfolgreichem Ablegen der Abiturprüfung im Jahre 1899 nahm Scha das Studium der Rechtswissenschaften auf. Er studierte an den Universitäten in Tübingen, Leipzig und Berlin und bestand im Frühjahr 1904 die Erste Juristische Staatsprüfung in Tübingen mit der Note „gut“ („IIIa oben“). Während seiner Studienzeit gehörte er der Studentenverbindung „Guestfalia“ Tübingen im CV der Katholischen Deutschen Studentenverbindungen an, die durch die NSDAP Ende der Dreißiger Jahre wegen angeblicher Staatsfeindlichkeit aufgelöst wurde. Im Herbst 1907 legte er die Zweite Juristische Staatsprüfung – ebenfalls mit der Note „gut“ – ab, sodass er im Jahr 1908 in den Justizdienst des Landes Baden-Württemberg übernommen werden konnte. Nach Verwendung als Hilfsrichter bei zahlreichen Gerichten des Landes, zuletzt von 1911 an in Ravensburg, wurde Scha im Jahre 1916 zum Amtsrichter beim Amtsgericht Ravensburg, im Jahr 1920 zum Landrichter und im Jahre 1925 zum Landgerichtsrat beim Landgericht Ravensburg ernannt.

Scha, der vor 1933 keiner Partei angehört hatte, war nie Mitglied der NSDAP.

In den Jahren von 1933 bis 1937 trat er dem NSRB, dem NSV, dem RLB, dem VDA und dem RKB bei. Dem DRK hatte er bereits lange vor der Machtübernahme durch die Nationalsozialisten angehört. Sein Beitritt in den RDB erfolgte korporativ durch seine Mitgliedschaft im NSRB. In diesen Organisationen bekleidete er keine Ämter.

Besonders hervorzuheben ist, dass Scha auch unter der Herrschaft der Nationalsozialisten bekennender und praktizierender Katholik war und so noch im September 1933 an einer Papstaudienz in Rom teilnahm.

Seine befürwortende Haltung zur Kirche und seine fehlende Zugehörigkeit zur Partei waren ausschlaggebend dafür gewesen, dass Scha nach seiner Ernennung zum Landgerichtsrat im Jahre 1925 nicht mehr befördert wurde. In den Jahren von 1934 bis 1939 hatte er sich um mehrere Landgerichtsdirektorenstellen, u.a. in München, Stuttgart, Regensburg und Konstanz und eine Stelle als Oberstaatsanwalt in Ulm beworben. Diese

³⁶⁵ Personalakte des Landgerichtsrat Eugen Scha beim Landgericht Ravensburg; Namentliche Meldungen von Beamten und Angestellten an die Besatzungsmacht seitens des Landgerichtspräsidenten Schm vom 07.05.1946, KrARV Bü E 2470.

Bewerbungen waren erfolglos geblieben. Wiederholt hatte der Gauleiter Einspruch gegen eine Beförderung Schas erhoben, da fehlende Parteizugehörigkeit und seine kirchentreue Haltung bei der Partei zu seinem Nachteil aufgefallen waren.

Landgerichtspräsident Wid teilte dem Oberlandesgerichtspräsidenten in Stuttgart mit Schreiben vom 29.06.1936 mit, dass er Landgerichtsrat Scha für geeignet für die ausgeschriebene Stelle halte. Er befürwortete eine Beförderung Schas nach Stuttgart und bat in diesem Zusammenhang um eine Zurückverlegung einer Direktorenstelle nach Ravensburg. „Für den Fall, dass dieser hiermit angebrachten Bitte stattgegeben werden kann, würde ich die Besetzung der wieder zurückverlegten Direktorenstelle mit einem jüngeren, in politischer Beziehung besonders aktiven, durch und durch ehrlich positiven, natürlich auch fachlich besonders gewandten und tüchtigen, charakterfesten Nationalsozialisten wünschen, wie jede führende Stelle gerade im „schwarzen“ Oberland ihn braucht. Auch unter diesem Gesichtspunkt würde ich die Beförderung des Landgerichtsrats Scha [] nach Stuttgart begrüßen. Ich hebe übrigens ausdrücklich hervor, dass ich den Landgerichtsrat Scha [] keineswegs von hier weggelobt haben will, da ich ihn, wie dargetan, als tüchtigen Arbeiter hier voll und ganz schätze.“

Diese Einschätzung Wid über Scha kam auch in der Beurteilung Wids vom 12.03.1936 zum Ausdruck, in der Scha einerseits als tüchtiger Richter gelobt, andererseits aber seine politische Einstellung bemängelt wurde:

„Scha ist wohl befähigt und leistet Gutes. Er ist ein fleissiger, gewissenhafter Arbeiter, pünktlich und zuverlässig, von ausgezeichneter Pflichttreue, ausgerüstet mit trefflichen fachlichen Kenntnissen, die er mit sicherem Urteil und klarem Blick selbständig und verantwortungsbewusst zu verwerten versteht. Ergiebig schaffend ist er im mündlichen Vortrag überlegt, bestimmt und stets wohl vorbereitet, in der schriftlichen Darstellung flüssig, allgemein verständlich und doch gründlich, auch umfangreichen, verwickelten und schwierigen Aufgaben durchaus gewachsen. Ein offenbar ehrlich frommer Katholik, versieht er sein Richteramt mit tief religiösem Ernst, aufgeschlossenem Sinn für Wahrheit, unbestechlicher Gerechtigkeitsliebe und ehrlichem Bemühen, für die Volksgemeinschaft in seinem Dienst zu arbeiten, wie der Führer es erwartet; obwohl er nicht Soldat gewesen ist, fehlt ihm nicht die Bereitschaft zur kameradschaftlichen Hilfe und die Kraft zum freudigen Entschluss.

Politisch ist Scha zurückhaltend; wenn er auch nie der Zentrumspartei angehört hat und schon im alten Staat zweifellos ehrlich national und deutsch gewesen ist, so mag er doch mit mancherlei Hemmungen, die in seiner tief religiösen Einstellung und in seiner ganzen Erziehung begründet waren, den Umbruch unseres Volkes erlebt haben. Ich sehe, dass er sich von diesen Hemmungen fortschreitend frei macht, dass ihn insbesondere die nationale Erhebung und Wiedergeburt des Deutschen Volkes mit gläubigem Vertrauen zu seiner Führung erfüllen. So habe ich keinen Zweifel, dass Scha [] treu zu seinem Dienstgrad steht, und für Volk und Vaterland auch zu persönlichem Einsatz bereit ist. Seine allgemeine Führung ist tadellos.“

In dem im Rahmen des Entnazifizierungsverfahrens von Scha vorgelegten Fragebogen vom 07.08.1945 merkte er an, dass das „Schwarze Korps“, das Organ der Reichsführung SS ihn in seiner Nummer vom 05.01.1939³⁶⁶ wegen seiner Ehrechtsprechung angegriffen habe, wobei er aber durch seine vorgesetzten Stellen gerechtfertigt worden sei.

Mit der Wiedereröffnung der Ravensburger Gerichte nahm der ehemalige Stellvertreter des Landgerichtspräsidenten Scha wieder seinen Dienst als Richter auf. Vom Staatssekretariat – Landesdirektion der Justiz – wurde er bereits zu diesem frühen Zeitpunkt am 05.11.1945 mit der Wiedereröffnung der Ravensburger Gerichte zum Amtsgerichtsdirektor und Vorstand des Amtsgerichts Ravensburg ernannt.

Im Rahmen der politischen Säuberung war Scha als Mitglied des örtlichen Untersuchungsausschusses für die Justizverwaltung tätig.

Sein eigenes politisches Säuberungsverfahren wurde mit dem Ergebnis „Verbleibt im Amt“ abgeschlossen³⁶⁷.

Die Stellung als Amtsgerichtsdirektor in Ravensburg hatte er bis zu seinem am 01.10.1949 erfolgten Eintritt in den Ruhestand inne. Er war somit fast 40 Jahre bei den Ravensburger Gerichten tätig.

Eugen Scha verstarb am 27.10.1960.

In dem seitens des Landgerichts Ravensburg nach dem Ableben Schas veröffentlichten Nachruf, der zu seiner beim Landgericht Ravensburg geführten Personalakte genommen wurde, wurden besonders die Verdienste hervorgehoben, die sich Scha nach dem Zweiten Weltkrieg erworben habe, als es geglungen habe, die durch den Zusammenbruch aufgehobenen Gerichte wieder aufzubauen.

[6]. *Gerichtsassessor Rudolf Hae (Amtszeit am Landgericht Ravensburg nicht bekannt)*

In den Jahren 1938 und 1939 war Gerichtsassessor Hae an acht Verfahren beteiligt, in denen § 55 EheG 1938 über den Erfolg oder Misserfolg der erhobenen Scheidungsklage entschieden hatte.

Rudolf Hae stammte aus Hamburg, wo er am Silvester 1907 geboren wurde³⁶⁸. Er gehörte der evangelisch-lutherischen Konfession an. Nach 1933 trat er weder aus der Kirche aus, noch wechselte er die Konfession. Hae war verheiratet und hatte zwei Kinder.

³⁶⁶ Vgl. Zweiter Teil, 15. b., 24. a. aa. und 25. a. aa.; in dem Artikel wurde das Urteil vom 20.10.1938 im Verfahren R 86 / 1938 angegriffen, durch welches die Ehescheidungsklage eines führenden Parteimitglieds abgewiesen wurde. Berichterstatter war in diesem Verfahren Gerichtsassessor Hae.

³⁶⁷ Amtsblatt des Staatssekretariats für das französisch besetzte Gebiet Württembergs und Hohenzollerns, Jahrgang 1946, Nr. 18, 189, Kreis Ravensburg, Ziffer 54.

³⁶⁸ Personalakte von Gerichtsassessor Rudolf Hae beim Landgericht Ravensburg und Spruchkammerakte StASig Wü 13 T 2 Nr. 1483 und Nr. 2550, Az.: 9/D/1108. Die Angaben in der Personalakte sind äußerst knapp. Das letzte Dokument in der Akte datiert vom 02.08.1938. Daher beruhen die Angaben vorwiegend auf den Erkenntnissen aus der Spruchkammerakte. Dort wird die Laufbahn von Gerichtsassessor Hae, insbesondere nach Abschluss des Entnazifizierungsverfahrens, nicht oder nur durch vereinzelte Angaben dargestellt.

Während seiner Studienzeit hatte sich Hae dem sozialdemokratischen Lager zuneigt. Er trat der Vereinigung sozialdemokratischer Studenten und am 01.12.1929 der Sozialdemokratischen Partei bei. Im Jahre der Machtergreifung 1933 war Hae noch Referendar.

Später vollzog sich bei Hae ein politischer Wandel hin zum Nationalsozialismus:

Hae, dessen Vater Blockleiter der NSDAP in Heilbronn war, trat am 01.05.1933 der NSDAP bei. Von November 1933 bis zum Zusammenbruch war er Mitglied der SA, in der er auch aktiv tätig war. So war er von Januar 1939 bis 1945 Rottenführer und von November 1936 bis August 1939 Rechtsberater (Jugendfürsorgeangelegenheiten für die HJ). Auch gehörte er dem NSRB, dem NSV und dem RDB an. Im RDB war er im Zeitraum von Dezember 1938 bis 20.08.1939 Kreishauptstellenleiter.

Während des Zweiten Weltkriegs hatte Hae Militärdienst geleistet.

Während seiner Probendienstzeit im Landgerichtsbezirk Ravensburg wurde er beim Amtsgericht Ravensburg wie folgt beurteilt: „Assessor Hae [] besitzt recht gute juristische Kenntnisse und Fähigkeiten und hat sich auch in der Praxis durchaus bewährt. Er ist gewandt und in den mündlichen Verhandlungen, sowohl in Straf- als Zivilsachen, fasst rasch auf, hat ein gutes Urteil, ist sehr fleissig und sehr pünktlich. Seine Leistungen sind durchweg gut. Hae [] ist ein stiller, ruhiger Mann, mit sehr guten Formen im dienstlichen und ausserdienstlichen Verkehr. Sein Charakter ist einwandfrei und seine politische Haltung, soviel mir bekannt worden ist, in keiner Richtung irgendwie zu beanstanden. Er ist zum Richter und Staatsanwalt vollauf geeignet.“³⁶⁹

Oberamtsrichter Fis bescheinigte Hae im Entnazifizierungsverfahren, dass dieser ein charaktvoller Mann sei, der trotz seiner Parteizugehörigkeit seiner demokratischen Überzeugung immer treu geblieben sei. Ihm (Fis) sei nicht bekannt, dass sich Hae aktiv propagandistisch für die Partei eingesetzt habe, sondern vielmehr in seinem Beruf und seiner Familie aufgegangen sei. Hae sei im Beamtenbund nie nach außen in Erscheinung getreten. Als Richter habe er streng seine Unparteilichkeit bewahrt. Sachlich und gerecht zu entscheiden, dies sei sein einziges Bestreben gewesen. Ein von ihm als Berichterstatter verfasstes, die Klage eines führenden Parteimitglieds abweisendes Urteil der Zivilkammer sei in einer Nummer der SS-Zeitung „Das Schwarze Korps“ vom Januar 1939³⁷⁰ einer scharfen und ablehnenden Kritik unterzogen worden. So tüchtige und charakterfeste Männer wie Hae habe die Justizverwaltung heute dringend nötig³⁷¹.

Das Staatskommissariat für die politische Säuberung des Landes Württemberg-Hohenzollern verkündete im Anschluss an ihre Sitzung vom 27.01.1949 folgenden Spruch: „Der Betroffene ist Mitläufer.“ Begründet wurde dieses Ergebnis mit den Mitgliedschaf-

³⁶⁹ Beurteilung seitens des Amtsgerichtsdirektors des Amtsgerichts Ravensburg vom 17.11.1936 in der Personalakte von Gerichtsassessor Hae beim Landgericht Ravensburg.

³⁷⁰ Gemeint ist hier der Artikel „Altes Recht in neuen Schläuchen“ in der Ausgabe des Schwarzen Korps vom 05.01.1939. In diesem wurde das Urteil des Landgerichts Ravensburg vom 20.10.1938 im Verfahren R 86 / 1938 angegriffen, vgl. Zweiter Teil, 15. b., 24. a. aa. und 25. a. aa.

³⁷¹ Bescheinigung des Landgerichtsrats Fis vom 03.09.1946 in der Spruchkammerakte von Gerichtsassessor Hae StASig Wü 13 T 2 Nr. 1483, Az.: 9/D/1108.

ten Haes in der NSDAP und der SA, dem RdB, NSV und dem NSRB. Des Weiteren mit seiner Tätigkeit als Rottenführer und Rechtsberater in der SA und als Kreishauptstellenleiter im Reichsbund deutscher Beamter. Gegen Hae wurden verschiedene Sühnemaßnahmen verhängt. Zum einen wurde er um drei Dienstalterstufen zurückversetzt und an ein anderes Gericht versetzt, zum anderen wurde ihm die Wählbarkeit und die Möglichkeit einer politischen Partei anzugehören für drei Jahre versagt³⁷².

Über den weiteren Werdegang von Rudolf Hae konnten aus den Akten keine Informationen gewonnen werden. In den Nachkriegsjahren gab es in der II. Zivilkammer des Landgerichts einen Landgerichtsrat mit dem Namen Hae, der auch in 25 Verfahren, die Gegenstand dieser Untersuchung sind, als Richter beteiligt war. Es ist möglich, dass es sich hierbei um Gerichtsassessor Hae handelte. Diese Vermutung konnte durch die vorhandenen Akten weder bestätigt noch widerlegt werden.

b. Die an den untersuchten Scheidungsverfahren beteiligten Richter im Zeitraum ab November 1945

Mit der Wiedereröffnung des Ravensburger Landgerichts am 05.11.1945 ging auch die Wiederaufnahme der richterlichen Tätigkeit in den Ehescheidungsverfahren einher. Die ersten Entscheidungen ergingen anfangs des Jahres 1946. Vier der Urteile³⁷³ aus dem Jahre 1946 wurden noch vom Einzelrichter gesprochen; zuletzt erging ein Urteil durch den Einzelrichter am 29.05.1946.

In der Folgezeit oblag die Zuständigkeit einer der nunmehr zwei Zivilkammern des Landgerichts Ravensburg.

Bei der I. Zivilkammer handelte es sich um die Präsidentenkammer. Vorsitzender der II. Zivilkammer war von 1946 bis 1949 Amtsgerichtsdirektor Dr. Carl Hol und nach dessen Eintritt in den Ruhestand Landgerichtsdirektor Dr. Jer.

aa. Häufigkeit der Beteiligung an der Entscheidungsfindung

Insgesamt waren in den untersuchten Verfahren aus der Nachkriegszeit 21 Richter an der Entscheidungsfindung beteiligt.

Aus der folgenden Tabelle gehen die Häufigkeit und der Zeitraum hervor, mit der bzw. in dem die einzelnen Richter in den 181 im Zeitraum von 1946 bis 1950 erhobenen Klagen und den sieben Verfahren bei denen die Klage noch vor dem Zusammenbruch erhoben worden war, die Entscheidung aber erst in der Nachkriegszeit erging, tätig waren.

³⁷² Kleiner Spruch StASig Wü 13 T 2 Nr. 2550, Az.: 9/D/1108. Siehe auch Regierungsblatt für das Land Württemberg-Hohenzollern, Jahrgang 1948, Beilage 21/47 vom 28.11.1947, 403, D/1108.

³⁷³ So in den Verfahren R 38 / 1945 Urteil vom 11.07.1946, R 02 / 1946 Urteil vom 20.05.1946, R 95 / 1946 Urteil vom 16.05.1946, R 107 / 1946 Urteil vom 29.05.1946.

| Dienstgrad | Name | Verfahren insgesamt | Davon als Einzelrichter | Zeitraum, in dem die Urteile ergingen |
|-------------------------------------|-------------|---------------------|-------------------------|---------------------------------------|
| Landgerichtspräsident ¹⁵ | Dr. Schm | 55 | - | 1946 - 1949 |
| Landgerichtspräsident | Ben | 27 | - | 1949 - 1952 |
| Landgerichtsdirektor ¹⁶ | Dr. Jer | 75 | - | 1947 - 1952 |
| Landgerichtsdirektor | Lae | 4 | - | 1950 |
| Amtsgerichtsdirektor | Dr. Hol | 55 | 1 | 1946 - 1949 |
| Oberamtsrichter ¹⁷ | Fis | 28 | 3 | 1946 - 1947 |
| Landgerichtsrat | Dör | 3 | - | 1952 |
| Landgerichtsrat | Dre | 65 | - | 1947 - 1951 |
| Landgerichtsrat ¹⁸ | Dr. Fad | 67 | - | 1948 - 1952 |
| Landgerichtsrat | Hae | 23 | - | 1949 - 1952 |
| Landgerichtsrat | Dr. Koc | 53 | - | 1948 - 1950 |
| Landgerichtsrat | Nog | 11 | - | 1947 - 1949 |
| Landgerichtsrat | Dr. von Rue | 49 | - | 1949 - 1952 |
| Amtsgerichtsrat | Dr. Deb | 2 | - | 1950 |
| Amtsgerichtsrat | Dr. Hän | 9 | - | 1950 - 1952 |
| Amtsgerichtsrat | Dr. Lie | 1 | - | 1951 |
| Amtsgerichtsrat | Dr. Pfe | 1 | - | 1948 |
| Gerichtsassessor | Grö | 11 | - | 1947 - 1948 |
| Gerichtsassessor | Dr. Kno | 1 | - | 1952 |
| Gerichtsassessor | von Mut | 5 | - | 1951 |
| Gerichtsassessor | Par | 11 | - | 1950 - 1951 |

¹⁵ Maßgeblich war der Dienstgrad des betreffenden Richters zum Zeitpunkt der Tätigkeit in den untersuchten Scheidungsverfahren. Bei Wechsel der Dienstbezeichnung in dem untersuchten Zeitraum war der zuletzt erlangte Dienstrang in dem betreffenden Zeitraum maßgebend.

¹⁶ Vor Erlangung des Dienstgrads des Landgerichtsdirektors am 01.10.1949 als Landgerichtsrat an den Verfahren beteiligt.

¹⁷ Bevor Fis am 28.04.1947 zum Oberamtsrichter ernannt wurde, hatte er den Dienstrang des Landgerichtsrats inne. Es handelt sich bei Oberamtsrichter Fis um dieselbe Person wie bei dem Landgerichtsrat Fis, der in den Jahren vor dem Zusammenbruch an den Scheidungsverfahren vor dem Landgericht Ravensburg mitwirkte, vgl. Vierter Teil, 1. a. bb. [3].

¹⁸ Vor Erlangung des Dienstgrads des Landgerichtsrats am 01.12.1950 war Dr. Fad Gerichtsassessor.

bb. Mitgliedschaften der Richter in politischen Parteien vor 1933 und im Dritten Reich

| Dienstgrad und Namen | Name | Mitgliedschaft in einer Partei vor 1933 | Mitgliedschaft in der NSDAP |
|-----------------------|----------|--|-----------------------------|
| Landgerichtspräsident | Dr. Schm | Zentrumspartei in den Jahren 1918 / 1919 | - |
| Landgerichtspräsident | Ben | Zentrumspartei ¹⁹ 1924 – 1933 | - |
| Landgerichtsdirektor | Dr. Jer | - | - |

| | | | |
|----------------------|-------------|--|--|
| Landgerichtsdirektor | Lae | - | - |
| Amtsgerichtsdirektor | Dr. Hol | Württembergische Bürgerpartei (Deutschnationale Volkspartei) seit 1920 | - |
| Oberamtsrichter | Fis | - | - |
| Landgerichtsrat | Dör | - | Eintritt Mai 1937 |
| Landgerichtsrat | Dre | - | Eintritt Sommer 1939 |
| Landgerichtsrat | Dr. Fad | - | Eintritt 01.05.1933 |
| Landgerichtsrat | Hae | Sozialdemokratische Partei seit 01.12.1929 | Eintritt 01.05.1933 |
| Landgerichtsrat | Dr. Koc | - | Eintritt 1937 |
| Landgerichtsrat | Nog | - | Eintritt 01.05.1937 |
| Landgerichtsrat | Dr. von Rue | - | Eintritt 01.05.1937 |
| Amtsgerichtsrat | Dr. Deb | - | Eintritt 01.05.1937 bis 19.01.1942 (dann Ruhen der Mitgliedschaft) |
| Amtsgerichtsrat | Dr. Hän | - | Eintritt 1939 |
| Amtsgerichtsrat | Dr. Lie | - | Eintritt Dezember 1930 Austritt Februar 1932 |
| Amtsgerichtsrat | Dr. Pfe | - | Eintritt 01.05.1933 |
| Gerichtsassessor | Grö | Keine Angaben vorhanden | Keine Angaben vorhanden |
| Gerichtsassessor | Dr. Kno | Keine Angaben vorhanden | Keine Angaben vorhanden |
| Gerichtsassessor | von Mut | - | - |
| Gerichtsassessor | Par | - | - |

¹⁹ Näheres zu seiner damaligen parteipolitischen Aktivität in seinem Lebenslauf, vgl. Vierter Teil, 1. b. ee. [2].

Somit war mit elf und nach dem Austritt von Dr. Lie zehn Richtern knapp die Hälfte der 21 Richter während des Dritten Reiches Mitglied der NSDAP gewesen, während zumindest nach den vorliegenden Informationen nur vier der Richter vor der Machtergreifung im Jahre 1933 einer politischen Partei angehörten.

*cc. Mitgliedschaften in Organisationen und Gliederungen während des Dritten Reichs*³⁷⁴

| Dienstgrad und Name | Mitgliedschaften | Ämter |
|---|---|---|
| Landgerichtspräsident Dr. Schm | NSRB, NSV, RDB ²⁰ , RKB und DRK | |
| Landgerichtspräsident Ben | NSRB, NSV und DRK | |
| Landgerichtsdirektor Dr. Jer | SA-Reserve 1934 bis 1935 (zwangsweise Überführung aus dem Stahlhelm), NSRB, NSV, RDB, RKB, RLB und NSRL | SA: Rottenführer und Rechtsberater beim Stuba in den Jahren 1934 und 1935 |
| Landgerichtsdirektor Lae | SA-Reserve 1934 bis 1935, NSDFB (Stahlhelm) vom 23.06.1933 bis zur Selbstauflösung, NSRB, NSV, RKB, RLB und NSRKB | |
| Amtsgerichtsdirektor Dr. Hol | NSRB, NSV, RKB und DRK | |
| Oberamtsrichter Fis | NSRB, NSV, RDB und RKB | |
| Landgerichtsrat Dör (Pg. = Parteigenosse) | SA seit 01.11.1933, SA-Mann im Sturm, NSRB, NSV und RLB | NSDAP: 1937 - 1938 Leiter des Kreisrechtsamts Vaihingen SA: Zuletzt Rottenführer NSRB: 1937 - 1939 Leiter der Kreisgruppe Vaihingen |
| Landgerichtsrat Dre (Pg.) | SA, NSRB und NSV | NSV: Amtswalter seit 05.09.1939 |
| Landgerichtsrat Dr. Fad (Pg.) | SA seit 1933, RKB, NSD und RAD | SA: Rottenführer seit 1938 |
| Landgerichtsrat Hae (Pg.) | SA seit 1933, NSRB, NSV und RDB | SA: Rottenführer, Rechtsberater von 1936 bis 1939 RdB: Kreishauptstellenleiter |

³⁷⁴ Angaben beruhen auf den beim Landgericht Ravensburg geführten Personalakten, sowie auf den Spruchkammerakten, Sprüchen aus dem Entnazifizierungsverfahren (für Landgerichtspräsident Ben: StASig Wü 13 T 2 Nr. 1500, Az.: 9/V/3001, für Landgerichtsdirektor Dr. Jer: StASig Wü 13 T 2 Nr. 1483 und 2560 Az.: 9/D/1099, für Landgerichtsrat Dre: StASig Wü 13 T 2 Nr. 2319 Az.: 17/D/1037, für Landgerichtsrat Fad: StASig Wü 13 T 2 Nr. 1118 und 2540, Az.: 4/D/1001, für Landgerichtsrat Hae: StASig Wü 13 T 2 Nr. 1483 und 2550, Az.: 9/D/1108, für Landgerichtsrat Dr. Koc: StASig Wü 13 T 2 Nr. 1483 Az.: 9/D/1112, für Landgerichtsrat Dr. v. Rue: StASig Wü 13 T 2 Nr. 1586, Az.: 9/T/Ü/5004 und Az.: 9/KB/138/47, für Amtsgerichtsrat Dr. Lie: StASig Wü 13 T 2 Nr. 1483 und 2574, Az.: 9/D/1094, für Amtsgerichtsrat Dr. Pfe: StASig Wü 13 T 2 Nr. 2667, Az.: (unleserlich)/KB 209/47) und bei Gerichtsassessor Par auf dem Sammelband von Listen ehemaliger Parteimitglieder beim Stadtarchiv Ravensburg (Stadt-ARV AI 4072). Hauptsächlich beruhen die Informationen hier auf den Angaben der Beteiligten in den von ihnen eingereichten Fragebögen. Ihre Richtigkeit hängt daher von den wahrheitsgemäßen Angaben des jeweiligen Betroffenen ab.

| | | |
|---|---|--|
| Landgerichtsrat Dr. Koc (Pg.) | SA, NSRB und NSAHB | SA: Scharführer |
| Landgerichtsrat Nog (Pg.) | SA 1933 – 1935, NSRB, NSV, RKB, VDA und NSKK | RKB: Ortsgruppenführer NSKK: 1939 für drei Monate mit der Führung einer Schar beauftragt |
| Landgerichtsrat Dr. von Rue (Pg.) | Reiter-SA 1933 – 1945, NSRB, NSV, RDB, RKB und NSAHB | SA: Scharführer seit 1941 |
| Amtsgerichtsrat Dr. Deb (Pg.) | SA NS-Reiterkorps 1933 – 1942, NSRB, NSV und NSAHB | SA: Scharführer seit 1942 |
| Amtsgerichtsrat Dr. Hän (Pg.) | Reiter-SA, NSRB und NSRKB | SA: Zuletzt Reitersturmführer |
| Amtsgerichtsrat Dr. Lie (Pg.) | NSRB und NSV | |
| Amtsgerichtsrat Dr. Pfe (Pg.) | SA seit 1934 (zuvor Stahlhelm), NSRB, NSV, RLB, VDA, NSRL und RLB | SA: Zuletzt „unbestätigter“ Obertruppführer; 1935 bis 1937 Rechtsberater des Sturm und des Sturmbanns; 1942 führte er einen Sturm NSRB: Vertrauensmann des Amtsgerichts von 1939 bis 1945 RLB: Organisationsleiter in Waldsee |
| Gerichtsassessor Grö | Keine Angaben vorhanden | - |
| Gerichtsassessor Dr. Kno | Keine Angaben vorhanden | - |
| Gerichtsassessor von Mut | Kein Mitglied einer Gliederung | |
| Gerichtsassessor Par | SA 1933 – 1934 und NSKK im Jahre 1938 | |

²⁰ Der Beitritt zum Reichsbund der deutschen Beamten erfolgte korporativ durch die Mitgliedschaft im NS Rechtswahrerbund.

dd. Ergebnisse des Entnazifizierungsprozesses

Die nachfolgend dargestellten Daten und Fakten zum Entnazifizierungsprozess und dessen Ergebnis beruhen ebenfalls auf den bereits genannten Erkenntnisquellen zu den jeweiligen Richtern.

Zu beachten ist, dass die dort zu findenden Angaben teilweise auf den eigenen Angaben des Betroffenen beruhen (z.B. Fragebögen) und deren Richtigkeit und Vollständigkeit daher nur dann gegeben ist, wenn diese Angaben auch wahrheitsgemäß und abschließend gemacht wurden. Auch ist nicht auszuschließen, dass im Rahmen des Ent-

nazifizierungsprozesses – insbesondere nach Einlegung eines Rechtsmittels – weitere Entscheidungen ergingen, die nicht aktenkundig sind. Diese Untersuchung kann daher nur das letzte hier aktenkundige Ergebnis wiedergeben.

| | |
|--------------------------------------|---|
| Richter | Ergebnis der politischen Säuberung |
| Landgerichtspräsident Dr. Schm | Verbleiben im Amt; Keine Maßnahmen ²¹ |
| Landgerichtspräsident Ben | Zulassung als Rechtsanwalt; Keine Maßnahmen ²² |
| Landgerichtsdirektor Dr. Jer | Mitläufer; Zurückstufung um eine Dienstaltersstufe; 11b ²³ auf ein Jahr ²⁴ |
| Landgerichtsdirektor Lae | Keine Angaben vorhanden |
| Amtsgerichtsdirektor Dr. Hol | Kann im Justizdienst weiterhin ohne Sanktionen verwendet werden ²⁵ |
| Oberamtsrichter Fis | Verbleiben im Amt; Keine Maßnahmen ²⁶ |
| Landgerichtsrat Dör ²⁷ | Mitläufer; 11b bis 31.12.1948 ²⁸ |
| Landgerichtsrat Dre | Mitläufer; Zurückstufung um eine Dienstaltersstufe; Versetzung; 11b und 11c auf für zwei Jahre ²⁹ |
| Landgerichtsrat Dr. Fad | Mitläufer; Zulassung zum Vorbereitungsdienst; Vorrückungs- und Beförderungssperre auf 6 Jahre; 11b und 11c ³⁰ auf 3 Jahre ³¹ |
| Landgerichtsrat Hae | Mitläufer; Zurückversetzung um drei Dienstaltersstufen; Versetzung; 11b und 11c für drei Jahre ³² |
| Landgerichtsrat Dr. Koc | Zurückstufung um vier Dienstaltersstufen; bei Zulassung als Rechtsanwalt Abführung von 10 Prozent des Nettoeinkommens auf die Dauer von sechs Jahren; 11b / 11c / 12b ³³ auf 3 Jahre ³⁴ |
| Landgerichtsrat Nog | Mitläufer; Ohne Maßnahmen ³⁵ |
| Landgerichtsrat Dr. von Rue | Mitläufer; Ohne Maßnahmen ³⁶ |
| Amtsgerichtsrat Dr. Deb | Zurückstufung um drei Dienstaltersstufen; Versetzung; 11b und 11c auf drei Jahre ³⁷ |
| Amtsgerichtsrat Dr. Hän | Mitläufer; Keine Maßnahmen ³⁸ |

| | |
|-----------------------------|---|
| Amtsgerichtsrat Dr. Lie | Mitläufer; Kann nicht als Staatsanwalt verwendet werden; Leitende Tätigkeit auf 5 Jahre versagt ³⁹ |
| Amtsgerichtsrat Dr. Pfe | Mitläufer; Geldbuße in Höhe von RM 1000.-; Entzug der Wählbarkeit bis 30.06.1948 ⁴⁰ |
| Gerichtsassessor Grö | Keine Angaben vorhanden |
| Gerichtsassessor Dr. Kno | Keine Angaben vorhanden |
| Gerichtsassessor von Mut | Nicht betroffen; Keine Maßnahmen ⁴¹ |
| Gerichtsassessor Par | Mitläufer; Ohne Maßnahmen ⁴² |

²¹ Bescheid des Staatskommissars für die politische Säuberung vom 10.10.1946, Az.: 9/D/1064; Amtsblatt des Staatssekretariats für das französisch besetzte Gebiet Württembergs und Hohenzollerns, Jahrgang 1946, Ausgabe Nr. 18 vom 20.09.1946, 189, Kreis Ravensburg Nr. 61, Az.: 9/D/1064.

²² Amtsblatt des Staatssekretariats für das französisch besetzte Gebiet Württembergs und Hohenzollerns, Jahrgang 1946, Ausgabe Nr. 22 vom 19.10.1946, 241, Kreis Ravensburg, Nr.1.

²³ Die Kennziffern der Sühnemaßnahmen verweisen auf die Ziffern des § 6 der Rechtsordnung zur politischen Säuberung; die Abkürzung der in dieser Untersuchung genannten Sühnemaßnahmen bedeuten:

11a Wahlrecht, § 6 Ziffer 1; 11b Wählbarkeit, § 6 Ziffer 1; 11c Politische Partei, § 6 Ziffer 2; 11d Gewerkschaft, § 6 Ziffer 2; 11e Berufs- und Standesorganisation, § 6 Ziffer 2; 12a Unfähigkeit für öffentliche Ämter, § 6 Ziffer 3; 12b Unfähigkeit für Ehrenämter, § 6 Ziffer 3; 13a Öffentl. Redner, § 6 Ziffer 4, 13b Schriftwerke, § 6 Ziffer 4, 13c Zeitungswesen, § 6 Ziffer 4 und 13e Buchhandel, § 6 Ziffer 4.

²⁴ Spruch des Staatskommissariats für die politische Säuberung des Landes Württemberg-Hohenzollern – Spruchkammer VII – Landgerichtsrat Dr. Jer auf die Sitzung vom 27.08.1948; Regierungsblatt für das Land Württemberg-Hohenzollern, Jahrgang 1947, Ausgabe 17/47 vom 24.02.1947, 505, Kreis Ravensburg, Nr.1099; Landgerichtsrat Dr. Jer hatte nach Eintritt der Rechtskräftigkeit dieser Entscheidung die Wiederaufnahme des Verfahrens mit dem Ziel betrieben ihn ohne Maßnahmen im Amt zu belassen; über den Erfolg des Antrags ist nichts bekannt.

²⁵ Amtsblatt des Staatssekretariats für das französisch besetzte Gebiet Württembergs und Hohenzollerns, Jahrgang 1946, Nr. 18, Ausgabe vom 20.09.1946, 189, Kreis Ravensburg, Ziffer 33.

²⁶ Amtsblatt des Staatssekretariats für das französisch besetzte Gebiet Württembergs und Hohenzollerns, Jahrgang 1946, Nr. 18, Ausgabe vom 20.09.1946, 188, Kreis Ravensburg, Ziffer 20.

²⁷ Landgerichtsrat Dör war vom 15.10.1940 bis 15.04.1943 als Hilfsarbeiter zur Rechtsanwaltschaft beim Volksgeschichtshof in Berlin abgeordnet gewesen. Dort war er in der Hauptsache der Abteilung zugeteilt, die mit der so genannten polnischen Widerstandsbewegung befasst war. Die Tätigkeit endete auf den Wunsch von Landgerichtsrat Dör. Der Volksgeschichtshof war 1934 als Sondergericht zur Aburteilung von Hoch- und Landesverrat gegen den NS-Staat eingerichtet worden. 1936 wurde der VGH ein ordentliches Gericht. Zuständigkeit wurde später auf weitere Strafvorschriften ausgeweitet.

²⁸ Spruch der Spruchkammer VII des Staatskommissariats für die politische Säuberung auf die Sitzung vom 29.10.1948; der Spruch wurde rechtskräftig.

²⁹ Entscheidung auf die Sitzung vom 27.08.1948; Angaben beruhen auf der von Landgerichtsrat Dre beim Landgericht Ravensburg geführten Personalakte und auf seiner Spruchkammerakte StASig Wü 13 T 2 Nr. 2319, Az.: 17/D/1037; der Spruch wurde rechtskräftig.

³⁰ 11b entspricht der Wählbarkeit, 11c der Politischen Partei.

³¹ Entscheidung der Spruchkammer VII des Staatskommissariats für die politische Säuberung des Landes Württemberg-Hohenzollern auf die Sitzung vom 20.08.1964; StASig Wü 13 T 2 Nr. 2540, Az.: 4/D/1001; Amtsblatt des Staatssekretariats für das französisch besetzte Gebiet Württembergs und Hohenzollerns, Jahrgang 1946, Nr. 18, 199, Assessoren und Referendare, Kreis Ehingen, Ziffer 1; In seiner beim Landgericht Ravensburg geführten Personalakte findet sich später der Vermerk, dass Gerichtsassessor Fad als Mitläufer „ohne Massnahmen“ eingestuft wurde. Weitere Angaben - insbesondere zu einem eventuell durchgeführten Revisionsverfahren - finden sich aber nicht in den Akten.

³² Entscheidung des Staatskommissariats für die politische Säuberung des Landes Württemberg-Hohenzollern auf die Sitzung vom 27.01.1949; kleiner Spruch StASig Wü 13 T 2 Nr. 2550, Az.: 9/D/1108. Siehe auch Regierungsblatt für das Land Württemberg-Hohenzollern, Jahrgang 1947, Beilage 21/47 vom 28.11.1947, 403, D/1108; aus den Akten ist nicht ersichtlich, ob dieser Spruch rechtskräftig wurde.

³³ 11b entspricht der Wählbarkeit, 11c der politischen Partei und 12b der Unfähigkeit für Ehrenämter.

³⁴ Regierungsblatt für das Land Württemberg-Hohenzollern, Jahrgang 1947, Ausgabe vom 28.11.1947, Beilage 21/47, 403, Kreis Ravensburg D/1112; aus den Akten geht nicht hervor, ob Landgerichtsrat Dr. Koc gegen diese Entscheidung Rechtsmittel eingelegt hat.

³⁵ Es handelt sich hierbei um das rechtskräftige Revisionsergebnis, bzw. das Ergebnis der Wiederaufnahme des Verfahrens (näheres ist nicht aktenkundig) durch die Spruchkammer III des Staatskommissariats für die politische Säuberung des Landes Württemberg-Hohenzollern auf die Sitzung vom 12.01.1949, Az.: 12/D/1007 (Spruch befindet sich in der beim Landgericht Ravensburg geführten Personalakte von Langerichsrat Nog). Durch diese Entscheidung wurden die in der früheren Entscheidung der Spruchkammer verhängten Sühnmaßnahmen (Zurückstufung um drei Dienstaltersstufen; Versetzung und 11b auf drei Jahre) aufgehoben.

³⁶ Spruch auf die Sitzung vom 19.10.1948; Spruchkammerakte StASig Wü 13 T 2 Nr. 1586, Az.: 9/T/Ü/5004 und 9/KB 138/47; hierbei handelt es sich um das Revisionsergebnis. Auf die Sitzung vom 22.01.1948 war die Spruchkammer I des Staatskommissariats für die politische Säuberung Tübingen bereits zu selben Einschätzung von Landgerichtsrat Dr. Freiherr von Rue gekommen: In der ersten Instanz war er ebenfalls als Mitläufer eingeordnet worden, ohne dass ihm Sühnmaßnahmen auferlegt worden wären

³⁷ Entscheidung des Staatskommissars für die politische Säuberung Reutlingen vom 19.06.1946, Az.: 2/D/1001; Amtsblatt des Staatssekretariats für das französisch besetzte Gebiet Württembergs und Hohenzollerns, Jahrgang 1946, Nr. 18, 184, Kreis Biberach, Ziffer 1. In der beim Landgericht Ravensburg geführten Personalakte von Amtsgerichtsrat Deb finden sich Anhaltspunkte, dass Deb erfolgreich die Wiederaufnahme des Verfahrens angestrengt hatte und die Entscheidung abgeändert wurde. Das Ergebnis des Wiederaufnahmeverfahrens konnte nicht ausfindig gemacht werden.

³⁸ Revisionsergebnis auf die Sitzung der Spruchkammer III des Staatskommissariats vom 26.05.1948. Durch im Amtsblatt des Staatssekretariats für das französisch besetzte Gebiet Württembergs und Hohenzollerns, Jahrgang 1946, Ausgabe Nr. 18 vom 20.09.1946, 184, Kreis Biberach Ziffer 10 erging gegen Hän zunächst folgender Spruch: Kann als Richter oder Staatsanwalt nicht zugelassen werden. Verwendung nur im Verwaltungsdienst, planmäßige Anstellung nicht vor dem 01.04.1950 (Information aus der beim Justizministerium geführten und beim Hauptstaatsarchiv in Stuttgart verwahrten Personalakte Pl Nr. 21271).

³⁹ Entscheidung auf die Sitzung der Spruchkammer VII des Staatskommissariats vom 27.08.1948; StASig Wü 13 T 2 Nr. 2574, Az.: 9/D/1094. Nicht bekannt ist, ob diese Entscheidung rechtskräftig wurde.

⁴⁰ Spruch der Spruchkammer III des Staatskommissariats für politische Säuberung Tübingen auf die Sitzung vom 17.12.1947 Spruchkammerakte StASig Wü 13 T 2 Nr. 2667, Az.: (unleserlich)/KB 209/47. Dieser Spruch wurde rechtskräftig.

⁴¹ Spruch auf die Sitzung der Spruchkammer Tübingen des Staatskommissariats für die politische Säuberung vom 01.03.1951, Az.: N 16906 (dieser Spruch befindet sich bei der vom Justizministerium geführten und beim Hauptstaatsarchiv verwahrten Personalakte Nr. Pl 1351 ohne Signatur). Dieser Spruch wurde rechtskräftig.

⁴² Personalakte von Gerichtsassessor Par beim Landgericht Ravensburg.

Bei einer Gesamtbetrachtung der Entnazifizierungsergebnisse der an den untersuchten Scheidungsverfahren beteiligten Richter ist festzustellen, dass der Entnazifizierungsprozess durchweg – wenn auch im Einzelfall nach einer längeren Zeitspanne – mit milden und zumeist auch schmerzlosen Ergebnissen abgeschlossen wurde, sodass einer Wiederverwendung dieser Juristen im Justizdienst nichts mehr entgegenstand. Dies hatte vor allem zwei Gründe: Zum einen war in den Nachkriegsjahren das zur Verfügung stehende Personal knapp. Richter wurden dringend gesucht. Zum anderen war auch die Berufserfahrung älterer Juristen gefragt.

Dies zeigte sich beispielsweise daran, dass einige der Richter noch lange nach Erreichen des Pensionierungsalters aktiv an den Gerichten tätig waren, so z.B. Amtsgerichtsrat Dr. Hol oder Oberamtsrichter Fis, der erst mit fast 70 Jahren pensioniert wurde. Auch die Zurückberufung des ersten Landgerichtspräsidenten nach dem Zusammenbruch Dr.

Schm aus dem Ruhestand in den Richterdienst hatte seinen Grund in dem damals bestehenden Richtermangel, ebenso wie die trotz bestehender Bedenken erfolgte Wiederverwendung des als aktiven Nationalsozialisten bekannten ehemaligen Landgerichtspräsidenten Wid.

ee. Lebensläufe von im Zeitraum ab November 1945 tätigen Richtern

Die Richter Landgerichtspräsident Dr. Schm, Landgerichtspräsident Ben, Landgerichtsrat Dre, Landgerichtsrat Dr. Fad, Landgerichtsdirektor Dr. Jer, Amtsgerichtsdirektor Dr. Hol, Oberamtsrichter Fis, Landgerichtsrat Dr. Koc und Landgerichtsrat Dr. Freiherr von Rue, waren häufig und / oder über einen längeren Zeitraum an den nach dem Zusammenbruch eingeleiteten untersuchten Verfahren tätig. Daher erfolgt eine genauere Betrachtung ihres Lebens und Wirkens. Da Oberamtsrichter Fis auch in der Zeit bis 1945 häufig als Richter zur Entscheidung über die untersuchten Scheidungsverfahren berufen war, wurden bereits oben Informationen zu ihm gegeben.

[1]. Landgerichtspräsident Dr. Oskar Schm (Amtszeit am Landgericht Ravensburg 05.11.1945 bis 30.09.1949)

Dr. Oskar Schm wurde mit der Wiedereröffnung der Ravensburger Gerichte nach dem Zusammenbruch am 05.11.1945 zum Landgerichtspräsidenten des Landgerichts Ravensburg ernannt. In diesem Amt war er bis zum 30.09.1949 tätig und als Vorsitzender der I. Zivilkammer mit der Entscheidung in 55 Verfahren betraut, in denen die Scheidung wegen unheilbarer Zerrüttung der Ehe eine Rolle spielte.

Der Sohn eines Artillerieoffiziers Dr. Oskar Paul Schm³⁷⁵ wurde am 04.11.1880 in Ulm / Donau geboren und römisch-katholisch getauft. Nach Erlangung des Reifezeugnis 1898 nahm er das Studium der Rechtswissenschaften auf und besuchte von 1898 bis 1902 die Universitäten in Tübingen und Berlin. Im Juli 1902 bestand er in Tübingen die Erste Höhe Justizdienstprüfung mit der Note „ausgezeichnet (IIa)“ und erwarb am 11.02.1905 „cum laude“ die Doktorwürde der rechtswissenschaftlichen Fakultät der Universität Tübingen mit einer Dissertation zum Thema „Die Stellung des Testamentsvollstreckers und ihre Durchführung im Normalfall der Testamentsvollstreckung“. Er war Mitglied der Studentenverbindung „Stuttgardia“ in Tübingen.

Nach Ableistung des Vorbereitungsdienstes bei den Gerichten in Ravensburg und bei einem Rechtsanwalt in Stuttgart legte er im Herbst 1905 in Stuttgart die Zweite Höhere Justizdienstprüfung ebenfalls mit der Note „ausgezeichnet (IIa)“ ab.

In den württembergischen Staatsdienst eingetreten, war er ab 08.01.1906 zunächst stellvertretender Amtsrichter beim Amtsgericht Stuttgart Stadt und wurde dann im Dezember 1907 als Ministerialsekretär in das Württembergische Justizministerium berufen. Dort rückte er in die einem Amts- und dann Landrichter gleichwertigen Stellungen

³⁷⁵ Personalakte von Landgerichtspräsident Dr. Oskar Schm beim Landgericht Ravensburg; Personalakte Justizministerium HauptStAStuttgart EA 4 / 151 Bü 274; Namentliche Mitteilungen des Landgerichts Ravensburg von Beamten und Angestellten an die Besatzungsmacht vom 07.05.1946, KrARV Bü E 2740.

auf und bekleidete ab 09.11.1915 die Stellung eines Kanzleidirektors und des Personalreferenten für die gehoben, mittleren und unteren Justizbeamten.

Auf seine Bitte wurde er im Oktober 1918 als Landgerichtsrat zum Landgericht Stuttgart versetzt, wo er als stellvertretender Vorsitzender der 1. Strafkammer und als Schwurgerichtsvorsitzender des außerordentlichen Schwurgerichts in den Spartakistenprozessen des Jahres 1919 (Ostheimer Soldatenmord) tätig war. Im September 1921 wurde er an das Oberlandesgericht Stuttgart berufen und gehörte dort als Oberlandesgerichtsrat zunächst einem Zivilsenat, und später dann dem Strafsenat an. Nebenamtlich war er Mitglied des Württembergischen Disziplinarhofes für Staatsbeamte und der Prüfungskommission für die Zweite Höhere Justizdienstprüfung.

Im April 1927 wurde Dr. Schm als Ministerialrat in das Württembergische Staatsministerium (Gesamtministerium auf demokratisch-parlamentarischer Grundlage) berufen und neben der Begutachtung von Einzelfragen hauptsächlich mit der Vorbereitung von Gesetzen und Verordnungen befasst. So bearbeitete er als Hauptreferent unter anderem die Kodifikation des württembergischen Beamtenrechts im „Württembergischen Beamtengesetz“ von 1929. In den Jahren von 1930 bis 1933 war Dr. Schm nebenamtlich ordentliches Mitglied des Württembergischen Verwaltungsgerichtshofs. Schriftstellerisch betätigte er sich bis zur Machtübernahme durch die Nationalsozialisten auf konfessionellen, rechtswissenschaftlichem und staatsrechtlichem Gebiet. Mit der Machtergreifung der NSDAP stellte er seine schriftstellerische Tätigkeit bis zum Frühjahr 1946 ein, weil er dem Nationalsozialismus nicht mit seiner Feder dienen wollte³⁷⁶.

Da er der NSDAP von vornherein ablehnend gegenüberstand, beantragte er unmittelbar nach deren Machtergreifung am 28.03.1933 seine Rückversetzung in den Richterdienst, die ihm im Jahre 1927 vorbehalten worden war. Nach seinen Angaben wollte er „mit der Politik der neuen Machthaber nichts zu tun haben und erstrebte deshalb die Stellung eines unabhängigen Zivilrichters am Oberlandesgericht Stuttgart“³⁷⁷.

Dr. Schm befürchtete, dass mit dem Umschwung der politischen Verhältnisse eine selbständige gesetzgeberische Tätigkeit Württembergs und damit gesetzgeberische Arbeiten größeren Stils innerhalb des Württembergischen Staatsministeriums noch mehr zurückgedrängt werden würden als bisher. Auf seinen Antrag wurde er im Frühjahr

³⁷⁶ In den Jahren 1923 bis 1933 veröffentlichte er zahlreiche juristische und staatsrechtliche Abhandlungen über Einzelfragen in der „Württembergischen Zeitschrift“ (Boschers Zeitschrift), in der „Württembergischen Zeitschrift für Rechtspflege und Verwaltung“ (Hallers Zeitschrift) und in der „Deutschen Juristenzeitung“; Kommentar zum Württembergischen Beamtengesetz und zum Württembergischen Besoldungsgesetz; 1931 und 1932 Kommentierung des Württembergischen Ausführungsgesetz zum Bürgerlichen Gesetzbuch und Zusammenstellung der Ausführungsvorschriften zu diesem Gesetz. Im „Deutschen Volksblatt“, der bis 1933 in Stuttgart erschienenen katholischen Tageszeitung, veröffentlichte er auf Ersuchen der Schriftleitung eine Anzahl von Leitartikeln über aktuelle staats- und verfassungsrechtliche Fragen mit politischem Einschlag, aufgebaut jeweils auf christlich-demokratischer Grundhaltung. Des Weiteren hielt Landgerichtspräsident Dr. Schm Vorträge über das Beamtenrecht. Seine erste Veröffentlichung nach dem Zusammenbruch datiert vom Frühjahr 1946; es handelte sich um einen im „Südkurier“ veröffentlichten Aufsatz zum Erbhofrecht.

³⁷⁷ Angabe des Landgerichtspräsidenten Dr. Schm im Lebenslauf vom 18.11.1946 (Anlage zum Fragebogen im Rahmen der politischen Überprüfung) in der Personalakte des Landgerichts Ravensburg.

1934 auf die Stelle eines Senatspräsidenten am Oberlandesgericht Stuttgart versetzt, was in finanzieller Sicht aber im Vergleich zu seiner Tätigkeit beim Staatsministerium mit dem Verlust einer bisher gewährten Zulage einherging.

Als Vorsitzender des 4. Zivilsenats war Dr. Schm bis zum Jahre 1945 ausschließlich mit zivilrechtlichen Berufungsverfahren betraut. Infolge der Lahmlegung der Zivilsenate am Oberlandesgericht Stuttgart und die Zerstörung seiner Stuttgarter Wohnung durch einen Luftangriff am 12.09.1944 wurde ihm bereits vor dem Zusammenbruch im November 1944 die Wahrnehmung des Vorsizes der Zivilkammer in Ravensburg übertragen, zumal eine vom Krieg verschonten Immobilie in Immenstaad am Bodensee in seinem Eigentum stand. In den letzten Monaten bis zum Kriegsende war Dr. Schm aber bei keinem der untersuchten Scheidungsverfahren an der Entscheidungsfindung beteiligt gewesen.

Nur einige Tage nach der Kapitulation Deutschlands wurde Dr. Schm am 26.05.1945 von Minister Dr. Beyerle und dem neuen Oberbürgermeister Dr. Klett von Stuttgart aufgefordert, sich für den Wiederaufbau der Württembergischen Gerichte als Oberlandesgerichtspräsident in Stuttgart zur Verfügung zu stellen. Nach seiner Bereiterklärung hierzu wurde Dr. Schm am 15.06.1945 in Stuttgart von der französischen Militärregierung als Oberlandesgerichtspräsident bestätigt. Wenige Tage später wurde er von der nachträglich in Stuttgart eingezogenen amerikanischen Militärregierung suspendiert, weil er unter dem NS-Regime für kurze Zeit in den Jahren 1933 und 1934 Ministerialrat gewesen war. Die eingereichten Gegendarstellungen blieben erfolglos.

Aufgrund dieser Ereignisse war wieder eine Verwendung Dr. Schms in Ravensburg möglich.

Am 05.11.1945 wurde er mit der Genehmigung der französischen Militärregierung vorläufig zum Präsidenten des Landgerichts Ravensburg berufen. Diese vorläufige Berufung wurde aufgrund des Säuberungsergebnisses³⁷⁸ aus dem Jahr 1946, wonach keine Sühnemaßnahmen gegen ihn angeordnet wurden, endgültig.

Im März 1946 wurde er zum Mitglied des Verfassungsausschusses ernannt.

Die Stelle als Landgerichtspräsident in Ravensburg bekleidete er bis zu seinem erstmaligen Eintritt in den Ruhestand am 30.09.1949.

Dennoch stellte er seine Aktivitäten im juristischen Bereich nicht ein. So wurde er im November 1950 für die Dauer von fünf Jahren zum Präsidenten des Kompetenzgerichtshofs für Württemberg-Hohenzollern ernannt.

Aus dem Ruhestand heraus wurde Dr. Schm später mit seinem Einverständnis wieder in den Justizdienst zurückberufen. Zum Ende seiner Tätigkeit im Justizdienst bekleidete er ab dem 01.01.1951 das Amt des Präsidenten des Oberlandesgerichts in Tübingen. Mit diesem Amt war verfassungsgemäß das Amt des Vorsitzenden des Staatsgerichtshofs

³⁷⁸ Amtsblatt des Staatssekretariats für das französisch besetzte Gebiet Württembergs und Hohenzollerns, Jahrgang 1946, Nr. 18, Ausgabe vom 20.09.1946, 189, Kreis Ravensburg Ziffer 61; Az.: 9/D/1064.

verbunden. Dieser Tätigkeit ging Dr. Schm bis zu seiner Zurückversetzung in den Ruhestand mit Wirkung zum 01.07.1953 nach.

Seinen Lebensabend verbrachte der vierfache Familienvater in Immenstaad am Bodensee. Er verstarb am 22.06.1962.

In politischer Hinsicht war Dr. Schm zu keinem Zeitpunkt ein Aktivist. Er gehörte in den Jahren 1918 und 1919 vorübergehend der Zentrumsparterie an³⁷⁹. Laut einem internen Schreiben des Justizministeriums vom 21.02.1934 erfolgte der Beitritt zur Zentrumsparterie nur, weil Dr. Schm damals geglaubt habe, sich einer Ordnungspartei anschließen zu müssen. Er sei frühzeitig wieder ausgetreten, weil er die Politik Erzbergers abgelehnt habe. Auch habe er einen späteren Wiederbeitritt zur Zentrumsparterie abgelehnt. Er sei „politisch zweifellos auf rechtem Flügel [gestanden], wenn er sich auch politisch nie betätigt habe“.

Er war nie Mitglied der NSDAP, der SA oder der SS. Im Februar 1932 war er dem NSRB beigetreten, dem er bis zu dessen Auflösung angehörte. Infolge korporativer Eingliederung des NSRB war er seit 1936 auch Mitglied des RDB. Ebenso gehörte er von 1937 bis zu deren Auflösung dem NSV an. Auch war er Mitglied des RKB und des DRK.

Kriegsdienst musste er aufgrund seiner Kurzsichtigkeit zu keinem Zeitpunkt leisten.

Dr. Schm war bekennender Katholik und nahm auch unter der Herrschaft der Nationalsozialisten aktiv am Gemeindeleben teil. Neben seiner bereits erwähnten schriftstellerischen Tätigkeit im kirchlichen Bereich war er von 1933 bis 1944 Mitglied des Kirchenstiftungsrats der römisch-katholischen Pfarrgemeinde St. Fidelis in Stuttgart. Einige Jahre bis zum Herbst 1944 war er auch Mitglied des Gesamtkirchenstiftungsrats von Groß-Stuttgart. Diese kirchlichen Ämter bekleidete er u.a. gemeinsam mit dem amtierenden Justizminister Dr. Beyerle. Nach dem Luftangriff auf Stuttgart im September 1944 hatte Dr. Schm diese Nebenämter niedergelegt.

[2]. *Landgerichtspräsident Hermann Ben (Amtszeit am Landgericht Ravensburg 01.10.1949 bis 31.07.1960)*

Landgerichtspräsident Hermann Ben war von 1949 bis 1952 als Vorsitzender der I. Zivilkammer des Landgerichts Ravensburg an 27 Ehescheidungsverfahren mit Bezug zu § 48 EheG 1946 beteiligt.

Ben war gebürtiger Ravensburger³⁸⁰. Dort wurde der Sohn eines Bauwerkmeisters am 13.04.1894 geboren und verbrachte seine Schulzeit. 1912 legte er am Ravensburger Gymnasium die Reifeprüfung ab. Sein im Wintersemester 1912/1913 begonnenes Studium der Rechtswissenschaft in München wurde im Juli 1915 durch den Kriegsdienst im Ersten Weltkrieg unterbrochen. Im November 1918 kehrte der Hermann Ben ausgezeich-

³⁷⁹ HauptStAStuttgart E 130c Bü 106.

³⁸⁰ Angaben beruhen – sofern nicht abweichend genannt – auf der Personalakte von Landgerichtspräsident Ben beim Landgericht Ravensburg, seiner beim Justizministerium geführten Personalakte HStAStuttgart EA 4/153 Bü 21, seiner Spruchkammerakte StASig Wü 13 T 2 Nr. 1500, Az.: 9/V/3001 und der Liste der Mitarbeiter des Landratsamts KrARV B.2. RV (AG.1) – 192.3 – prov. Bü E 2746.

net in die Heimat zu seinen Studien zurück, die er an der Universität Tübingen wieder aufnahm. Während seiner Studienzeit trat er einer dem Kartell der katholischen Studentenverbindungen (K.V.) angehörenden Studentenverbindung bei. Im Mai 1920 bestand er die Erste Juristische Staatsprüfung und nach seiner Ravensburger Referendarzeit auch das Zweite Juristische Staatsexamen im Oktober 1923 mit der überdurchschnittlichen Note „gut“ („IIbmitte“ und „IIboben“). Während seines Referendariats hatte der katholische Ben geheiratet; aus der Ehe gingen zwei Kinder hervor.

Seine Assessorenzeit verbrachte Ben am Landgericht Stuttgart und bei der Staatsanwaltschaft in Ravensburg.

Ben trat nach Abschluss seiner Ausbildung nicht in den Justizdienst ein.

Diesem erst in den letzten Jahren des Berufsweges eingeschlagenen Weg gingen einige Zwischenstationen voraus. So war er zunächst 20 Jahre als Rechtsanwalt in Ravensburg und von Mai 1945 bis April 1947 als kommissarischer Landrat des Landkreises Ravensburg tätig.

Zum 01.10.1925 war Ben als Rechtsanwalt in Ravensburg zugelassen worden und führte dort zusammen mit Rechtsanwalt Max Wör eine gut gehende Kanzlei.

Ben war vor der Machtergreifung durch die Nationalsozialisten aktiv in der Politik tätig gewesen. Im Jahre 1921 war er dem Windthorstbund beigetreten, wo er später auch den Vorsitz in der örtlich ansässigen Gruppe einnahm. 1924 folgte der Beitritt zur Zentrumspartei. Ab 1931 war Ben für das Zentrum Mitglied im Gemeinderat der Stadt Ravensburg³⁸¹ und wurde 1932 zum Vorsitzenden der Zentrums-Fraktion, die damals 18 Mitglieder hatte, ernannt.

Zwischen 1923 und 1933 hatte Ben im Windthorstbund und später auch in (Wahl-) Versammlungen der Zentrumspartei Reden gehalten, in welchen er im wesentlichen das Parteiprogramm der Zentrumspartei vertreten hatte. Von 1930 bis zur Machtergreifung war es dabei wiederholt zu Auseinandersetzungen mit der nationalsozialistischen Partei gekommen.

Als am 09.03.1933 während einer Gemeinderatssitzung die Hakenkreuzfahne auf dem Rathaus Ravensburg hochgezogen wurde, hatte Ben hiergegen Protest eingelegt und schied in der Folge aus dem Gemeinderat aus. Auch Ämter, die er zu diesem Zeitpunkt auf kulturellem Gebiet bekleidet hatte, musste er ablegen.

Ben, der dem Nationalsozialismus von Anfang an ablehnend gegenüberstand, war nicht Mitglied der NSDAP oder einer ihrer Gliederungen. Er gehörte dem NSRB, dem NSV, dem DRK, der NSKG und dem BNSDJ an.

Nach der Machtergreifung leistete er passiven Widerstand gegen das nationalsozialistische System. So verteidigte er als Rechtsanwalt zahlreiche Personen, die wegen Äußerungen gegen führende Persönlichkeiten und Einrichtungen des Nationalsozialismus angeklagt worden waren, was für ihn auch mit Nachteilen verbunden war:

³⁸¹ Vgl. auch Kraus, Zentrumshochburg, S. 424.

Ben, der im Ersten Weltkrieg den Rang eines Offiziers innehatte, wurde wegen politischer Unzuverlässigkeit nicht in die neue Wehrmacht übernommen und auf Veranlassung der Kreisleitung wurde ihm die Zulassung als Verteidiger beim Volksgerichtshof versagt.

Im Zusammenhang mit den Ereignissen vom 20. Juli 1944 (Attentat auf Hitler) wurde Ben im August 1944 verhaftet und im September 1944 zu Schanzarbeiten nach Lothringen befohlen, wo er für einen Monat unter dem Kommando junger SA-Leute Erdarbeiten verrichten musste.

Eine Woche vor dem Einmarsch der französischen Truppen in Ravensburg im April 1945 war er mit seiner Familie auf der Flucht, da ihm aus zuverlässiger Quelle zugetragen worden war, dass er auf Befehl der Kreisleitung verhaftet werden sollte.

Nach Kriegsende kam Ben diese ablehnende Haltung gegenüber dem nationalsozialistischen Regime zugute:

Bereits zwei Tage nach der Kapitulation wurde Hermann Ben am 10.05.1945 aufgrund des Befehls des Herrn Gouverneurs des Kreises Ravensburg zum kommissarischen Landrat³⁸² in Ravensburg berufen. Die Militärregierung hatte Vertrauen in den als Demokraten bekannten Ben. Er übernahm diese sehr schwierige Aufgabe nur ungern, fühlte sich aber verpflichtet, die Verantwortung für das Verhalten der gesamten Bevölkerung zu übernehmen³⁸³. Er begann seine Amtsführung mit dem Aufruf³⁸⁴ an die Bevölkerung, das nationale Leid mit Würde zu tragen und Ruhe und Besonnenheit zu wahren.

Anfang 1947 wurde er vom damaligen Staatssekretariat der Landesdirektion der Justiz im Land Württemberg-Hohenzollern unter Übernahme in das Beamtenverhältnis als kommissarischer Landrat bestätigt.

Diese Bestätigung Bens war aufgrund des Säuberungsergebnisses im Entnazifizierungsverfahren möglich, laut dessen Ben ohne Sühnemaßnahmen als Rechtsanwalt zugelassen werden konnte³⁸⁵.

Das Amt des kommissarischen Landrats übte er bis zum 15.04.1947 aus.

Bereits mit der Wiedereröffnung der Ravensburger Gerichte am 05.11.1945 war Ben auch in vorläufiger Weise wieder als Rechtsanwalt zugelassen worden. Eine anwaltliche Tätigkeit Bens in den untersuchten Ehescheidungsklagen konnte in der Nachkriegszeit nicht verzeichnet werden. Seine aufgrund des Säuberungsergebnisses nunmehr endgültige Zulassung als Rechtsanwalt gab er erst im August 1949 auf.

³⁸² Der bisherige Landrat Kreeb war am 07.Mai 1945 im Zuge der allgemeinen Entfernung der seitherigen Landräte seines Amtes enthoben worden.

³⁸³ Neben der allgemein schwierigen Lage nach dem Zusammenbruch war das Landratsamt bis zur Errichtung eines Staatssekretariats in Tübingen im Herbst 1945 die höchste Verwaltungsbehörde. Mit zu den schwierigsten Aufgaben Bens in den ersten Monaten seiner Amtszeit als Landrat war die Erfüllung der zahlreichen kurzfristig anbefohlenen Requisitionen an Lebensmitteln aller Art für die Besatzungszonen.

³⁸⁴ Aufruf Bens an alle Einwohner des Kreises Ravensburg vom 28.05.1945 in Quellen zur Ravensburger Stadtgeschichte, bearbeitet von Eitel, Peter und Kopmann, Jan, StadtARV R 297.

³⁸⁵ Amtsblatt des Staatssekretariats für das französisch besetzte Gebiet Württembergs und Hohenzollerns, Jahrgang 1946, Ausgabe Nr. 22 vom 19.10.1946, 241, Kreis Ravensburg, Ziffer 1.

Am 16.04.1947 wurde Ben, der zuvor - abgesehen von seiner Assessorenzeit - niemals als Richter tätig gewesen war, zum Präsidenten des Landgerichts in Tübingen berufen. Auf seinen ausdrücklichen Wunsch wurde Ben zum 01.10.1949 zum Präsidenten des Landgerichts in seiner Heimatstadt Ravensburg ernannt. Dieses Amt bekleidete er bis zu seinem Eintritt in den Ruhestand am 31.07.1960.

Herrmann Ben, der am 13.02.1972 verstarb, war eine im ganzen Land angesehene Richterpersönlichkeit. Er wurde zum Vorsitzenden der Dienststrafsenate bei den Oberlandesgerichten zuerst in Tübingen und später in Stuttgart in den Jahren 1950 bis 1957 berufen. Ebenso wurde ihm die Ernennung zum stellvertretenden Mitglied des Staatsgerichtshofs für das Land Württemberg-Hohenzollern in den Jahren 1950 bis 1964 zuteil und schließlich wurde ihm durch den Bundespräsidenten anlässlich seines Eintritts in den Ruhestand das Große Verdienstkreuz des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland verliehen.

[3]. *Landgerichtsdirektor (vormals Landgerichtsrat und Amtsgerichtsrat) Dr. Alfred Jer (Amtszeit am Landgericht Ravensburg 26.08.1946 bis 30.11.1963)*

Landgerichtsdirektor Dr. Alfred Jer war im Zeitraum von 1947 bis 1952 an der Entscheidungsfindung in 75 Ehescheidungsklagen mit Bezug zur Zerrüttungsscheidung beteiligt.

Der Sohn eines Lehrers und späteren Rektors war am 04.02.1898 in Deggingen, Kreis Göppingen geboren worden³⁸⁶. Der verheiratete Dr. Jer und Vater dreier Töchter gehörte der katholischen Konfession an.

Nach dem Bestehen der Reifeprüfung am Gymnasium in Esslingen am Neckar im Jahre 1917 folgte der Fronteinsatz als Soldat im Ersten Weltkrieg an der Westfront. Nach Entlassung aus der Wehrmacht als Inhaber der Rettungsmedaille absolvierte er in den Jahren 1919 - 1922 das Studium der Rechtswissenschaft an den Universitäten Tübingen und München. Im Herbst 1922 legte er in Tübingen die Erste Juristische Staatsprüfung mit der Note „befriedigend“ ab. Nach zweijähriger Referendarzeit bestand er die Zweite Juristische Staatsprüfung im Winter 1924/25 in Stuttgart mit dem Resultat „gut“. Als Hilfsarbeiter bei Rechtsanwalt Dr. Scho in Ravensburg ging er bis Juli 1926 seiner ersten Beschäftigung nach. In dieser Zeit wurde er auch an der Universität Tübingen zum Doktor juris promoviert. Nach der Einberufung in den Württembergischen Staatsdienst wurde er ab Juli 1926 beim Amtsgericht Ravensburg als Gerichtsassessor eingesetzt. Mit Wirkung zum 01.10.1927 erfolgte dort seine Ernennung zum Amtsrichter. Im April 1936 wurde ihm die Dienstbezeichnung Amtsgerichtsrat verliehen. Am 26.08.1939 wurde Dr. Jer zur Wehrmacht einberufen und war während des ganzen Zweiten Weltkrieges ohne Unterbrechung Soldat – zuletzt mit dem Dienstgrad eines Hauptmanns der Reserve. Beim Zusammenbruch geriet er in französische Kriegsgefangenschaft, aus der er wegen Krankheit im März 1946 entlassen wurde.

³⁸⁶ Angaben beruhen auf der Personalakte von Landgerichtsdirektor Dr. Jer beim Landgericht Ravensburg, seiner beim Justizministerium geführten Personalakte HStAStuttgart EA 4/153 Bü 254 und Akten aus dem Entnazifizierungsverfahren StASig Wü 13 T 2 Nr. 1483 und Nr. 2560, Az.: 9/D/1099.

Dr. Jer war zu keinem Zeitpunkt Mitglied einer politischen Partei. Im Juli 1933 trat er dem Stahlhelm bei. Mit dessen Auflösung trat er in die SA ein und gehörte der SA Reserve an und war in den Jahren 1934/1935 dort zugleich Rottenführer und Rechtsberater³⁸⁷. Da er aber mit der politischen Richtung der Partei nicht einverstanden war, hatte er noch im Jahre 1935 seinen Austritt erklärt.

1934 trat Dr. Jer in den NSRB, den NSV, und den RLB ein. 1937 folgte der Beitritt zum RKB. Auch war Dr. Jer Mitglied des NSRL und gehörte korporativ durch seine Mitgliedschaft im NSRB dem RDB an.

Seine politische Haltung war auch Gegenstand von zwei Stellungnahmen des Landgerichtspräsidenten Wid aus den Jahren 1936 und 1939;

Landgerichtspräsident Wid äußerte sich beispielsweise in seiner Beurteilung vom 22.02.1939 zunächst positiv zu der fachlichen Qualifikation Dr. Jers und sodann wie folgt zu dessen politischer Einstellung: „Politisch durchaus zuverlässig; konfessionell ganz frei (sein verstorbener Vater hat schon vor dem Krieg als katholischer Lehrer für die Abschaffung der geistlichen Schulaufsicht gekämpft); zu persönlichem Einsatz selbstlos bereit (Inhaber der Rettungsmedaille!).“

Zu einer früheren Bewerbung Dr. Jers um eine Landgerichtsratsstelle am Landgericht Ravensburg hatte sich Landgerichtspräsident Wid gegenüber dem Oberlandesgericht Stuttgart im Jahre 1936 noch ablehnend geäußert: „...möchte ich an sich einen menschlich noch frischeren, freieren, aktiveren Berufsgenossen, der rein fachlich natürlich nicht zurückstehen darf, als neuen Richter gerade an das Ravensburger Landgericht (im „schwarzen“ Oberland) wünschen. Ich würde die Beförderung eines Mannes wie Jer [] an ein Landgericht im Unterland vorziehen“³⁸⁸.

Diese Bewerbung Dr. Jers auf diese Stelle am Landgericht Ravensburg war erfolglos geblieben. Ihr folgten in den Kriegsjahren keine weiteren Bewerbungen des sich bei der Wehrmacht befindlichen Dr. Jers.

Im Rahmen des Entnazifizierungsverfahrens wurde Dr. Jer durch Spruch des Staatskommissariats für die politische Säuberung des Landes Württemberg-Hohenzollern – Spruchkammer VII – auf die Sitzung vom 27.08.1948 als Mitläufer eingestuft. Als Sühnemaßnahme wurde die Zurückstufung um eine Dienstalterstufe und die Versagung der Wählbarkeit auf ein Jahr angeordnet³⁸⁹.

Dr. Jer hatte nach Eintritt der Rechtskräftigkeit dieser Entscheidung die Wiederaufnahme des Verfahrens mit dem Ziel betrieben ihn ohne Maßnahmen im Amt zu belassen.

Im Rahmen dieses Verfahrens schrieb das Staatssekretariat Landesdirektion der Justiz am 16.06.1947 an den Herrn Staatskommissar für die politische Säuberung in Tübingen:

³⁸⁷ Im Entnazifizierungsverfahren gab Dr. Jer an, die Tätigkeit des Rechtsberaters nie ausgeübt zu haben.

³⁸⁸ Schreiben vom 12.09.1936 in der Personalakte Dr. Jers des Landgerichts Ravensburg.

³⁸⁹ Vgl. auch Regierungsblatt für das Land Württemberg-Hohenzollern, Jahrgang 1947, Ausgabe 17/47 vom 24.02.1947, 505, Kreis Ravensburg, Nr.1099.

gen: „Die Justizverwaltung hat ein erhebliches Interesse daran, eine grössere Anzahl von Richtern zu haben, gegen die im Säuberungsverfahren keine Sanktion verhängt worden ist. Ich würde es dankbar begrüßen, wenn dem Antrag von Dr. Jer [] stattgegeben würde. Jer [] war nur wenige Monate Rottenführer und Rechtsberater bei der SA-Reserve. Seine Belastung ist so gering, dass sie dem ihm gestellten Antrag nicht entgegensteht.“

Der Inhalt dieses Schreiben zeigt ganz deutlich, dass nach Kriegsende auch bei der Justiz kein großes Interesse bestand, ehemalige Mitglieder der Partei oder ihrer Gliederungen einer Bestrafung zuzuführen; vielmehr bestand aus den bereits aufgezeigten Gründen ein vorrangiges Interesse der Justiz dahingehend, möglichst viele bereits vor dem Zusammenbruch tätige Richter ohne Rücksicht auf Sühnemaßnahmen an den wiedereröffneten Gerichten einsetzen zu können.

Über den Erfolg oder Misserfolg des Antrags von Jer finden sich keine Informationen in den Akten.

Ab 26.08.1946 wurde Dr. Jer als Amtsgerichtsrat am Landgericht Ravensburg eingesetzt und mit Wirkung zum 28.04.1947 zum Landgerichtsrat ernannt. Im Oktober 1949 folgte die Ernennung zum Landgerichtsdirektor und die Übernahme des Vorsitzes der II. Zivilkammer als Nachfolger von Amtsgerichtsdirektor Dr. Hol. Ab April 1953 hatte Dr. Jer die Stelle des ständigen Vertreters des Präsidenten des Landgerichts inne. Als Nachfolger von Landgerichtspräsident Ben wurde ihm am 01.08.1960 das Amt des Landgerichtspräsidenten des Landgerichts Ravensburg übertragen, welches er bis zu seiner Versetzung in den Ruhestand mit Wirkung zum 01.12.1963 ausübte.

Dr. Jer, Träger des Großen Verdienstkreuzes, verstarb im Februar 1969.

[4]. *Amtsgerichtsdirektor Dr. Carl Hol (Amtszeit am Landgericht Ravensburg 05.11.1945 bis 30.09.1949)*

Der am 29.06.1880 in Aldingen, Kreis Tuttlingen geborene³⁹⁰ Amtsgerichtsdirektor Dr. Carl Hol war in den Jahren 1946 bis 1949 Vorsitzender der II. Zivilkammer des Landgerichts Ravensburg und war in dieser Zeit an 55 der untersuchten Verfahren zur Entscheidung berufen.

Der evangelische Sohn eines Oberschullehrerehepaars schloss seine Schulzeit 1898 mit der Reifeprüfung am Humanistischen Gymnasium in Reutlingen ab, nachdem er zuvor vier Jahre die evangelisch-theologischen Seminare in Schöndal und Urach besucht hatte. Nach Ableistung seines Militärjahres besuchte er die Universität Tübingen zum Studium der Rechtswissenschaften. Während seiner Studienzeit trat er der unter den Nationalsozialisten aufgehobenen Studentenverbindung „Stochdorphia“ Tübingen bei. Nach bestandener Referendar- und Assessorenprüfung 1904 und 1907 – jeweils mit der überdurchschnittlichen Note „IIB oben lobenswert“ – trat er nach kurzer Tätigkeit als Rechtsanwalt in den Justizdienst ein und wurde am 24.11.1913 zum Amtsrichter in

³⁹⁰ Angaben beruhen auf der Personalakte von Amtsgerichtsdirektor Dr. Hol beim Landgericht Ravensburg und auf den namentlichen Mitteilungen des Landgerichts Ravensburg von Beamten und Angestellten an die Besatzungsmacht vom 07.05.1946, KrARV Bü E 2740.

Ravensburg, am 25.02.1920 zum Landrichter am dortigen Landgericht, am 01.01.1925 dort zum Landgerichtsrat und am 01.09.1935 zum Amtsgerichtsdirektor des Amtsgerichts Ravensburg ernannt.

In den beiden Weltkriegen war der verheiratete Vater von drei Kindern Dr. Hol als Kriegsgerichtsrat³⁹¹ tätig. Im Ersten Weltkrieg wurde er in Ludwigsburg eingesetzt, während er im Zweiten Weltkrieg als Kriegsgerichtsrat beim Oberkommando der VII. Armee in Calw und Freudenstadt verwendet wurde.

In politischer Hinsicht war Amtsgerichtsdirektor Dr. Hol vor der Zeit des Dritten Reichs aktiv gewesen. Im Jahre 1920 trat er der Württembergischen Bürgerpartei (Deutschnationale Volkspartei) bei. Diese hatte jedoch bereits vor 1933 ihre Tätigkeit eingestellt.

Dr. Hol war nicht Mitglied der NSDAP. 1934 trat er dem NSRB und dem NSV bei, 1935 folgte der Beitritt zum RKB. Auch war er Mitglied des DRK.

Bereits mit der Wiedereröffnung der Ravensburger Landgerichte am 05.11.1945 wurde Amtsgerichtsdirektor Dr. Hol vom Amtsgericht Ravensburg an das dortige Landgericht versetzt und mit Genehmigung der Militärregierung in vorläufiger Weise zum Richter am Landgericht Ravensburg berufen.

Die politische Überprüfung kam zu dem Ergebnis, dass Amtsgerichtsdirektor Dr. Hol im Justizdienst ohne Sanktionen weiter verwendet werden konnte³⁹².

Wiederholte Rufe zum Oberlandesgericht hatte er wegen seiner Verwurzelung mit der Stadt Ravensburg abgelehnt.

Zum 01.10.1949 trat Amtsgerichtsdirektor Dr. Hol in den Ruhestand, nachdem sein Ausscheiden aufgrund des Erreichens der Altersgrenze bereits hinausgeschoben worden war. Er verstarb am 29.01.1964.

[5]. Landgerichtsrat Franz Dre (Amtszeit am Landgericht Ravensburg ab 01.05.1947 bis unbekannt)

Landgerichtsrat Franz Dre war Beisitzer in der I. und II. Zivilkammer des Landgerichts Ravensburg und in den Jahren von 1947 bis 1951 an 65 der untersuchten Scheidungsverfahren beteiligt.

Landgerichtsrat Franz Dre wurde am 01.01.1904 in Wald (Kreis Sigmaringen) als Sohn eines Försters geboren³⁹³, war verheiratet und hatte drei Kinder. Nach seinem Austritt

³⁹¹ Ein Kriegsgerichtsrat war im Deutschen Reich ein Beamter der höheren Militärgerichtsbarkeit, der den Divisionskommandos und gleichgestellten Kommandobehörden der Armee und Marine beigeordnet war. Der Kriegsgerichtsrat musste die Befähigung zum Richteramt haben. Die Anstellung erfolgte auf Lebenszeit.

³⁹² Amtsblatt des Staatssekretariats für das französisch besetzte Gebiet Württembergs und Hohenzollern, Jahrgang 1946, Ausgabe vom 20.09.1946, 189, Kreis Ravensburg, Nr. 33.

³⁹³ Angaben beruhen auf seiner beim Landgericht Ravensburg geführten Personalakte und auf seiner Spruchkammerakte StASig Wü 13 T 2 Nr. 2319, Az.: 17/D/1037.

aus der katholischen Kirche im Oktober 1940, den er mit religiösen und nicht mit politischen Motiven begründet hatte, blieb er konfessionslos.

Nach dem Besuch des Gymnasiums in Sigmaringen legte er im Jahre 1923 die Reifeprüfung ab. Anschließend studierte er in Tübingen und Kiel Rechtswissenschaft und Volkswirtschaft. Während seiner Studienzeit trat er dem Kartellverband Katholischer Studentenverbindungen (K.V.) bei. Wegen schwerer Krankheit musste er im Jahr 1927 sein Studium unterbrechen. Als 1930 plötzlich sein Vater starb, wurde der Abschluss seines Studiums noch durch finanzielle Schwierigkeiten in Frage gestellt. Trotz dieser ungünstigen Verhältnisse legte er im Jahre 1935 die Erste und 1939 die Zweite Juristische Staatsprüfung jeweils mit der Note „befriedigend“ ab. Da er weder der NSDAP noch einer ihrer Gliederungen angehört hatte, fand er zunächst keine Anstellung. Durch seine schlechte finanzielle Lage gezwungen, verpflichtete er sich der NSDAP und ihrer Gliederungen beizutreten, worauf er im Juni 1939 in den höheren Justizdienst übernommen wurde. In der Folgezeit war er bei den Amtsgerichten in Biberach, Wangen im Allgäu, Tettnang und Ravensburg hauptsächlich als Zivilrichter tätig. Im Jahre 1942 wurde er zum Amtsgerichtsrat beim Amtsgericht Marbach am Neckar ernannt; dem Dienstantritt stand jedoch seine Einberufung zur Wehrmacht am 29.01.1942 entgegen; Kriegsdienst leistete er bis zu seiner Gefangennahme am 04.04.1945. 1942 und 1943 wurde er einige Mal als Verteidiger an das Kriegsgericht in Arras (Frankreich) kommandiert. Von April 1945 bis August 1945 befand sich Dre in amerikanischer Kriegsgefangenschaft, aus der er schließlich krankheitshalber entlassen wurde.

Dre, der vor 1933 nicht politisch aktiv gewesen war, gehörte – nach seiner Angabe aufgrund der ansonsten bestehenden Aussichtslosigkeit bei der Stellensuche – der NSDAP und der SA an. 1935 war er dem NSRB und 1940 dem NSV beigetreten. Im NSV bekleidete er ab 05.09.1939 die Stelle eines Amtswalters.

Seine Frau, die ebenfalls aus der katholischen Kirche ausgetreten war, trat 1937 in die Partei ein und war Mitglied der NSF, in der sie sich als Blockhelferin betätigte.

Im Führungszeugnis vom 15.01.1940³⁹⁴ wurde Dre wie folgt beschrieben: „Er hat sich rasch, mit Eifer und Erfolg in sein Amt eingearbeitet und sein Referat immer gut auf dem Laufenden gehalten. Seine Führung war tadellos. Er ist ein zuverlässiger, gesetzter, verantwortungsbewusster Charakter. Seine politische Haltung ist einwandfrei.“

Nach dem Zusammenbruch wurde Dre mit Wirkung vom 01. Mai 1947 an das Landgericht Ravensburg versetzt. Das Ergebnis seines Entnazifizierungsverfahrens stand einer weiteren Verwendung Dres als Richter nicht entgegen: Durch rechtskräftigen Spruch der Spruchkammer VII des Staatskommissariats für die politische Säuberung war Dre auf die Sitzung vom 27.08.1948 in die Gruppe der Mitläufer eingestuft worden. Als Sühnemaßnahmen wurde die Zurückstufung um eine Dienstalterstufe und seine Versetzung angeordnet und Dre die Möglichkeit der Wählbarkeit und der Mitgliedschaft in einer politischen Partei für zwei Jahre versagt.

³⁹⁴ Ausgestellt von Oberamtsrichter Dettinger vom Amtsgericht Biberach an der Riß.

Bezüglich des weiteren Lebenswegs von Dre ist nur bekannt, dass er Ende des Monats September 1968 in den Ruhestand getreten ist.

[6]. *Landgerichtsrat (vormals Gerichtsassessor) Dr. Rudolf Fad (Amtszeit am Landgericht Ravensburg 01.03.1948 bis März 1962)*

Dr. Rudolf Fad war als Richter in den Jahren von 1948 bis 1952 an 67 der untersuchten Scheidungsurteilen der I. und II. Zivilkammer des Landgerichts Ravensburg beteiligt.

Am 20.02.1915 in Waldsee geboren, gehörte Dr. Rudolf Fad³⁹⁵ der jüngeren Richtergeneration an. Der Sohn eines Regierungsrats war katholisch, verheiratet und Vater von zwei Kindern.

Nach Beendigung seiner Schulzeit im Jahre 1934 besuchte Fad in den Jahren bis 1938 die rechtswissenschaftlichen Fakultäten der Universitäten in Tübingen, Breslau, Kiel und München. Sein Studium beendete er mit der Ersten Juristischen Staatsprüfung im Juni 1938³⁹⁶ in Stuttgart mit der Note „befriedigend“.

Während seiner Zeit als Student war Fad im Oktober 1934 der Studentenverbindung A.V. Cheruskia im Cartellverband katholischer Studenten beigetreten.

Bevor Dr. Fad im Anschluss an sein Studium den juristischen Vorbereitungsdienst aufnehmen konnte, forderte das Justizministerium vom Gauleiter die Auskunft an, ob Dr. Fad die Gewähr dafür biete, dass er jederzeit rückhaltlos für den nationalsozialistischen Staat eintrete. Der Gauleiter bescheinigte Fad, dass gegen seine Ernennung zum Gerichtsreferendar nach Bestehen der Prüfung von seiner Seite keine politischen Bedenken bestehen. Dieser Vorgang zeigt, wie in der damaligen Zeit die politische Einstellung Einfluss auf das berufliche Fortkommen hatte: Bereits im Stadium der Ausbildung war die politische Unbedenklichkeit zwingende Voraussetzung für die Zulassung zum juristischen Vorbereitungsdienst.

Der juristische Vorbereitungsdienst von Dr. Fad wurde von August 1939 bis Januar 1946 durch Kriegswehr Dienst und Kriegsgefangenschaft unterbrochen. Zwischenzeitlich war Dr. Fad am 16.06.1943 zum außerplanmäßigen Beamten ernannt worden (Assessor K).

Nach seiner Rückkehr aus der amerikanischen Kriegsgefangenschaft nahm Fad den juristischen Vorbereitungsdienst wieder auf und bestand abschließend die Zweite Juristische Staatsprüfung im Januar 1948 in Tübingen mit dem Ergebnis „befriedigend oben“, nachdem ihm zuvor im September 1946 der Dokortitel in Tübingen verliehen worden war (Resultat „gut“).

Bereits einen Monat nach dem erfolgreichen Abschluss seiner Ausbildung wurde er in das nichtplanmäßige Beamtenverhältnis auf Probe berufen, mit der Wahrnehmung

³⁹⁵ Personalakte des Gerichtsassessors / Landgerichtsrat Dr. Rudolf Fad beim Landgericht Ravensburg und Personalakte beim Justizministerium Baden-Württemberg Pl Nr. 24447 und der Spruchkammerakte StASig Wü 13 T 2 Nr. 2540, Az.: 4/D/1001.

³⁹⁶ Der Nationalsozialismus war auch in den Juristischen Staatsprüfungen präsent. Themen der mündlichen Prüfung waren damals unter anderem der Rassebegriff, die rassische Zusammensetzung der Deutschen, die Nürnberger Gesetze und die Ziele und Wege der nationalsozialistischen Betriebsführung.

richterlicher und staatsanwaltlicher Aufgaben betraut und ab 01.03.1948 dem Landgericht Ravensburg zugeteilt. An diesem war er ab 01.03.1948 Gerichtsassessor, ehe er zum 01.12.1950 zum Landgerichtsrat am Landgericht Ravensburg ernannt wurde, nachdem ihm von seinen Vorgesetzten „befriedigende juristische Kenntnisse“ und fleißiges und ergiebiges Arbeiten bescheinigt worden waren.

In den Jahren 1959 / 1960 wurde Dr. Fad für ein gutes Jahr als Hilfsrichter an das Oberlandesgericht Stuttgart abgeordnet. Zum April 1962 wechselte er in die Sozialgerichtsbarkeit zum Landessozialgericht Baden-Württemberg und wurde zum Landessozialgerichtsrat ernannt. Ab dem Jahre 1972 war Dr. Fad dort als Senatspräsident tätig, bis er zum 01.03.1980 in den Ruhestand versetzt wurde.

Am 07.03.1993 verstarb Dr. Rudolf Fad.

Dr. Rudolf Fad war Parteimitglied gewesen; er gehörte der NSDAP vom 01.05.1933 bis zum Zusammenbruch an.

Vom Juli 1933 bis in das Jahr 1938 war er als Rottenführer Mitglied der SA. Des Weiteren gehörte Fad dem NSDStB, dem RKB und dem RAD an.

Der Untersuchungsausschuss des Landkreises Ehingen beurteilte Dr. Fad am 18.02.1946 wie folgt: „Mitgliedschaften. Parteipolitisch ist Fad [] nicht hervorgetreten. Von der Idee und Werbekraft der Anfangsjahre der NSDAP beeinflusst, sympathisierte Fad [] zunächst mit der Partei, rückte aber später wieder von ihr ab. Er ist ein strebsamer junger Mann, charakterlich leicht beeinflussbar, ohne feste Grundsätze.“

In seinem Säuberungsverfahren³⁹⁷ kam die Spruchkammer VII des Staatskommissariats für die politische Säuberung des Landes Württemberg-Hohenzollern auf ihre Sitzung vom 20.08.1946 zu dem Ergebnis, dass Dr. Fad als Mitläufer einzustufen sei. Begründet wurde dieses Ergebnis mit seiner Mitgliedschaft in der NSDAP und der SA. Dr. Fad wurde unter Anordnung der Sühnmaßnahmen Vorrückungs- und Beförderungssperre auf 6 Jahre, 11b, 11c³⁹⁸ auf 3 Jahre zum Vorbereitungsdienst zugelassen.

In seiner beim Landgericht geführten Personalakte findet sich später der Vermerk, dass Fad als Mitläufer „ohne Massnahmen“ eingestuft wurde. Weitere Angaben zu einem eventuell durchgeführten Revisionsverfahren finden sich nicht in den Akten.

[7]. Landgerichtsrat Dr. Otto Koc (Dauer der Amtszeit am Landgericht Ravensburg nicht bekannt)

Als Beisitzer der I. und II. Zivilkammer des Landgerichts Ravensburg wirkte Landgerichtsrat Dr. Koc im Zeitraum zwischen 1948 und 1950 an 53 der untersuchten Urteile mit.

Der evangelische Landgerichtsrat Dr. Koc, der beide Juristischen Examina mit der überdurchschnittlichen Note „gut“ bestanden hatte, war am 13.03.1895 in Berlin gebo-

³⁹⁷ StASig Wü 13 T 2 Nr. 2540, Az.: 4/D/1001; Amtsblatt des Staatssekretariats für das französisch besetzte Gebiet Württembergs und Hohenzollerns, Jahrgang 1946, Nr. 18, Ausgabe vom 20.09.1946, 199, Assessoren und Referendare, Kreis Ehingen, Ziffer 1.

³⁹⁸ 11b entspricht der Versagung der Wählbarkeit; 11c des Verbotes Mitglied einer politischen Partei zu sein.

ren worden³⁹⁹. Während seiner Studienzeit trat er der Studentenverbindung „Korps Hansea“ zu Bonn bei.

In den Jahren von 1930 bis 1934 war Dr. Koc als Land- und Amtsgerichtsrat in Königsberg tätig, bevor der Wechsel an das Kammergericht in Berlin folgte, wo er 1935 zum Kammergerichtsrat ernannt wurde.

Dr. Koc, der vor der Machtergreifung durch die Nationalsozialisten nicht Mitglied einer politischen Partei gewesen war, trat erst im Jahr 1937 in die NSDAP ein. Zuvor war er im November 1933 der SA beigetreten, wo er bis zum Kriegsausbruch den Rang eines Scharführers innehatte. Dr. Koc, der im Zweiten Weltkrieg zum Militärdienst einberufen worden war, gehörte auch dem NSRB und dem NSAHB an.

Nach der Wiedereröffnung der deutschen Gerichte verdiente Dr. Koc, der in der Justiz zunächst nicht eingesetzt wurde, seinen Lebensunterhalt als einfacher Arbeiter in einer Kartonagenfabrik. Erst im Jahr 1948 war Dr. Koc als Landgerichtsrat am Landgericht Ravensburg in den Ehescheidungsverfahren beteiligt – wobei dies aufgrund des Spruchs im Entnazifizierungsverfahren⁴⁰⁰ mit finanziellen Einbußen einherging; hiernach erfolgte die Zurückstufung um vier Stufen; bei Zulassung als Rechtsanwalt Abführung von 10 Prozent des Nettoeinkommens auf die Dauer von sechs Jahren; 11b / 11c / 12b⁴⁰¹ auf 3 Jahre⁴⁰².

[8]. Landgerichtsrat Dr. Hans Ulrich Freiherr von Rue (Amtszeit am Landgericht Ravensburg nicht bekannt)

In den Jahren 1949 bis 1952 war Landgerichtsrat Dr. Freiherr von Rue bei 49 der untersuchten Scheidungsverfahren an der Entscheidungsfindung beteiligt.

Der am 09.07.1911 geborene evangelische Landgerichtsrat Dr. Freiherr von Rue stammte aus Stuttgart, war verheiratet und hatte mit seiner Frau vier gemeinsame Kinder⁴⁰³. Während den Zeiten des Nationalsozialismus blieb er der Kirche treu und ließ so seine vier zwischen 1939 und 1945 geborenen Kinder taufen.

Nach dem Studium der Rechte und der Ableistung des Vorbereitungsdienstes als Gerichtsreferendar wurde er am 01.02.1937 zum Gerichtsassessor und am 01.06.1940 zum Landgerichtsrat mit einer Planstelle am Landgericht Ravensburg ernannt. Durch Erlass

³⁹⁹ Zu Landgerichtsrat Dr. Koc fehlen in den Beständen des Landgerichts Ravensburg und in den Archiven Personalakten. Die Angaben beruhen daher auf Quellen aus dem Entnazifizierungsverfahren (StASig Wü 13 T 2 Nr. 1483, Az.: 9/D/1112). Die hieraus gewonnenen Informationen enden mit dem Spruch aus dem Jahr 1947.

⁴⁰⁰ Aus den Akten geht nicht hervor, ob Landgerichtsrat Dr. Koc gegen diese Entscheidung Rechtsmittel eingelegt hat.

⁴⁰¹ 11b entsprach der Versagung der Wählbarkeit, 11c dem Verbot Mitglied einer politischen Partei zu sein und 12b der Unfähigkeit für Ehrenämter.

⁴⁰² Regierungsblatt für das Land Württemberg-Hohenzollern, Jahrgang 1947, Ausgabe vom 28.11.1947, Beilage 21/47, 403, Kreis Ravensburg D/1112.

⁴⁰³ Von ihm waren beim Landgericht Ravensburg und in den Archiven keine Personalakten vorhanden. Die Angaben beruhen daher ausschließlich auf seiner Spruchkammerakte StASig Wü 13 T 2 Nr. 1586, Az.: 9/T/Ü/5004 und 9/KB 138/47.

des Reichsministers der Justiz vom 14.03.1941 wurde er für das Geschäftsjahr 1941 zum Ermittlungsrichter des Volksgerichtshofs bestellt und dem leitenden Ermittlungsrichter des Volksgerichtshofs zur Verfügung gestellt⁴⁰⁴; die Bestallung wurde jeweils für die Geschäftsjahre 1942 und 1943 erneuert. Hierbei handelte es sich um eine Abordnung, die nicht zu seinem Ausscheiden beim Landgericht Ravensburg führte.

Eine Einberufung Dr. Freiherr von Rues zur Wehrmacht war nicht erfolgt.

Dr. Freiherr von Rueprecht war seit 01.05.1937 Mitglied der NSDAP. Des Weiteren gehörte er seit November 1933 der Reiter-SA an, wo er 1941 zum Scharführer befördert wurde, ohne jemals eine Schar zu führen. Ferner war er Mitglied des RDB seit 1939, des NSV Volkswohlfahrt seit 1938, des NSRB seit 1938 und des NSAHB seit 1937.

In seiner Äußerung vom 28.03.1946 bescheinigte ihm Oberamtsrichter Fis, der mit ihm gemeinsam in den Jahren 1940 und 1941 am Landgericht Ravensburg tätig war, dass Dr. Freiherr von Rue als junger Mann trotz seiner guten Examina kaum Aussicht auf eine ständige Anstellung und eine spätere Beförderung gehabt hätte, wenn er nicht Mitglied der Partei geworden wäre.

Nach dem Zusammenbruch wurde Dr. Freiherr von Rue zunächst an keinem Gericht beschäftigt und verdiente ab Dezember 1945 den Lebensunterhalt für sich und seine Familie als Waldarbeiter.

Im Entnazifizierungsverfahren kam die Spruchkammer VI des Staatskommissariats für die politische Säuberung des Landes Württemberg-Hohenzollern auf ihrer Sitzung vom 19.10.1948 zu dem Ergebnis, dass Dr. Freiherr von Rue bei den Mitläufern einzureihen sei. Sühnemaßnahmen wurden nicht angeordnet⁴⁰⁵.

Dieser Spruch ermöglichte eine Wiederverwendung Dr. Freiherr von Rues am Landgericht Ravensburg. Bereits im Jahr 1949 war er wieder an der Urteilsfindung beteiligt.

Über seinen weiteren Werdegang konnte in den Akten keine Informationen gefunden werden.

2. Die an den untersuchten Scheidungsverfahren beteiligten Rechtsanwälte

a. Häufigkeit der Bevollmächtigung / erste Beteiligung nach der Wiedereröffnung des Landgerichts Ravensburg im November 1945

Die folgende Tabelle gibt Auskunft darüber, welche Rechtsanwälte in welcher Häufigkeit vor dem Landgericht Ravensburg in den untersuchten Scheidungsverfahren tätig waren

⁴⁰⁴ Als Ermittlungsrichter gehörte er nicht dem Volksgerichtshof an, sondern war lediglich im vorbereitenden Verfahren tätig. Seine Aufgabe bestand darin, die von der Polizei festgenommenen und ihm vorgeführten Beschuldigten richterlich zu vernehmen, über die Haftfrage zu entscheiden und die Akten an die Staatsanwaltschaft weiterzuleiten. Mit dem eigentlichen Verfahren vor dem Volksgerichtshof hatte er nichts zu tun. Seine Tätigkeit war vergleichbar mit der eines Amtsrichters im Vorverfahren. Da er die bestehende Altersgrenze von 35 Jahren noch nicht überschritten hatte, konnte er nicht Mitglied des Volksgerichtshofs sein.

⁴⁰⁵ Hierbei handelt es sich um das Revisionsergebnis. Auf die Sitzung vom 22.01.1948 war die Spruchkammer I des Staatskommissariats für die politische Säuberung Tübingen bereits zu selben Einschätzung des Landgerichtsrats Dr. Freiherr von Rue gekommen: In der ersten Instanz war er ebenfalls als Mitläufer eingeordnet worden, ohne dass ihm Sühnemaßnahmen auferlegt worden wären.

und zeigt auf, zu welchem Zeitpunkt der betreffende Rechtsanwalt nach der Wiedereröffnung des Ravensburger Landgerichts im November 1945 erstmals (wieder) an einem Verfahren mit Bezug zur Scheidung nach § 48 EheG 1946 als Prozessbevollmächtigter auftrat.

Es lassen sich keine Anhaltspunkte finden, dass das Landgericht Ravensburg von der Möglichkeit Gebrauch gemacht hätte, auf Grundlage des § 7 der Verordnung vom 27.09.1944⁴⁰⁶ vom Anwaltszwang zu befreien.

| Rechtsanwalt oder Rechtsanwaltssozietät | Beteiligung an bis 1945 eingelei- teten Verfahren | Beteiligung an nach 1945 eingeleiteten Verfahren | Zeitpunkt der ersten Beteiligung nach 1945 |
|---|---|--|---|
| Ben und Wör, Ravensburg Nach 1945: keine Sozietät mehr; RA ⁴³ Wör führte die Kanzlei allei- ne weiter ⁴⁴ | 28 | 11 | 1946 |
| Dr. Bic und Pra, Ravensburg Nach 1945: keine Sozietät mehr; RA Pra führte Kanzlei alleine weiter | 12 | 25 | 1946 |
| Dr. Bin, Ravensburg | 1 | 1 | 1948 |
| Dr. Die und Dr. Krau ⁴⁵ , Ravens- burg | 29 | 41 | 1946 |
| Dr. Doe, Ravensburg Im Laufe der Nachkriegsjahre: in Sozietät mit RAen Dr. Boh und Dr. Sti ⁴⁶ | 8 | 24 | 1946 |
| Egg, Ravensburg – Weingarten | 2 | 12 | 1946 |
| Dr. Grz, Ravensburg | - | 8 | 1946 |
| Dr. Gul, Ravensburg | 2 | - | - |
| Hän, Ravensburg | 9 | 14 | 1946 |
| Hep und Dre, Ravensburg nach 1945: RA Dre führte die Kanzlei alleine weiter, bis RA Deu in die Kanzlei eintrat | 33 | 9 | 1946 |
| Hol, Ravensburg | 1 | 5 | 1947 |
| Dr. Küb, Ravensburg | - | 10 | 1946 |
| Dr. Kuhl, Ravensburg | - | 1 | 1949 |
| Muf, Ravensburg | 17 | 8 | 1946 |
| Rüc, Ravensburg | - | 4 | 1948 |
| Dr. Saue, Ravensburg | 5 | - | - |
| Dr. Saut, Ravensburg | 1 | 7 | 1948 |
| Dres. Scho und Gru, Ravensburg | 7 | - | - |

⁴⁰⁶ Verordnung über außerordentliche Maßnahmen auf dem Gebiete des bürgerlichen Rechts, der bürgerlichen Rechtspflege und des Kostenrechts aus Anlaß des totalen Krieges (Zweite Kriegsmaßnahmenverordnung) vom 27.09.1944, RGBl. I, S. 229; In Kraft getreten am 15.10.1944.

| | | | |
|--|----|----|------|
| Zim, Ravensburg-Weingarten | 1 | - | - |
| Her, Tett nang | 2 | - | - |
| Hyn, Tett nang vor dem Zusammenbruch Tätigkeit als RA in Biberach | 1 | 2 | 1949 |
| Wac, Tett nang | - | 3 | 1949 |
| Wal, Tett nang | 2 | - | - |
| Abr, Friedrichshafen | - | 3 | 1948 |
| Her, Friedrichshafen | - | 3 | 1949 |
| Mül, Friedrichshafen | 1 | - | - |
| Dr. Ric, Friedrichshafen | - | 3 | 1947 |
| Dr. Schi, Friedrichshafen | 4 | - | - |
| Bec, Kressbronn | - | 2 | 1947 |
| Bur und Wal, Wangen | - | 1 | 1950 |
| Fig, Wangen | 1 | - | - |
| Dr. Kai, Wangen | 4 | 3 | 1948 |
| Wet, Andreas, Wangen | 13 | 9 | 1947 |
| Hof, Leutkirch | 1 | 2 | 1947 |
| Kie, Leutkirch | 2 | 1 | 1950 |
| Dr. Str, Leutkirch | 4 | 2 | 1947 |
| Rum, Waldsee | 1 | - | - |
| Web, Waldsee | - | 4 | 1948 |
| Wet, Franz und Dr. Boc, Waldsee | 2 | 5 | 1947 |
| Fli, Biberach | 1 | 4 | 1947 |
| Schac, Biberach Nach 1945: Schac und Kan | 2 | 2 | 1949 |
| Schn I und II, Biberach Nach 1945: nur noch RA Schn II, Alfred | 6 | 10 | 1948 |
| Dr. Sei, Biberach | 1 | 10 | 1946 |
| May-Peltz, Ehingen | - | 2 | 1949 |
| Dr. Nei, Laupheim | - | 6 | 1947 |
| Dr. Sti, Laupheim | - | 3 | 1948 |
| Gro, Riedlingen | - | 2 | 1947 |
| Mus, Riedlingen | - | 2 | 1950 |
| Ans, Saulgau (und Buchau) ⁴⁷ | 2 | 2 | 1947 |
| Dr. Dres, Saulgau | - | 1 | 1948 |
| Dr. Saut, Saulgau | - | 1 | 1947 |
| Dr. Schil, Saulgau ⁴⁸ | - | 11 | 1947 |

⁴³ RA = Abkürzung für Rechtsanwalt.

⁴⁴ Rechtsanwalt Hermann Ben wurde am 10.05.1945 von der Militärregierung zum kommissarischen Landrat des Kreises Ravensburg ernannt. Später ging er in den Justizdienst, wo er zunächst Landgerichtspräsident in Tübingen und dann in Ravensburg war, vgl. Vierter Teil, 1. b. ee. [2].

⁴⁵ Bei der Sozietät Die und Krau handelte es sich sowohl in den Zeiten des Nationalsozialismus als auch in den Nachkriegsjahren um die größte Anwaltskanzlei im Bezirk des Landgerichts Ravensburg. Neben den Rechtsanwälten Die (RA Die I: Carl Die und RA Die II: Max Die) und Kra (RA Kra I: Theodor Kra und sein Sohn RA Kra II: Wolfgang Kra) waren zeitweise auch die Rechtsanwälte Dr. Off, Bär und Dr. Wagner in dieser Kanzlei tätig.

⁴⁶ Das erste Verfahren in dem die Sozietät als Prozessbevollmächtigte im Rubrum des Urteils genannt ist, wurde im Jahr 1948 eingeleitet.

⁴⁷ Teilweise gemeinsame Tätigkeit mit RA Dr. Schil, ebenfalls Saulgau.

⁴⁸ Teilweise gemeinsame Tätigkeit mit RA Ans, ebenfalls Saulgau.

Insgesamt traten 52 verschiedene Rechtsanwälte, darunter zehn Rechtsanwaltssozietäten, bzw. „Zwei-Mann-Kanzleien“ im gesamten untersuchten Zeitraum bei den betreffenden Scheidungsverfahren vor dem Landgericht Ravensburg auf. Nach dem Zusammenbruch stellte sich die in den Scheidungsverfahren tätige Anwaltschaft etwas breiter gefächert dar, als in der Zeit bis Mai 1945.

Mit 22 von 52 Rechtsanwälten, bzw. Rechtsanwaltssozietäten war nicht einmal die Hälfte der Rechtsanwälte sowohl in den Jahren bis 1945 als auch nach dem Zusammenbruch als Prozessbevollmächtigte vor dem Landgericht Ravensburg in den Ehescheidungsverfahren mit Bezug zur Scheidung wegen unheilbarer Zerrüttung beteiligt.

Bei den Rechtsanwaltssozietäten war es zwischenzeitlich auch zu personellen Veränderungen gekommen.

Nur acht Einzelanwälte und eine Sozietät, die vor dem Zusammenbruch an den untersuchten Verfahren beteiligt waren, sind in den Jahren nach der Kapitulation nicht mehr als Prozessbevollmächtigte in den Ehescheidungsverfahren mit Bezug zu § 48 EheG 1946 in Erscheinung getreten.

Neben dem Ergebnis im Entnazifizierungsverfahren konnten fehlende Mandate mit Bezug zur Zerrüttungsscheidung, räumliche Veränderungen aber auch der Eintritt in den Ruhestand sowie das Versterben mögliche Gründe sein.

18 Rechtsanwälte und eine „Zwei-Mann-Kanzlei“ waren in den vor dem Landgericht Ravensburg geführten Scheidungsverfahren erst in den Nachkriegsjahren vertreten.

b. Mitgliedschaften der Rechtsanwälte in der Partei, deren Gliederungen und ihrer Organisationen

Bezüglich 42⁴⁰⁷ und damit dem Großteil⁴⁰⁸ der am Landgericht Ravensburg im untersuchten Zeitraum tätigen Rechtsanwälte ließen sich (zumindest teilweise⁴⁰⁹) Angaben zu ihren Mitgliedschaften in der Partei, ihrer Gliederungen und Organisationen finden. Diese Informationen bilden die Grundlage der nachfolgenden Ausführungen.

⁴⁰⁷ Namentlich sind dies: RA Josef Abr, HauptStAStuttgart EA 4 / 151 Bü 1; RA Walter Bär, StASig Wü 13 T 2 Nr. 2627, Az.: 14/RB/1, StASig Wü 25 T 2 Nr. 47; RA Hermann Ben, HauptStAStuttgart EA 4 / 153 Bü 21, StASig Wü 13 T 2 Nr. 1500, Az.: 9/V/3001; RA Georg Bic, StadtARV – ohne Signatur – (NSDAP-Mitglieder / Karteikasten ohne Signatur); RA Dr. Josef Boc, StASig Wü 13 T 2 Nr. 1500, Az.: 9/V/3002; RA Carl Die, HauptStAStuttgart EA 4 / 151 Bü 49, StASig Wü 13 T 2 Nr. 1500, Az.: 9/V/3003; RA Max Die, StadtARV AI 4130 (Liste aller sich im Stadtkreis RV aufhaltenden Mitglieder der NSDAP) und StadtARV AI 4073 (Liste NSDAP Mitglieder); RA Dr. Ferdinand Doe, StASig Wü 13 T 2 Nr. 1500, Az.: 9/V/3004; RA Dr. Franz Dre, HauptStAStuttgart EA 4 / 151 Bü 56, StASig Wü 13 T 2 Nr. 2636, Az.: 9/RB/230; RA Martin Egg, StASig Wü 13 T 2 Nr. 1500, Az.: 9/V/3006; RA Josef Fli, StASig Wü 33 T 1 Bestellnummer 337, ET Nr. 1346; RA Dr. Günther Grz, HauptStAStuttgart EA 4 / 151 Bü 121, StASig Wü 33 T 1 Bestellnummer 1689, ET Nr. 2779, KrARV – B.2. RV (AG.1) – 000.4 – prov. Bü E 2256 (Allg., A-G); RA Alfred Hän, StASig Wü 13 T 2 Nr. 1500, Az.: 9/V/3008; RA Camill Hep, StASig Wü 13 T 2 Nr. 1524, Az.: 9/T/V/3009 und Nr. 2650, Az.: N/6817; RA Hans Her, StASig Wü 13 T 2 Nr. 2008, Az.: 14/V/3002 und Nr. 2649, Az.: 14/RW/42; RA Ludwig Hof, HauptStAStuttgart EA 4 / 151 Bü 156 und StASig Wü 13 T 2 Nr. 2329, Az.: 17/V/3001; RA Theodor Hol, StASig Wü 13 T 2 Nr. 1500, Az.: 9/V/3009 und Nr. 2558, Az.: 9/V/3009; RA Josef Hyn, HauptStAStuttgart EA 4 / 153 Bü 246 und StASig Wü 33 T 1 Bestellnummer 3269, ET Nr. 4424; RA Theodor Kra, StASig Wü 13 T 2 Nr. 1500, Az.: 9/V/3010 und Wü 25 T 2 Nr. 661; RA Wolfgang Kra, StadtARV AI 4130 (Liste über ortsabwesende Mitglieder der NSDAP); RA Dr. Walter Küb, StASig Wü 13 T 2 Nr. 1500, Az.: 9/V/3011; RA Dr. Herbert Kuhl, StASig Wü 13 T 2 Nr. 1500, Az.: 9/V/3017 und Wü 33 T 1 Bestellnummer 1733, ET Nr. 2833; RA Erich Muf, HauptStAStuttgart EA 4 / 151 Bü 216 und StASig Wü 13 T 2 Nr. 1524, Az.: 9/T/V/3003; RA Eugen Mus, HauptStAStuttgart EA 4 / 153 Bü 392; RA Josef Nei, StASig Wü 13 T 2 Nr. 922, Az.: 2/V/3004 und Nr. 2585, Az.: 2/V/3004; RA Gerhard Off, StadtARV AI 4073 NSDAP-Mitglieder – Verzeichnis der NSV der Mitglieder der Ortsgruppen Ravensburg Mitte, Veitsburg, Kuppelnau, Stand ca. 1939; RA Georg Pra, StASig Wü 13 T 2 Nr. 1524, Az.: 9/T/V/3008; RA Dr. Helmut Ric, StASig Wü 13 T 2 Nr. 2008, Az.: 14/V/3003 und Nr. 2593, Az.: 14/V/3003; RA Dr. Albert Saue, StASig Wü 13 T 2 Nr. 1480, Az.: 9/C/4668; RA Dr. Liberat Saut, StASig Wü 13 T 2 Nr. 1500, Az.: 9/V/3018 und Nr. 2596, Az.: 9/V/3018, KrARV – B.2.RV (AG.1) – 000.4 – prov. Bü E 2257 (H-Z); RA Erwin Schac, HauptStAStuttgart EA 4 / 151 Bü 264, StASig Wü 13 T 2 Nr. 922, Nr. 2610, Az.: 2/V/3005 und Nr. 2610, Az.: 2/V/3005; RA Dr. Hermann Schil, HauptStAStuttgart EA 4 / 153 Bü 515, StASig Wü 13 T 2 Nr. 1860 und 2599, Az.: 12/V/3004; RA Alfred Schn (RA Schn II), HauptStAStuttgart EA 4 / 153 Bü 540, StASig Wü 13 T 2 Nr. 922, Az.: 2/V/3006 und 2674, Az.: 2/RB/289; RA Benedikt Schn (RA Schn I), StASig Wü 13 T 2 Nr. 922 und 2602, Az.: 2/V/3007; RA Dr. Franz Scho (RA Scho II), StadtARV AI 4073 NSDAP-Mitglieder – Verzeichnis der NSV der Mitglieder der Ortsgruppen Ravensburg Mitte, Veitsburg, Kuppelnau, Stand ca. 1939; RA Dr. Kurt Sei, StASig Wü 13 T 2 Nr. 922 und 2606, Az.: 2/V/3008; RA Edwin Sti, StASig Wü 13 T 2 Nr. 922, Az.: 2/V/3009 und Nr. 2610, Az.: 2/V/3009; RA Dr. Hermann Str, HauptStAStuttgart EA 4 / 151 Bü 296 und StASig Wü 13 T 2 Nr. 2329, Az.: 17/V/3002; RA Karl Web, StASig Wü 13 T 2 Nr. 1500, Az.: 9/V/3014; RA Andreas Wet, StASig Wü 13 T 2 Nr. 2329 und 2620, Az.: 17/V/3003; RA Franz Wet, HauptStAStuttgart EA 4 / 153 Bü 664 und StASig Wü 13 T 2 Nr. 1500, Az.: 9/V/3015 und RA Max Wör, HauptStAStuttgart EA 4 / 153 Bü 674 und StASig Wü 13 T 2 Nr. 1500, Az.: 9/V/3016.

⁴⁰⁸ Keine Angaben in den Archiven (Staatsarchive, Kreis- und Stadtarchiv) fanden sich zu den Rechtsanwälten Dr. Bin aus Ravensburg, Fig aus Wangen, Gru aus Ravensburg, Dr. Gul aus Ravensburg, Dr. Kai aus Wangen, Kie aus Leutkirch, Mül aus Friedrichshafen, Rum aus Waldsee, Dr. Scho I aus Ravensburg, Dr. Schi aus Friedrichshafen, Wal aus Tettnang und Zim aus Ravensburg-Weingarten.

⁴⁰⁹ Teilweise ließen sich nicht vollständige Auskünfte zu allen Mitgliedschaften finden. In manchen Fällen beschränkte sich die Information darauf, ob jemand Parteimitglied war oder nicht, ohne dass sich Angaben zu den Mitgliedschaften in Gliederungen und Organisationen der Partei fanden.

21 der im Zeitraum von 1938 bis 1950 am Landgericht Ravensburg zugelassenen und in den untersuchten Verfahren tätigen Rechtsanwälte waren Mitglieder der NSDAP gewesen, sieben Rechtsanwälte waren SA-Mitglieder, einer SA-Anwärter sowie einer Mitglied der SS.

Parteimitglieder waren aus Ravensburg die Rechtsanwälte Walter Bär, Georg Bic, Carl Die, Max Die, Dr. Franz Dre, Theodor Hol, Wolfgang Kra (RA Kra II), Erich Muf, Georg Pra, aus Friedrichshafen die Rechtsanwälte Josef Abr, Hans Her und Dr. Helmut Ric (wurde im Jahr 1945 aus der Partei ausgeschlossen; dieser Ausschluss hing mit seinem Ausschluss aus der Rechtsanwaltskammer infolge gewisser Verfehlungen zusammen), aus Biberach die Rechtsanwälte Erwin Schac, Alfred und Benedikt Schn sowie Dr. Kurt Sei; aus Riedlingen Rechtsanwalt Eugen Mus, aus Laupheim die Rechtsanwälte Josef Nei und Dr. Edwin Sti, aus Saulgau Dr. Hermann Schil und aus Wangen Rechtsanwalt Andreas Wet.

Zehn der Parteimitglieder traten sowohl vor als auch nach dem Zusammenbruch als Prozessbevollmächtigte in Verfahren mit Bezug zur Zerrüttungsscheidung auf. Drei von ihnen waren nur vor dem Zusammenbruch und acht von ihnen nur in den Nachkriegsjahren an den untersuchten Verfahren beteiligt gewesen.

32 Rechtsanwälte und damit der Großteil derjenigen, zu denen sich Angaben bezüglich der Mitgliedschaften in der NSDAP, ihrer Gliederungen und Organisationen finden ließen, gehörten dem NSRB an.

Die gleiche Anzahl an Rechtsanwälten war Mitglied des NSV.

Vier der Rechtsanwälte gehörten dem RLB und neun dem NSRKB an, sieben Rechtsanwälte waren Mitglied im VDA, zehn Rechtsanwälte gehörten dem DRK an, zwei der NSKG, zwei dem BNSDJ, zwei dem NSDStB Studentenbund, sechs dem NSKK, einer dem RdK, zwei der NSKOV, drei dem RKB, fünf dem NSRL, zwei dem NSAHB, drei dem NSFK, einer dem VDA, zwei dem Stahlhelm, jeweils einer der DAF, dem RAD und dem NSRKB.

Bis auf Rechtsanwalt Josef Fli aus Biberach waren aber alle Rechtsanwälte zumindest Mitglied in einer Organisation, die einen Bezug zum Nationalsozialismus aufwies.

Von 20 der Rechtsanwälte ist bekannt, dass sie während ihrer Studienzeit einer Studentenverbindung beigetreten waren. Teilweise wurden diese Studentenverbindungen später während des Dritten Reiches von den Nationalsozialisten aufgelöst.

c. Besonderes politisches Engagement im Dritten Reich und Bekleidung von Ämtern im Dritten Reich

Unter den an den untersuchten Verfahren beteiligten Rechtsanwälten legten einige im Dritten Reich ein besonderes politisches Engagement für den Nationalsozialismus an den Tag und / oder bekleideten Ämter in nationalsozialistischen Institutionen.

aa. Rechtsanwalt Walter Bär aus Ravensburg

Rechtsanwalt Walter Bär⁴¹⁰ aus Ravensburg, geb. am 20.10.1900, war nach Abschluss seiner Ausbildung zunächst Rechtsanwalt in Esslingen und Bürgermeister in Trossingen bevor er 1934 als bekannter „Aktivist“ zum Bürgermeister von Friedrichshafen auf Lebenszeit ernannt wurde.

Bär war Mitglied der NSDAP seit 1933 und bei der SA Sturmführer ehrenhalber. Auch war er Mitglied der NSV seit 1935, des VDA seit 1937, des DRK seit 1939, dem NSRKB seit 1937 und des NSRB seit 1934.

Am Kriegsende hatte er – obwohl er dabei vom Kreisleiter mit Erschießen bedroht worden war – die Stadt Friedrichshafen an die Franzosen übergeben.

Nach dem Zusammenbruch wurde er von der französischen Militärregierung in seinem Amt als Bürgermeister belassen und zum kommissarischen Landrat des Kreises Tettnang ernannt. Nach seiner Enthebung aus diesem Amt aus politischen Gründen führte er ab 01.04.1948 eine gemeinsame Rechtsanwaltspraxis in Ravensburg mit den dort bereits ansässigen Kollegen Die und Off. Später folgte eine Tätigkeit als Justiziar in Esslingen.

bb. Rechtsanwalt Carl Die aus Ravensburg

Rechtsanwalt und Notar Carl Die⁴¹¹ aus Ravensburg, geb. am 04.04.1871, der seit 1897 als Rechtsanwalt und ab 1932 zugleich als Notar tätig war, übte seine Tätigkeit in der Sozietät Die und Krau in Ravensburg aus - nach seinen eigenen Angaben⁴¹² der „größte und angesehenste Praxis im Oberland“.

Der bereits vor 1933 in der Nationalliberalen Partei und in der Demokratischen Partei politisch aktive Carl Die trat im Mai 1933 in die NSDAP ein. Er war Mitglied der NSV und dort eine Zeit lang Blockwart, des NSRB, des RLB, des NSDStB, des VDA und des DRK.

1932 wurde er in den Vorstand der Anwaltskammer in Stuttgart gewählt.

Von 1933 bis 1945 war Carl Die Beisitzer und stellvertretender Vorsitzender des Ehrengerichts der Rechtsanwaltskammer Stuttgart - eine Organisation, die nach den Grundsätzen der NSDAP aufgebaut war und nach ihnen zu handeln hatte.

Nach dem Zusammenbruch hatte er sich eifrig um die Wiederaufnahme der Rechtspflege bemüht und am örtlichen Aufbau der Anwaltschaft und an der Reorganisation der Anwaltskammer tatkräftig mitgewirkt. Einige Zeit später wurde er zum Mitglied des Ehrengerichtshofs der in Württemberg-Hohenzollern neu gebildeten Anwaltskammern gewählt. Sein Engagement in der Nachkriegszeit wurde 1956 vom Bundespräsidenten mit dem Verdienstorden erster Klasse honoriert.

⁴¹⁰ StASig Wü 13 T 2 Nr. 2627, Az.: 14/RB/1, StASig Wü 25 T 2 Nr. 47.

⁴¹¹ HauptStASuttgart EA 4 / 151 Bü 49, StASig Wü 13 T 2 Nr. 1500, Az.: 9/V/3003.

⁴¹² HauptStASuttgart EA 4 / 151 Bü 49.

cc. Rechtsanwalt Dr. Franz Dre aus Ravensburg

Rechtsanwalt Dr. Franz Dre⁴¹³ aus Ravensburg, geb. am 15.03.1890 als Sohn eines Ravensburger Rechtsanwalts, trat nach erfolgreicher Absolvierung von Studium und Referendariat im Dezember 1919 in die Fußstapfen seines Vaters⁴¹⁴. Vor allem in den ersten Jahren des Dritten Reichs war der 1933 in die Partei eingetretene Dr. Dre, der auch dem NSKK, der NSV, dem NSRKB und dem NSRB angehörte, ein sehr aktives Parteimitglied.

In der Partei war er im Jahre 1934 einige Monate lang Zellenleiter, kurze Zeit Vorsitzender des Parteigerichts und später 1935 dessen Beisitzer. Von 1935 bis 1936 leitete er die NSKG in Ravensburg. Im NSKK war er als Rechtsberater im Range eines Scharführers tätig und wurde 1934 vom NSRB mit der Einrichtung der NS-Rechtsberatung beauftragt. 1935 bekleidete er das Amt des zweiten und dritten und ab 1939 bis Kriegsende des vierten Beigeordneten der Stadt Ravensburg.

In seiner Eigenschaft als Beigeordneter musste Dr. Dre in den letzten Kriegstagen am 24.04.1945 die Vertretung des sich auf der Flucht befindlichen Bürgermeisters der Stadt Ravensburg übernehmen. Dieses Amt war mit einer schweren Verantwortung belastet. Dr. Dre zeigte in dieser Situation Mut und Entschlossenheit: Er trat beim Landrat und beim Kreisleiter für die kampflose Übergabe der Stadt ein und knüpfte sogar Verhandlungen über die Übergabe der Stadt mit französischen Unterhändlern an. Damit leistete er einen wesentlichen Beitrag dazu, dass Ravensburg und die Nachbarstadt Weingarten völlig erhalten blieben und in den letzten Kriegstagen nicht der Zerstörung durch den Feind zum Opfer fielen.

Im Rahmen dieser Ereignisse in den letzten Kriegstagen wurde er von der Gestapo verhaftet und ins Allgäu gebracht und dort der SS zur Hinrichtung übergeben. Nach einigen grauenvollen Tagen in Todesangst konnte er durch einen Zufall von den Franzosen befreit werden.

dd. Rechtsanwalt Erich Muf aus Ravensburg

Der am 29.06.1884 geborene in Ravensburg als Rechtsanwalt tätige Erich Muf⁴¹⁵ ließ sich nach seiner Entlassung aus dem Justizdienst⁴¹⁶ im April 1934 als Rechtsanwalt in Ravensburg nieder. Muf, seit Mai 1933 Parteimitglied, gehörte auch der NSV, dem NSRB und dem NSRKB an.

⁴¹³ HauptStAStuttgart EA 4 / 151 Bü 56, StASigWü 13 T 2 Nr. 2636, Az.: 9/RB/230.

⁴¹⁴ Er übte seine Praxis zunächst gemeinsam mit den später verstorbenen Kollegen RA Wör und RA Hep aus. Das Büro Wör-Hep-Dre galt neben dem Rechtsanwaltsbüro Die und Krau als das angesehenste Rechtsanwaltsbüro in Ravensburg. In den Nachkriegsjahren übte RA Dr. Dre seine Tätigkeit als Rechtsanwalt zusammen mit dem Kollegen RA Dr. Deu aus. Dieses neue Büro hatte zwar nicht mehr das Ansehen der früheren Kanzlei Wör-Hep-Dre, war aber dennoch ausreichend beschäftigt. Seine Promotion fertigte Dre erst in den Nachkriegsjahren an, nachdem ihm aufgrund des politischen Säuberungsprozesses die Zulassung als Rechtsanwalt entzogen worden war und er seinen Beruf als Rechtsanwalt nicht ausüben konnte. 1947 legte er die Doktorprüfung in Tübingen ab. Nach Berichtigung des Säuberungsergebnisses (vgl. Vierter Teil II. 6. b)) nahm er zum 01.01.1948 seine Tätigkeit als Rechtsanwalt wieder auf.

⁴¹⁵ HauptStAStuttgart EA 4 / 151 Bü 216 und StASig Wü 13 T 2 Nr. 1524, Az.: 9/T/V/3003.

⁴¹⁶ Zu den näheren Umständen siehe Vierter Teil, 2. d. ff.

Vom 01.03.1934 ab war er für etwa ein dreiviertel Jahr Blockwart der NSDAP in Ravensburg und daher auch Mitglied im Korps der politischen Leiter⁴¹⁷.

ee. Rechtsanwalt Georg Pra aus Ravensburg

Der am 02.11.1900 geborene Rechtsanwalt Georg Pra⁴¹⁸ aus Ravensburg war seit 1926 in Ravensburg als Rechtsanwalt tätig und zwar zunächst in der Kanzlei Die und Krau, ehe er sich im Jahr 1934 als selbständiger Rechtsanwalt in Ravensburg niederließ und sein Tätigkeit gemeinsam mit dem Kollegen Dr. Bic ausübte. Seine Tätigkeit als Rechtsanwalt war in den Jahren von 1939 bis 1945 durch seinen Einzug zur Wehrmacht stark eingeschränkt. Nach Kriegsende führte Georg Pra seine Kanzlei ohne seinen Kollegen Dr. Bic weiter.

Pra war seit Mai 1933 Parteimitglied und zugleich Mitglied im NSV und dem NSRB. In den Jahren 1938 bis 1939 war er kommissarisch mit der Führung der Kreisgruppe des NSRB betraut, wobei sich seine Tätigkeit hier auf die Einberufung von Kameradschafts-abenden beschränkte.

ff. Rechtsanwalt Hans Her aus Friedrichshafen

Der 1905 geborene Rechtsanwalt Hans Her⁴¹⁹ aus Friedrichshafen übte seit dem Jahr 1931 den Beruf des Rechtsanwalts in Friedrichshafen aus. Seine Kanzlei in Friedrichshafen samt Mobiliar und Bibliothek fiel in den Kriegsjahren zwei Bombenangriffen zum Opfer.

Her trat im April 1933 in die NSDAP ein und im Jahre 1941 aus der Kirche aus. Er war seit September 1934 Kreisrechtsberater und Beisitzer beim Kreisgericht⁴²⁰. Der SA gehörte er vom 01.03.1933 bis November 1936 an. Dort wurde er bis zum Scharführer befördert. Ferner bestanden Mitgliedschaften beim NSV, beim NSRB und dort Kreisobmann, beim RKB, beim NSRL, beim NSAHB und beim DRK.

gg. Rechtsanwalt Erwin Schac aus Biberach

Der 1880 geborene Rechtsanwalt Erwin Schac⁴²¹ aus Biberach ließ sich 1909 als Rechtsanwalt in Biberach nieder.

⁴¹⁷ Politischer Leiter war eine Bezeichnung für Amtsträger der NSDAP. Die Aufgaben der politischen Leiter, zu denen Funktionsträger der Partei vom Blockleiter bis zum Reichsleiter gehörten, lagen insbesondere in der politischen Überwachung, propagandistischen Ausrichtung und weltanschaulichen Schulung der Teile der Bevölkerung, die in der NSDAP organisiert waren.

Er wurde als Gliederung der NSDAP 1946 im Nürnberger Prozess gegen die Hauptkriegsverbrecher zur Verbrecherischen Organisation erklärt.

⁴¹⁸ StASig Wü 13 T 2 Nr. 1524, Az.: 9/T/V/3008.

⁴¹⁹ StASig Wü 13 T 2 Nr. 2008, Az.: 14/V/3002 und Nr. 2649, Az.: 14/RW/42

⁴²⁰ Das Kreisgericht war nur für Angehörige der Partei bestimmt und befasste sich mit Differenzen von Parteigenossen untereinander und mit der Frage des Ausscheidens oder Verbleibens von Parteigenossen in der Partei. Die Einberufung des Gerichts erfolgte von Fall zu Fall.

⁴²¹ HauptStAStuttgart EA 4 / 151 Bü 264, StASig Wü 13 T 2 Nr. 922, Az.: 2/V/3005 und Nr. 2610, Az.: 2/V/3005.

Das ehemalige Mitglied des Zentrums⁴²² trat der NSDAP im Mai 1933 bei und gehörte auch dem NSV, dem NSRB und dem RKB an.

In den Jahren 1933 bis zu seinem aus eigenem Entschluss erklärten Rücktritt 1936 war Rechtsanwalt Schac Beisitzer des Kreisgerichts. Ferner war er von der NSDAP in den Gemeinderat berufen worden.

hh. Rechtsanwalt Alfred Schn aus Biberach

Rechtsanwalt Alfred Schn⁴²³ aus Biberach (geb. 1899) ging der Tätigkeit als Rechtsanwalt ab April 1927 bis zum Zusammenbruch gemeinsam in einer Kanzlei mit seinem Vater Rechtsanwalt Benedikt Schn nach. In der Nachkriegszeit wurde die Praxis vom Sohn Alfred Schn alleine geführt.

Alfred Schn, NSDAP-Mitglied seit 1937 und Mitglied der SA ohne Bekleidung eines Rangs, betätigte sich ab 1938 als Kreisrechtsberater und ehrenamtlicher Rechtsberater in der SA. Beim NSV und beim RKB war er nominelles Mitglied. Im NSRB war er seit 1938 zum Kreiswaller bestellt und ab Mai 1937 Mitglied des Korps der politischen Leiter.

ii. Rechtsanwalt Eugen Mus aus Riedlingen

Rechtsanwalt Eugen Mus⁴²⁴ (geb. am 24.01.1898) aus Riedlingen war von 1925 bis 1932 und ab September 1948 als Rechtsanwalt in Riedlingen tätig. Im Jahr 1932 hatte er seine Zulassung nach mehreren Verurteilungen in gegen ihn geführten Strafverfahren – u.a. wegen erschwerter Untreue in Tateinheit mit erschwerter Unterschlagung – freiwillig seine Zulassung aufgegeben.

Mus – ein ehemaliges Mitglied des Stahlhelms – trat der NSDAP im Mai 1933 bei. Von Mai 1933 bis Kriegsende hatte er den Posten eines RAD-Führers inne. In diesem Zusammenhang war er Arbeitsführer Rechtsberater mit den Funktionen des richterlichen RAD-Führers (Sachbearbeiter für Dienst-, Straf- und Disziplinarverfahren im öffentlichen und privaten Recht und für Vertragsrecht).

jj. Rechtsanwalt Josef Nei aus Laupheim

Rechtsanwalt Josef Nei⁴²⁵ (geb. am 14.04.1904) aus Laupheim war 1940 in die NSDAP eingetreten und gehörte auch dem NSKK, der NSV, dem NS-Rechtswahrerbund und dem VDA an. Im NSKK hatte er von 1937 bis 1940 die Stellung eines Sturmwarts inne – eine Dienststelle, mit der in der Regel der Dienstgrad eines Trupp- oder Oberführers verbunden war.

Trotz dieser Mitgliedschaften war Rechtsanwalt Nei in der Partei als „Judenadvokat“ bekannt.

⁴²² Siehe auch Vierter Teil. 2. e.

⁴²³ RA Alfred Schn (RA Schn II), HauptStAStuttgart EA 4 / 153 Bü 540, StASig Wü 13 T 2 Nr. 922, Az.: 2/V/3006 und 2674, Az.: 2/RB/289.

⁴²⁴ HauptStAStuttgart EA 4 / 153 Bü 392.

⁴²⁵ StASig Wü 13 T 2 Nr. 922, Az.: 2/V/3004 und Nr. 2585, Az.: 2/V/3004.

kk. Rechtsanwalt Erwin Sti aus Laupheim

Sein Laupheimer Kollege Rechtsanwalt Erwin Sti⁴²⁶ (geb. am 20.01.1903), der seinen Beruf in Laupheim seit dem Jahr 1930 ausübte, trat der NSDAP im Mai 1933 bei. Ferner war er Mitglied im NSV, des NSKK (nur zeitweise von 1933 bis 1934), des DRK und des NSRB. Von Oktober 1934 bis Dezember 1940 war er Leiter der NS-Rechtsbetreuungsstelle in Laupheim.

d. Rechtsanwälte, die bei der Stellensuche aufgrund ihrer politischen Einstellung Probleme hatten oder bei ihrer Berufsausübung mit dem Regime in Konflikt kamen

Eine gegenüber dem Nationalsozialismus ablehnende Haltung führte für einige der an den untersuchten Verfahren beteiligten Rechtsanwälte bei der Stellensuche oder in ihrem beruflichen Alltag zu Problemen.

aa. Rechtsanwalt Hermann Ben aus Ravensburg

Auch der zunächst in Ravensburg als Rechtsanwalt tätige spätere Landrat des Landkreises Ravensburg und Landgerichtspräsident des Landgerichts Ravensburg Hermann Ben hatte während des Dritten Reiches Schwierigkeiten, weil er dem Nationalsozialismus kritisch gegenüber stand und dessen Politik nicht billigte⁴²⁷.

bb. Rechtsanwalt Dr. Ferdinand Doe

Der im Jahre 1905 geborene in Ravensburg ansässige Rechtsanwalt Dr. Ferdinand Doe⁴²⁸ hatte vor der Machtergreifung durch die Nationalsozialisten der Zentrumspartei und dem Windthorstbund angehört. Ebenso war er in seiner Studienzeit der Studentenverbindung Guestfalia in Tübingen beigetreten, die dem Cartellverband der katholischen farbentragenden Studentenverbindungen Deutschlands (C.V.) angehörte und 1938 als staatsfeindlich eingestuft und daher aufgelöst wurde. Dr. Doe, der nach 1933 weiterhin der katholischen Kirche treu geblieben war und dem Nationalsozialismus ablehnend gegenüber stand, fand nach Beendigung seiner Ausbildung weder im Staatsdienst noch als Bürgermeister eine Anstellung. Daher war er gezwungen, im November 1933 zunächst eine schlecht bezahlte Tätigkeit als angestellter Anwalt in Ravensburg anzunehmen.

Dr. Doe war nie Mitglied der NSDAP. 1934 war er dem VDA und dem NSRB beigetreten, 1938 folgte sein Eintritt in den NSV.

⁴²⁶ StASig Wü 13 T 2 Nr. 922, Az.: 2/V/3009 und Nr. 2610, Az.: 2/V/3009.

⁴²⁷ Die Schilderung dieser Schwierigkeiten erfolgte bereits im Rahmen des Lebenslaufes von Landgerichtspräsident Hermann Ben: Vierter Teil, I. b. ee. [2].

⁴²⁸ StASig Wü 13 T 2 Nr. 1500, Az.: 9/V/3004.

cc. Rechtsanwalt Dr. Grz aus Ravensburg

Die wohl erheblichsten beruflichen Nachteile unter den beteiligten Rechtsanwälten hatte Rechtsanwalt Dr. Grz⁴²⁹ aus Ravensburg aufgrund seiner politischen Haltung erleiden müssen.

Er war vor der Machtergreifung durch die Nationalsozialisten sehr aktiv im Lager der Demokraten in Erscheinung getreten und hatte sich in den Jahren 1932/33 wiederholt öffentlich gegen den Nationalsozialismus geäußert⁴³⁰.

Der 1887 in Breslau geborene Dr. Grz war seit 1916 als Rechtsanwalt in Rastenburg tätig und gehörte von 1919 bis 1921 dem Vorstand der Anwaltskammer Ostpreußen an. Ab 1922 übte er seine Tätigkeit als Rechtsanwalt in Königsberg aus, bevor er 1926 mit seiner Kanzlei nach Berlin-Tiergarten umzog, wo er zugleich auch das Amt des Notars bekleidete und in mehreren Firmen zum Aufsichtsrat gehörte. Diese Tätigkeit in Berlin als Rechtsanwalt und Notar war mit einer überdurchschnittlichen Auftragslage und einem ebenso überdurchschnittlichen Einkommen verbunden.

Rechtsanwalt Dr. Grz war nicht Mitglied der NSDAP; gehörte aber dem NSRB, dem RLB und dem RdK an.

Im Dritten Reich folgte für Dr. Grz aufgrund seiner antinationalsozialistischen Einstellung ein beruflicher mit erheblichen finanziellen Einbußen verbundener Abstieg.

Er verlor sofort nach der Machtergreifung seine Aufsichtsratsstellungen. Durch gezielte Maßnahmen der Nationalsozialisten kam es zu einer völligen Entwertung seines Aktienvermögens und im August 1933 wurde er vom Justizministerium aus seinem Amt als Notar entlassen. Ebenso wurde im Behördenmandate entzogen; zahlreiche Mandanten sprangen ihm durch direkte oder indirekte Einflussnahme seitens der Nationalsozialisten ab.

Diese Ereignisse führten dazu, dass Dr. Grz seine Praxis verkleinern und mit dieser von Berlin-Tiergarten nach Berlin-Moabit umziehen musste und schließlich gegen Ende des Zweiten Weltkrieges als Kriegsvertreter zweier Anwälte nach Ravensburg ging, wo er bei der Wiedereröffnung des Landgerichts nach Kriegsende vorläufig als Rechtsanwalt zugelassen wurde. Erst im August 1948 wurde er endgültig in die Anwaltsliste des Landgerichts Ravensburg eingetragen, nachdem er sich 1946 erfolglos um die freigewordene Notarstelle des Rechtsanwalts und Notars Carl Die in Ravensburg beworben hatte. Seiner Tätigkeit als Rechtsanwalt ging er bis zum Jahre 1972 nach.

Das von Dr. Grz in den Nachkriegsjahren aufgrund seiner während des Dritten Reichs erlittenen Nachteile im beruflichen Bereich angestrebte umfangreiche und langwierige Entschädigungsverfahren endete mit einem Vergleich mit dem Landesamt für Wiedergutmachung in Tübingen, durch den Dr. Grz teilweise einen Ausgleich für seine erlittenen Einbußen erhielt.

⁴²⁹ HauptStAStuttgart EA 4 / 151 Bü 121, StASig Wü 33 T 1 Bestellnummer 1689, ET Nr. 2779, KrARV – B.2. RV (AG.1) – 000.4 – prov. Bü E 2256 (Allg., A-G).

⁴³⁰ Zum politischen Engagement RA Dr. Grzs und seinen öffentlichen Bekundungen gegen den Nationalsozialismus vgl. Vierter Teil, 2. d. cc.

dd. Rechtsanwalt Dr. Walter Küb aus Ravensburg

Der in Ravensburg tätige Rechtsanwalt Dr. Walter Küb⁴³¹ (geb. am 31.07.1910) war nie Mitglied der NSDAP. Aus der SA, in die er im Mai 1934 eingetreten war, wurde er im April 1939 ausgeschlossen, da er dem Verhalten und dem Charakter nach zum Dienst in der SA als nicht geeignet erschien. Er war ferner Mitglied im NSV, des NSRB und der DAF.

In den Kriegsjahren war Dr. Küb als Angestellter Syndikus bei der Maschinenfabrik Weingarten AG tätig und verdiente ein ordentliches Gehalt. Wegen seiner den Nationalsozialismus ablehnenden Haltung versuchten Funktionäre der Partei und der DAF ihn aus seiner Stellung als Syndikus zu drängen. Daher war ein berufliches Fortkommen für ihn in den Kriegsjahren nicht möglich.

ee. Rechtsanwalt Dr. Herbert Kuhl aus Ravensburg

Der im März 1915 geborene Rechtsanwalt Dr. Herbert Kuhl⁴³² aus Ravensburg war ebenfalls kein Mitglied der NSDAP. Aufforderungen in die Partei einzutreten und sich aktiv in dieser zu betätigen hatte Dr. Kuhl nicht Folge geleistet.

Er war Mitglied im NSV, des NSRB, des NSDStB und des NSRL.

Nach Beendigung seines Studiums und des Referendariats im Frühjahr 1941 wurde der Antrag Dr. Kuhls auf Niederlassung als selbständiger Rechtsanwalt vom Kammergericht in Berlin auf Beitreiben des Ortgruppenleiters abgelehnt⁴³³.

Dieser hatte Dr. Kuhl als politisch nicht zuverlässig eingestuft, sodass der Reichsführer des NSRB seiner Zulassung als Rechtsanwalt nicht zustimmte und diese folglich vom Reichsminister der Justiz abgelehnt werden musste.

Daher war Kuhl bis ins Jahr 1948 gezwungen den Lebensunterhalt für sich und seine Familie zunächst als Mitarbeiter eines Rechtsanwalts und als wissenschaftlicher Hilfsarbeiter in der Rechtsabteilung des Auswärtigen Amtes zu verdienen. Dieser Umstand geriet Dr. Kuhl auch nach dem Zusammenbruch zum Nachteil: Sein Antrag auf Zulassung zur Anwaltschaft in Ravensburg wurde im Sommer 1945 mit der Begründung abgelehnt, dass zunächst die in früheren Zeiten in Ravensburg tätigen Anwälte zum Zuge kommen müssten und er als „Neuzulassung“ daher erstmal nur nachrangig berücksichtigt werden könne. So sah Dr. Kuhl keine andere Möglichkeit als ein Übersetzungsbüro zu eröffnen – eine Tätigkeit, die es ihm gerade so ermöglichte, sich und seine Familie zu ernähren. Erfolgte zunächst nur eine Zulassung als Strafverteidiger bei den französischen Militärgerichten, folgte erst Ende der 40er-Jahre des 20. Jahrhunderts die Zulassung Dr. Kuhls als Rechtsanwalt in Ravensburg.

⁴³¹ StASig Wü 13 T 2 Nr. 1500, Az.: 9/V/3011.

⁴³² StASig Wü 13 T 2 Nr. 1500, Az.: 9/V/3017 und Wü 33 T 1 Bestellnummer 1733, ET Nr. 2833.

⁴³³ Vgl. hierzu Erster Teil, 7. c. aa.

Sein von ihm angestregtes Entschädigungsverfahren wurde 1963 seitens der zuständigen Behörde ohne Ergebnis eingestellt, nachdem Dr. Kuhl sich seit November 1952 weder schriftlich noch mündlich gemeldet hatte.

Zu diesem Zeitpunkt hatte Dr. Kuhl Deutschland bereits den Rücken gekehrt und war in die USA ausgewandert.

ff. Rechtsanwalt Erich Muf aus Ravensburg

Nicht nur seine politische Haltung, sondern auch sein fehlendes Engagement im beruflichen Bereich führte zu den Nachteilen, die der 1884 geborene Rechtsanwalt Erich Muf⁴³⁴ aus Ravensburg während des Dritten Reichs hinnehmen musste.

Trotz seines Eintritts im Mai 1933 in die NSDAP und seiner Mitgliedschaft im NSV, dem NSRB und dem NSRKB galt Rechtsanwalt Muf nicht als politisch zuverlässig. Hieran änderte auch die Tatsache nichts, dass er vom 01.03.1934 ab für etwa ein dreiviertel Jahr Blockwart der NSDAP in Ravensburg war und in diesem Zeitraum dem Korps der politischen Leiter angehörte.

Nach Beendigung seiner juristischen Ausbildung war Rechtsanwalt Muf zunächst in den Staatsdienst aufgenommen worden; zuletzt bekleidete er das Amt eines Landgerichtsrats am Landgericht in Ravensburg. Durch Erlass des Reichsstatthalters vom 23.11.1933 wurde der damals 49jährige Muf aufgrund der Vorschrift des § 6 des Reichsgesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums pensioniert.

Zu seiner Pensionierung im Jahre 1933 führte zum einen der Umstand, dass ihm folgende Äußerung zur Last gelegt wurde: „Es sei erwiesen, dass Hitler von einer jüdischen Familie abstammt und dass Göbbels ein großer Schwätzer sei“.

Muf verteidigte sich dahingehend, dass der erste Teil der Beschuldigung auf der freien Erfindung eines Denunzianten und der zweite Teil derselben auf der Wahrheitsentstellung durch einen Denunzianten beruhen würden.

Zum anderen fanden sich in der beim Landgericht Ravensburg geführten Personalakte Mufs zahlreiche Beanstandungen wegen verzögerlicher Geschäftsbehandlung⁴³⁵.

Ab April 1934 war Muf als Rechtsanwalt in Ravensburg tätig. Er konnte mit der Wiedereröffnung der Ravensburger Gerichte am 05.11.1945 seine Tätigkeit vorläufig wieder aufnehmen und wurde schließlich im April 1949 endgültig wieder als Rechtsanwalt zugelassen.

Muf entfaltete jedoch nach seiner Entlassung und insbesondere in den Nachkriegsjahren erfolglos zahlreiche Bemühungen, wieder in den Justizdienst aufgenommen zu werden. Ihm wurde lediglich eine Entschädigung zugebilligt⁴³⁶.

⁴³⁴ HauptStAStuttgart EA 4 / 151 Bü 216 und StASig Wü 13 T 2 Nr. 1524, Az.: 9/T/V/3003.

⁴³⁵ So der spätere Landgerichtspräsident des Landgerichts Ravensburg Dr. Schm in einem Schreiben vom 21.06.1949 an das Justizministerium (HauptStAStuttgart EA 4 / 151 Bü 216).

⁴³⁶ Seinem Wiedergutmachungsantrag wurde durch Bescheid des Justizministeriums vom 10.04.1952 dahingehend entsprochen, dass er ab 01.04.1951 das bis zur Erreichung der Altersgrenze erdiente Ruhegehalt und außerdem eine Entschädigung in Höhe der in der Zeit vom 01.07.1949 bis 31.03.1951 ent-

gg. Rechtsanwalt Liberat Saut aus Ravensburg

Der 1904 in Ravensburg geborene und dort seit 1932 als Rechtsanwalt tätige Dr. Liberat Saut⁴³⁷ gehörte früher der Zentrumspartei und dem Windthorstbund an. Er war zwar Mitglied im NSV, des NSKK, des NSRB und des NSRL, trat aber nie in die NSDAP ein. Als gläubiger Katholik, der aus einer christlichen Familie stammte, war er ein Gegner des Nationalsozialismus. Diese Umstände führten dazu, dass er als „schwarzer Bruder“ diffamiert und schikaniert wurde. Diffamiert wurde er im „Schwarzen Korps“, Schikanierungen fanden seitens der Partei, der Kreisleitung und der Ortsgruppenleitung statt, in dem ihm beispielsweise auf der Kreisleitung Mandaten abspenstig gemacht wurden.

hh. Rechtsanwalt Martin Egg aus Ravensburg-Weingarten

Rechtsanwalt Martin Egg⁴³⁸ aus Ravensburg-Weingarten (geb. am 06.06.1908) ist ein Beispiel dafür, dass während des Dritten Reiches ein Eintritt in die Partei oder in eine ihrer Gliederungen eine unabdingbare Voraussetzung für den Berufseinstieg war.

Nach Beendigung seiner juristischen Ausbildung war Egg zwar Mitglied im NSV und des NSRB, gehörte aber weder der Partei noch einer ihrer Gliederungen an. Daher wurde seine Übernahme in den anwaltlichen Probendienst in der Zeit von Juli 1937 bis 01.10.1938 vom Reichsjustizministerium abgelehnt. Im März 1938 gab man ihm von dort aus die Auskunft, dass die Übernahme in den Probendienst nur erfolgen könne, wenn er in die Partei oder einer ihrer Gliederungen eintrete.

Nach seiner Anmeldung zum SA-Anwärter am 01.05.1938 erfolgte am 01.10.1938 die Übernahme Eggs in den anwaltlichen Probendienst.

ii. Rechtsanwalt Josef Abr aus Friedrichshafen

Rechtsanwalt Josef Abr⁴³⁹ (geb. am 01.10.1882) aus Friedrichshafen nahm seine Tätigkeit als Rechtsanwalt im Jahr 1919 auf. In den Jahren 1919 bis 1921 war er auch Regierungsassessor beim württembergischen Landtag und der Landesversorgungsstelle. Von 1921 bis 1924 war er Amtmann und Regierungsrat beim Oberamt Rottweil, beim Reichsernährungsministerium in Berlin und beim Ernährungsministerium in Stuttgart. Anschließend war er bis 1943 Bürgermeister in Rottweil. In den Jahren 1943/44 arbeitete er als stellvertretender Syndikus der Dornier Werke GmbH in Friedrichshafen und Sozialreferent beim Luftschiffbau Zeppelin GmbH in Friedrichshafen bevor er ab Oktober 1944 bis zum Kriegsende Leiter des Kriegsschädenamts in Tettngang war.

gangenen Bezüge erhielt. Sein Antrag auf nachträgliche Beförderung zum Landgerichtsdirektor wurde abgelehnt, da Einigkeit bestand, dass er bei Berücksichtigung seiner Eigenart und schlechten dienstlichen Qualifikation auch ohne das Dritte Reich nie Landgerichtsdirektor geworden wäre. Durch Entschließung des Staatsministers vom 02.05.1952 wurde RA Muf auf Vorschlag des Justizministers die Amtsbezeichnung Landgerichtsdirektor a.D. verliehen.

⁴³⁷ StASig Wü 13 T 2 Nr. 1500 und 2596, Az.: 9/V/3018, KrARV – B.2.RV (AG.1) – 000.4 – prov. Bü E 2257 (H-Z).

⁴³⁸ StASig Wü 13 T 2 Nr. 1500, Az.: 9/V/3006.

⁴³⁹ HauptStAStuttgart EA 4 / 151 Bü 1.

Der katholische Abr war zwar 1933 der NSDAP beigetreten, galt aber als kein liniengetreuer Parteigenosse. So wurde er durch Erlass des Landrats in Rottweil vom 15.10.1941 mit verschärftem Verweis wegen Dienstverfehlung bestraft aufgrund abwegiger Einstellung zum Bund deutscher Mädchen und zum BdM-Dienst, wegen Opposition gegen die Ziele und Bestrebungen der NSDAP hinsichtlich des BdM und wegen ungerechtfertigter Angriffe auf den BdM.

Abr war in seiner Eigenschaft als Bürgermeister von Rottweil von der NSDAP im Januar 1943 aus politischen Gründen in den Ruhestand versetzt worden; dies wegen seiner bekannten und wiederholt erwiesenen politisch unzuverlässigen Haltung und Gesinnung und seiner konfessionellen Bindung, die er unter keinen Umständen zu lösen gewillt war. Bei seiner Einstellung in Friedrichshafen durch die Firma Dornier GmbH wurde sein Einsatz vom Kreisleiter in Friedrichshafen an die Bedingung geknüpft, ihn aus politischen Gründen nur so zu beschäftigen, dass er mit der Gefolgschaft möglichst wenig in Berührung kam, sodass ihm das Sozialreferat entzogen und er mit Patent- und Lizenzsachen beauftragt wurde. Aus seiner späteren Tätigkeit bei der Luftschiffbau Zepelin GmbH wurde er ebenfalls aus politischen Gründen entlassen.

jj. Rechtsanwalt Josef Fli aus Biberach

Der in Biberach tätige Rechtsanwalt Josef Fli⁴⁴⁰ (geb. am 18.03.1905) war vor 1933 Mitglied der Zentrumspariei und später als Gegner des Nationalsozialismus nie Mitglied der Partei, einer ihrer Gliederungen oder Organisationen gewesen - er gehörte nicht einmal dem NSRB an.

Nach Beendigung seines Studiums und Referendariats (Fli hatte beide Examina mit der Note „ausreichend“ bestanden) war er zunächst als Rechtsanwalt tätig. In den Jahren 1941/42 war er Richter im Bezirk Stettin. Das Dienstverhältnis wurde wegen eines Vergehens Flis gegen das Heimtücke-gesetz beendet. Fli war gegenüber einem alten Kämpfer die Bemerkung entfahren: „Sie werden doch nicht glauben, dass wir den Krieg gewinnen! Nach dem Krieg wird ein halbes Jahr lang aufgeräumt“. Zwar wurde das gegen ihn anhängig gemachte Heimtückeverfahren eingestellt, dies verhinderte jedoch nicht seine Entlassung.

Nach kurzer Arbeitslosigkeit fand er bis zu seiner Entlassung „aus fachlichen Gründen“ als Richter und Staatsanwalt im Bezirk Stuttgart Verwendung. Ab September 1944 war er wieder als Rechtsanwalt tätig.

Der in seiner Heimatstadt Biberach als Antinationalsozialist bekannte Fli hatte aufgrund seiner politischen Einstellung nach der Machtübernahme durch die Nationalsozialisten mit massiven Schwierigkeiten zu kämpfen. So inszenierte der bekannte und einflussreiche Fabrik-inhaber der „Gustav Gerster Posamentenfabrik“ aus Biberach im April 1935 mit einem von seiner Belegschaft mit rund 400 Teilnehmern ausgeführten Demonstration-zug – die Hakenfahne voraus - durch die Straßen von Biberach bis zur Wohnung Flis, wo sich die Teilnehmer (teils in DAF-Uniformen) aufstellten, Schmähungen

⁴⁴⁰ StASig Wü 33 T 1 Bestellnummer 337, ET Nr. 1346.

gegen ihn ausstießen und versuchten in seine Wohnung einzudringen, woran sie nur durch die örtliche Polizei gehindert werden konnten.

Fli hatte die Vertretung eines von diesem Fabrikanten fristlos entlassenen Arbeiters übernommen gehabt. In erster Linie handelte es sich um eine arbeitsrechtliche Angelegenheit; aber auch Beleidigungen des Arbeiters seitens eines Betriebsführers waren von dem Mandat umfasst.

Das Ziel der Demonstration – Fli und seinen Klienten in Schutzhaft zu nehmen – wurde von diesem dadurch vereitelt, dass er während der Demonstration nicht zuhause war und in den darauf folgenden Tagen nicht nach Biberach zurückkehrte. Von diesem Ereignis wurde in allen Zeitungen im Reich und auch in der Schweiz berichtet.

In den acht auf die Demonstration folgenden Wochen wagte sich kein Mandat in die Kanzlei Flis. Auch wurde aufgrund der Ereignisse ein Verfahren vor dem Ehrengericht der Anwaltskammer in Stuttgart geführt, das mit einem Verweis und einer gegen Fli verhängten Geldstrafe⁴⁴¹ endete. Bestrebungen Flis, einen Fachanwaltstitel zu erwerben, wurden von der Partei boykottiert. Auch in der Folgezeit hatte Fli mit wirtschaftlichen Schwierigkeiten zu kämpfen, die mit seiner Einberufung als richterliche Hilfskraft zwischenzeitlich ihr Ende nahmen. Als Fli 1944 wieder als Rechtsanwalt in Biberach tätig war, blieben weiterhin einige Mandanten wegen seiner politischen Haltung fern.

Das von Fli in den Nachkriegsjahren angestrebte Entschädigungsverfahren blieb erfolglos; seine Klage wegen Schadens im beruflichen Fortkommen wurde abgewiesen.

kk. Rechtsanwalt Josef Hyn aus Biberach / Tettngang

Der in Biberach / Tettngang tätige Rechtsanwalt Josef Hyn⁴⁴² (geb. am 20.02.1897) war nach Beendigung seiner juristischen Ausbildung zunächst einige Monate als Redakteur in Stuttgart für eine Zentrumszeitung tätig. Obwohl er sich selbst als eingefleischter Zentrumsman bezeichnete, trat er dieser Partei nie bei. Ende 1925 ließ er sich als Rechtsanwalt in Biberach nieder, wo er bis 1939 tätig war. Nach dem Krieg war er von März bis Oktober 1946 kommissarischer Bürgermeister der Stadt Laupheim, anschließend war er als Rechtsanwalt in Tettngang tätig.

Hyn, der kein Parteimitglied war, gehörte dem NSV, dem NSRB und dem NSRKB an. Bereits kurz nach der Machtübernahme bekam er Schwierigkeiten mit der Gestapo und mit den Sondergerichten, da er oftmals nach übermäßigem Alkoholgenuß Beleidigungen gegenüber den Nationalsozialisten ausstieß⁴⁴³. Diese gipfelten in seiner Verurtei-

⁴⁴¹ Die Strafe und die Auferlegung der beträchtlichen Kosten fielen dann aber unter die im September 1939 ausgesprochene Amnestie.

⁴⁴² HauptStAStuttgart EA 4 / 153 Bü 246 und StASig Wü 33 T 1 Bestellnummer 3269, ET Nr. 4424.

⁴⁴³ In Wirtschaften hatte er sich wiederholt gegen die Nationalsozialisten ausgesprochen. Beispielsweise 1934 bezeichnete er die KdF (nationalsozialistische Gemeinschaft „Kraft durch Freude“ als Schwindel, 1935 „Wenn nur die Nazis verrecken würden“, 1935 „Der Hitler kann mich“ und 1937 „Die heutige Gerichtsbarkeit wird von einem guten Holzmacher nicht schlechter ausgeübt als von den gegenwärtigen Richtern“ (Feldgerichtsurteil vom 04.06.1940).

lung⁴⁴⁴ durch das Feldgericht am 04.06.40 wegen eines Verbrechens der Volltrunkenheit in Verbindung mit dem Heimtückegesetz, weil er in einer Wirtschaft geäußert hatte, dass es dem Adolf sein größtes Verbrechen gewesen sei, den Krieg anzufangen. Neben einer sechsmonatigen Gefängnisstrafe und der Entfernung aus der Anwaltschaft wurde seine Unterbringung in eine Trinkerheilanstalt angeordnet. Nach seiner Entlassung wurde Hyn sofort zum Militär eingezogen. Durch Urteil des Ehrengerichts der Rechtsanwaltskammer in Stuttgart vom 16.11.1942 erfolgte der Ausschluss Hyns wegen Berufspflichtverletzung aus der Rechtsanwaltschaft. Eine gegen dieses Urteil von Hyn eingelegte Berufung blieb erfolglos. Grund für seinen Ausschluss war seine Verurteilung aus dem Jahre 1940 und seine Trunksucht, die vom Präsidenten der Anwaltskammer im Vorfeld bereits dreimal missbilligt worden war. Diese Trunksucht hatte auch Auswirkungen auf seine finanziellen Verhältnisse gehabt. Es waren zu diesem Zeitpunkt mehrere Strafverfahren anhängig, in denen man Hyn die Veruntreuung und Unterschlagung von Mandantengeldern vorwarf. Aus dem Jahr 1939 lag bereits eine rechtskräftige Verurteilung wegen Untreue vor.

Die Nachteile, die Hyn während des Dritten Reichs erlitten hatte, waren daher nicht allein Folge seiner politischen Einstellung; vielmehr hatte auch seine Trunksucht einen wesentlichen Teil dazu beigetragen.

In den Nachkriegsjahren begehrte Hyn Wiedergutmachung für die Freiheitsentziehungen, Gesundheitsschäden und die Schäden im beruflichen Fortkommen. Seinem Begehren wurde nur teilweise entsprochen⁴⁴⁵.

II. Rechtsanwalt Dr. Kurt Sei aus Biberach

Der 1904 geborene in Biberach ansässige Rechtsanwalt Dr. Kurt Sei⁴⁴⁶ war im Mai 1935 der Partei beigetreten, wobei seine Mitgliedschaft ab April 1940 ruhte. Nach der Machtübernahme folgte der Beitritt zum NSKK, zum NSV und zum NSRB. Seit 1933 war er als Rechtsanwalt – zunächst in Riedlingen und dann in Biberach – tätig. In Biberach war er anfangs bei Rechtsanwalt Wagner angestellt, der dort Vorsitzender der Zentrumsparlei war und wegen seiner religiösen und politischen Haltung in Schutzhaft genommen wurde. Dr. Sei übernahm von diesem die Kanzlei und führte sie in der Tradition des Vorgängers fort, wozu auch gehörte, sich im Gegensatz zu der Einstellung der Partei zu befinden.

Um seine bürgerliche Existenz erhalten zu können trat er dennoch der NSDAP bei. Der treue und praktizierende Katholik übernahm wiederholt die Vertretung in Rechtsstreitigkeiten gegen Parteimitglieder und vertrat auch katholische Geistliche, die wegen ihrer Weltanschauung verfolgt und vor Gericht gebracht wurden. Wegen der Vertretung

⁴⁴⁴ Dieses Urteil wurde durch Beschluss der Strafkammer des Landgerichts Ravensburg vom 07.08.1951 nach den Vorschriften zur Beseitigung nationalsozialistischen Unrechts in der Strafrechtspflege aufgehoben.

⁴⁴⁵ Vgl. hierzu seine Akte aus dem Entschädigungsverfahren StASig Wü 33 T1 Bestellnummer 3269, ET Nr. 4424.

⁴⁴⁶ StASig Wü 13 T 2 Nr. 922, Az.: 2/V/3008 und Nr. 2606, Az.: 2/V/3008.

eines politischen KZ-Häftlings wurde er zu einer eingehenden Aussprache mit der Gestapo nach Berlin bestellt.

Die Aufforderung zum Eintritt in die Offizierslaufbahn hatte er abgelehnt.

mm. Rechtsanwalt Josef Nei aus Laupheim

Rechtsanwalt Josef Nei⁴⁴⁷ (geb. am 14.04.1904) aus Laupheim war 1940 in die NSDAP eingetreten und gehörte auch dem NSKK, dem NSV, dem NSRB und dem VDA an. Im NSKK hatte er zeitweise (von 1937 bis 1940) die Stellung eines Sturmwarts inne, was in der Regel mit dem Dienstgrad eines Trupp- oder Oberführers verbunden war. Seinen Beitritt in die Partei und ihre Organisationen begründete Dr. Nei im Spruchkammerverfahren damit, dass er diesen als einzigen Weg aus der wirtschaftlichen Misere ansah⁴⁴⁸.

Trotz dieser Mitgliedschaften stand der praktizierende Katholik innerlich dem Nationalsozialismus fern, was an seinem Wohnort Laupheim auch allgemein bekannt war und ihm die Beinamen „Judenadvokat“⁴⁴⁹ und „Judendoktor“ einbrachte. Vom Ortsgruppenleiter wurde er wegen der Vertretung von Juden und seinem Verhalten ihnen gegenüber auf das übelste in öffentlichen Versammlungen beschimpft. Seine aufrechte Haltung während des Nationalsozialismus ging für ihn mit erheblichen wirtschaftlichen Nachteilen einher. Im Oktober 1940 wurde er zum Heeresdienst eingezogen und nach fünf Jahren als Unteroffizier entlassen.

nn. Rechtsanwalt Andreas Wet aus Wangen

Auch das ehemalige Mitglied des Zentrums Rechtsanwalt Andreas Wet⁴⁵⁰ (geb. am 10.07.1883) aus Wangen war seit 1941/42 Parteianwärter. Ebenso gehörte er dem NSV, dem NSRB, dem NSFK, dem NSKK, dem NSRKB und dem DRK an. Sein Beitritt in die Partei erfolgte auf die Aufforderung des Ortsgruppenleiters; eine Ablehnung wäre für Wet mit erheblichen Nachteilen im beruflichen Bereich verbunden gewesen.

oo. Rechtsanwalt Dr. Hermann Schil aus Saulgau

Rechtsanwalt Dr. Hermann Schil⁴⁵¹ aus Saulgau wurde am 10.08.1895 in Berlin geboren. Nach Beendigung seiner juristischen Ausbildung war er kurz im Staatsdienst und dann als Rechtsanwalt und Notar in seiner Heimatstadt tätig. Im April 1933 wurde er in den Vorstand der Anwaltskammer gewählt, obwohl er zu diesem Zeitpunkt noch nicht Mitglied der NSDAP war. Zugleich wurde ihm jedoch das Notariat wegen angeblich staats-

⁴⁴⁷ StASig Wü 13 T 2 Nr. 922, Az.: 2/V/3004 und Nr. 2585, Az.: 2/V/3004.

⁴⁴⁸ Solche Bekundungen sind in jedem Fall kritisch zu betrachten, da sich im Entnazifizierungsverfahren derartige Schutzbehauptungen häuften.

⁴⁴⁹ Eine Rolle spielte hier vor allem die Verteidigung eines Juden in einer Strafsache gegen zwei SS-Leute, die mit der Bestrafung der SS-Leute endete. Auch besuchte RA Dr. Nei keine nationalsozialistischen Versammlungen.

⁴⁵⁰ StASig Wü 13 T 2 Nr. 2329, Az.: 17/V/3003 und Nr. 2620, Az.: 17/V/3003.

⁴⁵¹ HauptStASStuttgart EA 4 / 153 Bü 515, StASig Wü 13 T 2 Nr. 1860, Az.: 12/V/3004 und 2599, Az.: 12/V/3004.

feindlicher Anwaltstätigkeit entzogen, was mit erheblichen Einkommensvorteilen gegenüber der Tätigkeit als Rechtsanwalt verbunden war. Erst als er der Aufforderung zum Eintritt in die NSDAP Folge leistete, bekam er auf eine Beschwerde seinerseits wieder das Amt des Notars zurück. Dr. Schil, der auch Mitglied im NSRB, dem NSAHB und der NSKOV war, hatte in seinem beruflichen Alltag trotz seiner Mitgliedschaft in der Partei mit Beeinträchtigungen zu kämpfen.

1936 erreichte ihn die Missbilligung durch den Reichsjustizminister wegen der Vertretung eines Emigranten und seines Eintretens für die englische Bank. Im Jahr 1937 wurde ihm die Verhaftung angedroht weil er Prozesse gegen die NSDAP und das Reich, darunter den Berliner Polizeipräsidenten und Göring als Preiskommissar führte. Weitere Prozesse wurden unterbunden. Im selben Jahr wurde er ebenfalls nach Vorladung in die Kanzlei des Führers wegen mehrerer gewonnenen Prozesse gegen Dr. Robert Ley⁴⁵² und Gertrud Scholtz-Klink⁴⁵³ verwarnt; Die Klagansprüche hatten sich fast durchweg auf Willkür, Verleumdung und Schikanen seitens der Parteistellen gestützt.

Im Vorstand der Anwaltskammer war er Berichterstatter bezüglich der Übergriffe und Verleumdungen der Partei gegen Berliner Anwälte; der Vorstand der Anwaltskammer wurde in diesem Zusammenhang laufend von verschiedenen Parteistellen, insbesondere vom „Schwarzen Korps“ und vom „Stürmer“ schwer angegriffen.

Bis 1939 hatte er laufend in Deutschland bekannte Juden und Emigranten vertreten.

1940 wurde er zum Kriegsdienst einberufen und kam im Mai 1945 in englische Kriegsgefangenschaft, aus der er im Januar 1946 entlassen wurde. Seine Berliner Kanzlei war durch einen Bombenangriff im Jahr 1945 völlig zerstört worden. Nach seiner Rückkehr aus der Kriegsgefangenschaft kam er zunächst bei Verwandten im Landgerichtsbezirk Ravensburg unter und verdiente den Lebensunterhalt für sich und seine Familie in der Landwirtschaft.

Ab 1947 konnte er seinen Beruf als Rechtsanwalt im Landgerichtsbezirk Ravensburg wieder ausüben.

pp. Rechtsanwalt Dr. Hermann Str aus Leutkirch

Rechtsanwalt Dr. Hermann Str⁴⁵⁴ (geb. am 09.12.1887) aus Leutkirch, der sich als Rechtsanwalt 1924 dort niedergelassen hatte, gehörte zwar – trotz mehrerer Aufforderungen – nie der Partei an, war aber von 1934 bis 1939 Mitglied der SS. Diese Mitgliedschaft erfolgte nur um Schikanierungen zu entgehen und beschränkte sich auf die Leistung der Mitgliedsbeiträge. Weiter gehörte Dr. Str dem NSV, dem NSRB und dem DRK an.

In Leutkirch war Dr. Str als Antinationalsozialist bekannt und wurde im September 1944 wegen dieser Einstellung zu Schanzarbeiten im Westen verpflichtet.

⁴⁵² Dr. Robert Ley (*15.02.1890, † 25.10.1945) war einer der führenden Politiker der NS-Zeit und u.a. Reichsorganisationsleiter der NSDAP und Leiter des Einheitsverbands DAF.

⁴⁵³ Gertrud Scholtz-Klink (*09.02.1902, † 24.03.1999) war die Reichsfrauenführerin im nationalsozialistischen Deutschen Reich.

⁴⁵⁴ HauptStAStuttgart EA 4 / 151 Bü 296 und StASig Wü 13 T 2 Nr. 2329, Az.: 17/V/3002.

qq. Rechtsanwalt Karl Web aus Waldsee

Kein Mitglied in der Partei, sondern lediglich Mitglied im NSV, des NSRB, des NSFKK, des NSRKB und des DRK war der in Waldsee ansässige Rechtsanwalt Karl Web⁴⁵⁵ (geb. 24.03.1883). Das ehemalige Zentrumsmitglied wurde 1933 mit seiner Verbringung ins Konzentrationslager bedroht und während des Dritten Reichs laufend bespitzelt, worüber im Frühjahr 1933 sogar in der Tagespresse berichtet wurde⁴⁵⁶.

e. Politische Mitgliedschaften und Aktivitäten der Rechtsanwälte vor der Machtergreifung im Jahre 1933 und in den Nachkriegsjahren

13 der an den untersuchten Scheidungsverfahren beteiligten Rechtsanwälte gehörten vor dem Jahr 1933 einer politischen Partei an.

Der größte Teil von ihnen war Mitglied der Zentrumspartei, wie die Ravensburger Rechtsanwälte Hermann Ben, Dr. Ferdinand Doe, Dr. Albert Saue, Dr. Liberat Saut und Dr. Günther Grz.

Hermann Ben⁴⁵⁷ war vor der Machtergreifung durch die Nationalsozialisten aktiv in der Politik tätig gewesen. So war er bereits im Jahre 1921 dem Windthorstbund beigetreten, dessen Vorsitz er in der Folgezeit übernahm. 1924 folgte der Beitritt zur Zentrumspartei. Ab 1931 war Ben für das Zentrum Mitglied im Gemeinderat der Stadt Ravensburg⁴⁵⁸ und wurde 1932 zum Vorsitzenden der Zentrums-Fraktion ernannt, die damals 18 Mitglieder hatte.

Zwischen 1923 und 1933 hatte Ben im Windthorstbund und später auch in (Wahl-) Versammlungen der Zentrumspartei Reden gehalten, in welchen er im Wesentlichen das Parteiprogramm der Zentrumspartei befürwortet hatte. Von 1930 bis zur Machtergreifung war es dabei wiederholt zu Auseinandersetzungen mit der nationalsozialistischen Partei gekommen⁴⁵⁹.

Dr. Günther Grz⁴⁶⁰ kam aus einer bekannten oberschlesischen Familie, in der bereits Großvater und Vater demokratisch gesinnt gewesen waren. Dr. Grz selbst war seit 1918 Mitglied der Volkspartei. Mit deren ersten Umgründung ging dieser mit in die Deutsche Demokratische Partei und bei der zweiten Umgründung ging Dr. Grz mit in die Staatspartei, der er bis ca. 1930 angehörte. Anschließend war er bis zu deren Auflösung Mitglied der Zentrumspartei.

Dr. Grz war auch Mitglied der deutsch-französischen Gesellschaft und einer ganzen Reihe republikanischer, demokratischer und katholischer Vereinigungen gewesen, so

⁴⁵⁵ StASig Wü 13 T 2 Nr. 1500, Az.: 9/V/3014.

⁴⁵⁶ In den Zeitungen „Verbo“ und „Deutsches Volksblatt“.

⁴⁵⁷ Angaben beruhen auf HauptStAStuttgart EA 4 / 153 Bü 21, StASig Wü 13 T 2 Nr. 1500, Az.: 9/V/3001;

⁴⁵⁸ Vgl. auch Kraus, Zentrumshochburg, S. 424.

⁴⁵⁹ Siehe auch Lebenslauf von Hermann Ben, dem späteren Landrat des Kreises Ravensburg und Landgerichtspräsidenten des Landgerichts Ravensburg: Viertes Teil, I. b. ee. [2].

⁴⁶⁰ Angaben zu RA Dr. Grz beruhen auf HauptStAStuttgart EA 4 / 151 Bü 121, StASig Wü 33 T 1 Bestellnummer 1689, ET Nr. 2779, KrARV – B.2. RV (AG.1) – 000.4 – prov. Bü E 2256 (Allg., A-G).

war er Mitglied des Reichsbanners, wo er den für etwa ein Jahr lang – um das Jahr 1922 herum – den Vorsitz von Königsberg-Stadt inne hatte, der Deutschen Friedensgesellschaft und der Vereinigten Paneuropa.

Dr. Grz war in dieser Zeit parteipolitisch sehr aktiv. So war er von 1919 bis 1921 Stadtverordneter in Rastenburg und von 1920 bis 1921 Provinzialvorsitzender der Deutschen Demokratischen Partei Ostpreußens. Auch übernahm er zeitweise den Orts- und Kreisvorsitz dieser Partei. Von 1921 bis 1922 war er Oberpräsidialrat und Stellvertreter des Oberpräsidenten der Provinz Ostpreußen. Zwischen 1924 und 1932 war er Abgeordneter des Preußischen Landtags in Berlin, dort war er Berichterstatter des Landtags für die Justiz, ständiges Mitglied des Rechtsausschusses und Personalbearbeiter der Partei für Justiz und innere Verwaltung.

Vor 1933 hatte er an Kongressen mit demokratischen Politikern der europäischen Staaten teilgenommen und stand auch mit diesen in Briefwechsel.

In den Jahren 1932 und 1933 hatte er noch für das Zentrum in Berlin und Oberschlesien in öffentlichen Versammlungen und in Mitgliederversammlungen gesprochen und energisch gegen den Nationalsozialismus gekämpft. Ebenso griff er dieses in mehreren Zeitungsartikeln an.

In den Nachkriegsjahren nahm Dr. Grz sein politisches Engagement wieder auf. Kurze Zeit nach deren Gründung im Juni 1945 trat er der Christlich Demokratischen Union (CDU) bei. Später war er Kreisvorsitzender dieser Partei und Mitglied des Landesvorstandes.

Dr. Albert Saue⁴⁶¹ war in den Jahren 1932 / 1933 für das Zentrum Mitglied des Landtags von Baden-Württemberg. Nach Ende des Zweiten Weltkriegs gehörte er zu den Mitbegründern der Christlich Demokratischen Union (CDU).

In den Jahren von 1946 bis 1966 war er der erste Oberbürgermeister der Stadt Ravensburg nach dem Zusammenbruch und engagierte sich politisch auch auf Landesebene u.a. als Mitglied des Landtags und von 1947 bis 1952 in der Regierung Gebhard Müller als Kultusminister des Landes Württemberg-Hohenzollern.

Vor der Machtergreifung durch den Nationalsozialisten gehörten dem Zentrum ferner aus Biberach die Rechtsanwälte Josef Fli und Erwin Schac, aus Waldsee Rechtsanwalt Karl Web, aus Leutkirch Rechtsanwalt Ludwig Hof und aus Wangen Rechtsanwalt Andreas Wet an.

Rechtsanwalt Erwin Schac aus Biberach hatte von 1923 bis März 1932 das Amt des Orts- und später Bezirksvorsitzenden für Biberach / den Bezirk Biberach der Zentrums- partei inne. In dieser Zeit hatte er auch Reden gehalten und kleinere Artikel verfasst, die sich im Rahmen des Programms der Zentrums- partei bewegten.

Ferner gehörte Rechtsanwalt Theodor Muf aus Ravensburg der Deutschnationalen Volkspartei an. Rechtsanwalt Theodor Kra aus Ravensburg war Mitglied der Deutschen Volkspartei.

⁴⁶¹ StASig Wü 13 T 2 Nr. 1480, Az.: 9/C/4668.

Rechtsanwalt Carl Die⁴⁶² aus Ravensburg trat zunächst der nationalliberalen Partei bei und war dort Vorstand der Ortsgruppe Ravensburg. Nach deren Auflösung schloss er sich der Demokratischen Partei an. Dort wurde er ebenfalls zum Vorsitzenden der Ravensburger Ortsgruppe ernannt und in den damals neu gebildeten Verfassungsausschuss dieser Partei berufen. In der Folgezeit hatte er sich aus der Partei zurückgezogen, da ihm die Entwicklung, die die Partei genommen hatte, nicht gefiel. Später folgte sein Austritt aus der Partei.

Von den oben genannten Rechtsanwälten, die vor 1933 Mitglied einer politischen Partei waren, wurden später zwei Mitglied der NSDAP (die Rechtsanwälte Carl Die aus Ravensburg und Erwin Schac aus Biberach) und einer NSDAP-Anwärter (Rechtsanwalt Andreas Wet aus Wangen).

f. Ergebnisse im Entnazifizierungsverfahren

Aufgrund des vorhandenen Aktenmaterials ist es nicht möglich, eine abschließende Gesamtbilanz bezüglich der Entnazifizierung der im Landgerichtsbezirk Ravensburg tätigen Juristen zu ziehen, insbesondere weil keine zusammenfassenden Statistiken vorliegen und oftmals die vorhandenen Informationen unvollständig sind.

Auch ergeben sich Probleme bei der genauen Ermittlung der Entnazifizierungsergebnisse durch die fließenden Übergänge von einem Säuberungsverfahren zum anderen und die damit verbundenen Revisionen, die meist zu einer mildernden Entscheidung führten.

Ebenso gab es Diskrepanzen zwischen ergangenen aber nicht rechtskräftig gewordenen Entscheidungen und zwischen angeordneten und tatsächlich vollzogenen Sühnemaßnahmen.

Von 36 an den untersuchten Scheidungsverfahren beteiligten Rechtsanwälten ließen sich aufgrund der bereits genannten Materialien Erkenntnisse zu den Ergebnissen in der ersten Phase des Entnazifizierungsprozesses bis zum Erlass des neuen Spruchkammergesetzes vom 25.04.1947 finden.

In diesem Zusammenhang muss nochmals auf die bereits dargelegten Schwierigkeiten bei der Erkenntnisgewinnung hingewiesen werden, insbesondere dass diesbezüglich nicht auf einen vollständigen, als abschließend anzusehenden und transparenten Aktenbestand zurückgegriffen werden konnte.

aa. Ergebnisse in der ersten Phase des Entnazifizierungsprozesses

Die gefundenen Ergebnisse der ersten Phase der Entnazifizierung lassen sich in drei Fallgruppen einteilen⁴⁶³:

⁴⁶² HauptStAStuttgart EA 4 / 151 Bü 49.

⁴⁶³ Als Grundlage wurde die von ihrer Datierung her zeitlich früheste Entscheidung genommen, die nicht ausdrücklich als Entscheidung in der Rechtsmittelinstanz erging. Nicht auszuschließen ist, dass weitere nicht aktenkundige Entscheidungen vorhanden waren.

[1]. Zulassung als Rechtsanwalt ohne Anordnung von Sühnmaßnahmen

16 der Rechtsanwälte, von denen Informationen über das Ergebnis im Entnazifizierungsprozess vorlagen, konnten bereits nach der ersten Entscheidung im Entnazifizierungsprozess wieder als Rechtsanwalt zugelassen werden, ohne dass Sühnmaßnahmen angeordnet wurden:

Hierzu gehörten die Rechtsanwälte Hermann Ben, Dr. Ferdinand Doe, Dr. Günther Grz, Alfred Hän, Camill Hep, Hermann Kra (wohl RA Theodor Kra, der den zweiten Vornamen Hermann trug), Dr. Herbert Kuhl, Erich Muf, Georg Pra und Max Wör (alle aus Ravensburg), Rechtsanwalt Josef Fli aus Biberach, Rechtsanwalt Josef Hyn aus Biberach / Tettnang, Rechtsanwalt Dr. Josef Boc aus Waldsee, Rechtsanwalt Karl Web aus Waldsee, Rechtsanwalt Franz Wet aus Waldsee und Rechtsanwalt Ludwig Hof aus Leutkirch⁴⁶⁴.

[2]. Zulassung als Rechtsanwalt unter Anordnung von Sühnmaßnahmen

15 Rechtsanwälten erlaubte es die Entscheidung in der ersten Phase der politischen Säuberung wieder als Rechtsanwalt – aber unter Auferlegung von Sühnmaßnahmen – zugelassen zu werden:

Aus Ravensburg-Weingarten Rechtsanwalt Martin Egg und aus Ravensburg dessen Kollegen Theodor Hol, Dr. Walter Küb und Dr. Liberat Saut. Ebenso die Biberacher Rechtsanwälte Erwin Schac, Alfred Schn und Dr. Kurt Sei. Aus Laupheim die Rechtsanwälte Dr. Josef Nei und Dr. Edwin Sti, der Riedlinger Rechtsanwalt Friedrich Gro, aus Leutkirch Dr. Hermann Str, aus Saulgau Dr. Herrmann Schil und die beiden Friedrichshafener Rechtsanwälte Dr. Helmut Ric und Dr. Josef Abr⁴⁶⁵.

⁴⁶⁴ Amtsblatt des Staatssekretariats für das französische besetzte Gebiet Württembergs und Hohenzollerns, Jahrgang 1946, Ausgabe Nr. 22 vom 19.10.1946, 239 ff., Bekanntmachung des Staatssekretariats über die Ergebnisse der politischen Säuberung vom 27.09.1946, Kreis Biberach Ziff. 1 RA Fli, Ziff. 2 RA Hyn, Kreis Ravensburg Ziff. 1 RA Ben, Ziff. 2 RA Dr. Boc, Ziff. 4 RA Dr. Doe, Ziff. 7 RA Dr. Grz, Ziff. 8 RA Hän, Ziff. 10 RA Hermann Kra, Ziff. 14 RA Web, Ziff. 15 RA Wet, Ziff. 16 RA Wör, Kreis Wangen Ziff. 1 RA Hof; Jahrgang 1947, Ausgabe Nr. 27 vom 15.04.1947, 665 Kreis Ravensburg RA Kuhl; StASig Wü 13 T 2 Nr. 2650, Az.: N/6817 RA Hep, StASig Wü 13 T 2 Nr. 1524, Az.: 9/T/V/3003 RA Muf und StASig Wü 13 T 2 Nr. 1524, Az.: 9/T/V/3008 RA Pra.

⁴⁶⁵ Amtsblatt des Staatssekretariats für das französische besetzte Gebiet Württembergs und Hohenzollerns, Jahrgang 1946, Ausgabe Nr. 22 vom 19.10.1946, 239 ff., Bekanntmachung des Staatssekretariats über die Ergebnisse der politischen Säuberung vom 27.09.1946, Kreis Biberach Ziff. 4 RA Nei: Zahlung einer Buße in Höhe von RM 4.000.- und Abführung von 10% des Netto-Arbeitseinkommens auf die Dauer von zwei Jahren, 11b auf 1 Jahr, Ziff. 5 RA Schac: Zahlung einer Buße in Höhe von RM 3.000.- und Abführung von 10% des Netto-Arbeitseinkommens auf die Dauer von sechs Jahren, 11/12b/13 auf 3 Jahre, Ziff. 6 RA Alfred Schn: Zahlung einer Buße in Höhe von RM 10.000.- und Abführung von 10% des Netto-Arbeitseinkommens auf die Dauer von sechs Jahren, 11/12b auf 3 Jahre, Ziff. 8 RA Sei: Zahlung einer Buße in Höhe von RM 4.000.- und Abführung von 10% des Netto-Arbeitseinkommens auf die Dauer von sechs Jahren, 11b/11c auf 3 Jahre, Ziff. 9 RA Dr. Sti: Zahlung einer Buße in Höhe von RM 2.000.- und Abführung von 10% des Netto-Arbeitseinkommens auf die Dauer von sechs Jahren, 11b/11c auf 3 Jahre, Kreis Ravensburg Ziff. 6 RA Egg: Abführung von 10% des Netto-Arbeitseinkommens auf die Dauer von zwei Jahren, Ziff. 9 RA Hol: Zahlung einer Buße in Höhe von RM 1.000.- und Abführung von 10% des Netto-Arbeitseinkommens auf die Dauer von sechs Jahren, 11b auf 3 Jahre, Ziff. 11 RA Dr. Küb: Zahlung einer Buße in Höhe von RM 1.000.- und Abführung von 10% des Netto-Arbeitseinkommens auf die Dauer von zwei Jahren, Kreis Saulgau Ziff. 1 RA Gro: Zahlung einer Buße in Höhe von RM 3.000.-

[3]. *Versagung der Zulassung als Rechtsanwalt*

Fünf Rechtsanwälte wurde gemäß der ersten Entscheidung im Entnazifizierungsprozess die Zulassung als Rechtsanwalt versagt:

Aus Ravensburg den Rechtsanwälten Carl Die (dem auch das Amt als öffentlicher Notar entzogen wurde) und Dr. Franz Dre und aus Biberach Rechtsanwalt Benedikt Schn.

Die Zulassung von Walter Bär aus Friedrichshafen wurde ebenfalls abgelehnt; er wurde als im öffentlichen Dienst und als Rechtsanwalt untragbar eingestuft.

Ebenso abgelehnt wurde die Zulassung seines Kollegen Hans Her aus dem Kreis Tettang⁴⁶⁶.

bb. Spätere Ergebnisse im Entnazifizierungsprozess

Die Entwicklung hin zu einer großen Korrektur der zunächst gefundenen Entnazifizierungsergebnisse bestätigte sich auch für die im Landgerichtsbezirk Ravensburg an den untersuchten Scheidungsverfahren beteiligten Rechtsanwälte nahezu durchgängig⁴⁶⁷. Für diejenigen, die nach der ersten Entscheidung ihre Zulassung nur unter Anordnung von Sühnemaßnahmen bekommen hatten oder denen die Zulassung versagt worden war, wurde durch die Einlegung eines Rechtsmittels nach Inkrafttreten des neuen Spruchkammergesetzes vom 25.04.1947 die Aufhebung oder zumindest Abschwächung der Sühnemaßnahmen und / oder die Zulassung als Rechtsanwalt erreicht.

So wurden durch das Staatskommissariat für politische Säuberung des Landes Württemberg-Hohenzollern im Jahr 1948 die Rechtsanwälte Dr. Josef Nei, Benedikt Schn, Dr. Sti, Carl Die, Theodor Hol, Andreas Wet, Dr. Liberat Saut, Dr. Hermann Schil, Dr. Helmut Ric und Dr. Kurt Sei und 1950 Rechtsanwalt Erwin Schac als Mitläufer eingestuft⁴⁶⁸. Gleichzeitig wurden gemäß § 4 der Verordnung Nr. 133 vom 17.11.1947 in der

und Abführung von 10% des Netto-Arbeitseinkommens auf die Dauer von vier Jahren, 11b/11c auf 3 Jahre, Kreis Wangen Ziff. 2 RA Dr. Str: Zahlung einer Buße in Höhe von RM 1.000.- und Abführung von 5% des Netto-Arbeitseinkommens auf die Dauer von vier Jahren, Ziff. 3 RA Andreas Wet: Zahlung einer Buße in Höhe von RM 2.000.-, 11b auf 1 Jahr; Jahrgang 1947, Beilage Nr. 4 zur Ausgabe vom 25.06.1947, S. 85 ff, Kreis Ravensburg RA Saut: 11b auf 1 Jahr, Kreis Saulgau Dr. Schil: Zahlung einer Geldbuße von RM 3.000.- und Abführung von 10% des Netto-Arbeitseinkommens auf die Dauer von vier Jahren, 11b auf 3 Jahre und Kreis Tettang Dr. Ric: Abführung von 10% des Netto-Arbeitseinkommens auf die Dauer von 2 Jahren; HauptStAStuttgart EA 4 / 151 Bü 1 zu RA Abr (bis 1943 Bürgermeister der Stadt Rottweil): Kürzung der Pensionsbezüge um 25%, 11b auf 3 Jahre.

⁴⁶⁶ Amtsblatt des Staatssekretariats für das französische besetzte Gebiet Württembergs und Hohenzollerns, Jahrgang 1946, Ausgabe Nr. 22 vom 19.10.1946, 239 ff., Bekanntmachung des Staatssekretariats über die Ergebnisse der politischen Säuberung vom 27.09.1946, Kreis Biberach Ziff. 7 RA Benedikt Schn zugleich 11b auf 3 Jahre, Kreis Ravensburg Ziff. 3 RA Carl Die, Ziff. 5 RA Dr. Franz Dre, Kreis Tettang Ziff. 1 RA Walter Bär und Ziff. 2 RA Hans Her zugleich 11b/11c/12b/13 auf 3 Jahre.

⁴⁶⁷ Es konnten nicht bezüglich aller Rechtsanwälte, die in nach der Entscheidung der ersten Instanz in die zweite und dritte Fallgruppe eingeordnet werden konnten, Erkenntnisse darüber gefunden werden, ob Revision eingelegt wurde oder das Verfahren wieder aufgenommen wurde. Bei RA Egg findet sich zwar der Hinweis, dass Revision erhoben wurde, über den Ausgang des Revisionsverfahrens gibt es keine Informationen.

⁴⁶⁸ RA Nei, StASig Wü 13 T 2 Nr. 2585, Az.: 2/V/3004; RA B. Schn StASig Wü 13 T 2 Nr. 2602, Az.: 3/V/3007; RA Sti StASig Wü 13 T 2 Nr. 2610, Az.: 2/V/3009; RA C. Die StASig Wü 13 T 2 Nr. 1500, Az.:

Fassung des Art. 2 der Verordnung Nr. 165 vom 13.07.1948 die früher verhängten Sühnemaßnahmen aufgehoben.

Begründet wurde die Entscheidung jeweils unter Verwendung eines Vordruckes wie folgt: „Der Betroffene war einfaches nominelles Mitglied der NSDAP oder ihrer Verbände i. S. des Art. 3 der VO. 133 vom 17.11.1947 in der Fassung des Art. 1 der VO. 165 vom 13.07.1948. Er gehörte einer durch das Nürnberger Urteil für verbrecherisch erklärten Organisation nicht an. Tatsachen, die eine Belastung begründen könnten, auf Grund derer er nach den Bestimmungen der Direktive 38⁴⁶⁹ unter die Gruppen der Hauptschuldigen oder Belasteten fallen würde, liegen nicht vor. Der Betroffene hat die nat. soz. Herrschaft nur unwesentlich unterstützt und ist Mitläufer.

Gemäß Art. 4 der VO. 133 vom 17.11.1947 (JO. S. 1244) in der Fassung des Art. 2 der VO. 165 vom 13.07.1948 (JO S. 1588) sind die Sühnemaßnahmen, die durch die frühere Entscheidung verhängt worden sind, aufgehoben.“

Rechtsanwalt Dr. Franz Dre – dem zunächst die Zulassung als Rechtsanwalt verwehrt worden war – setzte sich gegen die gegen die ihn ergangenen Entscheidungen gleich zweimal erfolgreich zur Wehr. 1947 erreichte er seine Neuzulassung als Rechtsanwalt ab 01.01.1948 unter Auferlegung von Sühnemaßnahmen⁴⁷⁰. 1948 wurden die beiden früheren Entscheidungen aufgehoben und Dre als Mitläufer eingestuft⁴⁷¹. Dr. Dre hatte die Zeit bis zu seiner Wiederezulassung genutzt um seine Dissertation anzufertigen; im Jahre 1947 wurde er an der Universität Tübingen zum Doktor iuris promoviert.

Sein Ravensburger Kollege Dr. Walter Küb konnte ebenfalls eine Aufhebung der gegen ihn angeordneten Sühnemaßnahmen erreichen⁴⁷².

Nach zweimaliger Überprüfung der Entscheidung wurde der zunächst als Rechtsanwalt untragbar eingestufte Rechtsanwalt Walter Bär als „entlastet“ eingestuft, ohne dass Sühnemaßnahmen gegen ihn angeordnet wurden⁴⁷³.

9/V/3003; RA Hol StASig Wü 13 T 2 Nr. 2558, Az.: 9/V/3009; RA A. Wet StASig Wü 13 T 2 Nr. 2620, Az.: 17/V/3003; RA Saut Wü 13 T 2 Nr. 2596, Az.: 9/V/3018; RA Schil Wü 13 T 2 Nr. 2599, Az.: 12/V/3004; RA Dr. Ric StASig Wü 13 T 2 Nr. 2593, Az.: 14/V/3003; RA Dr. Sei Wü 13 T 3 Nr. 2606, Az.: 2/V/3008; RA Schac, StASig Wü 13 T 2 Nr. 2610, Az.: 2/V/3005.

⁴⁶⁹ Die Kontrollratsdirektive Nr. 38 war eine vom Alliierten Kontrollrat am 12.10.1946 erlassene Direktive über die „Verhaftung, Bestrafung von Kriegsverbrechern, Nationalsozialisten und Militaristen und Internierung, Kontrolle und Überwachung von möglicherweise gefährlichen Deutschen“. Gemeinsam mit der Direktive 24 präziserte die Direktive 38 das Kontrollratsgesetz Nr. 10 vom 20.12.1945.

⁴⁷⁰ Amtsblatt des Staatssekretariats für das französische besetzte Gebiet Württembergs und Hohenzollerns, Jahrgang 1947, Ausgabe Nr. 27 vom 15.04.1947, 666, Kreis Ravensburg Ziff. 5 RA Dre: Ihm wurden eine Geldbuße in Höhe von RM 15.000,00 und die Abführung von 10% seines Netto-Arbeitseinkommens auf die Dauer von sechs Jahren auferlegt. Die Entziehung der Wählbarkeit auf drei Jahre blieb unverändert bestehen

⁴⁷¹ StASig Wü 13 T 2 Nr. 2636, Az.: 9/RB/230: Mit Rücksicht auf die bereits bezahlten RM 15.000,00 wurde von der Auferlegung einer weiteren Geldbuße Abstand genommen. Die Wählbarkeit wurde ihm bis 31.12.1948 entzogen.

⁴⁷² Amtsblatt des Staatssekretariats für das französische besetzte Gebiet Württembergs und Hohenzollerns, Jahrgang 1948, Beilage Nr.4 zur Ausgabe vom 30.06.1948, 47, Kreis Ravensburg RA Dr. Küb.

⁴⁷³ StASig Wü 13 T 2 Nr. 2627, Az.: 14/RB/1.

Auch die Rechtsanwälte Alfred Schn aus Biberach Hans Her aus dem Kreis Tettnang und erreichten 1950 bzw. 1948 eine für sie jeweils günstigere Entscheidung durch ihre Einstufung in die Gruppe der Mitläufer unter Anordnung von Sühnemaßnahmen⁴⁷⁴.

Ebenso konnte Rechtsanwalt Josef Abr aus Friedrichshafen seine Zulassung als Rechtsanwalt erreichen⁴⁷⁵.

Rechtsanwalt Eugen Mus aus Riedlingen – von dem die erste Entscheidung im Rahmen der politischen Säuberung nicht bekannt ist – wurde nach Einlegung der Revisions 1949 ebenfalls als Mitläufer unter Auferlegung von Sühnemaßnahmen eingestuft⁴⁷⁶.

g. Sonstige Erkenntnisse über das Schicksal von Rechtsanwälten in der Nachkriegszeit

Rechtsanwalt Dr. Dre aus Ravensburg übte in den Kriegsjahren seine Praxis noch gemeinsam mit seinem Schwager Rechtsanwalt Hep I und dessen Sohn Rechtsanwalt Camill Hep (RA Hep II) aus. Rechtsanwalt Hep I verstarb im Mai 1946 nach langer Krankheit und Rechtsanwalt Hep II befand sich nach dem Krieg lange Zeit in russischer Kriegsgefangenschaft. Er nahm seine Tätigkeit als Rechtsanwalt in Ravensburg erst wieder zu Beginn der 50er Jahre des 20. Jahrhunderts auf⁴⁷⁷.

Die Rechtsanwälte Max Die (RAe Die II) und Wolfgang Kra (RA Kra II) wurden beide 1940 zur Wehrmacht eingezogen und galten im Oktober 1945 jeweils noch als vermisst⁴⁷⁸. Bezüglich dieser beiden Rechtsanwälte konnten bei den Archiven und beim Landgericht Ravensburg keine Dokumente aus der Nachkriegszeit gefunden werden.

3. Die nationalsozialistische Ideologie als Argumentationsgrundlage in den Entscheidungsgründen und im Parteivortrag im Zeitraum bis Mai 1945

a. Richter im Zeitraum bis Mai 1945 – Anzahl von Verfahren mit nationalsozialistisch und insbesondere bevölkerungspolitisch geprägten Entscheidungsgründen

| Dienstgrad | Name | Anzahl der Verfahren insgesamt | Darunter Anzahl der Verfahren mit ideologisch geprägten Argumenten in den Entscheidungsgründen | Hiervon Anzahl der bevölkerungspolitischen Argumente |
|-----------------------|------|--------------------------------|--|--|
| Landgerichtspräsident | Wid | 27 | 7 | 5 |

⁴⁷⁴ StASig Wü 13 T 2 Nr. 2674, Az.: 2/RB/289 RA Alfred Schn: Entzug des Rechts der Wählbarkeit auf die Dauer von zwei Jahren. Unter Berücksichtigung seiner viermonatigen Internierungshaft wurde ihm eine Geldbuße von RM 50,00 auferlegt; StASig Wü 13 T 2 Nr. 2649, Az.: 14/RW/42 RA Hans Her: Mit Rücksicht auf seine Internierung und seinen Verdienstausschlag vom etwa RM 60.000,00 wurde ihm nur eine weitere Geldbuße von RM 400,00 auferlegt und ihm die Wählbarkeit bis 30.06.1950 entzogen.

⁴⁷⁵ HauptStAStuttgart EA 4 / 151 Bü 1.

⁴⁷⁶ HauptStAStuttgart EA 4 / 153 Bü 392: Neben einer zu zahlenden Geldbuße von RM 50,00 hatte er den Entzug der Wählbarkeit bis 30.04.1951 in Kauf zu nehmen.

⁴⁷⁷ Vgl. insoweit die für RA Dr. Dre beim Justizministerium geführte Personalakte, HauptStAStuttgart EA 4 / 151 Bü 56.

⁴⁷⁸ Vgl. insoweit die Spruchkammerakte von RA C. Die, StASig Wü 13 T 2 Nr. 1500, Az.: 9/V/3003.

| | | | | |
|------------------|---------|----|---|---|
| Landgerichtsrat | Kra | 10 | 3 | 3 |
| Landgerichtsrat | Ada | 26 | 5 | 1 |
| Landgerichtsrat | Fis | 42 | 3 | 1 |
| Landgerichtsrat | Scha | 49 | 3 | 2 |
| Gerichtsassessor | Dr. Kre | 12 | 4 | 4 |
| Gerichtsassessor | Hae | 8 | 4 | 2 |

Den Vorsitz der Zivilkammer des Landgerichts Ravensburg hatte der als aktiver Nationalsozialist und Parteimitglied bekannte Landgerichtspräsident Wid inne. Unter seinem Vorsitz zog die Zivilkammer in gut jeder vierten Entscheidung nationalsozialistische geprägte Argumente zur Begründung ihrer Rechtsauffassung heran.

An diesen Entscheidungen waren auch die Gerichtsassessoren Kre (zu diesem liegen in den Archiven / beim Landgericht Ravensburg keine Informationen vor) und das Parteimitglied Hae beteiligt.

Landgerichtsrat Ada, bei dem sich in knapp jedem fünften Urteil eine Bezugnahme zu ideologischen Gesichtspunkten fand, war Mitglied der NSDAP. Drei dieser Entscheidungen ergingen durch den Einzelrichter; in zwei Fällen oblag die Entscheidung der Zivilkammer unter dem Vorsitz von Landgerichtspräsident Wid.

Die Landgerichtsräte Fis und Scha hingegen standen dem Nationalsozialismus ablehnend gegenüber und hatten aufgrund dieser Haltung auch mit beruflichen Nachteilen zu kämpfen. Dennoch umfasst der Bestand auch jeweils drei Scheidungsurteile, in denen sich diese Richter in ihren Entscheidungsgründen ideologisch geprägter Argumente bedienten.

Bei Landgerichtsrat Fis erfolgte dies in einem Fall in der Zivilkammer unter dem Vorsitz des Landgerichtspräsidenten Wid. Im Übrigen handelte es sich um Entscheidungen, die durch den Einzelrichter ergingen.

Die Landgerichtsräte Fis und Scha haben in den letzten Kriegsjahren die überwiegende Anzahl an Urteilen gesprochen.

Die Anzahl von Entscheidungsgründen, in denen sich Bezugnahmen zu der Ideologie des Nationalsozialismus finden lassen, war verhältnismäßig gering; es handelte sich um eine untergeordnete Anzahl von Fällen, in denen ideologische bzw. bevölkerungspolitische Aspekte nicht ignoriert werden konnten.

b. Rechtsanwälte im Zeitraum bis Mai 1945 – Anzahl von Verfahren mit nationalsozialistisch und insbesondere bevölkerungspolitisch geprägtem Vortrag

| Prozessbevollmächtigter | Anzahl Verfahren insgesamt | Darunter Anzahl Verfahren mit nationalsozialistisch geprägten Argumenten im Vortrag | Hiervon Anzahl Verwendung bevölkerungs-politischer Argumente |
|-----------------------------|----------------------------|---|--|
| RAe Die I, II und Kra I, II | 29 | 3 | 1 |
| RAe Hep / Dre | 33 | 3 | 1 |
| RA Dr. Schi | 4 | 3 | 1 |
| RA Muf | 17 | 2 | - |
| RAe Schn I und II | 6 | 2 | 1 |
| RAe Ben und Wör | 28 | 1 | 1 |
| RAe Bic und Pra | 12 | 1 | - |
| RA Her | 2 | 1 | - |
| RA Rum | 1 | 1 | - |

Die Aufstellung zeigt, dass ideologisch geprägte Argumente im Parteivortrag nur eine untergeordnete Rolle spielten und bezüglich der einzelnen Anwälte nur bei RA Dr. Schi aus Friedrichshafen ein verhältnismäßig großer Anteil von Verfahren vorliegt, bei denen ideologisch geprägte Argumente den Vortrag stützten.

Da zu RA Dr. Schi in den Archiven keine Informationen erlangt werden konnten, ist über dessen politische Haltung nichts bekannt und eine Überprüfung, ob diese der Grundstock für seinen Vortrag war, somit nicht möglich.

Ebenso lagen keine Informationen zu RA Rum vor.

Die Anzahl der Verfahren, in denen deren Vortrag einen Bezug zur Weltanschauung des Nationalsozialismus aufweist, ist gerade bei den Rechtsanwälten, die häufig in den Scheidungsverfahren als Prozessbevollmächtigte auftraten, verhältnismäßig gering.

Der Großteil der Anwälte, der zur Begründung des Vortrags auf bevölkerungspolitische oder sonstige ideologische Motive zurückgriffen hatte, war auch Mitglied der NSDAP gewesen; so die Rechtsanwälte Carl Die (RA Die I) und Max Die (RA Die II), Wolfgang Kra (RA Kra II), Franz Dre, Erich Muf, Alfred und Benedikt Schn, Georg Bic, Georg Pra und Hans Her.

Doch eine Mitgliedschaft in der NSDAP ging nicht zwingend einher mit einem Vortrag mit Bezug zur nationalsozialistischen Ideologie. Unter der betreffenden Anwaltschaft befanden sich auch Parteimitglieder, von denen sich im untersuchten Aktenbestand kein ideologisch geprägter Vortrag finden lässt.

c. Die nationalsozialistische Ideologie im Parteivortrag und in den Entscheidungsgründen im Zeitraum ab November 1945

In den Nachkriegsjahren griffen weder die Parteien noch das Landgericht Ravensburg ideologische Argumente zur Unterstützung ihre Position auf.

Der Bestand enthält vereinzelt Bezugnahmen auf Gegebenheiten oder Ereignisse aus der Zeit des Dritten Reichs oder die Darstellung der politischen Haltung der Parteien vor dem Zusammenbruch.

An diesen Verfahren waren die Juristen wie folgt beteiligt:

aa. Richter

| Dienstgrad des Richters | Namen des Richters Richter | Anzahl der Verfahren insgesamt | Anzahl der Bezugnahmen auf die NS-Zeit |
|--|----------------------------|--------------------------------|--|
| Landgerichtspräsident | Dr. Schm | 55 | 1 |
| Amtsgerichtsdirektor | Dr. Hol | 56 | 3 |
| Landgerichtsrat / Landgerichtsdirektor | Dr. Jer | 75 | 2 |
| Landgerichtsrat | Koc | 53 | 1 |
| Landgerichtsrat | Dre | 64 | 1 |
| Gerichtsassessor / Landgerichtsrat | Dr. Fad | 67 | 3 |
| Gerichtsassessor | Grö | 11 | 1 |

bb. Rechtsanwälte

| Prozessbevollmächtigter | Anzahl der Verfahren insgesamt | Anzahl der Bezugnahmen auf die NS-Zeit |
|-------------------------|--------------------------------|--|
| RAe Die, Off, Bär | 41 | 1 |
| RA Dr. Doe | 24 | 1 |
| RA Dr. Str | 2 | 1 |
| RA Wör | 11 | 1 |

cc. Ergebnis

Weder bei den Prozessbevollmächtigten noch unter den Richtern lassen sich Personen finden, die in ständiger Praxis auf die vergangene Zeit des Nationalsozialismus Bezug genommen haben.

4. Zusammenfassung

Viele der am untersuchten Bestand beteiligten Richter und Rechtsanwälte waren Mitglied in der Partei oder ihrer Gliederungen und bekleideten dort teilweise auch verschiedene Ämter.

Bei keinem von ihnen handelte es sich nach den vorliegenden Erkenntnisquellen aber um Drahtzieher oder Mitwisser der großen Verbrechen des Dritten Reiches.

Die betreffenden Juristen im Landgerichtsbezirk Ravensburg blieben von der Einflussnahme des nationalsozialistischen Regimes auf die Justiz nicht unverschont.

Die Mitgliedschaft in der Partei oder in ihren Gliederungen war bei einigen von ihnen die zwingende Voraussetzung für die Berufsausbildung, den Einstieg in den Beruf oder für das berufliche Fortkommen.

Eine ablehnende Haltung gegenüber dem Nationalsozialismus, welche teilweise noch mit einer kirchentreuen Haltung einherging, führte bei der Richterschaft am Landgericht Ravensburg entweder dazu, dass die Karriere ins Stocken geriet, weil Bewerbungen auf Beförderungstellen erfolglos blieben oder sogar zu weitaus gravierenderen Maßnahmen wie etwa der – zumindest zeitweisen – Zwangspensionierung.

Nicht linientreuen Rechtsanwälten wurden von den Nationalsozialisten Mandanten abspenstig gemacht. Teils folgte aus der ablehnenden bzw. kritischen Haltung gegenüber der Partei und der nationalsozialistischen Ideologie ein beruflicher Abstieg mit erheblichen finanziellen Einbußen.

Die Durchführung des Entnazifizierungsverfahrens erfolgte – wie auch anderorts und bei anderen Berufsgruppen – hinsichtlich der im Landgerichtsbezirk Ravensburg tätigen Richter und Rechtsanwälte nicht mit der angebrachten Konsequenz.

Grund hierfür war vor allem der dringende Bedarf an erfahrenen Juristen.

Die Beschönigung des Geschehenen trug ebenfalls ihren Anteil hierzu bei.

Abschließend kann man daher sagen, dass der Entnazifizierungsprozess für die an den untersuchten Scheidungsverfahren beteiligten regimetreuen Juristen – wie auch für die übrigen Teile der Bevölkerung im gesamten Gebiet des ehemaligen Deutschen Reiches – ein mildes und schmerzloses Ende nahm.

Im Gegenteil: Es gab Fälle, in denen Richter auf ihren positiven Personalbeurteilungen aus dem Dritten Reich aufbauen konnten, da die Rückgängigmachung von Beförderungen unterblieb.

Es lassen sich auch hier fehlende Konsequenzen für deren Tätigkeiten im Dritten Reich beklagen. Die große Abrechnung unterblieb.

Dabei darf aber nicht unberücksichtigt bleiben, dass sich unter den an den untersuchten Scheidungsverfahren beteiligten Juristen kein großer „Nazi-Verbrecher“ befand.

Auch wenn es manchmal eines Umwegs oder Zeit bedurfte, war es jedem der beteiligten Richter wieder möglich, dem Rechtsprechungsauftrag in den Nachkriegsjahren wieder nachzukommen. Vereinzelt mussten (vorübergehende) Einbußen beim Einkommen oder hinsichtlich des Dienstgrades in Kauf genommen werden.

Wenn noch in nach der ersten Entscheidung einigen Rechtsanwälten die Zulassung versagt worden war, war es zumindest nach dem Ergebnis der weiteren Überprüfungen bzw. nach Einlegung eines Rechtsmittels allen noch lebenden und noch zur Berufsaus-

übung bereiten betreffenden Rechtsanwälten des Landgerichts Ravensburg möglich, ihren Beruf weiterhin auszuüben.

Eine ablehnende Haltung gegenüber Partei und Regime im Dritten Reich zahlte sich nach 1945 aus, in dem sie zu einer raschen Wiederverwendung des einzelnen Juristen nach der Wiedereröffnung der Gerichte nach Kriegsende führte.

Mag das Ergebnis im Einzelfall und / oder in der Gesamtbetrachtung auch enttäuschen, so zeigte die Durchsicht der betreffenden Entnazifizierungsakten aber, dass der Kreisuntersuchungsausschuss und die Spruchkammern trotz aller Widrigkeiten gründlich gearbeitet haben und nicht in eine schematisierte Beurteilung verfallen waren; vielmehr wurden die Umstände des Einzelfalls vor Abfassung eines Vorschlags bzw. einer Entscheidung bewertet und be- und entlastende Argumente in die Entscheidungen einbezogen.

Ideologisch geprägte Argumente gehörten auch in den vor dem Landgericht Ravensburg in der Zeit des Dritten Reiches geführten Scheidungsverfahren zum Prozessalltag. Der untersuchte Aktenbestand zeigt aber bei keinem der Beteiligten Juristen eine standardmäßige Verwendung dieser Aspekte.

Eine Parteimitgliedschaft des betroffenen Juristen ging nicht zwingend mit nationalsozialistischem Vorbringen einher und umgekehrt.

Keiner der am untersuchten Aktenbestand beteiligten Juristen bediente sich in der Zeit nach 1945 Argumente, die nationalsozialistisch geprägt waren.

In wenigen Verfahren bezogen sich die Prozessbevollmächtigten oder das Gericht auf Ereignisse oder Gegebenheiten, die mit dem Nationalsozialismus im Zusammenhang standen. Von einer ständigen Praxis kann aber bei keinem Richter oder Rechtsanwalt gesprochen werden.

FÜNFTER TEIL: ZUSAMMENFASSENDE BETRACHTUNG

1. Die Rechtsprechung des Landgerichts Ravensburg

Die vorliegende Untersuchung hat deutlich gezeigt, dass auch der Landgerichtsbezirk Ravensburg in der Zeit bis einschließlich 1945 kein „ideologiefreier“ Raum war.

Gerade bei der Frage nach der Beachtlichkeit des Widerspruchs gemäß § 55 Abs. 2 EheG 1938 spielten wiederholt bevölkerungspolitische Fragen und die Interessen der Volksgemeinschaft die zentrale und entscheidungserhebliche Rolle.

In dieser Zeit bezog das Landgericht Ravensburg eindeutig Position und schloss sich – teils unter ausdrücklicher Bezugnahme auf Entscheidungen des Reichsgerichts – der scheidungsfreundlichen Position des Reichsgerichts an.

Da die Rechtsprechung des Landgerichts Ravensburg bis zum Zusammenbruch im Frühjahr 1945 auf einer Linie mit den ideologisch geprägten Grundsatzentscheidungen des Reichsgerichts lag, stellten Argumente mit Bezug zur nationalsozialistischen Ideologie – insbesondere im Rahmen von § 55 Abs. 2 EheG 1938 – oft das entscheidungserhebliche Vorbringen dar.

Ein offensichtlicher Einfluss einer Mitgliedschaft der Parteien in der NSDAP oder ihrer Gliederungen auf den Ausgang des Prozesses lässt sich bei keinem der Verfahren feststellen.

Allenfalls in dem von dem ehemaligen Kreisleiter von Saulgau betriebenen Scheidungsverfahren dürften dessen (ehemaligen) Ämter für den in seinem Sinne positiven Ausgang der Scheidungsklage eher hinderlich gewesen sein – schließlich zeigte ihm der Richter deutlich seine Vorbildfunktion sowie die Vorstellungen seiner Partei und die Gegensätzlichkeit seines Handelns auf.

Das Landgericht Ravensburg nahm seinen Rechtsprechungsauftrag ein knappes halbes Jahr nach der Kapitulation Deutschlands am 05.11.1945 wieder auf.

Deutlich zeigen die untersuchten Scheidungsverfahren den Wandel der Rechtsprechung des Landgerichts Ravensburg nach 1945. Die Ideologie des Nationalsozialismus und vor allem dessen bevölkerungspolitische Ziele spielten bei der Entscheidungsfindung keine Rolle mehr.

Zwar kehrte sich das Landgericht Ravensburg in seinen nach 1945 ergangenen Urteilen von der Rechtsprechung des Reichsgerichts zu § 55 Abs. 2 EheG 1938 ab, ließ aber eine ausdrückliche Distanzierung von seiner eigenen Rechtsprechung in den Jahren zwischen 1938 und 1945 vermissen.

In den Nachkriegsjahren schlug das Landgericht Ravensburg einen scheidungsfeindlichen Kurs ein, in dem es dem vom Oberlandesgericht Hamburg aufgezeigten Weg folgte und den von der beklagten Partei erhobenen Widerspruch in ständiger Rechtsprechung als grundsätzlich beachtlich einstufte.

In keinem nach 1945 ergangenen Scheidungsurteil kam es mehr zu einer Thematisierung von Argumenten mit ideologischem Hintergrund in den Entscheidungsgründen; die Interessen der Volksgemeinschaft oder bevölkerungspolitische Interessen waren für die Entscheidungsfindung unerheblich.

Vielmehr spielten bei der Entscheidung über den von der beklagten Partei nach § 48 Abs. 2 EheG 1948 erhobenen Widerspruch die bis zum Zusammenbruch nahezu unerheblichen individuellen Interessen der beteiligten Ehegatten – wie etwa Versorgungsperspektiven – die für den Ausgang des Prozesses entscheidende Rolle.

2. Der Parteivortrag

Der Parteivortrag zeigt deutliche Parallelen zu der Rechtsprechung des Landgerichts Ravensburg.

Bedienten sich die Parteien regelmäßig in ihrem Vortrag unter der Geltung des § 55 Abs. 2 EheG 1938 ideologisch geprägter – meist bevölkerungspolitischer – Argumente, fehlen derartige Argumentationsstrukturen in den Nachkriegsjahren gänzlich.

3. Der Einfluss der Kriegsverhältnisse

Das Landgericht Ravensburg arbeitete in den Kriegsjahren stringent und zügig. Überlange Verfahrensdauern ließen sich nicht verzeichnen. Ebenso war die rechtssuchende Bevölkerung durch die auch in dieser Zeit gut aufgestellte Anwaltschaft ohne Engpässe vertreten.

Schon vor Kriegsende kam es bei einigen auf dem Prüfstand stehenden Ehen kriegsbedingt – vor allem durch die räumliche Trennung – zu Schwierigkeiten und schließlich zur Trennung und zum Scheidungsverfahren.

Vor allem die zwischen 1946 und 1950 erhobenen Scheidungsklagen zeigen in eindrucksvoller Weise, wie eine große Anzahl von Ehen unter dem Zeichen und dem Einfluss der Kriegsverhältnisse zustande gekommen waren und auch wieder in die Brüche gingen.

Ganz deutlich lassen sich hier die Spuren verfolgen, die die räumliche Trennung aufgrund der Kriegsverhältnisse, die damit verbundene Einsamkeit der Ehegatten und ihre Versuche, dieser zu entfliehen, Armut, Bombenangriffe und die daraus resultierende Wohnungsnot in den Beziehungen der Eheleute hinterließen.

Einige Ehen wären ohne den Zweiten Weltkrieg nie geschlossen worden, andere Ehegatten hatten aufgrund der Kriegsverhältnisse nie die Möglichkeit bekommen, sich als Eheleute zu finden und ein gedeihliches Zusammenleben zu praktizieren, wieder andere Ehen zerbrachen angesichts der kriegsbedingten Umstände.

Nicht übersehen werden darf aber folgender Umstand:

Auch eine Vielzahl der untersuchten Verfahren ist völlig frei von politischen Argumenten, bevölkerungspolitischen Zielen und kriegsbedingten Einflüssen und könnte da-

her sowohl aus der Zeit vor als auch nach dem Zusammenbruch oder sogar aus der heutigen Zeit stammen.

In diesen Verfahren hatte das Scheidungsbegehren seinen Grund in zwischenmenschlichen Problemen oder in Unzulänglichkeiten der einzelnen Ehegatten. Motive und Probleme wie Eifersucht, Egoismus, mangelnde soziale Intelligenz, unzureichende Zuneigung, Trunksucht, Ehebruch, Gewalttätigkeit und fehlende Gemeinsamkeiten zwischen den Ehegatten hatten hier zu einem Scheitern der Ehe geführt. Diese sind Ausdruck menschlicher Schwächen, die unabhängig von der gerade Geltung beanspruchenden Ideologie auftreten.

4. Die an den Scheidungsverfahren beteiligten Ehegatten

Ehegatten im Alter von 35 bis 39 Jahren waren im gesamten untersuchten Zeitraum die meist vertretene Altersgruppe, wobei die Beteiligten der Scheidungsverfahren in der Zeit nach der Kapitulation durchschnittlich gut drei Jahre jünger waren als in der Zeit bis Frühjahr 1945.

Vor dem Zusammenbruch betrug die durchschnittliche Ehedauer rund 15 Jahre, nach dem Zusammenbruch rund 13 Jahre.

In überwiegender Anzahl war der Ehemann älter als die Ehefrau.

Meist handelte es sich um Ehen, aus denen keine oder wenige Kinder hervorgegangen waren.

Insgesamt erwiesen sich die Ehemänner als scheidungswilliger. Bei knapp sieben von zehn bis 1945 erhobenen Scheidungsklagen ging die Klage vom Ehemann aus. Für die Jahre nach 1946 lässt sich sogar ein leichter Anstieg der klagenden Ehemänner im Vergleich zu den klagenden Ehefrauen beobachten.

Eine große Mehrheit der Ehen wurde in den in den Jahren 1938 bis 1950 erhobenen Scheidungsklagen in der Form der „Alleinverdienerehe“ geführt.

In den Nachkriegsjahren ließen sich öfters Angehörige von Berufen mit anspruchsvoller Ausbildung und höherem Einkommen scheiden. Dies zeigt sich auch an der Anzahl der Verfahren, bei der zumindest einem der Ehegatten die Prozessführung nur mit staatlicher Unterstützung möglich war.

Lag deren Anteil in den Kriegsjahren noch bei 60 %, sank deren Anzahl in den Jahren 1946 und 1947 zunächst deutlich, um in den darauffolgenden Jahren den prozentualen Anteil der Kriegsjahre sogar zu übertreffen.

Entsprechend der Glaubensverteilung in Oberschwaben gehörte der Großteil der Beteiligten der katholischen Konfession an, gefolgt von Ehegatten evangelischer Religionszugehörigkeit. In der Zeit nach Kriegsende verringerte sich die Anzahl der Katholiken leicht zugunsten der Anzahl der Protestanten.

Traf sich in der Zeit bis zur Kapitulation Deutschlands im Mai 1945 vor dem Landgericht Ravensburg vor allem die „städtische“ Bevölkerung, lässt sich für die Jahre ab 1946 ein deutlicher Anstieg der Ehegatten mit beiderseitig ländlicher Herkunft verzeichnen.

Ausländer prägten den Scheidungsalltag am Landgericht Ravensburg nicht merklich. In den Jahren ab 1946 lässt sich ein Anstieg der Verfahren, bei denen zumindest ein Ehegatte (ehemals) ausländischer Staatsangehöriger – meist aus Osteuropa – war, beobachten.

5. Die an den Scheidungsverfahren beteiligten Juristen

Bei einer Betrachtung der einzelnen Lebensläufe und Werdegänge der an den untersuchten Scheidungsverfahren beteiligten Richter und Rechtsanwälte kann man die Feststellung treffen, dass es einerseits einige unter ihnen gab, die ihren Überzeugungen und Idealen trotz für sie damit verbundenen Schwierigkeiten treu geblieben waren und in den Zeiten des Nationalsozialismus ihren Dienst im täglichen Berufsalltag gerade nicht den Zielen des Nationalsozialismus unterstellten. Andererseits gab es auch Juristen, die sich mit der neuen Ideologie identifizierten, diese in ihrem Berufsalltag einbezogen und sich dabei auch nicht scheuten, diese Ideologie zur Stützung ihrer Rechtsposition zu verwenden.

Betrachtet man die Folgen der politischen Haltung für das berufliche Fortkommen der beteiligten Richter und Rechtsanwälte in den Zeiten des Nationalsozialismus, so zeichnet sich hier ein eindeutiges Bild ab.

Eine regimetreue Haltung und Mitgliedschaften in der NSDAP und ihrer Gliederungen spielten eine entscheidende Rolle sowohl für den Berufseinstieg als auch für das berufliche Fortkommen.

Umgekehrt konnte Widerstand oder eine abwehrende Haltung gegenüber dem Nationalsozialismus dem einzelnen Juristen auf seinem Karriereweg hinderlich sein, diesen sogar erst gar nicht ebnen oder ihn beenden.

Die vorliegende Untersuchung zeigt aber auch, dass der in den Nachkriegsjahren angestrebte Entnazifizierungsprozess für alle an den untersuchten Scheidungsverfahren beteiligten Richter und Rechtsanwälte ein schmerzloses Ende nahm. Zwar führte dieser Weg in einigen Fällen über mehrere Zwischenstationen und nahm einige Jahre Verfahrensdauer in Anspruch; schließlich kam es aber zu keinem Berufsverbot aufgrund der politischen Vergangenheit.

Nicht zuletzt auch deshalb, weil sich unter ihnen kein Nationalsozialist befand, der sich eines Verbrechens schuldig gemacht hatte, wie sie im Rahmen der Nürnberger Prozesse zur Anklage gekommen waren. Vielmehr handelte es sich um verhältnismäßig „kleine Fische“, deren politisches Engagement im Dritten Reich zwar vereinzelt überdurchschnittlich war, aber keine bzw. nur überschaubare Schäden verursacht hatte.

Positive Personalbeurteilungen aus dem Dritten Reich zeigten auch nach dem Zusammenbruch bei der Richterschaft ihre Nachwirkungen, z. B. durch die unterbliebene Rückgängigmachung von Beförderungen.

Eindeutig führte eine ablehnende Haltung gegenüber dem Nationalsozialismus und eine fehlende Parteizugehörigkeit zu einer schnelleren Wiederverwendung in der Justiz und Anwaltschaft nach der Wiedereröffnung der Gerichte im Herbst 1945.

LITERATURVERZEICHNIS

| | |
|-----------------------------------|---|
| Arbogast, Christine | Herrschaftsinstanzen der württembergischen NSDAP: Funktion, Sozialprofil und Lebenswege einer regionalen NS-Elite; 1920-1960, München 1998, zugleich Dissertation, Tübingen 1996 [zitiert: Arbogast, Herrschaftsinstanzen]. |
| Auert, Hermann | Das neue großdeutsche Eherecht; Gesetzestexte u. Komm. unter Berücksichtigung d. neuesten Bestimmungen u. Entscheidungen, 2. Auflage, Berlin 1938 [zitiert: Auert, Ehe-recht]. |
| Bedürftig, Friedemann | Drittes Reich und Zweiter Weltkrieg: Das Lexikon, Mün-chen/Zürich 2002 [zitiert: Bedürftig, Drittes Reich]. |
| Beitzke, Günther | Zu § 48 des Ehegesetzes, DRZ 1948, 199-200. |
| Birndorfer, Franz | Der erstinstanzliche Prozessalltag von 1938 bis 1949 an-hand der Scheidungsakten des Landgerichts Amberg zu § 55 EheG 1938 und § 48 EheG 1946, Regensstauf 2013 [zi-tiert: Birndorfer, Prozessalltag]. |
| Boberach, Heinz (Hrsg.) | Richterbriefe: Dokumente zur Beeinflussung der deut-schen Rechtsprechung 1942-1944, Boppard am Rhein 1975 [zitiert: Boberach, Richterbriefe]. |
| Bosch, F.W. | Familien- und Erbrecht als Themen der Rechtsanglei-chung nach dem Beitritt der DDR zur Bundesrepublik Deutschland – verbunden mit dem Vergleich zweier deut-scher Familien- und Erbrechtsordnungen –, FamRZ 1991, 1370-1392. |
| Breucker, Dorothee | Frauen im Nationalsozialismus. Ideologie und Wirklich-keit nationalsozialistischer Frauenpolitik, in: Eitel, Peter (Hrsg.), Ravensburg im Dritten Reich: Beiträge zur Ge-schichte der Stadt, 2. Auflage, Ravensburg 1998, S. 229-244 [zitiert: Breucker, in: Eitel (Hrsg.), Ravensburg im Dritten Reich]. |
| Danzer, Paul / Schmal-fuß, Hannes | Das bevölkerungspolitische ABC, 8. Auflage, München 1942 [zitiert: Danzer/Schmalfuß, Das bevölkerungspoliti-sche ABC]. |
| Eitel, Peter | Ravensburg im 19. und 20. Jahrhundert: Politik – Wirt-schaft – Bevölkerung - Kirche – Kultur – Alltag, Ostfildern 2004 [zitiert: Eitel, Ravensburg]. |

| | |
|---------------------|--|
| Endemann, Friedrich | Lehrbuch des Bürgerlichen Rechts – Einführung in das Studium des Bürgerlichen Gesetzbuchs, Familienrecht, 8. und 9. Auflage, Berlin 1908 [zitiert: Endemann, Familienrecht]. |
| Fieberg, Gerhard | Im Namen des deutschen Volkes: Justiz und Nationalsozialismus; Katalog zur Ausstellung des Bundesministeriums der Justiz, Köln 1989 [zitiert: Fieberg, Justiz und Nationalsozialismus]. |
| Frank, Hans | Nationalsozialistisches Handbuch für Recht und Gesetzgebung, München 1935 [zitiert: Frank, Handbuch]. |
| Frantz | Richtung und Grundgedanken der reichsgerichtlichen Rechtsprechung zum Ehegesetz, DR 1941, 1028-1035. |
| Giesen, Dieter | Familienrecht, 2. Auflage, Tübingen 1997 [zitiert: Giesen, Familienrecht] |
| Gordon, Michael | Das Wesen der Ehe: Die wechselnde Auffassung vom Wesen der Ehe im Wandel der Verfassungsepochen des 20. Jahrhunderts, Dissertation, Berlin 1978 [zitiert: Gordon, Wesen der Ehe]. |
| Gruchmann, Lothar | Justiz im Dritten Reich 1933-1940: Anpassung und Unterwerfung in der Ära Gürtner, München 1988 [zitiert: Gruchmann, Justiz im Dritten Reich]. |
| Gruchmann, Lothar | Das Ehegesetz vom 06.07.1938 – Entstehung und Beurteilung, ZNR 1989, 63-83. |
| Guthjahr, Herbert | Das neue deutsche Ehegesetz, DR 1938, 311-314. |
| Haff, Karl | Anmerkung zum Urteil des OLG Braunschweigs vom 10.12.1946, Az.: 1 U Z 8/46, MDR 1947, 152-153. |
| Hattenhauer, Hans | Die Akademie für deutsches Recht (1933 – 1944), JuS 1986, 680-684. |
| Hattenhauer, Hans | Wandlungen des Richterleitbilds im 19. und 20. Jahrhundert, in: Dreier, Ralf / Sellert, Wolfgang (Hrsg.), Recht und Justiz im „Dritten Reich“, 1. Auflage, Frankfurt am Main 1989, S. 9-33 [zitiert: Hattenhauer, in: Dreier/Sellert (Hrsg.), Recht und Justiz]. |
| Hattenhauer, Hans | Richter und Gesetz (1919 – 1979) – Eine Zwischenbilanz, ZRG (Germ) 106 (1989), 46-67. |
| Heinrich, Rudolf | Wandlungen im Rechtsverständnis eines Richters zwischen 1930 und 1970, DRiZ 1977, 2-6. |

| | |
|----------------------|---|
| Hempel, Norbert | Richterleitbilder in der Weimarer Republik, Frankfurt am Main/Bern u.a. 1978, zugleich Dissertation, Kiel 1978 [zitiert: Hempel, Richterleitbilder]. |
| Henkel, Heinrich | Die Unabhängigkeit des Richters in ihrem neuen Sinngehalt, Hamburg 1934 [zitiert: Henkel, Unabhängigkeit des Richters]. |
| Hetze, Meike | Die höchstrichterliche Rechtsprechung von 1948 – 1961 zum Scheidungsgrund des § 48 EheG 1946 wegen unheilbarer Zerrüttung: Eine Analyse der Rechtsprechung des Obersten Gerichtshofs für die Britische Zone und des Bundesgerichtshofs und die Änderung des § 48 EheG 1946 durch das Familienrechtsänderungsgesetz von 1961, Dissertation, Frankfurt am Main 2000 [zitiert: Hetzke, Höchststrichterliche Rechtsprechung]. |
| Hitler, Adolf | Mein Kampf, 107. – 111. Auflage, München 1934 [zitiert: Hitler, Mein Kampf]. |
| Humphrey, Michael | Die Weimarer Reformdiskussion über das Ehescheidungsrecht und das Zerrüttungsprinzip: Eine Untersuchung über die Entwicklung des Ehescheidungsrechts in Deutschland von der Reformation bis zur Gegenwart unter Berücksichtigung rechtsvergleichender Aspekte, Dissertation, Göttingen 2006 [zitiert: Humphrey, Weimarer Reformdiskussion]. |
| König, Stefan | Vom Dienst am Recht: Rechtsanwälte als Strafverteidiger im Nationalsozialismus, Berlin u.a. 1987, zugleich Dissertation Berlin 1986 [zitiert: König, Dienst am Recht]. |
| Kraus, Uwe | Von der Zentrumshochburg zur NS-Gemeinde, Aufstieg und Machtergreifung der Nationalsozialisten in Ravensburg zwischen 1928 und 1935, Dissertation, Tübingen 1986 [zitiert: Kraus, Zentrumshochburg]. |
| Lauterbach, Wolfgang | Scheidung auf Grund der Auflösung der häuslichen Gemeinschaft, ZAKDR 1938, 728-731. |
| Löhnig, Martin | Scheidungsalltag an einem erstinstanzlichen Gericht vor und nach dem „Zusammenbruch“: Die Eheakten des Landgerichts Amberg aus den Jahren 1944 – 1946, ZRG (Germ), 125 (2008), 501-526. |
| Löhnig, Martin | Die Justiz als Gesetzgeber: Zur Anwendung nationalsozialistischen Rechts in der Nachkriegszeit, Regenstauf 2010 [zitiert: Löhnig, Justiz als Gesetzgeber]. |

| | |
|------------------------|---|
| Mammeri-Latzel, Maria | Justizpraxis in Ehesachen im Dritten Reich: Eine Untersuchung von Prozessakten des Landgerichts Berlin unter besonderer Berücksichtigung der Ideologie des Nationalsozialismus, Dissertation, Berlin 2002 [zitiert: Mammeri-Latzel, Justizpraxis in Ehesachen]. |
| Michelberger, Hans | Berichte aus der Justiz des Dritten Reichs: Die Lageberichte der Oberlandesgerichtspräsidenten von 1940-45 unter vergleichender Heranziehung der Lageberichte der Generalstaatsanwälte, Dissertation, Tübingen 1988 [zitiert: Michelberger, Berichte aus der Justiz]. |
| Mikat, Paul | Rechtsgeschichtliche und rechtspolitische Erwägungen zum Zerrüttungsprinzip, I. Teil, FamRZ 1962, 81-89. |
| Mikat, Paul | Rechtsgeschichtliche und rechtspolitische Erwägungen zum Zerrüttungsprinzip, II. Teil, FamRZ 1962, 273-281. |
| Mikat, Paul | Rechtsgeschichtliche und rechtspolitische Erwägungen zum Zerrüttungsprinzip, III. Teil, FamRZ 1962, 497-504. |
| Mikat, Paul | Rechtsgeschichtliche und rechtspolitische Erwägungen zum Zerrüttungsprinzip, IV. Teil – Gleichzeitig ein Beitrag zur Interpretation des § 48 Abs. 2 II EheG n. F., FamRZ 1963, 65-76. |
| Mößmer, Ferdinand | Zur Auslegung des § 55 Ehegesetz – unter Berücksichtigung der Reichsgerichtsurteile vom 12. Januar und 13. Februar 1939, ZAkDR 1939, 292-295. |
| Marquardt | Rundschau, MDR 1947, 117-118. |
| Müller-Meiningen | Was dem deutschen Richter nottut ?, DJZ 1925, Sp. 1532-1536. |
| Nehlert, Gerhard | Das Ehegesetz des Kontrollrats für Deutschland, JR 1947, 69-75. |
| Niesert, Felix (Hrsg.) | Ehegesetz vom 20.02.1946, Gesetz Nr. 16 d. Kontrollrates (in Kraft seit 1. März 1946); Textausg. mit Anm. Anh.: Durchführungsverordnung zum Ehegesetz, 1.-3. Auflage, Muenster 1946 [zitiert: Niesert, Ehegesetz]. |
| Niksch, Dieter | Die sittliche Rechtfertigung des Widerspruchs gegen die Scheidung der zerrütteten Ehe in den Jahren 1938 – 1944, Dissertation, Köln 1990 [zitiert: Niksch, Sittliche Rechtfertigung des Widerspruchs]. |

| | |
|--|---|
| Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei / Reichsorganisationsleiter (Hrsg.) | Organisationsbuch der NSDAP, Nachdruck der 3. Auflage, München 1937 [zitiert: NSDAP, Organisationsbuch]. |
| Ohne Verfasser | Anmerkung der Redaktion zu BGH, Urteil vom 22.01.1951, Az: IV 73/50, JZ 1951, 175. |
| Ostler, Fritz | Die deutschen Rechtsanwälte: 1871 – 1971, Essen 1971 [zitiert: Ostler, Rechtsanwälte]. |
| Palandt, Otto (Begr.) | Bürgerliches Gesetzbuch, Kommentar, 3. Auflage, München 1940 [zitiert: Bearbeiter, in: Palandt, Bürgerliches Gesetzbuch, 3. Auflage 1940]. |
| Palandt, Otto (Begr.) | Bürgerliches Gesetzbuch, Kommentar, 7. Auflage, München/Berlin 1949 [zitiert: Bearbeiter, in: Palandt, Bürgerliches Gesetzbuch, 7. Auflage 1949]. |
| Roquette | Die Familie im völkischen Staat, DR 1943, 107-109. |
| Rückert, Joachim | Das „gesunde Volksempfinden“ – eine Erbschaft Savignys?, ZRG (Germ) 103 (1986), 199-247. |
| Rüthers, Bernd | Die unbegrenzte Auslegung: Zum Wandel der Privatrechtsordnung im Nationalsozialismus, 7. Auflage, Tübingen 2012 [zitiert: Rüthers, Unbegrenzte Auslegung]. |
| Saar, Stefan Chr. | Familienrecht im NS-Staat – ein Überblick, in: Salje, Peter (Hrsg.), Recht und Unrecht im Nationalsozialismus, Münster 1985, S. 80-108 [zitiert: Saar, in: Salje (Hrsg.), Recht und Unrecht]. |
| Schmitt, Carl | Über die drei Arten des rechtswissenschaftlichen Denkens, Hamburg 1934 [zitiert: Schmitt, Drei Arten des rechtswissenschaftlichen Denkens]. |
| Schmitt, Carl | Kodifikation oder Novelle? Über die Aufgabe und Methode der heutigen Gesetzgebung, DJZ 1935, Sp. 919-925. |
| von Scanzoni, Gustav | Das Großdeutsche Ehegesetz vom 06. Juli 1938: Kommentar, Berlin 1939 [zitiert: von Scanzoni, Ehegesetz, 1939]. |
| von Scanzoni, Gustav | „Scheidung ohne Verschulden“, DR 1940, 753-768. |
| von Scanzoni, Gustav | Das Großdeutsche Ehegesetz vom 06. Juli 1938: Kommentar, 3. Auflage, Berlin 1943 [zitiert: von Scanzoni, Ehegesetz, 1943]. |
| Schäfer, Johann Peter | Die Entstehung der Vorschriften des BGB über das persönliche Eherecht, Dissertation, Münster 1982 [zitiert: Schäfer, Entstehung der Vorschriften des BGB über das persönliche Eherecht]. |

| | |
|---------------------------|--|
| Schiller, Christof | Das Oberlandesgericht Karlsruhe im Dritten Reich, Dissertation, Heidelberg 1995/96 [zitiert: Schiller, OLG Karlsruhe]. |
| Schmitt, Carl | Kodifikation oder Novelle? Über die Aufgabe der heutigen Gesetzgebung, DJZ 1935, Sp. 919. |
| Schmitz-Berning, Cornelia | Vokabular des Nationalsozialismus, Berlin u.a. 1998 [zitiert: Schmitz-Berning, Vokabular des Nationalsozialismus]. |
| Schorn, Hubert | Der Richter im Dritten Reich, Frankfurt am Main 1959 [zitiert: Schorn, Richter im Dritten Reich]. |
| Schröder, Rainer | „...aber im Zivilrecht sind die Richter standhaft geblieben!“ : d. Urteile d. OLG Celle aus d. Dritten Reich, 1. Auflage, Baden-Baden 1988 [zitiert: Schröder, Richter]. |
| Schulz, Birger | Der Republikanische Richterbund: 1921 – 1933, Dissertation, Kiel 1982 [zitiert: Schulz, Richterbund]. |
| Schumann, Hans | Auflösung der häuslichen Gemeinschaft bei Scheidung aus § 55 Ehegesetz, ZAkDR 1943, 67-71. |
| Spott | Die Grundzüge des § 55 Ehegesetz, DR 1939, 24-27. |
| Staff, Ilse | Justiz im Dritten Reich: Eine Dokumentation, 16. – 25. Tsd., Frankfurt am Main 1979 [zitiert: Staff, Justiz]. |
| Steffens, Heinz | Die rechtliche Vertretung der Juden im Reich, DR 1942, 9-13. |
| Steidle, Hermann Adolf | Anmerkung zu OLG Hamburg, Urteil vom 15.02.1946, Az: 5 U 7/45, SJZ 1946, 117-118. |
| Steidle, Hermann Adolf | Anmerkung zu OLG Frankfurt am Main, Urteil vom 09.09.1946, Az.: 1 U 148/46, SJZ 1946, 225. |
| Strittmatter, Wolf-Ulrich | Die NSDAP in Ravensburg vor 1933, in: Eitel, Peter (Hrsg.), Ravensburg im Dritten Reich: Beiträge zur Geschichte der Stadt, 2. Auflage, Ravensburg 1998, S. 57-64 [zitiert: Strittmatter, NSDAP, in: Eitel (Hrsg.), Ravensburg im Dritten Reich]. |
| Strittmatter, Wolf-Ulrich | Politische Säuberung in Ravensburg 1945-1952, in: Eitel, Peter (Hrsg.), Ravensburg im Dritten Reich: Beiträge zur Geschichte der Stadt, 2. Auflage, Ravensburg 1998, S. 412-466 [zitiert: Strittmatter, Politische Säuberung, in: Eitel (Hrsg.), Ravensburg im Dritten Reich]. |

| | |
|---|---|
| Sunnus, Michael | Der NS – Rechtswahrerbund: (1928 – 1945); zur Geschichte der nationalsozialistischen Juristenorganisation, Dissertation, Frankfurt am Main 1990 [zitiert: Sunnus, Rechtswahrerbund]. |
| Volkmar, Erich / Antoni, Hans / Ficker, Hans G. | Grossdeutsches Eherecht: Kommentar zum Ehegesetz vom 06. Juli 1938 mit sämtlichen Durchführungsvorschriften, München 1939 [zitiert: Volkmar/Antoni/Ficker, Eherecht]. |
| Wagner, Albrecht | Die Umgestaltung der Gerichtsverfassung und des Verfahrens- und Richterrechts im nationalsozialistischen Staat, in: Weinkauff, Hermann / Wagner, Albrecht, Die deutsche Justiz und der Nationalsozialismus, Band 16/I, Stuttgart 1968, S. 191-366 [zitiert: Wagner, in: Weinkauff/Wagner, Deutsche Justiz]. |
| Walter, Edgar | Ravensburg in den letzten Monaten des Zweiten Weltkriegs, in: Eitel, Peter (Hrsg.), Ravensburg im Dritten Reich: Beiträge zur Geschichte der Stadt, 2. Auflage, Ravensburg 1998, S. 406-411 [zitiert: Walter, in: Eitel (Hrsg.), Ravensburg im Dritten Reich]. |
| Weinkauff, Hermann | Die deutsche Justiz und der Nationalsozialismus: Ein Überblick, in: Weinkauff, Hermann / Wagner, Albrecht, Die deutsche Justiz und der Nationalsozialismus, Band 16/I, Stuttgart 1968, S. 19-188 [zitiert: Weinkauff, in: Weinkauff/Wagner, Deutsche Justiz]. |
| Werle, Gerhard | Justiz-Strafrecht und polizeiliche Verbrechensbekämpfung im Dritten Reich, Berlin/New York 1989, zugleich Habilitationsschrift, Heidelberg 1988 [zitiert: Werle, Justiz-Strafrecht]. |
| Wolf, Alfred | Das Zerrüttungsprinzip im Ehescheidungsrecht und die Nationalsozialisten – Zur Entstehung des Ehegesetzes 1938 vor 50 Jahren –, FamRZ 1988, 1217-1229. |
| Wolf, Ernst | Grundgesetz und Eherecht, JZ 1973, 647-652. |

AKTENLISTE

Der beim Staatsarchiv Sigmaringen (kurz: StASig) verwahrte Bestand der Scheidungsakten mit Bezug zur Zerrüttungsscheidung nach § 55 EheG 1938 bzw. § 48 EheG 1946

| Nr. der Akte | 1. Instanz Aktenzeichen Landgericht Ravensburg | Signatur Staatsarchiv Sigmaringen Wü 28 / 1 T 6-7 Nr. | 2. Instanz Aktenzeichen Oberlandesgericht Stuttgart / Tübingen |
|--------------|--|---|--|
| 1 | R 99 / 1937 | 5342 | - |
| 2 | R 10 / 1938 | 5355 | - |
| 3 | R 30 / 1938 | 5370 | - |
| 4 | R 41 / 1938 | 5378 | - |
| 5 | R 43 / 1938 | 5379 | - |
| 6 | R 48 / 1938 | 5382 | - |
| 7 | R 69 / 1938 | 5397 | - |
| 8 | R 77 / 1938 | 5405 | Nicht bekannt |
| 9 | R 80 / 1938 | 5408 | Nicht bekannt |
| 10 | R 84 / 1938 | 5411 | - |
| 11 | R 86 / 1938 | 5412 | Nicht bekannt |
| 12 | R 87 / 1938 | 5413 | - |
| 13 | R 102 / 1938 | 5424 | - |
| 14 | R 104 / 1938 | 5426 | - |
| 15 | R 109 / 1938 | 5429 | - |
| 16 | R 113 / 1938 | 5432 | - |
| 17 | R 117 / 1938 | 5435 | - |
| 18 | R 120 / 1938 | 5437 | - |
| 19 | R 123 / 1938 | 5439 | Nicht bekannt |
| 20 | R 124 / 1938 | 5440 | - |
| 21 | R 125 / 1938 | 5441 | - |
| 22 | R 126 / 1938 | 5442 | - |
| 23 | R 147 / 1938 | 5427 | - |
| 24 | R 02 / 1939 | 5467 | - |
| 25 | R 06 / 1939 | 5470 | - |
| 26 | R 11 / 1939 | 5474 | - |
| 27 | R 15 / 1939 | 5477 | Nicht bekannt |
| 28 | R 22 / 1939 | 5480 | - |
| 29 | R 27 / 1939 | 5485 | - |
| 30 | R 28 / 1939 | 5486 | - |
| 31 | R 33 / 1939 | 5490 | - |
| 32 | R 35 / 1939 | 5492 | - |
| 33 | R 64 / 1939 | 5511 | - |
| 34 | R 68 / 1939 | 5514 | - |
| 35 | R 71 / 1939 | 5517 | - |

| | | | |
|----|--------------|------|---------------|
| 36 | R 73 / 1939 | 5519 | - |
| 37 | R 74 / 1939 | 5520 | - |
| 38 | R 81 / 1939 | 5527 | - |
| 39 | R 83 / 1939 | 5528 | - |
| 40 | R 129 / 1939 | 5557 | - |
| 41 | R 130 / 1939 | 5558 | - |
| 42 | R 132 / 1939 | 5559 | - |
| 43 | R 03 / 1940 | 5574 | - |
| 44 | R 26 / 1940 | 5592 | - |
| 45 | R 31 / 1940 | 5594 | - |
| 46 | R 44 / 1940 | 5605 | - |
| 47 | R 47 / 1940 | 5608 | - |
| 48 | R 62 / 1940 | 5621 | - |
| 49 | R 71 / 1940 | 5626 | - |
| 50 | R 75 / 1940 | 5628 | - |
| 51 | R 93 / 1940 | 5641 | - |
| 52 | R 116 / 1940 | 5658 | - |
| 53 | R 118 / 1940 | 5660 | Nicht bekannt |
| 54 | R 42 / 1941 | 5702 | - |
| 55 | R 49 / 1941 | 5708 | - |
| 56 | R 57 / 1941 | 5714 | - |
| 57 | R 61 / 1941 | 5716 | - |
| 58 | R 73 / 1941 | 5723 | - |
| 59 | R 77 / 1941 | 5726 | - |
| 60 | R 97 / 1941 | 5737 | - |
| 61 | R 100 / 1941 | 5740 | - |
| 62 | R 108 / 1941 | 5744 | - |
| 63 | R 133 / 1941 | 5757 | - |
| 64 | R 135 / 1941 | 5759 | - |
| 65 | R 141 / 1941 | 5762 | - |
| 66 | R 149 / 1941 | 5765 | - |
| 67 | R 154 / 1941 | 5767 | - |
| 68 | R 165 / 1941 | 5773 | - |
| 69 | R 174 / 1941 | 5777 | - |
| 70 | R 176 / 1941 | 5779 | - |
| 71 | R 178 / 1941 | 5781 | - |
| 72 | R 04 / 1942 | 5785 | - |
| 73 | R 45 / 1942 | 5811 | - |
| 74 | R 67 / 1942 | 5828 | - |
| 75 | R 123 / 1942 | 5868 | - |
| 76 | R 179 / 1942 | 5910 | - |
| 77 | R 188 / 1942 | 5914 | - |
| 78 | R 190 / 1942 | 5916 | - |
| 79 | R 196 / 1942 | 5921 | - |

| | | | |
|-----|-------------------------------------|------|---------------|
| 80 | R 201 / 1942 | 5924 | - |
| 81 | R 07 / 1943 früher: R 112 / 1942 | 5932 | - |
| 82 | R 08 / 1943 | 5933 | - |
| 83 | R 10 / 1943 | 5935 | - |
| 84 | R 13 / 1943 | 5936 | - |
| 85 | R 21 / 1943 | 5941 | - |
| 86 | R 25 / 1943 | 5942 | - |
| 87 | R 45 / 1943 | 5955 | - |
| 88 | R 64 / 1943 | 5969 | - |
| 89 | R 72 / 1943 | 5973 | - |
| 90 | R 84 / 1943 | 5981 | - |
| 91 | R 94 / 1943 | 5989 | - |
| 92 | R 100 / 1943 | 5993 | - |
| 93 | R 101 / 1943 | 5994 | - |
| 94 | R 106 / 1943 | 5999 | - |
| 95 | R 117 / 1943 | 6006 | - |
| 96 | R 121 / 1943 | 6009 | - |
| 97 | R 129 / 1943 | 6017 | - |
| 98 | R 134 / 1943 | 6021 | - |
| 99 | R 144 / 1943 | 6028 | - |
| 100 | R 150 / 1943 | 6033 | - |
| 101 | R 194 / 1943 | 6067 | - |
| 102 | R 201 / 1943 | 6072 | - |
| 103 | R 211 / 1943 | 6080 | - |
| 104 | R 220 / 1943 | 6088 | - |
| 105 | R 15 / 1944 | 6100 | - |
| 106 | R 18 / 1944 | 6102 | - |
| 107 | R 22 / 1944 | 6105 | - |
| 108 | R 35 / 1944 | 6116 | - |
| 109 | R 65 / 1944 | 6138 | - |
| 110 | R 67 / 1944 | 6140 | Nicht bekannt |
| 111 | R 79 / 1944 | 6150 | - |
| 112 | R 91 / 1944 | 6158 | - |
| 113 | R 95 / 1944 | 6161 | - |
| 114 | R 98 / 1944 | 6163 | - |
| 115 | R 101 / 1944 | 6165 | - |
| 116 | R 125 / 1944 | 6180 | - |
| 117 | R 127 / 1944 | 6181 | - |
| 118 | R 131 / 1944 | 6184 | - |
| 119 | R 140 / 1944 | 6191 | - |
| 120 | R 144 / 1944 | 6194 | Nicht bekannt |
| 121 | R 146 / 1944 | 6196 | - |
| 122 | R 160 / 1944 | 6202 | - |

| | | | |
|-----|--------------|------|---|
| 123 | R 173 / 1944 | 6210 | - |
| 124 | R 05 / 1945 | 6216 | - |
| 125 | R 38 / 1945 | 6241 | - |
| 126 | R 02 / 1946 | 6326 | - |
| 127 | R 37 / 1946 | 6353 | - |
| 128 | R 74 / 1946 | 6383 | - |
| 129 | R 95 / 1946 | 6402 | - |
| 130 | R 107 / 1946 | 6411 | - |
| 131 | R 193 / 1946 | 6470 | - |
| 132 | R 207 / 1946 | 6482 | - |
| 133 | R 225 / 1946 | 6496 | - |
| 134 | R 235 / 1946 | 6503 | - |
| 135 | R 251 / 1946 | 6515 | - |
| 136 | R 309 / 1946 | 6558 | - |
| 137 | R 311 / 1946 | 6560 | - |
| 138 | R 322 / 1946 | 6569 | - |
| 139 | R 340 / 1946 | 6586 | - |
| 140 | R 467 / 1946 | 6690 | - |
| 141 | R 480 / 1946 | 6701 | - |
| 142 | R 483 / 1946 | 6703 | - |
| 143 | R 497 / 1946 | 6714 | - |
| 144 | R 504 / 1946 | 6721 | - |
| 145 | R 516 / 1946 | 6731 | - |
| 146 | R 523 / 1946 | 6738 | - |
| 147 | R 552 / 1946 | 6762 | - |
| 148 | R 560 / 1946 | 6767 | - |
| 149 | R 598 / 1946 | 6797 | - |
| 150 | R 11 / 1947 | 6813 | - |
| 151 | R 28 / 1947 | 6827 | - |
| 152 | R 41 / 1947 | 6839 | - |
| 153 | R 49 / 1947 | 6846 | - |
| 154 | R 79 / 1947 | 6869 | - |
| 155 | R 87 / 1947 | 6874 | - |
| 156 | R 122 / 1947 | 6900 | - |
| 157 | R 126 / 1947 | 6903 | - |
| 158 | R 132 / 1947 | 6908 | - |
| 159 | R 188 / 1947 | 6953 | - |
| 160 | R 213 / 1947 | 6974 | - |
| 161 | R 293 / 1947 | 7037 | - |
| 162 | R 306 / 1947 | 7049 | - |
| 163 | R 321 / 1947 | 7058 | - |
| 164 | R 337 / 1947 | 7072 | - |
| 165 | R 377 / 1947 | 7098 | - |
| 166 | R 390 / 1947 | 7107 | - |

| | | | |
|-----|------------------------------------|------|--------------|
| 167 | R 393 / 1947 | 7110 | - |
| 168 | R 394 / 1947 | 7111 | - |
| 169 | R 402 / 1947 | 7117 | U 190 / 1948 |
| 170 | R 408 / 1947 | 7123 | - |
| 171 | R 416 / 1947 | 7129 | - |
| 172 | R 417 / 1947 | 7130 | - |
| 173 | R 423 / 1947 | 7135 | - |
| 174 | R 436 / 1947 | 7146 | - |
| 175 | R 452 / 1947 | 7158 | - |
| 176 | R 496 / 1947 | 7185 | - |
| 177 | R 497 / 1947 | 7186 | - |
| 178 | R 506 / 1947 | 7194 | U 88 / 1948 |
| 179 | R 515 / 1947 | 7199 | - |
| 180 | R 529 / 1947 | 7207 | - |
| 181 | R 531 / 1947 | 7209 | - |
| 182 | R 11 / 1948 | 7234 | - |
| 183 | R 17 / 1948 | 7240 | - |
| 184 | R 23 / 1948 | 7245 | - |
| 185 | R 30 / 1948 | 7250 | - |
| 186 | R 66 / 1948 | 7281 | - |
| 187 | R 85 / 1948 | 7296 | - |
| 188 | R 89 / 1948 früher: R 63 / 1944 | 7300 | - |
| 189 | R 104 / 1948 | 7312 | - |
| 190 | R 118 / 1948 | 6176 | - |
| 191 | R 124 / 1948 | 7328 | - |
| 192 | R 130 / 1948 | 7330 | - |
| 193 | R 133 / 1948 | 7332 | - |
| 194 | R 197 / 1948 | 7373 | - |
| 195 | R 198 / 1948 | 7374 | - |
| 196 | R 207 / 1948 | 7382 | - |
| 197 | R 227 / 1948 | 7398 | - |
| 198 | R 233 / 1948 | 7402 | - |
| 199 | R 246 / 1948 | 7413 | - |
| 200 | R 255 / 1948 | 7420 | - |
| 201 | R 270 / 1948 | 7432 | - |
| 202 | R 283 / 1948 | 7442 | - |
| 203 | R 291 / 1948 | 7450 | - |
| 204 | R 292 / 1948 | 7451 | - |
| 205 | R 306 / 1948 | 7460 | U 24 / 1949 |
| 206 | R 307 / 1948 | 7461 | - |
| 207 | R 331 / 1948 | 7479 | U 171 / 1949 |
| 208 | R 364 / 1948 | 7504 | U 87 / 1949 |
| 209 | R 375 / 1948 | 7514 | - |

| | | | |
|-----|--------------|------|--------------|
| 210 | R 378 / 1948 | 7517 | - |
| 211 | R 393 / 1948 | 7529 | - |
| 212 | R 415 / 1948 | 7542 | - |
| 213 | R 431 / 1948 | 7555 | - |
| 214 | R 437 / 1948 | 7561 | - |
| 215 | R 442 / 1948 | 7563 | - |
| 216 | R 446 / 1948 | 7566 | - |
| 217 | R 447 / 1948 | 7567 | - |
| 218 | R 452 / 1948 | 7570 | - |
| 219 | R 471 / 1948 | 7585 | - |
| 220 | R 473 / 1948 | 7587 | - |
| 221 | R 487 / 1948 | 7598 | - |
| 222 | R 488 / 1948 | 7599 | - |
| 223 | R 490 / 1948 | 7601 | U 240 / 1950 |
| 224 | R 492 / 1948 | 7603 | - |
| 225 | R 496 / 1948 | 7606 | - |
| 226 | R 500 / 1948 | 7609 | - |
| 227 | R 508 / 1948 | 7617 | - |
| 228 | R 10 / 1949 | 7633 | - |
| 229 | R 17 / 1949 | 7640 | - |
| 230 | R 35 / 1949 | 7656 | - |
| 231 | R 44 / 1949 | 7662 | - |
| 232 | R 69 / 1949 | 7681 | - |
| 233 | R 70 / 1949 | 7682 | - |
| 234 | R 82 / 1949 | 7689 | - |
| 235 | R 122 / 1949 | 7716 | - |
| 236 | R 129 / 1949 | 7721 | - |
| 237 | R 142 / 1949 | 7732 | - |
| 238 | R 143 / 1949 | 7733 | - |
| 239 | R 159 / 1949 | 7747 | - |
| 240 | R 172 / 1949 | 7755 | U 142 / 1949 |
| 241 | R 201 / 1949 | 7777 | - |
| 242 | R 208 / 1949 | 7782 | - |
| 243 | R 224 / 1949 | 7795 | - |
| 244 | R 246 / 1949 | 7817 | - |
| 245 | R 248 / 1949 | 7819 | - |
| 246 | R 250 / 1949 | 7821 | - |
| 247 | R 284 / 1949 | 7851 | - |
| 248 | R 294 / 1949 | 7855 | - |
| 249 | R 365 / 1949 | 7904 | - |
| 250 | R 382 / 1949 | 7918 | - |
| 251 | R 390 / 1949 | 7925 | - |
| 252 | R 405 / 1949 | 7939 | - |
| 253 | R 414 / 1949 | 7947 | - |

| | | | |
|-----|--------------|------|--------------|
| 254 | R 431 / 1949 | 7957 | - |
| 255 | R 434 / 1949 | 7960 | - |
| 256 | R 454 / 1949 | 7975 | - |
| 257 | R 460 / 1949 | 7979 | - |
| 258 | R 464 / 1949 | 7981 | U 01 / 1950 |
| 259 | R 469 / 1949 | 7985 | - |
| 260 | R 476 / 1949 | 7991 | - |
| 261 | R 485 / 1949 | 7999 | - |
| 262 | R 490 / 1949 | 8001 | U 283 / 1950 |
| 263 | R 495 / 1949 | 8004 | - |
| 264 | R 499 / 1949 | 8008 | - |
| 265 | R 506 / 1949 | 8012 | - |
| 266 | R 512 / 1949 | 8017 | - |
| 267 | R 516 / 1949 | 8020 | - |
| 268 | R 520 / 1949 | 8023 | - |
| 269 | R 05 / 1950 | 8049 | U 109 / 1950 |
| 270 | R 36 / 1950 | 8070 | - |
| 271 | R 79 / 1950 | 8102 | - |
| 272 | R 81 / 1950 | 8104 | - |
| 273 | R 88 / 1950 | 8109 | - |
| 274 | R 105 / 1950 | 8122 | - |
| 275 | R 109 / 1950 | 8126 | - |
| 276 | R 111 / 1950 | 8128 | - |
| 277 | R 114 / 1950 | 8131 | - |
| 278 | R 140 / 1950 | 8153 | - |
| 279 | R 141 / 1950 | 8154 | - |
| 280 | R 152 / 1950 | 8162 | - |
| 281 | R 175 / 1950 | 8174 | - |
| 282 | R 188 / 1950 | 8182 | - |
| 283 | R 197 / 1950 | 8190 | - |
| 284 | R 203 / 1950 | 8195 | - |
| 285 | R 205 / 1950 | 8197 | - |
| 286 | R 206 / 1950 | 8198 | - |
| 287 | R 223 / 1950 | 8203 | - |
| 288 | R 229 / 1950 | 8208 | - |
| 289 | R 230 / 1950 | 8209 | U 50 / 1951 |
| 290 | R 261 / 1950 | 8227 | - |
| 291 | R 291 / 1950 | 8249 | - |
| 292 | R 298 / 1950 | 8256 | - |
| 293 | R 314 / 1950 | 8269 | - |
| 294 | R 318 / 1950 | 8273 | - |
| 295 | R 327 / 1950 | 8280 | - |
| 296 | R 348 / 1950 | 8296 | U 127 / 1951 |
| 297 | R 374 / 1950 | 8317 | - |

| | | | |
|-----|--------------|------|---|
| 298 | R 390 / 1950 | 8327 | - |
| 299 | R 399 / 1950 | 8333 | - |
| 300 | R 411 / 1950 | 8342 | - |
| 301 | R 426 / 1950 | 8352 | - |
| 302 | R 436 / 1950 | 8358 | - |
| 303 | R 455 / 1950 | 8372 | - |
| 304 | R 463 / 1950 | 8380 | - |
| 305 | R 477 / 1950 | 8393 | - |
| 306 | R 478 / 1950 | 8394 | - |

Beim Landgericht Ravensburg geführte Personalakten der dort tätigen Richter (ohne Signatur)

| Name des Richters | Dienstbezeichnung (maßgebend ist jeweils der Dienstgrad während des untersuchten Zeitraums) |
|----------------------|---|
| Ada, Helmut | Landgerichtsrat |
| Ben, Hermann | Landgerichtspräsident |
| Deb, Dr. Max | Amtsgerichtsrat |
| Dör, Karl | Landgerichtsrat |
| Dre, Franz | Landgerichtsrat |
| Fad, Dr. Rudolf | Gerichtsassessor / Landgerichtsrat |
| Fis, Adolf | Landgerichtsrat / Oberamtsrichter |
| Hae, Rudolf | Gerichtsassessor |
| Hol, Dr. Carl | Amtsgerichtsdirektor |
| Jer, Dr. Alfred | Landgerichtsrat / Landgerichtsdirektor |
| von Mut, Dr. Wilhelm | Gerichtsassessor |
| Nog, Fridolin | Landgerichtsrat |
| Par, Wolfgang | Gerichtsassessor |
| Scha, Eugen | Landgerichtsrat |
| Schm, Dr. Oskar | Landgerichtspräsident |

Beim Justizministerium geführte Personalakten der am Landgericht Ravensburg tätigen Richter aus dem Band des Justizministeriums Baden – Württemberg (ohne Signatur)

| Name des Richters | Dienstbezeichnung |
|-------------------|------------------------------------|
| Fad, Dr. Rudolf | Gerichtsassessor / Landgerichtsrat |

Beim Justizministerium geführte Personalakten der am Landgericht Ravensburg tätigen Richter aus dem Bestand des Hauptstaatsarchivs Stuttgart (kurz: HauptStAStuttgart)

| Name des Richters | Dienstbezeichnung | Signatur Hauptstaatsarchiv Stuttgart |
|----------------------|--|--|
| Fad, Dr. Rudolf | Gerichtsassessor / Landgerichtsrat | PI Nr. 24447 |
| Hän, Dr. Josef | Gerichtsassessor / Amtsgerichtsrat | PI Nr. 21271 |
| Ben, Hermann | Landgerichtspräsident | EA 4 / 153 Bü 21 |
| Jer, Dr. Alfred | Landgerichtsrat / Landgerichtsdirektor | EA 4 / 153 Bü 254 |
| Kra, Friedrich | Landgerichtsrat | EA 4 / 153 Bü 301 |
| von Mut, Dr. Wilhelm | Gerichtsassessor | PI Nr. 1315 |
| Schm, Dr. Oskar | Landgerichtspräsident | EA 4 / 151 Bü 274 ergänzend: E 130c Bü 106 |
| Wid, Theodor | Landgerichtspräsident | EA 4 / 151 Bü 332 |

Beim Justizministerium geführte Personalakten der im Landgerichtsbezirk Ravensburg tätigen Rechtsanwälte aus dem Bestand des Hauptstaatsarchivs Stuttgart

| Name des Rechtsanwalts | Signatur Hauptstaatsarchiv Stuttgart |
|------------------------|--------------------------------------|
| Abr, Josef | EA 4 / 151 Bü 1 |
| Die, Carl | EA 4 / 151 Bü 49 |
| Dre, Dr. Franz | EA 4 / 151 Bü 56 |
| Grz, Dr. Günther | EA 4 / 151 Bü 121 |
| Hof, Ludwig | EA 4 / 151 Bü 156 |
| Hyn, Josef | EA 4 / 153 Bü 246 |
| Muf, Erich | EA 4 / 151 Bü 216 |
| Mus, Eugen | EA 4 / 153 Bü 392 |
| Schac, Erwin | EA 4 / 151 Bü 264 |
| Schil, Dr. Hermann | EA 4 / 153 Bü 515 |
| Schn, Alfred | EA 4 / 153 Bü 540 |
| Str, Dr. Hermann | EA 4 / 151 Bü 296 |
| Wet, Franz | EA 4 / 153 Bü 664 |
| Wör, Max | EA 4 / 153 Bü 674 |

Akten aus dem Entnazifizierungsverfahren aus dem Bestand des Staatsarchivs Sigmaringen – Beteiligte Richter

| Name | Dienstbezeichnung | Signatur Staatsarchiv Sigmaringen Wü 13 T 2 |
|--------------------------|---|--|
| Ada, Helmut | Landgerichtsrat | Nr. 2516 Az.: 9/D/1092 |
| Ben, Hermann | Landgerichtspräsident | Nr. 1500 Az.: 9/V/3001 |
| Dre, Franz | Landgerichtsrat | Nr. 2319 Az.: 17/D/1037 |
| Fad, Dr. Rudolf | Landgerichtsrat | Nr. 1118 und Nr. 2540 Az.: 4/D/1001 |
| Hae, Rudolf | Gerichtsassessor | Nr. 1483 und Nr. 2550 Az.: 9/D/1108 |
| Jer, Dr. Alfred | Landgerichtsrat / Landgerichts- direktor | Nr. 1483 und Nr. 2560 Az.: 9/D/1099 |
| Koch, Dr. Otto | Landgerichtsrat | Nr. 1483 Az.: 9/D/1112 |
| Lie, Dr. Paul | Amtsgerichtsrat | Nr. 1483 und Nr. 2574 Az.: 9/D/1094 |
| Pfe, Dr. Walter | Amtsgerichtsrat | Nr. 2667 Az.: (unleserlich)/ KB/209/47 |
| von Rue, Dr. Hans Ulrich | Landgerichtsrat | Nr. 1586 Az.: 9/T/Ü/5004 und 9/KB/138/47 |

Akten aus dem Entnazifizierungsverfahren aus dem Bestand des Staatsarchivs Sigmaringen – Beteiligte Rechtsanwälte

| Name | Signatur Staatsarchiv Sigmaringen Wü 13 T 2 |
|--------------------|--|
| Bär, Walter | Nr. 2627 Az.: 14/RB/1 ergänzend: StASig Wü 25 T 2 Nr. 47 (Akten über den Rechtsanwalt; Staatssekretariat Landesdirekti- on der Justiz) |
| Boc, Dr. Josef | Nr. 1500 Az.: 9/V/3002 |
| Die, Carl | Nr. 1500 Az.: 9/V/3003 |
| Doe, Dr. Ferdinand | Nr. 1500 Az.: 9/V/3004 |
| Dre, Dr. Franz | Nr. 2636 Az.: 9/RB/230 |
| Egg, Martin | Nr. 1500 Az.: 9/V/3006 |

| | |
|--------------------|---|
| Hän, Alfred | Nr. 1500 Az.: 9/V/3008 |
| Hep, Camill | Nr. 1524 Az.: 9/T/V/3009 und Nr. 2650 Az.: N/6817 |
| Her, Hans | Nr. 2008 Az.: 14/V/3002 und Nr. 2649 Az.: 14/RW/42 |
| Hof, Ludwig | Nr. 2329 Az.: 17/V/3001 |
| Hol, Theodor | Nr. 1500 und Nr. 2558 Az.: 9/V/3009 |
| Krau, Theodor | Nr. 1500 Az.: 9/V/3010 ergänzend: StASig Wü 25 T 2 Nr. 661 (vorläufige Akten über den Rechtsanwalt; Staatssekretariat Landesdirektion der Justiz) |
| Küb, Dr. Walter | Nr. 1500 Az.: 9/V/3011 |
| Kuhl, Dr. Herbert | Nr. 1500 Az.: 9/V/3017 |
| Muf, Erich | Nr. 1524 Az.: 9/T/V/3003 |
| Nei, Josef | Nr. 922 und Nr. 2585 Az.: 2/V/3004 |
| Pra, Georg | Nr. 1524 Az.: 9/T/V/3008 |
| Ric, Dr. Helmut | Nr. 2008 und Nr. 2593 Az.: 14/V/3003 |
| Saue, Dr. Albert | Nr. 1480 Az.: 9/C/4668 |
| Saut, Liberat | Nr. 1500 und Nr. 2596 Az.: 9/V/3018 |
| Schac, Erwin | Nr. 922 und Nr. 2610 Az.: 2/V/3005 |
| Schil, Dr. Hermann | Nr. 1860 und Nr. 2599 Az.: 12/V/3004 |
| Schn, Alfred | Nr. 922 Az.: 2/V/3006 und Nr. 2674 Az.: 2/RB/289 |
| Schn, Benedikt | Nr. 922 und Nr. 2602 Az.: 2/V/3007 |

| | |
|------------------|--|
| Sei, Dr. Kurt | Nr. 922 und Nr. 2606 Az.: 2/V/3008 |
| Sti, Erwin | Nr. 922 und Nr. 2610 Az.: 2/V/3009 |
| Str, Dr. Hermann | Nr. 2329 Az.: 17/V/3002 |
| Web, Karl | Nr. 1500 Az.: 9/V/3014 |
| Wet, Andreas | Nr. 2329 und Nr. 2620 Az.: 17/V/3003 |
| Wet, Franz | Nr. 1500 Az.: 9/V/3015 |
| Wör, Max | Nr. 1500 Az.: 9/V/3016 |

Akten aus Entschädigungsverfahren aus dem Bestand des Staatsarchivs Sigmaringen – Beteiligte Richter und Rechtsanwälte

| Name | Berufsbezeichnung | Signatur Staatsarchiv Sigmaringen Wü 33 T 1 |
|-------------------|-----------------------------------|--|
| Fis, Adolf | Landgerichtsrat / Oberamtsrichter | Bestell-Nr. 1670 ET-Nr. 2758 |
| Fli, Josef | Rechtsanwalt | Bestell-Nr. 337 ET-Nr. 1346 |
| Grz, Dr. Günther | Rechtsanwalt | Bestell-Nr. 1689 ET-Nr. 2779 |
| Hyn, Josef | Rechtsanwalt | Bestell-Nr. 3269 ET-Nr. 4424 |
| Kuhl, Dr. Herbert | Rechtsanwalt | Bestell-Nr. 1733 ET-Nr. 2833 |

Sonstige Quellen Staatsarchiv Sigmaringen

| Bezeichnung | Signatur |
|--|---------------------------|
| Spruchkammerakte des Klägers im Verfahren R 143 / 1942 | StASig Wü 13 T 2 Nr. 1874 |

Quellen aus dem Bestand des Kreisarchivs Ravensburg (kurz: KrARV)

| Bezeichnung | Signatur |
|---|--|
| Zur Wiedereröffnung des Landgerichts am 05.11.1945 – mit Bildern | B.2.RV (AG.1) – 082.00 prov. Bü E 828 |
| Politische Säuberung | B.2.RV (AG.1) – 192.3 prov. Bü E 2746 |
| Namentliche Meldungen von Beamten und Ange- stellten an die Besatzungsmacht vom 07.05.1946 | Bü E 2470 |
| Politische Säuberung / Untersuchungsausschuss | B.2.RV (AG.1) – 000.4 prov. Bü E 2256 (Allg., A-G) |
| Politische Säuberung / Untersuchungsausschuss | B.2.RV (AG.1) – 000.4 prov. Bü E 2257 (H-Z) |

Quellen aus dem Bestand des Stadtarchivs Ravensburg (kurz: StadtARV)

| Bezeichnung | Signatur |
|--|--|
| Sammelband: Diverse NSDAP-Mitgliederlisten für Ravensburg | AI 4072 |
| Sammelband: Diverse Mitgliederlisten der NSDAP und ihrer Gliederungen für Ravensburg | AI 4073 |
| Sammelband: Diverse Listen für Ravensburg | AI 4130 |
| Aufruf des Landrat Bendels an alle Einwohner des Kreises Ravensburg vom 28.05.1945 | R 297 Quellen zur Ravensburger Stadtgeschichte, bearbeitet von Eitel, Peter und Kopman, Jan |
| Karteikasten NSDAP-Mitglieder in Ravensburg | ohne |

